Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 19. April 2012 · Nr. 92 / 16 D 2 HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER 2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Doch keine Neuregelung des Rederechts

ban. BERLIN, 18. April. Die Neufassung der Geschäftsordnung des Bundestages ist gescheitert. Am Mittwoch teilte der Geschäftsführer der FDP-Fraktion, van Essen, mit, die FDP werde sich an Verhandlungen darüber nicht mehr beteiligen. Nach der Festlegung der FDP wurde die CDU/CSU-Fraktion unterrichtet. Dort hieß es, nun werde auch die Union „keinen Vorstoß unternehmen, die Dinge voranzutreiben". Van Essen kündigte an: „In dieser Legislaturperiode wird es keine Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zum Rederecht der Abgeordneten geben." In der Union wurde das bedauert. Der Vorschlag hätte „erstmals" einzelnen Abgeordneten das Recht eingeräumt, auch ohne das Votum ihrer Fraktion zu reden. „Das wäre ein Fortschritt gewesen", hieß es in der Union. Damit bleibe es dabei, dass der Bundestagspräsident im eigenen Ermessen darüber entscheiden könne. Ein Sprecher der Grünen begrüßte es „herzlich, dass die FDP nun eingeknickt ist". Der SPD-Geschäftsführer Oppermann sagte: „Ich bin höchst erstaunt über die einseitige Absage der FDP." Die Koalition sei sich auch beim Rederecht nicht einig.

Heute

Aus der Solar-Traum

Lange war Frankfurt an der Oder der größte Solar-Standort im Osten. Mit der Stilllegung der Fabrik von First Solar endet der Traum von der Solar-Stadt. **Wirtschaft, Seite 13**

Wie ein echter Außenminister
Ein Jahr nach seinem Rücktritt als Parteivorsitzender hat Guido Westerwelle im Amt an Statur gewonnen. Sogar im Wahlkampf seiner Partei ist er wieder als Redner gefragt. **Politik, Seite 4**

Im Angesicht des Bösen
Für die Hinterbliebenen und Verletzten ist der Prozess gegen den Attentäter von Oslo und Utøya oft eine Qual. Nicht alle können die Tiraden Breiviks ertragen. Einige aber zwingen sich dazu. **Politik, Seite 6**

Japanische Verhältnisse
Viele wirtschaftliche Gesetze gelten gerade nicht, sagt Richard Koo von der Bank Nomura. Er erklärt, was in der Krise zu tun ist und dass er einen Besuch bei der Bundesbank überlebt hat. **Finanzmarkt, Seite 20**

Fressen, gefressen werden
Die Bayern haben im ersten Akt gegen Madrid den größeren Hunger und erzwingen das 2:1. Den Münchnern kommt entgegen, dass Real vor dem Rückspiel noch im „Clásico" gefordert wird. **Sport, Seite 26**

In Algorithmengewittern
Ist die Buchindustrie durch das Internet ein Geschäft wie jedes andere auch geworden? Die Londoner Buchmesse stand ganz im Bann der Supermächte Amazon und China. **Feuilleton, Seite 27**

Grillwurst Township-Style
Auch fast zwanzig Jahre nach dem Ende der Apartheid sind die alten Abgrenzungen in Kapstadt noch spürbar. Gut, dass die Einwohner immerhin zusammen essen, trinken und feiern. **Reiseblatt, Seite R 1**

Mitteilung des Verlags:
8 Seiten Verlagsbeilage „Investmentfonds"

Auf dem Trödelhaufen der Geschichte

Kultobjekt – Es ist nicht lange her, da galt Mao Tse-tung nicht nur Fußballern oder der kulturellen Avantgarde als positive Bezugsgröße eigenen Denkens und Schaffens. Gerne ließ man damals außer Acht, dass dem Großen Vorsitzenden einer der vordersten Plätze in der Schandeshalle der Menschenschlächter gebührt, deren Träume vom neuen Menschen nur blutttriefende Albtraumfelder hinterlassen haben. In China gibt es nicht nur auf dem Pekinger Flohmarkt immer noch viel Mao-Nostalgie. Funktionären wie Bo Xilai ist auf **Seite 3** zu viel Mao-Treue aber zum Verhängnis geworden. Foto AP

Syrische Armee verstärkt Angriffe auf Protesthochburgen

Viele Tote / Damaskus verstößt gegen Annan-Plan / Kontaktgruppe tritt zusammen

Her./sat. ABU DHABI/BERLIN, 18. April. Die syrische Armee hat am Mittwoch den Beschuss von Protesthochburgen ausgeweitet. Die Zahl der Todesopfer ist inzwischen nach Angaben der Opposition nahezu wieder so groß wie vor dem Inkrafttreten der Waffenruhe vor einer Woche. Die oppositionellen Lokalen Koordinierungskomitees meldeten am Dienstag mindestens 70 Todesopfer; auch am Mittwoch soll es wieder Dutzende Tote gegeben haben, die meisten von ihnen in den Provinzen Homs und Idlib. In der Stadt Homs wurden vier Stadtteile beschossen, Bilder aus der Stadt zeigten Rauchschwaden. In der Provinz Idlib wurden bei einem Bombenanschlag sechs Soldaten des Regimes getötet. Der auch von Damaskus offiziell akzeptierte Plan des Sondergesandten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, Kofi Annan, hatte vorgesehen, dass die reguläre Armee vor mehr als einer Woche mit dem Abzug aus den Städten beginnt.

Wegen der wieder zunehmenden Gewalt in Syrien treffen sich die Kernmitglieder der Syrien-Kontaktgruppe an diesem Donnerstag kurzfristig in Paris. Neben der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton will auch ihr deutscher Kollege Guido Westerwelle der Einladung des französischen Außenministers Alain Juppé folgen. Westerwelle sagte am Mittwoch in Berlin, leider gebe es trotz der vereinbarten Waffenruhe in Syrien ein „Wiederaufflammen der Gewalt". Das könne nicht akzeptiert werden. Westerwelle bekräftigte das Ziel, dem Plan Annans zur Durchsetzung zu verhelfen. In Berlin wird befürchtet, dass es im Falle eines Scheiterns des Annan-Plans zu einer Bewaffnung der syrischen Opposition durch die sunnitischen Golfmonarchien kommt. Es hatte dort vergangene Woche Verärgerung darüber gegeben, dass in Paris ein Scheitern des Annan-Plans schon vor dessen formeller Annahme durch das Assad-Regime herbeigeredet werde.

In Doha hatte bereits am Dienstag der Emir von Qatar, Hamad Bin Khalifa Al Thani, erklärt, die Chancen stünden bei „höchstens drei Prozent", dass Syrien den Annan-Plan verwirkliche. Daher müsse das syrische Volk mit Waffen bei der Selbstverteidigung unterstützt werden, forderte er. *(Fortsetzung Seite 2.)*

Piratenpartei uneins über Umgang mit Extremisten

Nerz: Auch NPD-Mitglieder können Piraten werden / Lauer: Spinner rausschmeißen

mkwa./löw. FRANKFURT/BERLIN, 18. April. Der Umgang der Piratenpartei mit Mitgliedern, die rechtsextreme Meinungen äußern, wird innerhalb und außerhalb der Partei kritisiert. Am Dienstag hatte das Bundesschiedsgericht der Piraten entschieden, das Parteimitglied Bodo Thiesen nicht auszuschließen, der laut Schiedsgericht 2008 in E-Mails die Thesen eines verurteilten Holocaust-Leugners verteidigt hatte. Zur Begründung hieß es, Thiesens Vergehen sei schon 2008 mit einer Verwarnung geahndet worden und könne daher nicht nochmals bestraft werden.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, sagte am Mittwoch dem Internetdienst „Handelsblatt Online": „Offensichtlich müssen die Piraten ihren Kompass, wenn es um den Kampf gegen Rechtsradikalismus geht, rasch neu justieren." Die Bundesgeschäftsführerin der Grünen, Steffi Lemke, sagte dieser Zeitung: „Das Schiedsgericht der Piraten scheint Holocaust-Leugnung und Mitgliedschaft in der Partei für keinen Widerspruch zu halten. Das hinterlässt mehr als Fragezeichen."

In der Vergangenheit waren mehrere Fälle ehemaliger NPD-Mitglieder publik geworden, von denen manche Ämter in der Piratenpartei innehatten oder noch haben. Der Bundesvorsitzende der Piratenpartei, Sebastian Nerz, schloss gegenüber dieser Zeitung nicht aus, dass ehemalige NPD-Mitglieder in die Piratenpartei aufgenommen werden. „Ich freue mich, wenn ein ehemaliger Rechtsextremist wieder in der demokratischen Gesellschaft ankommt. Dann muss man ihm auch die Möglichkeit geben, wieder politisch zu arbeiten, auch in der Piratenpartei." Allerdings müsse derjenige dann zeigen, dass er seine Gesinnung tatsächlich geändert habe. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernd Schlömer sagte hingegen: „Ich finde nicht, dass die Piratenpartei einen Resozialisierungsauftrag für ehemalige NPD-Mitglieder hat." Sie sollten ihren Ausstieg über dafür geschaffene Organisationen vollziehen, nicht über einen Eintritt in die Piratenpartei. Der Berliner Abgeordnete der Piratenpartei, Christopher Lauer, sagte, „die Spinner muss man rausschmeißen". Notfalls solle die Partei Aufnahmegespräche führen. „Wenn wir die mit schrägen Ansichten nicht ausschließen, werden wir unseriös." *(Siehe Seite 4.)*

Opposition: Kein Kampf gegen Piraten an Land

löw. BERLIN, 18. April. Die Oppositionsparteien SPD, Linke und Grüne wollen gegen die Erweiterung des Anti-Piraterie-Einsatzes stimmen, die das Kabinett am Mittwoch beschlossen hat. Danach soll es den Marinekräften möglich sein, von ihren Bordhubschraubern aus auf einem Küstenstreifen gelagerte Ausrüstung von Piraten (Boote, Treibstofffässer) zu zerstören. Ausgeschlossen ist der Einsatz von Bodentruppen, außer notfalls für „etwaige Rettungsmaßnahmen". *(Siehe Seite 10.)*

Islamverband kritisiert öffentliche Debatte

ura. FRANKFURT, 18. April. Vor der an diesem Donnerstag stattfindenden Islamkonferenz hat der Koordinierungsrat der Muslime die Debatte über die Koranverteilungen des Predigers Abou-Nagie kritisiert. Die Gruppe habe dadurch eine „vermeintliche Bedeutung bekommen, die sie in der Wirklichkeit gar nicht hat", sagte der Sprecher Kizilkaya. Der Zentralrat der Muslime äußerte sich mit „großer Sorge" über die Koranverteilungen. *(Fortsetzung und weiterer Bericht Seite 2.)*

Wirtschaftsinstitute fordern strikteres Sparen

ppl. FRANKFURT, 18. April. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen mit 0,9 Prozent Wachstum für das laufende Jahr. In ihrer noch unveröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose, die dieser Zeitung vorliegt, kritisieren die Ökonomen, dass die Bundesregierung trotz Wachstums weiter Schulden mache. Sie warnen zudem mit Blick auf die Europäische Zentralbank: „Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der EZB stehen auf dem Spiel." *(Siehe Wirtschaft, Seite 11.)*

Die Stellung im Alltag

Von Georg Paul Hefty

Der Name täuscht ein wenig. Die Deutsche Islamkonferenz ist kein geisteswissenschaftliches, sondern ein gesellschaftspolitisches Forum. Es geht nicht darum, unter Leitung des Bundesinnenministers die Entwicklung des Islams zu erörtern, sondern darum, die Integration der im Lande lebenden Muslime zu fördern, das heißt sowohl die Maßstäbe zu benennen als auch deren Erfüllung zu erleichtern. Der Titel der gegenwärtigen Tagung ist daher genauer als der Name der Gesamtkonferenz: „Geschlechtergerechtigkeit als gemeinsamen Wert leben."

Von den zurzeit vier Millionen Muslimen in Deutschland sind die Hälfte Frauen und Mädchen. Ihre Stellung im Alltag ist an vielen Orten nicht so nah an der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes wie die der männlichen Muslime. Einem Mann ist auf der Straße oder am Arbeitsplatz oft ebenso wenig wie einem Heranwachsenden in der Schule anzusehen, dass er ein Muslim ist; die Zahl derjenigen, die sich durch Kleidung und Habitus unübersehbar von der deutschen Gesellschaft absetzen, ist im Vergleich zur Gesamtzahl der Männer äußerst gering. Augenfällig anders ist es bei den Frauen und Mädchen. Solange die sichtbare Hervorhebung ihrer muslimischen Eigenartigkeit aus dem freien Entschluss der Frauen folgt, können weder der Innenminister noch die übrigen Bürger etwas daran auszusetzen haben. Doch gibt es viele Belege und noch mehr Vermutungen, dass Frauen und Mädchen von ihren selbst unauffälligen Männern und Vätern, ja sogar Brüdern gedrängt werden, sich schon von der Kleidung her als Muslima zu bekennen. Noch fragwürdiger sind die Fälle, in denen Mädchen nicht so leben dürfen, wie es der allgemeinen Lebensart in Europa entspricht, also nicht am Schwimmunterricht oder an Freizeitveranstaltungen der Mehrheitsbevölkerung teilnehmen dürfen. Solche Ausnahmen halten das vom Bundesamt für Migration beklagte Stereotyp am Leben, Muslime seien „integrationsunwillig". Das erschwert dann so manches Mal die Eingliederung muslimischer Frauen in den Arbeitsmarkt, was oft wiederum die vertiefte Segregation zur Folge hat.

Der Islam in Deutschland hat eine ungeahnte Bandbreite, von Agnostikern islamischer Herkunft bis zu Verfechtern des Gottesstaates. Das Kriterium für die Integration aller Muslime kann daher nicht ihre religiöse Ausrichtung, sondern nur ihr Verhältnis zu Buchstaben und Geist des Grundgesetzes sein.

Ente messerscharf

Von Günter Bannas

Wird diese Regierungskoalition, deren Ende nach allem demoskopischen Ermessen im Herbst kommenden Jahres besiegelt sein wird, tatsächlich bis zum Ende durchhalten? Kann sie es überhaupt? Sollte sie es gar? Seit Monaten gibt es keine Meinungsumfrage mehr, die CDU, CSU und FDP auch nur in der Nähe einer Mehrheit im Deutschen Bundestag sieht – selbst wenn großzügiger-, aber wahlrechtswidrigerweise die knapp vier Prozent der FDP dem Stimmenanteil der Unionsparteien zugeschlagen werden. Mehr noch: Seit der Bundestagswahl 2009 haben Union und FDP keine Wahl in Deutschland mehr gewonnen. Ihr letzter Erfolg bei einer Landtagswahl stammt aus dem September 2009 – in Schleswig-Holstein, wo nun neu gewählt werden muss. Dort erwartet niemand für die Zeit nach dem 6. Mai eine Wiederauflage des christlich-liberalen Bündnisses. Die Beteiligten im Norden vermitteln nicht einmal den Eindruck, dass sie das wollten.

Im Bundesrat ist die Regierung Merkel/Rösler ohne Chance. Zwar haben auch die roten und grünen Landesregierungen dort keine Mehrheit. Doch eine Bundesregierung, die ihre Vorhaben nicht oder nur unter größten – das heißt stets auch: kostenträchtigen – Mühen durchsetzen kann, wirkt wie eine lahme Ente. Das Steuerabkommen mit der Schweiz liegt im Bundesrat seit Monaten auf Eis. Ein Steuerentlastungsgesetz, das für 2013 und 2014 den Bürgern sechs Milliarden Euro verheißt, hat ebenfalls keine Aussicht auf Zustimmung. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien mögen das Verhalten von SPD und Grünen als „Blockade" geißeln. Doch dieser Vorwurf hat schon früher nicht verfangen. Letztlich ist die Schwäche einer Bundesregierung und einer Koalition stets selbstverschuldet.

In schwieriger Lage rücken Union und FDP nicht etwa zusammen – nicht einmal vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Seit Monaten ist sich in der Koalition jeder selbst der Nächste. Die einen sind für eine Anhebung der Pendlerpauschale, weil die Kraftstoffpreise gestiegen sind. Die anderen sind dagegen. Die einen wollen die Praxisgebühr streichen, weil die Finanzlage der Krankenkassen derzeit gut erscheint. Die anderen widersprechen, weil das nicht immer so bleiben müsse. Die einen wollen Finanzprodukte besteuern, die anderen sagen nein. Die einen treten für Mindestlöhne ein, die anderen lieber nicht. Die einen wollen Frauenquoten, die anderen lehnen sie ab. Die einen sind für ein Betreuungsgeld, die anderen denunzieren das als Herdprämie. Zur Bekämpfung der Kriminalität treten die einen für eine Vorratsdatenspeicherung ein. Die anderen sind dagegen.

Die Aufzählung der Selbstblockaden mag vollständig sein oder noch immer nicht. Gesichert aber ist, dass die Fronten kreuz und quer verlaufen. Mal streitet die CSU gegen die FDP, mal die CSU gegen die CDU, mal die FDP gegen die CDU, mal die CDU mit sich selbst, mal die FDP intern.

Es ist müßig geworden, die Stellungswechsel nachzuzeichnen. Die Beteuerungen des namens der Bundeskanzlerin sprechenden Regierungssprechers, die Koalition sei auf gutem Weg und niemand solle sich um deren Handlungsfähigkeit sorgen, klingen wie blanker Hohn. Die Vertagung eines CDU-Vorstandsbeschlusses über das Betreuungsgeld ist jetzt tatsächlich damit begründet worden, dass eine Arbeitsgruppe der Koalition zur Zukunft des „ländlichen Raums" ihre Beratungen über die Breitbandversorgung auf

> Wird die Koalition in Berlin bis September 2013 durchhalten? Kann sie? Soll sie? Will sie?

dem Lande noch nicht abgeschlossen habe. „Hat die Politik eigentlich nichts dazugelernt?", hat nun der CDU-Wirtschaftsrat verzweifelnd gefragt, weil ständig über neue kostenträchtige Sozialprogramme geredet werde. Gemeint waren die eigenen Leute: die Spitzenpolitiker aus CDU, CSU und FDP.

Für den Fall, dass die FDP im Mai aus den Landtagen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ausscheidet, ist also eine andere Frage zu stellen: Will diese Koalition in Berlin zusammenbleiben? Natürlich wolle sie das, antworten die führenden Politiker. Was sollten sie auch anderes sagen? Die nicht so denken, tun das ganz im Geheimen. Öffentlich wird gesagt, niemand habe ein Interesse am Bruch der Koalition. Mit messerscharfer Logik wird das begründet. Die FDP werde doch, weil ihre Abgeordneten bis zum Herbst 2013 im Bundestag bleiben wollten, nicht Selbstmord aus Angst vor dem Tod begehen. Die Union werde den geschwächten Koalitionspartner nicht hinauswerfen, weil dann sie für das Ende verantwortlich wäre und dauerhaft einen bürgerlichen Bündnispartner verlöre. Niemand im Lande sei so koalitionstreu wie Frau Merkel, wird gesagt, die vorsichtshalber zwischenzeitlich wissen ließ, sie hätte die Koalition im Saarland nicht beendet.

So messerscharf sind heute die Begründungen wie damals, zu Beginn des Jahres 2005. Damals war vorausgesagt worden, Gerhard Schröder, der ehrgeizigste und einzig wahre Machtpolitiker des Landes, werde niemals freiwillig die Bundestagswahl vorziehen und damit das Ende seiner Regierung besiegeln wollen, sollte die Wahl in Nordrhein-Westfalen für Rot-Grün verloren sein. Achtmal tritt Bundeskanzlerin Merkel vor dem 13. Mai dort auf.

Briefe an die Herausgeber	32	Zeitgeschehen	10	Finanzmarkt	19	Kino	31
Reiseblatt	R 1	Wirtschaft	11	Kurse	22	Neue Sachbücher	32
Staat und Recht	8	Unternehmen	14	Sport	25	Medien	33
Deutschland und die Welt	9	Wetter	18	Feuilleton	27	Fernsehen und Hörfunk	34

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 £ / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29 nkr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28 skr / Schweiz 4,80 sfrs / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 720 Ft

STREIFZÜGE

Stuttgart

Was für ein Theater

Der Intendant des Stuttgarter Schauspielhauses, Hasko Weber, hatte eine Idee: Wegen der Dauerbaustelle in dem 1959 von Hans Volkart gebauten Kleinen Haus wollte er den Spielbetrieb in ein Zelt verlegen. Das Zelt sollte auf einem Schlachtfeld stehen, nämlich auf dem Rasen des Stuttgarter Schlossgartens. Als bei genauerer Prüfung der Planungen bekannt wurde, dass vielleicht eine kleine Hilfsstraße im Schlossgarten hätte gebaut werden müssen, Bäume gefällt und somit möglicherweise der Juchtenkäfer in Lebensgefahr gebracht worden wäre, nahm Weber von seinem Plan wieder Abstand.

Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren müssen Weber und sein Ensemble aus dem Schauspielhaus ausziehen. Das Theater ist ohne Spielstätte – bis wann das so sein wird, weiß niemand. Nach einem vorläufigen Zeitplan könnte der Spielbetrieb im Schauspielhaus vielleicht im Januar wiederaufgenommen werden. Nun muss gerechterweise

Demnächst in diesem Theater: *Der Bauarbeiten zweiter Teil* Foto dapd

darauf hingewiesen werden, dass Weber, seine Schauspieler und die Theaterbesucher für die Unfähigkeit der staatlichen Bauverwaltung büßen müssen. Zwar wollten sie unbedingt eine moderne Drehbühne, gebaut von einem angeblichen „Weltmarktführer", doch die Verursacher der Misere sind sie nicht. Verantwortlich für das katastrophale Baustellenmanagement ist das Land, konkreter der von Finanzminister Nils Schmid (SPD) beaufsichtigte „Landesbetrieb für Vermögen und Bau". Die Theaterleute müssen, nachdem sie wegen der Bauarbeiten schon 2010 in ein Übergangsquartier ausgewichen waren, nun absurderweise aus dem erst im Februar dieses Jahres eröffneten Theater wieder ausziehen und können froh sein, wenn sie demnächst in einem alten Kinosaal oder einem „Fabrikle" Asyl bekommen.

Die Stuttgarter Kulturbürgermeisterin Susanne Eisenmann (CDU) kritisiert die Weigerung des früheren CDU-Finanzministers und auch des sozialdemokratischen Amtsinhabers, ein solches Vorhaben unter der Kontrolle eines erfahrenen Projektsteuerers zu bauen. „Es fehlen verbindliche Zeitpläne, das ist ein großes Ärgernis – mal abgesehen davon, dass niemand weiß, wie hoch die Kosten sein werden", sagt Frau Eisenmann. Nun soll die nicht funktionierende neue Drehbühne ersetzt werden, doch damit ist nur der größte Mangel behoben. Demnächst soll der Rechnungshof im Auftrag des Finanzministeriums das Baumanagement prüfen. RÜDIGER SOLDT

Festnahmen in Bahrein vor Grand Prix

Schiitische Oppositionelle protestieren gegen Formel-1-Rennen

Her. ABU DHABI, 18. April. Wenige Tage vor dem Formel-1-Rennen in Bahrein am kommenden Sonntag nehmen in dem kleinen Golfstaat die Spannungen wieder zu. Schiitische Aktivisten berichten, die Sicherheitskräfte hätten in der Nacht zum Mittwoch mit einer massiven Verhaftungswelle von Personen begonnen, die im Umfeld des Rennens Kundgebungen gegen das sunnitische Herrscherhaus organisieren könnten. Bis zu 80 Personen sollen verhaftet worden sein. Jeden Tag finden in den aus Sicherheitsgründen immer stärker abgeriegelten schiitischen Dörfern außerhalb der Hauptstadt Manama Kundgebungen gegen das Rennen am Sonntag statt. Vergangenes Jahr war der Grand Prix in Bahrein wegen der blutigen Unruhen abgesagt worden.

Auch am Mittwoch haben schiitische Aktivisten gegen die Monarchie und König Hamad Bin Issa Al Khalifa demonstriert. Sie konfrontierten den Kronprinzen Salman Bin Hamad Al Khalifa bei einem Kondolenzbesuch im schiitischen Dorf Sanabis trotz der massiven Anwesenheit der Bereitschaftspolizei mit Fotos getöteter Oppositioneller. Der Kronprinz gilt als der führende Reformer im Königshaus.

In Berlin hat unterdessen der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, die Freilassung von Hunderten Gefangenen in Bahrein gefordert. Mehr als ein Jahr nach der Niederschlagung der Massenproteste in der Hauptstadt Manama würden noch immer „ein paar hundert der Protestierer im Gefängnis" festgehalten, sagte Löning. Es sei „ein unhaltbarer Zustand", dass die schiitische Mehrheit Bahreins „nicht zu ihren Rechten kommt". Er wiederholte seinen Aufruf an die Behörden in Bahrein, den dänisch-bahreinischen Menschenrechtsaktivisten Abulhadi al Chawadscha freizulassen, der sich seit dem 8. Februar im Hungerstreik befindet. Die bahreinische Regierung hatte eine Bitte der dänischen Regierung abgelehnt, ihn an Dänemark zu übergeben. Die EU-Außenbeauftragte Caterine Ashton hat Bahrein aufgefordert, alles zu tun, das Leben von Chawadscha zu retten. Chawadscha ist zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil er sich für die Abschaffung der Monarchie ausgesprochen hatte.

Amnesty International hat in einem Bericht die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Bahrein und das Ausbleiben der versprochenen Reformen kritisiert. Die Organisation schreibt, dass die Antwort der bahreinischen Regierung auf den Bericht der internationalen Ermittlungskommission BICI zu den Protesten im vergangenen Jahr und dem Verhalten der Sicherheitskräfte „unzureichend" sei. Noch immer bestehe für die Opfer der Menschenrechtsverletzungen keine Gerechtigkeit. Auch wenn die Regierung versuche, ein Bild zu zeichnen, das Bahrein auf dem Weg zu Reformen zeige, gebe es weiter eine unnötige und maßlose Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten.

Protestformel in Bahrein: *Demonstranten wollen Freiheit statt Autorennen.* Foto dpa

Fortsetzung von Seite 1

Assad verstärkt Angriffe auf Protesthochburgen

Der qatarische Ministerpräsident und Außenminister Hamad Bin Dschassim Al Thani warf am Dienstagabend dem Assad-Regime vor, es gebe bei der Verwirklichung des Annan-Plans noch keinerlei Fortschritte. Damaskus spiele weiter auf Zeit, das Töten gehe unverändert weiter, sagte er bei einem Treffen der Syrien-Gruppen der Arabischen Liga, an der auch Annan teilnahm. Dennoch bekräftigte der qatarische Regierungschef seine Unterstützung für den Annan-Plan. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Nabil al Arabi, rief Syrien auf, die Waffenruhe „umgehend und vollständig" zu verwirklichen.

In Peking sagte der syrische Außenminister Walid Muallim, Syrien habe mit der Verwirklichung des Sechs-Punkte-Plans von Annan begonnen. Damaskus kooperiere mit der UN-Beobachtermission und fühle sich der Waffenruhe ebenso verpflichtet wie dem Abzug der Armee aus den Städten. Muallim sagte, er heiße den Vorschlag des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon gut, die Zahl der UN-Militärbeobachter auf 250 zu erhöhen. Das sei „vernünftig und logisch". Syrien habe ein Interesse an dieser Mission. Die ersten sechs nicht bewaffneten Blauhelmsoldaten waren in der Nacht zum Montag in Syrien eingetroffen und verließen am Mittwoch erstmals Damaskus. Sie besuchten Daraa und den Damaszener Vorort Arbeen. Syrische Regierungstruppen schossen in Arbeen offenbar auf Demonstranten, nachdem die UN-Beobachter den Stadtteil besucht hatten. Sicherheitskräfte hätten das Feuer eröffnet, nachdem dort mehrere tausend Menschen auf die Straßen gegangen waren, dabei seien acht Menschen verletzt worden, hieß es.

Unterdessen durchsuchen türkische Sicherheitskräfte den deutschen Frachter „Atlantic Cruiser" nach Waffen für Syrien. Das Schiff liege im Hafen von Iskenderun, teilten das türkische Außenministerium und Vertreter der Hafenbehörde am Mittwoch mit. Ob die „Atlantic Cruiser" trotz des Embargos gegen das Assad-Regime tatsächlich für Syrien bestimmte Waffen an Bord habe, sei noch offen.

Minister im Energiesparmodus

Auch weil die Islamkonferenz an thematischer Ermüdung leidet, will Innenminister Friedrich sie zu einem würdigen Ende bringen.

Von Peter Carstens

BERLIN, 18. April. Wenn an diesem Donnerstag die Deutsche Islamkonferenz (DIK) ihre jährliche Plenarsitzung in Berlin abhält, dann wollen Minister aus Bund und Ländern, Kommunalvertreter, einige muslimische Verbände und Einzelpersonen ein zeitloses, alle Religionsgemeinschaften und sozialen Gruppierungen belangendes Thema erörtern. Es lautet: „Geschlechtergerechtigkeit als gemeinsamen Wert leben." In Arbeitsgruppen hatten die Teilnehmer „Rollenbilder unter Muslimen" diskutiert und nach Möglichkeiten gesucht, starre Vorstellungen aufzuweichen, welche etwa muslimische Mädchen bei Schulausflügen am Mitmachen hindern. In mehreren Sitzungen haben Staatsvertreter und Islam-Repräsentanten an einem Leitfaden gearbeitet, konnten sich aber nicht auf eine endgültige Fassung einigen.

Verabschiedet werden soll nun eine gemeinsame Erklärung der Deutschen Islamkonferenz „gegen häusliche Gewalt und Zwangsverheiratung". Auch wenn Muslime der Meinung waren, dies sei ein grundsätzliches Problem paternalistischer Gesellschaften und betreffe keineswegs nur den Islam, waren die Teilnehmer bei den Vorbereitungstreffen zu einer solchen Erklärung bereit. Zum ersten Mal, wie man im Innenministerium nicht ohne Stolz bemerkt.

Dennoch steckt die Islamkonferenz in vielerlei Schwierigkeiten, wie schon Äußerlichkeiten dokumentieren. Seit 2006 wurden viele Grundfragen diskutiert, manche Neuerungen auf den Weg gebracht, wie etwa die Islam-Lehrerausbildung. Theoretisch erörtert wurden auch Fragen nach dem Verhältnis zwischen Islam und Demokratie. Die auch aus der Islamkonferenz erwachsenen Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Moscheegemeinden bilden heute ein wichtiges Abwehrnetz gegen Extremismus und Terrorismus. Dennoch litt die Konferenz bereits bei ihrer Neukonstituierung 2010 unter einer gewissen thematischen Ermüdung. Die Islamkonferenz solle praktischer werden, hatte der ehemalige Innenminister de Maizière (CDU) gefordert, doch konkrete Ergebnisse wären weniger auf einer Bundeskonferenz als durch die Kooperation und Konferenzen in den Ländern und Gemeinden zu erreichen. Innenminister Friedrich (CSU) hat das Konzept seines Vorgängers vor einem Jahr übernommen und seither keinen neuen Akzent hinzugefügt. Inzwischen beschränkt er sein Engagement auf ein Minimum. Im Ministerium wird unterdessen nach Wegen gesucht, die Arbeit der Islamkonferenz mit dem Ablauf der Legislaturperiode zu einem würdigen Ende zu bringen oder zumindest auf eine organisatorisch niedrigere, fachlich aber engagierte Ebene zu verlagern, etwa beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Nach wie vor bleibt der Zentralrat der Muslime (ZDM), der etwa 300 Moscheegemeinden mit 20000 Gläubigen vertritt, der Islamkonferenz fern. Der ZDM hatte seine Teilnahme einst wegen eines Streits über strafrechtlich belangte Funktionäre der türkisch-islamischen Gruppierung „Milli-Görüs" (IGMG) abgesagt. Versuche, die Vertreter orthodoxeren Glaubens wieder zu integrieren, hat es seitens des Innenministeriums nicht mehr gegeben. Äußerungen von Innenminister Friedrich (CSU) zum Islam im Allgemeinen und zu islamistischen Neigungen Jugendlicher im Besonderen haben auch eines der verbandsunabhängigen Mitglieder, die Bochumer Islamwissenschaftlerin Armina Omerika, zum Austritt aus der DIK bewegt. Sie sagte der „tageszeitung": „Unter Innenminister Friedrich erwarte ich keine Fortschritte mehr." Der Minister habe „durch seine notorischen Ausfälle gezeigt, wie wenig er sich eigentlich mit dem Thema auseinandersetzt".

Möglicherweise wegen abermals zu befürchtender Diskussion brach Friedrich nun mit der bisherigen Tradition einer gemeinsamen Pressekonferenz am Ende der Konferenz. Seine Vorgänger Schäuble und de Maizière hatten diese gemeinsamen Auftritte auch als Diskussionsforum genutzt und geschätzt. Friedrich will sich offenbar keine Kritik von muslimischen Verbandsvertretern anhören müssen und beschränkt sich darauf, während der Sitzung eine „Erklärung" abzugeben. Nachdem er im vergangenen Jahr bei einem Vorbereitungstreffen mit Journalisten unvorbereitet und unsicher gewirkt hatte, verzichtete der Minister in diesem Jahr ganz darauf, sich Fragen stellen zu lassen, und überließ die Präsentation der Arbeitsergebnisse einer Fachbeamtin. Der Minister sei in Osterurlaub, hieß es zur offiziellen Begründung.

Ein weitere Besonderheit des Treffens an diesem Donnerstag ist es, dass die Konferenz sich jedenfalls nach dem Willen Friedrichs nicht mit dem Thema „Salafismus" befassen soll. Während einerseits bemängelt wird, ein Dialogforum zwischen Staat und Islam sei unnütz, wenn es sich nicht mit heiklen aktuellen religionspolitischen Fragen beschäftigen dürfe, wurde andererseits gelobt, dass Friedrich sich nicht von den Salafisten die Tagesordnung diktieren lassen wolle. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde, Kolat, unterstützte Friedrich, indem er der „Rheinischen Post" sagte: „Eine hysterisch geführte Debatte hilft uns allen nicht weiter."

In Interviews äußerte Friedrich am Mittwoch unter anderem, er nehme den „Salafismus als Gefährdungspotential für den inneren Frieden in unserem Land außerordentlich ernst." Entscheidend sei dabei nicht die Zahl von vierbis fünftausend Anhängern, sondern, „was schwerer wiegt, ist ihre Entschlossenheit und Gefährlichkeit, mit der sie zu Werke gehen".

Heute

Foltervorwurf gegen Kiew
Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung hält den Umgang mit Oppositionsführerin Julija Timoschenko für Folter. An diesem Donnerstag beginnt der nächste Prozess gegen sie. **Politik, Seite 6**

Putsch im Drogenstaat
Nach dem Putsch in Guinea-Bissau ist die Junta internationaler Kritik ausgesetzt. Die Armee ist tief in den Drogenschmuggel verstrickt. Der abgesetzte Präsidentschaftskandidat arbeitete dagegen. **Politik, Seite 7**

Töten im Krieg
Muss das Töten im Krieg geregelt werden? Für nationale Alleingänge zur Reform des humanitären Rechts gibt es kaum Raum. Der Mensch steht im Mittelpunkt. **Staat und Recht, Seite 8**

Uschi und die Wüstenschiffe
Uschi Musch aus Bad Waldsee, auch „Kamel-Uschi" genannt, zeigt in Dubai, wie die Beduinen wirklich leben. Und dass Kamele die erhobene Hand nicht mögen. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Die Erfahrene
In Oslo muss Wenche Elizabeth Arntzen über den Massenmörder Breivik zu Gericht sitzen. Eine der erfahrensten Juristinnen des Landes ist um diese Aufgabe nicht zu beneiden. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Kritik an Salafisten von Islamverbänden

ura. FRANKFURT, 18. April. Die Koranverteilung durch eine salafistische Gruppe um den Kölner Prediger Abou-Nagie beunruhigt nicht nur Sicherheitsbehörden und Politiker, sondern auch die Mehrheit der gemäßigten Muslime und die Repräsentanten ihrer Verbände. So beklagt Ali Kizilkaya, der Sprecher des „Koordinierungsrats der Muslime", dass diese Gruppe durch die große öffentliche Aufmerksamkeit eine „vermeintliche Bedeutung bekommt, die sie in der Wirklichkeit gar nicht hat". Die Mehrheit der Muslime in Deutschland kenne Abou-Nagie nicht und verehre ihn nicht. Doch durch diese Aktion „bekommt man ja den Eindruck, der Koran würde erst durch die Salafisten nach Deutschland gebracht". Ob die Salafisten gefährlich seien, könne er nicht einschätzen. „In jeder Religion gibt es einige, die diese Religion buchstabengetreu leben wollen", sagt Kizilkaya. Der „Koordinierungsrat der Muslime" ist ein Zusammenschluss der vier größten muslimischen Organisationen und vertritt etwa zehn Prozent der vier Millionen Muslime in Deutschland.

Auch der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, betrachtet die Koranverteilung „mit großer Sorge". Bei der Mehrheit der Muslime finde sie keine Anerkennung: „Hier wird das Wort Gottes als Massenware verteilt." Es solle aber durch gutes Beispiel gelernt und auch geehrt werden. Nun lande es schlimmstenfalls im Altpapier. Zugleich rufe diese provokante Aktion Gegenmaßnahmen ausländerfeindlicher Gruppen im nordrhein-westfälischen Wahlkampf hervor, die bereits zu öffentlichen „Wegwerfaktionen" aufgerufen hätten. Mazyek hat sich gegenüber dieser Zeitung auch dagegen ausgesprochen, das Thema auf die Tagesordnung der Islamkonferenz zu setzen. Das hieße, den Salafisten weiter Aufmerksamkeit zu verschaffen. Stattdessen müsse man die „Mitte der islamischen Gemeinschaft stärken", um die „extremen Ränder" einzugrenzen.

Im „Koordinierungsrat der Muslime" fragt man nach dem Sinn der Verteilaktion – zumal sogar im Internet der Koran in verschiedenen Übersetzungen mit Kommentaren leicht zugänglich ist. Es sei zu hoffen, teilte die Organisation mit, „dass Einzelne darin nicht eine werbewirksame Aktion für ihre Gruppe sehen". Man befürchtet „eine Instrumentalisierung des heiligen Buches zu diesem Zweck".

Andere Repräsentanten muslimischer Gemeinden sehen in der Verteilungsaktion „ein Spielchen von Provokateuren". Allein die in die Welt gesetzte Zahl von 25 Millionen Exemplaren spreche für die „vollständige Hybris" Abou-Nagies. Manche halten ihn für einen aus Saudi-Arabien unterstützten Wahhabiten. Auch das saudische Königshaus finanziere schließlich die Verteilung von Koranen. Abou-Nagies Gruppe spreche gemäßigten Muslimen ab, gläubig zu sein – „weil der Bart nicht lang genug ist oder die Gesichtsverschleierung fehlt". Man hoffe, dass die Koranverteilung dem Ruf des Islam keinen Schaden zufügen werde.

STIMMEN DER ANDEREN

Mutmacher für Europa
Die „Neue Osnabrücker Zeitung" begleitet den Besuch des Bundespräsidenten in Brüssel:

„Wie schon in Polen hat Joachim Gauck auch in Brüssel viele Sympathien für sich und sein Heimatland gewinnen können. Seine zweite Auslandsreise zu den Zentralen der Europäischen Union und des transatlantischen Militärbündnisses Nato verband Gauck mit einem wichtigen Appell: Gerade in der Krise müssen wir mehr Europa wagen. Der Bundespräsident präsentierte sich diesmal weniger als Mahner und Demokratielehrer, sondern mehr als Mutmacher und kluger Analytiker. Seine Kernbotschaft gehört angesichts der Herausforderungen der Globalisierung in jedes Schulbuch: Als Europa sind wir stark, als Nationalstaaten nicht mehr stark genug. Das heißt nicht, dass über Nacht die Vereinigten Staaten von Europa entstehen. Aber es wäre ein fataler Irrweg historischen Ausmaßes, sollten die Mitgliedstaaten in nationales und egoistisches Denken zurückfallen. Gerade die Geschichte Deutschlands lehrt, dass der Weg zu einem geeinten Kontinent die beste Garantie für den Erhalt von Frieden und Freiheit ist. Für Gauck sind das keine Floskeln, weil er die DDR-Diktatur am eigenen Leib gespürt hat."

Charme-Offensive
Die „Badischen Neuesten Nachrichten" widmen sich demselben Thema:

„Joachim Gauck sorgte in Brüssel und in Straßburg für Sympathiepunkte: Bei seinem Antrittsbesuch in den beiden ‚europäischen Hauptstädten' rührte der neue Bundespräsident gekonnt die Werbetrommel für ein geeintes Europa. Die Charme-Offensive des einstigen DDR-Bürgerrechtlers trug nicht nur in Brüssel Früchte. EU-Kommissionspräsident Barroso zeigte sich beeindruckt vom neuen Hausherrn im Berliner Schloss Bellevue. Einmal mehr erwies sich Joachim Gauck als ‚Menschenfischer', der sein Publikum mit wohlgesetzten Worten für sich einzunehmen weiß. Dass Gauck dabei eher die großen Linien vorgab und beim Konkreten ziemlich vage blieb, wurde ihm gern verziehen. Die Deutschen, sonst in Brüssel als kalte Rechner verschrien, entpuppten sich zumindest für ein paar Stunden als begeisterte Europäer."

Fußball-Fernsehen bleibt rätselhaft
Die „Schwäbische Zeitung" betrachtet die Einigung über Fußball-Übertragungen:

„Wahrscheinlich haben gestern die Champagnerkorken geknallt in der Frankfurter DFL-Zentrale, bei allen Fußball-Profiklubs und beim Bezahlsender Sky sowie in den Büros der ARD: Der Bundesliga-Fußball wird wie bisher übertragen, die ‚Sportschau' muss nicht sterben und die Klubs erhalten wesentlich mehr Geld. Im Managerdeutsch heißt das ‚win-win-Situation'. Auf Umgangsdeutsch ‚Königsweg'. Das Dumme an Königswegen ist nur, dass sie so selten sind wie Einhörner. Meistens ist doch irgendwo noch ein Haken versteckt."

Ohne Öffentlichkeit
Die französische Zeitung „La Voix du Nord" fragt sich, ob der Prozess gegen den norwegischen Attentäter hinter verschlossenen Türen stattfinden sollte:

„Norwegen stellt sich seit Montag, aus Mut oder Unvorsichtigkeit – das wissen wir derzeit noch nicht –, dem Schmerz. Der Prozess soll zehn Wochen dauern. So lange muss Norwegen die Hasstiraden seines Henkers ertragen. Breivik hat die Taten gestanden und sich für nicht schuldig erklärt. Mit einer ekelerregenden Arroganz machte er Notwehr geltend. Er habe . . . mit ‚präventiven Anschlägen die einheimischen Norweger' schützen wollen. Der Satz ging um die Welt, und es stellt sich die Frage: Muss man einem Täter, der auf so extreme Weise politisch motiviert ist, eine solche Tribüne zur Verfügung stellen? Norwegen geht Risiken ein. Das Land nimmt das auf sich, weil sein Trauma zu tief ist. . . . Doch im Fall Breivik kommen wir nicht umhin, an einen Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu denken."

Die Gesellschaft muss das aushalten
Die österreichische Tageszeitung „Die Presse" befasst sich mit demselben Thema:

„In einer fairen Justiz fußen Strafprozesse aber auf wohletablierten Maximen, etwa der des rechtlichen Gehörs: Jeder Angeklagte hat die uneingeschränkte Möglichkeit, sich zu rechtfertigen. Dass er, wie Breivik, im Vorverfahren alles zugab, ändert nichts, denn es gelten auch Maximen der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit . . . Und laut Öffentlichkeitsprinzip müssen (fast alle) Verhandlungen von Zusehern im Saal verfolgt werden können; die Liveübertragung etwa per TV ist aber meist illegal – gerade mit dem Zweck, keine grenzenlose Propagandabühne zu schaffen. Diese Grundsätze müssen, auch wenn es schwerfällt, von der Tat entkoppelt bleiben. Denn ab wann sollten sie nicht mehr gelten: ab drei Toten? Ab 30? Ab 77? . . . Redeverbote sind etwas für mittelalterlich-autoritäre Regimes."

Sich ganz aus dem Markt zurückziehen?
Die Eurozone leide unter einem Glaubwürdigkeitsdefizit, heißt es in der „Neuen Zürcher Zeitung":

„Zeigen jetzt Spanien, Portugal oder auch Frankreich nicht endlich, dass sie nicht Griechenland sind und dass sie es mit der Sanierung ihrer Staatsfinanzen ernst meinen, werden die Geldgeber immer höhere Renditen verlangen oder sich ganz aus dem Markt zurückziehen. Rigorose Umschuldungen mit sehr schmerzhaften Konsequenzen – inklusive des fast sicheren Zusammenbruchs der Währungsunion – wären die Folge. Wachstum ohne Sparen ist in den meisten Ländern der EU deshalb nicht mehr möglich. Vordringlich muss jetzt die verlorene Glaubwürdigkeit wiedererlangt werden."

Argentinien schadet sich
Zur Ankündigung Argentiniens, die argentinische Repsol-Tochter YPF zu verstaatlichen, bemerkt die britische „Times":

„Weil das Unternehmen hauptsächlich Investoren aus dem Ausland gehört, droht die Entscheidung leider weitgehende Konsequenzen nach sich zu ziehen. . . . Ausländische Investoren werden sich von Argentinien fernhalten – nicht nur von seinem Energie-Sektor, sondern aus dem ganzen Zuständigkeitsbereich des Unternehmensrechts. Darunter wird Argentiniens Produktionsstärke leiden. Auf mittelfristige Sicht wird das Land deshalb mehr Waren importieren müssen und damit das Defizit erhöhen. . . . Diese Wiederbelebung der verrufenen Populismus-Politik schadet Argentinien. Außerdem vergiftet sie die internationalen Wirtschaftsbeziehungen."

Wo man singt, da pass auf: *Bo Xilai förderte – hier auf einem Festival im Juni 2011 – die Pflege revolutionären kommunistischen Liedgutes und pflegte hinter den Kulissen eigenartige Gebräuche.* Fotos Reuters

Die düsteren Seiten der Macht

Der Mord an einem Briten hat den Sturz eines der mächtigsten Funktionäre der Kommunistischen Partei Chinas verursacht – oder hat er ihn nur beschleunigt? Bo Xilai und die politischen Abgründe in China.

Von Petra Kolonko

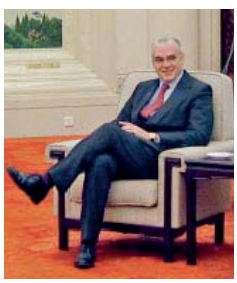
PEKING, 18. April

Als im November der britische Geschäftsmann Neil Heywood tot in einem Hotel in Chongqing aufgefunden wurde, vermutete zunächst noch niemand etwas Böses. Seiner chinesischen Ehefrau wurde mitgeteilt, ihr Mann sei an den Folgen exzessiven Alkoholkonsums gestorben. Die Behörden in Chongqing hatten es eilig, den Leichnam einzuäschern, eine Autopsie fand nicht statt. Weder die Angehörigen noch die britische Botschaft forderten eine polizeiliche Untersuchung. Die Einzigen, die wahrscheinlich eine Ahnung davon hatten, dass Heywood keines natürlichen Todes gestorben war, waren die Ermittler der Disziplinkommission der Kommunistischen Partei. Und die gaben ihr Wissen nicht weiter.

Neil Heywood war ein Mittelsmann, wie es sie in Chinas wildem und für Ausländer oft undurchdringlichem Kapitalismus viele gibt. Sie stellen Kontakte zwischen ausländischen Investoren und chinesischen Unternehmen her, dabei sind ihr wichtigstes Kapital ihre Beziehungen zu chinesischen Politikern und Parteisekretären, die über Wirtschaftsprojekte zu entscheiden haben. Neil Heywood hatte beste Kontakte nach ganz oben: Er war mit der Familie von Politbüromitglied Bo Xilai befreundet.

Heywood hatte Bo Xilai wahrscheinlich kennengelernt, als dieser noch Bürgermeister der nordchinesischen Industriestadt Dalian war. Heywood soll damals der Familie Bo zu dem verholfen haben, was für die kommunistischen Kader ein Prestigeanliegen ist: ihre Kinder in teuren Schulen in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten erziehen zu lassen. Heywoods Vermittlung sei es zu verdanken gewesen, dass der Sohn Bo Xilais, Bo Guagua, schon im Alter von 12 Jahren nach England gehen durfte und von der teuren Privatschule Harrow aufgenommen wurde. Das berichteten Freunde der Familie Heywood britischen Zeitungen. Der heute 24 Jahre alte Bo Guagua studierte später in Oxford und ist jetzt im amerikanischen Harvard eingeschrieben.

Vater Bo Xilai, der ein großer Verehrer Mao Tse-tungs ist, gewann an Macht und Einfluss, er wurde Provinzgouverneur in Liaoning und Parteichef in Chongqing. Seine Mutter Gu Kailai machte als Anwältin auch dank der Position ihres Mannes eine erfolgreiche Karriere. Heywood eröffnete ein Beratungsunternehmen in Peking. Seine geschäftlichen und privaten Kontakte mit einer der wichtigen politischen Familien Chinas öffneten ihm viele Türen. Aber schließlich wurden ihm seine hohen chinesischen Freunde und deren illegale Machenschaften doch zum Verhängnis. Sein Tod brachte das größte Politdrama in Gang, das China seit Jahrzehnten gesehen hat. Seit der vergangenen Woche steht Bo Xilais Frau ganz offiziell unter Verdacht, Heywood ermordet zu haben. In der Bekanntmachung der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua heißt es, Heywood und Frau Gu seien über nicht näher benannte Geschäftsinteressen in Streit geraten. Seitdem kommen Stück für Stück Einzelheiten ans Licht. Bewiesen ist allerdings noch nichts. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet unter Berufung auf Polizeikreise, dass Frau Gu Heywood beauftragt habe, eine große Geldsumme diskret, also an den Behörden vorbei, außer Landes zu bringen. Zum Streit sei es gekommen, als Heywood einen zu hohen Anteil für diesen Dienst verlangt habe. Er habe dann gedroht, die illegalen Geschäfte von Frau Gu öffentlich zu machen. Im chinesischen Internet machten Nachrichten die Runde, nach denen dies keineswegs das erste Mal gewesen sei, dass Heywood für solche Dienste eingesetzt wurde. Er soll über die Jahre umgerechnet mehrere hundert Millionen Euro der Bo-Familie ins Ausland geschafft haben. Freunde Heywoods berichteten, dass sich seine Beziehungen zur Bo-Familie im vergangenen Jahr verschlechtert hätten. Er soll ihnen auch gesagt haben, dass er um seine Sicherheit fürchte. Er habe belastendes Material in England hinterlegt.



Der Tote: *Neil Heywood*

Hätte Heywood über finanzielle Transaktionen der Bo-Gu-Familie berichtet, dann wäre eine solche Enthüllung durch den britischen Freund für die Familie eine ernste Bedrohung gewesen. Für hohe Kader der Kommunistischen Partei gelten zumindest auf dem Papier strikte Verbote über Vermögenstransfer und Auslandskontakte. Bo Xilai verfügt als Kader der Kommunistischen Partei offiziell nur über ein bescheidenes Einkommen. Seine Frau hatte ihre Anwaltskanzlei aufgegeben, als ihr Mann Parteichef von Chongqing wurde. Die Familie wäre in Erklärungsnöte über die Herkunft so großer Geldmengen geraten. Doch jetzt ist klar, dass auch der Tod Heywoods die schillernde Familie nicht vor dem Untergang retten konnte.

Die Täterin? *Gu Kailai*

Dass der Mordfall Heywood doch noch aufgerollt wurde und einen solch großen Politskandal auslöste, ist einerseits einem früheren Untergebenen von Bo Xilai, Wang Lijun, andererseits dem Internet zu verdanken. Die Machenschaften der Familie Bo-Gu wären ohne die spektakuläre Flucht Wang Lijuns in das amerikanische Konsulat in Chengdu vermutlich nicht bekanntgeworden. Und ohne das Internet hätten sich Nachrichten über die Affäre nicht verbreitet, denn für die offiziellen Medien wären solche Berichte tabu gewesen. So aber wurde der Fall Wang Lijun in ganz China mit Spannung verfolgt und kommentiert.

Zunächst war von Mord und dem Fall Heywood noch gar nicht die Rede. Der „Fall" Wang Lijun sah vielmehr aus wie die Flucht eines Funktionärs vor einer Korruptionsermittlung. Dann war in einer internen Stellungnahme der Partei davon die Rede, Wang Lijun habe sich mit der Flucht der Rache Bo Xilais entziehen wollen. Bo Xilai habe Ermittlungen gegen seine Familie unterbinden wollen, von denen Wang Lijun gewusst habe.

Offiziell bestätigt ist, dass Wang Lijun sich einen Tag im amerikanischen Konsulat aufhielt. Bestätigt ist auch, dass Wang Lijun versucht hat, im britischen Konsulat vorzusprechen. Vermutet wird, dass der frühere Adlatus Bo Xilais belastendes Material über seinen Chef übergeben hat. Dabei könnte es sich um Informationen über Bestechungszahlungen handeln oder auch um kompromittierende Bilder, mit denen Bo Xilais angeblich sehr ausschweifendes Sexualleben dokumentiert worden sein könnte. Andere Berichte sprechen davon, dass Wang Lijun die Amerikaner und Briten davon in Kenntnis gesetzt habe, dass Heywood ermordet worden sei.

Jedenfalls sah sich die chinesische Regierung veranlasst, den Fall Heywood neu zu untersuchen. Auch die britische Regierung bat in China um eine neue Untersuchung. Sie begründete dies mit Hinweisen aus britischen Wirtschaftskreisen in China. Die Internetberichte über das, was in China zunächst als der „Wang-Lijun-Zwischenfall" bekannt wurde, setzten eine Spekulationswelle in Gang.

Zwei Tage nach einem selbstbewussten Auftritt beim Volkskongress in Peking wurde Bo Xilai öffentlich gerügt und von seinem Amt als Parteichef von Chongqing abgesetzt. In der vergangenen Woche wurde dann in einem spektakulären Akt seine Mitgliedschaft im Politbüro der Kommunistischen Partei „wegen schwerer Verstöße gegen die Parteidisziplin" suspendiert. Der Führung dürfte auch Bo Xilais Orientierung an Mao ein Dorn im Auge gewesen sein.

Gu Kailai sitzt jetzt in Untersuchungshaft. Bo Xilai wiederum steht unter der „doppelten Beobachtung". Das ist eine Form des Hausarrests, der für hohe Kader für die Dauer einer Untersuchung verhängt wird. Erst wenn die Ermittlungen der Parteidisziplin-Kommission abgeschlossen sind, wird der Fall an die Justiz übergeben. In einem Verfahren droht die Todesstrafe zumindest Frau Gu. Nach Andeutungen in einem Leitartikel der parteiamtlichen „Volkszeitung" könnte dieses Schicksal vielleicht sogar Bo Xilai treffen.

Der Fall Bo Xilai eröffnet einen seltenen Einblick in die Abgründe des politischen Geschehens in China, über die manche irgendwie Bescheid wissen, über die aber nicht berichtet werden darf, wenn es der Parteiführung nicht genehm ist. Parteifunktionäre nutzen ihre Macht, um sich zu bereichern. Die Summen, die dabei verschoben werden, sind in den Jahren des Wirtschaftsbooms astronomisch hoch geworden. Um den Disziplinbestimmungen der Partei zu entgehen, die Wirtschaftsaktivitäten von engen Verwandten hoher Kader verbieten, werden Geschäfte und Transaktionen über entferntere Verwandte und Freunde abgewickelt. Man sucht und findet Wege, um illegal erworbenes Geld zu waschen oder ins Ausland zu transferieren. Verwandten und Freunden wird eine ausländische Staatsbürgerschaft besorgt, die der Familie ein Sprungbrett eröffnet und eine legale Form der Geldanlage im Ausland sichert.

Die Partei macht gelegentlich solche Fälle bekannt und verfolgt sie auch strafrechtlich. Doch treffen Korruptionsermittlungen selten Funktionäre in einer so hohen Stellung wie Bo Xilai, der als Mitglied des Politbüros zu den mächtigsten 23 Männern Chinas zählte. Dass gegen ihn vorgegangen werden darf, bedarf einer Genehmigung der Parteiführung oder ist ein von ihr angeordneter Schachzug, denn es ist in Chinas Einparteiensystem üblich, Gegner und Rivalen in der Partei auf dem Weg über Korruptionsvorwürfe auszuschalten. Vor dem Parteikongress im Herbst werden Stühle gerückt und Positionen vergeben. Es ist allgemein bekannt und wurde nicht dementiert, dass sich Bo Xilai Hoffnungen machte, in den Ständigen Ausschuss des Politbüros aufzusteigen, aus dem die wichtigsten Regierungsämter besetzt werden. Mit seinem Sturz sind auch die Hoffnungen seiner Fraktion beendet, und sein „Chongqinger Modell" einer mehr sozialistischen Politik für China ist diskreditiert.

Aus verschiedenen Quellen in Peking wird bestätigt, dass die Disziplinkommission der Partei schon vor dem Mordfall Heywood gegen Wang Lijun, Bo Xilai und Gu Kailai ermittelt hat. Es ist wahrscheinlich, dass die Disziplinkommission deshalb auch schon früh von dem Mord an Heywood gewusst hat. Man schließt daraus, dass ein politischer Schlag gegen Bo Xilai schon lange geplant war und auch ohne den Mordfall stattgefunden hätte.

Ob Konspiration, Machtkampf oder eine Verkettung von Ereignissen; die Enthüllungen über Bo Xilai und seine Familie haben einen denkbar schlechten Eindruck vom Innenleben der Kommunistischen Partei vermittelt. Die Parteiführung muss jetzt alles daransetzen, den Fall in vorzeigbarer Weise abzuschließen. Die britische Regierung hat beim Besuch von Politbüromitglied Li Changchun in London noch einmal um Aufklärung im Falle Heywood gebeten. Der chinesische Gast sicherte zu, es werde nach dem chinesischen Gesetz vorgegangen. Die Nachrichtenagentur Xinhua versprach, dass gründlich ermittelt werde, Ergebnisse würden zu gegebener Zeit mitgeteilt.

shop at store.zegna.com

BERLIN DÜSSELDORF FRANKFURT HAMBURG MÜNCHEN WIEN ZÜRICH

Ermenegildo Zegna

Passion for Details

Hüter der Sitzordnung

WIESBADEN, 18. April. Es war eine Debatte, die Boris Rhein aus dem Lenkrad zu laufen schien. Am Dienstagabend verschickte der hessische Innenminister eine Presseerklärung, die auch als „Basta“ ihres obersten Dienstherrn an maulende Streifenbeamte und aufmüpfige Polizeigewerkschafter verstanden werden konnte. „Es gibt keinen Grund, die 200 beschafften Funkstreifenwagen auszumustern. Opel ist und bleibt ein zuverlässiger Partner für die hessische Polizei.“ Anlass für das Bekenntnis des vor drei Wochen in Frankfurt als CDU-Oberbürgermeisterkandidat gescheiterten Politikers zu dem Autobauer waren Gerüchte, dass die Landesregierung die 200 neuen Polizeifahrzeuge des Fahrzeugtyps Insignia wegen Mängeln beim Streifeneinsatz ausmustern wolle. Erst im vergangenen Jahr hatte das Land für rund 5,5 Millionen Euro die als Kombi-Version ausgelieferten Fahrzeuge angeschafft. Seit Monaten jedoch gibt es in der Polizei Kritik besonders an den Autositzen, die angeblich bei der Verbrecherjagd behinderten. Der viel zu enge Sportsitz beschränke viele Kollegen in ihrer Bewegungsfreiheit, monierte jetzt die Gewerkschaft der Polizei, die sich dabei auf eine Umfrage im Internet unter 450 Polizisten berief. Dabei hatte Opel als einziger Hersteller in der Ausschreibung auf Wunsch des Polizeipersonalrats „rückenschonende“ Autositze anbieten können. Offenbar Sitze, die nicht unbedingt für füllige Beamte geeignet sind, wie es im Innenministerium heißt. Beim Tragen ihres Einsatzgürtels mit Handschellen, Pistole, Pfefferspray und Gegenständen fühlen sich die Ordnungshüter geradezu an das „Auto des Jahres 2009“ gefesselt. Für diese Kollegen hat das Ministerium nun ein Kompromissangebot. Sie dürfen umsteigen in eine Großraumlimousine namens Zafira. Ebenfalls von Opel. So viel Standorttreue muss sein. (holl.)

Doch noch Außenminister

Abseits öffentlicher Aufmerksamkeit hat Westerwelle an Statur gewonnen. Dennoch blickt er auf das Scheitern seines Traums.

Von Majid Sattar

BERLIN, im April. Als Guido Westerwelle dieser Tage zum G-8-Gipfel nach Washington reiste, wurde er mit der Frage konfrontiert, ob ihm bewusst sei, dass er demnächst der dienstälteste Außenminister der Runde sein könnte. Denn Hillary Clinton habe angekündigt, nach den Präsidentenwahlen im November ihren Posten im State Department aufzugeben. Zudem gebe es Gerüchte, der künftige russische Präsident Putin werde sich einen neuen Chefdiplomaten suchen. Einmal abgesehen davon, dass Westerwelle wohl nicht damit rechnet, dass Sergej Lawrow sein Amt verlieren wird, kommentierte der Deutsche die Frage nur mit einem Schmunzeln. Die wortlose Geste drückte eine vielschichtige Gefühlsmischung aus, in dem auch ein Stück Genugtuung zum Ausdruck kam: dass ihm einmal eine solche Frage gestellt werden würde? Ein Jahr nachdem er gezwungen worden war, den FDP-Vorsitz und den Titel des Vizekanzlers aufzugeben. Und ein Dreivierteljahr, nachdem ihn sein Nachfolger Philipp Rösler zum Außenminister auf Bewährung erklärt hatte, dessen Richtlinien er Westerwelle fortan vorgebe.

Irgendetwas ist seither passiert. Der Außenminister galt seinerzeit als abgeschrieben. In der Öffentlichkeit, aber auch in der Politik. Die Kanzlerin und der Verteidigungsminister galten nun als diejenigen, welche die diplomatische Leerstelle am Werderschen Markt füllten. In aller Stille hat Westerwelle die Zeit abseits öffentlicher Aufmerksamkeit genutzt, um zu tun, was ihm nach seinem Amtsantritt 2009 einfach nicht gelingen wollte: Wer ihn nun beobachtet auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu Jahresbeginn, auf Reisen in die arabische Welt und in Verhandlungen über die Krisen in Syrien, Iran und Afghanistan, muss sich zuweilen die Augen reiben: Westerwelle sieht nun aus wie ein echter Außenminister. Und weil man der Sache immer nicht ganz traut, ist man geneigt, vorsichtig anzufügen: derzeit. Also: Westerwelle sieht derzeit aus wie ein echter Außenminister.

Zwei Begegnungen mit Lawrow und Frau Clinton beschreiben den Wandel des Mannes auf anschauliche Weise. Vor wenigen Wochen stand der mit allen diplomatischen Wassern gewaschene Russe neben Westerwelle in der Villa Borsig, dem Gästehaus des Auswärtigen Amtes in Berlin. Es war der Tag, an dem der UN-Sicherheitsrat endlich jene Präsidentenerklärung annahm, mit welcher der Syrien-Plan Kofi Annans autorisiert wurde. Und es war zufällig auch der 62. Geburtstag Lawrows. In der Pressekonferenz provozierte der Russe den Deutschen mit der Bemerkung, Moskau hätte diese Erklärung schon im vergangenen Sommer annehmen können. Wahrscheinlich aber, ätzte der Karrierediplomat, habe der Westen warten wollen, um ihm heute dieses Geburtstagsgeschenk zu bereiten. Westerwelle blieb gelassen, flüsterte dem Geburtstagskind leise zu: „I wouldn't bet on it, Sergej“, er würde darauf nicht wetten – und lobte im Weiteren die erzielte Einigung. War das der gleiche Mann, der ein Jahr zuvor – nach dem diplomatischen Desaster der deutschen Enthaltung zur Libyen-Resolution – beim Treffen der Nato-Außenminister in Berlin Frau Clinton

Im Kollegenkreis: *Sein Lächeln ist mitunter noch verkrampft, doch fremdelt Westerwelle längst nicht mehr.* Foto dpa

noch einmal deren mittlerweile verworfene Argumente gegen einen Militäreinsatz in Nordafrika unter die Nase gerieben hatte? Und das in einer Laudatio für die Amerikanerin, der seinerzeit für ihre Verdienste um das deutsch-amerikanische Verhältnis der Walter-Rathenau-Preis verliehen wurde. Damals sagten selbst Diplomaten seines Hauses, Westerwelle fehle jegliche Konzilianz – und damit eine diplomatische Schlüsselqualifikation. Doch nun stand da der Mann, der anfangs glaubte, ein deutscher Außenminister müsse vor allem immer recht behalten neben dem Rechthaber aus Moskau, und ließ dessen Stänkerei elegant an sich abtropfen. Wie gesagt: Man reibt sich die Augen.

Man darf Westerwelle, der Ende vergangenen Jahres 50 Jahre alt wurde, wohl unterstellen, dass er in den zurückliegenden Monaten den ein oder anderen Gedanken an die Frage verschwendet hat, warum seit seinem größten Erfolg am 27. September 2009 so ziemlich alles schiefgelaufen ist. Mit 14,6 Prozent hatte er die FDP nach elf langen Jahren in der Opposition wieder in die Regierung geführt. Indes war womöglich schon jenes Wahlergebnis ein Bestandteil des schwarz-gelben Geburtsfehlers. In den Koalitionsverhandlungen, die Westerwelle nach Monaten des Dauerwahlkampfes grippegeschwächt überstehen musste, wurde schnell sichtbar, dass von Wunschpartnern eigentlich keine Rede sein konnte. In einer Verhandlungspause ging Angela Merkel einmal zu einer Gruppe junger FDPler, sagte freundlich „hallo“ und fügte dann mahnend an: „Leute, übertreibt es nicht!“ Was sollte dieser Satz nicht alles heißen: Hebt jetzt nur nicht ab. Die Zeiten haben sich geändert. Die CDU ist nach der großen Koalition nicht mehr die CDU von vorher. Und die Welt ist seit der Finanz- und Wirtschaftskrise auch nicht mehr die Welt von gestern. Andere Unionspolitiker übersetzten die Mahnung seinerzeit noch deutlicher: „Die Hälfte eurer Stimmen gehört uns.“ Blast euch nicht so auf, hieß das. Die FDP sollte wieder auf Normalmaß gestutzt werden. Diese freilich hielt dagegen, und das Unglück nahm seinen Lauf.

Der Koalitionsvertrag „Mut zur Zukunft“, ein Titel früherer Bundeskongresse der Jungliberalen unter dessen Chef Westerwelle, wurde aus liberaler Sicht ein Dokument des Kleinmuts: keine nennenswerten Steuerentlastungen oder auch nur -vereinfachungen. Keine staatlichen Sparbeschlüsse. Schlanker Staat? Von wegen. Was wäre gewesen, wenn die FDP nur ihr Ergebnis von 2005 gehalten hätte und mit echten zehn Prozent der Kanzlerin eine zweite Amtszeit gesichert hätte? Was wäre gewesen, wenn Westerwelle sich mit der Suche nach einem neuen Generalsekretär nicht so lange Zeit gelassen hätte, wenn er faktisch einen geschäftsführenden Parteivorsitzenden installiert hätte, der es ihm ermöglicht hätte, sich auf das Amt des Außenministers zu konzentrieren, ohne mit Gebell über die spätrömische Dekadenz in die Hartz-IV-Verhandlungen einzugreifen?

Und hätten die Duzfreunde Angela und Guido nicht wissen müssen, wie sehr sie sich nach 2005 entfremdet hatten? Immerhin bewegte die Kanzlerin der schwarz-roten Koalition mitunter die Frage, ob ihre Politik eine künftige schwarz-gelbe Koalition erschweren könnte. Einmal, im Jahr 2007, erkundigte sie sich bei Westerwelle, ob die scharfe Rhetorik ihres Law-and-Order-Innenministers ein künftiges Bündnis gefährde. Wolfgang Schäuble verantwortete gegen Ende der großen Koalition aus ihrer Sicht wohl schon zu lange die innere Sicherheit des Landes. Auch deshalb machte sie ihn im Herbst 2009 zum Finanzminister. So birgt es eine besondere Ironie, dass es ausgerechnet Schäuble als Herr des Haushaltes war, der die FDP an die Wand drückte, bis diese nur noch quietschte.

Heute ist die Partei nicht auf Normalmaß gestutzt, sondern kämpft um ihr Überleben. Koalitionen mit Angela Merkel, davon können die Sozialdemokraten ein Lied singen, haben ihren Preis. Kann der Frau das Schicksal der FDP egal sein? Oder erschrickt sie zuweilen über die Tatsache, dass ihr zumindest für 2013 nur die SPD als Bündnispartner bleibt, da die schwarz-grünen Träume vorerst ausgeträumt sind? Mag ja sein, dass die Kanzlerin in Zeiten wie diesen am liebsten wieder mit den Sozialdemokraten regierte, aber der CDU-Vorsitzenden kann der Mangel an Machtoptionen nicht recht sein. Westerwelle müssen mit Blick auf die Lage seiner Partei ambivalente Gefühle beschleichen. Er, der schon als Generalsekretär und Parteivorsitzender Phasen erlebt hat, in denen seine Partei in den Ländern unterirdische Ergebnisse einfuhr, wird spüren, dass die gegenwärtige Krise die bislang gefährlichste ist. In dunklen Stunden müsste er damit hadern, dass vor allem ihm der Scherbenhaufen angelastet wird. Die von Rösler kürzlich begonnene Debatte darüber, dass mit der Verengung der FDP auf eine Steuersenkungspartei die Malaise ihren Anfang genommen habe, spricht Bände. In weniger dunklen Stunden wird sich Westerwelle vielleicht denken, dass die drei Jungs, die ihn seinerzeit stürzten, alles noch schlimmer gemacht haben.

Gehen die Landtagswahlen in Kiel und Düsseldorf im Mai schief, würde es sehr schwer werden, vor 2013 noch eine Wende zu schaffen. Was würde dann in den Geschichtsbüchern bleiben vom Außenminister Guido Westerwelle? Vor einem Jahr, als der Sturz des FDP-Vorsitzenden einherging mit der Libyen-Entscheidung, die er seine bislang schwerste nannte, hätte dort nicht viel gestanden. Heute muss man fairerweise das Stichwort „europäische Schuldenkrise“ erwähnen. Sein Wortbeitrag von fünf Minuten auf dem Frankfurter Sonderparteitag in der Auseinandersetzung mit den parteiinternen Euroskeptikern avancierte zu einem leidenschaftlichen Appell, der die Stimmung drehte und die FDP vor populistischen Versuchungen bewahrte. Westerwelle hatte sein Lehrgeld in Sachen Populismus zehn Jahre zuvor in dem Konflikt mit Jürgen Möllemann gezahlt. Es dürfte seiner Eitelkeit schmeicheln, dass er nach den Demütigungen im vergangenen Jahr, als einige Landesverbände lieber auf ihn als Wahlkämpfer verzichteten, nun wieder als Zelt- und Marktplatzredner gefragt ist.

Und was, wenn Wolfgang Kubicki und Christian Lindner das Unmögliche gelingt? Dann ist die Partei, wenn auch als Fünf-Prozent-Truppe, wieder im Spiel. Das Stichwort heißt Ampelkoalition. Die Wahrscheinlichkeit eines rot-grün-gelben Bündnisses ist gering, aber sie besteht. Ein Regierungsbündnis Frank-Walter Steinmeiers oder aber Peer Steinbrücks mit Jürgen Trittin und Westerwelle? Dazu ist folgende Geschichte zu erzählen: Als der frühere Außenminister Joseph Fischer 2008 seinen 60. Geburtstag in Berlin feierte, sagte der Jubilar in Anwesenheit Westerwelles, den Fischer in Abwesenheit gerne „Guiiidooo“ nannte, mit Blick auf mögliche Dreierkonstellationen nach der Bundestagswahl 2009: „Ihr wisst: Ich bin einer Rot-Grüner. Ihr werdet Entscheidungen treffen müssen, bei denen ich besser nicht gefragt werde!“ Fischer ist heute, wie man so sagt, in der Wirtschaft tätig. Es spricht einiges dafür, dass Westerwelle es nach 2013 mit Fischer hält. Und auch das wäre nicht frei von Ironie.

Inland in Kürze

Mathiopoulos verliert Doktortitel – Mehr als zwanzig Jahre nach ihrer Promotion hat die Politikberaterin Margarita Mathiopoulos ihren Doktortitel aberkannt bekommen. Der Fakultätsrat der Universität Bonn traf nach Prüfung und Beratung diese Entscheidung. Demnach habe Frau Mathiopoulos in ihrer Dissertation über die dort benutzten Quellen getäuscht. Die Anwälte der Beraterin, die zeitweise mit einem prominenten CDU-Politiker verheiratet war und dem engeren außenpolitisch begleitenden Umfeld des damaligen FDP-Parteivorsitzenden Westerwelle zugerechnet wurde, kündigten an, gegen den Universitätsbeschluss klagen zu wollen. Die Entscheidung sei, so die Anwälte, „rechtswidrig“. Sie sprachen in einer Mitteilung von einem „unfairen und von blindem Eifer geprägten Verfahren“, das „unanständig“ gewesen sei. Die Doktorarbeit über „Amerika. Das Experiment des Fortschritts“ war bereits Anfang der neunziger Jahre kritisiert worden. Damals war aber lediglich von handwerklichen Mängeln die Rede, nicht aber von Täuschung. Anlass für die abermalige, nunmehr internetbasierte Überprüfung waren die Plagiatsfälle Guttenberg (CSU) und Koch-Mehrin (FDP). (pca.)

Warnschussarrest beschlossen – Zur Abschreckung jugendlicher Straftäter hat das Bundeskabinett am Mittwoch einen sogenannten Warnschussarrest eingeführt. Danach kann in schweren Fällen zusätzlich zu einer Strafe auf Bewährung ein Arrest verhängt werden. Der Warnschussarrest soll dann greifen, wenn eine Jugendstrafe noch nicht verhängt werden soll oder kann, eine Jugendstrafe auf Bewährung allein aber dem beabsichtigten Strafmaß nicht genügt. (dpa)

Gauck plant Bürgerfest – Bundespräsident Gauck hat das für Juni geplante „Sommerfest“ im Garten des Schlosses Bellevue abgesagt. Zu dem Fest sind traditionell Spitzenpolitiker, Lobbyisten, Diplomaten und Journalisten eingeladen. In einer Mitteilung des Bundespräsidialamtes heißt es: „Stattdessen wird Bundespräsident Gauck Anfang September 2012 zu einem Bürgerfest einladen.“ Damit sollten Bürgerinnen und Bürgern gewürdigt werden, die sich ehrenamtlich für Demokratie und Gemeinwohl engagieren. (ban.)

Tolerant bis zur Schmerzgrenze

Die Piratenpartei und ihr andauerndes Extremismusproblem / Von Marie Katharina Wagner

FRANKFURT, 18. April. „Ich anerkenne, dass wir ein Naziproblem bei den Piraten haben.“ So schrieb es der Landesvorsitzende der Berliner Piraten, Hartmut Semken, am vergangenen Montag in seinem Blog. Es war der Versuch einer Entschuldigung, einer Distanzierung von einem Text, den er am Tag zuvor an derselben Stelle veröffentlicht hatte. Dieser führte zu einer Schmählawine im Netz, einem „Shitstorm“, wie das unter Piraten heißt. Semken hatte in einem „Wutrausch“, wie er schrieb, auf die Debatte über den Umgang mit rechtsextremem Gedankengut in der Partei reagiert. Er schrieb: „Es sind die ‚Rausschmeißen‘ und ‚wir müssen uns abgrenzen‘ immer-wieder-Herunterbeter, die das Naziproblem der Piraten darstellen, nicht die Bodos und Dietmars“, womit er auf zwei umstrittene Parteimitglieder verwies. Die letzte Partei, die mit einer gezielten Verfolgung von Personen „einen Riesenerfolg“ erzielt habe, sei die NSDAP gewesen: „Die hatten für alles einen Sündenbock.“

Nun ist Semken zum Sündenbock geworden, an dem sich die Piraten abreagieren. Viele von ihnen sind anders als er nämlich der Ansicht, dass es doch die „Bodos und Dietmars“ sind, die das Problem darstellen. Mit „Bodo“ ist wohl Bodo Thiesen gemeint, der schon im Jahr 2008 aufgefallen war, als er nach Darstellung der Partei die Thesen eines verurteilten Holocaust-Leugners verteidigte. Erst als mehrere Medien 2009 auf den Fall aufmerksam wurden, kam ein Ausschlussverfahren in Gang, das erst am Dienstag dieser Woche endete – mit dem Ergebnis, dass Thiesen Mitglied bleiben kann.

Die Piraten wissen, dass sie als Partei, die Toleranz in alle Richtungen predigt, auch für Extremisten attraktiv sein können. Schon die Gründungsversammlung in Berlin 2006 wurde aus Angst vor einer Unterwanderung von rechts nur einem kleinen Kreis bekanntgemacht. Immer wieder fallen seither Mitglieder mit fragwürdiger Gesinnung auf. In Freising trat im Oktober 2011 der Kreisvorsitzende Valentin Seipt zurück, als bekannt wurde, dass er zwei Jahre lang Mitglied der NPD und sogar stellvertretender Kreisvorsitzender gewesen war. Heute engagiert er sich, noch immer Parteimitglied, für die Initiative „Piraten gegen Rechts“. Im Januar 2012 twitterte der Heidenheimer Pirat Kevin Barth: „ok. ich bin also antisemit weil ich die israelische kackpolitik und den juden an sich unsympatisch finde weil er einen sinnlosen krieg führt.“ Die Äußerung wurde bekannt, als er zwei Wochen später zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde. Doch musste erst der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, über Twitter die Führung der Piraten auffordern, für den Rücktritt Barths zu sorgen. Als sich führende Parteimitglieder schließlich einschalteten, gab er sein Amt ab – Parteimitglied ist er immer noch.

Bei Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September 2011 errangen die Piraten einen Sitz in einem Kreistag. Nach der Wahl wurde bekannt, dass der Abgeordnete für die Piraten, Matthias Bahner, früher Mitglied der NPD gewesen war. Er hatte dies bis dahin verschwiegen. Bahner sagte, die NPD-Mitgliedschaft sei ein „Fehler in seiner Jugend“ gewesen, außerdem habe sie sich auf Freizeitaktivitäten mit seinen Schulfreunden beschränkt. Die Partei geht dagegen davon aus, dass Bahner auch an Parteiveranstaltungen und Demonstrationen teilgenommen habe. Darum forderte sie ihn im Oktober zur Rückgabe seines Mandats auf, was Bahner bis heute ablehnt. Einen Antrag auf Parteiausschluss wies das Landesschiedsgericht im März 2012 mit der Begründung zurück, Bahners unrichtige Angaben hätten der Partei zwar Schaden zugefügt – „einen allein dadurch verursachten schweren Schaden“ könne sie jedoch nicht erkennen. Derzeit wird vor dem Bundesschiedsgericht abermals über den Fall verhandelt.

Als der Fall Bahner gerade bekanntgeworden war, sagte der Bundesvorsitzende der Piraten, Sebastian Nerz, in einem Interview, manche ehemalige NPD-Mitgliedschaften seien „Jugendsünden“, die man verzeihen müsse. Dieser Zeitung sagte er nun, heute würde er sich so nicht mehr äußern. Er sehe für Bahner „keinen Platz mehr in der Partei“. Zu zwei aktuellen Fällen kann Nerz nicht viel sagen: Unbekannt ist ihm, dass Bielefelder Piraten im Februar eine Erklärung veröffentlichten, in der sie einen Bezirksvertreter zum Parteiaustritt auffordern. Er soll in einer E-Mail geschrieben haben, Juden würden für ihre Interessen „die gesamte Welt opfern“. Der Beschuldigte nennt die Vorwürfe eine „infame Kampagne“. Und in Hannover entzog der Landesvorstand kürzlich einem Landtagskandidaten seinen Listenplatz, weil er Straffreiheit für Holocaustleugner und den freien Verkauf von Hitlers „Mein Kampf“ gefordert haben soll.

Mit „Dietmar“, auf den Hartmut Semken in seinem Blogbeitrag verweist, ist wohl Dietmar Moews gemeint, ein Berliner Pirat, der kürzlich in einem Videoblog über das „Weltjudentum“ schwadronierte. Ende des Monats will er für den Bundesvorsitz der Piratenpartei kandidieren.

Bartsch und Pau fordern Klarheit

mk. BERLIN, 18. April. Zwei prominente Politiker der Linkspartei haben potentielle Bewerber um das Amt der Parteivorsitzenden aufgefordert, sich unverzüglich zu melden. „Nach meinem Demokratieverständnis“, sagte Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau in der „Berliner Zeitung“, „ist es ausgeschlossen, dass sich die Partei innerhalb von 14 Tagen eine Meinung bilden und dann souverän einen Vorstand wählen kann“. Der amtierende Vorstand will die Kandidatenfrage erst nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 13. Mai erörtern. Beim Parteitag in Göttingen wird Anfang Juni ein neuer Vorstand gewählt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Dietmar Bartsch, äußerte sich in der Zeitung „Thüringer Allgemeine“ ähnlich wie Frau Pau. Das Aufschieben der Führungsdebatte sei „sträflich“, zumal die Jahre mit Gesine Lötzsch und Klaus Ernst „wenig erfolgreich“ gewesen seien und die beiden sich „offensichtlich nicht bewährt“ hätten. Nach dem Rücktritt von Frau Lötzsch ist Bartsch der einzige Kandidat. Weder Ernst noch Lafontaine, der saarländische Fraktionsvorsitzende, äußern sich zu ihren Absichten; sie verweisen auf die Schweigevereinbarung.

Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Georg Paul Hefty; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Michael Psotta; für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Sport: Jörg Hahn, Anno Hecker (stv.), Peter Heß (stv.); für Feuilleton: Dr. Nils Minkmar, Verena Lueken (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bilder und Zeiten: Andreas Platthaus; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Steffen Uttich; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Jürgen Kaube; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Prof. Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste Nr. 72 vom 1. Januar 2012 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 6 vom 1. Januar 2012 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 44,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 51,90 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 44,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 51,90 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 22,40 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 22,90 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 54,30 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Erscheint werktäglich. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder www.faz.net/leserportal.
Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91 - 17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de
Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60)
Konto-Nr. 91 393 604; IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Einen guten Rat holt man sich am besten, bevor man ihn benötigt.

Asset Management
Wealth Management
Asset Services

Privatbank seit 1805

Genf Lausanne Zürich Basel London
Luxemburg Frankfurt Paris Madrid Barcelona
Turin Mailand Rom Florenz Dubai Singapur
Hongkong Tokio Montreal Nassau Taipeh Osaka
www.pictet.com

PICTET
1805
Wahre Unabhängigkeit

Ultimatum in Prag

Ministerpräsident Nečas droht mit Neuwahl

kps. RIJEKA, 18. April. Nach der Spaltung einer der drei Parteien seiner Regierungskoalition hat der tschechische Ministerpräsident Petr Nečas seinen Partnern ein Ultimatum gestellt: Falls bis Anfang kommender Woche nicht geklärt sei, ob die Regierung eine „sichere Mehrheit" im Parlament habe, werde es Neuwahlen geben. Zudem machte der den Fortbestand der Koalition davon abhängig, dass der Gründer der Koalitionspartei „Öffentliche Angelegenheiten" (VV) und frühere Verkehrsminister Vít Bárta sein Parlamentsmandat aufgibt, der vor kurzem wegen Bestechung zu eineinhalb Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden ist. Die Regierung könne sich nicht auf eine Parlamentsfraktion verlassen, „die von innen her oder hinter den Kulissen von einem Mann kontrolliert wird, der wegen Korruption verurteilt wurde", sagte Nečas.

Zuvor hatte die bisher zu VV gehörende stellvertretende Ministerpräsidentin Karolina Peake ihren Austritt aus der Partei bekanntgegeben und die Gründung einer neuen Plattform angekündigt. Grund dafür ist offenbar, dass sie sich in der Partei nicht gegen die Anhänger Bártas durchsetzen konnte. Noch vor einer Woche hatte Karolina Peake mitgeteilt, sie wolle bei dem VV-Parteitag im Juni für den Parteivorsitz kandidieren. Ihr plötzlicher Austritt deutet darauf hin, dass Bárta ungeachtet seiner Verurteilung und der Aufgabe seiner Ämter noch immer der starke Mann der Partei ist.

Im 200 Sitze zählenden tschechischen Parlament konnte sich die Mitte-Rechts-Regierung bisher auf 118 Abgeordnete stützen. Davon gehören 53 der ODS des Ministerpräsidenten an, 41 der TOP 09 von Außenminister Karel Schwarzenberg und Finanzminister Miroslav Kalousek, sowie 24 der VV. Bisher haben sich erst fünf Abgeordnete bereit erklärt, sich Karolina Peake anzuschließen. Für die Bildung einer Fraktion sind mindestens zehn Abgeordnete erforderlich. „Eine knappe Mehrheit von 101 oder 102 Abgeordneten hat keinen Sinn", sagte Nečas am Mittwoch, denn die Regierung brauche eine stabile Mehrheit.

Die Sicht der Opfer: *Ein Mann, der die Schüsse auf Utøya überlebt hat, gibt während einer Gerichtspause ein Interview.* Foto Reuters

Moskauer Signale in Transnistrien

Russische Friedenstruppe soll modernisiert werden

kps. RIJEKA, 18. April. Moskau will seine Friedenstruppe in Transnistrien modernisieren. Russland werde es nicht zulassen, dass sein exklusives Recht verwässert werde, die Sicherheit in der Region zu garantieren, sagte der stellvertretende russische Ministerpräsident und Sonderbeauftragte für Transnistrien, Dmitrij Rogosin, bei einem Besuch in Tiraspol, der Hauptstadt der von der Republik Moldau abtrünnigen Provinz. Nach einem Gespräch mit Jewgenij Schewtschuk, dem Präsidenten der international nicht anerkannten Provinz, kündigte Rogosin die Fortsetzung der Friedensmission an. Moskau werde es nicht zulassen, dass in Transnistrien noch einmal Blut vergossen werde, „weder im großen noch im mittleren oder kleinen Maßstab". Meldungen russischer Medien, Russland wolle in Transnistrien moderne Radarsysteme stationieren, wurden von Rogosin nach heftigen Reaktionen aus Moldau dementiert.

Russische Medien meldeten indes auch, Russland wolle wieder damit beginnen, die in Transnistrien verbliebenen Munitionsvorräte abzutransportieren. Damit solle ein Zeichen für eine Lösung des Konflikts gesetzt werden, schrieb die Zeitung „Kommersant" unter Berufung auf das russische Außenministerium. Auch darüber soll Rogosin, der von Präsident Dmitrij Medwedjew vor einem Monat zum Transnistrien-Beauftragten ernannt worden ist, auf seiner ersten Reise in die Region gesprochen haben, die ihn zunächst in die moldauische Hauptstadt Chişinau geführt hatte.

Unterdessen kam es in Wien bei den Transnistrien-Gesprächen im Format „Fünf plus zwei" zu einer Einigung über prozedurale Fragen künftiger Verhandlungen. An den Gesprächen, die im November vorigen Jahres nach fünfjähriger Unterbrechung wiederaufgenommen worden sind, beteiligen sich außer den beiden Konfliktparteien Moldau und Transnistrien die OSZE, Russland, die Ukraine, die Vereinigten Staaten und die EU.

Im Angesicht des Bösen

Für die Hinterbliebenen und Verletzten ist der Prozess gegen den Attentäter von Oslo und Utøya oft eine Qual. Nicht alle können die Tiraden Breiviks ertragen. Einige aber zwingen sich dazu.

Von Friedrich Schmidt

OSLO, 18. April. „Jedes Mal, wenn er seinen Gruß mit der Faust macht, ist es wie ein Schlag ins Gesicht", sagt Trond Henry Blattmann in den Fluren des Gerichtsgebäudes im Zentrum von Oslo. Blattmann hat am 22. Juli 2011 seinen 17 Jahre alten Sohn Torjus auf der Insel Utøya verloren. Nun verfolgt er als Leiter des Nationalen Unterstützungskomitees für die Überlebenden und Hinterbliebenen der Anschläge von Oslo und Utøya den Prozess gegen Anders Behring Breivik. Dieser stößt jeden Morgen, sobald ihm die Handschellen abgenommen worden sind, seinen rechten Arm mit geballter Faust nach oben. Es soll ein Gruß seiner „Tempelritter" sein. Blattmann ist ein schlanker Mittvierziger aus Kristiansand an der Südspitze Norwegens. Kurz bevor sein Sohn starb, telefonierte er noch mit ihm. Torjus fragte, was er tun sollte, da schieße jemand. Am Dienstag musste Blattmann dann hören, wie Breivik seine Morde als politische Taten rechtfertigte. „Kalt und zynisch" sei Breivik da gewesen, sagt Blattmann. „Ohne jedes Gefühl für uns." Hass aber empfinde er nicht: Breivik sei seine Gefühle nicht wert.

Blattmann sagt, viele Hinterbliebene hätten gar nicht die Kraft, dem Prozess zu folgen. Einige hätten gar das Land verlassen, um der Berichterstattung zu entgehen und dem allgegenwärtigen Mörder Breivik. Andere ziehen es vor, das Verfahren nicht in einem Raum mit Breivik, sondern in einem der Säle zu verfolgen, in die es übertragen wird. Blattmann selbst muss noch bis Ende dieser Woche bei jedem Prozesstag da sein und dann wieder im Mai: Die Leute vom Unterstützungskomitee haben sich aufgeteilt. Damit immer jemand da ist, der den Opfern eine Stimme gibt. Damit nicht nur über den Täter berichtet wird. Seit Dienstag wird von manchen Hinterbliebenen kritisiert, dass Breivik im Prozess zu viel Raum für seine Tiraden gegeben werde. Blattmann versteht das, sagt aber: „Das Gericht muss doch beurteilen können, was er ist." Außerhalb des Gerichtssaals, sagt Blattmann – umgeben von Stativen, Kameras und Mikrofonen –, spiele sich zwar ein „Zirkus" ab. Doch die Abläufe im Gerichtssaal seien „würdevoll". Ob Breivik schuldfähig sei oder nicht, das werde das Gericht entscheiden. Aber eines sei ihm wichtig: Dass man Breivik als Massenmörder sehen möge, nicht als politischen Aktivisten.

Im Saal 250 geht am Mittwoch die Befragung Breiviks weiter, der – nach dem üblichen Faustgruß – im Zeugenstand Platz genommen hat. Es geht um seinen Werdegang. So will Breivik in Liberia 2002 einen „militanten Nationalisten" getroffen haben, einen Serben, „der in seiner Heimat gegen Muslime gekämpft" habe. Namen will er nicht nennen. Dann wieder sagt er, die Polizei wolle die „Spuren" nicht verfolgen, die er so reichlich in seinem „Manifest" gelegt habe. In verständnisvollem Ton hakt die Staatsanwältin immer wieder nach. „Kein Kommentar." Bei einer dieser Gelegenheiten belehrt die Vorsitzende Richterin den Angeklagten, dass sein Schweigen gegen ihn verwendet werden könnte (was sich bizarr ausnimmt), und dass es das Verfahren in die Länge ziehe (was zweifellos zutrifft). In Liberia habe er zwei Tarnungen gehabt: für Unicef zu arbeiten („Ich sagte, ich hätte ein gutes Herz", sagt Breivik und grinst) sowie, Blutdiamanten kaufen zu wollen. Auch um das Frauenbild des Angeklagten geht es. Diese hätten nicht dasselbe Potential, „Revolutionäre" zu werden, sagt er. Um sein Menschenbild: Nicht alle Menschen würden mit einem Rückgrat geboren, aber man könne es erwerben. Um sein Selbstbild: Auf die Frage, ob er „talentiert" sei, sagt Breivik, „mit Willen und guter Haltung kann jeder alles tun". Trond Henry Blattmann sitzt schräg links hinter Breivik. Er hat den Kopf gesenkt.

Warum das „Gründungstreffen" der „Tempelritter" 2002 in London stattgefunden habe, fragt die Staatsanwältin Breivik. „Kein Kommentar." Auch wer dort gewesen sein soll, bleibt unklar. Es sei darum gegangen, alle militanten Nationalisten in Europa zu einen, unter Distanzierung vom Nationalsozialismus, der zu „blutgetränkt" erscheine – und zwar im Zeichen der Kreuzritter, da sich dahinter selbst diejenigen versammeln könnten, die nicht gläubige Christen seien. Die Staatsanwaltschaft hatte am Montag erst gesagt, Breivik sei ein Einzeltäter.

Immer wieder macht der Angeklagte Notizen oder dreht den Stift mit den Fingern der rechten Hand. An einer Stelle sagt er, die Staatsanwältin wolle ihn „lächerlich machen", was diese zurückweist. Das Aufgeblasene, die Eitelkeit, das Wirre, die Behauptungen, die von der Staatsanwältin widerlegt werden: All das mögen die Richter und die Psychiater, die Breivik direkt gegenübersitzen, beurteilen. Der blasse junge Mann im schwarzen Anzug, der während der Verhandlungen wenige Meter links hinter dem Angeklagten sitzt, will zur Frage von dessen Schuldfähigkeit jedenfalls nichts sagen. „Mir ist nur wichtig, dass das normale Verfahren eingehalten wird, dass er nicht unsere Vorstellungen davon verändert, was richtig ist", sagt Bjørn Ihler in einer Prozesspause. Der Dreißigjährige mit dem blonden Haar, der im britischen Liverpool Theaterwissenschaften studiert, war an jenem Julitag im Zeltlager der Jugendorganisation der Arbeiterpartei auf Utøya. Gemeinsam mit zwei Jungen floh er vor Breivik kreuz und quer über die Insel. Schließlich versteckten sie sich hinter einem Felsen.

Ihler hat sich entschieden, im Gerichtssaal dabei zu sein und Breivik zu sehen, anders als die vielen anderen Überlebenden, die dafür nicht die Kraft haben. „Es ist mir wichtig zu verstehen, was passiert ist", sagt er. Es sei für ihn in diesen ersten drei Tagen nach und nach „leichter geworden", dem Verfahren zu folgen: „Ich gewöhne mich irgendwie daran." Der Schrecken, das Grauen, das sei im vergangenen Jahr gewesen. Jetzt, im Gerichtssaal, herrsche eine nüchterne Atmosphäre vor, das mache es einfacher, sagt er. Egal, ob Breivik nun ins Gefängnis oder in eine Anstalt komme – wichtig sei es, so viel wie möglich über die Verbrechen zu erfahren und mit einem Urteil den Prozess abzuschließen. Einen Schlussstrich aber unter Breiviks Verbrechen, das steht für Bjørn Ihler fest, den kann es niemals geben.

Mehr!

Mehr Komfort, mehr Leistung. Exklusiv für Abonnenten.

Lernen Sie unseren neuen Online-Service kennen und gewinnen Sie zwei Tickets für die F.A.Z.-VIP-Veranstaltung zur großen Edvard Munch Schau in der Frankfurter SCHIRN.*

Edvard Munch, Neuschnee in der Allee, 1906, © The Munch Museum / The Munch Ellingsen Group / VG Bild-Kunst, Bonn 2012

Ist Edvard Munch für Sie ein Künstler des 20. Jahrhunderts? Jetzt können Sie ihn in der SCHIRN KUNSTHALLE FRANKFURT aus einer zeitgenössischen Perspektive betrachten. Die Ausstellung nimmt Sie auf eine spannende Reise in 11 Etappen mit. Ein Teil der über 140 Gemälde, Fotografien, Stiche, Zeichnungen, Skulpturen und Filme war in Deutschland noch nie zuvor zu sehen.

Wir verlosen 25-mal 2 Tickets für die F.A.Z.-VIP-Veranstaltung zur Ausstellung **„Edvard Munch. Der moderne Blick"** am 8. Mai 2012 von 18.30 bis 21.30 Uhr in der SCHIRN KUNSTHALLE FRANKFURT.

Zu Ihrer Begrüßung steht ein Aperitif bereit, anschließend können Sie sich bei einer Führung einen Eindruck von der in Zusammenarbeit mit dem Centre Pompidou Musée National d'Art Moderne in Paris und dem Munch Museet in Oslo entstandenen Ausstellung verschaffen. Ein im Restaurant Table bereitstehendes Fingerfood-Buffet mit Spezialitäten aus regionaler Produktion bildet den kulinarischen Abschluss des Abends.

Über unseren Online-Service können Abonnenten unter **www.faz.net/meinabo** schnell und einfach an der Verlosung teilnehmen. Sofern Sie den Online-Service bislang noch nicht nutzen, finden Sie unter **www.faz.net/leserportal** nach einem Klick auf „Abo-Service" alle Informationen, die Sie für eine Anmeldung benötigen. Teilnahmeschluss ist der 22. April 2012.

* Die Verlosung erfolgt unter allen Abonnenten, die bis zum 22. April 2012 über den Online-Service am Gewinnspiel teilnehmen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, Barabgeltung nicht möglich.

SCHIRN KUNSTHALLE FRANKFURT

Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vatikan spricht von Fortschritten

Eingang der Antwort der Pius-Bruderschaft bestätigt

jöb. ROM, 18. April. Der Vatikan hat am Mittwoch den Eingang der Antwort der traditionalistischen Pius-Bruderschaft auf das Ultimatum der Kurie vom 16. März bestätigt. Sie werde nun von der Glaubenskongregation geprüft und dann dem Papst zur Entscheidung vorgelegt, teilte die Kommission „Ecclesia Dei" mit. Über den Inhalt der Antwort wurde offiziell nichts bekannt. So bleibt unklar, ob die „Priesterbruderschaft S. Pius X." der Forderung nachkam, einen Katalog von Glaubenssätzen zu unterzeichnen, oder ob sie mit einem eigenen Text antwortete. Vatikansprecher Lombardi sagte nur, die Antwort sei „anders als bisherige, die als unzureichend angesehen wurden. Sie geht weiter. Es gibt Fortschritte; aber auch Vorschläge und Wünsche von Seiten der Piusbrüder, die sie für die Präambel stellen."

Der Katalog der Glaubenssätze hat die Form einer „lehrmäßigen Präambel", die der Bruderschaft im September 2011 nach einem monatelangen Dialog zur Unterschrift vorgelegt worden war. Die Piusbrüder hatten die Unterzeichnung bisher abgelehnt. Am 16. März hatte dann der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Levada, dem Chef der Bruderschaft, Bischof Fellay, mitgeteilt, die bisherigen Antworten reichten „nicht aus, um die Lehrschwierigkeiten zu überwinden, die dem Bruch zwischen Heiligem Stuhl und Bruderschaft zugrunde liegen", und setzte der Gruppe mit ihren angeblich 550 Priestern eine letzte Frist von vier Wochen. Dieses Ultimatum lief am Montag aus. Mit der Präambel will Rom die Piusbrüder auf Kernaussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils über Religionsfreiheit, Ökumene und Liturgie festlegen.

Berlin wirft der Ukraine Folterung Timoschenkos vor

ul. WARSCHAU, 18. April. Deutschland wirft der Ukraine im Verfahren gegen die Oppositionsführerin Julija Timoschenko Folter vor. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, sagte dieser Zeitung, der an diesem Donnerstag beginnende zweite Strafprozess sei angesichts der permanenten Schmerzen, unter denen die in Haft erkrankte Politikerin leide, ein Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung) sowie gegen die Antifolterkonvention der UN. Unabhängige Beobachter pflichteten ihm bei.

Die Folter-Vorwürfe beruhen auf den Befunden eines Teams aus deutschen, kanadischen und ukrainischen Ärzten, das Frau Timoschenko im Februar untersucht hatte. Ein Gutachten, in dem der Neurologe Karl Max Einhäupl und der Orthopäde Norbert Haas von der Berliner Universitätsklinik Charité nach der Visite ihre Befunde niedergelegt haben, spricht von einem Bandscheibenvorfall, den die Patientin im Gefängnis erlitten habe und der mit „heftigsten Schmerzen" einhergehe, welche durch Schmerzmittel nur „in stark sedierenden Dosen" gelindert werden könnten. Nach einer weiteren Visite vergangene Woche sagte Einhäupl dieser Zeitung, Frau Timoschenko sei wegen ihrer „lange bestehenden heftigen Schmerzen nicht vernehmungsfähig". Seit der ersten Visite im Februar habe sich ihr Zustand „auf jeden Fall nicht verbessert", neue Beschwerden seien hinzugekommen. Frau Timoschenko hat den deutschen Ärzten gesagt, man habe die Verabreichung von Schmerzmitteln davon abhängig gemacht, ob sie sich den Verhören stelle.

Ein führender Politiker von Präsident Jankuowitschs Partei der Regionen, ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Wadim Kolesnitschenko, warf Frau Timoschenko unterdessen vor, sie simuliere: „Nach all den hochhackigen Schuhen, die sie in der Zelle ... getragen hat, glaube ich nicht, dass diese Frau einen kranken Rücken hat und sich kaum bewegen kann."

Berlin bemüht sich unterdessen weiter, die Kanzlei des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch davon zu überzeugen, dass die Ukraine ihren Ruf auch angesichts der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft im Lande nur retten könne, wenn sie Frau Timoschenko eine Behandlung in Deutschland ermögliche. Wie es hieß, gibt es in dieser Sache auch schon Zusagen von Janukowitschs Kanzleichef Ljowotschkin. Im Fall, dass diese Zusagen sich allerdings als falsch erweisen sollten, ist man in Berlin bereit, eine härtere Gangart einzuschlagen. Auch Sanktionen werden erwogen. Zu diesem Zweck finden gegenwärtig Konsultationen mit Polen und den Vereinigten Staaten statt.

Julija Timoschenko war schon im Oktober 2011 wegen angeblichen Amtsmissbrauchs in ihrer Zeit als Ministerpräsidentin nach der „Revolution in Orange" 2004 zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Das neue Verfahren bezieht sich auf die neunziger Jahre, als Frau Timoschenko den Konzern „Vereinigte Energiesysteme der Ukraine" führte. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, in den Jahren nach 1997 versuchte Unterschlagung, Urkundenfälschung und Steuerhinterziehung begangen zu haben. Ihr drohen zwölf Jahre Haft und die Verpflichtung, 1,9 Millionen Euro zurückzuzahlen. Ihr Anwalt weist allerdings darauf hin, dass die fraglichen Taten alle nach 1997 begangenen worden seien, als Frau Timoschenko die „Vereinigten Energiesysteme" schon nicht mehr führte. Der neue Prozess sei nur ein „schmutziger Trick", mit dem Janukowitsch auf die internationale Kritik am ersten Urteil reagiere. Das Regime erwäge, diesem Druck nachzugeben und das Urteil in der nächsten Instanz aufzuheben. Das neue Verfahren mache es möglich, die Oppositionsführerin dennoch weiter in Haft zu behalten.

Madrid enttäuscht über Reaktion Washingtons

wie. MADRID, 18. April. Die spanische Regierung hat sich enttäuscht über die zurückhaltende Reaktion der Vereinigten Staaten auf die Enteignung des Ölkonzerns Repsol in Argentinien gezeigt. Außenminister José Manuel García-Margallo sagte, die Reaktion sei „nicht so entschieden gewesen, wie es mir gefallen hätte". Die amerikanische Außenministerin Clinton hatte sich während eines Aufenthalts in Brasilien damit begnügt zu sagen, dass die Entscheidung von Präsidentin Fernández de Kirchner „zu Recht umstritten" sei. Der spanische Ministerpräsident Rajoy sagte derweil während eines Besuchs in Mexiko, dass es sich bei der Enteignung um einen „gefährlichen Präzendenzfall" für die Handelsbeziehungen in einer globalisierten Wirtschaft handle. Er fügte hinzu: „Was jetzt einem spanischen Konzern in Argentinien passierte, kann morgen jeder anderen Investition zustoßen." Frau Kirchners Beschluss schade dem internationalen Ansehen Argentiniens und zerstöre „das gute Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern".

Nato prüft Verteidigungsmittel

Westerwelle: Atomwaffenfreie Welt gemeinsames Fernziel

nbu. BRÜSSEL, 18. April. Außenminister Westerwelle hat sich am Mittwoch zufrieden über den Diskussionsstand in der Nato zur Zukunft der Nuklearrüstung gezeigt, auch wenn der von ihm geforderte Abzug der letzten verbliebenen amerikanischen Atomwaffen aus Europa darin noch nicht geregelt ist. Auf einer Sitzung der Außenminister des Bündnisses in Brüssel sagte Westerwelle, die Nato sei nun nicht mehr nur ein Sicherheitsbündnis, sondern setze „mehr als früher“ auch einen „eindeutigen Akzent“ auf die nukleare Abrüstung. „Die Vision von einer nuklearfreien Welt bleibt unser gemeinsames Fernziel.“

Westerwelle hatte nach seinem Amtsantritt versucht, in der Nato eine Diskussion über den Abzug der letzten, nach Schätzungen etwa 200 in Europa stationierten amerikanischen Atomwaffen in Gang zu bringen. Ein Teil davon ist auf einem Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Büchel stationiert. Westerwelles Ansinnen traf aber unter anderem auf Widerstand bei osteuropäischen Verbündeten, die diese Waffen als Rückversicherung gegen Russland betrachten. Westerwelle erreichte, dass die Nato eine Gesamtüberprüfung ihrer Verteidigungsmittel („posture review“) vornahm, aus der nun ein sechsseitiges Dokument hervorgegangen ist, das auf dem bevorstehenden Nato-Gipfel in Chicago verabschiedet werden soll.

In dem geheimen Dokument wird dem Vernehmen nach der Abzug der amerikanischen Waffen unter der Voraussetzung als möglich betrachtet, dass im Gegenzug eine Reduzierung der taktischen Atomwaffen Russlands zustande kommt. Gespräche darüber muss die amerikanische Regierung nach der Ratifizierung des neuen Start-Abkommens (zur Abrüstung strategischer Kernwaffen) ohnehin mit Moskau führen. Außerdem sprechen die Atommächte der Nato in dem Dokument negative Sicherheitsgarantien aus, worunter das Versprechen verstanden wird, Nichtatomwaffenstaaten nicht nuklear anzugreifen. Der auf deutsches Betreiben gegründete Ausschuss zur Abrüstung und Nichtverbreitung im Bündnis soll eine dauerhafte Einrichtung werden. Frankreich setzte durch, dass außerdem festgehalten wird, dass die neue Raketenabwehr der Nato in Europa kein Ersatz für die nukleare Abschreckung ist.

Rasmussen fordert „neue Kultur“

Generalsekretär will mehr gemeinsame Planung in Nato

nbu. BRÜSSEL, 18. April. Nato-Generalsekretär Rasmussen hat die Mitglieder der Allianz am Mittwoch noch einmal eindringlich dazu aufgefordert, ihre Verteidigungsplanung aufeinander abzustimmen. Auf einer Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister in Brüssel sagte er, nötig sei ein wirklicher Wille, über Veränderungen in den nationalen Verteidigungsbudgets im Kreis der Verbündeten zu beraten, bevor Entscheidungen getroffen würden. Benötigt werde eine „neue Kultur“ der Zusammenarbeit in der Nato. Hintergrund von Rasmussens Bemerkung sind die sinkenden Verteidigungsausgaben in fast allen Nato-Ländern, vor allem aber in Europa. Zuletzt hatte der Luftkrieg gegen das Gaddafi-Regime in Libyen erhebliche Ausrüstungsmängel bei den beteiligten europäischen Armeen offenbart, die nur durch amerikanische Hilfe ausgeglichen werden konnten.

Unbemannt: *Die neuen Beobachtungsflugzeuge werden eine Weiterentwicklung dieser „Global Hawk“.* Foto Reuters

Die Minister bereiteten am Mittwoch Beschlüsse für den bevorstehenden Nato-Gipfel in Chicago im kommenden Monat vor, auf dem unter anderem eine Initiative zum Zusammenlegen und zur gemeinsamen Nutzung von Waffengattungen mit Leben gefüllt werden soll. Dieses als „smart defense“ (kluge Verteidigung) bekannte Konzept soll zu Kostenreduzierungen führen, im Gespräch sind 180 Projekte. Zu den drei größten, allerdings schon älteren Vorhaben gehört der Aufbau einer Raketenabwehr in Europa, die sich kein europäisches Land alleine leisten könnte, die gemeinsame Luftraumüberwachung, wie sie derzeit schon im Baltikum praktiziert wird, und der Erwerb einer luftgestützten Bodenbeobachtung durch die Allianz (Alliance Ground Surveillance, AGS). Letzteres ist ein Gemeinschaftsprojekt von 13 Nato-Ländern, an dem auch Deutschland beteiligt ist.

Es sollen fünf unbemannte Flugkörper (mit zugehörigen Befehlsständen am Boden) erworben werden, die von 20 Kilometer Höhe aus ein genaues Lagebild von den Bodenbewegungen in einem Einsatzgebiet übermitteln können. Die Flugzeuge des amerikanischen Herstellers Northrop Grumman, die eine Weiterentwicklung des amerikanischen Systems „Global Hawk“ sein werden, können Einzelpersonen darstellen und Bewegungen über Zeiträume nachzeichnen, was nach Überzeugung der Militärs in der Nato unabdingbar für die moderne Kriegsführung ist.

Im Libyen-Krieg waren amerikanische Flugzeuge dieses Typs, die die Spannweite einer Boing 747 erreichen, entscheidend, um die libysche Luftabwehr in den ersten Tagen auszuschalten. Der Kauf der neuen Nato-Flotte, die von 2016 an vom italienischen Sigonella aus einsatzbereit sein soll, wird 1,2 Milliarden Euro kosten. Deutschland will davon 33 Prozent übernehmen. Die Beschaffungsverträge wurden kürzlich unterschrieben, sie sollen dem Bundestag Anfang Mai zur Zustimmung vorgelegt werden. Außer Deutschland beteiligen sich die Vereinigten Staaten, Italien und mehrere kleine Nationen. Frankreich und Großbritannien nehmen nicht teil, stellen der Allianz dafür aber ihre eigenen, bereits existierenden Bodenbeobachtungssysteme zur Verfügung.

Ausland in Kürze

Amerikaner mögen Deutschland – Die Deutschen sind bei den Amerikanern so beliebt wie kaum je zuvor. Wie aus einer von der Deutschen Botschaft in Washington in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage hervorgeht, haben 55 Prozent der Amerikaner einen ausgezeichneten oder guten Gesamteindruck von Deutschland. Bei der vorigen Umfrage Ende 2009 hatten 48 Prozent eine hohe oder sehr hohe Meinung von Deutschland. Bei der ersten Erhebung der 2002 begonnenen Umfrageserie waren 41 Prozent der Befragten derart angetan von Deutschland. Auch die Rolle Berlins in der internationalen Politik wird von 58 Prozent der Befragten als positiv bewertet; vor zweieinhalb Jahren äußerten noch 43 Prozent diese Ansicht. 58 Prozent halten Deutschland für eine bedeutende Wirtschaftsmacht. Deutschland wird auch als jener europäische Staat betrachtet, der Europa am ehesten aus der Schulden- und Finanzkrise führen kann. (rüb.)

Menschenrechtler verurteilt – Der saudische Menschenrechtsaktivist Muhammad al Badschadi ist nach Angaben von Amnesty International in einem nichtöffentlichen Verfahren zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Auch sein Anwalt habe am Prozess nicht teilnehmen dürfen. Badschadi werde vorgeworfen, eine Menschenrechtsgruppe aufgebaut und das Ansehen Saudi-Arabiens beschädigt zu haben. Der 36 Jahre alte Unternehmer gehört zu den Gründungsmitgliedern der „Saudischen Organisation für bürgerliche und politische Rechte“ (Acpra) in Buraida, die der saudische Staat nicht anerkennt. Er war im März 2011 verhaftet worden, nachdem er einen Tag zuvor an einer nicht genehmigten Kundgebung vor dem Innenministerium in Riad teilgenommen hatte, bei der die Freilassung von inhaftierten Familienmitgliedern gefordert worden war. Sicherheitskräfte konfiszierten bei Badschadi Dokumente und in Saudi-Arabien nicht erlaubte Bücher. Am 11. März begann Badschadi einen Hungerstreik, seit dem 7. April verweigert er auch die Aufnahme von Wasser. (her.)

Kandidaten bleiben disqualifiziert – In Ägypten hat die Hohe Kommission für die Präsidentenwahl die Einsprüche gegen die Disqualifizierung von zehn Kandidaten zurückgewiesen. Die rechtlichen Hürden für deren Kandidatur bestünden unverändert fort, ließ sie mitteilen. Gegen die Entscheidung kann keine Berufung eingelegt werden. Damit können drei als Favoriten gehandelte Kandidaten – Khairet Shater von der Muslimbruderschaft, der salafistische Prediger Hazem Abu Ismail und der frühere Geheimdienstchef Omar Sulaiman – nicht bei der Wahl am 23. März antreten. Die Hohe Kommission will die Liste der vermutlich 13 akzeptierten Kandidaten am 26. April bekannt geben. (her.)

Israelischer Offizier entlassen – Der Generalstabschef der israelischen Armee hat einen Oberstleutnant seines Postens enthoben, der am Wochenende einen dänischen Aktivisten mit dem Gewehrkolben ins Gesicht geschlagen hatte. Die israelische Staatsführung hatte das auf einem Video dokumentierte Verhalten des Soldaten einhellig verurteilt, über das auch die dänische Regierung Aufklärung verlangte. Der stellvertretende Kommandeur der im Jordantal stationierten Brigade hatte am Samstag eine größere Gruppe palästinensischer und ausländischer Radfahrer nördlich von Jericho angehalten, die gegen die eingeschränkte Bewegungsfreiheit für Palästinenser protestiert hatten. Nach seinen Angaben verletzten ihn Teilnehmer an der Hand, bevor er zuschlug. Die israelischen Behörden haben in den vergangenen Tagen zahlreichen Ausländern, die an ähnlichen Protesten teilnehmen wollten, die Einreise verweigert. (hcr.)

Störung im Betriebsablauf

In Guinea-Bissau ringt die Junta um Unterstützung. Die Armee hatte geputscht, weil der Präsidentschaftsfavorit den für das Militär lukrativen Drogenschmuggel bekämpfen wollte.

Von Jochen Stahnke

Protestieren verboten: *Soldaten der Junta vertreiben einen Demonstranten.* Foto dpa

FRANKFURT, 18. April. Ein Putsch in Guinea-Bissau ist eher die Regel als die Ausnahme. Seit der Unabhängigkeit 1974 hat noch kein Präsident seine Amtszeit überstanden, und manchmal, wie João Bernardo Vieira vor drei Jahren, nicht einmal überlebt. Am vergangenen Donnerstag nun griffen Soldaten die Residenz des ehemaligen Ministerpräsidenten Carlos Gomes Júnior an und nahmen ihn sowie den Interimspräsidenten Pereira und Parteigenossen fest. Der Umsturz in der früheren portugiesischen Kolonie ist der zweite Militärputsch in Westafrika binnen weniger Wochen. Wie im nur wenige hundert Kilometer entfernten Mali stand auch in Guinea-Bissau eine Präsidentenwahl an.

Nötig wurde sie, nachdem Präsident Sanhá am 9. Januar nach langer Krankheit gestorben war. Der international geachtete Gomes Júnior, der für die Wahl als Regierungschef zurückgetreten war, hatte den ersten Wahlgang mit 49 Prozent der Stimmen gewonnen. Anschließend hätte er im Stichentscheid Ende April antreten sollen. Auch wenn Beobachter der Afrikanischen Union und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas die Wahl als frei und fair beschrieben, warf der Zweitplazierte, Kumba Yala, seinem Konkurrenten Betrug vor. Gleichzeitig kündigte er an, es werde deshalb „keinen Wahlkampf“ geben. Manche Beobachter sahen darin die Androhung eines Militärputsches. Der einstige Präsident Kumba Yala hatte während seiner Amtszeit von 2000 bis 2003 viele Angehörige seiner Ethnie, den Balante, in der Armee unterbringen können. Das hatte das Militär später allerdings nicht daran gehindert, ihn selbst aus dem Amt zu putschen. Am Montag verurteilte Yala den Putsch – nach tagelangem Schweigen.

Damit stehen wesentliche politische Kräfte des Landes gegen die Junta, die offenbar gespalten ist. Dass die Putschisten nun mit 22 kleinen mehr oder weniger obskuren Oppositionsparteien eine Art Übergangsrat bilden wollen, scheint unerheblich. International wurde der Putsch verurteilt. Die Afrikanische Union setzte die Mitgliedschaft von Guinea-Bissau aus. Der Putsch war offenbar die letzte Möglichkeit des Militärs, Gomes Júnior als Präsidenten und damit dessen Politik der Demilitarisierung zu verhindern. Guinea-Bissau ist das einzige Land der Region, das seine Unabhängigkeit erfolgreich durch bewaffneten Kampf erlangte. Daraus leiten viele Militärs Privilegien ab. Der wohlhabende Geschäftsmann Gomes Júnior hingegen ist Kind kolonialer Elitenbildung. Schon als Ministerpräsident hatte er versucht, die Sicherheitskräfte zu reformieren, indem er die Polizei als Gegengewicht zum Militär aufbauen und die Armee um ein Viertel Soldaten verkleinern wollte. Diese Politik hatte er als Präsident fortsetzen wollen. Die neuen Polizeikräfte hätten vor allem gegen den Drogenschmuggel wirken sollen, an dem das Militär maßgeblich beteiligt ist. Nach Ansicht von Pedro Saebra vom „Portugiesischen Institut für Internationale Beziehungen und Sicherheit“ in Lissabon sind „die Hauptakteure in diesem Geschäft immer ranghohe guineische Militärs“. Besonders hervor tat sich der ehemalige Marinechef Bubo Na Tchuto, einer der größten Drogenbosse des Landes, der sich offiziell noch in Gewahrsam des Militärs befindet – es gibt aber auch Gerüchte, nach denen er mit den Putschisten paktiert.

Auch enge Mitarbeiter Kumba Yalas sollen in das Drogengeschäft involviert sein. Nach Angaben des UN-Drogenbüros (UNODC), das sein Hauptquartier im Nachbarland Senegal hat, verschifft allein das größte kolumbianische Drogenkartell in der Region jedes Jahr 33 Tonnen Kokain. Insgesamt sollen allein im vergangenen Dezember 16 Tonnen über Guinea-Bissau umgeschlagen worden sein, vermutet UNODC.

Das bitterarme Guinea-Bissau ist eine Drehscheibe des internationalen Drogenhandels, der von Südamerika über Westafrika nach Europa verläuft. Das Land befindet sich nur etwa 3000 Kilometer von Brasilien entfernt am anderen Ufer des Atlantiks. Guinea-Bissau hat mehr als 80 vorgelagerte Inseln, viele davon unbewohnt und unzugänglich, dafür aber mit Flugfeldern ausgestattet, die noch aus dem Kolonialkrieg stammen. Schmuggler kolumbianischer Drogenkartelle lassen das Kokain in Schiffen von Brasilien nach Westafrika transportieren, wo die Ware umgeschlagen wird: Entweder geht es auf kleinere Schiffe, in Flugzeuge oder auf dem Landweg durch die Sahara nach Europa. Dass in Transitländern wie Brasilien, Guinea-Bissau, Kap Verde und Portugal die gleiche Sprache gesprochen wird, erleichtert die Abwicklung.

Bis 2010 unterstützte die EU die Reformbemühung Gomes Júniors, seitdem Angola. Die durch ihren Ölreichtum aufstrebende afrikanische Wirtschaftsmacht Angola stationierte dazu 200 Soldaten in Guinea-Bissau. Einer von offenbar zwei Sprechern der Putschisten begründete den Umsturz auch mit einem angeblichen Geheimvertrag zwischen Angola und der Regierung um Gomes Júnior. So hätten die Angolaner im Krisenfall die Regierung schützen sollen. Schon im Dezember hatte eine Gruppe guineischer Soldaten zu putschen versucht, während Präsident Sanhá in einem Pariser Militärkrankenhaus seinem Ende entgegensah. Gomes Júnior war damals in die angolanische Botschaft geflüchtet, deren Sicherheitskräfte die Angreifer abwehrten.

Angola hat seine Unterstützung für die Armeereform nunmehr offiziell eingestellt. Möglicherweise will Luanda so seine Investitionen wie etwa die angekündigten 500 Millionen Dollar für den Ausbau einer Bauxitmine schützen und es sich mit der Junta nicht verderben. Nach Agenturberichten befinden sich Angolas Soldaten jedoch noch in Guinea-Bissau.

UN-Sicherheitsrat will über Sudan-Krise beraten

JUBA, 18. April (dapd). Die Kämpfe an der Grenze zwischen Sudan und Südsudan haben sich weiter ausgedehnt. Bei einem Feuergefecht zwischen den Truppen der beiden Länder wurden nach Angaben eines südsudanesischen Regierungssprechers vom Mittwoch insgesamt 22 Soldaten getötet. Die Kämpfe hätten begonnen, als ein sudanesischer Soldat am Dienstag beim Wasserholen am Grenzfluss erschossen wurde. Rund um die Ölstadt Heglig waren in den vergangenen Tagen immer wieder Kämpfe aufgeflammt, nachdem südsudanesische Truppen sie vergangene Woche unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Dort kam es nach Angaben der südsudanesischen Regierung aber am Mittwoch zu keinen neuen Gefechten. Der ehemalige südafrikanische Präsident und jetzige Chefunterhändler der Afrikanischen Union (AU) in Sudan, Thabo Mbeki, forderte am Dienstag den UN-Sicherheitsrat zum Eingreifen auf. Beide Länder seien in einer Logik des Krieges gefangen, und Hardliner gewännen zunehmend an Macht, sagte Mbeki nach Angaben der amerikanischen UN-Botschafterin Susan Rice. Der Rat werde über die weitere Vorgehensweise beraten, auch Sanktionen seien nicht ausgeschlossen, sagte Frau Rice.

Debatte über Abzugserwägungen

rüb./nbu. WASHINGTON/BRÜSSEL, 18. April. Verteidigungsminister de Maizière zeigte sich am Mittwoch „überrascht“ über die Ankündigung Australiens, seine Truppen in Afghanistan schneller als bisher geplant abzuziehen. „Mein australischer Kollege hat im Februar anderes vorgetragen“, sagte de Maizière auf einem Nato-Treffen in Brüssel. Der australische Beschluss ändere aber nichts an „unserer Strategie“, den Abzug bis Ende 2014 vorzunehmen. Nato-Generalsekretär Rasmussen sah die Ankündigung von Premierministerin Gillard, die auf einen weitgehenden Abzug Australiens bis Ende 2013 hinauslaufen könnte, dagegen als „völlig vereinbar“ mit der Zeitplanung der Allianz in Afghanistan. Australien ist mit derzeit 1550 Soldaten unter den Truppenstellern, die nicht der Nato angehören, mit Abstand der größte. Das Land hat in Afghanistan mehr Soldaten im Einsatz als viele Nato-Mitglieder.

Derweil erwägt auch Neuseeland einen früheren Abzug seiner Soldaten aus Afghanistan. Die 140 Soldaten in der Provinz Bamian kehrten womöglich vor 2014 zurück, berichtete Radio Neuseeland am Mittwoch. Außenminister Murray McCully sagte dem Sender, dass die Provinz zu den ersten gehören dürfte, in denen Afghanen die volle Verantwortung übernehmen. „Wir bekommen Signale, dass das schneller passiert als erwartet“, sagte er.

Der amerikanische Verteidigungsminister Leon Panetta verurteilte unterdessen die Veröffentlichung von Fotos, auf denen amerikanische Soldaten mit Leichen und Leichenteilen afghanischer Aufständischer und Selbstmordattentäter posieren. Die Aufnahmen, die von der Tageszeitung „Los Angeles Times“ entgegen einer Bitte des Pentagons am Mittwoch veröffentlicht wurden, zeigen Soldaten und afghanische Polizisten im Februar 2010 und den folgenden Monaten. Sie waren der Zeitung von einem Soldaten zugespielt worden. Der amerikanische Kommandeur der Isaf-Schutztruppe in Afghanistan Isaf, General John Allen, ließ mitteilen, „die Handlungen der fotografierten Personen repräsentieren nicht die Politik der Isaf oder der amerikanischen Streitkräfte“. Der Vorfall werde durch das Pentagon untersucht. Die Verantwortlichen für dieses „menschenverachtende Verhalten“ würden durch die amerikanische Militärjustiz zur Rechenschaft gezogen.

QUELLEN

VERFASSUNGSRICHTERWAHL

Wo bleibt die Sachkunde?

Die Klagen sind bekannt: Warum gehört dem Bundesverfassungsgericht kein Anwalt an? Gibt es zu viele oder zu wenige Politiker oder Professoren? Dass dort je Senat drei Bundesrichter sitzen, ist dagegen gesetzlich vorgeschrieben. Aber von welchem „obersten Gerichtshof des Bundes“ kommen die Berufsrichter? Zurzeit nur vom Bundesgerichtshof und vom Bundesverwaltungsgericht. Nun ist keinesfalls vorgeschrieben, dass die Verfassungsrichter anteilmäßig auch vom Bundesfinanzhof, vom Bundesarbeitsgericht (das in der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts überhaupt nur mit einem einzigen Richter vertreten war) oder vom Bundessozialgericht rekrutiert werden müssten.

Ulrich Wenner, Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht, bemängelt in der Zeitschrift „Betrifft Justiz“ den „Verzicht auf spezifische Sachkunde“. Zwar gelte auch hier der Grundsatz, dass Juristen alles können, und traditionell wirken die neuen Richter in Karlsruhe in der Tat oft gerade nicht auf den Gebieten, mit denen sie zuvor befasst waren. Doch es bestehe auch die Gefahr, so Wenner, dass Vorgaben aus dem Grundgesetz entwickelt werden, die einer höchstrichterlichen Praxis ein Ende bereiteten, „ohne dass ganz sicher ist, dass ‚Karlsruhe‘ sich dieser Konsequenz bewusst war“.

Aber warum nun werden die Richter aus den Fachgerichtsbarkeiten bei den Wahlen zum Bundesverfassungsgericht kaum berücksichtigt? Wenner vermutet, dass sie den „Richtermachern“ in der Politik kaum bekannt sind. Das Bundesjustizministerium führt eine Liste, auf die sich natürlich auch Richter des Bundesarbeitsgerichts und des Bundessozialgerichts setzen lassen können. Was sie auch tun. Doch kenne das Bundesjustizministerium ebendie Kollegen „seiner“ Gerichte besser als die derjenigen, die beim Arbeits- und Sozialministerium ressortieren. Zu den persönlichen Netzwerken gehörten weder das Bundessozial- noch das Bundesarbeitsgericht. Was nützt es also, so fragt der Bundessozialrichter (der sich bemüht, nicht befangen zu erscheinen), wenn BSG und BAG beim Arbeitsministerium beheimatet sind? Wenn das Ministerium so stolz auf seine obersten Bundesgerichte sei, dann müsse es auch bei der Verfassungsrichterwahl „die Stimme erheben“.

Rico Argus

Homogen

Die Stimme erhoben haben auch Anwaltsverbände, um endlich einmal wieder einen der Ihren nach Karlsruhe zu bringen. Doch obwohl der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer Axel Filges und der Präsident des Deutschen Anwaltvereins eine Vielzahl von Gesprächen führten, drei Anwältinnen und einen Anwalt vorschlugen, von denen zwei auch von Politik und Verfassungsgericht näher unter die Lupe genommen wurden: Es hat nichts genützt. Die Union war auf Peter Müller festgelegt – und der macht seine Sache in Karlsruhe offenbar auch gut. Nach anfangs größerer Frustration – den Verbänden war schließlich signalisiert worden, die Kandidaten seien fachlich über jeden Zweifel erhaben – will man bei der nächsten Verfassungsrichterwahl einen neuen Anlauf machen. Die nächste Stelle wird allerdings erst im April 2014 frei, wenn Gertrude Lübbe-Wolff aus dem Amt scheidet. Und auch diese Entscheidung wird wieder ihren eigenen Gesetzen folgen. REINHARD MÜLLER

Illustration Greser & Lenz

Töten im Krieg

Für nationale Alleingänge zur Reform des humanitären Rechts bietet sich wenig Raum. Es bildet einen festen Rahmen. Der Mensch steht im Mittelpunkt.

Von Christian Tomuschat

Das menschliche Leben steht im Mittelpunkt allen Rechts. Wollte eine Rechtsordnung ihm ihren Schutz versagen, verlöre sie jede Legitimität. In der Tat steht das Recht auf Leben an der Spitze der Grundrechte des deutschen Grundgesetzes, wird freilich nicht vorbehaltlos gewährleistet, da es bekanntlich Situationen geben kann, wo selbst in jenes höchste Gut eingegriffen werden muss. Auch das Völkerrecht zählt das menschliche Leben zu seinen Grundwerten. Ausdrücklich erwähnt als elementares Freiheitsrecht wird es sowohl im Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte wie auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Dennoch ist das gezielte Töten im Krieg – in moderner Terminologie: im bewaffneten Konflikt – Teil der Lebenswirklichkeit. Auch die Bundeswehr steht vor der Frage, ob sie insbesondere bei Auslandseinsätzen befugt ist, einem Gegner mit tödlicher Waffengewalt entgegenzutreten. Das Grundgesetz stellt lediglich fest, dass sie zur Verteidigung sowie im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme wie der UN eingesetzt werden dürfe. Auch im Gesetz über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland wird lediglich ein autorisierender Grundsatzbeschluss des Bundestages vorgeschrieben. Es fehlt hingegen jedwede Regelung über die zulässigen Methoden und Mittel des Kampfes. Nirgendwo wird ausdrücklich in gesetzlicher Form gesagt, dass im bewaffneten Konflikt Töten zulässig sei. Bisher wird dies als eine selbstverständliche Ableitung aus der im Grundgesetz normierten Bereitschaft zu Verteidigung und internationaler Kooperation angesehen.

Neuere Stimmen haben verlangt, in einem Streitkräfteeinsatzgesetz genauere Anordnungen über die Art und Weise des Einsatzes militärischer Macht zu treffen. Es ist richtig, dass vermeintliche hergebrachte Selbstverständlichkeiten nicht unbesehen fortgeführt werden können. Der Tod in Kundus wie auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz mit seiner Regelung über den Abschuss eines von Luftpiraten in ihre Gewalt gebrachten Flugzeugs haben das Bewusstsein insoweit geschärft. Aber jeder Reformvorschlag muss von zutreffenden Grundlagen ausgehen.

Auch im Kriege gibt es keine „Tötungsfreiheit“, die sich aus der staatlichen Souveränität ableiten ließe, ebenso wenig, wie in der Gegenwart ein „der staatlichen Souveränität inhärentes Kriegsführungsrecht“ anerkannt wäre. Die Charta der Vereinten Nationen mit ihrem umfassenden Gewaltverbot zählt heute zu den konstitutionellen Grundfesten der internationalen Gemeinschaft. Allein die Tatsache, dass kein internationales Rechtsinstrument, auch nicht das Grundgesetz, Töten im Kriege ausdrücklich erlaubt, bedeutet keine Geringschätzung des menschlichen Lebens.

Das Gegenteil ist der Fall. Dass es im bewaffneten Konflikt unvermeidlich ist, einen Gegner mit physischer Gewalt zu bekämpfen und ihn falls erforderlich des Lebens zu berauben, wird als eine faktische Unvermeidbarkeit hingenommen, der nicht auch noch der Segen einer förmlichen rechtlichen Sanktion erteilt wird. Hingegen ist das Bestreben der internationalen Gemeinschaft mindestens seit den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 beständig darauf gerichtet gewesen, der Gewaltanwendung im Kriege Fesseln anzulegen. Selbst dann, wenn die Waffen sprechen, soll ein Minimum an Zivilisation aufrechterhalten werden.

Der Schutz des Lebens ist so durch Intensivierung der kriegsrechtlichen Verbote über ein ganzes Jahrhundert hinweg kontinuierlich gesteigert worden. Die Grundregel lautet heute, dass Angriffe nur gegen aktive Mitglieder der gegnerischen Streitkräfte (Kombattanten) und niemals gegen Zivilisten geführt werden dürfen. Es liegt jedenfalls nicht an dem geltenden rechtlichen Instrumentarium, wenn sich in der Praxis immer wieder Schwächen herausstellen, indem etwa Militärbefehlshaber alle ihnen obliegenden Verpflichtungen missachten. Um deren Erfüllung sicherzustellen, ist in den einschlägigen Abkommen abstützend festgelegt, dass schwere Verstöße gegen das humanitäre Recht nach dem Weltrechtsprinzip von allen Staaten der Welt verfolgt werden dürfen; seit fast zehn Jahren ist auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag ermächtigt, solche Taten abzuurteilen.

Es bleibt, dass der feindliche Kombattant keinen umfassenden Lebensschutz genießt. Aber es ist nicht richtig, dass er damit jeder rechtlichen Gewährleistung entzogen wäre. Sehr bewusst hat der Internationale Gerichtshof mehrfach festgestellt, dass das Recht auf Leben auch im bewaffneten Konflikt nicht völlig zurücktrete, sondern als Hintergrund des humanitären Rechts stets präsent bleibe. Daraus ergeben sich fast zwangsläufig gewisse Anforderungen an Kriegshandlungen.

Als Maßstab bietet sich insbesondere die Verhältnismäßigkeit an, die ja auch schon im zwischenstaatlichen Verhältnis zur Beurteilung der Frage herangezogen wird, ob Selbstverteidigung in zulässiger Weise in Anspruch genommen wird. Der Internationale Gerichtshof hat in seinem Gutachten aus dem Jahre 1996 zum Einsatz von Atomwaffen selbst festgestellt – allerdings nur mit knapper Mehrheit –, dass der Einsatz von Atomwaffen im Regelfall mit dem humanitären Recht in Widerspruch stünde. In einer Reihe von Fällen aus dem Tschetschenien-Konflikt hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof genau überprüft, ob Einsätze der russischen Streitkräfte mit der gebotenen Vorsicht durchgeführt worden seien; „Kollateralschäden“ zu Lasten von Zivilisten werden also nicht ohne weiteres hingenommen.

Zuzugeben ist, dass insoweit noch ein gehöriges Maß an gedanklicher Arbeit geleistet werden muss. In der konkreten Kampfsituation kann ein einzelner Soldat kein strategisches Gesamtkonzept der Schonung des Gegners verfolgen. Es geht zunächst darum, das eigene Leben durch die Überwindung des Feindes zu sichern. Aber in Fällen eines groben Missverhältnisses wird man auch heute schon auf dem Boden des Völkerrechts zu dem Schluss gelangen können, dass eine Tötungshandlung rechtswidrig wäre.

Für nationale Alleingänge zur Reform des anwendbaren humanitären Rechts bietet sich wenig Raum. In Bezug auf den internationalen, das heißt zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikt, bildet das humanitäre Recht einen festen Rahmen. Die Lücken, die es hinsichtlich des Vorgehens gegen den bewaffneten Gegner enthält, sind von nationaler Warte aus nicht zu schließen. Ein Kampfgeschehen lässt sich kaum in präzisen rechtlichen Normen einfangen, und damit kann die einer gesetzlichen Regelung im Allgemeinen zugeschriebene Garantiefunktion nicht erfüllt werden. Über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit würde man kaum hinauskommen. Die ausdrückliche Statuierung eines Rechts zum Töten würde im Übrigen ganz unvermeidlich missverstanden werden. Zu warnen ist zudem vor dem Vorschlag, die Rechtmäßigkeit einer Kriegshandlung, insbesondere einer Tötung, durchweg von der Einhaltung des Gewaltverbots abhängig zu machen. Damit würde ein Grundprinzip des humanitären Rechts in Frage gestellt, das ja die im bewaffneten Konflikt handelnden Personen schützen und ihnen ohne Rücksicht auf die hinter einem Konflikt stehenden politischen Gründe die gleiche Rechtsstellung und auch eine gewisse Rechtssicherheit geben soll. Auseinandersetzungen auf zwischenstaatlicher Ebene über die Einhaltung des Gewaltverbots dürfen nicht auf dem Rücken der an den Kämpfen beteiligten Soldaten ausgetragen werden.

Eine Regelung für einen bewaffneten Konflikt auf eigenem Boden hat Deutschland bisher nicht erlassen. Das Grundgesetz sieht zwar vor, dass unter bestimmten Umständen die „Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“ notwendig werden könnte. Aber Sonderregelungen für diese Fallgestaltung hat der Gesetzgeber nicht für notwendig erachtet; er geht offensichtlich davon aus, dass gegebenenfalls Polizeirecht zur Anwendung käme. An dieser Ansicht sollte festgehalten werden.

Im Hinblick auf einen nichtinternationalen bewaffneten Konflikt außerhalb des deutschen Staatsgebiets, wie er derzeit in Afghanistan stattfindet, sind wohl die Regeln des Völkerrechts durchweg besser geeignet als eine eigenständige nationale Regelung, freilich mit einer großen Ausnahme. Immer wieder taucht in dieser Art von Konflikt die Zweifelsfrage auf, ob eine Person als legitimes Angriffsziel anzusehen ist oder ob es sich um einen geschützten Zivilisten handelt. Besonders heikel sind insoweit Angriffe mit bewaffneten Drohnen weit entfernt von einem aktuellen Kampfgeschehen. Hier bedarf es einer kritischen Revision des humanitären Rechts im Lichte des Rechts auf Leben. Der deutsche Gesetzgeber wäre in der Lage, Festlegungen zu treffen, welche das Handeln deutscher Bundeswehrverbände auf sicheren Boden stellen; es ist allerdings nicht auszuschließen, dass es insoweit zu Spannungen mit den Alliierten kommen könnte.

Selbstverständlich müsste sich ein deutsches Gesetz hüten, eine Lizenz zum Töten aus dem politischen Schlagwort des „war on terror“ abzuleiten. Eine solche Rechtsfigur gibt es bis zum heutigen Tage nicht. Einsätze gegen angebliche Terroristen müssen je nach Sachlage entweder die Regeln des humanitären Rechts einhalten – wenn ein bewaffneter Konflikt vorliegt – oder, wenn diese Intensitätsstufe nicht erreicht wird, die Regeln eines allgemeinen Polizeirechts, wonach Tötungshandlungen nur als Ultima Ratio zum Schutze des Lebens anderer zulässig sind.

Professor em. Dr. Christian Tomuschat lehrte zuletzt Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er war Mitglied des UN-Menschenrechtsausschusses und der UN-Völkerrechtskommission.

Wider das Faustrecht

In den Parallelwelten von Hells Angels und Bandidos muss man mit Angriffen rechnen – der Bundesgerichtshof lässt Fragen offen / Von Grischa Merkel

Unlängst hat der Bundesgerichtshof (BGH) ein Mitglied der Rockerbande „Hells Angels“ freigesprochen, das zuvor zu einer hohen Haftstrafe wegen Totschlags verurteilt worden war. Bei einer geplanten Hausdurchsuchung hatte das Sondereinsatzkommando der Polizei um 6 Uhr morgens damit begonnen, die Wohnungstür des Angeklagten aufzubrechen. Der Angeklagte erwachte, bewaffnete sich und schaltete im Treppenhaus das Licht ein. Er konnte Gestalten ausmachen, die er für Mitglieder der Rockerbande „Bandidos“ hielt. Von diesen hatte er Morddrohungen erhalten. Die Beamten fuhren damit fort, die Türschlösser aufzubrechen. Der Angeklagte gab einen Schuss ab, der einen Polizisten tödlich traf.

Weil der Angeklagte glaubte, in Notwehr zu handeln, hob der BGH die Verurteilung des Landgerichts auf. Denn wer irrig annimmt, er werde angegriffen („Putativnotwehr“), wird so wenig bestraft wie jemand, der tatsächlich in Notwehr handelt. Richtig ist also, dass der Angeklagte für den tödlichen Schuss nicht zu bestrafen war.

Trotzdem ruft der Freispruch einiges Unbehagen hervor, denn der Angeklagte hatte ja mit seiner Lebensführung die Situation mit herbeigeführt. Dazu zwei Überlegungen:

Die erste fragt, ob nicht das Notwehrrecht aufgrund einer Bereitschaft, im kriminellen Milieu zu agieren und sich auf diesem Feld Machtkämpfe mit den Bandidos zu liefern, generell eingeschränkt sein könnte. Grundsätzlich dürfen Erwägungen zur rechtlichen Grundhaltung eines auch nur in Putativnotwehr Handelnden keine Rolle spielen. Etwas anders liegen die Dinge aber dann, wenn er gerade mit seiner unrechtlichen Lebensführung Notwehrsituationen typischerweise und geradezu leichtfertig herbeiführt.

Wäre der Angeklagte mit dieser Begründung bei einer tatsächlichen Notwehrlage in der Wahl seiner Mittel eingeschränkt gewesen, dann wäre das bei einer Putativnotwehrlage erst recht so. Allerdings hat der BGH das Landgericht richtig dahingehend korrigiert, dass dem Angeklagten in der von ihm angenommenen Notwehrsituation kein milderes Mittel zur Verfügung stand. Ein Warnschuss hätte ihn in eine aussichtslose Lage gebracht.

Strafrechtlich bleibt aber noch eine weitere Überlegung, welcher der BGH nicht nachgegangen ist: Hat der Angeklagte die Tötung des Polizisten durch sein Verhalten bereits vor der Tatsituation fahrlässig herbeigeführt – nicht durch den vorsätzlich abgegebenen Schuss, sondern durch sein vorheriges Treiben, das der Grund für die Hausdurchsuchung gewesen ist?

Man mag dieses schon in seiner Mitgliedschaft bei den Hells Angels sehen, jedenfalls aber in seiner Beteiligung an Tätigkeiten, die ein Ermittlungsverfahren nach sich zogen. Der Angeklagte musste erwarten, ins Visier der Polizei zu geraten. Die Hausdurchsuchung war also eine absehbare Folge seines Verhaltens. Den Anknüpfungspunkt vor dem unmittelbar tödlichen Schuss zu suchen, ist keine juristische Raffinesse. Allgemein gilt für fahrlässiges Handeln, dass es zeitlich auch weit vor dem eigentlichen Verletzungsgeschehen liegen kann, solange es mit dem „Erfolg“ – in diesem Fall also mit der Tötung des Polizisten – ursächlich noch so verbunden ist, dass die Tötung dem Angeklagten zugerechnet werden kann. Dazu dürfte der Tod aber nicht auf einem Verschulden der Polizei selbst beruhen.

Praxis und Wissenschaft

Schon das heimliche Aufbrechen der Wohnungstür, ohne sich als Polizei zu erkennen zu geben, ist insoweit problematisch. Allerdings hatte die Überraschungsmaßnahme den guten Grund, eine Eigengefährdung der Polizei möglichst gering zu halten. Ein Schuss des Angeklagten in diesem Stadium, als man noch meinte, ihn im Schlaf überraschen zu können, hätte daher sehr wohl eine Bestrafung wegen (aber eben nur: fahrlässiger) Tötung nach sich ziehen können. Anders aber, nachdem der Angeklagte – für die Beamten durch das Glas gut sichtbar – das Licht eingeschaltet hatte. Damit war die Möglichkeit der Überraschung vorbei. Dennoch gaben die Polizisten sich noch immer nicht zu erkennen und traten auch nicht von der Tür zurück.

Das war nicht nur tragisch. Es verletzte außerdem die wesentliche Pflicht der Polizei, sich bei dieser Art von Eingriffen in die Rechte von Bürgern als Berechtigte zu erkennen zu geben – jedenfalls dann, wenn dadurch keine Eigengefährdung entsteht. Die Beamten haben also durch ihr eigenes Verhalten jede Einsicht, es könne sich auch um einen Polizeieinsatz handeln, selbst erstickt. Nur deshalb konnte der Angeklagte auch wegen des früheren Verhaltens, das dem Durchsuchungsbefehl zugrunde lag, nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Hätte sich die Polizei als solche zu erkennen gegeben, dann wäre ein Erschießen des Polizisten dem Angeklagten dagegen in jedem Fall zurechenbar gewesen – also auch dann, wenn er dies für eine „Finte“ der Bandidos gehalten hätte. Vielleicht beruhigt das jene, bei denen die Entscheidung ein Unbehagen hervorgerufen hat. Der Fall wirft damit auch neuartige, höchst interessante Probleme auf. Denn schon die aktive Mitgliedschaft in derlei Vereinigungen, die primär auf die Stärke ihrer Gewaltmittel und nicht auf das Recht vertrauen, bezeichnet eine selbstgewählte Gefahrensituation, die mit der rechtlichen Normalität des sozialen Lebens keinen Zusammenhang mehr hat. Warum soll eine solche Mitgliedschaft, sofern sie ein erhöhtes Risiko für Körperverletzungen und Tötungen anderer schafft, nicht eben deshalb auch zu deren Zurechnung führen – sei es wegen fahrlässiger Herbeiführung oder über eine Einschränkung des Notwehrrechts?

Das Notwehrrecht dient eben nicht dazu, eine Welt zu regulieren, in der das Faustrecht des Stärkeren statt des Rechts aller gilt. Das zeigt sich besonders drastisch, wenn, wie hier, der vermeintliche Angreifer tatsächlich aus der anderen Welt stammt und bei der Durchsetzung deren Rechts sein Leben verliert.

Wer das anders sieht, muss gewärtigen, dass Menschen, die sich einem besonders gewalttätigen Leben zugewandt haben und in dieser „Parallelwelt“ immer mit lebensbedrohlichen Angriffen rechnen, beinahe so etwas wie einen Freibrief hätten, jeden mutmaßlichen Angreifer sofort mit tödlichen Waffen niederzustrecken. Ein echter Freibrief wäre es gleichwohl nicht, weil in einer bloßen Putativnotwehrlage kein wirkliches Recht zur gewaltsamen Verteidigung existiert. Immerhin wäre aber, und der vorliegende Fall zeigt das, nicht ganz selten die Straffreiheit garantiert.

Auch die Frage, unter welchen Voraussetzungen unbefugt mitgeführte Verteidigungsmittel wie Springmesser oder Schusswaffen in einer Notwehrlage eingesetzt werden dürfen, gehört hierher. Selbst wenn sie das mildeste zur Beendigung des Angriffs geeignete Mittel darstellen, erscheint es auch bei ihrem Einsatz sachgerechter, eine gewisse Zurückhaltung, jedenfalls aber eine vorherige Androhung zu verlangen, um das Recht nicht auf den Kopf zu stellen, das es ja gerade nicht jedermann erlaubt, so etwas einfach bei sich zu führen.

Das Urteil des BGH ist deshalb zwar im rechtlichen Ergebnis richtig; es lässt aber wichtige Fragen unerörtert, denen man sich in Anbetracht solcher rechtsfernen Parallelwelten, wie sie Hells Angels, Bandidos und ähnliche Gruppen nun einmal schaffen, wird stellen müssen.

Dr. Grischa Merkel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht der Universität Rostock.

Der „König des Dschungels“ bittet um Verzeihung

MADRID, 18. April. Der spanische König Juan Carlos, seit seinem afrikanischen Jagdausflug daheim auch „König des Dschungels“ genannt, hat sein Volk um Verzeihung gebeten. An Krücken und mit ziemlich zerknirschter Miene sagte er am Mittwoch bei der Entlassung aus dem Krankenhaus: „Es tut mir sehr leid. Ich habe mich getäuscht. Es wird nicht wieder vorkommen.“

Was vorgekommen war: Der König wollte in der vergangenen Woche die heimische Wirtschaftskrise und die Misshelligkeiten in der Familie für ein paar Tage hinter sich lassen. Um weder etwas von seinem der Korruption beschuldigten Schwiegersohn hören noch zu dem Enkel ins Krankenhaus gehen zu müssen, der sich in den Fuß geschossen hatte, reiste er heimlich zur Elefantenjagd nach Botswana. Vermutlich hätte die Öffentlichkeit nie davon erfahren, wenn er nicht auf der Treppe der Jagdhütte gestürzt wäre. Er brach sich das Hüftgelenk und musste in einem langen Nachtflug nach Madrid zurückgebracht werden.

Dann hatte er Glück im Unglück. Die Operation verlief glatt. Doch in den fünf Tagen im Krankenhaus, an denen er, wie es aus dem Königshaus hieß, intensiv die Zeitungen las und fernsah, wurde ihm wohl klar, dass eine reuige Geste angezeigt wäre. Und in der Tat: Zum ersten Mal seit der Thronbesteigung vor 37 Jahren folgte ein königliches „mea culpa“.

Inzwischen wurde auch bekannt, wer Juan Carlos eingeladen und die Safari bezahlt hat. Es ist ein spanisch-saudischer Magnat syrischer Herkunft, der Geschäftsmann, Jagdkumpan und Altersgenosse des 74 Jahre alten Königs Mohammed Eyad Kayali. Dieser Millionär mit Villen in Madrid und Marbella ist zugleich Vertrauensmann des saudischen Prinzen Salman, mit dessen Hilfe Juan Carlos unlängst ein Milliardengeschäft für die spanische Industrie auf den Weg brachte: den Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke für Züge von Mekka nach Medina.

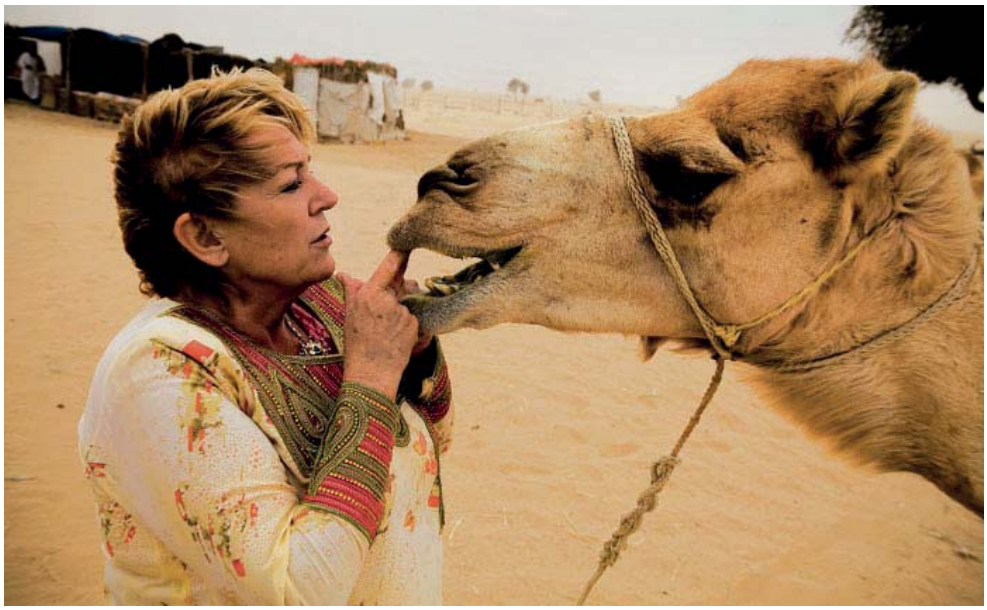
Als sogar die spanischen Medien, die das Königshaus eigentlich seit Jahrzehnten vor Indiskretionen zu schützen pflegen, außer dem Elefanten noch andere royale Eskapaden ins Gespräch brachten, begann der Patient Schadensbegrenzungsgespräche mit seinen Ratgebern. Und nachdem sogar ein deutsches Adelsfräulein als Gespielin und Jagdgefährtin namentlich erwähnt worden war, ließ es Königin Sofia nicht bei ihrer kursorischen viertelstündigen Visite vom Montag bewenden, sondern verbrachte tags darauf volle drei Stunden am Krankenbett.

Reuiger Rey: *Juan Carlos am Mittwoch beim Verlassen der Klinik* Foto dapd

Mit der Entschuldigung dürfte sich nun zumindest der politische Staub wieder legen. Für Freitag ist ein Gespräch des Königs mit Ministerpräsident Mariano Rajoy verabredet. Konservative und Sozialisten zollten Juan Carlos derweil kräftiges Lob für sein offenes Wort. Und auch ein vorlauter Madrider Funktionär der Arbeiterpartei nahm nicht noch einmal den Begriff „Abdankung“ in den Mund. Ungemach droht dem Monarchen indes noch vom spanischen World Wild Fund for Nature, dessen Ehrenpräsident er ist. Dort will man nun die Statuten überprüfen – natürlich nur wegen der Elefanten. LEO WIELAND

Sturzflug beim Anblick der Venus

TORONTO, 18. April (dpa). Ein Kopilot der Fluglinie Air Canada setzte im Januar 2011 zum Sturzflug an, weil er ein Flugzeug auf seine Boeing 767 zukommen sah. Wie sich nun in einem am Montag veröffentlichten Untersuchungsbericht der kanadischen Flugsicherheitsbehörde herausstellte, handelte es sich bei dem hellen Objekt am Himmel aber gar nicht um ein anderes Flugzeug, sondern um einen Planeten: die Venus. 14 Passagiere und zwei Besatzungsmitglieder wurden bei dem Ausweichmanöver vor mehr als einem Jahr verletzt. Das Flugzeug war mit 95 Passagieren und acht Besatzungsmitgliedern auf dem Weg von Toronto nach Zürich unterwegs.



Sie weiß, wie die Wüste lebt: *Uschi Musch mit einem ihrer Kamele* Foto Helmut Fricke

Uschi und die wüsten Schiffe

„Kamel-Uschi“ aus Bad Waldsee zeigt in Dubai, wie Beduinen wirklich leben.

Von Rainer Hermann

DUBAI, 18. April. In der Wüste vor Dubai verdunkelt sich der Himmel, ein Sandsturm kündigt sich an. Das setzt weder Uschi Musch unter Druck noch ihr Kamel. „Wir haben alle Zeit der Welt, bis sich das Kamel setzt“, sagt die Deutsche aus Bad Waldsee lachend. Zuvor hat sie ein paar arabische Kehlkopflaute von sich gegeben, und das Kamel hat sie verstanden. Es setzt sich, eben mit aller Zeit der Welt, und Uschi Musch, die hier jeder als „Kamel-Uschi“ kennt, steigt ohne Hektik ab, auch wenn der Sturm ihr blondes Haar kräftig zersaust.

Uschi Musch hat in Dubai, der nahen Stadt, zwar eine Wohnung. Aber wirklich zu Hause fühlt sie sich hier draußen in der Wüste, auf ihrem einfachen Gut, mit ihren Kamelen und Ziegen. Hier nennt sie ein Stück Land ihr eigen mit einer kleinen Farm, wie nicht wenige einheimische Emiratis, die hinter dem Horizont in der Stadt leben, sie betreiben. Meist ist es in der Wüste ja kühler als in der Stadt. Die Luft ist trocken, oft weht ein Wind, der sich heute in einen Sandsturm hineinsteigert. Nie nähert sich Uschi ihren Kamelen mit der Hand. „Dann fürchten sie, geschlagen zu werden.“ Sie redet mit ihnen, ist vertraut mit ihnen.

Absolut gutmütig seien diese Tiere, schwärmt sie. So wie man sie behandele, so behandelten sie auch die Menschen. Immer wieder muss sie sich über die wundern, die so gar nichts über Kamele wissen. Wenn sie etwa aus Europa kommen und sagen, sie wollten mal einen Tag auf einem Kamel ausreiten. „Das hält doch keiner durch“, klärt sie auf. Außerdem werde ein Kamel ja anders geführt als ein Pferd. Wenn ein Kamel seinen Kopf hochreiße, sollte man ihm schon nachgeben und ihm Luft geben.

Erst hatte sie einige Freunde auf die Farm eingeladen, hatte ihnen im Beduinenzelt arabischen Kaffee angeboten. Dann sagten die Freunde es weiter, und die Gruppen wurden immer größer. Es sprach sich herum, dass „die Kamel-Uschi“ auch arabisch kochen kann. Gelernt hat sie das alles von einer Familie aus Dubai, die sie seit 1988 kennt. Als sie damals einige Tage ausspannen wollte, in ein Reisebüro ging, sich nach einer Destination erkundigte, wo sie wenige Touristen sehen würde, aber dafür viel Sonne, nicht Mallorca und nicht Gran Canaria, da empfahl man ihr Dubai. Und sie musste erst einmal auf die Landkarte schauen. In Dubai lernte die kontaktfreudige Uschi eine Familie kennen, die mehr als 100 Kamele besitzt. Sie lud die Familie nach Bad Waldsee und auf den Cannstatter Wasen ein, und der älteste Sohn schenkte ihr aus lauter Freude ein Kamel. Die Familie führte die neugierige Deutsche auch in die Geheimnisse der arabischen Gastfreundschaft ein. Heute ist es die Kamel-Uschi, die in das Leben der Beduinen einführt, die ihre Gäste mit frisch gemachtem starken arabischen Kaffee empfängt, mit Hefeklößchen, auf die sie etwas Dattelsirup träufelt. Sie beantwortet Fragen zu den Kamelen und fährt mit den Gästen durch die Wüste, wo sie nach Dornleguanen Ausschau hält, die immer weniger Futter finden und immer seltener zu sehen sind.

Außerhalb der Farm sucht sie in der Wüste auch das Holz des Ghaf-Baums für Lagerfeuer. Manchmal lässt sie eine Ziege schlachten. Sonst könnte es Salone geben, einen arabischen Hähnchengulasch, das Currygemüse Marguga oder Magbus aus Ziegenfleisch mit Reis. Einfache Beduinenkost, denn Uschi Musch will bestimmt kein Touristencamp sein, wie sie an manchen Orten der Wüste wie Pilze, die ja nicht von hier sind, aus dem Boden schießen. Da gerät die Kamel-Uschi in Rage: „Das Essen ist in den Wüstencamps libanesisch, der Bauchtanz ist ägyptisch, und die Schischa hat auch nichts mit dem Leben der Beduinen zu tun.“ Die Reiseveranstalter verkauften in den Camps aber einen Traum, wie sich viele eben Arabien vorstellten. Konsequent lehnt die auf Unabhängigkeit bedachte Uschi Musch das alles ab. Auf ihrem Speisezettel steht auch Kamelfleisch, und wer rauchen will, bekommt die kleine Beduinenpfeife.

Dass die eigenwillige Deutsche die Traditionen der Beduinen kennt und pflegt, hat sich herumgesprochen. Der Kontrast zu ihrer einfachen Farm in der weiten Wüste vor Dubai könnte nicht größer sein: Das Super-Luxushotel Emirates Palace in Abu Dhabi, im Volksmund nur „der Palast“ genannt, hat sie nun engagiert. Vor dem Westflügel des Superlativs an Luxus hat sie vor dem Strand ein einfaches Zelt aufgebaut, mit fünf Kamelen und der ganzen Palette der Gastfreundschaft der Beduinen – also derer, die aus der Wüste kommen und dort leben.

Staatsoberhäupter hat sie bedient und große Orchester, die in dem Palast gastieren. Je mehr Gäste sie bewirtet, desto eher kommt es vor, dass die unerschrockene Uschi eine Schüssel hinstellt und jeder daraus mit der Hand zu essen hat. Beschwert hat sich noch keiner. Denn schöner kann man es kaum haben: „Das ist die Wüste direkt vor dem Hotelzimmer“, sagt die Uschi. Ihre Wüste lebt aber dort, wo ihre Farm ist und wo Sandstürme von Zeit zu Zeit den Himmel verdunkeln.

Ist doch eh alles Currywurst!

Verspricht die SPD in Nordrhein-Westfalen nun ein Land, in dem Majo und Ketchup fließen? / Von Reiner Burger

DÜSSELDORF, 18. April. Kurz vor elf Uhr ist eigentlich eine ziemlich schlechte Zeit, um bei Raimund Ostendorp anzurufen. Aber als er hört, dass es um den kulinarischen Star seines „Profi-Grills“, die Currywurst nämlich, gehen soll, stellt er umgehend das Kräuterhacken ein. Raimund Ostendorp gewann schon während seiner Kochausbildung mehrere Preise. Er schuftete in Gourmet-Restaurants in Köln und Hannover, zuletzt war er in Düsseldorf als Demi-Chef de Cuisine eines Drei-Sterne-Kochs tätig. Es hätte in immer höhere Höhen der Haute Cuisine gehen können. Doch 1991 hatte er genug von der Galeeren-Arbeit, von Trüffeln, Jakobsmuscheln und Hummer. Von Kurt Kotzlowski in Bochum-Wattenscheid übernahm er ein kleines Imbisslokal. Von elf Uhr morgens bis zehn Uhr nachts gehen jeden Tag bei Ostendorp seit mehr als 21 Jahren Schnitzel, „Kurts Frikadellen“ und viele, viele Currywürste für 2,20 Euro das Stück über die Theke. Die Würste lässt Ostendorf vom Metzger seines Vertrauens aus Schweinebackenfleisch und Rindfleisch jeden Tag frisch herstellen. Und die Soße panscht der Spitzenkoch natürlich nicht einfach aus Ketchup zusammen. „Ich baue sie komplett selbst auf.“

Im Ruhrgebiet ist schnell davon die Rede, irgendetwas oder irgendwer sei „eine Legende“. Fest steht, dass sich der vom Niederrhein stammende Ostendorp einen hervorragenden Ruf als Chef de Currywurst erkocht hat. Ostendorp gehört also zu den ganz wenigen wirklichen Fachleuten der Republik, die den Satz „Currywurst ist . . .“ kompetent vervollständigen und sich damit zugleich über das neueste Plakat äußern können, das nun im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf zum Einsatz kommen soll. Auf dem Plakat steht über einer Portion Currywurst mit Pommes und Mayonnaise die ziemlich sensationelle Botschaft: „Currywurst ist SPD“.

Ostendorp hält das zunächst für einen Witz. Nach einer Weile sagt er, die Currywurst werde ja gerne benutzt als Lobbyist, als Symbol für Bürgernähe, Bodenständigkeit und solche Dinge eben. „Aber mal ehrlich, die Currywurst ist doch gerade ein Gericht für alle und jeden.“ In den „Profi-Grill“ an der Bochumer Straße 96 kämen Vorstandsvorsitzende großer Konzerne ebenso wie Leute im Blaumann. Und auch der aus Bochum stammende Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) verspeise regelmäßig seine Currywurst bei ihm. Sehr ernst sagt Ostendorp dann: „Die Currywurst muss der neutrale gemeinsame Nenner der Parteien bleiben.“ Am Mittwochnachmittag steht Erik Flügge in der Zentrale der nordrhein-westfälischen SPD und ist immer noch ein bisschen erstaunt über den Trubel, den so eine Currywurst hervorrufen kann – nicht nur weil er und sein Freund Jonathan Gauß auch des Klimas wegen „zu 95 Prozent vegetarisch“ leben. Gemeinsam gestalteten die beiden Jungsozialisten und Politikwissenschaftler das Plakat, das es mit vier weiteren Entwürfen in die Endrunde eines Wettbewerbs der nordrhein-westfälischen SPD schaffte. Die Leitfragen der Partei lauteten: „Welches Thema liegt Dir am Herzen? Welche politische Aussage sollten wir noch großflächig präsentieren?“

Steht zur Wahl: *Kraftmahl mit Soße* Foto dpa

Die SPD ließ schließlich die sogenannte Internetgemeinde über die fünf Finalisten befinden: Von rund 7000 Teilnehmern der Abstimmung, bei der die Piratenpartei und die Satirepartei „Die Partei“ für den Flügge-Gauß-Entwurf trommelten, wählten 4497 die Currywurst. SPD-Generalsekretär Michael Groschek gab zunächst zu Protokoll: „Wer sich auf das Netz einlässt, muss mit den Ergebnissen leben.“ Am Mittwochnachmittag überlässt er die politische Ausdeutung der Currywurst dann lieber dem jungen Genossen aus dem Schwabenland, der direkt nach seinem Examen in Politikwissenschaften, das er am Morgen in Tübingen mit der Note „sehr gut“ bestanden hat, nach Düsseldorf geeilt ist. Er und Gauß hätten festgestellt, dass in der SPD-Kampagne noch ein „Lebensgefühlplakat“ gefehlt habe. „So stelle ich mir Glücklichsein in Nordrhein-Westfalen vor.“ Nein, eine Umkehrung des Slogans („SPD ist Currywurst“) komme nicht in Betracht, schließlich sei die Currywurst wie vieles andere Teil der „SPD-Familie“. Aber an Gerhard Schröder, den großen sozialdemokratischen Currywurst-Esser, hätten sie beim Entwerfen nicht gedacht. Und deshalb sei das Plakat auch nicht als ein Bekenntnis zur Hartz-IV-SPD zu verstehen.

Zum Abschluss der Präsentation bitten die Sozialdemokraten selbstverständlich noch zu einer schnellen Currywurst. Ein aus dem Ruhrgebiet stammender besonders kritischer Journalist moniert hernach, die Wurst sei unterirdisch gewesen. „Die SPD kann nicht mal Currywurst“, mault er. Unterdessen bleibt einstweilen ungeklärt, was die Partei ihren Wählern mit dem Plakat sagen will. Ist eh alles wurscht, weil die SPD wieder gewinnt? Oder versprechen die Sozialdemokraten den Leuten ein Zweistromland, in dem Majo und Ketchup fließen?

Ramsauer gegen den Führerschein mit sechzehn

enn. BERLIN, 18. April. Jugendliche unter 17 Jahren sollen sich nach dem Willen der Bundesregierung nicht ans Steuer eines Autos setzen. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) lehnt den Vorschlag für ein „Fahren mit 16 Jahren“ ab. Diese Idee, die der Parlamentarische Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium, Peter Bleser (CDU), geäußert hatte, bezeichnete Ramsauer am Mittwoch als „Unsinn“. „Wir haben mit dem begleiteten Fahren mit 17 eine hervorragende Regelung“, sagte er. Sein Ministerium verwies zur Begründung auf die Verkehrssicherheit. Den „Führerschein mit 17“ gibt es – nach erfolgreichen Tests in einzelnen Ländern – erst seit kurzem auf Bundesebene. Bleser hatte zuvor mit der Begründung für ein „Fahren mit 16“ geworben, dass Jugendliche besonders auf dem Land ihre Lehrstellen nur schwer erreichten, weil öffentliche Verkehrsmittel fehlten.

Frau auf Flucht vor Polizei von Zug erfasst

BARNTEN, 18. April (dpa). Auf der Flucht vor der Polizei ist eine mutmaßliche Zigarettendiebin im Kreis Hildesheim von einem Zug überfahren und tödlich verletzt worden. Nach den Ermittlungen waren die 29 Jahre alte Frau, eine Komplizin und zwei Männer in der Nacht zum Mittwoch in Barstedt in einen Kiosk eingebrochen und hatten dort eine größere Menge Zigaretten gestohlen. Zeugen alarmierten die Polizei. Die Beamten nahmen die beiden Männer noch in Tatortnähe fest. Den Frauen gelang zu Fuß die Flucht. Bei Barnten wurde die Frau dann von einem Nachtzug erfasst. Die 34 Jahre alte Komplizin blieb unverletzt.

Kurze Meldungen

Huguette Clark, die vor einem Jahr gestorbene New Yorker Millionenerbin, hat ihren Nachlass postum vermehrt. Bei einer Versteigerung ihres Schmucks in ihrer Heimatstadt erzielte das Auktionshaus Christie’s am Dienstag einen Rekorderlös von mehr als 20 Millionen Dollar. Die Sammlung der menschenscheuen 104 Jahre alten Clark, die vor ihrem Tod zwei Jahrzehnte unerkannt in einem New Yorker Krankenhaus lebte, war zuvor auf etwa die Hälfte geschätzt worden. Zur Versteigerung kam neben Armbändern und Ohrringen im Art-déco-Design auch der rosafarbene neunkarätige „Clark Pink“ -Diamantring, der fast 16 Millionen Dollar einbrachte. Bei ihrem Tod im Mai 2011 hinterließ die Tochter des Kupferbarons William Andrews Clark ein Vermögen von 400 Millionen Dollar, um das sich Verwandte der kinderlosen Erbin mit ihrem Vermögensverwalter Wallace Bock streiten. (ceh.)

Nicki Minaj bringt im Herbst ihr erstes Parfum heraus. Die Rapsängerin hat einen Lizenzvertrag mit der Firma Give Back Brands LLC unterschrieben, die im Jahr 2011 Justin Biebers Duft „Someday“ erfolgreich auf den Markt gebracht hatte. Die Nettoeinnahmen werden einer von Nicki Minaj zu benennenden Wohltätigkeitsorganisation gespendet. Von dem Duft ist noch wenig bekannt. Weil die Sängerin, die Anfang des Monates ihr neues Album „Pink Friday: Roman Reloaded“ herausgebracht hat, eine Vorliebe für Bonbonfarben hat, wird aber angenommen, dass zumindest auf der Verpackung starke Töne zu erwarten sind. (kai.)

Bar Refaeli, das israelische Model, hat sich über die auffällig gründliche Sicherheitskontrolle an einem Londoner Flughafen beschwert. „Ich bin sehr unangenehm von einer Frau abgetastet worden, bei der keinerlei Zweifel an ihrer sexuellen Orientierung bestehen“, teilte die Sechsundzwanzigjährige ihren Anhängern per Twitter mit. Schon vor zwei Jahren hatte Refaeli bei einer Flughafenkontrolle eine böse Überraschung erlebt, als sie bei der Ankunft in Tel Aviv von der Zollbehörde zur Seite gebeten wurde. Da die Beamten in ihrer Tasche ein neues iPad aus den Vereinigten Staaten entdeckten, musste die frühere Freundin des amerikanischen Schauspielers Leonardo DiCaprio damals Strafe zahlen. (ceh.)

Salecia Johnson, sechs Jahre alte Vorschülerin aus dem amerikanischen Bundesstaat Georgia, ist nach einem Wutausbruch in Handschellen gelegt worden. Wie der Polizeichef von Milledgeville, Dray Swicord, nach Protesten der Eltern mitteilt, blieb den Beamten keine andere Wahl, weil das Mädchen mit Möbelstücken warf, in einen Türknauf biss und auf dem Papierschredder des Schulsekretariats herumsprang. Als die Sechsjährige die Direktorin mit einem Regal verletzte, habe die Creekside Elementary School die Polizei alarmiert. Eine Tante holte Salecia nach dem Zwischenfall am Freitag auf der Polizeiwache ab, weil die Schule die Eltern nicht erreicht hatte. (ceh.)

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rufer in der Wüste

Der ehemalige dänische Premierminister Fogh Rasmussen wechselte zur Nato nach Brüssel mit dem Vorsatz, „mehr General als Sekretär“ zu werden. Doch es ist, wie schon seine Vorgänger erfahren mussten, schwierig, in einem Bündnis Führung zu zeigen, das strategisch wie materiell von einem Partner, den Amerikanern, dominiert wird. Der kann, wenn keine Übereinstimmung unter der Verbündeten herzustellen ist, auch auf eigene Faust (und Rechnung) handeln. Was die Europäer angeht, muss sich Rasmussen inzwischen wie ein Rufer in der Wüste vorkommen. Die Verteidigungsbudgets werden gekürzt, und wegen der Finanzkrise ist nicht damit zu rechnen, dass sich daran bald etwas ändern wird. Der Ausweg, den alle theoretisch unterstützen, nämlich die Abstimmung der nationalen Verteidigungsplanungen, was langfristig zu einer Arbeitsteilung führen müsste, kommt nicht recht voran, weil kein Land wirklich bereit ist, den vermeintlich harten, in Wahrheit stark aufgeweichten Kern nationaler Souveränität anzutasten. Deshalb werden dem General auch weiterhin die Truppen abgehen. Nm.

Vor dem Rennen

Vor ziemlich genau einem Jahr schlug das bahreinische Herrscherhaus der Al Chalifa mit Hilfe saudischer Truppen die Proteste der (vorwiegend schiitischen) Opposition blutig nieder. Die Unruhen sollten sich auch nicht wiederholen, weshalb man die Schraube der Repression drastisch anzog. Doch die Demonstranten sind nicht mundtot zu machen: Da das für den kommenden Sonntag vorgesehene Formel-1-Rennen in Manama eine Aufwertung des Regimes mit sich brächte, wenden sich Demonstranten gegen diese Veranstaltung, die im vorigen Jahr abgesagt werden musste. Sie wollen, dass endlich demokratische Reformen verwirklicht werden, denn die schiitische Bevölkerungsmehrheit ist am politischen und öffentlichen Leben des kleinen arabischen Königreichs kaum beteiligt. Auch sind viele Schiiten arm. Ohne Zweifel tragen die Veränderungen in anderen arabischen Ländern dazu bei, dass die bahreinische Opposition nicht aufgibt. Dass man den Kronprinzen Salman nun in einem schiitischen Viertel wüst beschimpfte, macht deutlich, wie angespannt die Lage wieder ist. wgl.

Ein Gedanke

Warum, so fragt man sich in Brüssel immer wieder, ist die EU nur so unbeliebt? Schließlich hat sie Europa von der Geißel der 60-Watt-Glühbirne befreit und ihm dafür das Gender-Mainstreaming geschenkt. Den Österreichern will die Kommission nun das Namensrecht an der Käsekrainer nehmen, der Wurst, die in Wien und in Wahrheit „Eitrige“ heißt, weil beim Hineinbeißen der Käse so schön gelb herausspritzt. Hinter diesem Enteignungsversuch stecken allerdings die Slowenen, die sich das natürlich nur in einer EU herausnehmen können – beim alten Kaiser Franz Joseph, der der Krainer erst den Namen gegeben haben soll, hätten sie sich das nie getraut. Da nicht einmal die Slowenen bestreiten, dass der Diesel Diesel heißen darf, andererseits aber auch die Deutschen beglückt werden sollen, um sie bei Nettozahlerlaune zu halten, zieht das EU-Parlament jetzt eine Erhöhung der Dieselsteuer in Erwägung. Spätestens hier muss sich wenigstens Dieselfahrern mit einer Schwäche für Würste der Gedanke aufdrängen, ob man es nicht lieber doch noch einmal mit dem Habsburgerreich versuchen sollte. bko.

Politische Augenklappen

Der Konsens über das Anti-Piraterie-Mandat ist gekündigt / Von Stephan Löwenstein und Majid Sattar

BERLIN, 18. April

Über kaum einen Bundeswehreinsatz hat in den vergangenen Jahren so viel überparteiliche Einigkeit geherrscht wie den gegen die somalischen Piraten. Die EU-geführte Marineoperation ist nach der amazonenhaften Jägerin Atalanta aus der griechischen Mythologie benannt. Seit 2008 wurde das Mandat dafür regelmäßig von allen Fraktionen im Bundestag, außer den Linken, die grundsätzlich gegen alle Bundeswehreinsätze sind, mit großer Mehrheit gebilligt. Das wird sich mit der Erweiterung des Einsatzgebietes um einen zwei Kilometer breiten Küstenstreifen, wie sie das Bundeskabinett am Mittwoch beschlossen hat, ändern. Die Soldaten sollen künftig auch auf diesem Streifen Einrichtungen von Piraten – aber keine Personen – aus der Luft angreifen und zerstören.

Diese Erweiterung wurde nun nicht nur von der Linkspartei scharf kritisiert, sondern auch von SPD und Grünen. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Gernot Erler sagte, Luftschläge gegen Einrichtungen der Piraten an Land wären eine „Scheinlösung“ und brächten zahlreiche Risiken für Soldaten und Zivilisten. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin sprach gar davon, die Mission drohe in einen „Luft-Boden-Krieg“ umzuschlagen, „ein Spiel mit dem Feuer, das ein hohes Eskalationspotential beinhaltet“. Das Mandat (Laufzeit: ein Jahr) wird also voraussichtlich am 11. Mai nur von CDU/CSU und FDP beschlossen werden, damit die Bundeswehr an den Operationen teilnehmen kann. Nur die Anti-Terror-Überwachungseinsätze der Marine (OEF, OAE) sind bislang allein von den Regierungsfraktionen verlängert worden.

Außenminister Guido Westerwelle hält die Ablehnung der Opposition für „nicht fachlich begründet“, sondern „innenpolitisch motiviert“. Gemeint ist, dass die Führung besonders der SPD wohl den stärker werdenden Kräften in ihren Reihen, die Auslandseinsätzen der Bundeswehr skeptisch gegenüberstehen, ein Ventil geben will. Bei den jährlichen Verlängerungen des Isaf-Mandates für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan hat es der SPD-Fraktionsvorsitzende Steinmeier bislang stets vermocht, die Zahl der Gegenstimmen auf ein paar wenige zu reduzieren; freilich spiegelte das nicht die wahre Stimmungslage in der Fraktion wider. Sollte Steinmeier nun in Kenntnis der wahren Stimmung in seinen Reihen den Skeptikern bei der Piratenbekämpfung entgegengekommen sein, um im Gegenzug sicherzustellen, dass die Fraktion im Falle Afghanistans bei der Stange bleibt?

Offiziell wird das freilich bestritten. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Mützenich führt inhaltliche Bedenken an: „Die Entscheidung kommt zu einer Zeit, in der die Piratenangriffe auf Schiffskonvois und gut gesicherte Schiffe eher zurückgehen“, sagt er. Zudem stelle sich die Frage, wieso die Nato sich anders als die EU nicht zu dem Schritt entschieden hat, auch an Land anzugreifen. In den Verhandlungen, welche die Bundesregierung mit den Fraktionen schon vor Billigung des Atalanta-Mandates im Bundeskabinett geführt hatte, soll deutlich geworden sein, dass die Fraktionsführungen von SPD und Grünen sich außerstande sehen, ihren Abgeordneten eine Mandatsausweitung zuzumuten.

Dabei hatte Westerwelle geglaubt, er komme der Opposition dadurch entgegen, dass er auf Transparenz setzte. Durchaus zum Missfallen auch deutscher Militärs drang er darauf, dass eigentlich geheime Details der Operationsplanung – nämlich die Begrenzung des Einsatzgebietes auf 2000 Meter ab der Wasserlinie – öffentlich gemacht werden. Ob der EU-Operationsplan auch diese Begrenzung enthält, bleibt zwar geheim, doch wurde in Berlin nahegelegt, dass dort eine ähnliche Regelung steht.

Westerwelle führte am Mittwoch an, in anderen Zusammenhängen sei viel von „Bündnistreue“ die Rede gewesen – eine Anspielung auf die gegen ihn gerichtete Kritik wegen der deutschen Enthaltung im UN-Sicherheitsrat zum Militäreinsatz in Libyen. Er könne sich nicht vorstellen, dass sich Deutschland als „die größte Handelsnation in Europa beim Schutz unserer Seeleute, beim Schutz unserer Seefahrtroute wegduckt und dies anderen Europäern überlässt“. Erler drehte diesen Spieß allerdings um und unterstellte dem FDP-Politiker: „Man wird den Verdacht nicht los, dass die Bundesregierung – insbesondere in Person ihres Außenministers – sich diesmal als besonders treuer und zuverlässiger Bündnispartner exponieren möchte.“

Tatsächlich war die Ausweitung des Atalanta-Mandats kein Herzenswunsch der Bundesregierung, sondern der Franzosen, der Niederländer und vor allem der Briten. Sie drangen darauf, dass man mit den teuren Fregatten nicht nur mehr oder weniger koordiniert in dem riesigen Seegebiet vor Ostafrika patrouilliert und allenfalls Piratenangriffe verhindert, wenn man zufällig in der Nähe ist – so war die Praxis in den ersten Atalanta-Jahren. Was die Nato mit der Operation „Ocean Shield“ vorgemacht hatte, sollte auch die EU dürfen: Aktiv gegen die Bootsschwärme rund um Piraten-Mutterschiffe vorzugehen, und zwar zweckmäßigerweise nicht auf dem großen, weiten Ozean, sondern dann, wenn sie vom somalischen Festland auslaufen wollen. Dem stimmten vergangenes Jahr auch die Deutschen zu, und das neue Vorgehen erwies sich als erfolgreich. Nur waren den Militärs die Hände gebunden, sobald sich die Piraten in Buchten oder an den Strand zurückziehen. Insofern ist aus ihrer Sicht die jetzige Erweiterung kein großer Sprung oder gar ein „Luft-Boden-Krieg“, sondern eine zusätzliche militärische Option.

Daher heißt es in der Begründung für das Mandat, nun auch gegen im Küstenstreifen gelagerte Pirateriausrüstung vorzugehen: Das geschehe, „um das Geschäftsmodell der somalischen Piraten aktiv zu stören, ihr Gefühl der Sicherheit an Land zu erschüttern, sie zu aufwendigen und kostspieligen Sicherheitsmaßnahmen zu zwingen sowie zur erneuten Steigerung der Effizienz vorhandener militärischer Mittel und Kräfte“.

Ein monetärer Tsunami

Die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff warnt vor Gefahren für die Weltwirtschaft / Von Josef Oehrlein

BRASÍLIA, im April

Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff besann sich bei ihren jüngsten Auftritten im Ausland auf einige ihrer Eigenschaften, die früher ihr Markenzeichen waren und ihr abhandengekommen zu sein schienen. Sie gab sich selbstbewusst, zeigte Härte und Entschlossenheit: bei Präsident Obama in Washington und zuvor bei Kanzlerin Merkel in Deutschland wie beim Gipfel der BRICS-Staaten in Indien warnte sie in ungewöhnlich scharfem Ton vor der Schwemme an Dollars und Euros, die einen Bankrott der Weltwirtschaft heraufbeschwörten. In Indien hatte sie gar von einem „monetären Tsunami“ gesprochen, der für die Instabilität, das niedrige Wachstum und die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Weltregionen verantwortlich sei.

Brasilien ist in gewisser Weise Opfer des „Tsunami“. Ein großer Teil der liquiden Geldmasse schwemmt in das Land, weil dort ungewöhnlich hohe Zinsen locken. „Wir brauchen das Geld der reichen Staaten nicht mehr“, hatte Frau Rousseff in Deutschland gesagt. Mit diesen Worten habe sie Kanzlerin Merkel „nicht im Geringsten“ eine Lektion erteilen wollen, auch wenn in der Öffentlichkeit dieser Eindruck entstanden sei, bekannte sie nach ihrer Rückkehr nach Brasília. „Ich wollte klarstellen, dass Brasilien nicht mehr als Bestimmungsland für spekulatives Kapital oder nur als Absatzmarkt für Waren, die diese Länder produzieren, angesehen werden will“, sagte sie den heimischen Medien. Die Investoren beschuldigte sie, zu extrem niedrigen Zinsen Mittel aufzunehmen, um das Geld dann schnell nach Brasilien zu schaffen und es dort zu den auch nach einer massiven Senkung immer noch lukrativen Zinsen anzulegen.

In Indien äußerte sich Frau Rousseff auch zu einem außenpolitischen Thema, das Brasilien schon zur Zeit ihres Vorgängers Lula in einem merkwürdigen Zwielicht hatte erscheinen lassen. Sie verteidigte mit überraschend klaren Worten die Atompolitik Irans. Die Iraner hätten wie Brasilien das Recht auf ein Atomprogramm mit friedlichen Zielen, sagte sie, kritisierte offen die von den westlichen Ländern verhängten Sanktionen und bezeichnete sie als „extrem gefährlich“. Ob diese Äußerungen eine Kehrtwende in Rousseffs Einstellung gegenüber Iran bedeuten, war noch nicht auszumachen. Bei früheren

> Der Streit um den „Waldkodex“ gehört zu den wichtigen Themen der Auseinandersetzungen.

Gelegenheiten hatte sie sich kritisch über die Einschränkung der Freiheiten in Iran geäußert. Der iranische Präsident Ahmadinejad, der noch von Rousseffs Vorgänger Lula hofiert worden war, machte Anfang des Jahres einen Bogen um Brasilien.

Ihre Auslandsreisen haben Dilma Rousseff für einige Zeit von dem innenpolitischen Schlachtfeld entfernt. Im Kongress werden Scharmützel ausgetragen, die zeigen, dass es im Inneren ihrer aus einem Dutzend Parteien bestehenden Regierungsallianz Verwerfungen gibt und das Bündnis keineswegs so stabil ist, wie es den Anschein hatte. Die Abgeordnetenkammer im brasilianischen Kongress hat nach langen Debatten endlich das „Fußballweltmeisterschaftsgesetz“ (Lei da Copa) verabschiedet. Nun muss es noch durch den Senat. Vor allem der erbittert geführte Streit darüber, ob in den Stadien während der WM, wie vom Weltfußballverband Fifa verlangt, Alkohol ausgeschenkt werden darf, obwohl das in Brasilien grundsätzlich verboten ist, hatte zu heftigen Diskussionen geführt. Durch das Alkoholverbot sind Gewaltakte in den Stadien drastisch zurückgegangen. Die Fifa will jedoch einem ihrer Hauptsponsoren, einem mächtigen Brauereikonzern, das Geschäft nicht verderben. Der Streit wurde auf brasilianische Weise beigelegt: mit der Öffnung eines Schlupflochs, das den Alkoholkonsum nicht explizit untersagt, ihn aber auch nicht generell freigibt.

Dieser Streit war allerdings nicht der einzige Grund für die Verzögerungen bei der Behandlung des Gesetzes. Die Opposition hatte die Abstimmung über das „WM-Gesetz“ von der Festlegung eines Termins für die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz der Waldgebiete abhängig gemacht. Das Junktim entpuppte sich als schwere Belastungsprobe für das Regierungsbündnis, weil es sich teilweise der Strategie der Opposition angeschlossen hatte. Bei dem „Waldkodex“ handelt es sich um die Novellierung eines seit 1965, in einer Urform sogar seit 1934 bestehenden Gesetzes, in dem dauerhafte Schutzzonen für die Waldgebiete in Brasilien vor allem im Amazonas-Raum festgelegt werden. Die Neufassung hat die Umweltschützer aufgebracht, weil sie eine Aufweichung der früheren Regelungen, eine Reduzierung der Schutzgebiete vor allem entlang der Flüsse, Genehmigungen für die landwirtschaftliche Nutzung selbst in Dauerschutzgebieten und eine Art Amnestie für Personen vorsieht, die illegal Wald abholzen.

Die Gesetzesinitiative hat schon eine Odyssee durch den Kongress hinter sich. Seit 2008 haben sich Kommissionen mit dem Projekt beschäftigt, im Mai vergangenen Jahres hat die Abgeordnetenkammer überraschend die neue Version verabschiedet. Der Gesetzestext kommt nun wegen einiger im Senat beschlossener Änderungen zu einer neuerlichen Behandlung noch einmal in das Abgeordnetenhaus zurück. Frau Rousseff hat bereits angekündigt, dass sie ihr Veto einlegen werde, wenn die strittigen Regelungen erhalten bleiben. Es war eines ihrer Wahlversprechen, einer Reduzierung der permanenten Schutzgebiete nicht zuzustimmen.

Fußball- und Waldgesetz sind inzwischen in zähen Verhandlungen der Fraktionsführer voneinander abgekoppelt worden. Bei der Debatte über die Erneuerung des Waldgesetzes hat sich im Parlament die mächtige brasilianische Agrarlobby durchgesetzt. Damit haben offenbar alte Seilschaften wieder Terrain gewonnen. Sie halten Frau Rousseff vor, sich im ersten Jahr ihrer Amtszeit nur wenig um die Beziehungen ihrer Regierung zum Kongress gekümmert zu haben, und präsentieren ihr nun die Rechnung dafür. Vor allem die einflussreiche Koalitionspartei PMDB beklagt sich über Vernachlässigung durch die Regierung. Frau Rousseffs Vorgänger Lula da Silva hatte mit besonderer Hingabe die Beziehungen zu den Koalitionspartnern der „Arbeiterpartei“ (PT) gepflegt und sie mit der Zuteilung von Pöstchen und Wohltaten bei der Stange gehalten.

Die Unerbittlichkeit, mit der Frau Rousseff in einem Jahr ein Dutzend Minister - in den meisten Fällen wegen Korruptionsvorwürfen - ausgetauscht hat, brachte ihr in der Bevölkerung Popularitäts-Höchstwerte ein. Doch in einigen regierungstreuen Fraktionen des Parlaments wird ihr vorgeworfen, bei der Neubesetzung der Posten nur wenig Rücksicht auf die Koalitionsarithmetik genommen zu haben. Dass der sich ausbreitende Unmut jedoch einen heftigen Konflikt heraufbeschwören könnte, bestreitet sie vehement.

Wenche Elizabeth ARNTZEN Foto Reuters

Muss richten

Fünfmal hat sie den Massenmörder unterbrochen. Fünfmal ermahnte ihn Wenche Elizabeth Arntzen, weil seine Ausführungen viel länger als angekündigt dauerten und die geforderte Rücksicht auf die Hinterbliebenen seiner Opfer vermissen ließen. Fünfmal durfte Anders Behring Breivik trotzdem fortfahren. An seinem Mienenspiel war abzulesen, dass dem Angeklagten der Machtkampf gefiel, während die Richterin daran sichtlich wenig Vergnügen fand. Erst nach mehr als einer Stunde kam Breivik zum Ende der Erklärung, mit der am Dienstag seine auf fünf Tage angesetzte Befragung vor dem Amtsgericht in Oslo begann. Danach war Arntzen selbst offenbar so strapaziert, dass sie vorzeitig zur Mittagspause bat – und vielen Beobachtern Diskussionsstoff gab. Hatte sich die 52 Jahre alte Richterin von Breivik düpieren lassen? Oder war ihre Geduld mit ihm im Sinne des Verfahrens unabdingbar?

Dass sie den bisher wichtigsten Prozess in der norwegischen Rechtsgeschichte leiten würde, weiß Arntzen seit vier Monaten. Sie hat sich einen Ruf als kompetente und vielseitige Juristin erarbeitet: Sie kennt sowohl die Rechtsverwaltung als auch die Strafverfolgung und -verteidigung aus eigener Erfahrung. Ihre erste berufliche Station war 1986 das norwegische Justizministerium, 1989 wechselte sie in das Büro des Generalstaatsanwalts. Zwischen 2003 und 2007 arbeitete sie als Anwältin für eine Kanzlei in Oslo, bevor sie in der norwegischen Hauptstadt Amtsrichterin wurde.

Frau Arntzen stammt aus einer bekannten Juristenfamilie, deren Mitglieder schon früher eine Rolle in aufsehenerregenden Fällen gespielt haben: Ihr Großvater Sven Arntzen fungierte nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Reihe der sogenannten Verräterprozesse gegen Unterstützer der deutschen Besatzer als Staatsanwalt. Ihr Vater Andreas Arntzen vertrat in den achtziger Jahren, im einzigen nennenswerten Spionageprozess der Nachkriegszeit in Norwegen, den angeklagten und schuldig gesprochenen Diplomaten Arne Treholt. Die Kritik an vermeintlichen Fehlern bei der Beweisaufnahme in diesem Verfahren flammt auch noch Jahrzehnte danach hin und wieder auf.

Daran muss Wenche Elizabeth Arntzen aber niemand erinnern, um sie auf ihre Verantwortung im Prozess gegen Breivik aufmerksam zu machen. Dass es zu einer Berufungsverhandlung kommen wird, gilt zwar schon jetzt als ausgemacht. Doch Verfahrensfehler will sich die erste Instanz nicht vorwerfen lassen. Ohne zu zögern haben Arntzen und ihr gleichberechtigter, aber deutlich zurückhaltend auftretender Kollege John Lyng deshalb etwa einen der drei Schöffen von seinem Amt entbunden, der nach dem Attentat im Internet die Todesstrafe für den Täter gefordert hatte. Auch dass Arntzen den Angeklagten mehrfach getadelt, sich in der Konsequenz aber nachgiebig gezeigt hat, passt zu dieser Strategie: Breiviks Verteidiger hätten das Verfahren sonst anfechten können. In den kommenden Wochen werden noch viele ähnlich heikle Entscheidungen auf die Richterin zukommen, die mit einem Juristen verheiratet und zweifache Mutter ist.

SEBASTIAN BALZTER

Heute ist Weltfondstag. Setzen Sie dabei auf die DWS.
Auch 2012 wieder Deutschlands beste Fondsgesellschaft.

DWS – Deutschlands beste Fondsgesellschaft laut DSW/Die Anlegerschützer und Focus-Money[1].

ZERTIFIZIERT DSW Die Anlegerschützer FOCUS MONEY DEUTSCHLANDS BESTE FONDSGESELLSCHAFT TEST 2012

WELTFONDSTAG
www.nur-fuer-alle.de/weltfondstag
19. APRIL 2012

» www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1.
DWS INVESTMENTS
Deutsche Bank Gruppe

*Die DWS/DB Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende Februar 2012. Den Verkaufsprospekt mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie in elektronischer oder gedruckter Form kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. [1]Quelle: Focus-Money, 17/12.

Gutachter sehen EZB-Unabhängigkeit gefährdet

„Zentralbank in Zwangslage“ / Frühjahrsprognose der Institute / Kritik vom Ifo-Institut am Target-System

ppl. FRANKFURT, 18. April. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen mit knapp einem Prozent Wachstum für die deutsche Wirtschaft, sie üben aber deutliche Kritik an der Finanz- und Geldpolitik. In ihrer noch unveröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose warnen die Ökonomen zudem mit Blick auf die Europäische Zentralbank (EZB): „Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der EZB stehen auf dem Spiel.“ Seit Beginn der Finanzkrise habe diese immer mehr Sondermaßnahmen ergriffen, seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise interveniere sie noch stärker und stütze sogar indirekt Staatsfinanzen. Dies könne nicht mehr lange gutgehen. „Es besteht die Gefahr, dass die Geldpolitik aus ihrer inzwischen eingetretenen Zwangslage nicht mehr freikommt“, heißt es nach Informationen dieser Zeitung in dem Gutachten der acht Institute, darunter das Münchner Ifo-Institut, das Kieler IfW, das Hallenser IWH und das Essener RWI. Das Gutachten wird am Donnerstag in Berlin offiziell der Bundesregierung übergeben.

Nach Informationen dieser Zeitung kritisieren die Ökonomen, dass Deutschland sein strukturelles Defizit trotz der recht günstigen Wirtschaftsentwicklung nicht ausreichend abbaue. Für dieses Jahr erwarten sie ein Wachstum von 0,9 Prozent in Deutschland – etwas mehr als der Internationale Währungsfonds mit 0,6 Prozent –, im kommenden Jahr sogar 2,0 Prozent. Entsprechend der besseren Konjunktur sinke das Staatsdefizit auf 0,6 Prozent und 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesem und im nächsten Jahr.

„Die Institute meinen aber, dass das nicht reicht“, sagte eine mit dem Gutachten vertraute Person in Berlin. Denn die deutsche Wirtschaft ist wegen der zwei starken Aufschwungsjahre hoch ausgelastet und kommt 2013 in die Überauslastung. Deshalb müsste der Staat nach der Schuldenbremse nicht nur kein Defizit, sondern einen Überschuss machen. Für den Arbeitsmarkt erwarten die Institute eine günstige Entwicklung: Dieses Jahr sinke die Zahl der Arbeitslosen auf durchschnittlich 2,8 Millionen, nächstes Jahr auf 2,6 Millionen. Die Beschäftigtenzahl steigt deutlich stärker, um 470 000 und 325 000, weil auch Menschen aus der „stillen Reserve“ auf den Arbeitsmarkt gehen.

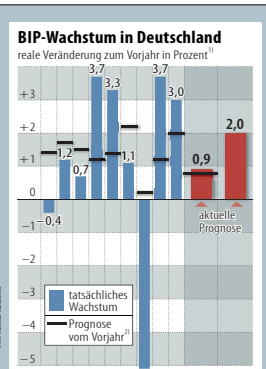
Kritisch sieht die Lage in den angeschlagenen Ländern der südeuropäischen Peripherie aus. In einer Schwerpunktanalyse wird die Schuldentragfähigkeit von Griechenland und Portugal als sehr fragwürdig dargestellt. Auch zu Irland, Italien und Spanien melden die Wirtschaftsforscher Zweifel an, ob diese ihre Schulden schultern können. Es sei möglich, doch müssten alle angekündigten Strukturreformen und Konsolidierungsschritte eingehalten werden. Falls sich einige Annahmen als zu optimistisch herausstellten, etwa die Wirtschaft in der Rezession noch stärker abrutsche oder in den nächsten Jahren das Wachstum geringer ausfalle als erhofft, dann werde es für Spanien und Italien schwierig, ihre Schulden zu bedienen. Deshalb forderten die Finanzmärkte schon jetzt hohe Risikoprämien.

Unterdessen hat das Münchner Ifo-Institut seine Kritik an der sich zuspitzenden Target-Problematik verschärft. Target ist das grenzüberschreitende Zahlungsverkehrssystem der Zentralbanken des Eurosystems. Die Deutsche Bundesbank hat bis Ende März Forderungen von mehr als 615 Milliarden Euro gegenüber den anderen, vor allem südeuropäischen Zentralbanken angehäuft. Nach aktuellen Berechnungen des Instituts bezog in den ersten drei Monaten dieses Jahres die italienische Notenbank Target-Kredite für 79 Milliarden Euro und die spanische Notenbank für 77 Milliarden Euro. Seit Juli 2011 seien von den Notenbanken dieser Länder Target-Kredite im Umfang von 483 Milliarden Euro gezogen worden, um ihre Volkswirtschaften mit billigen Krediten versorgen zu können. „Leidtragende sind aus Sicht des Ifo-Instituts die Sparer der noch soliden Länder Europas, deren Vermögensanlage nun zur EZB umgelenkt wurde“, schreibt das Institut, dessen Präsident Hans-Werner Sinn zu den schärfsten Kritikern des Target-Systems zählt. *(Ifo-Institut fordert Bundestagsbeschluss zu Target, Seite 12.)*

Foto Nicole Bahlinger

Zentralbank oder Staatsfinanzierer?

Die Bundesbank ist Teil des Eurosystems der europäischen Zentralbanken und hält über das europäische Zahlungssystem immer mehr Forderungen gegenüber Südeuropa. Kritiker sagen, dass die EZB indirekt Staaten finanzierte. Deutschland will in diesem Jahr nach Angabe der Bundesregierung ein konjunkturbereinigtes Defizit von maximal 0,5 Prozent erreichen. Die Institute finden, dass angesichts der guten Konjunktur nächstes Jahr eigentlich sogar ein Überschuss angebracht wäre.



	2012	2013
Haushaltsdefizit (in Prozent des BIP)	0,6	0,2
Zahl der Arbeitslosen (in Millionen)	2,8	2,6

1) Ursprungswerte. 2) Herbstgutachten.
Quellen: Gemeinschaftsdiagnose; Destatis

F.A.Z.-Grafik Brocker

Heute

Höhere Renten im Sommer
Zum ersten Mal seit drei Jahren steigen die Altersbezüge der mehr als 20 Millionen deutschen Rentner deutlich. Derweil denkt die Union über bessere Renten für Mütter nach. **Seite 12**

Schatten über der Solarstadt
Lange galt Frankfurt an der Oder als größter Solarstandort im Osten. Der Traum ist mit dem Abgang von First Solar vorbei – kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. **Seite 13**

Ärger über Citigroup-Boni
Die Aktionäre der amerikanischen Citigroup stimmen gegen das 15-Millionen-Dollar-Gehalt von Vorstandschef Vikram Pandit. Das Votum ist allerdings nicht bindend. **Seite 14**

Tesco wird bescheiden
Die britische Supermarktkette Tesco gibt sich nach jahrzehntelanger Expansion eine neue Marschroute: Weniger Wachstum ist mehr, heißt es jetzt bescheiden. **Seite 15**

Hauskatze mit Krallen
Catherine von Fürstenberg-Dussmann war Schauspielerin und Hausfrau – heute führt die Amerikanerin die Dussmann-Gruppe, den Berliner Dienstleistungskonzern. **Seite 16**

Interesse an Pfizer-Babykost
Der Pharmahersteller Pfizer will seine Sparte für Kleinkindnahrung verkaufen. Offenbar bietet der Lebensmittelkonzern Nestlé dafür mehr als Konkurrent Danone. **Seite 17**

Daimler gegen Tata
Daimler macht im drittgrößten Lastwagenmarkt der Welt Ernst – und Platzhirsch Tata Motors Konkurrenz. Es ist nicht der erste Versuch des Konzerns in Indien. **Seite 18**

Metallarbeitgeber bieten 3 Prozent mehr Geld

IG Metall lehnt erstes Angebot ab und droht mit Warnstreiks

rike. BERLIN, 18. April. In der aktuellen Tarifrunde für die 3,6 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie haben die Arbeitgeber am Mittwoch ein erstes Angebot vorgelegt. Demnach sollen die Löhne und Gehälter rückwirkend zum 1. April um 3 Prozent steigen bei einer Laufzeit des Tarifvertrags von 14 Monaten; die IG Metall hatte 6,5 Prozent für zwölf Monate gefordert. Neben dem Entgeltplus bieten die Arbeitgeber Programme an, um benachteiligten Jugendlichen den Einstieg in eine Berufsausbildung zu erleichtern. „Außerordentlich attraktiv“ nannte der Verhandlungsführer von Metall NRW, Horst-Werner Maier-Hunke, das Angebot. Die IG Metall hingegen lehnte die Offerte umgehend ab. „Das unstrittig gute Jahr 2011 und die soliden Aussichten für 2012 spiegeln sich leider überhaupt nicht im Angebot wider“, sagte Oliver Burkhard, Leiter des IG-Metall-Bezirks Nordrhein-Westfalen, wo am Mittwoch die dritte Verhandlungsrunde stattgefunden hat. „Die Beschäftigten haben Anspruch auf einen wirklich fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg“, fügte Burkhard hinzu und nannte das Angebot „absolut ungenügend“.

Bei zwei weiteren zentralen Forderungen der IG Metall haben sich die Arbeitgeber nicht bewegt. Die Gewerkschaft will die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden durchsetzen – derzeit besteht nur eine Übernahmepflicht für ein Jahr. Außerdem verlangt sie mehr Mitsprache in der Zeitarbeit. So sollen die Betriebsräte ein Vetorecht bekommen, wenn in einem Betrieb Leiharbeiter eingesetzt werden sollen. Beides lehnen die Arbeitgeber ab. Im Fall der Zeitarbeit halten sie die gesetzlichen Regeln für ausreichend, beim Thema Übernahme sehen sie schlicht keinen Bedarf, da ohnehin drei Viertel der Jugendlichen einen unbefristeten Vertrag bekämen. IG-Metall-Bezirksleiter Burkhard sagte jedoch: „Wir sind nach wie vor finster entschlossen, die unbefristete Übernahme wieder zur Regel zu machen.“

Neben ihrem Angebot hatten die Metallarbeitgeber am Mittwoch auch zwei Forderungen im Gepäck: Zum einen wollen sie Arbeitsverträge künftig drei statt zwei Jahre lang sachgrundlos befristen können. Zum anderen sollen statt 18 Prozent der Mitarbeiter eines Unternehmens 30 Prozent 40 Stunden in der Woche arbeiten dürfen. Die 35-Stunden-Woche anzutasten ist für die IG Metall allerdings ein rotes Tuch.

In den nächsten Tagen gehen auch die anderen Bezirke in die dritte Verhandlungsrunde. Ein vierter Termin, bei dem es womöglich vorangehen könnte, ist allerdings nirgendwo vor Ende April und damit vor dem Auslaufen der Friedenspflicht angesetzt. Die Arbeitgeber ließen die Friedenspflicht ungenutzt verstreichen, kritisierte Burkhard. „Sie dürfen sich nicht wundern, wenn wir jetzt das Tempo auch mit Warnstreiks erhöhen.“

In der EZB wächst die Sorge um Spanien

Investoren fürchten höheren Kapitalbedarf für spanische Banken / Bundesbank gegen Hilfen

ruh./wmu. FRANKFURT/BRÜSSEL, 18. April. In der Europäischen Zentralbank wächst die Sorge um Spanien. Auf den Märkten zweifelten viele Investoren daran, dass der von der spanischen Regierung geschätzte Kapitalbedarf der Banken – die Rede ist von einer Größenordnung von etwa 50 Milliarden Euro – realistisch sei, sagte ein hochrangiger Angehöriger der EZB am Mittwoch.

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann sprach sich allerdings dagegen aus, Spanien zur Annahme von Hilfen zu drängen. „Wir sollten nicht immer den Weltuntergang ausrufen, wenn die langfristigen Zinsen eines Landes zeitweilig über 6 Prozent steigen“, sagte Weidmann in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters. Dass Länder an den Anleihe-Märkten unterschiedlich bewertet werden, sei auch „Ansporn für die Politik, durch eine Fortsetzung des Reformkurses Vertrauen zurückzugewinnen.“ Es könne nicht Aufgabe der EZB sein, Spanien mit der Notenpresse zu helfen – zum Beispiel durch die Wiederaufnahme ihrer Staatsanleihenkäufe oder durch neue langfristige Kredite für die Banken. Auch die Bundesregierung sieht keinen Bedarf für Hilfen. Die in Angriff genommenen Reformen seien überzeugend: „Es ist nicht zu erkennen, dass Spanien ein Hilfsprogramm braucht oder in Anspruch nehmen möchte“, teilte das Bundesfinanzministerium mit.

Der Vorstandsvorsitzende einer spanischen Bank sagte dieser Zeitung, die meisten spanischen Institute bräuchten derzeit gar keine Finanzierung über den Geldmarkt, weil kein Mangel an Liquidität herrsche. Das sei jedoch gar nicht das Problem, hieß es in der EZB. Mit den im Dezember und Februar für drei Jahre bereitgestellten rund 1000 Milliarden Euro sei die Liquiditätsknappheit behoben. Doch nun richteten sich die Sorgen der Investoren auf die Qualität der spanischen Bankenbilanzen und die wegen notleidender Immobilienkredite drohenden Verluste. Ein mögliches Programm für Spanien habe den Vorteil, dass eine externe Institution Klarheit über den Kapitalbedarf der spanischen Banken schaffen könne, was Transparenz und Vertrauen schaffe.

Bundesbankpräsident Jens Weidmann Foto Wolfgang Eilmes

In Brüssel wurden unterdessen Medienberichte dementiert, wonach der europäische Stabilisierungsfonds EFSF den Banken direkt Geld geben könnte. Das sei rechtlich unmöglich. Der Sprecher von EU-Währungskommissar Olli Rehn erinnerte an die Beschlüsse der EU-Staats- und Regierungschefs vom Oktober, wonach EFSF-Hilfen für Banken nur über die nationalen Regierungen möglich sind. Auch dies sei nur denkbar, wenn sich eine Bank nachgewiesenermaßen nicht mehr über den Kapitalmarkt finanzieren und die nationale Regierung nicht mehr selbst die Unterstützung eines in Not geratenen Instituts stemmen kann.

Banken aus europäischen Krisenländern haben ihren Staaten unlängst mit Anleihekäufen unter die Arme gegriffen. In Spanien ist der Bestand an Staatsanleihen von Dezember bis Ende Januar um 26 Prozent auf 220 Milliarden Euro gestiegen. Italienische Banken erhöhten ihren Bestand an heimischen Staatstiteln von Dezember bis Ende Februar um 31 Prozent auf 267 Milliarden Euro. Das zeigen Daten der Notenbank Italiens. In den Krisenländern Irland und Portugal ging die Entwicklung in die gleiche Richtung.

FIRMENINDEX	Seite									
Allianz Global Investors	19	Commerzbank	19	Dussmann	16	Merrill Lynch	21	Pro Sieben Sat.1	15	Tesco	15
Audi	18	Conergy	13	Eurogate	14	Moeller-Maersk	16	RTL	15	Thyssen-Krupp	16
Bank of America	21	Daimler	18	First Solar	13	Nestlé	17	Seat	18	TUI Travel	15
Bayer	17	Danone	17	Grohe	14	Novartis	17	Siemens	16	TÜV Rheinland	15
Berkshire Hathaway	17	Danske Bank	16	IBM	14	Odersun	13	SNB	16	Volkswagen	15
Citigroup	14, 18	Deutsche Bank	21	Intel	14, 18	Opel	14	Syngenta	15	Yahoo	14
		Ducati	15, 18	Mead Johnson	17	Pfizer	17	Tata	18	Zumtobel	17

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wirklich bremsen

Von Philip Plickert

Deutschlands Wirtschaft kommt mit einem blauen Auge durch die europäische Schuldenkrise. Das erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Gemeinschaftsgutachten. Im Verlauf dieses Jahres soll die Konjunktur wieder anziehen. 2013 läuft sie dann auf Hochtouren, während halb Südeuropa nur mit größter Mühe aus der Rezession findet. Der deutsche Fiskus profitiert überproportional vom wirtschaftlichen Aufschwung. Allerdings sinkt das Staatsdefizit nur in Trippelschritten. Der Finanzminister mag einwenden, dass Deutschland dieses Jahr konjunkturbereinigt mit nur einem halben Prozent Defizit relativ zur Wirtschaftsleistung auskomme. Das ist wenig im Vergleich zu den europäischen Krisenstaaten, aber zu wenig ambitioniert mit Blick auf die gute Konjunktur. Deutschland wehrt sich zu Recht gegen die Aufrufe aus dem Ausland, doch mal ein wenig Gas zu geben, mehr Staatsausgaben zu wagen, um als Konjunkturlokomotive Europas den Karren anzuziehen. Durch eine makellose Haushaltsplanung könnte Deutschland Europa dienen und es vom Wert des Sparens überzeugen. Schuldenbremse heißt, wirklich zu bremsen – nicht einfach den Schwung der Konjunktur zu genießen.

Warnstreiks in Sicht

Von Henrike Roßbach

Wirklich in Versuchung geführt haben die Arbeitgeber die IG Metall nicht mit ihrem Angebot von 3 Prozent mehr Lohn für 14 Monate. Selbst im finanzschwachen öffentlichen Dienst kam es gerade erst zu einem Abschluss, der für die Beschäftigten nach zehn Monaten 4,9 Prozent mehr Gehalt bedeutet. Noch schwerer wiegt: Bei den Herzensthemen der IG Metall – der unbefristeten Übernahme aller Auszubildenden und mehr Mitsprache in der Zeitarbeit – sind die Arbeitgeber ihrem Gegenüber kein bisschen entgegengekommen. Zwar kann man wahrlich streiten über diese Forderungen der Gewerkschaft. Klar ist aber, dass die IG Metall keinesfalls einen Abschluss akzeptieren wird, in dem die beiden Themen keine Rolle spielen. Ein Gegenvorschlag der Arbeitgeber hätte dem Verhandlungsklima sicher gutgetan. Stattdessen rühren die Unternehmen an der heiligen Kuh der Gewerkschaft, der 35-Stunden-Woche. Das sei ihnen unbenommen, und es gibt sicher gute Gründe für eine Lockerung der aktuellen Arbeitszeitregel. Warnstreiks aber wendet man mit dieser Taktik nicht ab. Und angesichts der hohen Kapazitätsauslastung dürfte ein Arbeitskampf der Branche durchaus weh tun.

Vor dem Realitätsschock

Von Christian Schubert, Paris

Geschichte wiederholt sich nicht, doch man kann aus ihr lernen. Nachdem François Mitterrand am 10. Mai 1981 zum ersten sozialistischen Präsidenten der Fünften Republik gewählt worden war, begann er seine angekündigte „andere Politik“: Die wöchentliche Arbeitszeit sank ohne Lohnkürzung auf 39 Stunden; der Mindestlohn, die Mindestrente und das Kindergeld stiegen zweistellig. Eine Vermögensteuer traf die Reichen. 39 Banken sowie fünf große Industriegruppen wurden verstaatlicht.

Weniger als zwei Jahre später war Mitterrand zu einer radikalen Umkehr gezwungen. Denn die internationalen Anleger wendeten sich in Scharen vom Franc ab. Die Banque de France hatte trotz dreier Abwertungen in achtzehn Monaten im März 1983 fast keine Devisen mehr, um den Wechselkurs zu verteidigen. Mitterrand überlegte, Frankreich aus dem europäischen Währungssystem herauszunehmen. Eine Explosion der Importpreise mit unkontrollierter Inflation wollte aber niemand riskieren. Mitterrand setzte stattdessen auf einen scharfen Sparplan: Steuern und Abgaben kletterten, die Regierung zwang die Bürger zum Kauf von Staatsanleihen, Löhne wie Preise wurden eingefroren und der Devisenverkehr eingeschränkt. Das sozialistische Experiment war gescheitert.

François Hollande, der Umfragefavorit für die Präsidentschaftswahlen, die an diesem Sonntag beginnen, ist kein zweiter Mitterrand. Als junger Mann war er zwar einer der Wirtschaftsberater des sozialistischen Präsidenten. Doch weder Verstaatlichungen noch einen nachfragegesteuerten Konjunkturaufschwung hat er heute im Sinn. Eine entscheidende Parallele zu dem sozialistischen Großversuch der achtziger Jahre findet sich aber: Der Druck der internationalen Investoren ist enorm, wahrscheinlich sogar noch größer als damals. Denn Frankreich hat jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt und sich dafür im Ausland hoch verschuldet. Zwei Drittel der Anleihezeichner sind ausländische Investoren. Das ist mehr als in Ländern wie Italien, Spanien, Großbritannien und Deutschland. Wenn Frankreich seine Gläubiger nicht von einer soliden Haushalts- und Wirtschaftspolitik überzeugt, werden die Zinskosten das Land in eine gefährliche Schuldenspirale stürzen.

Wer auch immer im Mai in den Elysée-Palast einzieht, hat somit nur einen engen Spielraum. Daher setzt sich der Herausforderer Hollande wie der Amtsinhaber Nicolas Sarkozy das Ziel, die staatliche Neuverschuldung von 5,2 Prozent bis 2013 auf 3 Prozent zu drücken. Das ist, verglichen mit den Einschnitten in Südeuropa, milde genug. Bisher konnte sich Frankreich das langsamere Tempo leisten, weil die ausländischen Investoren Geduld zeigten. Doch die kleinste Abweichung vom Konsolidierungspfad werden sie abstrafen. Der neue Präsident muss daher zuallererst die hohen französischen Staatsausgaben senken, die – gemessen an der Wirtschaftsleistung – in Europa nur von Irland und Dänemark übertroffen werden. Gleichzeitig müssen Steuereinnahmen fließen. Dafür braucht es Wachstum, das sich nur durch Konsum und Investitionen einstellt. Vertrauen in die politische Führung ist dazu unerlässlich.

Der Blick auf Hollandes Wahlprogramm stimmt skeptisch, Sarkozys Bilanz freilich ebenso. Im Wahlkampf meinten beide, den Franzosen unbequeme Wahrheiten vorenthalten zu können. Vor allem Hollande sprach lieber über die Besteuerung der Reichen und der Großunternehmen als über die Staatsausgaben. Das teure Gesundheitssystem etwa wartet ebenso auf eine grundlegende Reform wie das starre Arbeitsrecht oder der Wohnungsbau. Die Politiker umgehen weitläufig all die Verkrustungen, die von den Besitzstandswahrern heftig verteidigt werden. Zwei Beispiele: Spitzenverdiener können in Frankreich drei Jahre lang mehr als 6000 Euro monatliches Arbeitslosengeld beziehen – fast das Dreifache dessen, was es in Deutschland höchstens gibt. So viel Geld bekommen nach Auskunft der Regierung zwar nur 80 Franzosen; sie (und noch mehr ihre Unternehmen) haben auch kräftig in die staatlichen Kassen eingezahlt. Doch wäre es nicht an der Zeit, sowohl Beitragshöhe als auch Leistungen zu begrenzen? Auch die chronisch defizitäre Künstlersozialversicherung, zu der Bühnenarbeiter und ebenso Ticketverkäufer gehören, ist ein Tabu: Sie erlaubt es den Versicherten, nur zwei Monate im Jahr zu arbeiten und dafür acht Monate lang großzügige Versorgung zu beziehen.

> Der Blick auf Hollandes Wahlprogramm stimmt skeptisch, Sarkozys Bilanz freilich ebenso.

Sarkozy hat die eine oder andere Blockade aufzubrechen versucht. Doch ihm fehlte oft der Wille zu einer konsequenten Erneuerung, außerdem lenkte ihn die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen von seinen Reformvorhaben ab. Sein impulsives Naturell führte zu einem Zickzackkurs. Hollande hat es dagegen geschafft, seriöser zu wirken. Die Begeisterung der Massen ist ihm freilich auch nicht vergönnt. Viel Zustimmung zu Hollande ist allein in der Ablehnung von Sarkozy begründet.

Noch ist die Wahl nicht entschieden. Doch das Auftreten der Politiker in den vergangenen Wochen stimmt nachdenklich. Frankreich hat die zwei Schlüsselfragen für seine Zukunft noch nicht beantwortet: Hat das Land begriffen, wie ernst die Krise ist, und was will es dagegen tun?

33 600 Euro EU-Hilfe für jeden Griechen

wmu. BRÜSSEL, 18. April. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat Überlegungen zurückgewiesen, die EU müsse für Griechenland noch mehr tun als bereits verabredet. Forderungen nach einem neuen „Marshallplan“ für Athen seien unberechtigt, sagte Barroso am Mittwoch vor dem Europaparlament in Straßburg. Schon jetzt sei die internationale Hilfe für Athen um ein Vielfaches höher als im historischen Marshallplan für die westeuropäischen Länder nach dem 2. Weltkrieg. Damals habe sich die Hilfe auf 2,1 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Empfängerländer belaufen. Griechenland habe dagegen schon jetzt 177 Prozent seines Jahres-BIPs erhalten. Das entspreche 380 Milliarden Euro.

Diese Summe errechnet sich nach einem am Mittwoch verabschiedeten Bericht der EU-Kommission über die griechischen Wachstumsperspektiven aus den beiden internationalen Hilfsprogrammen für Athen von insgesamt 240 Milliarden Euro, dem Schuldenschnitt mit dem Gläubigerverzicht von 100 Milliarden Euro und den Mitteln aus den verschiedenen EU-Struktur- und-Regionalfonds von 40 Milliarden Euro, die Athen in der laufenden Haushaltsperiode von 2007 bis 2013 erhält.

Laut Kommission hat jeder griechische Bürger bisher durchschnittlich 33 600 Euro an internationaler Hilfe erhalten. Der Bericht enthält eine Liste von wachstumsfreundlichen Reformen, die großenteils schon im von der Troika der internationalen Kreditgeber erarbeiteten zweiten Hilfsprogramm für Griechenland festgehalten sind. So fordert die EU-Behörde, dass die Bankenrekapitalisierung bis September abgeschlossen sein müsse. Die Zugangsbeschränkungen für bestimmte, bisher sehr stark regulierte Berufsgruppen sollen bis Jahresende aufgehoben sein.

Barroso wiederholte ferner die Forderung, das Kapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) müsse erhöht werden, damit in der EU mehr Infrastrukturprojekte finanziert werden könnten. Die EU-Staaten als Anteilseigner des Instituts hatten in der Finanzkrise Ende 2008 beschlossen, das EIB-Kapital um 67 auf 232 Milliarden Euro zu erhöhen. Die meisten EU-Staaten lehnen eine weitere Kapitalerhöhung ab.

Mehr Rente im Sommer

Zum ersten Mal seit drei Jahren steigen die Altersbezüge deutlich. Derweil denkt die Union über bessere Renten für Mütter nach.

enn. BERLIN, 18. April. Die Altersbezüge der mehr als 20 Millionen Rentner steigen zum 1. Juli deutlich: Sie werden im Westen Deutschlands um 2,18 Prozent und im Osten um 2,26 Prozent erhöht. Eine entsprechende Verordnung des Bundesarbeitsministeriums hat das Kabinett am Mittwoch in Berlin beschlossen. Die Rentenanpassung ist die höchste seit drei Jahren; sie fällt aber schwächer aus als vor einigen Monaten erwartet. Aus Sicht von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nehmen die Rentner damit „Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung 2011, der mit Lohnsteigerungen und einem deutlichen Beschäftigungszuwachs verbunden war“. Zugleich verwies sie darauf, dass die Senkung des Rentenbeitragssatzes Arbeitnehmer und Arbeitgeber dieses Jahr um 2,6 Milliarden Euro entlaste.

Mitte 2011 waren die Renten um 0,99 Prozent gestiegen; 2010 hatte es eine Nullrunde gegeben. Vor Rentenkürzungen hatte die Rentner damals nur eine Schutzklausel verschont. Die damals trotz gesunkener Löhne unterlassenen Kürzungen werden jetzt mit den Erhöhungen teilweise verrechnet. Der höhere Anstieg im Osten ist auch damit zu erklären, dass die Rentner im Westen in der Wirtschaftskrise stärker von der Rentengarantie profitierten als die im Osten. In den neuen Bundesländern ist mit der halbierten Anpassung in diesem Jahr der Nachholbedarf wegen unterlassener Rentenkürzungen erfüllt. Im Westen wird die Rentenerhöhung dagegen im kommenden Jahr noch einmal niedriger ausfallen.

Die Sozialverbände zeigten sich enttäuscht von der Höhe der Anpassung. Kaufkraftverluste würden nicht aufgefangen. Die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Ulrike Mascher, rechnete vor, dass seit 2004 die Rentner einen Kaufkraftverlust von fast 9 Prozent hinnehmen mussten. Der Sozialverband SoVD forderte abermals die Abschaffung der Rechenfaktoren, die den Rentenanstieg dämpfen, um den Beitragssatz langfristig im Rahmen zu halten. „Ohne die Kürzungsfaktoren wäre ein Rentenanstieg von bis zu 5 Prozent möglich“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen Foto dpa

Von der Leyen bekräftigte, dass sie ihre Pläne gegen Altersarmut bald ins Kabinett bringen wolle. „Das Rentenpaket stellt sicher, dass die Lasten zwischen Alt und Jung auch in Zukunft fair verteilt bleiben und bestehende Gerechtigkeitslücken im System geschlossen werden.“ Mit der Zuschussrente für Geringverdiener, höheren Zuverdienstgrenzen bei der vorgezogenen Altersrente, Verbesserungen in der Erwerbsminderungsrente sowie Veränderungen der Riester-Rente und der Alterssicherung Selbständiger solle das System gestärkt und an gesellschaftliche Veränderungen angepasst werden. Dem Vernehmen nach plant von der Leyen derzeit noch nicht, eine bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten in das Rentenpaket aufzunehmen, wie dies derzeit in der Unionsfraktion diskutiert wird. Im Ministerium hieß es, die Ministerin sei „offen“ für solche Verbesserungen, die Frauen zugutekämen, die Kinder erzogen hätten. Der Anstoß dafür müsse aber aus der Fraktion kommen. Eine Verknüpfung verbesserter Mütterrenten mit etwaigen Abstrichen beim umstrittenen Betreuungsgeld dementierte das Ministerium.

Ungarn ändert Notenbankgesetz

ela. WIEN, 18. April. Die ungarische Regierung hat Änderungen des umstrittenen Notenbankgesetzes beschlossen. Die Europäische Kommission hatte wegen dieses Gesetzes und der damit verbundenen Skepsis über die Unabhängigkeit der Notenbank im Januar ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Im Sinne der Vorlage an das Parlament sollen die Notenbank (MNB) und die Finanzaufsicht nicht mehr zusammengelegt und die Tagesordnung des Monetärrates der MNB nicht mehr der Regierung vorgelegt werden. Zudem wird in Zukunft kein Vertreter des Kabinetts an den Beratungen dieses Gremiums teilnehmen, in denen Zinsentscheidungen fallen. Überdies sollen einzelne Abschnitte des Notenbankgesetzes gestrichen werden, die die Entlassung von Mitgliedern des Rates regelten. Nach einer Aussendung des Ministeriums für Nationalwirtschaft betreffen die Modifizierungen jene Beanstandungen, die die Europäische Kommission in ihrem Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn angeführt hatte. Mit der Anpassung rückt Budapest der seit Monaten angestrebten Finanzhilfe durch EU und Internationalen Währungsfonds (IWF) näher. Verhandlungen über einen Milliardenkredit wurden durch die Haltung der Regierung bisher blockiert. Neben dem umstrittenen Notenbankgesetz muss die Regierung aber noch andere Gesetze ändern: Denn die Kommission sieht auch die Unabhängigkeit der Justiz und die Datenschutzbehörde gefährdet.

Italien mit neuer Schuldenbremse

tp. ROM, 18. April. Das Verbot der Neuverschuldung ist nun auch in die italienische Verfassung aufgenommen worden. Die neue Formulierung für die Verfassung, die in jeder Kammer des Parlaments zweimal beraten werden musste, ist nun am Dienstagabend im italienischen Senat mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen angenommen worden. Künftig heißt es in der Verfassung: „Der Staat garantiert in seinem Haushalt das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, unter Berücksichtigung der günstigen und ungünstigen Zyklen der Konjunktur.“ Die Aufnahme von Schulden ist nur in Zeiten ungünstiger Konjunktur und bei außerordentlichen Ereignissen gestattet. Diese sollen in einem gewöhnlichen Gesetz noch näher definiert werden. Die Schuldenbremse soll erstmals von 2014 an gelten. Italiens Ministerpräsident Mario Monti stellte am Mittwoch die Finanzplanung der Regierung vor, die für 2013 nun nicht mehr einen ausgeglichenen Haushalt, sondern ein Defizit von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorsieht. Die Regierung widerspricht aber dem Internationalen Währungsfonds, der einen ausgeglichenen Haushalt erst 2017 für möglich hält.

DTM 2012

Aufbruch in ein neues Zeitalter

Die populärste internationale Tourenwagenserie DTM wird 2012 spannend wie nie zuvor: Neben den Teams von Audi und Mercedes-Benz reiht sich nunmehr auch BMW wieder im Kampf um den Titel ein. Die Fans können sich auf einen packenden Dreikampf einstellen. Welche Piloten werden für die Teams an den Start gehen? Was zeichnet die neuen Autos aus? Wann finden die Rennen an welchen Rennstrecken und Orten statt? Was erwartet die Zuschauer rund um die Strecken? Die DTM bietet Highlights, die sich Motorsportfans nicht entgehen lassen dürfen.
Die Verlagsbeilage der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung präsentiert Ihnen alle wichtigen Fakten zur Rennserie 2012 und spannende Storys rund um die Fahrer, ihre Boliden und die unterschiedlichen Pisten.

Erscheint Sonntag, 22. April 2012

Themenauswahl

- Vor dem Start – was sind die wichtigsten Neuerungen für die Rennserie 2012?
- Fit fürs Podium – mit welchen Fahrern kämpfen die Teams um die DTM-Krone?
- Rasant und leistungsstark – was zeichnet die Rennautos in diesem Jahr aus?
- Adrenalin pur – was sind die Charakteristika der diesjährigen Strecken?
- Gestern und heute – wie hat sich die DTM in den vergangenen Jahren weiterentwickelt?
- Sicherheit geht vor – wie schützen die Teams die Gesundheit von Fahrern und Zuschauern?

Änderungen vorbehalten

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:
Telefon (069) 75 91-25 20 · E-Mail: werbemarkt@faz.de

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

Die F.A.Z.-Beilagen
www.faz.net/beilagen

Ifo-Institut plädiert für Bundestagsbeschluss zu „Target“

Wirtschaftsweiser Bofinger nennt Kritik „irreführend“

ppl. FRANKFURT, 18. April. Das Münchner Ifo-Institut hat seine Kritik an den Target-Ungleichgewichten im Euroraum verschärft, stößt damit zum Teil aber selbst auf Kritik. Nach Ansicht des Ifo-Instituts werden über das Zahlungsverkehrssystem „Target“ im Euroraum deutsche Ersparnisse in die Peripherie geschleust; im Gegenzug erhalte die Bundesbank fragwürdige Sicherheiten. Zuletzt sind die Target-Forderungen der Bundesbank gegen das Eurosystem auf den Rekord von 615 Milliarden Euro gestiegen.

Leidtragende der Entwicklung seien die Sparer in Deutschland, den Niederlanden und Finnland, den Ländern mit hohen Target-Forderungen, meint das Ifo-Institut. Die marktgängigen Wertpapiere von deren Banken und Lebensversicherern, seien „ohne das Wissen oder die Zustimmung der Sparer in bloße Forderungen gegen die jeweiligen nationalen Zentralbanken verwandelt“ worden. Diese Forderungen könnten niemals eingetrieben werden, kritisiert das Ifo-Institut. Je Erwerbstätigen seien in Deutschland auf diese Weise „für 15 000 Euro Ersparnisse in Target-Forderungen verwandelt worden“. In den Niederlanden seien es 17 000 Euro und in Finnland 21 000 Euro. Das Ifo-Institut fordert, darüber die Parlamente abstimmen zu lassen.

Der Würzburger Wirtschaftsprofessor Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats, kritisierte die Ifo-Argumentation. „Es ist irreführend, wenn das Ifo-Institut behauptet, mit den Target-Krediten würden die Volkswirtschaften mit billigen Krediten versorgt.“ Die Kreditvergabe der Banken der Problemländer an die privaten Sektoren sei teilweise stark rückläufig oder stagnierend wie in Italien. „Wenn die Target-Salden durch Parlamente genehmigt werden müssten und damit eine quantitative Begrenzung erfahren würden, käme es zum sofortigen Zusammenbruch der Währungsunion, da bei Erreichen des Limits der Zahlungsverkehr nicht mehr uneingeschränkt funktionieren würde.“

Der Essener Makroökonom Ansgar Belke gab der Ifo-Kritik teilweise recht: „Die Target-Forderungen der Bundesbank stellen insofern ein Risiko dar, als sie im Falle eines Zusammenbruchs der Eurozone oder des Austritts eines Mitgliedslandes wie Griechenland Forderungen gegenüber einer Institution darstellen, die nicht mehr existiert.“ Ob die Forderungen dann noch einzutreiben seien, hänge von der Verhandlungsmacht und dem Verhandlungsgeschick Deutschlands ab. Die Target-Ungleichgewichte seien ein Preis für die Fortexistenz der Eurozone und „Teil des suboptimalen, aber wohl unvermeidlichen Anpassungsprozesses im Rahmen der Euro-Zahlungsbilanzkrise“, meint Belke: „Inflationierung im Norden, Deflationierung im Süden“, sei der Grundzug dieser Anpassung. Die im Süden durch das Target-System geschaffene Liquidität flüchte gleich wieder in die nordeuropäischen Länder. „Dieser Weg der Anpassung wird erfolgen, da keine dauerhaften Fiskaltransfers von Nord nach Süd akzeptiert werden dürften.“ Gegen eine Anpassung über Lohn- und Preissenkungen in der südlichen Eurozone gebe es zu starke politische Widerstände.

EU fordert Arbeitsmarktreformen

Steuern und Abgaben auf Arbeit sollen sinken

hmk. BRÜSSEL, 18. April. Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in den meisten Staaten in einem Strategiepapier zu umfassenden Reformen am Arbeitsmarkt aufgerufen. Die EU-Behörde spricht sich in dem Papier, das der zuständige Kommissar László Andor am Mittwoch in Straßburg vorstellte, unter anderem für eine Senkung der Steuern und Abgaben auf Arbeitseinsatz aus. Zum Ausgleich sollen etwa die Umwelt- oder Verbrauchssteuern angehoben werden. Zudem fordert die Kommission die Öffnung der Arbeitsmärkte

> Die EU empfiehlt niedrigere Steuern auf Arbeit – und dafür höhere Umwelt- und Konsumsteuern.

in der gesamten EU, auch für Rumänen und Bulgaren sowie eine gezielte Förderung neuer Technologien, vor allem im Umweltsektor. Entgegen anderslautenden Medienberichten spricht sich die EU-Behörde nicht für die Einführung eines Mindestlohns in allen Mitgliedstaaten aus. Sie betont in dem Papier aber, dass sich der Mindestlohn in vielen Staaten bewährt habe.

Die Europäische Kommission reagiert mit ihrem Strategiepapier auf die Kritik, dass sie in der Schuldenkrise zu sehr auf Einsparungen in den öffentlichen Haushalten setze und zu wenig für die Schaffung von Arbeitsplätzen tue. Letztlich fasst das Strategiepapier aber nur altbekannte Positionen der Kommission zusammen. Die EU-Behörde hat in der Arbeits- und Sozialpolitik allerdings nur eingeschränkte Kompetenzen. Letztlich liegen die Bereiche in der Verantwortung der Nationalstaaten. Einfluss nehmen kann die EU-Kommission nur dort, wo das Funktionieren des Binnenmarkts betroffen ist. In diesem Zusammenhang spricht sich die Behörde abermals dafür aus, die Anerkennung von in anderen EU-Staaten erworbenen Berufsqualifikationen zu erleichtern. Um den Wechsel von einem in ein anderes EU-Land zu erleichtern, fordert sie die Staaten zudem auf, Arbeitslosen bis zu sechs Monate lang ihre Unterstützung weiterzuzahlen, wenn sie im Ausland nach Arbeit suchen.

Die aktuelle Arbeitslosenquote in der EU sei dramatisch hoch und inakzeptabel, sagte Andor. Deshalb müsse die EU handeln. Die Arbeitslosenquote liegt in der EU nach Angaben der Kommission bei 10,2 Prozent. Die Beschäftigungsquote ist auf 68,9 Prozent gefallen und liegt damit klar unter dem für das Jahr 2020 von der EU angestrebten Ziel von 75 Prozent. Um dieses zu erreichen, müssten in der EU nach Schätzungen der Kommission knapp 18 Millionen neue Arbeitsstellen geschaffen werden.

Geithner: Europa vor langem Weg

Ausgleich zwischen Sparkurs und Wirtschaftswachstum

pwe. WASHINGTON, 18. April. Der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner hat den Europäern nahegelegt, den richtigen Ausgleich zwischen fiskalischem Sparkurs und Wirtschaftswachstum zu finden. Es sei wichtig, eine Balance zu finden, damit auf kurze Sicht schwaches Wachstum nicht den Abbau der Defizite gefährde, sagte Geithner in Washington. Er lobte die Beschlüsse der Europäer zur Aufstockung ihrer finanziellen „Brandmauer“ und die Reformbemühungen in Italien und Spanien. Europa habe aber noch einen langen und harten Weg vor sich, um die Krise zu überwinden. Die Europäer seien sich bewusst, dass sie einen institutionellen Rahmen errichten müssten, damit die Währungsunion funktionieren könne. Geithner versteht darunter ein auch fiskalisch stärker integriertes System. Er verteidigte, dass die Vereinigten Staaten sich an der Stärkung der Finanzmittel des Internationalen Währungsfonds durch bilaterale Kredite von Mitgliedsländern nicht beteiligen werden. Die Vereinigten Staaten unterstützten Europa durch die Dollar-Tauschgeschäfte der Zentralbank Federal Reserve mit der Europäischen Zentralbank. „Wir sind die Einzigen, die Europa direkt unterstützen“, sagte Geithner. Alle anderen Länder achteten darauf, dass sie den Weg über den IWF gingen.

Geithner betonte zugleich, dass dem Fonds mit einer Ausleihkapazität von beinahe 400 Milliarden Dollar noch mehr Geld zur Verfügung stünde als vor der Finanzkrise. Der Währungsfonds könne und dürfe in der Euro-Krise nur eine „unterstützende Rolle“ spielen, betonte Geithner. „Europa ist ein reicher Kontinent und hat die finanziellen Mittel, um seine Probleme zu bewältigen.“

Höhere Löhne in der Logistik

Markt wächst auf 222 Milliarden Euro / Fachleute gesucht

enn. BERLIN, 18. April. Mit der Logistikbranche geht es aufwärts: Im vergangenen Jahr ist sie in Deutschland um knapp 6 Prozent auf 222 Milliarden Euro gewachsen. Diese Zahl nannte Raimund Klinkner, Vorstandsvorsitzender der Bundesvereinigung Logistik (BVL), am Mittwoch in Berlin. Neun von zehn Logistikunternehmen berichteten in einer BVL-Umfrage von „Wachstum“, sagte Klinkner. Die gute konjunkturelle Entwicklung mache sich auch am Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der Beschäftigten werde dieses Jahr voraussichtlich um 2,8 auf 2,85 Millionen steigen. Mehr als die Hälfte der Unternehmen wolle die Belegschaft aufstocken. Genauso viele Unternehmen hätten allerdings Probleme bei der Besetzung offener Stellen. In der Umfrage beklagen 57 Prozent der Unternehmen das Fehlen von IT-Fachleuten, Ingenieuren und Betriebswirten. Aber auch Fachkräfte mit nichtakademischer Ausbildung werden gesucht. Die positive Entwicklung der Logistikbranche schlägt sich auch in einer überdurchschnittlichen Steigerung der Gehälter nieder. Mehr als 50 Prozent der befragten Unternehmen planen danach in den nächsten zwölf Monaten Lohnerhöhungen von mehr als 3 Prozent.

Versicherer kritisieren die Niedrigzinspolitik

mas. BERLIN, 18. April. Die deutschen Versicherungen dringen auf ein Ende der Niedrigzinspolitik im Euroraum. „Die Kosten dieser Strategie tragen die Altersvorsorgesparer“, warnte der Präsident ihres Gesamtverbandes, Rolf-Peter Hoenen, am Mittwoch in Berlin. Die Altersbezüge fielen geringer aus, denn die Rendite sinke und die Inflation steige. „Die aktuelle Strategie in der Finanzkrise belastet also unsere Kunden.“ Gleichzeitig wiesen Verbandsvertreter auf geringere Erträge in wichtigen Sparten wie der Kraftfahrzeugversicherung hin. Sie legen den Autofahrern nahe, sich auf höhere Prämien einzustellen.

Wie Hoenen berichtete, wirkt sich ein Zinsrückgang um einem Prozentpunkt unmittelbar auf die Kapitalergebnisse der Versicherer aus. Sie gingen um rund 1 Milliarde Euro bei den Neuanlagen zurück. Der Niedrigzins treffe aber nicht nur die Versicherten, sondern jeden, der vorsorge. Die geldpolitischen Maßnahmen seien in der akuten Krise zur Erleichterung der Situation in den Krisenländern des Euroraums und zur Stabilisierung des Bankensystems sinnvoll gewesen, sagte Hoenen. Aber eine dauerhafte Geldschwemme und Niedrigzinspolitik bergen eine sehr ernstzunehmende Inflationsgefahr. „Deshalb müssen jetzt Exit-Szenarien entwickelt werden“, mahnte er. Die Zentralbanken müssten ihre expansive Geldpolitik zurückfahren.

Die Versicherer verzeichneten im vergangenen Jahr einen leichten Rückgang ihrer Prämieneinnahmen um 0,4 Prozent auf 178,2 Milliarden Euro. Bei den Lebensversicherungen ist das Geschäft aus laufenden Beiträgen gewachsen, das aus Einmalbeiträgen gesunken. Insgesamt sanken ihre Beitragseinnahmen um 3,9 Prozent auf 86,8 Milliarden Euro. Die privaten Krankenversicherer strichen 34,7 Milliarden Euro ein, 4,3 Prozent mehr als im Jahr 2010. Auf die Pflegeversicherung entfielen davon 2,1 Milliarden Euro. Die Schaden- und Unfallversicherer nahmen 56,7 Milliarden Euro ein, 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der für die Unfallversicherungen zuständige Robert Pohlhausen sagte zum Jahreswechsel einen Anstieg der Prämien um durchschnittlich 2 Prozent voraus. Eigentlich müssten die Kraftfahrzeug-Versicherungen die Preise um 8 Prozent erhöhen, um auskömmlich wirtschaften zu können. Doch angesichts des hohen Wettbewerbs auf dem Markt dürfte diese Anpassung über mehrere Jahre verteilt werden.

Sarkozy fordert von EZB schwächeren Euro

chs. PARIS, 18. April. Die Europäische Zentralbank (EZB) soll nach Ansicht des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy eine aktive Wechselkurspolitik betreiben, um zur Exportankurbelung den Euro gegenüber dem Dollar zu schwächen. Dies sagte der Präsident am Mittwoch in einem Fernsehinterview in Paris. Die Regierungen des Euroraumes sollten dazu mit der EZB in Gespräche treten, forderte Sarkozy. Die EZB verfolgt keine Politik, die ein bestimmtes Wechselkursziel vorsieht, um Konflikte mit der Inflationsbekämpfung zu vermeiden. Vertraglich ist festgelegt, dass die europäischen Regierungen mit qualifizierter Mehrheit für die EZB eine „allgemeine Orientierung für die Wechselkurspolitik“ vorgeben können. Das „vorrangige Ziel der Preisstabilität“ dürfe dabei jedoch nicht beeinträchtigt werden, heißt es in Artikel 111 des EU-Vertrages. Der in den Umfragen zurückliegende Präsident hatte schon am vergangenen Sonntag gefordert, dass die EZB offiziell nicht nur die Inflation bekämpfen, sondern auch das Wachstum stützen solle. Die Bundesregierung hat dies zurückgewiesen.

Die neuesten Zahlen der EU-Kommission zeigen, dass Frankreich im vierten Quartal 2011 mit 10,7 Milliarden Euro das größte Leistungsbilanzdefizit der EU verzeichnet, Deutschland dagegen mit 47,7 Milliarden Euro den größten Leistungsbilanzüberschuss. Insgesamt verzeichneten alle 27 EU-Länder erstmals seit 2002 wieder einen Leistungsbilanzüberschuss; er erreichte die Höhe von 13,1 Milliarden Euro.

Berlin meldet Defizit von 0,5 Prozent des BIP

mas. BERLIN, 18. April. Deutschland wird 2012 die Defizitvorgaben des Stabilitätspakts einhalten. So soll die strukturelle Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen dieses Jahr maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Das wären rund 12 Milliarden Euro. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm, das das Kabinett am Mittwoch verabschiedet hat, geht nun an die EU-Kommission. Beim strukturellen Defizit werden Sondereffekte und konjunkturelle Faktoren herausgerechnet, um längerfristig vergleichbare Aussagen zu erhalten. Auch die deutsche Schuldenstandsquote soll mittelfristig sinken. Doch 2012 wird sie noch einmal steigen: von gut 81 Prozent im Vorjahr auf 82 Prozent des BIP. Bis zum Jahr 2016 soll sie danach auf 73 Prozent der Wirtschaftsleistung zurückgehen. Damit läge sie aber immer noch deutlich über der europäischen Obergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Schatten über der „Solar-Stadt Nummer eins“

Lange war Frankfurt (Oder) der größte Solar-Standort im Osten. Der Traum ist mit dem Abgang von First Solar vorbei. Kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken, sagt Oberbürgermeister Wilke.

Ein Gewerbegebiet mit wenig Gewerbe Foto Matthias Lüdecke

ami. FRANKFURT(ODER), 18. April. Das Gewerbegebiet Markendorf liegt außerhalb. Straßenbelag und Fußgängerwege sind perfekt, die Bäume hatten noch wenig Zeit zu wachsen. Von 69 Parzellen sind 22 belegt. Ein paar Autohäuser, eine Druckerei, ein Baustoffhändler. Die Parzellen 1 und 2 des 33,5 Hektar großen Geländes an der Autobahn nahe der Grenze zu Polen sind mit zwei langen Gebäuden bebaut. Ihre Fassaden tragen Farbbänder in Gelb, Rot und Orange, von Grautönen durchbrochen. Das gibt der größten europäischen Produktionsstätte von Photovoltaikanlagen (PV) des amerikanischen Herstellers First Solar ein eher tristes Aussehen.

Das passt zur Stimmung in Frankfurt (Oder), seit First Solar am Dienstag mitgeteilt hat, man werde die vier Produktionslinien im letzten Quartal 2012 einund 1200 Beschäftigte freistellen. 1200 Arbeitsplätze sind viel für eine Stadt mit knapp 60 000 Einwohnern. Das gilt umso mehr, als Frankfurt mit den drei Herstellern Odersun, First Solar und Conergy lange Zeit als „Solar-Stadt Nummer 1 in Ostdeutschland“ gefeiert wurde und sich gerne in diesem Glanz sonnte. 4000 Leute hatten sich 2007 auf die ersten 500 Stellen beworben. „Wir wollen eine langlebige Fabrik mit einer großen Exportkraft errichten“, hatte First-Solar-Chef Mike Ahearn gesagt.

Die Wirklichkeit 2012 sieht so aus: Über den Modulproduzenten Odersun AG mit 260 Beschäftigten in Berlin und Brandenburg ordnete ein Berliner Amtsgericht am Mittwoch vorläufige Insolvenzverwaltung an. First Solar will bis Ende Oktober, so lange gelten mit Geldstrafen bewährte Beschäftigungsgarantien, den Betrieb einstellen. Conergy berichtete nach Restrukturierungen in der Modulproduktion von „erheblichen negativen Einmaleffekten“.

Nicht nur Vertreter von Wirtschaft und Gewerkschaften alarmiert der „erhebliche Rückschlag“. Die Landesregierung setzte eine Arbeitsgruppe um Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) ein. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) versprach, zu „tun, was in unseren Möglichkeiten steht, um den Standort in Gänze zu sichern“.

Denn für Brandenburg endet mal wieder ein Traum: In den neunziger Jahren hatte man mit vielen Millionen Euro Frankfurt (Oder) als Mikroelektronik-Standort halten und Chipfabriken wachsen sehen wollen. Das ging schief. Südlich Berlins sollte in einer großen Halle Luftfahrtschiffe – Cargolifter – gefertigt werden. Heute ist dort ein Spaßbad untergebracht. Auf dem Lausitzring, einer mit Millionen aus öffentlichen Kassen asphaltierten Rennstrecke, werden nur drittrangige Rennen gefahren. Jetzt schaltet die Solarindustrie das Licht aus.

Mittwochmittag beriet Platzeck in Potsdam mit First-Solar-Chef Ahearn die Lage. Doch die Amerikaner sind entschlossen, sich neuen Marktbedingungen anzupassen und die Produktion in Europa zu schließen. Dabei hatten sie noch 2011 ihr 117-Millionen-Euro-Investment um 175 Millionen Euro aufgestockt und 550 weitere Arbeitsplätze geboten. Die öffentliche Hand hatte 67 Millionen Euro zugeschossen. Die zuletzt gezahlten 22 Millionen Euro, versprach Werksleiter Burghard von Westerholt, werde man zurückzahlen.

Die Entscheidung zum Desinvestment war seit Anfang April in der Konzernzentrale in Arizona vorbereitet worden. Grund sei auch der Wegfall der Förderung für PV-Freiflächenanlagen in Deutschland. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) wies schnell jede Schuld von sich. Der Markt bedränge First Solar. Dem will das Unternehmen jetzt mehr folgen und Solarkraftwerke im Nahen Osten, Nordafrika, Südeuropa und Amerika verkaufen. Martin Wilke arbeitet zwar nicht für First Solar, doch trifft ihn die Schließung. Als Leiter des „Investorcenters“ hatte er First Solar 2005 an die Oder geholt. Heute muss er als parteiloser Oberbürgermeister zusehen, wie die neue Fabrik abgewickelt wird. Ein Schlag sei das, doch werde der die Stadt nicht in die Knie zwingen. Mit der Ansiedlung der Amerikaner habe man bewiesen, dass man mit anderen Standorten erfolgreich konkurrieren könne. Steuereinnahmen aus dem Engagement überwögen die Zuschüsse. Mit mehr als 11 Prozent sei die Arbeitslosigkeit zwar überdurchschnittlich, doch sei die Zahl neuer Arbeitsplätze stetig gestiegen. Dazu trügen neben Ansiedlungen die Kooperation mit der polnischen Nachbarstaat Slubice (ehemals Dammvorstadt) und die Universität Viadrina bei. „Wir müssen nicht den Kopf in den Sand stecken“, sagt Wilke, bevor er sich auf den Weg zu Platzeck und Ahearn nach Potsdam macht. Auf dem Schreibtisch hinterlässt er eine Karte. Darauf steht: „Gib Gas, Junge“.

Finanzministerium knickt im Formularstreit ein

mas. BERLIN, 18. April. Das Bundesfinanzministerium entschärft einen seit längerem schwelenden Steuerkonflikt mit der deutschen Wirtschaft. Nach scharfen Protesten soll die neue Regel für steuerfreie Lieferungen in EU-Mitgliedstaaten korrigiert werden. Nach der aktuellen Umsatzsteuer-Verordnung müssen dazu eigentlich die Kunden aus der EU auf einem bestimmten Formular den Empfang der Ware („Gelangensbestätigung“) bestätigen (F.A.Z. vom 19. Dezember 2011). Zuletzt hatte DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann diese Woche in einem Brief an Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) von starken Beschwerden von Unternehmen sowie der Logistikbranche berichtet. Es sei praktisch unmöglich, im Ausland die rechtsverbindliche Unterschrift des Empfängers zu bekommen. Nun ist das Ministerium eingeknickt. Es will mit seinem sogenannten BMF-Schreiben die Vorgaben in mehreren Punkten lockern. Dazu gehört, dass die Gelangensbestätigung sich nicht zwingend aus einem einzigen Beleg ergeben muss, sondern aus mehreren Dokumenten bestehen kann. Sie muss auch nicht nach amtlichem Vordruck erbracht werden. Die grundsätzlich erforderliche Unterschrift des Abnehmers soll in vielen Fällen durch einen Dritten ersetzt werden können. Es seien auch Sammelbestätigungen möglich. Die Bestätigung kann auch elektronisch übermittelt werden. „Im Vergleich zur Ausgangslage sind wir einen großen Schritt weiter“, sagte der Steuerabteilungsleiter des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Matthias Lefarth, dieser Zeitung. Für versendete Produkte würden die Probleme behoben. Für abgeholte Waren sei zugesagt worden, die Regelung weiter nachzubessern. Damit die Unternehmen Rechtssicherheit erhielten, reiche das BMF-Schreiben jedoch nicht aus. Dazu müsse auch die Verordnung geändert werden. Dies sei für Anfang 2013 geplant. Bis dahin müsse das Ministerium klarstellen, dass die Finanzverwaltung andere Lieferungsnachweise nicht beanstanden werde.

Kurze Meldungen

Unabhängige Statistik

Die EU-Kommission will sicherstellen, dass die nationalen Statistikbehörden künftig politischem Einfluss so weit wie möglich entzogen sind, damit Haushaltsdaten nicht aus politischen Gründen verfälscht werden. Die EU schlägt vor, dass die Spitzen der Ämter nach ausschließlich fachlichen Kriterien in einem transparenten Verfahren ernannt werden sollen. Ferner fordert sie, dass alle Länder „auf höchster politischer Ebene“ zusagen, den beschlossenen Verhaltenskodex für die Erhebung von Statistiken ohne Abstriche zu befolgen. Andernfalls will sie künftig Vertragsverletzungsverfahren einleiten. wmu.

Inflationsrate revidiert

Das europäische Statistikamt Eurostat hat seine Schätzung zur Inflationsrate im März von 2,6 auf 2,7 Prozent revidiert. Damit stagnierte die Inflation gegenüber dem Vormonat. Die Kerninflationsrate ohne Energieprodukte, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak erhöhte sich von 1,5 Prozent im Februar auf 1,6 Prozent im März. Getrieben wurde die Teuerung neben den hohen Energiepreisen zuletzt von Preisanstiegen für Kleidung. ppl.

Kritik an Entwicklungspolitik

Die Hilfswerke „Terre des hommes“ und Welthungerhilfe fordern die Bundesregierung auf, ihre Zusammenarbeit mit den armen Ländern des Südens grundsätzlich neu zu gestalten. „Es fehlt weiterhin ein konsistentes Gesamtkonzept der Bundesregierung, das dem Anspruch von Entwicklungspolitik als ‚globaler Strukturpolitik‘ gerecht wird“, heißt es in ihrem aktuellen Bericht zur deutschen Entwicklungspolitik. Die Reorientierung auf bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, die Ausgliederung wesentlicher Teile der Not- und Übergangshilfe in das Auswärtige Amt und die Überbetonung der Entwicklungskooperation mit deutschen Unternehmen seien falsche Signale. mas.

Schweiz begrenzt Zuwanderung

Die Regierung der Schweiz schränkt die Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten in Osteuropa ein. Sie greift hierzu zu der sogenannten Ventilklausel. Kurzaufenthalte von Angehörigen aus den acht Ländern, die in der Schweiz Arbeit finden, sind wie bisher möglich, erläuterte Justizministerin Simonetta Sommaruga in Bern. Die Ventilklausel kann angewendet werden, wenn – wie im Falle Osteuropas – die Einwanderung den Durchschnitt der vergangenen drei Jahre um mindestens ein Zehntel überschreitet. du.

Weniger Hunger in Asien

Die Ernährungslage in Zentralasien und dem Kaukasus verbessert sich. Laut Meldung der Welternährungsorganisation FAO sind in der Region 5 Prozent der Menschen unterernährt, die Quote werde bis 2030 auf 2 Prozent fallen und bis 2050 auf 1 Prozent, hieß es zu Beginn einer Asienkonferenz der FAO. jagr.

Güterbahn nach Polen

Die Eisenbahnstrecke von Hoyerswerda (Sachsen) nach Polen wird zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert. Bund und Deutsche Bahn investieren nach Angaben des Verkehrsministeriums rund 420 Millionen Euro, davon kommen 370 Millionen Euro vom Bund. Die Bauarbeiten sollen Ende 2016 abgeschlossen sein. enn.

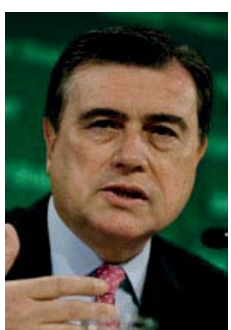
Währungsfonds warnt vor Kreditklemme im Euroraum

IWF-Bericht: Bilanzsumme der EU-Banken könnte um 2,6 bis 3,8 Billionen Euro schrumpfen

pwe. WASHINGTON, 18. April. Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt vor einer Kreditklemme im Euroraum, sollten die Euro-Mitglieder ihre Zusagen zur Lösung der Euro-Krise nicht einhalten und der Stress an den Finanzmärkten sich verstärken. Die Warnung des IWF richtet sich darauf, dass die Banken in ihrem Schrumpfungskurs („deleveraging“) ihre Ausleihungen zu sehr verringern. Bis jetzt habe eine generelle Kreditklemme vermieden werden können, sagte José Viñals, Direktor der Geld- und Kapitalmarktabteilung des IWF. „Wir erwarten dennoch einen beträchtlichen Druck auf Kredite, der das Wachstum behindern wird.“ Betroffen von der Schrumpfkur der Euro-Banken ist nach der Analyse vor allem Osteuropa.

Der Währungsfonds schätzt in seinem Bericht zur globalen Finanzstabilität im schlimmsten Fall, dass die 58 größten Banken in der Europäischen Union ihre Bilanzsumme insgesamt bis Ende 2013 um 3,8 Billionen Euro oder 10 Prozent zurückführen. Das Kreditangebot im Euroraum würde dabei um 4,4 Prozent sinken und die Wirtschaftsleistung 1,4 Prozent niedriger ausfallen. Selbst in seinem Basisszenario erwartet der Fonds eine Schrumpfung der Bilanzsumme der größten Banken insgesamt um 2,6 Billionen Euro oder rund 7 Prozent. Damit sänke das Kreditangebot bis 2013 um 1,7 Prozent.

Viñals sieht in der gewissen Beruhigung der Lage an den Finanzmärkten nach der Aufstockung der europäischen „Brandmauer“ und den langfristigen Ausleihungen der Europäischen Zentralbank eine gute Gelegenheit, die Euro-Finanzkrise endgültig zu lösen. Ein Dreiklang von Rekapitalisierung, Umstrukturierung und Auflösung von schwankenden Banken sei geboten, um das Bankensystem in Europa zu sanieren. Der IWF fordert die Europäer auf, dem Rettungsfonds ESM die Möglichkeit zu geben, sich zur Rekapitalisierung direkt an Banken im Euroraum beteiligen zu können. Damit könne die schädliche Verbindung zwischen Bankrisiken und Risiken für die staatlichen Gläubiger durchbrochen werden, sagte Viñals. Die Regierungen im Euroraum lehnen dies bislang ab.



IWF-Direktor José Viñals Foto Bloomberg

Der IWF fordert ferner eine klare Verpflichtung der Europäer zur fiskalischen Integration und Risikoteilung, damit das Vertrauen in den Euroraum zurückkehre. Der Chefvolkswirt des IWF, Olivier Blanchard, hatte zuvor gesagt, es sei womöglich zu früh für gemeinsame Euro-Anleihen. Kurzfristige Schuldpapiere mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr könnten aber ein guter erster Schritt sein.

Bis jetzt hätten die europäischen Banken ihre Bilanzlage überwiegend durch die Stärkung ihrer Kapitalbasis und die Verringerung von Randaktivitäten verbessert, heißt es in dem Bericht. Die Auswirkungen über den Euroraum hinaus seien handhabbar gewesen. Es sei essentiell, dass auch weiter eine synchronisierte Verkleinerung der Bilanzen im großen Stil vermieden würde, um die Schäden für den Rest der Welt gering zu halten. In der Analyse ist nicht berücksichtigt, dass ein teilweiser Rückzug der europäischen Großbanken aus dem Kreditgeschäft oder aus Osteuropa Geschäftsmöglichkeiten für kleinere oder ausländische Banken eröffnet.

Standpunkt: Hermann Otto Solms

Wir brauchen eine Steuerbremse im Grundgesetz

Die Einführung der Schuldenbremse war ein großer Wurf der Politik. Die Schuldenbremse versperrt den Weg, Staatsausgaben immer weiter über neue Schulden zu finanzieren. Die Idee dahinter war, der Staat solle seine Aufgaben auf das Wesentliche beschränken und seine Ausgaben entsprechend reduzieren. Wer aber glaubte, damit würde der Staat in Zukunft bescheidener, sieht sich getäuscht. Zwar gibt es ein breites Bekenntnis zur Beendigung der Schuldenpolitik. Dieser Gemeinplatz verschleiert jedoch mehr, als er erhellt: Wenn der Weg über die Schuldenfinanzierung versperrt ist, wächst die Versuchung, die Steuern zu erhöhen. Schon jetzt wird erkennbar: Die Steuerpolitik wird ein beherrschendes Thema zukünftiger Wahlkämpfe. SPD und Grüne haben ihre Belastungspläne bereits auf den Tisch gelegt. Auch aus dem schwarzen Lager rufen etliche nach einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Im europäischen Ausland hat das Thema ebenfalls Auftrieb. Der sozialistische Anwärter auf Frankreichs Präsidentenstuhl, François Hollande, fordert einen Spitzensteuersatz von 75 Prozent.

Sie alle eint von links bis rechts der Wille, die Probleme der Politik zu Lasten der Steuerzahler zu lösen: Politisch wäre das ein bequemer Weg. Schließlich treffen Erhöhungen der Einkommensteuer nur eine Minderheit der Wähler. Eine Politik zu Lasten weniger lässt sich gegenüber der Mehrheit viel angenehmer vertreten als kontroverse Ausgabenkürzungen, die alle treffen können. So wird unter dem Deckmantel der Verteilungsgerechtigkeit der ungebremste staatliche Zugriff auf die privaten Portemonnaies organisiert. Diesem Treiben muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Hermann Otto Solms ist FDP-Finanzpolitiker und Vizepräsident des Bundestags. Foto dpa

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse dient als Leitplanke gegen den ungehemmten Aufwuchs der Verschuldung. Um echte Haushaltsdisziplin herzustellen, muss sie durch eine weitere Leitplanke ergänzt werden: eine Steuerbremse. Sie sorgt dafür, dass die Politik nicht nach der anderen Seite hin vom rechten Weg abkommt. Analog zur Schuldenbremse definiert sie eine gesellschaftlich akzeptierte Obergrenze der höchstmöglichen steuerlichen Belastung. In Verbindung mit der Schuldenbremse hätten wir dann eine umfassende konstitutionelle Selbstbindung zur Beschränkung der staatlichen Einnahmen. Das Grundprinzip würde verankert, dass staatliche Leistungen sich nach den Einnahmen richten müssen und nicht umgekehrt. Diese Reihenfolge sichert die langfristige Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen. Eine solche Verpflichtung würde gleichermaßen dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürger wie auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland dienen.

In Anlehnung an den Halbteilungsgrundsatz, wie ihn das Bundesverfassungsgericht seinerzeit mit Paul Kirchhof entwickelt hat, könnte die Marke bei 50 Prozent liegen. Die Politik verpflichtet sich, den Arbeitnehmern auf Dauer mindestens die Hälfte ihrer durch Arbeit erzielten Einkommen zu belassen. Die Hälfte für den Staat ist mehr als reichlich. Eine generelle Belastungsobergrenze von 50 Prozent wäre eine klare Regelung, die die Chance hat, auch auf lange Sicht von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen zu werden. Diese Grenze ist schon heute weitgehend ausgeschöpft, wenn man dem Spitzensatz der Einkommensteuer die Reichensteuer, den Soli und die Kirchensteuer hinzurechnet.

Die Einkommensteuer ist allerdings auch die Unternehmensteuer für Einzelkaufleute und Personengesellschaften. Hier liegen die Dinge anders. Der unternehmerische Mittelstand zeichnet sich dadurch aus, dass er die Gewinne vornehmlich reinvestiert. Je höher aber der Steuersatz ist, desto weniger bleibt für Investitionen. Diese aber schaffen die Grundlage für langfristig sichere Arbeitsplätze. Die Steuerlast hat für Unternehmen eine fundamentale Bedeutung im internationalen Steuerwettbewerb. Die Besteuerung unternehmerischer Einkünfte darf deshalb die Standortkonkurrenz nicht ignorieren. Der besondere Wettbewerbsdruck für Unternehmen rechtfertigt eine Steuersatzspreizung bei der Einkommensteuer. Für unternehmerische Einkünfte wäre daher eine Steuergrenze von etwa 30 Prozent die richtige Antwort.

Aufgrund der guten Konjunktur sind die öffentlichen Einnahmen gestiegen. Das hat den raschen Schuldenabbau erleichtert. Es zeigt aber auch, dass mehr Geld in den Steuerkassen keineswegs zu weniger Ausgaben führt. Im Gegenteil: Es werden unverzüglich neue vermeintliche Gerechtigkeitslücken ge- oder erfunden, die zugunsten von Wählerstimmen, aber auf Kosten der Steuerzahler abgedeckt werden sollen, wie zum Beispiel die Zuschussrente oder das Betreuungsgeld. Höhere Einnahmen verführen eben zu höheren Ausgaben. Wenn wir nicht wollen, dass im Alltagsgestrüpp des politischen Geschäftes die Notwendigkeit zum Sparen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird, muss die Steuerbremse ins Grundgesetz. Sie hätte den Vorteil, dass die Politik nicht der Entwicklung hinterherhinkt, sondern vorausschauend den Rahmen absteckt. Dass sie hierzu die Kraft haben kann, hat sie mit der Schuldenbremse bereits bewiesen.

Aktionäre der Citigroup revoltieren gegen Boni

Die Mehrheit der Eigentümer der amerikanischen Bank stimmt gegen das 15-Millionen-Dollar-Gehalt von Vorstandschef Vikram Pandit. Das Votum ist allerdings nicht bindend.

Ziel der Aktionärsschelte: *Der Citigroup-Vorstandvorsitzende Vikram Pandit* Foto Bloomberg

nks. NEW YORK, 18. April. Die Aktionäre der Citigroup halten nichts von zweistelligen Millionen-Boni für die Spitzenmanager der drittgrößten amerikanischen Bank. Auf der Hauptversammlung der Citigroup im texanischen Dallas lehnten die Aktionäre, darunter große Pensionsfonds und Vermögensverwalter, die kürzlich vom Verwaltungsrat abgesegneten Vergütungspakete für den Vorstandsvorsitzenden Vikram Pandit und andere Manager mehrheitlich ab. Die Vergütung von Pandit, die aus Grundgehalt sowie einem Bonus in bar und Aktien besteht, belief sich für 2011 auf insgesamt 14,9 Millionen Dollar.

Die Manager der Citigroup müssen das Geld aber nicht zurückgeben, da das Votum nicht bindend ist. Die Abstimmung hat allerdings einen hohen Symbolwert, was eine Überprüfung der Vergütungspraxis nach sich ziehen könnte. Der scheidende Verwaltungsratsvorsitzende der Citigroup, Richard Parsons, bezeichnete die Revolte der Aktionäre als „ernste Angelegenheit". Die Mitglieder des Verwaltungsrats würden sich deswegen mit Aktionärsvertretern treffen, sagte Parsons. Nachfolger von Parsons an der Spitze des Verwaltungsrats wird Michael O'Neill, der in den neunziger Jahren Finanzchef der Bank of America war.

Amerikanische Aktionäre haben ein nichtbindendes Mitspracherecht bei der Vergütung der Geschäftsführung, seit das Dodd-Frank-Reformgesetz vor knapp zwei Jahren in Kraft getreten war. Mit dem Gesetz reagierte der Kongress auf die Finanzkrise des Jahres 2008, die Banken wie die Citigroup in Schieflage gebracht hatte und Staatshilfen in dreistelliger Milliarden-Dollar-Höhe für die Branche erforderte. Hohe Bonuszahlungen an Banker und falsche Anreizmodelle gelten als mitverantwortlich für die Krise, da die Manager mit Blick auf ihre Vergütung teilweise zu hohe Risiken eingegangen waren. Aktivisten unter Aktionären, etwa gewerkschaftlich geprägte Pensionsfonds, hatten seit Jahren ein derartiges Mitspracherecht gefordert.

„Das ist ein Meilenstein für amerikanische Unternehmen", sagte der als Bankenkritiker bekannte Analyst Mike Mayo von der Wertpapiersparte der Bank Crédit Agricole. Es handele sich um einen „Weckruf", wenn sich bisher selbstgefällige Aktionäre endlich zu diesem Thema äußerten. „Die einzige Frage ist, warum es so lange gedauert hat", sagte Mayo.

Die Citigroup, die besonders stark unter der Finanzkrise gelitten hatte, ist die erste Großbank, die sich den Unwillen der Aktionäre wegen ihrer Vergütungspraxis zuzog. Die Hauptversammlungen anderer Banken stehen in Kürze an. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der Beratungsgesellschaft ISS nur 2 Prozent der Vergütungspläne amerikanischer Unternehmen von Aktionären abgelehnt. Darunter befand sich auch der große amerikanische Computerhersteller Hewlett-Packard.

Konkret bemängelten die Aktionäre der Citigroup, dass die geschäftlichen Ziele und Anreize für die Bonuszahlungen der Manager zu niedrig sind. „Das Niveau der Vergütung ist maßlos überhöht und ist nicht eng genug an die Schaffung von Aktionärswerten gekoppelt, insbesondere den Aktienkurs", sagte Timothy Ghriskey, der beim New Yorker Vermögensverwalter und Citigroup-Aktionär Solaris die Anlagen verantwortet.

Die heftige Kritik gerade an der Entlohnung von Citigroup-Chef Pandit kommt allerdings etwas überraschend, weil Pandit in den Krisenjahren 2009 und 2010 im Gegensatz zu den anderen Spitzenmanagern der Branche für nur 1 Dollar im Jahr arbeitete. Der Verwaltungsrat der Citigroup hatte die Vergütung für Pandit mit dem 2011 um 4 Prozent auf 11,1 Milliarden Dollar gestiegenen Nettogewinn der Bank begründet. Zudem habe die Citigroup die Staatshilfen zurückgezahlt. Pandit verdiente 2011 aber mehr als seine Kollegen bei den Konkurrenten Bank of America, Goldman Sachs und Morgan Stanley. Der Aktienkurs der Citigroup liegt trotz einer kräftigen Erholung in diesem Jahr auf Sicht der vergangenen 12 Monate immer noch rund 20 Prozent im Minus. Unter den vier größten amerikanischen Kreditinstituten hatte sich in diesem Zeitraum nur der Aktienkurs der Bank of America schlechter entwickelt. *(Kommentar, Seite 18.)*

ANZEIGE

Morgen im Immobilienmarkt

Flexibel
Auf dem Investmentmarkt verlagert sich das Schwergewicht wieder von Einzelhandelsflächen auf Büros

Vorsichtig
Klagen über eine vermeintliche Immobilienblase sind in der sächsischen Stadt Chemnitz nicht zu hören

Überschaubar
Die geplante Verschärfung der energetischen Anforderungen an Bauvorhaben hält sich in Grenzen

Langfristig
Eine frühzeitige Bodenuntersuchung im Planungsprozess beugt unangenehmen Haftungsrisiken vor

Kostenloses Probeabo
0180 2 52 52*, www.faz.net/probeabo
* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Chiphersteller Intel muss vertrösten

Neue Produkte sollen bald das Geschäft beleben

lid./fib. NEW YORK/BERLIN, 18. April. Der amerikanische Mikrochiphersteller Intel Corp. hat mit seinem Quartalsbericht für wenig Begeisterung gesorgt. Das Umsatzwachstum des Konzerns kam in den vergangenen drei Monaten zum Erliegen, der Gewinn war sogar rückläufig. Intel verspricht eine Belebung im Rest des Jahres, die vor allem von neuen Produkten getragen werden soll. Die Zahlen und Prognosen lagen etwas über den Erwartungen, aber die Börse zeigte sich unbeeindruckt: Der Aktienkurs verlor am Mittwoch im Handelsverlauf knapp 3 Prozent auf 27,70 Dollar.

Wie in einem Teil der gestrigen Auflage gemeldet, stieg der Umsatz im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent auf 12,9 Milliarden Dollar. Der Nettogewinn fiel um 13 Prozent auf 2,7 Milliarden Dollar, das Ergebnis je Aktie von 53 Cent fiel 3 Cent besser aus als erwartet. Die beiden im ersten Quartal 2011 vollzogenen Übernahmen, die Handysparte des Infineon-Konzerns sowie der Softwareanbieter McAfee, trugen in den vergangenen drei Monaten 935 Millionen Dollar zum Umsatz bei.

In seiner mit Abstand größten Sparte mit Chips für Personalcomputer musste Intel einen Umsatzrückgang hinnehmen. Auf das PC-Geschäft wirkte sich nach Angaben von Finanzvorstand Stacy Smith noch einmal eine Knappheit von Festplatten nach den Überschwemmungen in Thailand im vergangenen Jahr aus. Die Lage habe sich aber mittlerweile entspannt. Intel erwartet in den nächsten Quartalen keine negativen Effekte mehr. Impulse erhofft sich der Konzern zudem im PC-Markt von dem in diesem Herbst erwarteten neuen Betriebssystem Windows 8 von Microsoft sowie von seiner Ultrabook-Offensive. Intel versucht, dieses Segment leichter und sehr schnell arbeitender Laptopcomputer als Gegengewicht zu Tabletcomputern wie dem iPad von Apple aufzubauen. Während Tablets oft mit Chiptechnik aus dem Hause des Halbleiterherstellers ARM bestückt sind, werden Ultrabooks durch Chips von Intel gesteuert. In Deutschland sind derzeit knapp zwei Dutzend Modelle auf dem Markt. Ende des Jahres sollen mehr als hundert verschiedene Modelle im Handel sein. Intel-Vorstandschef Paul Otellini wiederholte seine Prognose, wonach bis zum Jahresende 40 Prozent des Laptop-Marktes für Endverbraucher auf Ultrabooks entfallen.

Außerdem hofft Intel, sich endlich im Markt für internetfähige Handys zu etablieren. Der Konzern hat in den vergangenen Monaten eine Reihe von Allianzen mit Handyherstellern angekündigt, die Einführung der ersten Geräte steht nach Angaben von Otellini unmittelbar bevor. Auch im Geschäft mit Chips für Netzwerkrechner musste Intel einen ungewohnten Umsatzrückgang hinnehmen. Hier erhofft sich der Konzern Impulse von einer kürzlich eingeführten neuen Version der Xeon-Produktreihe.

In Europa liefen die Geschäfte von Intel vor allem mit Unternehmenskunden in Frankreich, Großbritannien und Deutschland gut. Während hierzulande der Absatz im Konsumbereich etwas schleppend verlaufen sei, hätten Unternehmenskunden im Eröffnungsquartal kräftig zugegriffen. „Die deutsche Industrie investiert weiter, und sie investiert stark", sagte Christian Lamprechter, Chef von Intel Deutschland und Österreich. Intel hat gerade in Karlsruhe sein globales Zentrum für die Entwicklung von elektronischen Speicher- und Steuerbausteinen für die Autoindustrie eröffnet. Darüber hinaus forscht und entwickelt Intel in Braunschweig Hochleistungs-Chips der nächsten Generationen. In München steht die Intel-Zentrale für die Entwicklung von Halbleiterbausteinen für mobile Endgeräte. Der Konzern beschäftigt in Deutschland derzeit rund 2400 Mitarbeiter. „Wir haben offene Stellen und sind auf der Suche nach Fachkräften", sagte Lamprechter. *(Kommentar Seite 18.)*

> Intel erwartet, dass zum Jahresende Ultrabooks 40 Prozent des Markts für Laptops ausmachen.

Ermittlungen bei Opel eingestellt

Staatsanwalt findet keine rechtswidrigen Sonderzahlungen

F.A.Z. FRANKFURT, 18. April. Die Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen gegen den früheren Opel-Gesamtbetriebsratschef Klaus Franz wegen angeblich rechtswidriger Extrazahlungen an Betriebsräte eingestellt. „Die Ermittlungen begründen keinen hinreichenden Tatverdacht", sagte Staatsanwalt Sebastian Zwiebel am Mittwoch in Darmstadt. Auch der Verdacht der Untreue gegen Opel-Vorstandschef Karl-Friedrich Stracke und Personalchef Holger Kimmes habe sich nicht bestätigt.

Ausgelöst worden war die Ermittlung durch Medienberichte vom Oktober 2011 über angeblich unrechtmäßige Vergütungen der Mehrarbeit von Betriebsräten. Opel setzte daraufhin die Zahlungen in ihrer pauschalen Form vorerst zur Überprüfung aus. Der Opel-Gesamtbetriebsrat teilte nun mit, nach Einschätzung des ehemaligen Betriebsratschefs Franz hätten sich die Vorwürfe als „eine Rufschädigungskampagne, basierend auf Lügen, Halbwahrheiten und Unterstellungen gegen Opel und mich" entpuppt. Franz sprach von pauschalen Vergütungen für zusätzlichen Arbeitsaufwand, die völlig im Einklang mit dem Betriebsverfassungsgesetz stünden. Opel teilte diese Auffassung. Man sei fest davon überzeugt, dass diese Form der Mehrarbeitsvergütung rechtens sei.

In einem von der IG Metall in Auftrag gegebenen Gutachten des Frankfurter Rechtswissenschaftlers Bernd Waas wurde laut Betriebsrat schon vor einigen Wochen dargelegt, dass Mehrarbeit, Rufbereitschaft und Dienstreisen auch bei Betriebsräten pauschal abgegolten werden dürften. Dies sei nach dem Betriebsverfassungsgesetz rechtmäßig. Nach Angaben des Betriebsrats-Anwalts Wolfgang Apitzsch könne auch die Anzahl der freigestellten Betriebsratsmitglieder, wie bei Opel geschehen, durch eine Vereinbarung geregelt werden und entspreche dem Gesetz. Mit der Entscheidung der Ermittlungsbehörde sieht sich Franz, der Ende 2011 nach 37 Jahren im Unternehmen und elf Jahren an der Spitze des Gesamtbetriebsrates in den Ruhestand verabschiedet wurde, nun bestätigt. Auch die IG Metall begrüßte die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, die Ermittlung einzustellen.

Hardwaregeschäft belastet IBM

Kaum Umsatzwachstum / Höhere Gewinnprognose

lid. NEW YORK, 18. April. Der amerikanische Technologie- und Beratungskonzern International Business Machines (IBM) hat im vergangenen Quartal abermals kaum Umsatzwachstum geschafft. Der Konzern wies aber deutlich höhere Gewinne aus und profitierte dabei von seiner Ausrichtung auf lukrativere Geschäfte wie Software. IBM erhöhte auch seine Gewinnprognose für das Gesamtjahr. Die Finanzmärkte zeigten sich wenig beeindruckt: Der Aktienkurs von IBM rutschte am Mittwoch im Handelsverlauf um 2 Prozent auf 203 Dollar ab.

Wie in einem Teil unserer gestrigen Auflage gemeldet, legte der Konzernumsatz von IBM im ersten Quartal nur um 0,3 Prozent auf 24,7 Milliarden Dollar zu, währungsbereinigt hätte das Plus bei einem Prozent gelegen. Analysten hatten mit 24,8 Milliarden Dollar gerechnet. Der Nettogewinn kletterte um 7 Prozent auf 3,1 Milliarden Dollar, und das Ergebnis je Aktie vor Sonderposten von 2,78 Dollar war um 12 Cent besser als erwartet. Vor allem die Hardwaresparte, zu der große Computer für die Rechenzentren in Unternehmen gehören, zog IBM im vergangenen Quartal nach unten. Hier schrumpfte der Umsatz um 7 Prozent auf 3,7 Milliarden Dollar. Finanzvorstand Mark Loughridge machte in einer Telefonkonferenz hohe Vorgaben aus dem Vorjahr für den Umsatzrückgang verantwortlich, als IBM viele neue Produkte auf den Markt brachte. Er stellte eine Erholung im zweiten Halbjahr in Aussicht.

IBM hat das Gewicht seiner Hardwaresparte in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Erst in dieser Woche kündigte der Konzern den Verkauf seines Geschäfts mit Kassensystemen für Händler an das japanische Unternehmen Toshiba Tec an. Erklärtes Expansionsfeld von IBM ist dagegen die Softwaresparte, die höhere Margen bringt. Hier stieg der Umsatz im ersten Quartal um 6 Prozent auf 5,6 Milliarden Dollar. Kaum gewachsen ist das Dienstleistungsgeschäft, das IBM ebenfalls stark ausgeweitet hat und das mehr als die Hälfte zum Konzernumsatz beisteuert.

Yahoo schrumpft nicht mehr

Konzern schafft erstmals seit Jahren ein kleines Umsatzplus

Kno. FRANKFURT, 18. April. Das angeschlagene amerikanische Internetunternehmen Yahoo schrumpft nicht mehr. Stattdessen hat Yahoo im vergangenen Quartal zum ersten Mal seit drei Jahren seinen Umsatz wieder gesteigert. Grund dafür ist zum einen das Online-Werbegeschäft, zum anderen stützen die erfolgreichen Beteiligungen in Asien, also Yahoo Japan und die chinesische Alibaba, den Konzern. Nach Ansicht vieler Yahoo-Aktionäre spiegelt sich der Wert dieser Beteiligungen nicht ausreichend in der Marktkapitalisierung ihres Unternehmens wider, weshalb sie sich einen Verkauf wünschen. Der neue Yahoo-Vorstandsvorsitzende Scott Thompson deutete an, abermals eine solche Trennung zu versuchen. Denn ein Ausstieg bei Alibaba würde Yahoo Milliarden Dollar einbringen.

Thompson kündigte aber auch an, den Schrumpfkurs des Unternehmens fortsetzen zu wollen und 50 leistungsschwache Online-Bereiche zu schließen oder umzustrukturieren. Details nannte Thompson nicht. Anfang des Monats hatte Yahoo schon bekanntgegeben, 14 Prozent der rund 14 000 Mitarbeiter entlassen zu wollen. Der Internetpionier erzielt weiterhin einen Großteil seiner Erlöse mit der sogenannten Display-Werbung im Internet und damit auf einem Gebiet, auf dem die inzwischen potenteren und jüngeren Wettbewerber Google und Facebook immer stärker werden.

„Ihre Minderheitsbeteiligungen werfen mehr Gewinn ab als ihr Kerngeschäft", sagte BGC-Analyst Colin Gillis der Nachrichtenagentur Reuters. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wurde ein Nettoergebnis von 286 Millionen Dollar oder 23 Cent je Aktie erzielt. Das ist ein kräftiger Gewinnanstieg von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr und liegt deutlich über den Analystenerwartungen von durchschnittlich 17 Cent je Aktie. Der Umsatz lag zwar kaum verändert bei 1,22 Milliarden Dollar. Doch selbst das leichte Wachstum von weniger als einem Prozent ist ein Durchbruch für Yahoo.

Mängel bremsen Jade-Weser-Port

Hafenbetreiber Eurogate zweifelt am Starttermin

cmu. BREMEN, 18. April. Deutschlands erster Tiefwasserhafen wird voraussichtlich seinen Start verpatzen. Risse an den Stahlplatten der Kaimauern verzögern die Aufnahme des Hafenbetriebs womöglich um drei bis sechs Monate. Das sagte der Geschäftsführer des Hafenbetreibers Eurogate, Thomas Eckelmann, am Mittwoch auf der Jahrespressekonferenz des Unternehmens in Bremen. Wegen der Baumängel beginne Eurogate wohl erst später mit dem Testbetrieb. Dadurch könnten alle Wahrscheinlichkeit nach auch die ersten Schiffe erst später anlegen. Eigentlich sollte der Hafen am 5. August seine Arbeit aufnehmen.

Für das fast eine Milliarde Euro teure Projekt in Wilhelmshaven wäre das ein Rückschlag. Zwar waren die Baumängel schon länger bekannt. Bisher hieß es aber, der Termin für die Aufnahme des Betriebs sei nicht gefährdet. Bauherr ist eine Realisierungsgesellschaft der Bundesländer Niedersachsen und Bremen. Vom 5. Mai an wollte Eurogate den Betrieb testen. Weil Bauarbeiter zurzeit aber noch die Schäden an den Kaimauern beheben, sollen dem Unternehmen dafür nicht, wie vereinbart, rund 1000 Meter Kai zur Verfügung stehen, sondern nur ein Abschnitt von etwa 400 Metern. Für einen Test ohne Einschränkungen reiche das nicht, sagte Ekkelmann. Bisher stehen auf dem Abschnitt vier Containerbrücken. Im Mai werden vier weitere aus China geliefert. „Auf 400 Metern können wir unmöglich acht Brücken in Betrieb nehmen", sagte er.

Die niedersächsische Landesregierung reagierte mit Unverständnis auf diese Äußerungen. Sie hält am vorgesehenen Terminplan fest: „Eurogate hat sich vertraglich verpflichtet, am 5. August in Betrieb zu gehen", sagte der Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) in Hannover. Wenn Eurogate die Vereinbarung breche, müsse das Unternehmen laut Vertrag einen zweistelligen Millionenbetrag an die Realisierungsgesellschaft zahlen.

In Wilhelmshaven sollen Schiffe mit einem Tiefgang von bis zu 16,5 Metern unabhängig von Ebbe und Flut anlegen können. Der Hafen gilt deshalb als Konkurrenzprojekt zu Hamburg, wo Riesenfrachter wegen der flachen Elbe Probleme mit dem Tiefgang haben. Im vergangenen Jahr steigerte Eurogate den Containerumschlag in Deutschland um knapp 14 Prozent auf rund 8 Millionen Standardcontainer. Damit wuchs das Unternehmen weniger stark als der Hamburger Konkurrent HHLA. Der Umsatz von Eurogate legte um fast 10 Prozent auf rund 660 Millionen Euro zu. Unter dem Strich blieb ein Jahresüberschuss von rund 78 Millionen Euro, nach rund 62 Millionen Euro im Jahr zuvor.

> „Auf 400 Metern können wir unmöglich acht Brücken in Betrieb nehmen."
>
> **Thomas Eckelmann,** Eurogate

Grohe profitiert von Design und deutscher Technik

Der Sanitärarmaturenhersteller hat 2011 sein bestes Jahr abgeschlossen / Die Branche insgesamt stagniert

B.K. DÜSSELDORF, 18. April. In einem schwierigen, von scharfem Wettbewerb und Verdrängung geprägten Branchenumfeld demonstriert die Grohe-Gruppe Stärke. „Wir haben 2011 das beste Geschäftsjahr in der Firmengeschichte verbucht", sagt David Haines, der Vorstandsvorsitzende des größten Sanitärarmaturenherstellers der Welt im Gespräch mit dieser Zeitung. „In allen wichtigen Regionen haben wir Wachstum erzielt und Marktanteile gewonnen", ergänzt er. So ist der Konzernumsatz um 19 Prozent auf 1,165 Milliarden Euro gestiegen, während der globale Markt für Sanitärarmaturen nach seiner Schilderung insgesamt stagnierte. Das bereinigte operative Ergebnis (Ebitda) wuchs um 16 Prozent auf 232 Millionen Euro. Mit der einer Marge von 20 Prozent sieht der Grohe-Chef das Unternehmen auch im Vergleich zu anderen baunahen Branchen gut aufgestellt.

Sehr zufrieden zeigt er sich mit der Geschäftsentwicklung in Deutschland, wo Grohe immerhin um 11 Prozent zulegte. Stärkster Wachstumsmarkt ist für den Armaturenhersteller allerdings Asien. Um sich dort einen noch besseren Marktzugang zu verschaffen, hatte sich der Konzern im vergangenen Sommer über ein Gemeinschaftsunternehmen mehrheitlich an dem chinesischen Marktführer Joyou beteiligt. Dieser für Grohe wichtige strategische Schritt hat im Berichtsjahr bereits zu einem beträchtlich Schub bei Umsatz und Ergebnis verholfen. „Wir erzielen mittlerweile rund die Hälfte des Umsatzes auf den wichtigen Wachstumsmärkten, vor fünf Jahren waren es erst rund 20 Prozent", erläutert Haines.

Grohe-Armaturen finden sich heute in den Bädern vieler Prestigebauten oder Luxusherbergen des Mittleren und Fernen Ostens. Auch der wachsende Mittelstand Chinas fragt verstärkt teure Markenprodukte aus Europa nach. Im Gegenzug wurden inzwischen erste Schritte unternommen, die von Grohe streng getrennt geführte Marke Jayou als günstigere Zweitmarke auch in Europa zu verkaufen. Man taste sich langsam vor und schließe eine Markteinführung in Deutschland nicht aus, so Haines.

„Wir ernten die Früchte der 2005 eingeleiteten Transformation", sagt der Unternehmenschef. In seiner Strategie setzt der vor sieben Jahren von den Eigentümern – einem Konsortium aus den Finanzinvestoren Texas Pacific Group und Credit Suisse – a geholte ehemalige Coca-Cola- und Vodafone-Manager auf die vier Bausteine Innovation, Design, Qualität und Technik made in Germany sowie Nachhaltigkeit. Allein 2011 hat die Gruppe nach seinen Worten rund 300 neue Produkte auf den Markt gebracht, ist das Design-Team abermals ausgezeichnet worden. 67 Prozent des Umsatzes würden inzwischen mit Produkten erzielt, die jünger als fünf Jahre alt sind. „Damit haben wir das frischeste Produktportfolio im Markt." Demnächst wird das Unternehmen, das bisher mehr mit Kunden wie Architekten, Installateuren oder Großhändlern kommuniziert hat, eine Fernsehkampagne für Endverbraucher starten.

David Haines Foto Edgar Schoepal

Auch die Modernisierung der drei deutschen Werke bewähre sich. Während längst mehr als 80 Prozent des Umsatzes außerhalb Deutschlands generiert werden, stammt rund die Hälfte der Brausen, Küchen- oder Badarmaturen, die Grohe verkauft, aus deutscher Produktion. Für 2012 gibt er sich verhalten optimistisch. Prognosen will er angesichts der Unsicherheiten auf den internationalen Märkten nicht wagen. „Das Jahr hat gut begonnen, aber wir sind extrem wachsam", sagt er. Diskussionen über einen möglichen Börsengang gibt es nach seinen Worten derzeit nicht, obwohl die Finanzinvestoren mit inzwischen fast sieben Jahren schon ziemlich lange engagiert sind. Grohe war 2005 ins Zentrum der Heuschrecken-Debatte geraten. Zwar ist Grohe noch immer hoch verschuldet. Die jährlichen Zinskosten von rund 80 Millionen Euro seien angesichts der Ertragslage aber gut zu stemmen, sagt Haines. Bisher haben die Investoren sämtliche Gewinne im Unternehmen belassen und den Umbau voll unterstützt. „Wir fühlen uns sehr wohl in dieser Struktur", bekräftigt er. Der Grohe-Chef ist auch fest davon überzeugt, dass das Unternehmen längst nicht so gut dastünde, hätte es andere Eigentümer gehabt.

TÜV Rheinland forciert sein Wachstumstempo

csc. KÖLN, 18. April. Der TÜV Rheinland beschleunigt seine Expansion. „In Zukunft wollen wir schneller wachsen als die Branche, die weltweit um 9 bis 10 Prozent im Jahr zulegt“, sagte der Vorstandsvorsitzende Manfred Bayerlein. Die Zahl der Mitarbeiter soll jährlich um 2000 zunehmen. Zwar rechnet Bayerlein in Deutschland nicht mit nennenswerten Umsatzsteigerungen. Im Ausland bestehe aber großes Potential für die sechstgrößte Prüfgesellschaft der Welt – vor allen in den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China). Während in China der Fokus auf der Prüfung von Produkten wie Solarmodulen liegt, steuert der TÜV in Brasilien vorwiegend Großprojekte wie den Bau von Bahnstrecken oder Kraftwerken. 2012 soll das Auslandsgeschäft erstmals genauso viel zum Umsatz beitragen wie der deutsche Markt.

Bayerlein bekräftigte, bis 2014 den Umsatz von zuletzt 1,4 auf mehr als 2 Milliarden Euro zu steigern. Neben organischem Umsatzwachstum von rund 300 Millionen Euro sind Zukäufe mit einem Umsatzvolumen in gleicher Höhe geplant. Durch Akquisitionen will der TÜV neue Märkte erschließen und weitere Dienstleistungen anbieten. Seinen Umsatz steigerte der TÜV 2011 um 8,8 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro. Dabei wurden im Inland 734 Millionen Euro und im Ausland 683 Millionen Euro umgesetzt. Der operative Gewinn vor Zinsen und Steuern zog von 112,1 auf 124 Millionen Euro an. Im Skandal um womöglich gesundheitsgefährdende Brustimplantate des französischen Herstellers PIP, der den TÜV Rheinland mit der Prüfung des Produktionsprozesses beauftragt hatte, sind nun vier Schadensersatzklagen in Frankreich sowie eine in Deutschland anhängig. Bayerlein rechnet damit, dass es Anfang 2013 zu Prozessen kommt, räumt den Klagen aber keine Erfolgschancen ein. Es handele sich um einen großangelegten Betrug an Aufsichtsbehörden und am TÜV Rheinland, der selbst Anzeige gestellt habe.

ANZEIGE

Wer kümmert sich um mehr als 10 Millionen Löhne und Gehälter im Monat

?

www.datev.de/steuerberater

Roche gibt Übernahme von Illumina auf

ZÜRICH/NEW YORK, 18. April (reuters). Roche steht bei der feindlichen Milliarden-Übernahme des amerikanischen Gentechnikspezialisten Illumina vor dem Aus. Nach einer Niederlage auf der Illumina-Aktionärsversammlung am Mittwoch entschied sich das Management des Schweizer Pharma- und Diagnostikkonzerns, das bis zum Freitag dauernde Angebot von 51 Dollar je Aktie nicht zu verlängern. Damit zerschlagen sich die Hoffnungen auf eine erneute Aufbesserung der Offerte. Das Illumina-Management erachtete das Angebot von insgesamt 6,8 Milliarden Dollar als zu niedrig. Auch die Anleger glauben nun nicht mehr an eine Übernahme.

Der Ferrari unter den Motorrädern

Seit Monaten suchte der italienische Motorradhersteller Ducati einen Käufer. Jetzt greift der VW-Konzern zu. Schließlich fehlt in seiner Produktpalette bislang eine Zweiradmarke.

tp./rit. ROM/HAMBURG, 18. April. Der zum Volkswagen-Konzern gehörende Autohersteller Audi übernimmt von der Beteiligungsgesellschaft Investindustrial den traditionsreichen italienischen Hersteller von Sportmotorrädern Ducati Motor Holding mit Firmensitz in Bologna. Die Übernahme solle schnellstmöglich nach der kartellrechtlichen Freigabe erfolgen, teilte Audi am Mittwochabend mit. Dem hätten die Aufsichtsräte von Audi und VW in Hamburg zugestimmt.

Treibende Kraft hinter der Übernahme ist der VW-Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch. Er hat ein Faible für starke Marken und für Motorräder. Eine Zweiradmarke fehlt ihm aber noch im Konzernangebot. Audi soll nun geschätzte 870 Millionen Euro für Ducati ausgeben und sich dadurch ein komplett neues Geschäftsfeld schaffen. Intern wird diese Akquisition jenseits des Autogeschäfts dadurch gerechtfertigt, dass Audi und VW von der Motorentechnik und der Leichtbauweise des italienischen Herstellers profitieren könnten. Die kleinen, aber starken Ducati-Motoren könnten eines Tages auch in Kleinstwagen für Schwellenländer eingesetzt werden.

In Italien hat der Volkswagen-Konzern bisher auch mit dem Kauf des Sportwagenherstellers Lamborghini sowie des Designhauses Giugiaro in den vergangenen Jahren positive Erfahrungen gesammelt. Tatsächlich besitzt Ducati das Potential, zum Ferrari oder Lamborghini unter den Motorradmarken zu werden. Eine günstige Voraussetzung ist dafür schon der Standort Bologna, in der Nähe von Ferrari (Maranello), Maserati (Modena) und Lamborghini (Sant'Agata Bolognese), im italienischen Werbejargon „Terra dei Motori“ genannt – die „Gegend der Motoren“. Dort bieten Spezialbetriebe der Metallbearbeitung die ideale Voraussetzung für Kleinserien oder besonders ausgefeilte Konstruktionen. Ducati hat sich in den vergangenen Jahrzehnten einen Namen im Motorradrennsport gemacht, auch wenn zuletzt der seit 2011 als Fahrer verpflichtete vielfache Weltmeister Valentino Rossi im Moment keine Rennsiege vorweisen kann. Im Gegensatz zu anderen Motorradherstellern hat Ducati zuletzt aber auch Erfolg bei der Entwicklung der Marke vorzuweisen.

Bald ein Teil von Audi? *Die Ducati-Produktion in Bologna* Foto AFP

Wichtig für Motorraddfans ist, dass Ducati nicht nur ein Markenname ist, sondern seit Jahrzehnten auch spezifische technische Eigenheiten bietet. Dazu gehören ein charakteristischer Gitterrohrrahmen, die L-förmig angeordneten Zweizylindermotoren sowie eine besondere Art der Ventilsteuerung namens „Desmo“, bei der die Ein- und Auslassventile der Zylinder nicht wie üblich mit Hilfe von Federn gesteuert werden, sondern von Hebeln sowohl nach unten als auch nach oben bewegt werden. Diese technischen Charakteristika wurden bis vor zwanzig Jahren in leichten, schnellen und flachen Motorrädern eingesetzt, die vor allem für jugendliche Heißsporne gebaut wurden. 1992 ergänzte Ducati diese Modellpalette mit dem schwereren, unverkleideten Motorrad namens „Monster“, das zuletzt das Markenbild prägte. Eine kontinuierliche Modellpolitik gibt es aber erst seit 2007 unter der Führung des derzeitigen Ducati-Chefs Gabriele Del Torchio. Der sorgte erstmals für eine klare Modellstrategie mit mehreren neuen Modellen in jedem Jahr.

Vor allem aber gelang es ihm, die Modellpalette so zu erweitern, dass Ducati auch außerhalb des angestammten, immer kleineren Segments der schnellen Motorräder wachsen konnte, ohne dabei die Identität zu verlieren. Dafür sorgten das schwere und komfortablere Tourenmotorrad „Diavel“, das mit seinem Design zu einer düsteren Comic-Geschichte passen könnte. Zugleich bietet Ducati auch noch ein Modell für leichtes Gelände, das praktisch dem SUV im Automarkt entspricht. Damit konnte die Marke in den vergangenen Jahren auch in einem insgesamt schrumpfenden Motorradmarkt wachsen und die Wirtschaftskrise gut überstehen. Für 2011 berichtet Ducati von Verkaufszahlen bei 42 000 Motorrädern und einem Umsatzplus von 20 Prozent auf 480 Millionen Euro.

Dass der Name Ducati einmal auf dem Weltmarkt, aber auch in vielen Action-Filmen zum Inbegriff des edlen italienischen Motorrads werden könnte, konnten die Gründer des Unternehmens nicht ahnen: Denn 1926 hatten die drei Brüder Ducati in Bologna zunächst einen Betrieb für Elektrobauteile gegründet. Nach Rüstungsproduktion im Krieg und Zerstörung bot man von 1946 jedoch Hilfsmotoren für Fahrräder an, aus denen dann die leichten Motorräder entwickelt wurden, die schnell auch Rennerfolge erzielten. Der unternehmerische Erfolg blieb aber später aus, das Unternehmen wurde von der Staatsholding Iri übernommen, 1985 vom Motorradbauer Cagiva, dann 1996 vom Investmentfonds Texas Pacific Group und Finanzinvestoren gekauft, schließlich 1999 an die Börse gebracht (Börsenwert bei der Einführung: rund 400 Millionen Euro).

2007 erwarb ein Fonds der italienischen Familie Bonomi den Motorradhersteller und nahm ihn von der Börse, nach Medienberichten für etwa 470 Millionen Euro. Seither hieß es immer wieder, Ducati solle nun in Ruhe und mit langfristigen Perspektiven entwickelt werden. Die immer wieder neu in die Welt gesetzten Spekulationen über angebliche Übernehmer aus Deutschland – genannt wurde auch Daimler – oder aus Schwellenländern kamen dann früher als zunächst versprochen worden war. Doch Bonomi sucht schon wieder neue Investitionsobjekte. *(Kommentar, Seite 18)*

Tesco will schöner werden

Der Supermarktkonzern legt ein Milliardenprogramm auf / Vorstandschef räumt strategische Fehler ein

theu. LONDON, 18. April. Die drittgrößte Supermarktkette der Welt übt sich in neuer Bescheidenheit: „Wir müssen uns darauf konzentrieren, was wir haben“, verkündete Philip Clarke, der Vorstandsvorsitzende des britischen Handelskonzerns Tesco, am Mittwoch. Das Unternehmen beschäftigt in 14 Ländern mehr als eine halbe Million Mitarbeiter. Aber nach zwei Jahrzehnten stürmischer Expansion ist der Konzern ins Wanken geraten. Weniger Wachstum ist mehr – so lautet die neue Marschrichtung, die Clarke nun vorgibt.

Die Erweiterung der Verkaufsflächen in Großbritannien soll um mehr als ein Drittel zurückgefahren werden. Statt neuer Riesenmärkte auf der grünen Wiese plant Tesco jetzt kleinere Geschäfte innerorts. Die bestehenden Läden sollen zudem runderneuert werden und mehr Personal erhalten. Eine Milliarde Pfund (rund 1,2 Milliarden Euro) investiert Clarke dafür. Das entspricht rund einem Drittel des gesamten Konzerngewinns im vergangenen Geschäftsjahr.

Die Krise war im Januar wie aus heiterem Himmel über den erfolgsverwöhnten Marktführer hereingebrochen. Ein vermasseltes Weihnachtsgeschäft in Großbritannien zwang Clarke zur ersten Gewinnwarnung seit 20 Jahren. Damit schockte er seine Aktionäre: Binnen weniger Tage brach der Aktienkurs um ein Viertel ein und hat sich seither nicht erholt. Clarke, der erst vor einem Jahr die Nachfolge des langjährigen Vorstandschefs Terry Leahy angetreten hatte, wurde über Nacht zum Krisenmanager.

Tesco leidet allerdings auf hohem Niveau. Der Handelskonzern veröffentlichte am Dienstag ein Rekordergebnis für das abgelaufene Geschäftsjahr 2011/2012 (25. Februar). Der Konzernumsatz wuchs um 7,4 Prozent auf 72 Milliarden Pfund, der Nettogewinn um 5,4 Prozent auf 2,8 Milliarden Pfund. Im Inland, wo Tesco rund zwei Drittel seiner gesamten Erlöse und Gewinne erwirtschaftet, ist das Geschäft, bereinigt um zusätzliche Verkaufsflächen, jedoch um 0,9 Prozent geschrumpft. Das erste Minus seit Jahrzehnten reicht aus, um die Aktionäre nervös zu machen.

Die rund 2700 Filialen in Großbritannien seien zu lange ausgequetscht worden, um das Geld für die internationale Expansion zu verdienen, gestand Clarke ein. „Wir haben mehr rausgenommen, als wir reinsteckten, und das geht auf Dauer nicht“, sagte der Tesco-Chef. Er hat im März selbst die Regie über die Problemsparte übernommen. Der bisherige Chef des Inlandsgeschäfts, ein altgedienter Tesco-Manager, hat das Unternehmen verlassen. Clarke gibt sich selbstsicher: „Wir wissen, was falsch läuft und wie wir die Dinge in Ordnung bringen.“

8000 neue Mitarbeiter in den bisherigen Filialen sollen nun für einen besseren Service sorgen. Noch in diesem Jahr sollen die ersten 440 Geschäfte ein einladenderes Gesicht bekommen. „Weniger klinisch, weniger industriell“, wünscht sich Clarke die Tesco-Läden der Zukunft. Branchenanalysten warnten, das Fitnessprogramm sei beschwerliche Kleinarbeit. „Es kommt auf die Umsetzung an. Der Teufel steckt im Detail“, sagte Philip Gordon von der Investmentbank Panmure in London.

Manchen Großaktionären gehen die Ankündigungen ohnehin nicht weit genug. Sie stellen komplette Geschäftszweige in Frage. „Tesco muss gründlich darüber nachdenken, was es eigentlich sein will“, kritisierte ein Fondsmanager in der „Sunday Times“ und empfahl dem Management, sich stärker auf das Kerngeschäft in Großbritannien zu konzentrieren, wo Tesco mit rund 30 Prozent Marktanteil mit weitem Abstand die Nummer eins ist. Randgeschäfte wie der chronisch defizitäre Tesco-Ableger in den Vereinigten Staaten und das kriselnde Bankgeschäft seien dagegen ein Klotz am Bein. Die Börse wartet derweil ab: Der Aktienkurs von Tesco reagierte am Mittwoch kaum auf Clarkes Ankündigungen.

Kurze Meldungen

Angst um Stellen bei Opel/PSA

Die Betriebsräte und Gewerkschaften der Autohersteller Opel und PSA Peugeot Citroën wollen sich gemeinsam gegen den von ihnen befürchteten Abbau Tausender Arbeitsplätze in beiden Konzernen stemmen. Das teilte der Europäische Metallgewerkschaftsbund nach einem Treffen zu der Allianz zwischen dem amerikanischen Opel-Mutterkonzern General Motors (GM) und PSA in Brüssel mit. Die Zusammenarbeit in Entwicklung, Logistik und Einkauf gefährde Stellen. cru.

Hafen Rotterdam wächst

Im Rotterdamer Hafen sind im ersten Quartal rund 110 Millionen Tonnen Güter und damit 3 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres umgeschlagen worden. Der Generaldirektor des größten europäischen Hafens, Hans Smits, erinnerte daran, dass Ende vergangenen Jahres für das erste Halbjahr 2012 noch ein leichter Rückgang erwartet worden sei. Ob sich die positive Entwicklung fortsetze, hänge entscheidend von der Entwicklung der deutschen und niederländischen Volkswirtschaften ab. now.

Heineken setzt mehr Bier ab

Der niederländische Brauereikonzern Heineken hat deutlich mehr Bier verkauft. So stieg der Absatz im ersten Quartal im Jahresvergleich um 3,5 Prozent auf 42 Millionen Hektoliter. Nicht zuletzt Preiserhöhungen bescherten dem Konzern ein Umsatzplus von 6,8 Prozent auf 3,83 Milliarden Euro. Der Reingewinn stieg von 151 auf 175 Millionen Euro. Lediglich auf dem westeuropäischen Markt verkaufte Heineken auf vergleichbarer Basis weniger Bier als vor Jahresfrist. now.

RTL droht Niederlage

RTL und Pro-Sieben Sat.1 werden ihre gemeinsame Internetplattform wohl nicht auf den Markt bringen dürfen. Das Düsseldorfer Oberlandesgericht folgte am Mittwoch der Argumentation des Bundeskartellamts, das den Plan schon untersagt atte. Die beiden Sendergruppen wollen eine Videothek anbieten, in der Nutzer kostenlos oder im Abo Filme und Serien aus dem Internet herunterladen können. Das Bundeskartellamt vermutet allerdings, dass damit das „marktbeherrschende Duopol der beiden Sendergruppen“ auf dem Markt für Fernsehwerbung in Deutschland verstärkt werde. Das Gericht wird voraussichtlich am 20. Juni entscheiden. hpe.

SGL begibt Wandelanleihe

Der Kohlenstoffspezialist SGL Carbon SE begibt eine Wandelanleihe über 240 Millionen Euro mit einer Aufstockungsoption von weiteren 40 Millionen Euro. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 5 Jahren und 9 Monaten und wird zwischen 2,125 und 2,875 Prozent verzinst. Mit dem Geld will der Konzern aus Wiesbaden seine jüngste Erwerbung in Portugal finanzieren sowie den Ausbau seiner Aktivitäten in China. In Portugal wurde mit der Übernahme der Fisipe für 25 Millionen Euro die Versorgung mit Rohfasern zur Herstellung von Kohlenstofffasern verstärkt. In China werde in spätestens 10 Jahren der größte Markt der Welt für Graphitelektroden sein – das immer noch wichtigste Produkt des Unternehmens. Es werde seine Kapazitäten dort dem Marktwachstum anpassen. geg.

Spiesser unterliegt teilweise

Das Landgericht München hat die Klage des Bauer-Verlages gegen die kostenlose Jugendzeitschrift „Spiesser“ zum Teil abgewiesen und der Beklagten verboten, mit einer verbreiteten Auflage und Auslegestellen zu werben, in die Exemplare oder Orte eingerechnet sind, zu denen „Schüler keinen tatsächlichen Zugang“ erhalten. Zudem teilte das Gericht im Urteil am Mittwoch mit, dass die Zeitschrift in Bayern nicht ausgelegt werden darf, ohne dass der Schulleiter dies genehmige. „Wir sind überrascht, werden die Urteilsbegründung abwarten und den Fall der IVW zur Stellungnahme zukommen lassen“, sagt „Spiesser“-Geschäftsführer Frank Haring. Bauer wollte sich auf Anfrage nicht äußern. jch.

Hauptversammlung verschoben

Die angeschlagene Baumarktkette Praktiker verschiebt ihre Hauptversammlung. Statt am 31. Mai soll das Aktionärstreffen nach Unternehmensangaben nun in der zweiten Junihälfte stattfinden. Praktiker begründete die Verzögerung mit Verhandlungen über die Finanzierung des Restrukturierungsprogramms, die sich „in einem fortgeschrittenen Stadium“ befänden. So könne den Aktionären aller Voraussicht nach eine Tagesordnung mit Beschlussvorschlägen für die Finanzierung vorgelegt werden. Der opponierende Großaktionär, die österreichische Privatbank Semper Constantia, begrüßte die Ankündigung. Immerhin werde damit signalisiert, dass die Aktionäre über die Refinanzierung abstimmen könnten. tag.

Warburg-Bank verdient wenig

Das Hamburger Bankhaus M.M. Warburg hat 2011 an Ertragskraft eingebüßt. Die Bankengruppe, die zu mehr als 80 Prozent den Familien Olearius und Warburg gehört, hat nach eigenen Angaben einen Gewinn vor Steuern von 43,6 Millionen Euro erzielt nach 55,2 Millionen Euro im Jahr zuvor. Ausschlaggebend hierfür waren der Rückgang im Zinsüberschuss und der Anstieg im Verwaltungsaufwand. „Wertberichtigungen wegen zweifelhafter Staatsanleihen waren nicht erforderlich“, teilte die stets konservativ agierende Bank mit. rit.

Eon in Brasilien weiter

Die im Januar von der Eon AG und der brasilianischen MPX angekündigte strategische Partnerschaft für den Kraftwerksbau in Brasilien und Chile ist einen Schritt weiter. Am Mittwoch wurden die Verträge zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens unterschrieben. Die zum Konglomerat des Industriellen Eike Batista gehörende MPX soll Lizenzen für konventionelle und regenerative Kraftwerksprojekte mit 11 000 Megawatt Kapazität in das Gemeinschaftsunternehmen einbringen. Die formelle Gründung des Joint-Ventures ist im Juli geplant. St.

Syngenta wächst weniger stark als erwartet

du. ZÜRICH, 18. April. Beflügelt durch einen guten Beginn der Anbausaison in Europa und Nordamerika, hat der Pflanzenschutz- und Saatgutkonzern Syngenta den Umsatz im ersten Quartal um 7 Prozent auf 4,3 Milliarden Dollar erhöht. Zu konstanten Wechselkursen hätte das Plus sogar 9 Prozent betragen, teilt Syngenta in Basel mit. Es setzt sich zusammen aus 5 Prozent mehr Verkaufsmenge und 4 Prozent höheren Preisen. Innerhalb der Sparten legte der Pflanzenschutz um 7 Prozent auf 2,9 Milliarden Dollar und das Saatgut um 11 Prozent auf 1,2 Milliarden Dollar zu. Hingegen sanken die Verkäufe im Arbeitsgebiet „Rasen und Garten“ gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozent auf knapp 250 Millionen Dollar. Ertragszahlen nennt Syngenta im Bericht über das erste Quartal nicht. Der Vorstandsvorsitzende Mike Mack zeigt sich aber zuversichtlich, 2012 im Vorjahresvergleich die Marge des Betriebsgewinns, bezogen auf den Umsatz in Lokalwährungen, wiederum ausweiten zu können. Der Mittelzufluss (Cashflow) dürfte den Rekordwert von 2011 aber nicht wieder erreichen. Mit den vorgelegten Zahlen verfehlte Syngenta die Markterwartungen. An der Börse erlitt die Aktie sichtbare Kurseinbußen.

Fraunhofer arbeitet an der Stadt von morgen

hpa. FRANKFURT, 18. April. Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird immer stärker von der Entwicklung der großen Städte geprägt. Energie- und Rohstoffbedarf, Müll- und Verkehrssysteme müssen in immer größeren Dimensionen gesteuert werden. Metropolen sind nach Ansicht der Fraunhofer-Gesellschaft aber auch „Pioniere des Wandels“, in denen technologische Entwicklungen vorangetrieben werden. Die Forschungsorganisation will diesen Wandel mit ihrem Projekt „Morgenstadt“ mitgestalten. Zehn Fraunhofer-Institute haben sich dafür zu einem Innovationsnetzwerk zusammengeschlossen. „Wir sehen in der nachhaltigen Entwicklung unserer Städte einen der größten Hebel für eine zukunftsfähige Gesellschaft“, sagte der scheidende Fraunhofer-Präsident Hans-Jörg Bullinger auf der Jahrespressekonferenz. Die Organisation mit ihren 60 Forschungsinstituten ist auch 2011 gewachsen. Wie Bullinger berichtete, stieg das Volumen der Vertragsforschung um 8 Prozent auf gut 1,5 Milliarden Euro, das gesamte Finanzvolumen legte um 12 Prozent auf 1,85 Milliarden Euro zu. Dies spiegele auch die gute Konjunkturentwicklung in Deutschland wider, erläuterte Bullinger. Das Auftragsvolumen aus der Industrie wuchs um 15 Prozent auf 406 Millionen Euro. Die Organisation beschäftigt gut 20 000 Mitarbeiter.

TUI löst Chef für Deutschland ab

tko. FRANKFURT, 18. April. TUI Travel, die Veranstaltergesellschaft des Reisekonzerns TUI, krempelt die Leitung ihres Pauschalreise-Geschäfts um. Im Zuge des Umbaus wird der Verantwortliche für das Deutschlandgeschäft, Volker Böttcher, abgelöst, teilte der Konzern am Mittwochabend mit. Auf den 52 Jahre alten Juristen, der elf Jahre an der Spitze von TUI Deutschland stand, folgt zum 1. Oktober Christian Clemens (50), der bislang das Skandinavien-Geschäft verantwortet. Die Veränderungen gehen auf den Schweden Johan Lundgren, der seit Oktober stellvertretender Vorstandsvorsitzender von TUI Travel ist, zurück. Lundgren gilt seit längerem als möglicher Nachfolger von TUI-Travel-Chef Peter Long. Nun hebt der Schwede mit Clemens einen Landsmann auf den Chefposten des wichtigen Deutschlandgeschäfts. Außerdem richtet Lundgren für das konzernweite Pauschalreisegeschäft ein neues Führungsgremium ein und löst die bisherige Unterteilung in Sektoren für Nord-, Mittel- und Westeuropa auf. In dem Gremium werden neben Clemens auch die Landeschefs weiterer wichtiger Märkte sitzen. Obwohl auch Böttcher in das Gremium einzieht und TUI-Travel-Vorstand bleibt, gilt er in Branchenkreisen als Verlierer des Umbaus. Künftig ist er unter anderem für das kleinere Spezialreisesegment in Deutschland verantwortlich. Offensichtlich war man bei der TUI mit der Rendite in Deutschland, die zuletzt 2,1 Prozent betrug, nicht zufrieden, zumal der angeschlagene Konkurrent Thomas Cook sich hierzulande besser schlägt. Offiziell heißt es, dass sich unter Böttcher die Rendite verdoppelt hat.

ANZEIGE

Mit wem kann der Mittelstand immer rechnen

?

www.datev.de/steuerberater

MENSCHEN & WIRTSCHAFT

Jordan führt die Schweizerische Nationalbank

Regierung und Nationalbank (SNB) der Schweiz haben einen Schlussstrich unter den Fall Hildebrand gezogen. Die Regierung hat Thomas Jordan endgültig und ab sofort zum neuen Präsidenten des Direktoriums ernannt. Der bisherige Vize hatte das Amt nach dem Rücktritt von Philipp Hildebrand wegen der heiklen Devisengeschäfte seiner Frau schon seit Anfang Januar interimistisch inne. Wegen der verzögerten Ernennung hatte sich die Regierung viel Kritik eingehandelt. Jordan muss nun in erster Linie den Mindestkurs des Franken von 1,20 zum Euro entschlossen verteidigen. Die Währung war über Ostern an den Märkten zwei Mal unter diese Marke gefallen und hatte Zweifel an der Fähigkeit und dem Willen der Notenbank aufkommen lassen, eine Aufwertung des Franken wie bisher zu verhindern. Der 49 Jahre alte Jordan ist ein Fachmann der Geldpolitik und ausgewiesener Wirtschaftsliberaler. Er trat 1997 in die Nationalbank ein und sitzt seit fünf Jahren im dreiköpfigen Führungsgremium.

Neu in das Direktorium zieht Fritz Zurbrügg ein, derzeit Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Auch das Aufsichtsgremium Bankrat erhält einen neuen Präsidenten, nachdem Hansueli Raggenbass auf eine Wiederwahl verzichtet hatte. Ihm wurden Fehler in der Behandlung des Falles Hildebrand angelastet. Sein Nachfolger ist der bisherige Vize und Finanzchef des Kantons Neuenburg, Jean Studer.

Als weitere Konsequenz aus der Affäre verschärft die SNB ihr internes Regelwerk. Hierzu gehört die Einrichtung einer Anlaufstelle für „Whistleblower". Des Weiteren gilt die verschärfte Bewilligungspflicht für Devisengeschäfte von mehr als 20 000 Franken nun definitiv. Transaktionen mit Derivaten oder strukturierten Produkten, die sich an Wechselkursen oder Zinssätzen orientieren, sind künftig generell untersagt. Daneben wird die Haltedauer von Finanzanlagen verlängert. Die Compliance-Organisation wird direkt dem SNB-Chef unterstellt. du.

Hauskatze mit Krallen

Catherine von Fürstenberg-Dussmann war Schauspielerin und Hausfrau – heute führt sie die Dussmann-Gruppe

Womöglich ist es die Sache mit den Cookies, die das neue Leben der Catherine von Fürstenberg-Dussmann am besten illustriert. Früher, als Schmuckstück an der Seite ihres Mannes, hat sie selbst Kekse gebacken. Heute lässt sie backen – nach eigenen Rezepten. „Habe ich erfunden", sagt die Einundsechzigjährige und zeigt strahlend auf einen Weiße-Schokolade-Aprikosen-Keks. Dass sie nicht mehr zum Backen kommt, liegt daran, dass sie vor gut drei Jahren die Leitung des Berliner Dienstleistungskonzerns Dussmann von ihrem Mann übernommen hat. Aber auch in dieser Funktion will sie Herrin über den Keksteller bleiben – wenn auch mittelbar.

Jahrzehntelang hatte die gebürtige Amerikanerin kein Problem damit, ausschließlich Hausfrau und Mutter zu sein. Alles andere war Sache ihres Mannes, des Firmengründers Peter Dussmann. „Es war eine andere Welt. Ich war eine Hauskatze. Jetzt bin ich eher ein aufmerksamer Hund und bewache sein Lebenswerk." Den Grundstein für dieses Lebenswerk legte Peter Dussmann 1963, als er in München einen Heimpflegedienst gründete. Heute hat die Dussmann-Gruppe 56 500 Mitarbeiter in 21 Ländern und macht einen Umsatz von 1,57 Milliarden Euro. Dussmann putzt, liefert Essen, vermietet Büros und bewacht Gebäude. Zur Pflege-Sparte Kursana gehören 116 Wohnheime, in denen Senioren betreut werden. Und in Berlin, am Hauptsitz der Gruppe in der Friedrichstraße, steht das Dussmann-Kulturkaufhaus.

Als Peter Dussmann 2008 einen Schlaganfall erlitt, nahm seine Frau seinen Platz ein. Völlig unvorbereitet war sie nicht. Die Ärzte hatten ihrem Mann einen solchen Schlag vorhergesagt. „Zweieinhalb Jahre vorher hat er angefangen, wie ein Professor mit mir zu sprechen", sagt Catherine Dussmann. „Er hatte das Gefühl, dass er Probleme mit der Gesundheit bekommt." Doch trotz dieser Lernphase – sie war eine blutige Anfängerin, was das Führen eines Milliardenkonzerns anging. „Ich habe nicht Business studiert", sagt sie in dem ihr eigenen Sprachmix aus Englisch und Deutsch. Literatur hat sie studiert, danach Schauspiel. Als sie Peter Dussmann kennenlernte, arbeitete sie als Schauspielerin und Designerin in Los Angeles. Und nun sollte sie die Dussmann-Gruppe führen?

„Wir hätten auch verkaufen können", sagt sie. „Aber ich habe mich in die Firma verliebt. Es ist keine graue Welt, es ist eine Welt um die Menschen herum." Also lernte sie, las, studierte die Zahlen und ließ sich von ihrem Stiftungsrat beraten – darunter der ehemalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Und: Sie ging mit einer Dussmann-Reinigungskolonne putzen. „Ich wollte zeigen, dass ich die Mitarbeiter verstehe, dass ich ihre Arbeit verstehe." Sie lässt den Blick durch ihr lichtdurchflutetes Büro schweifen. „Ich sitze zwar hier oben im Glashaus in meinem Büro in der 7. Etage, aber ich kenne die tägliche Arbeit unserer Mitarbeiter." Nach sechs Monaten schließlich glaubte sie: „Ich kann das."

Catherine von Fürstenberg-Dussmann Foto Matthias Lüdecke

Seither arbeitet sie vier Tage in der Woche in Berlin, drei Tage verbringt sie bei ihrem Mann in Südfrankreich. Formal war Catherine Dussmann zunächst Vorsitzende des Aufsichtsrats, seit der jüngsten Umstrukturierung führt sie den Stiftungsrat. Alle Firmenanteile gehören nach wie vor Peter Dussmann, und für das Tagesgeschäft gibt es einen Vorstand. Wenn man jedoch fragt, wer das Sagen hat, dann sagt die ehemalige Schauspielerin: „Ich."

Am Anfang sei sie nicht wirklich ernst genommen worden. „Wie auch? Ich war ja nur eine Blume an der Seite meines Mannes." Inzwischen aber hat sie ein paar Dinge getan, bei denen einige erst einmal schlucken mussten. So hat die ewig lächelnde Blondine, die Kissen bestickt, während sie die CNN Business News guckt, mal eben so den Vorstandsvorsitzenden gefeuert. Ungeniert veranschaulicht sie diesen Vorgang mit einer schnellen Bewegung ihres Fußes, der in einem High-Heel mit roter Sohle steckt.

Durchgesetzt hat sie auch, dass Dussmann Kindergärten betreibt. Sogar ihr Mann war dagegen; seit seinem Schlaganfall ist er ein Pflegefall und kann nur ja und nein sagen. Sein Nein in Sachen Kinderbetreuung aber war deutlich. Dennoch habe sie sich in dieser Sache durchsetzen müssen, sagt Catherine Dussmann. Denn sie glaubt, dass den Frauen im Wirtschaftsleben keine Quote hilft, sondern nur eine bessere Kinderbetreuung. „Wir sollten nicht versuchen, Männer zu sein. Was uns anders macht, ist unsere Stärke."

Sie hat noch mehr Pläne. Das Catering für die Pilger in Mekka etwa will Dussmann vielleicht bis 2014 übernehmen. Und in Italien ist die Gruppe durch eine Übernahme ins Geschäft mit Sterilgut eingestiegen, also mit Operationsbesteck für Krankenhäuser. Durch sie wehe ein anderer Geist im Unternehmen, sagt sie. „Ich bin weiblich, ich bin Künstlerin, und ich bin Amerikanerin." Sie habe keine Angst vor Veränderungen, gebe ihren Mitarbeitern viele Freiheiten. Über sich selbst sagt sie: „Ich bin ein Arbeitstier, wie ein Ackerpferd." Mit ihren eigenen Pferden hingegen ist es wie mit den Cookies. Sie hat kaum noch Zeit für sie.

HENRIKE ROSSBACH

Kirch-Anwalt will Prozess bis „zum Umfallen"

Als hätte es die Bemühungen um den Millionenvergleich nicht gegeben, ist der Schadenersatzprozess des verstorbenen Medienunternehmers Leo Kirch am Mittwoch vor dem Oberlandesgericht München fortgesetzt worden. Noch bevor Richter Guido Kotschy den Zeugen Peter Kahn, zu Zeiten der Kirch-Pleite im April 2002 Vorstand der Bayern LB, vernehmen konnte, legte sich Kirch-Anwalt Peter Gauweiler gegenüber Journalisten auf die neue Marschroute fest: „Wir machen weiter bis wir umfallen."

Dass es so weit kommen könnte, das vermag inzwischen keiner der Beobachter mehr auszuschließen. Der Rechtsstreit zwischen Kirch und der Deutschen Bank wird seit Jahren erbittert geführt. Nach dem Scheitern des letzten, noch von Josef Ackermann initiierten Vergleichs Anfang März sind die Fronten verhärteter denn je. Ackermann wollte vor seinem Ausscheiden als Vorstandsvorsitzender die zahlreichen Kirch-Prozesse gegen eine Zahlung von 812 Millionen Euro beenden, doch lehnten seine Vorstandskollegen dies „einvernehmlich" ab. Die Kirch-Seite lässt inzwischen durchblicken, dass die Bank nicht mehr auf einen solch vergleichsweise niedrigen Kompromissbetrag hoffen darf – niedrig verglichen mit dem entstandenen Schaden in angeblich zweistelliger Milliardenhöhe.

Kirchs Erben geben der Deutschen Bank und ihrem damaligen Vorstandschef Rolf Breuer die Schuld an der Insolvenz. Breuer soll absichtlich die Kreditwürdigkeit Kirchs in einem Interview bezweifelt haben, damit die Deutsche Bank an einer Zerschlagung des Konzerns verdienen könnte. Breuer bestreitet dies. Er sei nicht näher mit dem Kirch-Engagement befasst gewesen, die Deutsche Bank habe auch kein Mandat von Kirch haben wollen, hatte er im vergangenen Jahr vor Gericht ausgesagt. Auch Breuers Nachfolger Ackermann hatte sich derart geäußert.

Ein Sitzungsprotokoll lässt jedoch einen anderen Schluss zu: Richter Kotschy informierte sich jedenfalls genau über Details einer Sitzung vom 14. Februar 2002, an der mehrere Vertreter anderer Gläubigerbanken teilgenommen hatten, darunter auch der Zeuge Kahn von der Bayern LB. Breuer habe die Banker damals informiert, dass er Kirch in einem Vieraugengespräch die Restrukturierung empfohlen und die Hilfe der Deutschen Bank angeboten hätte, sagte Kahn. „Ich gehe davon aus, dass sich die Deutsche Bank schon vorher mit der Restrukturierung befasst hatte." Im Protokoll sind auch die konkreten Vorschläge festgehalten – nämlich die Verkäufe der Kirch-Anteile am Axel-Springer-Verlag und der spanischen Telecinco sowie die Aufgabe der Mehrheit am Bezahlsender Premiere und an der Formel 1.

HENNING PEITSMEIER

Siemens-Manager zu Thyssen-Krupp

Andreas Schierenbeck soll am 1. Juni im Thyssen-Krupp-Konzern als stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand der Business Area Elevator Technology eintreten und am 1. Januar 2013 den Vorstandsvorsitz übernehmen. Das bestätigte Thyssen-Krupp auf Anfrage. Im Konzernteil Technologies wird damit die vierte und letzte Geschäftseinheit einen Vorstandsvorsitzenden erhalten. Der 46 Jahre alte Schierenbeck ist seit mehr als 20 Jahre für Siemens tätig und leitet gegenwärtig für die Münchner die Gebäudetechnik in den Vereinigten Staaten. Der ebenfalls von Siemens kommende Thyssen-Krupp-Chef Heinrich Hiesiger hatte im März in einem F.A.Z.-Gespräch erklärt, er könne sich weitere Managerwechsel vorstellen. Aber Siemens und Thyssen-Krupp würden sich gegenseitig keine Führungskräfte abwerben. Die Vorstandsvorsitzenden beider Häuser besprächen sich bei erfolgversprechenden Bewerbungen ihrer Manager. St.

Maersk McKinney Moeller

Die größte Reederei der Welt, das dänische Unternehmen Moeller-Maersk, betrauert in dieser Woche den Tod ihres Patriarchen. Der Großindustrielle Maersk McKinney Moeller starb im Alter von 98 Jahren. Er war der Sohn des Unternehmensgründers und hatte bis zuletzt maßgeblichen Einfluss auf die Geschicke des Wettbewerbers der deutschen Reedereien Hamburg Süd und Hapag-Lloyd. Moeller hielt ein Aktienpaket an Moeller-Maersk und führte zudem die Familienstiftung, die mehr als 50 Prozent der Stimmrechte kontrolliert.

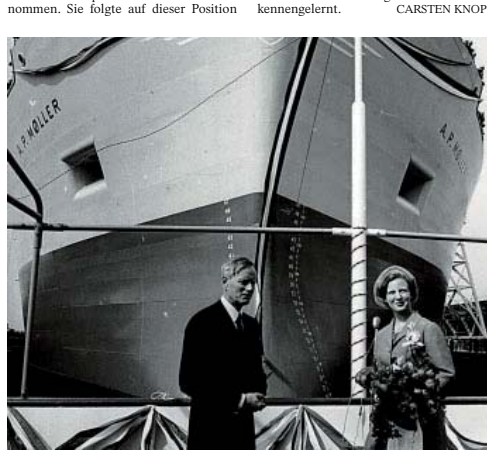
Das Unternehmen war im Jahr 1904 von Peter Maersk Moeller und seinem Sohn Arnold Peter gegründet worden – dem Vater des jetzt Verstorbenen. 1965 übernahm Moeller selbst die Führung. Schon 1993 gab er die Leitung des Tagesgeschäfts und 2003 den Vorsitz des Verwaltungsrates ab. Bis zuletzt hatte er bei Entscheidungen gleichwohl ein sehr wichtiges Wort mitzureden. Moeller hinterlässt drei Töchter, die am Unternehmen beteiligt sind: Leise Maersk McKinney Moeller (Jahrgang 1941), Kirsten Maersk McKinney Olufsen (1944) und Ane Maersk McKinney Uggla (1950).

Das Unternehmen ist für Dänemark von überragender Bedeutung und betreibt nicht nur die Containerflotte, die Maersk-Line, sondern auch eine Öl- und Gasförderung, vor allem in der Nordsee, und ist in den Branchen Einzelhandel und Produktion tätig. Alle diese Erweiterungen des Portfolios gehen wesentlich auf Moellers Entscheidungen in den vergangenen Jahrzehnten zurück. Analysten schließen nun Änderungen in der Geschäftsstrategie des größten Konzerns des Landes mit seinen rund 117 000 Mitarbeitern nicht aus. Ein Aktiensplit sei ebenso denkbar wie ein Verkauf der Maersk-Anteile an der Danske Bank der Kette Dansk Super market, hieß es. Dem Aktienkurs von Moeller tat das zunächst gut.

Niedrigere Frachtraten und hohe Treibstoffpreise hatten bei Moeller-Maersk im vergangenen Jahr zu einem Gewinnrückgang geführt. Der Konzern verdiente nur noch 18,1 Milliarden Dänische Kronen (2,43 Milliarden Euro). Das waren 36 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Frachtraten für Containertransporte seien im Jahresverlauf um 8 Prozent gesunken. Für 2012 erwartet das Unternehmen abermals einen Gewinnrückgang, aber Moeller dürfte von solchen Schwankungen im Geschäft wohl nicht mehr allzu überrascht gewesen sein.

Noch in den Monaten vor seinem Tod hatte Moeller die Führung in der Reederei neu geordnet. Zunächst war der bisherige Chef Eivind Kolding auf den Posten des Vorstandsvorsitzenden der Danske Bank gewechselt, die mit mehr als 20 000 Beschäftigten und knapp 5 Millionen Kunden das bei weitem größte Kreditinstitut des Landes ist. Deren wichtigster Aktionär wiederum ist mit einem Anteil von rund 20 Prozent kein Geringerer als die Moeller-Maersk-Gruppe. Auch hieran erkennt man die nach wie vor engen wirtschaftlichen Verflechtungen in Dänemark. In der Folge hat eine Frau, nämlich Hanne Soerensen, als Vorstandsvorsitzende die Tankersparte des Konzerns übernommen. Sie folgte auf dieser Position Soeren Skou, der seinerseits Nachfolger von Kolding als Chef der Maersk Line wurde.

Moeller war auch Vorsitzender der reichsten privaten Stiftung Dänemarks, deren Vermögen schon im Mai 2005 auf 100 Milliarden Kronen geschätzt wurde. Mit Geldern aus dieser Stiftung ließ Moeller in Kopenhagen ein Opernhaus errichten. Im Jahr 2006 schenkte die Stiftung der dänischen Minderheit in Südschleswig ein Gymnasium. Es ist neben Duborg-Skolen in Flensburg das zweite dänische Gymnasium in Deutschland. Entsprechend geschätzt wurde er von der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein, aber auch vom dortigen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU): „Dänemark hat einen großartigen Menschen verloren", ließ sich Carstensen zitieren. Er habe den Reeder als außergewöhnlichen Menschen, großzügigen Mäzen und weitsichtigen Unternehmer kennengelernt. CARSTEN KNOP



Maersk McKinney Moeller 1965 mit Kronprinzessin Margarethe Foto dpa

BEST EXCELLENCE RHEIN MAIN
www.best-excellence.de

MIT GRÜNDUNGSPARTNERN ZUM ERFOLG
10 JAHRE BEST EXCELLENCE

Aktuelle Termine:

24. April 2012
Sonderforum von BEST EXCELLENCE und Science4Life e.V.:
Die eigenen Finanzen im Blick – Was Gründer zu Rechnungsstellung und Steuern wissen sollten
Ort: Frankfurt am Main • Beginn: 18.00 Uhr

8. Mai 2012
WACHSTUMsForum
„Kunde online"
• Social Media
• Suchmaschinenoptimierung
• CRM
Initiator: FAZ-INSTITUT
Ort: Frankfurt am Main
www.faz-institut.de/wachstumsforum

15. Mai 2012
Intensiv-Workshop von BEST EXCELLENCE und Rödl & Partner:
Handels- und Gesellschaftsrecht für Gründer – Wie Sie die Weichen für Ihren unternehmerischen Erfolg stellen
Ort: Eschborn • Beginn: 18.00 Uhr

22. Mai 2012
Partnerveranstaltung von BEST EXCELLENCE und IHK Darmstadt, Hessen-IT, Hochschule Darmstadt, House of IT, TIZ Darmstadt:
„Gefällt mir" – Wie sinnvoll ist der Einsatz von Social Media im Gründungsunternehmen?
Ort: Darmstadt • Beginn: 17.00 Uhr

„Gründungen gelten als Motor von Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung. BEST EXCELLENCE leistet mit seinem Netzwerk seit Jahren einen wertvollen Beitrag für die Gründerszene in Hessen."
Dieter Posch, Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

„Die Initiative BEST EXCELLENCE ergänzt unser gezieltes Engagement, Wachstumsunternehmen in Frankfurt am Main nachhaltig zu fördern. Dabei ist uns die Etablierung von jungen, innovativen Unternehmen am Markt ein besonderes Anliegen."
Dr. Roland Mohr, Geschäftsführer Infraserv Höchst

Vorankündigung:
12. November 2012
Auftaktveranstaltung zur Gründerwoche Deutschland
„Gründen, Fördern, Wachsen"
Ort: Frankfurt am Main

Anmeldung erforderlich unter: www.best-excellence.de oder info@best-rhein-main.de

INITIATOREN: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung; Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland
KOFINANZIERT DURCH: Europäische Union: Investition in Ihre Zukunft Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
PROJEKTTRÄGER: FAZ-INSTITUT
PLATINPARTNER: infraserv höchst
SILBERPARTNER: HessenAgentur; PRIME RESEARCH
NETZWERKPARTNER: Bürgschaftsbank Hessen GmbH; Business Angels FrankfurtRheinMain e.V.; Entrepreneurship Cluster Mittelhessen (ECM); exchange3A AG; Fachhochschule Frankfurt am Main, Institut für Entrepreneurship (IFE); Fachhochschule Mainz, Institut für Unternehmerisches Handeln (IUH); FINANCE-Magazin; FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH; Forum Kiedrich GmbH; Founding Angels; Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger; Für-Gründer.de; Goethe-Unibator, Gründerfitte; Hochschule Darmstadt; Hochschule RheinMain; IHK Frankfurt am Main; INNOVATIONSMANAGER; Johannes Gutenberg-Universität Mainz; NEnA – Nano-Entrepreneurship-Academies; promotion Nordhessen; Route A 66; ScienceLife e.V.; STEP Award; TIZ Darmstadt; Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH; Wirtschaftsjunioren Frankfurt am Main e.V.; Die Wirtschaftspaten e.V.

Lichtkonzern Zumtobel denkt über eine Fabrik in China nach

LED-Leuchten setzen sich schneller durch als erwartet

geg. FRANKFURT, 18. April. LED-Lampen setzen sich am Markt schneller durch als gedacht. Diese Leuchtkörper, in denen ein Chip aus einer Galliumverbindung zum Leuchten gebracht wird, sind zum normalen Tageslichtersatz geworden. Der Lichtkonzern Zumtobel aus Dornbirn in Österreich profitiert von dieser Entwicklung. „Der LED-Umsatz hat sich im zu Ende gehenden Geschäftsjahr 2011/12 (30. April) verdoppelt“, sagt der Vorstandsvorsitzende Harald Sommerer auf der Frankfurter Messe Light & Building. Insgesamt entfallen bereits 20 Prozent des Umsatzes auf die neue Technik. Das ist viel angesichts des hohen Preises, der für die Leuchten zu zahlen ist, bevor man von einer Stromersparnis von bis zu 80 Prozent im laufenden Betrieb profitiert. „Produkte, bei denen die Amortisationszeit der Investition bei weniger als 3 Jahren liegt, sind im Projektgeschäft gut zu verkaufen“, sagt Sommerer.

Licht im Städel-Museum Foto W. Bergmann

Neben der betriebswirtschaftlichen Überlegung sprechen auch die lichttechnischen Möglichkeiten oft für LED. Eines der spektakulärsten Beispiele war für Zumtobel die Beleuchtung des erweiterten Frankfurter Kunstmuseums Städel. Die Aufgabe war, in einem unterirdischen Raum mit Tageslicht über Deckenfenster die Räume in Abhängigkeit von der Veränderung des einfallenden Tageslichtes so auszuleuchten, dass sie gleichbleibend hell sind. Die Ausleuchtung der Kunstwerke im Städel ist in der Fachwelt begeistert aufgenommen worden. Als Referenz für die Wirtschaftlichkeit der Technik dient indes vielleicht eher die Beleuchtung in den Bürotürmen der Deutschen Bank.

Mit dem reinen Umsatz der Licht-Sparte ist Sommerer sehr zufrieden. Zumtobel ist über seine Marke Tridonik aber auch Hersteller von Schalt- und Steuerungsgeräten für die Beleuchtung. Und hier wurde Zumtobel vom schnellen Ausbau der LED-Technik negativ beeinflusst. Das Komponentengeschäft, auf das ein Drittel des Gesamtumsatzes entfällt, leidet nach Sommerers Worten unter der größeren Konkurrenz im LED-Bereich und vor allem darunter, dass parallel Geräte für LED- wie für die traditionelle Lichttechnik zu entwickeln sind. Insgesamt sieht Sommerer sein Unternehmen aber auf gutem Weg. Bei Licht (Marken Zumtobel und Thorn) habe man sein durchschnittliches Planwachstum von 10 Prozent erreicht und Marktanteile gewonnen. Weniger zufrieden ist Sommerer mit dem derzeit rückläufigen Komponentengeschäft und mit der mangelnden globalen Präsens von Zumtobel.

Für das ablaufende Geschäftsjahr hat das Unternehmen noch keine Zahlen vorgelegt. Zumtobel hatte aber bereits mitgeteilt, dass der Umsatz nur im einstelligen Bereich gegenüber dem Vorjahreswert von 1,23 Milliarden Euro wachsen werde. Das Ergebnis werde wegen der Schwierigkeiten mit Komponenten den Wert des Vorjahres von 60 Millionen Euro Gewinn vor Steuern nicht erreichen.

Um die internationale Präsenz auszubauen, denke man über einen Aufbau einer Produktion in China nach, ohne die man an keine öffentlichen Aufträge im Reich der Mitte komme. Der chinesische Markt sei schwierig, weil er noch von Produkten mit minderer Qualität dominiert werde.´ Der Familie Zumtobel, die noch mit 35 Prozent an dem börsennotierten Konzern beteiligt ist, unterstützt nach den Worten des Aufsichtsratsmitgliedes Fritz Zumtobel die Strategie des Vorstandes. Die Familie habe ihr Engagement gebündelt, um mit einer Stimme zugunsten einer langfristig stabilen Entwicklung des Konzerns zu sprechen.

Nestlé steht vor Babykost-Zukauf

Der Pharmahersteller Pfizer will seine Sparte für Kleinkindnahrung verkaufen. Offenbar bietet der Lebensmittelkonzern dafür mindestens 9 Milliarden Dollar und dürfte somit Danone ausstechen.

du./lid. ZÜRICH/NEW YORK, 18. April. Der Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé steht offenbar kurz vor einer Großakquisition in seinem Babynahrungsgeschäft: Nach einem Bericht des „Wall Street Journal“ wird Nestlé aller Voraussicht nach den Zuschlag für die Babynahrungssparte des amerikanischen Pharmakonzerns Pfizer bekommen. Der Preis dürfte bei mindestens 9 Milliarden Dollar liegen. Nestlé würde damit die französische Danone-Gruppe und das amerikanische Unternehmen Mead Johnson ausstechen, die ein gemeinsames Gebot für die Pfizer-Sparte erwogen haben sollen. Nestlé in Vevey griff auf Anfrage zu der Standardantwort, der Konzern kommentiere Marktgerüchte grundsätzlich nicht. Dem Zeitungsbericht zufolge könnte die Transaktion aber schon in der kommenden Woche offiziell verkündet werden.

Pfizer hatte sein Babynahrungsgeschäft vor knapp einem Jahr zum Verkauf freigegeben. Es gehört zu den wachstumsstärksten Sparten des Konzerns, vor allem dank einer guten Entwicklung auf dem chinesischen Markt. Der Umsatz der Sparte stieg 2011 um 15 Prozent auf 2,1 Milliarden Dollar. Pfizer will sich aber auf sein Kerngeschäft mit Arzneimitteln konzentrieren, in dem das Unternehmen derzeit mit großen Herausforderungen kämpft. So hat der Konzern den Patentschutz für den Cholesterinsenker Lipitor und andere Medikamente verloren und sieht sich der Konkurrenz von billigen Nachahmerpräparaten (Generika) gegenüber.

Nestlé hatte indes im Geschäft mit Babynahrung in den vergangenen Jahren besondere Anstrengungen unternommen, um dieses Gebiet auszubauen. 2007 erwarb der Lebensmittelkonzern von Novartis in Basel für 5,5 Milliarden Dollar den Anbieter Gerber. Damit baute der Nestlé-Konzern, der sich schon damals als Weltmarktführer in der Babykost bezeichnete, vor allem seine Stellung in den Vereinigten Staaten kräftig aus. Die Kindernahrung steuert bei den Schweizern rund 90 Prozent zum Umsatz der Sparte „Nutrition“ bei. Sie erwirtschaftete 2011 einen Umsatz von 7,2 Milliarden Franken oder umgerechnet knapp 8 Milliarden Dollar. Dies waren gut 7 Prozent mehr als im Vorjahr. Obwohl sich die Rentabilität leicht verschlechterte, war die betriebliche Umsatzrendite von 20 Prozent immer noch die höchste aller Geschäftsbereiche. Nestlé erläuterte hierzu, überzeugende Innovationen in der Kindernahrung, breit abgestützte Marktanteilsgewinne und ein zweistelliges Wachstum in den aufstrebenden Märkten hätten das geschwächte Handelsumfeld in den Industrieländern übertroffen. In der Kindernahrung brachte Nestlé zuletzt nach dem Vorbild von Nespresso ein Kapselsystem für Milchschoppen auf den Markt.

Babymilch vor dem Verkauf Foto Bloomberg

Nach Angaben von Euromonitor umfasst der globale Markt für Babynahrung ein Volumen von 27 Milliarden Dollar. Nestlé kommt diesen Angaben zufolge auf einen Anteil von gut 23 Prozent. Auf den nächsten Plätzen folgen Danone mit 14 Prozent und Mead Johnson mit 11 Prozent. Fachleute erwarten daher, dass sich Nestlé von einigen Aktivitäten wird trennen müssen, falls der Konzern bei Pfizer zum Zuge kommt. In den vergangenen Tagen hat die Nestlé-Aktie sichtbar zugelegt. Seit Jahresbeginn beträgt der Gewinn des Börsenschwergewichts knapp 5 Prozent. Allerdings wird dies nicht auf die Gerüchte um die mögliche Akquisition zurückgeführt, sondern auf die allgemeine Geschäftsentwicklung. Zuletzt beflügelten die Quartalszahlen von Danone den Konkurrenten in der Schweiz.

Pfizer-Vorstandschef Ian Read hat seit seinem Antritt Ende 2010 gleich mehrere Geschäftsbereiche zur Disposition gestellt. Vor rund einem Jahr vereinbarte Pfizer den Verkauf der Sparte Capsugel an den Finanzinvestor Kohlberg Kravis Roberts für 2,4 Milliarden Dollar. Capsugel ist auf Dosierungs- und Verabreichungssysteme für Medikamente und Nahrungsergänzungsmittel spezialisiert. Noch deutlich größer als Capsugel und die Babynahrungssparte ist das Tiernahrungsgeschäft, von dem sich Pfizer ebenfalls trennen will. Diese Sparte brachte 2011 einen Umsatz von 4,2 Milliarden Dollar ein. Pfizer bereitet für die Tiermedizinaktivitäten dem Bericht zufolge einen Börsengang vor, wobei auch ein Verkauf nicht ausgeschlossen ist. In den vergangenen Monaten waren die Leverkusener Bayer AG sowie der Schweizer Pharmakonzern Novartis als mögliche Interessenten gehandelt worden.

Investor Buffett an Prostata-Krebs erkrankt

nks. NEW YORK, 18. April. Der berühmte Investor Warren Buffett leidet an Prostata-Krebs. Die Erkrankung befinde sich im frühen Stadium und sei heilbar, teilte der 81 Jahre alte Buffett den Aktionären seiner Holdinggesellschaft Berkshire Hathaway mit. Nach Angaben seiner Ärzte sei die Erkrankung weder „lebensbedrohlich“ noch in „bedeutsamer Weise schwächend“. Der Aktienkurs von Berkshire Hathaway reagierte im frühen Handel an der New Yorker Börse dennoch mit einem Abschlag von mehr als einem Prozent.

Buffett machte keine Anstalten, die Führung von Berkshire Hathaway abzugeben. Die Krebsdiagnose dürfte aber die Diskussion um seine Nachfolge wieder anheizen, über die wegen seines fortgeschrittenen Alters an der Wall Street seit Jahren diskutiert wird. Erst

Warren Buffet will trotz seiner Erkrankung seinen Fonds weiter führen.

Foto Reuters

im Februar hatte Buffett bekanntgegeben, dass sich der Verwaltungsrat auf einen Nachfolgekandidaten für den Posten des Vorstandsvorsitzenden geeinigt habe. Angaben zur Identität seines Nachfolgers machte Buffett allerdings nicht. Unter dem Dach von Berkshire befinden sich rund 80 Unternehmen, die vom Textilhersteller Fruit of the Loom bis zur Schnellrestaurantkette Dairy Queen reichen. Buffett leitet dort auch den Verwaltungsrat, der dem deutschen Aufsichtsrat vergleichbar ist. Dazu verantwortet er die Wertpapieranlagen. Diese Aufgaben sollen nach der Ära Buffett getrennt werden. Verwaltungsratsvorsitzender soll Buffetts Sohn Howard werden. Für die Verwaltung des Wertpapierportfolios, zu dem große Beteiligungen an Unternehmen wie Coca-Cola oder IBM gehören, hatte Buffett kürzlich die ehemaligen Hedge fonds-Manager Todd Combs und Ted Weschler an Bord geholt.

HAT SIE DAS FANFIEBER SCHON GEPACKT?
DANN NEHMEN SIE JETZT AN UNSEREM F.A.Z.-QUIZ RUND UM DIE UEFA EURO 2012™ TEIL!
WWW.FAZ-FANFIEBER.DE
Die F.A.Z. und Coca-Cola verlosen unter allen Teilnehmern
3 x 2 COCA-COLA FANPAKETE
(inkl. Hin- und Rückflug ab dem Flughafen Köln/Bonn und einer Übernachtung)
für das letzte Gruppenspiel Deutschland gegen Dänemark in Lemberg am 17. Juni 2012.
Wir wünschen viel Glück!
Teilnahmeschluss ist der 29.04.2012. Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen Personen ab 18 Jahren.
Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

bankenverband
Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Kluge Köpfe – durch die Bank
Der Bankenverband und die F.A.Z. suchen Lehrer und Schüler für das Projekt „Jugend und Wirtschaft“
2012/2013
Der Bundesverband deutscher Banken und die Frankfurter Allgemeine Zeitung suchen Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Kursen für das Projekt „Jugend und Wirtschaft“.
Dauer des Projekts: 17.9.2012 bis 30.9.2013
Wirtschaft erleben. Wirtschaftsthemen entdecken, recherchieren, Interviews führen, Artikel schreiben und vielleicht sogar den eigenen Beitrag in der Zeitung wiederfinden. Das erleben Schülerinnen und Schüler bei „Jugend und Wirtschaft“, dem Gemeinschaftsprojekt des Bankenverbandes und der F.A.Z.
Worum geht es? „Jugend und Wirtschaft“ ist ein Medien- und Wirtschaftsprojekt für den Schulunterricht. Für die Dauer des Projekts erhalten alle teilnehmenden Schüler und Lehrer vom Bundesverband deutscher Banken ein Freiabonnement der F.A.Z. und arbeiten mit der Zeitung im Unterricht. Dabei lesen die Schüler nicht nur die Zeitung, sie schreiben auch für sie. Einmal im Monat und zusätzlich einmal im Quartal werden ausgewählte Schülerartikel im Wirtschaftsteil der F.A.Z. auf der Seite „Jugend und Wirtschaft“ veröffentlicht. Am Ende des Projektjahres werden die besten Leistungen ausgezeichnet.
Wer kann mitmachen? Teilnehmen können alle Kurse der Sekundarstufe II. Kurse, die sich während des Projektzeitraums in ihrem Abschlussjahr befinden, können leider nicht mitmachen. Die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen eignen sich besonders für das Projekt. Fächerübergreifend hat sich die Kombination mit dem Fach Deutsch bewährt.
Vorbereitung und Unterstützung. In einem Einführungsseminar (12. bis 14.9.2012 in Berlin, Teilnahme ist obligatorisch, Kosten werden übernommen) werden die Lehrer auf das Projekt vorbereitet. Im Verlauf des Projekts können die Kurse die zuständige Redakteurin der F.A.Z. in Frankfurt besuchen. Die Lehrer erhalten regelmäßig Empfehlungen für den Unterricht mit der F.A.Z. und Unterrichtsmaterialien des Bankenverbandes.
Bewerbung. Wenn Sie mit einem Kurs an diesem Projekt teilnehmen möchten, senden Sie uns bitte eine schriftliche Bewerbung mit folgenden Angaben: die Gründe, warum Sie teilnehmen möchten, eine Kurzbeschreibung Ihrer Schule, die Zahl der Wochenstunden der von Ihnen im Projektkurs unterrichteten Fächer sowie den Kurs und die Schülerzahl.
Ihre Bewerbung richten Sie bitte an den Bundesverband deutscher Banken, Burgstraße 28, 10178 Berlin, Kennwort „Jugend und Wirtschaft“.
Bewerben können Sie sich auch über www.JugendundWirtschaft.de unter Informieren/Mitmachen.
Bewerbungsschluss: 31.5.2012

Stellen Sie sich vor, Sie hätten
Leonardo da Vinci
fördern können.
Die Welt wäre um einige Erfindungen reicher. Unterstützen Sie die da Vincis von morgen: mit einer Spende an den Stifterverband, den großen privaten Förderer von Wissenschaft, Forschung und Bildung in Deutschland. Mehr unter www.stifterverband.de
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Bekanntmachung
gemäß § 9 Abs. 2 Verkaufsprospektgesetz
Die Euro Grundinvest Consulting GmbH beabsichtigt, Kommanditanteile an der Euro Grundinvest 20 GmbH & Co. KG zu begeben und öffentlich anzubieten.
Ein vollständiger Verkaufsprospekt wird bei der Euro Grundinvest 20 GmbH & Co. KG, Maximilianstraße 13, 80539 München, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.
München, den 19.04.2012
Euro Grundinvest Consulting GmbH

Bekanntmachung einer Vergütungsstundung
IVG
IVG Immobilien AG, Bonn
EUR 400.000.000 Nachrangige Anleihe ohne Fälligkeit
Wertpapier-Kenn-Nr. A0JQMH
ISIN-Nr. DE000A0JQMH5
(die „Anleihe“)
Bonn, 19. April 2012 – Der 5. Mai 2012 wird ein Festvergütungs-Zahlungstag der Anleihe sein. Gemäß § 4 (3) in Verbindung mit § 11 (1) der Emissionsbedingungen teilt die IVG Immobilien AG den Anleihegläubigern ihre Entscheidung mit, dass sie von ihrem Recht zur Stundung von Vergütungen Gebrauch macht.
Ein Nachzahlungsanspruch ist in den Anleihebedingungen geregelt.
IVG Immobilien AG

Führungskräfte lesen die F.A.Z.
Die Frankfurter Allgemeine Zeitung ist nicht nur Pflichtlektüre in den Vorstandsetagen – die F.A.Z. ist auch überregionales Börsenpflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Wir beraten Sie gerne:
Telefon (069) 75 91-19 24
oder (069) 75 91-22 70
Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Der F.A.Z.-Finanzmarkt

Einst Partner, heute Wettbewerber: *Mit dem neuen Werk in Oragadam will Daimler Tata Marktanteile abnehmen.* Fotos Daimler, AFP

Bharat-Benz soll Indien erobern

Daimler macht im drittgrößten Lastwagenmarkt der Welt Ernst – und Platzhirsch Tata Motors Konkurrenz.

Von Christoph Hein

CHENNAI, 18. April

In der Dashmesh Dhaba herrscht kurz nach Mitternacht Hochbetrieb. In Decken gehüllt sitzen die indischen Lastwagenfahrer auf Plastikstühlen im Freien. Von hier sind es noch 509 Kilometer bis Hyderabad – vorher müssen sie sich an der Autobahnraststätte stärken. Hunde springen vor dem Herdfeuer herum, der Schreibtischstuhl des Kassierers ist gegen den Strafenstaub in Plastik gehüllt, der Koch frittiert Zwiebeln. Dampf, Ruß und Abgase mischen sich. Sukhjinder Singh fährt in seinem grellbunt bemalten Tata-Laster die 1700 Kilometer von Indore nach Chennai in drei Tagen und Nächten. 10 000 Rupien (146,63 Euro) bringt er im Monat nach Hause, in Indien eine ansehnliche Summe. Trotzdem will Singh nicht, dass seine Kinder in seine Fußstapfen treten. „Uns gegenüber wird kein Respekt gezeigt. Die Menschen achten die Lastwagenfahrer nicht", sagt er.

Einige aber schon. Sie haben sogar einen Höllenrespekt vor den indischen Lastwagenfahrern: „Wir müssen alles richtig machen. Wir haben nur einen Schuss", sagt Marc Llistosella. Er erschließt für Daimler den drittgrößten Nutzfahrzeugmarkt der Welt. Dafür haben die Stuttgarter erstmals eine Lastwagenmarke, Bharat-Benz, im Ausland auf die Räder gestellt. Am gestrigen Mittwoch weihte Daimler sein drittgrößtes Lastwagenwerk außerhalb Deutschlands im südindischen Oragadam ein, es kostete rund 250 Millionen Euro. Insgesamt ließen sich die Stuttgarter Bharat-Benz bislang gut 700 Millionen Euro kosten.

Bislang dominiert Platzhirsch Tata Motors den indischen Lastwagenmarkt mit einem Anteil von 62 Prozent, gefolgt von Ashok Leyland mit 21 Prozent. Bis zum Jahr 2020 soll sich der Nutzfahrzeugabsatz in der drittgrößten Volkswirtschaft Asiens verdoppeln. „2020 wird Indien der zweitgrößte Lastwagenmarkt nach China sein. Wenn du es hier nicht schaffst, schaffst du es überhaupt nicht", treibt Daimler-Vorstandschef Dieter Zetsche seine Leute an. Der Anteil moderner, robuster Lastwagen, wie Bharat-Benz sie bieten will, werde in der Dekade bis 2020 von 4 Prozent auf 80 Prozent wachsen.

Bislang aber holten sich alle, die an der Bonanza auf dem Subkontinent teilhaben wollten, blutige Nasen: Chrysler ging 1960 aus dem indischen Markt, General Motors hörte 1980 auf, Toyota in den neunziger Jahren, Scania scheiterte mit Partner Larsen & Toubro, MAN litt unter seinem Partner Force Motors und verkauft nur ein Zehntel seiner Fertigungskapazität. Nun also Daimler. Indische Magazine schreiben vom „deutschen Blitzkrieg". Das täuscht. Der erste Daimler-Versuch endete 1969, ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem heutigen Hauptkonkurrenten Tata. Der zweite Versuch ging 2008 daneben, eine Partnerschaft mit der Hero-Gruppe, einem Hersteller von Motorrädern. Als Hero ausstieg, machte Daimler alleine weiter.

Nach dem holprigen Markteinstieg in China will Daimler am Ganges alles richtig machen. Der Auftritt wird abgerundet durch den Ausbau des Busgeschäftes mit Sutlej und die Vergabe einer Lizenz an den gescheiterten MAN-Partner Force Motors zum Bau von jährlich 24 000 Mercedes-Transportern Vito. Den Bau des Mercedes-Lasters Actros verlegt Daimler aus dem Personenwagenwerk Pune nach Oragadam. Für Bharat-Benz wurden 47 Prototypen gebaut, die Laster in Testfahrten gut zehnmal um den Erdball geschickt. Die Stuttgarter brachen mit übernommenen Regeln ihrer schwäbischen Ingenieure, planen einen lokalen Fertigungsanteil von rund 85 Prozent, bauten ein Call-Center für Pannen-Fahrzeuge, suchten gut 100 Händler und spannten ein Finanzierungsnetz mit lokalen Banken wie HDFC und ICICI.

Die Herausforderungen liegen im Detail: Die Aussagen der Computerdiagnose auf dem Bildschirm in den Werkstätten müssen in 28 indische Sprachen übersetzt werden, damit die Mechaniker sie verstehen. Den Grund für die oft geborstenen Windschutzscheiben indischer Lastwagen fanden die Daimler-Leute nach drei Monaten Forschung in deren Herstellungsprozess. Auch in der Verwaltung gibt es Hürden: Heiratet ein Inder, fehlt er wie selbstverständlich vier Wochen. „Das aber machen Sie mal unserem SAP-Rechnungssystem klar – Streiks können wir dort eingeben, Hochzeiten nicht", sagt Bharat-Benz-Manager Hans Lüdecke.

Trotzdem gilt ein eiserner Zeitplan. Drei große Digitaluhren im Verwaltungsgebäude in Chennai zählen mit großen roten Ziffern gnadenlos rückwärts. Heute sind es noch 42 Tage, dann soll der schwere Lastwagen an den Markt. Später folgen die leichten Nutzfahrzeuge, der Antriebsstrang, insgesamt 17 Fahrzeugtypen in nur eineinhalb Jahren. Erstmals montiert Daimler leichte und schwere Laster wechselnd in einer Fertigungslinie. Der Ausstoß in Oragadam lässt sich auf 72 000 Einheiten im Jahr verdoppeln. Würden sie im Land verkauft, hätte Daimler knapp 20 Prozent des indischen Lastermarktes erobert. Zudem soll ab 2013 exportiert werden. Das alles aber mit schlanken Strukturen, bei denen auf später rund 3000 Mitarbeiter nur etwa zehn Ausländer kommen.

Bislang sind all dies nur Pläne. Mit einer Preisspanne zwischen umgerechnet 25 000 und 60 000 Euro dürfte Bharat-Benz rund 9 Prozent teurer als die Wettbewerber antreten, dafür aber weniger Diesel verbrauchen und niedrigere Kosten über die Lebenszeit fordern. Die indische Konkurrenz beginnt sich nun zu wehren. Plötzlich lernt Platzhirsch Tata Motors den Dienst am Kunden, gibt Rabatte, entwickelt laufend neue Varianten, um jedes Marktsegment zu füllen. Bei Tata heißt es, der Markt werde die Antwort auf die Daimler-Offensive geben. Genauso sieht Daimler das auch.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Piëch, der Allmächtige

Von Johannes Ritter

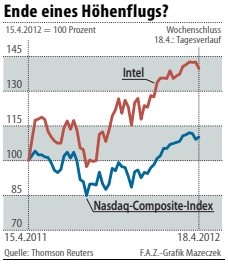
Die Wege des Herrn sind unergründlich. Warum kauft Volkswagen den italienischen Motorradbauer Ducati? Gibt es irgendwelche anderen Zweiradmarken im VW-Verbund, die man mit den roten Flitzern aus Bologna zu einer neuen Einheit verbinden könnte? Nein. Mit Ducati machen die Wolfsburger über ihre Ingolstädter Tochtergesellschaft Audi einfach mal ein neues Geschäftsfeld auf. Als wenn sonst nichts zu tun wäre. Gibt es nicht schon genug Baustellen in diesem riesigen Konzern? VW baut rund um den Globus neue Werke. Die Fusion mit Porsche lässt weiter auf sich warten. Das Milliardengrab Seat braucht intensive Pflege. MAN und Scania finden nur im Schneckentempo zueinander. Ducati ist zwar kein Sanierungsfall. Aber der Neuerwerb bindet Managementkapazitäten, die dringend im Kerngeschäft benötigt werden. Doch solche Argumente zählen nicht in einem Konzern, in dem nur ein Mann die Richtung vorgibt: Ferdinand Piëch. Der VW-Chefaufseher liebt Motorräder – und er hat schon lange ein großes Faible für die Marke Ducati. Derlei emotionale Gründe müssen reichen, um die Übernahme in Italien zu rechtfertigen. Piëch, der Allmächtige, nutzt VW als seine Spielwiese – koste es, was es wolle.

Herausforderer Intel

Von Roland Lindner

Der Mikrochipkonzern Intel hat ein Quartal zum Abhaken erlebt. Das Umsatzwachstum wurde jäh und über alle großen Sparten hinweg gestoppt. Intel kann sich auf einige Sonderfaktoren berufen und verweist mit Recht darauf, dass eine Reihe potentieller Katalysatoren für das Geschäft den Rest des Jahres besser aussehen lassen könnten. Das nächste Microsoft-Betriebssystem Windows 8 und die von Intel propagierten kleineren Laptop-Varianten Ultrabooks könnten den Markt für Personalcomputer beleben und damit die Chipnachfrage ankurbeln. Daneben wird der lange angekündigte Vorstoß von Intel in den Markt für internetfähige Handys oder Smartphones nun offenbar Wirklichkeit. Die Produktoffensiven sind ermutigend, aber sie unterstreichen auch, dass der Konzern in einer komplizierter gewordenen Welt noch seinen Platz finden muss. In einem von PCs dominierten Computermarkt war Intel Platzhirsch. Bei mobilen Geräten wie Smartphones und Tablets, die PCs mehr und mehr ihren Rang streitig machen, steht Intel noch am Anfang. Die Stagnation im vergangenen Quartal macht deutlich, dass Intel gerade in einer Übergangsphase steckt – und sich in der ungewohnten Rolle des Herausforderers befindet.

Ende eines Höhenflugs?



Quelle: Thomson Reuters F.A.Z.-Grafik Mazeczek

Aufstand der Eigentümer

Von Norbert Kuls

Die Aktionäre der Citigroup setzen ein Zeichen: Zweistellige Millionen-Dollar-Boni sind zu viel für Manager einer Bank, die sich gerade von der von ihr mitverschuldeten Finanzkrise erholt hat. Solche Bonuszahlungen sind überzogen für ein Kreditinstitut, dem die Notenbank Fed gerade eine Erhöhung der Dividende untersagte – damit es in einer Krise nicht abermals in Schieflage gerät. Zwar ist das Votum der Aktionäre gegen die Vergütung nicht bindend. Der Vorstandschef und seine Leute können ihr Geld und ihre Aktien behalten. Aber es hat genug öffentlichkeitswirksame Symbolkraft, um die Kontrolleure der Geschäftsführung im Verwaltungsrat in Zugzwang zu bringen und Sonderprämien endlich stärker an die Geschäftsentwicklung zu koppeln. Die Aktionärsrevolte bei der Citigroup könnte so stärkere Auswirkungen auf die zukünftigen Bonuspraktiken an der Wall Street haben als alle Protestmärsche der Occupy-Bewegung. Die gesetzgeberische Reform nach der Finanzkrise gab den Aktionären ein lang überfälliges Mitspracherecht. Die Eigentümer der Citigroup nutzten es zum Aufstand. Die anstehenden Hauptversammlungen anderer Banken dürften spannend werden. Die Aktionäre sind aufgewackt.

Die F.A.Z.-Wetterinformationen

im Internet: www.faz.net/wetter

DEUTSCHLAND

Messwerte und Prognosen

	Mi. 18.4.	Do. 19.4.	Fr. 20.4.	Sa. 21.4.
Aachen	10°h	**13°R**	12°R	13°b
Arkona	8°b	**8°w**	8°R	10°R
Berlin	12°w	**16°w**	16°w	15°R
Bremen	10°w	**15°w**	15°w	13°w
Brocken	-1°N	**7°w**	7°w	5°N
Cottbus	12°w	**16°w**	15°w	15°b
Cuxhaven	10°w	**15°w**	13°w	11°R
Dresden	10°b	**15°w**	14°w	13°R
Düsseldorf	11°w	**14°R**	14°w	14°b
Erfurt	8°b	**15°w**	14°w	13°w
Essen	9°b	**13°R**	12°w	12°b
Feldberg	-2°N	**1°S**	0°S	0°N
Feldberg Ts.	4°w	**8°b**	8°b	7°b
Frankfurt/M.	11°w	**15°w**	14°b	13°w
Freiburg	10°b	**13°R**	13°R	14°R
Garmisch	8°b	**13°w**	9°R	10°R
Greifswald	12°w	**13°w**	11°R	12°R
Hamburg	9°b	**17°h**	14°R	13°w
Hannover	11°b	**16°h**	15°w	14°w
Helgoland	8°b	**10°w**	10°R	10°R
Hof	6°b	**13°R**	11°R	11°R
Kahler Asten	4°w	**8°b**	8°b	7°b
Karlsruhe	12°w	**15°R**	14°R	14°R
Kassel	9°b	**15°w**	14°w	14°b
Köln	9°Rs	**15°R**	13°w	14°Rs
Konstanz	8°b	**13°w**	12°R	12°R
Leipzig	9°b	**16°w**	15°w	15°w
Lübeck	9°b	**17°w**	14°w	13°R
Magdeburg	10°b	**17°w**	16°w	15°w
Mannheim	12°w	**15°w**	14°w	14°R
München	9°b	**15°w**	11°R	11°R
Norderney	9°h	**13°R**	11°w	11°w
Nürnberg	7°b	**14°w**	12°R	13°w
Oberstdorf	7°b	**12°w**	9°R	9°R
Osnabrück	10°w	**15°R**	14°w	14°w
Passau	10°b	**14°w**	13°w	12°R
Rostock	9°b	**14°h**	11°w	11°R
Saarbrücken	9°w	**12°R**	11°R	11°w
Stuttgart	9°b	**14°R**	12°R	12°w
Sylt	8°b	**13°w**	12°w	11°R
Trier	10°w	**12°R**	12°R	12°b
Wendelstein	-2°b	**3°b**	0°S	0°S
Zugspitze	-8°S	**-6°w**	-7°S	-8°S

s = sonnig, h = heiter, w = wolkig, b = bedeckt, G = Gewitter, N = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, Sr = Sprühregen, S = Schnee, SR = Schneeregen, Ss = Schneeschauer, -- = keine Meldung. Für alle Tabellen: Werte von gestern sind Messwerte von mittags Ortszeit.

Heute

Ein Tiefdrucksystem, welches vom Atlantik über Mitteleuropa bis zum Schwarzen Meer reicht, bestimmt mit feuchter Luft unser Wetter.

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen: Die Sonne scheint im Wechsel mit lockeren Schleier- und Quellwolken. Über Thüringen und Sachsen werden die Wolken am Nachmittag dichter und bringen örtlich Schauer oder Gewitter. Bei schwachem bis mäßigem Südostwind liegen die Höchstwerte zwischen 15 und 17 Grad.

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern: In Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ist es recht sonnig. Sonst ziehen im Tagesverlauf Schauer- und Gewitterwolken heran. Die Luft erwärmt sich auf 14 bis 17 Grad. Es weht mäßiger bis frischer Wind aus südöstlichen Richtungen.

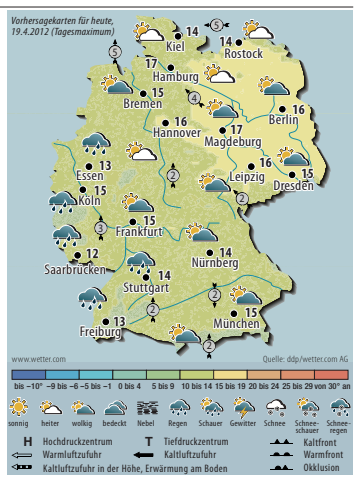
Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: Zunächst regnet es gebietsweise. Tagsüber entwickeln sich lokale Schauer oder Gewitter, zwischen denen die Sonne herauskommt. Die Temperaturen erreichen bei schwachem bis mäßigem Südwind 12 bis 15 Grad.

Baden-Württemberg und Bayern: Teils scheint die Sonne, teils halten sich kompakte Wolken mit einzelnen Schauern oder Gewittern. Am freundlichsten ist es in einem Streifen von Mainfranken bis nach Niederbayern. Die Temperaturen steigen auf 13 bis 15 Grad. Abgesehen von Schauerböen ist es nur schwachwindig.

Sonne & Mond

06:24/20:26Uhr 05:18/18:54Uhr

Auf- und Untergang in Mitteleuropäischer Sommerzeit (MESZ) für Frankfurt/Main.



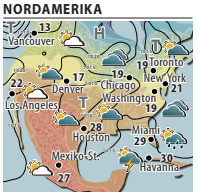
Aussichten

Am **Freitag** fällt im Süden Deutschlands längere Zeit Regen. Sonst entstehen nur lokale Schauer, ab und zu scheint die Sonne. Die Höchsttemperaturen liegen zwischen 9 und 16 Grad. Am **Samstag** herrscht weiterhin durchwachsenes Aprilwetter. Einzelne Schauer oder Gewitter ziehen vorbei, dazwischen ist vorübergehend Platz für sonnige Momente. In der Mitte und im Süden frischt der Westwind stark auf. Insgesamt gehen die Temperaturen etwas zurück.

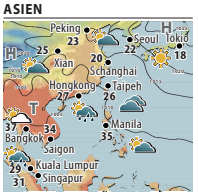
Biowetter und Pollenflug

Von der Ostsee bis zur Lausitz dominieren die positiven Wetterreize. Die meisten Menschen fühlen sich wohl und sind leistungsfähig. In den anderen Landesteilen ist der Witterungseinfluss auf den Organismus eher ungünstig. Nach einem teils unruhigen Schlaf fühlt man sich müde, abgeschlagen und unmotiviert. Starken Birkenpollenflug gibt es nur bei längeren Schauerpausen. Pappel-, Weiden-, Ulmen- und Buchenpollen fliegen schwach bis mäßig.

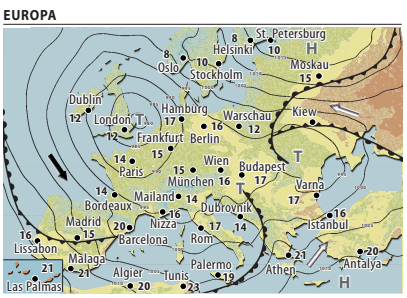
NORDAMERIKA



ASIEN



EUROPA



Reisewetter in Europa – Vorhersage für Donnerstag bis Samstag

Österreich, Schweiz: Aprilwetter mit vielen Wolken, Schauern und Gewittern, nur vereinzelt Sonne. 3 bis 17 Grad.

Frankreich, Benelux: Dichte Wolken, immer wieder Regen oder Schauer, örtlich Gewitter. Höchstens 10 bis 18 Grad.

Griechenland, Türkei, Zypern: Wechselhaft mit Schauern und Gewittern. An der türkischen Südküste und auf Zypern teils sonnig. Temperaturen von 13 bis 24 Grad.

Spanien, Portugal: Durchwachsen, einigen Schauer und Gewitter. Länger sonnig in Andalusien. 15 bis 22 Grad.

Balearen, Sardinien, Korsika: Wolken, einzelne Schauer und zwischendurch Sonne. 13 bis 20 Grad.

Italien, Malta: Dichte Wolken und etwas Sonne, zeitweise Schauer. 13 bis 19 Grad.

Großbritannien, Irland: Sehr wechselhaft mit Regen und Schauern, nur wenig Sonnenschein. 9 bis 13 Grad.

Skandinavien: Zeitweilige Regenfälle, im Norden und in den Bergen teilweise auch Schnee. Höchstwerte: 1 bis 13 Grad.

Polen, Tschechien, Slowakei: Sonne und Wolken, einzelne Schauer. 11 bis 18 Grad.

Ausländische Städte

Europa	Mi. 18.4.	Do. 19.4.	Fr. 20.4.	Sa. 21.4.
Amsterdam	9°b	**14°b**	13°w	13°w
Athen	17°b	**21°h**	22°w	22°h
Barcelona	15°w	**20°h**	20°h	18°h
Belgrad	8°R	**18°w**	17°w	18°w
Bordeaux	11°Rs	**14°Rs**	14°Rs	15°Rs
Bozen	13°w	**18°w**	16°b	16°w
Brüssel	8°w	**13°w**	13°w	13°b
Budapest	10°w	**17°w**	18°w	16°w
Bukarest	12°b	**18°Rs**	20°w	20°h
Dublin	8°Rs	**12°Rs**	12°Rs	12°Rs
Dubrovnik	14°h	**14°R**	15°R	15°R
Edinburgh	7°Rs	**9°R**	10°Rs	10°Rs
Faro	17°w	**18°Rs**	19°Sr	20°w
Helsinki	3°w	**8°h**	7°w	10°w
Innsbruck	7°w	**15°w**	11°R	13°R
Istanbul	19°b	**16°Rs**	19°w	20°h
Kiew	10°b	**17°b**	17°b	18°w
Kopenhagen	7°w	**13°w**	9°R	11°w
Larnaka	23°w	**24°w**	23°h	23°h
Las Palmas	21°h	**21°w**	22°w	22°w
Lissabon	14°b	**16°b**	17°R	18°w
Ljubljana	9°w	**14°b**	13°b	13°b
Locarno	10°R	**11°R**	14°R	13°R
London	11°Rs	**12°Rs**	13°Rs	13°Rs
Madrid	10°b	**15°b**	16°w	18°w
Mailand	12°w	**14°b**	15°R	19°w
Malaga	18°h	**21°w**	23°h	25°h
Mallorca	16°h	**20°h**	20°h	20°h
Moskau	8°b	**15°h**	20°h	21°w
Neapel	15°w	**17°R**	17°R	17°w
Nizza	14°w	**16°w**	18°h	18°h
Oslo	3°w	**8°R**	8°w	5°S
Ostende	9°Rs	**12°Rs**	12°w	12°Rs
Palermo	15°w	**19°w**	19°R	18°h
Paris	9°b	**14°R**	13°w	13°w
Prag	8°w	**14°w**	15°w	13°R
Reykjavik	4°h	**8°h**	7°h	7°h
Riga	7°s	**13°h**	14°w	17°w
Rom	16°w	**17°w**	17°G	17°w
Salzburg	8°w	**15°w**	11°R	11°R
Sofia	9°Rs	**17°w**	17°b	18°w
Stockholm	6°w	**10°w**	6°R	8°R
St.Petersbg.	6°w	**10°h**	12°w	15°Rs
Venedig	13°w	**16°w**	16°R	16°R
Warschau	9°w	**12°R**	16°w	17°w
Wien	8°s	**16°h**	16°h	14°Rs
Zürich	8°R	**12°w**	12°R	12°Rs
Afrika				
Accra	31°w	**32°w**	32°G	33°G
Algier	19°w	**20°w**	21°w	22°w
Casabl.	18°w	**19°w**	19°w	20°w
Dakar	23°h	**24°h**	24°h	24°h
Johannesb.	20°h	**21°h**	22°h	22°h
Kairo	28°w	**26°h**	27°h	30°s
Kapstadt	22°s	**27°s**	27°s	23°w
Kinshasa	27°w	**32°R**	33°w	31°R

Afrika	Mi. 18.4.	Do. 19.4.	Fr. 20.4.	Sa. 21.4.
Lagos	28°w	**32°w**	32°w	34°w
Nairobi	23°b	**26°w**	26°w	26°b
Tunis	16°w	**23°w**	23°h	25°w
Nordamerika				
Atlanta	18°b	**22°w**	24°w	23°Rs
Chicago	19°w	**19°b**	12°b	10°w
Denver	17°w	**17°w**	17°w	24°w
Houston	23°w	**28°w**	28°w	23°w
Los Angeles	21°w	**22°h**	27°h	26°h
Miami	28°w	**29°Rs**	30°G	29°Rs
Montreal	10°s	**20°h**	13°R	10°R
New York	17°b	**21°b**	22°w	22°w
S. Francisco	18°w	**21°w**	24°w	26°w
Toronto	9°h	**19°w**	15°R	10°R
Vancouver	11°s	**13°h**	13°s	13°s
Washington	15°b	**19°w**	21°w	24°w
Lateinamerika				
Bogota	17°Sr	**19°Sr**	20°w	21°w
B.Aires	24°w	**25°w**	27°w	20°w
Caracas	25°w	**25°w**	24°b	25°w
Lima	23°w	**24°h**	24°h	24°h
Mexiko-St.	21°h	**27°h**	28°h	26°w
Recife	30°w	**30°w**	30°w	30°w
R.d. Janeiro	27°w	**29°h**	30°h	31°w
Sant.(Ch.)	18°h	**24°h**	24°s	23°h
Naher Osten				
Ankara	19°w	**13°Rs**	18°w	19°w
Antalya	19°w	**20°w**	20°w	21°w
Baghdad	29°h	**31°w**	29°h	31°w
Dubai	31°h	**31°h**	32°s	33°s
Kuwait	31°s	**34°w**	33°h	32°w
Riad	28°s	**34°s**	34°s	34°h
Teheran	18°w	**23°h**	23°h	24°h
Tel Aviv	33°w	**23°w**	23°h	25°h
Asien				
Almaty	20°s	**22°s**	26°s	29°h
Bangkok	35°h	**37°h**	37°h	37°w
Mumbai	32°h	**33°h**	34°h	34°h
Colombo	31°Rs	**33°w**	33°w	33°w
Hanoi	29°Rs	**30°b**	30°b	28°b
Hongkong	24°Rs	**27°Rs**	28°G	27°Rs
Jakarta	32°G	**33°h**	33°h	33°R
Kalkutta	35°h	**39°h**	39°h	38°h
Manila	32°w	**35°w**	35°w	35°w
Neu Delhi	32°h	**37°w**	37°w	36°w
Peking	19°b	**23°w**	22°Rs	22°Rs
Seoul	19°s	**22°h**	22°h	20°h
Schanghai	20°h	**20°w**	19°w	18°R
Singapur	29°G	**31°w**	32°h	31°w
Taipeh	25°w	**26°b**	26°b	26°R
Tokio	18°s	**18°s**	16°s	16°s
Xian	19°h	**25°w**	25°w	24°h
Australien und Neuseeland				
Melbourne	22°h	**20°R**	21°w	25°w
Sydney	21°R	**22°G**	23°s	23°s
Wellington	13°h	**14°b**	15°h	15°h

Frankfurter Allgemeine SONNTAGSZEITUNG
Jetzt testen! 4 Wochen gratis, ohne Verpflichtung! Gleich anrufen! 0180 2 52 52*
* 6 Cent/Gespräch aus dem Festnetz der Deutschen Telekom, abweichende Mobilfunktarife möglich.

London setzt auf Geschäft mit Chinas Währung

Peking flexibilisiert Schritt für Schritt die Landeswährung Renminbi. Großbritanniens Finanzindustrie will an den Folgen davon verdienen.

bes. LONDON, 18. April. Die Londoner City wittert neues Geschäft: Mit großer Geschwindigkeit formiert sich in Hongkong ein wachsender und auf Dauer sicher lukrativer Markt in Renminbi (Yuan) und zahlreichen Finanzprodukten der chinesischen Währung. London will dies nicht mehr länger aus der Ferne beobachten, sondern einen Marktanteil dieses zukünftigen Geschäfts abzweigen. Wie in der City üblich, zogen Banken, Finanzministerium und die Stadtbehörde der Bankenmeile, die Corporation of London, an einem Strang – während Premierminister David Cameron in 10 Downing Street einen chinesischen Regierungsabgeordneten wegen der Ermordung eines britischen Geschäftsmannes in China zur Rede stellte, kündigte Schatzkanzler George Osborne im Herzen der Londoner City den Vorstoß der Bankenmeile „zum führenden Zentrum für internationales Geschäft in Renminbi" an.

Die Corporation of London veröffentlichte parallel dazu einen Marketingbericht über die Zukunft Londons als Finanzzentrum für den Devisenhandel in Renminbi und die Einführung von Finanzprodukten wie „Dim-Sum-Anleihen" (Anleihen in chinesischer Währung) und „China-Swaps". Gleichzeitig verlautete aus der Bank HSBC, die bisher als Emissionsführer der meisten Dim-Sum-Anleihen in Hongkong agierte, dass die Bank das erste Mal einen dreijährigen „Dim-Sum Bonds" in London auflegen werde mit einem Kupon von etwa 3 bis 3,25 Prozent. Bisher waren die Anleihen westlicher Emittenten wie Unilever, McDonalds, Caterpillar und Tesco über Hongkong an den Markt gebracht worden.

Hongkong: *Spielt Chinas Währung bald auch in London eine größere Rolle?* Foto AP

Londons Vorstoß wird von einer gemeinsamen Initiative der Regierung und mehrerer Banken forciert, zu denen neben der Bank of China, Barclays, HSBC und Standard Chartered auch die Deutsche Bank als einer der größten Konsortialführer an den Anleihemärkten auf der ganzen Welt gehört. Das Geschäft wäre nicht möglich ohne die von Peking aus angestoßene systematische Lockerung der Regulierung, welche die Konvertierbarkeit und Nutzung des Renminbi einschränkt. Gerade erst wurde die tägliche Schwankungsbereite der Währung auf 1 Prozent ausgeweitet.

Die Lockerung der zuvor sehr straffen Regulierung wurde zunächst im Jahr 2004 vorsichtig angekündigt. Die ersten Renminbi-Anleihen wurden allerdings erst im Jahr 2007 erlaubt, als auch ein grenzüberschreitendes Abwicklungssystem eingerichtet wurde. Erst 2010 wurde dann ausländischen Unternehmen und Banken gestattet, Renminbi-Konten und Abwicklungskonten zu eröffnen.

Die Vorschriften für Anleiheemissionen wurden anschließend weiter gelockert. Im vergangenen Jahr erhielten acht ausländische Banken Zugang zum inländischen Anleihemarkt (Panda-Anleihen). Eine wichtige Änderung war schließlich die von Peking erteilte Erlaubnis, dass auch umfangreichere ausländische Renminbi-Bestände auf Konten gehalten werden durften.

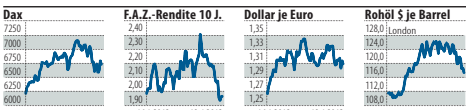
Innerhalb eines Jahres bildete sich außerhalb der Volksrepublik so ein liquider Bestand der Währung, der nun für Anlageprodukte genutzt werden kann. In Hongkong betragen die Einlagenbestände mittlerweile 589 Milliarden Renminbi – in London erst 35 Milliarden Renminbi. Der Vergleich zeigt, dass Londons Position im chinesischen Finanzgeschäft noch in den Kinderschuhen steckt und hinter Hongkong wohl zweitrangig bleiben wird.

Erst eine Handvoll Banken in London bietet Emissionsgeschäft in Renminbi an. Kompliziertere Produkte auf Renminbi werden für Unternehmen nur von einer sehr kleinen Gruppe Londoner Investmentbanken offeriert. Solange nämlich nicht geklärt ist, ob ausländische Emittenten die Erlöse aus ihren Renminbi-Emissionen für Investitionen in China nutzen dürfen, bleibt die Nachfrage nach der Begebung der Dim-Sum-Anleihen begrenzt. Anleger mit einem Interesse an Renminbi-Investitionen gibt es indessen genug.

Der Tagesumsatz im Devisenhandel in Renminbi beläuft sich in London derzeit auf umgerechnet 0,68 Milliarden Dollar, verglichen mit 2,7 Milliarden Dollar offshore weltweit und 15 Milliarden Dollar in Yuan am chinesischen Inlandsmarkt.

Die Börse heute

Microsoft liefert Zahlen



	17.4.	18.4.
F.A.Z.-Index	1512,38	1497,99
Dax 30	6801,00	6732,03
M-Dax	10747,35	10661,55
Tec-Dax	786,72	783,04
Euro Stoxx 50	2367,05	2327,84
Dow Jones	13115,54	13052,23*
Nasdaq Index	3042,82	3030,36*
Bund-Future	140,03	140,41**
Tagesgeld Frankfurt	0,25 %	0,25 %
3-Monats-Euribor	0,746 %	0,741 %

	17.4.	18.4.
Bundesanl.-Rendite 10 J.	1,67 %	1,64 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	1,96 %	1,96 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	2,00 %	1,98 % *
Gold, London ($/Unze)	1635,50	1644,00
Rohöl (London $/Barrel)	118,75	117,19**
1 Euro in Dollar	1,3132	1,3093
1 Euro in Pfund	0,8234	0,8192
1 Euro in Schw. Franken	1,2018	1,2032
1 Euro in Yen	105,96	106,64

*) Ortszeit 13.00 Uhr, **) Ortszeit 19.00 Uhr

Am Donnerstag berichtet der weltgrößte Softwarehersteller Microsoft über seine Quartalszahlen. Ebenso werden die Finanzkonzerne Bank of America, Morgan Stanley sowie der Telekom-Konzern Verizon und der Handyhersteller Nokia ihre Bilanzen präsentieren. In Deutschland stellen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihr Frühjahrsgutachten zur Konjunkturentwicklung vor. Mit Blick auf Konjunkturdaten stehen in den Vereinigten Staaten der Philadelphia-Fed-Index (April) auf der Agenda. Daten zum Verbrauchervertrauen im Euroraum kommen aus Brüssel. tim.

Der Emissionskalender

Emittenten halten sich zurück

Der Markt für neue Unternehmensanleihen hat sich in den vergangenen Wochen verhalten entwickelt. Neuemissionen sind zwar möglich, doch das Volumen ist im Vergleich zum ersten Quartal deutlich gesunken. Weltweit gab es bisher nach Zählung des Datendienstleisters Bloomberg in diesem Monat neue Unternehmensanleihen für 87 Milliarden Euro, das ist der schwächste Wert in diesem Jahr. Händler beobachten Zurückhaltung nicht nur bei den Investoren, die von der Schuldenkrise und der Rezession in weiten Teilen Europas verunsichert sind. Auch die Emittenten halten sich zurück, was etwas verwundert, da sie trotz der wieder zunehmenden Risikoscheu der Anleger zu günstigen Konditionen an Geld kommen können. Die durchschnittlichen Renditen der Unternehmenstitel liegen rund einen Prozentpunkt niedriger als während des Jahreshochs 2012, als sie noch mehr als 5 Prozent betrugen.

Angesichts des dünnen Angebots dürfte das Interesse der Anleger für die vorhandenen Neuemissionen umso größer sein. Das gilt auch für die Anleihen des österreichischen Motorradherstellers KTM. Das Unternehmen – mit vollem Namen KTM Power Sports AG – bringt Titel im Wert von 85 Millionen Euro auf den Markt. Die fünfjährige Anleihe ist mit 4,375 Prozent verzinst und verspricht bei einem Kurs von derzeit rund 102 Cent je Euro eine jährliche Rendite von knapp 4 Prozent. Vermarktet wird die Anleihe, die von keiner Ratingagentur bewertet ist, unter anderem von der österreichischen Erste Bank. Die Mehrheit an KTM halten mit 51 Prozent die beiden Investoren Stefan Pierer und Rudolf Knünz, die das Unternehmen nach Angaben eines KTM-Sprechers vor zwei Jahrzehnten aus der Insolvenz herausgekauft hatten. Mit 47 Prozent ist der indische Motorradhersteller Bajaj beteiligt. Die restlichen Anteile werden seit 2003 an der Wiener Börse gehandelt. Die Kleinaktionäre dürften mit ihrer Investition gemischte Gefühle verbinden. Der Kurs stieg in den ersten Jahren von gut 20 auf beinahe 60 Euro je Aktie, fiel in der Finanzkrise unter das Ausgangsniveau, sprang Ende 2010 in die Höhe und stagniert seit etwa einem Jahr bei etwa 40 Euro.

Auch zwei Anleihen von Kaufhausbetreibern könnten einen Blick wert sein. Für die kommenden Tage hat sich Galeries Lafayette mit einer siebenjährigen Anleihe über mindestens 300 Millionen Euro angekündigt, deren Details bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe allerdings noch nicht bekannt waren. Im Gespräch ist wohl eine Rendite von 5 Prozent. Das Konsortium wird von der Société Générale und HSBC geführt. Auf dem Markt gehandelt wird seit einigen Tagen schon die neue Anleihe des Herstellers und Händlers von Luxusgütern PPR. S&P bewertet die Bonität der Franzosen mit der Note „BBB". Schuldtitel von PPR zählen damit nach den Usancen auf dem Kapitalmarkt mit einem Sicherheitspuffer von zwei Ratingstufen zum Segment der soliden Werte (Investment Grade). Die Anleihe über 500 Millionen Euro wird in sieben Jahren getilgt und ist mit 3,125 Prozent verzinst.

Bei einem allenfalls durchschnittlichen Rating ist das keine allzu verlockende Verzinsung. Da bietet selbst die mit der Höchstnote AAA versehene neue Anleihe der Europäischen Union mit einer Rendite von 3,4 Prozent mehr. Allerdings müssen die Anleger bei diesen Schuldtiteln, über die sich die EU 1,8 Milliarden Euro verschafft hat, bis zum Jahr 2038 auf die Rückzahlung warten. Wegen der ungleich längeren Laufzeit sind auch die Zinsänderungsrisiken größer. Immerhin sind die Titel mit einer Mindestanlage von 1000 Euro auch für Privatanleger erschwinglich.

Die Rückstufung ist bei der sechsjährigen Staatsanleihe aus Litauen ein Hinderungsgrund. Litauen, das die Ratings „Baa1" von „BBB" von Moody's und Standard & Poor's erhalten hat, hat sich auf dem Kapitalmarkt 400 Millionen Euro verschafft. Wer sich den Kupon von jährlich 4,85 Prozent bis April 2018 sichern will, muss allerdings mindestens 100 000 Euro anlegen.

Dass die Stimmung sich in den vergangenen Wochen auf den Märkten zwar eingetrübt hat, die Lage gleichwohl aber nicht so schlecht ist wie noch Ende des vergangenen Jahres, wird durch das Angebot an neuen Bankanleihen belegt. Würde den Banken nur Misstrauen entgegenschlagen, wären ihre derzeitigen Neuemissionen nicht möglich. Selbst für Titel mit längerer Laufzeit finden solide Großbanken genügend Abnehmer, was für die Stabilität des Finanzsystems ein ermutigendes Indiz ist.

BNP Paribas zum Beispiel hat gerade variabel verzinste Titel für 1,3 Milliarden Euro begeben. Unicredit bietet derzeit einen neuen Pfandbrief für eine halbe Milliarde Euro an, der eine Laufzeit von sieben Jahren hat. Von der spanischen Großbank Santander kommt ein in Pfund denominierter Covered Bond – so heißen Pfandbriefe und andere mit Krediten besicherte Bankanleihen im Fachjargon. Der Zugang der Banken zum Kapitalmarkt ist ein gutes Zeichen. Doch eine wirkliche Stabilisierung der Situation wird es wohl erst geben, wenn auch die Bonität der Staaten nicht mehr von den Anlegern in Zweifel gezogen wird. Davon kann angesichts der hohen Risikoprämien für die finanzschwachen Euroländer vorerst jedoch keine Rede sein. Hinweise, wie sich die Finanzierungsbedingungen für Spanien entwickeln, bringt die Auktion neuer Schuldtitel an diesem Donnerstag. STEFAN RUHKAMP

Banken arbeiten zu kompliziert

Unternehmensberater BCG rät zu Kundenorientierung und Kostensenkungen / „Kunde versteht seine Bank nicht"

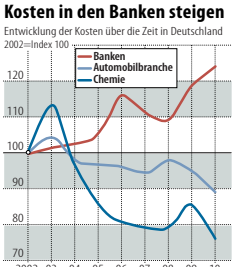
ham. FRANKFURT, 18. April. Die Erträge von Banken in Deutschland werden in den kommenden Jahren bestenfalls stagnieren. Ihre Gewinne und damit die Renditen auf das Eigenkapital werden sogar noch sinken, in zwei bis drei Jahren auf höchstens 15 Prozent steigen und damit noch lange nicht das Vorkrisenniveau der Jahre 2003 bis 2007 erreichen. Diesen pessimistischen Ausblick gab am Mittwoch in Frankfurt die Boston Consulting Group (BCG), eine der führenden Strategieberatungen in Deutschland. Geschäftsführer Rüdiger Filbry rät Banken, auf dieses ungewohnte Marktumfeld nicht nur mit Kostensenkungen zu reagieren. Sie sollten auch die Kundenbedürfnisse stärker in den Blick nehmen. Beides gelinge, indem sie die Komplexität verringerten.

Der bei BCG für Privatkunden zuständige Partner Reinhard Messenböck kritisierte Banken dafür, dass ihre Produktentwicklung und die sie begleitende Kommunikation selten auf den Privatkunden zugeschnitten sein. Viele Informationen an die Kunden seien formuliert, um für die Bank juristisch wasserdicht zu sein oder schienen aus der Perspektive des Prozessprogrammierers abgefasst. „Der Kunde versteht das nicht", sagt Messenböck. Die „In-House-Denke" müsse umgekehrt, die Dinge von den Banken mehr aus der Empfängersicht durchdrungen werden. Banken, die dies vorbildlich täten, seien die Commonwealth Bank of Australia, der TD Canada Trust und die holländische ABN Amro. So habe eine der Banken festgestellt, dass von ursprünglich 14 „Sparanlagen" vier ausreichten. „Der Kunde versteht diese vier besser, auch der Bankkundenberater kennt sich besser aus, und die Prozesse in der Informationstechnik der Bank lassen sich vereinfachen", nennt Messenböck als Vorteile dieser Komplexitätsverringerung. „Oft ist weniger mehr."

BCG kritisiert, dass viele Banken in den vergangenen Jahren zwar punktuell Kostensenkungsprogramme angestoßen haben, diese aber anders als etwa in der Automobil- oder Chemieindustrie nicht zu dauerhaft niedrigerem Aufwand geführt habe. So stiegen die Kosten in Banken im Durchschnitt seit 2002 jährlich um 3 Prozent, während sie in der Automobilindustrie um 1 und in der Chemieindustrie sogar um 3 Prozent jährlich abnahmen (siehe Grafik). „Banken müssen in Richtung 20, 30 Prozent Kostensenkung denken. Das wird der Markt für profitables Geschäft fordern", heißt es bei BCG. „Am Ende wird bei weniger Geschäften auch die Zahl der Mitarbeiter sinken", sagt Geschäftsführer Filbry. Im Investmentbanking sänken in vielen Häusern die Vergütungen schon deutlich.

Die neue Bankenregulierung („Basel III") führe dazu, dass Banken sich derzeit nicht vorrangig an der zu erwartenden Rendite von Geschäften ausrichteten. Vielmehr seien die maßgeblichen Banksteuerungsgrößen Eigenkapital und Liquidität, die je nach Geschäft in unterschiedlicher Höhe vorgehalten werden müssen. Insgesamt müssen die europäischen Banken um 30 Prozent schrumpfen oder neues Eigenkapital aufnehmen, um künftige Eigenkapitalanforderungen einzuhalten. Vor allem werde Geschäft abgebaut. Einige Lebensversicherer, die wegen der niedrigen Zinsen für Bundesanleihen Anlagen suchen, hätten Banken kleine Kreditpakete abgekauft. „Das waren Testballons, da kommt noch mehr", sagt Filbry.

Kosten in den Banken steigen



Quelle: Boston Consulting F.A.Z.-Grafik Niebel

In Schutz nimmt BCG Banken, die den Abbau von risikorelevantem Geschäftsvolumen auch erreichen, indem sie ihre interne Risikomessung verändern. So hatte die Commerzbank mit dem Plan Aufsehen erregt, dass sie die Hälfte ihres bis Mitte des Jahres in der Bilanz nötigen Risikoabbaus von 34 Milliarden Euro umsetzen wolle, indem sie bisher nicht berücksichtigte Kreditsicherheiten in zudem veränderte Risikomesssysteme eingepflegt. „Das ist nichts Böses", sagt Filbry. Bisher habe schlicht keine Notwendigkeit für Banken bestanden, die Höhe ihrer Risiken genau zu erfassen. „Ich vermute, dass alle Banken derzeit mit der Sicherheitennacherfassung beschäftigt sind", sagt Filbry. Allein die Commerzbank hat dafür 200 Mitarbeiter abgestellt.

ANZEIGE

Heute

In Japans Fußstapfen

Richard Koo, Ökonom der Bank Nomura, erklärt, warum viele wirtschaftliche Gesetze momentan nicht gelten, was zu tun ist und dass er einen Besuch bei der Deutschen Bundesbank überlebt hat. **Seite 20**

Begehrte Industriemetalle

Wegen steigender Preise und einer höheren Nachfrage reißen sich die Anleger nach einer kurzen Flaute wieder um Gold, Öl und Kupfer. Erfahrene Analysten glauben, dass dieser Trend andauert. **Seite 21**

Sport

Lokomotive der Liga

Zuschauerkrösus sind die Berlin Recycling Volleys schon, jetzt wollen sie am Sonntag im entscheidenden Spiel bei Generali Haching auch deutscher Meister werden. **Seite 25**

Boxen auf Kufen

In den Play-off-Spielen der nordamerikanischen Eishockey-Profiliga NHL wird mehr wild geprügelt als gekonnt gespielt, die Strafen sind milde – und die Fernseh-Einschaltquoten steigen. **Seite 25**

Immobilien-Dachfonds wird eingefroren

hlr. FRANKFURT, 18. April. Allianz Global Investors friert nun auch den Immobilien-Dachfonds Allianz Flexi Immo ein. Die Rücknahme von Anteilen des 170 Millionen Euro schweren Fonds werde bis auf weiteres ausgesetzt, teilte die Allianz am Mittwoch mit. Schon im September 2010 hatte die Allianz den Immobilien-Dachfonds Premium Management Immobilienanlagen geschlossen. Die Krise der offenen Immobilienfonds bringt viele Dachfonds, die in diese Produkte investieren, in Bedrängnis. Anfang April hatte die DWS, die Fondsgesellschaft der Deutschen Bank, den DWS Immoflex Vermögensmandat geschlossen. Anders als offene Immobilienfonds, bei denen die Rücknahme von Anteilen maximal zwei Jahre ausgesetzt werden darf, gilt eine solche Regelung für Immobilien-Dachfonds nicht. Dennoch löst die Allianz den Premium Management endgültig auf.

Paulson setzt auf die Euro-Krise

Angeblich wettet der Fondsmanager gegen Deutschland

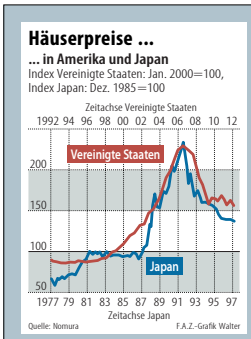
FRANKFURT, 18. April (Reuters). Der amerikanische Hedgefonds-Manager John Paulson wettet darauf, dass sich die Euro-Krise wieder zuspitzt. Das sagten zwei mit der Sache vertraute Personen. Paulson habe seine Strategie zu Wochenbeginn während einer Telefonkonferenz mit Investoren erläutert. Demnach spekuliert er seit einiger Zeit mit Optionsgeschäften auf sinkende Kurse europäischer Staatsanleihen und kauft zudem Kreditausfallderivate (CDS), um sich gegen einen Komplettausfall abzusichern. Nach Angaben der „Financial Times" wettet Paulson insbesondere auf eine schlechtere Bonität Deutschlands, dessen Anleihen bislang ein sicherer Hafen sind. Paulson gehe davon aus, dass auch Deutschland in den Strudel der Schuldenkrise gerate, wenn sich die Lage in den nächsten Monaten zuspitze. Ein Sprecher Paulsons lehnte eine Stellungnahme ab. An den europäischen Staatsanleihemärkten standen zuletzt vor allem die Kurse spanischer Schuldtitel unter Druck. Debattiert wird dabei, ob das spanische Bankensystem Hilfe in Milliardenhöhe braucht.

Äußerungen über Paulsons Anlagestrategie werden an den Märkten beachtet. Der Hedgefonds-Manager wurde berühmt, weil er den Zusammenbruch des amerikanischen Häusermarktes vorhersah, darauf setzte und damit Milliarden verdiente. Der heute 56 Jahre alte Fondsmanager wettete 2007 erfolgreich vor allem gegen den Markt mit Hypotheken niedriger Qualität (Subprime). 2011 war allerdings ein mageres Jahr für Paulsons Fonds, die insgesamt rund 24 Milliarden Dollar verwalten. Nun steht Paulson unter besonderem Druck, wieder hohe Renditen zu erzielen.

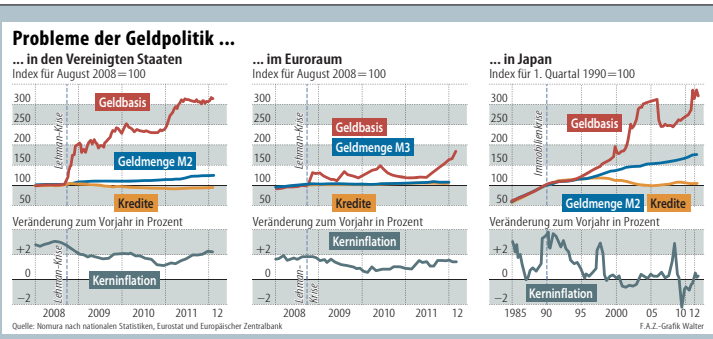
Internationale Neuemissionen

Emittent	ISIN-Nr.	Betrag Währung	Mio.	Zinsen (Prozent)	Fälligkeit	Ausgabekurs (Prozent)	Rating[1]	Mindestanlage in Tsd.
LB Hessen-Thüringen	XS0775280166	Euro	1000	2,000	04/2019	99,9	-/-	100
Litauen	XS0772910831	Euro	400	4,850	02/2018	103,2	Baa1/-	100
PPR	FR0011236983	Euro	500	3,125	04/2019	99,3	-/BBB	1
KTM Power Sports	AT0000A0UJP7	Euro	85	4,375	04/2017	101,4	-/-	0,5
Gecina	FR0011233337	Euro	650	4,750	04/2019	99,5	Baa3/	100
Peugeot	-	Euro	600	5,625	07/2017	-	Ba1/BB+	1
Axa Bank	FR0011232404	Euro	1000	2,250	04/2017	99,9	Aaa/	100
Bremer Landesbank	DE000BRL8776	Euro	100	2,375	12/2016	-	A2/	1
Lowes Companies	US548661CW57	Dollar	750	3,120	04/2022[2]	99,9	A3/A-	2
Indonesien	USY20721BC22	Dollar	2000	3,750	04/2022	99,2	Baa3/BB+	200
Indonesien	USY20721BB49	Dollar	2250	5,250	01/2042	98,1	Baa3/BB+	200
Autozone	US053332AM44	Dollar	500	3,700	04/2022[2]	99,9	-/BBB	2
KfW	US500769FC35	Dollar	4000	0,625	04/2015	99,7	Aaa/-	1
Nesco LLC	US0640066AA81	Dollar	280	11,750	04/2017[2]	98,2	Caa1/-	2
Vivendi	USF1754PAD62	Dollar	800	4,750	04/2022	99,7	Baa2/-	2
Vivendi	USF1754PAC89	Dollar	650	3,450	01/2018	99,9	Baa2/-	2
Toyota Credit Canada	XS0773207336	Kanad. Dollar	100	2,250	04/2016	101,2	-/-	1
EIB	XS0773059042	Schw. Kronen	1000	3,000	04/2019	99,4	Aaa/-	10
Lloyds TSB Bank	XS0772327614	Türk. Lira	28	0,500	04/2016	73,4	-/-	10
Delhaize Group	US24668PAF45	Dollar	300	4,125	04/2019	99,8	Baa3/	2

Quelle: Bloomberg. [1]) Bewertung der Bonität durch die Agenturen Moody's (links) und Standard & Poor's (rechts). [2]) Vorzeitig kündbar.



Kräne in Tokio Foto Bloomberg



Japan: Vor der Bilanzrezession steht ein Boom an einem Vermögensmarkt

Die Grafik oben links lässt nach den Worten Richard Koos auch den lautesten Amerikaner verstummen. Sie zeigt zeitversetzt die Entwicklung der Immobilienpreise in Japan und in den Vereinigten Staaten vor und während eines Booms am Immobilienmarkt sowie in den Jahren danach. Für Japan sind die Immobilienpreise in den Jahren 1977 bis 1999 anhand eines Immobilienpreisindex für den Großraum Tokio dargestellt. Für die Vereinigten Staaten ist ein Immobilienpreisindex für zehn große Städte abgebildet. Er umfasst die Jahre 1992 bis 2012. Die Parallelität ist offensichtlich.

Die drei Grafiken oben rechts zeigen die Schwierigkeiten, in die Geldpolitik nach dem Ende eines Booms an einem Vermögensmarkt gerät, wenn anschließend Unternehmen, Haushalte und Banken anfangen, ihre Verschuldung zu reduzieren („Bilanzrezession"). In normalen Zeiten besteht ein einigermaßen zuverlässiger Zusammenhang zwischen der Geldbasis (Bargeld plus Einlagen der Banken bei der Zentralbank), auf die Geldpolitik noch den direktesten Zugriff besitzt, und breiter gefassten Geldmengen wie M2 oder M3 (die für die Geldausstattung von Unternehmen und privaten Haushalten stehen) sowie den in einem Land vergebenen Krediten an Unternehmen und Privatpersonen. Dieser Zusammenhang galt in Japan bis zum Ende des Booms am Immobilienmarkt im Jahre 1990 und in den Vereinigten Staaten sowie im Euroraum bis zum Untergang von Lehman Brothers im Herbst 2008. Mit dem Krisenausbruch haben die Zentralbanken in Tokio, Washington, Frankfurt und London die Geldbasis erheblich steigen lassen – zum Beispiel durch Wertpapierkäufe oder zusätzliche Kredite an Banken. Aber die breiter gefassten Geldmengen und erst recht die Kreditmengen reagieren auf diese Stimuli nicht richtig. Daher sind auch die Inflationsraten bisher kaum gestiegen.

Als Maß für Geldentwertung dient die bei Ökonomen verbreitete, aber nicht unumstrittene Kerninflation. Sie beschreibt die Inflationsrate abzüglich Energiepreisen und indirekten Steuern, weil Zentralbanken darauf keinen Einfluss hätten. Jedoch sind viele Fachleute der Ansicht, dass die expansive Geldpolitik im Westen zu höheren Energiepreisen beiträgt. gb.

Im Gespräch: Richard Koo, Chefvolkswirt des Nomura Research Institute in Tokio

„Amerika und Europa nähern sich Japan an"

Wenn eine kreditfinanzierte Blase platzt, müssen Unternehmen und Privatpersonen oft sparen. Richard Koo nennt das Bilanzrezession. In ihr gelten manche traditionellen Weisheiten nicht. Und sie kann lange dauern.

Richard Koo Foto Nomura

Herr Koo, Sie haben den Begriff Bilanzrezession geprägt. Was ist das?

Eine Bilanzrezession kennzeichnet eine Situation, in der Unternehmen und private Haushalte nach einer Spekulationsblase ihre Verschuldung sogar bei Zinssätzen nahe der Null-Prozent-Marke reduzieren müssen. Das heißt, die private Ersparnis nimmt deutlich zu. In dieser Situation gelten viele normale ökonomische Sachverhalte nicht mehr. So maximieren in einer Bilanzrezession die Unternehmen nicht länger ihre Gewinne. Stattdessen minimieren sie notgedrungen ihre oft zu hohe Verschuldung, weil sie ansonsten ihre Kreditwürdigkeit zu verlieren drohen. In Japan haben wir eine Bilanzrezession nach dem Platzen der Immobilienpreisblase im Jahr 1990 gesehen. In Amerika und Teilen Europas sehen wir sie seit dem Ausbruch der jüngsten Krise. Die Parallelen sind frappierend.

Sie unterscheiden zwischen einer gewöhnlichen Finanzkrise und einer Bilanzrezession. Wie?

In einer Finanzkrise steht der Geldgeber im Mittelpunkt. In einer Bilanzrezession steht der Kreditnehmer im Mittelpunkt, weil er um seine Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit fürchtet.

Was ist in einer Bilanzrezession zu tun?

Zunächst muss man erkennen, dass in einer Bilanzrezession die Geldpolitik nicht mehr richtig funktioniert. In normalen Fällen stehen die Geldbasis, die Geldmenge und das Kreditvolumen in einem Zusammenhang. Das war in Japan bis zum Platzen der Immobilienpreisblase 1990 und in den Vereinigten Staaten sowie in Europa bis zum Zusammenbruch von Lehman Brothers im Herbst 2008 so. Seitdem ist der Zusammenhang gestört. Die Zentralbanken haben in Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und im Euroraum die Geldbasis sehr stark ausgeweitet. Allerdings steht dem kein entsprechendes Wachstum der Geldmenge entgegen, und das Kreditvolumen hat sich häufig negativ entwickelt. Nach den vorangegangenen Übertreibungen müssen die Unternehmen und die privaten Haushalte ihre Verschuldung reduzieren. In einer solchen Bilanzrezession ist die Nachfrage nach zusätzlichen Krediten in der Privatwirtschaft notwendigerweise schwach. Deshalb gibt es kein starkes Kreditwachstum, und deshalb ist Inflation keine ernsthafte Gefahr. Wenn es nicht genügend potentielle Kreditnehmer gibt, kann die Geldpolitik nicht richtig funktionieren.

Und was soll man machen?

Der Staat muss die hohen Ersparnisse von Unternehmen und privaten Haushalten aufnehmen. Im schlimmsten Fall droht ansonsten eine schwere Depression wie in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts. Viele Ausländer haben Japan den Vorwurf gemacht, unsere Konjunkturprogramme hätten nichts gebracht. Das stimmt nicht. Wir haben in einer schweren und langjährigen Bilanzrezession einen Einbruch der Konjunktur verhindert und sogar ein leichtes Wirtschaftswachstum erzielt. Damit haben wir es dem privaten Sektor ermöglicht, Einnahmen zu erzielen, um seine Bilanzen zu reparieren. Wir haben allerdings zweimal verfrüht Austeritätspolitik betrieben, die uns teuer zu stehen kam, weil wir anschließend mit hohen zusätzlichen Staatsschulden die Konjunktur vor einem neuerlichen Absturz bewahren mussten.

Das klingt keynesianisch, oder?

Nein. Ich bin definitiv kein Keynesianer. Ich fordere nicht bei jeder Konjunkturschwäche expansive Finanzpolitik. Ich fordere mehr staatliche Kredite ausschließlich für den Fall einer Bilanzrezession, wenn die Unternehmen sich nicht verschulden können, sondern sparen müssen. Eine Bilanzrezession kommt aber vielleicht alle 70 Jahre einmal vor. Wenn danach normale Verhältnisse im Privatsektor einkehren, kann man anfangen, die Staatsverschuldung zu reduzieren.

In vielen Ländern sind die Renditen für Staatsanleihen in den vergangenen Jahren gefallen. Manche Marktteilnehmer sagen, es handele sich um eine Spekulationsblase. Stimmen Sie dem zu?

Nein. Es handelt sich nicht um eine Blase. Wenn die Regierungen als einzige Kreditnehmer übrig bleiben, werden die Geldgeber Staatsanleihen kaufen müssen. Die starke Nachfrage nach Staatsanleihen lässt die Preise steigen und die Renditen sinken. Wo sollen Großanleger in einer Bilanzrezession ihr Geld anlegen? Aktien und auf Fremdwährungen lautende Assets sind riskant und nicht jedermanns Sache. Wenn die Unternehmen ihre Verschuldung abbauen, ist das Angebot an Unternehmensanleihen knapp. Die Staatsanleihe ist als relativ sichere und liquide Anlage in einer solchen Situation sehr attraktiv, auch wenn sie keine hohe Rendite bringt.

Wie erklären Sie die hohen Renditen zum Beispiel in Spanien und Portugal?

Das ist eine Folge der Währungsunion. Ein Anleger in Spanien oder Portugal kann Euro-Staatsanleihen kaufen, ohne heimische Titel erwerben zu müssen, wenn sie ihm zu unsicher erscheinen. Er kann zum Beispiel deutsche Bundesanleihen kaufen, und das geschieht ja auch. Ich habe kürzlich auf einer Veranstaltung in Madrid anwesende Vermögensverwalter gefragt: ‚Wer von Ihnen hat in jüngster Zeit in Deutschland investiert?' Alle Hände gingen hoch – ausnahmslos. Die Teilnehmer waren selbst darüber erstaunt. Diese Kapitalflucht ist eine große Herausforderung für die Währungsunion.

Befindet sich der Euroraum in einer Bilanzrezession?

Länder wie Spanien, Portugal und Irland befinden sich in einer Bilanzrezession, weil deren Privatwirtschaft Geld zu nahe der Null-Prozent-Marke liegenden Zinssätzen spart und es in diesen Ländern in der Vergangenheit eine kreditfinanzierte Spekulationsblase gegeben hat. Deutschland, Italien und Griechenland befinden sich nicht in einer Bilanzrezession. Die Ursache der Probleme Griechenlands sind nicht in Spekulationsblasen zu suchen.

Wie sehen Sie die Rolle der Europäischen Zentralbank?

Ich finde die Politik der EZB unter der Führung Mario Draghis gut, weil er durch großzügige Zuteilung von Liquidität die Finanzierungsschwierigkeiten der Banken gemildert hat. Aber man darf von der EZB nicht zu viel erwarten. Denn die Geldpolitik kann nichts gegen eine Bilanzrezession unternehmen. Das muss die Finanzpolitik tun.

Aus Ihrer Sicht ist die Forderung an Spanien, den Staatshaushalt zu konsolidieren, falsch?

Es ist falsch, Spanien zu einer scharfen Haushaltskonsolidierung zu zwingen, solange die Bilanzrezession dort noch andauert. Erst nach ihrem Ende darf die Konsolidierung des Staatshaushalts angepackt werden. Eine Alternative zu fiskalpolitischen Impulsen ist Exportwachstum, aber nicht jedes Land kann sich mit Exporten aus einer Krise befreien.

Sie sind auch sehr kritisch gegenüber den neuen Eigenkapitalanforderungen in Europa. Warum?

Ich habe in zwei Bankenkrisen Verantwortung getragen und weiß: Wenn die Banken nicht in der Lage sind, Kredite zu vergeben, kann sich keine Wirtschaft erholen. Verschärfte Eigenkapitalanforderungen in der aktuellen Situation wirken prozyklisch. Weil sich viele Banken das Eigenkapital nicht am Markt besorgen können, reduzieren sie ihr Geschäft. Derzeit werden von europäischen Banken Geschäfte rund um den Globus zu Ausverkaufspreisen angeboten. Das ist schädlich für den gesamten Bankenmarkt. Die Banken müssten stattdessen ermuntert werden, weiterhin im Markt zu bleiben.

Wie das?

Ich war im Jahre 1982 bei der Federal Reserve Bank of New York für Konsortialkredite verantwortlich, als die mexikanische Schuldenkrise ausbrach. Damals wollten viele Banken sich so schnell wie möglich von mexikanischen Anleihen und Krediten trennen, was aus der individuellen Sicht jeder Bank verständlich war. Ein Zusammenbruch der Preise für mexikanische Assets hätte aber viele Banken in Schwierigkeiten gebracht. Wir bei der Fed haben damals unter Führung Paul Volckers die amerikanischen Banken dazu bewogen, ihre Engagements in Mexiko zu halten, obwohl wir alle wussten, dass Mexiko insolvent war. Andere Industrienationen sind damals dem amerikanischen Beispiel gefolgt und haben ihre Banken dazu angehalten, ebenfalls in Mexiko investiert zu bleiben. Damit wurden schwere Marktturbulenzen verhindert und Zeit für eine geordnete Umschuldung Mexikos gewonnen, die ungefähr zehn Jahre dauerte. Aus diesem Beispiel kann man viel lernen.

Was können wir daraus lernen?

Das Problem der europäischen Banken beschränkt sich nicht auf einzelne Häuser. Alle Banken haben die gleichen Assets in ihren Büchern, um deren Werthaltigkeit sie fürchten. In einer solchen Situation darf eine Aufsicht keine orthodoxe Politik betreiben und Banken durch Regulierungen zu Verkäufen von Assets zwingen, weil unter einem Fall der Preise alle Banken leiden könnten. Bei dieser Art systemischer Bankenkrise gibt es nichts Wichtigeres, als Zeit zu gewinnen, um die fundamentalen Probleme zu lösen.

Was wäre im Euroraum zu tun?

In kurzer Sicht müsste es – sei es von der Europäischen Union, sei es von der EZB – eine Blankogarantie für die Sicherheit der Einlagen in den europäischen Banken geben. Außerdem dürfen vorübergehende staatliche Einschüsse in das Eigenkapital von Banken kein Tabu sein, so wie es die Amerikaner nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers mit ihren großen Banken getan haben. Auf lange Sicht hätte ich einen sehr unkonventionellen Vorschlag: Alle Mitgliedsländer der Eurozone dürfen sich nur noch in ihrem eigenen Lande verschulden. Ausländer dürfen keine Staatspapiere mehr halten. Damit würde das Potential für eine Staatsschuldenkrise sehr verringert.

Wie passt dieser Vorschlag zum Gedanken eines gemeinsamen Marktes?

Die Produktivitätsgewinne aus dem Binnenmarkt fließen nur dem Privatsektor zu. Mein Konzept wird alle Gewinne erhalten, weil das Fundraising der Privatwirtschaft nicht betroffen sein wird.

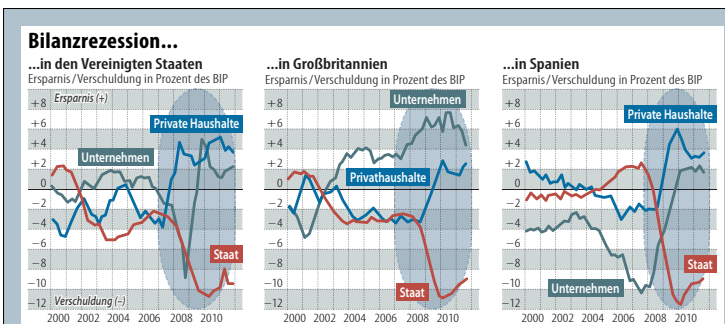
Sie haben Ihr Konzept vielen Regierungen und Zentralbanken vorgestellt. Wie sind die Reaktionen?

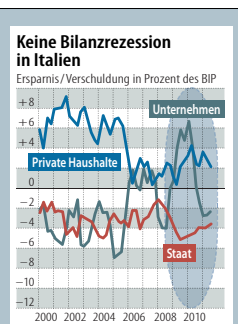
Die Reaktionen zeigen eine größere Aufgeschlossenheit. Das gilt etwa für Ben Bernanke und die Führung der Fed.

Kürzlich haben Sie auch in der Bundesbank vorgetragen. Wie war das?

Wie Sie sehen, bin ich noch am Leben.

Das Gespräch führte **Gerald Braunberger.**





Spanien: Dramatische Anpassungsprozesse in kurzer Zeit

Der 1954 in Taiwan geborene und in den Vereinigten Staaten ausgebildete Ökonom Richard Koo prägte den Begriff „Bilanzrezession" in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre beim Studium der Krise in Japan. Heute lassen sich ihre Phänomene in anderen Ländern beobachten. In den Vereinigten Staaten haben die Unternehmen und die privaten Haushalte über viele Jahre sich permanent netto verschuldet. Die privaten Haushalte begannen im Jahr 2006 – also kurz vor dem Ausbruch der Finanzkrise – zu sparen. Die amerikanischen Unternehmen folgten im Jahre 2008 nach dem Untergang von Lehman Brothers. Unternehmen und Privatpersonen sparen trotz rekordniedriger Zinsen, weil sie ihre Verschuldung als bedrohlich hoch ansehen. Die Ersparnis wird vom Staat absorbiert, der sein Defizit deutlich ausweitet.

In Großbritannien haben die Unternehmen ihre Verschuldung schon seit rund 10 Jahren reduziert. Seit der Krise sparen nun auch die privaten Haushalte.

Geradezu dramatisch sehen in der Grafik die Anpassungsprozesse in Spanien aus. Hier haben die Unternehmen mit Ausbruch der Krise ihre hohe Verschuldungsneigung eingestellt und innerhalb kurzer Zeit angefangen, ihre Verschuldung zu reduzieren. Mit anderen Worten: zu sparen. Auch die spanischen privaten Haushalte haben in der Krise notgedrungen angefangen, zu sparen, anstatt sich länger zu verschulden. Im Gegenzug hat sich die Verschuldung des spanischen Staates, die vor der Krise sogar rückläufig war, gewaltig erhöht.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht müssten die von Unternehmen und privaten Haushalten gebildeten Ersparnisse nicht zwingend vom Staat aufgenommen werden. Man könnte die Ersparnisse zumindest zum Teil im Ausland anlegen. Ein Netto-Kapitalexport eines Landes geht aber mit einem Leistungsbilanzüberschuss einher. Die Besserung der oft defizitären Leistungsbilanz ist ein Ziel der in der Peripherie verfolgten Reformpolitik. Aber nicht jedes Land wird sich durch zusätzliche Exporte in kurzer Zeit aus der Krise befreien können.

Unterschiede in der Peripherie zeigt Italien. Dort wie auch in Frankreich sind keine Anzeichen einer ausgeprägten Bilanzrezession zu sehen. In Italien und Frankreich sparen die privaten Haushalte traditionell, und in beiden Ländern gab es keine sehr großen Spekulationsblasen. gb.

Relikte des spanischen Immobilienbooms Foto Matthias Lüdecke

Anleger greifen bei Rohstoffen wieder vermehrt zu

Investoren legen vor allem in Kupfer, Gold und Öl mehr Kapital an. Im ersten Quartal stieg das weltweit verwaltete Vermögen auf Rekordhöhe.

Kupferlieferung in Chile: *Im ersten Quartal waren zyklische Rohstoffe wie Industriemetalle gefragt.* Foto Reuters

tim. FRANKFURT, 18. April. Im vergangenen Jahr hatten sich viele Investoren aus dem Rohstoffmarkt zurückgezogen. Doch nun gehen sie wieder höhere Risiken ein und legen verstärkt Geld in Rohstoffen an. Die wachsende Nachfrage sowie die höheren Preise der Rohstoffe haben das weltweit verwaltete Vermögen in börsennotierten Rohstoffprodukten im ersten Quartal dieses Jahres um 19 Milliarden Dollar auf 189 Milliarden Dollar steigen lassen. Das ist der bisher höchste Wert zum Ende eines Quartals.

Dies berichtete ETF Securities am Mittwoch. Das Unternehmen ist der größte Anbieter in Europa für ETP und verwaltet 27 Milliarden Dollar. Der Begriff ETP bezeichnet börsennotierte Wertpapiere wie Exchange Traded Funds (ETF), Exchange Traded Commodities (ETC) und Exchange Traded Notes (ETN). Sie bilden die Preisentwicklung von Rohstoffen ab. Da neben Privatanlegern auch viele Großanleger die meisten Rohstoffe nicht physisch kaufen wollen, können sie über ETP an der Preisentwicklung von Rohstoffen teilnehmen. Rohstoffe sind im Vergleich zu Aktien allerdings deutlich risikoreicher, da die Preise zum Teil erheblich schwanken.

Nicholas Brooks, der bei ETF Securities die Analyseabteilung leitet, sagte: „Verbesserte Konjunkturdaten in den Vereinigten Staaten, eine lockere Geldpolitik der Notenbanken wie der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie eine geordnete Restrukturierung der griechischen Schuldenkrise erhöhten die Nachfrage nach risikoreicheren Anlagen."

Von Januar bis Ende März flossen 7,5 Milliarden Dollar in die börsennotierten Rohstoffprodukte. Damit stiegen die Nettomittelzuflüsse so stark wie zuletzt im zweiten Quartal 2010. Im ersten Quartal habe besonders die Nachfrage nach zyklischen Rohstoffen wie Industriemetallen zugelegt, darunter zum Beispiel Kupfer, Zinn und Rohöl.

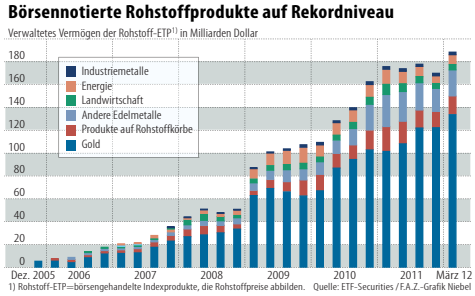
Mit Blick auf Rohöl hat nicht nur die höhere Ölnachfrage in aufstrebenden Ländern wie China für steigende Preise und Investoreninteresse gesorgt. Die Iran-Krise und damit die Sorge vor Versorgungsproblemen am Ölmarkt trug dazu bei, dass die Ölpreise in den vergangenen Monaten erheblich zulegten. Diesen Monat sanken sie allerdings wieder etwas. Nach Angaben von ETF Securities hätten sich Investoren mit den Rohstoffprodukten auf Öl verstärkt gegen Preissteigerungen absichern wollen.

Zudem verzeichneten Kupfer-ETP Rekordzuflüsse: Im ersten Quartal waren es 248 Millionen Dollar. Verbesserte Wirtschaftsdaten, eine hohe Nachfrage in China, sinkende Bestände in den Lagerhäusern der London Metal Exchange (LME) und Lieferprobleme in wichtigen Minen hätten den Kupferpreis getrieben und für eine wachsende Anlegernachfrage gesorgt.

Obwohl das Edelmetall Gold sich zuletzt verbilligt hatte, sei die Nachfrage nach Gold „robust", heißt es bei ETF Securities. Das Edelmetall sei weiterhin als Krisenwährung gefragt, auch wenn die Investoren eine weitere Lockerung der Geldpolitik so bald nicht erwarten würden. Gold-ETP haben im ersten Quartal einen Zufluss von 3,6 Milliarden Dollar verzeichnet. Hingegen waren in den ersten drei Monaten die Agrarrohstoffe weniger gefragt: „Agrarrohstoffe sind zuletzt in Ungnade gefallen, allerdings verlangsamt sich der Kapitalabfluss", sagte Nicholas Brooks. So hatte sich das Angebot für viele Agrarrohstoffe verbessert, die Preise gaben nach, „und Investoren reduzierten ihre Positionen in diesem Segment", sagte Brooks.

Mit Blick auf die kommenden Monate urteilt Brooks, dass die Nachfrage nach Rohstoff-ETP anhalten sollte. Zum einen sei unwahrscheinlich, dass die Iran-Krise in naher Zukunft gelöst werde. Außerdem blieben die Faktoren, die die Goldnachfrage langfristig stützen sollten, bestehen. In Zeiten niedriger Realzinsen würden Anleger Gold-ETP kaufen, um sich gegen Währungsabwertungen und höhere Inflationsraten abzusichern. Allerdings sei entscheidend, wie es mit der Wirtschaftserholung in den Vereinigten Staaten weitergehe. Weitere Risiken seien zudem die konjunkturelle Lage in China sowie die Entwicklung der Schuldenkrise in Europa.

Börsennotierte Rohstoffprodukte auf Rekordniveau



1) Rohstoff-ETP=börsengehandelte Indexprodukte, die Rohstoffpreise abbilden. Quelle: ETF-Securities / F.A.Z.-Grafik Niebel

Teil von Merrill Lynch zum Verkauf

Deutsche Bank bietet wohl nicht für private Vermögen

ham. FRANKFURT, 18. April. Die Bank of America holt in dieser Woche erste Gebote ein für ihre zum Verkauf gestellte Vermögensverwaltung für hochvermögende private Kunden im Ausland. Die Sparte der Tochterbank Merrill Lynch verfüge mit 90 Milliarden Dollar an Kundengeldern nicht über die kritische Masse, um rentabel genug zu sein, heißt es. Deshalb wolle sich die Bank of America, auf dem heimischen Markt der größte Vermögensverwalter, von diesem Auslandsgeschäft trennen. Die Deutsche Bank ist daran dem Vernehmen nach nicht interessiert.

Die Bank of America hatte Merrill Lynch kurz vor Ausbruch der Finanzkrise im September 2008 mit Aktien im Wert von 50 Milliarden Dollar gekauft. Sie gehört zu den amerikanischen Banken, die am stärksten von Klagen im Zuge der Hypothekenkrise betroffen ist. Viele Analysten fordern, die Bank solle sich von Randaktivitäten trennen, um sich einen größeren Kapitalpuffer zuzulegen. Dem Vernehmen nach hofft Bank of America nun auf einen Verkaufserlös von rund 3 Milliarden Dollar.

Als mögliche Bieter gelten Schweizer Banken wie UBS, Credit Suisse und Julius Bär ebenso wie amerikanische Häuser wie JP Morgan Chase oder Wells Fargo. Die Deutsche Bank will sich offenbar nicht um einen Kauf bemühen. Dies liegt keineswegs daran, dass sie Teile ihrer Vermögensverwaltung an Guggenheim verkaufen will. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Vermögensverwaltung für institutionelle Anleger wie Versicherer und Pensionsfonds. In der privaten Vermögensverwaltung rund um die Publikumsfondsgesellschaft DWS will auch die Deutsche Bank wachsen. Der von Ende Mai an amtierende neue Vorstandsvorsitzende Anshu Jain plant dem Vernehmen nach vor allem, die private Vermögensverwaltung enger mit dem Investmentbanking zu verzahnen (F.A.Z. vom 14. April). Möglicherweise plant Jain noch weitere Zukäufe wie etwa die Sparte von Merrill Lynch. Nur ist davon in Frankfurt zumindest bisher nichts bekannt.

Gemeinsames Konto ist riskant

jja. BERLIN, 18. April. Wenn Eheleute ein gemeinsames Konto führen (Oder-Konto), kann auf Einzahlungen Schenkungsteuer anfallen. Das hat der Bundesfinanzhof klargestellt. Die obersten Steuerrichter hoben aber eine Entscheidung des Finanzgerichts Nürnberg auf, das die Klage eines Ehepaars abgewiesen hatte. In dem Fall hatte ein Ehemann insgesamt mehrere Millionen Euro auf das Gemeinschaftskonto eingezahlt, über das beide Eheleute jeweils allein verfügen durften. Der Bundesfinanzhof unterstrich, dass Zahlungen eines Ehepartners auf ein Oder-Konto tatsächlich eine Zuwendung an den anderen Ehegatten darstellen können. Das gilt, wenn dieser „tatsächlich und rechtlich" frei über das Guthaben verfügen kann. Wenn es keine ausdrückliche Vereinbarung gibt, komme es auf das tatsächliche Verhalten an. Je häufiger der nicht einzahlende Partner auf das Guthaben zugreife, um sich eigenes Vermögen zu schaffen, umso mehr spreche dafür, dass er auch zu gleichen Teilen dazu berechtigt – und somit steuerpflichtig – sei (Az.: II R 33/10).

Großes Interesse an KfW-Anleihen

hpa. FRANKFURT, 18. April. Die staatliche Förderbank KfW hat mit der erfolgreichen Plazierung einer dreijährigen Anleihe im Volumen von 4 Milliarden Dollar schon jetzt die Hälfte ihres gesamten Refinanzierungsbedarfs für das laufende Jahr gedeckt. Insgesamt will die Bank 2012 rund 80 Milliarden Euro von Investoren einsammeln, 40 Milliarden Euro sind inzwischen erreicht. Seitdem im Euroraum große Verunsicherung über die Finanzkraft einzelner Staaten herrscht, ist das Interesse an KfW-Papieren nochmals gestiegen. Die jüngste Dollar-Anleihe mit einem Kupon von 0,625 Prozent wurde zu gut 60 Prozent an Notenbanken zugeteilt. „Wir schätzen besonders Zentralbanken als Investoren, damit KfW-Anleihen möglichst lange gehalten und nicht zum Handelsobjekt einiger Geschäftsbanken werden", erläuterte Petra Wehlert, die zuständige KfW-Teamleiterin. Da seit Beginn der Eurokrise viele Investoren nur noch Anleihen mit Bonitätsbestnote kaufen dürfen, habe sich die Investorenbasis der KfW noch verbreitert, sagte Wehlert.

Mit der richtigen Mischung hält sich Invesco vorne

Dachfonds von Axa verbessern sich auch durch ihre Dollar-Anlagen / Der Fondsbericht

kpa. FRANKFURT, 18. April. In unserer Rangliste der Mischfonds mit der besten Wertentwicklung hat sich vor allem in der Spitzengruppe wenig verändert. Wie schon im Februar führt der Invesco Pan European High Income diese Liste, gemessen an der Wertentwicklung über die vergangenen drei Jahre hinweg, an. Seine Rendite ist jedoch inzwischen von knapp 100 auf 102,50 Prozent gestiegen. Damals war dieser Mischfonds als Aufsteiger direkt auf Platz eins der Liste durchmarschiert, die das Fondsanalysehaus Lipper regelmäßig für diese Zeitung erstellt. An zweiter Stelle folgt nun der Multiple Opportunities R des Kölner Vermögensverwalters Flossbach von Storch, der sich um einen Platz verbessert hat.

Der Invesco-Fonds, der von Paul Read, Paul Causer und seit Februar auch von Stephanie Butcher verwaltet wird, strebt ein langfristiges Wachstum des Gesamtertrags an. Das Vermögen soll vornehmlich in hochrentierlichen europäischen Schuldtiteln und in geringerem Umfang in Aktien investiert werden, was mit einem entsprechend höheren Risiko einhergeht. Der empfohlene Anlagezeitraum beträgt fünf bis zehn Jahre.

Mindestens 70 Prozent des Fondsvermögens werden in europäischen Wertpapieren angelegt, mehr als 50 Prozent entfallen auf Schuldtitel aus Europa. Als europäische Wertpapiere gelten Titel von Unternehmen, die ihren Sitz in Europa haben oder die ihre Geschäftstätigkeit überwiegend hier ausüben. Ende Februar entfiel ein Großteil des Portfolios auf Hochzinsanleihen mit schlechterer Bonität (49 Prozent) und ein kleinerer Anteil auf Anleihen mit einer guten Ratingbewertung (35 Prozent). Der Aktienanteil betrug 4,6 Prozent. Zu den größten Positionen zählten Emittenten wie Intesa Sanpaolo, Lloyds Banking Group, Société Générale, Barclays, Axa, ENBW Int. Finance, Levi Strauss, UBS und RWE.

In unserer Liste gab es allerdings auch einige Platzwechsel. Dabei haben sich zwei Fonds aus dem Hause Axa Investment Managers besonders deutlich verbessert, was an ihrem zuletzt überdurchschnittlichen Wertzuwachs liegt. Verwaltet werden sie von Jeannette Möhlenbrock und Alexander Schamschula. Der Axa Chance Invest und der Axa Chance Spektrum sind beides Dachfonds, die in Aktien- und Rentenfonds investieren. Die Anlagen erfolgen mit einer stärkeren Betonung der Wachstums- als der Ertragskomponente. Der Anteil des Aktienengagements darf 50 Prozent des Fondsvermögens nicht unterschreiten. Die Fonds können zudem in Rohstoff- und Geldmarktanlagen investieren, wie es auch in anderen Mischfonds üblich ist. Geographische Einschränkungen gibt es keine. Das Risikoprofil ist jeweils überdurchschnittlich, der empfohlene Anlagehorizont beträgt sieben Jahre. Ende Februar lag der Aktienanteil beider Fonds bei rund 100 Prozent.

Während der Axa Chance Invest hauptsächlich in Fonds des eigenen Hauses investiert, sind es beim Axa Chance Spektrum vor allem Fonds externer Gesellschaften. Beide sind stark im Dollarraum engagiert, was ihre zuletzt besonders gute Wertentwicklung ein Stück weit erklären dürfte. So hat der amerikanische Aktienindex S&P 500 binnen sechs Monaten gut 13 Prozent zugelegt. Für einen Anleger aus dem Euroraum ergibt sich durch die Stärke des Dollar zum Euro aber ein Plus von gut 19 Prozent. Zum Vergleich: Der F.A.Z.-Index hat hierzulande zwar auch fast 14 Prozent an Wert gewonnen, doch der deutsche Markt war in Europa einer der besten.

Wie fast immer gibt es auch Auf- und Absteiger. Dieses Mal finden sich in der Liste der besten 30 aus 1874 Mischfonds eine Handvoll Neueinsteiger, von denen mit dem Schroder STS Balanced, dem Amundi International und dem UBS (Lux) Strategy Fund – Growth gleich drei direkt im Mittelfeld gelandet sind.

Mischfonds mit der besten Wertentwicklung[1])

Stand: 13.4.2012

Rang/Name	Isin-Kennnummer	Wertzuwachs 3 Jahre	Wertzuwachs 1 Jahr	Wertzuwachs 6 Monate	Sharpe Ratio[2])	Standard-Abweichung[3])	1Lipper-Anlagesegment
1 Invesco Pan European High Income A	LU0243957239	102,50	2,53	12,21	2,12	10,26	Euro Konservativ - Europa
2 Flossbach von Storch - Multiple Opportunities R	LU0323578657	82,63	19,22	12,25	2,15	8,55	Absolute Return Euro Hoch
3 Deutsche Aktien Total Return I	LU0216092006	80,47	4,07	8,80	1,99	9,04	Absolute Return Sonstige
4 Gutmann Emerging Markets Balanced Portfolio	AT0000A00X95	78,21	-0,22	16,01	1,13	15,55	Sonstige Flexibel
5 Aramea Rendite Plus	DE000A0NEKQ8	73,24	-1,12	12,33	2,52	6,63	Euro Konservativ - Global
6 BL Emerging Markets B Cap	LU0309192036	70,49	10,26	14,12	1,62	9,97	Sonstige Flexibel
7 Acatis - Gané Value Event Fonds UI A	DE000A0X7541	64,70	8,43	13,79	1,74	8,64	Euro Flexibel - Global
8 Lux Topic - Cosmopolitan	LU0185172052	64,00	-0,72	11,67	1,46	10,25	Euro Flexibel - Global
9 Investec Cautious Managed A Acc Net	GB0031074817	63,46	10,89	11,49	1,46	11,06	Pfund Ausgewogen
10 Premium Stars Chance - AT - EUR	DE0009787077	61,85	6,39	12,90	1,24	11,68	Euro Aggressiv - Global
11 Nowinta Primus Global	LU0324528339	57,93	-2,99	13,87	1,01	13,51	Euro Flexibel - Global
12 Axa Chance Invest	DE0009789453	57,64	7,93	17,24	0,97	14,03	Euro Aggressiv - Global
13 LGT Strategy 5 Years (CHF) B	LI0019352918	57,16	2,69	8,42	0,73	9,93	Franken Ausgewogen
14 Axa Chance Spektrum	DE0009846352	56,53	7,44	16,45	0,98	13,65	Euro Aggressiv - Global
15 UBS (Lux) KSS-Absolute Return Plus CHF P-acc	LU0218834090	56,15	10,84	8,68	0,83	12,09	Absolute Return Franken
16 Schroder STS Balanced Pf MM A1 Acc	LU0179448518	55,55	11,24	12,71	1,63	12,63	Dollar Flexibel - Global
17 Amundi International Sicav - AU (C)	LU0068578508	55,27	12,70	11,75	1,16	15,90	Dollar Flexibel - Global
18 UBS (Lux) Strategy Fd - Growth (CHF) P-acc	LU0033034892	53,47	5,20	10,03	0,56	10,94	Franken Aggressiv
19 Kapital Plus - A - EUR	DE0008476250	52,73	11,76	9,05	2,46	5,14	Euro Konservativ - Europa
20 Aberdeen Global II - Asia Pac Multi Asset A2 Acc	LU0513837459	52,19	13,45	12,00	1,80	11,67	Absolute Return Dollar Mittel
21 LGT Strategy 4 Years (CHF) B	LI0008232204	51,53	4,97	7,66	0,78	8,90	Franken Ausgewogen
22 Investec GSF Global Strategic Mgd A Acc	LU0345768153	51,48	6,00	10,60	1,05	10,29	Dollar Ausgewogen - Global
23 Star Cap Sicav Winbonds + A	LU0256567925	51,14	3,34	7,00	3,19	3,86	Euro Konservativ - Global
24 UBS (Lux) Strategy Fd - Balanced (CHF) P-acc	LU0049785289	50,79	6,95	8,44	0,73	9,18	Franken Ausgewogen
25 GAP Portfolio UI	DE000A0M1307	49,49	-4,82	9,42	0,83	14,41	Euro Flexibel - Global
26 UBS (Lux) KSS-Global Allocation (USD) P-acc	LU0197216392	49,05	6,00	11,93	0,90	11,22	Dollar Flexibel - Global
27 Star Capital Huber - Strategy 1 A - EUR	LU0350239504	47,62	-7,21	2,95	0,89	12,98	Euro Flexibel - Global
28 Plusfonds	DE0008471087	47,38	-8,31	9,33	0,62	18,42	Euro Aggressiv - Euroraum
29 Baloise F Invest (Lux) - BFI Activ (CHF) R	LU0127027448	46,75	6,46	6,58	0,73	7,90	Franken Konservativ
30 UBS (Lux) Strategy Fd - Yield (CHF) P-acc	LU0033035965	46,73	8,52	6,61	1,10	8,54	Franken Konservativ

1) Wertentwicklung: Ertrag eines Fonds nach Kosten und inklusive wieder angelegter Ausschüttungen. Die in der Rangliste aufgeführten Fonds müssen die höchste Bewertung als „Lipper-Leader" in ihrer jeweiligen Anlageklasse haben. Wertzuwachs in Prozent. Es sind die 30 besten von 1874 Fonds.
2) Sharpe Ratio: Überschussrendite eines Fonds je nach Risikoeinheit, das heißt die über die sichere Geldmarktanlage hinausgehende Rendite geteilt durch die Volatilität, bezogen auf drei Jahre, annualisiert, Angaben in Prozent.
3) Standardabweichung: Schwankungsbreite des Fondspreises um seinen Mittelwert im Zeitraum von drei Jahren, Angaben in Prozent.

© Lipper – a Thomson Reuters Company. Alle Rechte vorbehalten. Es ist verboten, Lipper-Daten ohne schriftliche Genehmigung von Lipper zu kopieren, zu veröffentlichen, weiterzugeben oder in anderer Weise zu verarbeiten. Weder Lipper noch ein anderes Mitglied der Reuters Gruppe oder deren Datenlieferanten haften für fehlerhafte oder verspätete Datenlieferungen und die Folgen, die daraus entstehen können. Die Berechnung der Wertentwicklungen durch Lipper erfolgt auf Basis der zum Zeitpunkt der Berechnung vorhandenen Daten und muss somit nicht alle Fonds beinhalten, die von Lipper beobachtet werden. Die Darstellung von Wertentwicklungsdaten ist keine Empfehlung für den Kauf oder Verkauf eines Fonds oder eine Investmentempfehlung für ein bestimmtes Marktsegment. Lipper analysiert die Wertentwicklung von Fonds in der Vergangenheit. Die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse sind keine Garantie für die künftige Entwicklung eines Investmentfonds. Lipper und das Lipper-Logo sind eingetragene Warenzeichen der Reuter S.A. Quelle und weitere Informationen: www.lipperweb.com.

Dax 30, M-Dax und Tec-Dax

	52 Wochen Tief	Vergleich	Börsenwert in Mrd. Landeswähr. Hoch	Gesamt Streubes.	KGV 2012	2013	17.4.12 Schluss	18.4.12 Tages Hoch	Tief	Veränd. in % seit 17.4.	30.12.11	52 Wochen Hoch	Tief	Div.	Ums.Ges. Tsd. St.
		10,2	9,1	**Dax 30**			6801,00	**6732,03**	6812,84	6718,10	–1,0	+14,1	7600,41	4965,80	257,20	3,82	176586
	12,33	12,33	15,9	13,2	**Adidas**		60,32	**59,89**	60,37	59,71	–0,7	+19,2	61,29	42,42	0,80[1]	1,34	6352
	38,26	38,03	7,4	6,7	**Allianz SE vink NA ▲▼**		84,76	**84,03**	85,49	83,59	+0,9	+13,7	107,45	56,16	4,50[1]	5,36	3116
	59,44	59,44	10,4	9,4	**BASF NA ▲▼**		65,57	**64,72**	65,42	64,32	–1,3	+20,1	70,22	42,19	2,20[1]	3,40	4699
	43,41	43,41	11,0	9,7	**Bayer NA ▲▼**		52,85	**52,35**	52,85	52,07	–0,9	+16,2	57,00	37,00	2,00[1]	3,46	2977
	12,69	4,96	24,3	21,4	**Beiersdorf**		50,26	**50,34**	50,57	50,04	+0,2	+14,9	50,57	38,26	0,70[1]	1,39	859
	41,80	22,32	10,1	9,8	**BMW Stä ▲**		70,00	**69,44**	70,50	68,82	–0,8	+34,2	73,95	43,49	1,30[1]	1,87	2524
	9,17	6,80	10,4	9,5	**Commerzbank**		1,68	**1,69**	1,69	1,64	–1,2	+2,5	3,62	1,12	0,00	0,00	75575
	47,14	39,64	8,1	7,5	**Daimler NA ▲▼**		42,46	**42,03**	42,56	41,72	–1,0	+23,9	53,95	29,02	2,20[1]	5,23	6039
	32,20	31,33	6,9	6,2	**Deutsche Bank A ▲▼**		35,37	**34,64**	35,65	34,50	–2,1	+17,7	44,56	20,79	0,75[1]	2,17	7203
	9,35	8,89	10,4	9,4	**Deutsche Börse A**		49,42	**48,33**	49,56	48,42	–2,3	+14,3	56,46	37,68	2,55[1]	3,24	1077
	17,25	12,00	11,1	10,0	**Deutsche Post**		14,48	**14,27**	14,42	14,24	–1,5	+20,1	14,83	8,90	0,65[1]	4,56	5590
	37,05	25,21	11,9	11,1	**Dt. Telekom ▲▼**		8,70	**8,58**	8,71	8,57	–1,5	–3,3	11,38	7,88	0,70[1]	8,16	15779
	34,02	32,39	12,6	10,7	**E.ON ▲▼**		17,05	**16,89**	17,19	16,85	–1,2	+2,7	23,54	12,50	1,00[1]	2,82	9968
	15,92	10,92	18,5	16,8	**Fres. Med. Care Stä**		52,94	**53,02**	53,24	52,78	+0,2	+1,0	57,03	42,56	0,65[1]	1,23	553
	12,08	8,61	13,9	12,1	**Fresenius St&Co**		74,58	**73,97**	74,64	73,97	–0,8	+3,5	79,91	58,80	0,86[1]	1,16	594
	8,14	6,09	12,9	11,4	**Heidelb.Cement Stä**		45,00	**44,32**	45,11	44,32	–1,6	+2,4	52,81	32,22	0,50[1]	2,45	891
	9,88	9,67	15,0	14,0	**Henkel Vz**		55,81	**55,44**	56,07	55,41	–0,7	+24,3	56,15	36,52	0,80[1]	1,44	1072
	8,23	8,18	17,2	13,1	**Infineon**		7,57	**7,58**	7,66	7,50	+0,1	+30,3	8,31	4,89	0,12[1]	1,58	8364
	1,16	6,45	12,5	10,7	**K+S NA**		37,60	**37,67**	37,94	37,33	–0,7	+7,2	56,84	33,25	1,00[1]	2,65	1518
	22,14	12,14	14,8	13,2	**Linde**		130,50	**129,45**	130,70	129,40	–0,8	+12,6	136,90	94,63	2,20[1]	1,70	1187
	4,55	4,55	11,6	8,4	**Lufthansa vink NA**		10,13	**9,94**	10,21	9,94	–1,9	+8,2	15,81	8,25	0,60[1]	6,04	3575
	14,32	5,79	18,9	13,3	**MAN SE Stä**		101,60	**101,60**	102,50	100,70	+0,0	+47,9	102,50	50,78	2,00[1]	1,97	622
	5,36	5,36	11,2	10,1	**Merck**		82,42	**82,92**	83,20	82,91	+0,6	+7,6	87,45	55,92	1,25[1]	1,51	331
	8,29	3,32	8,1	7,5	**Metro Stä**		25,79	**25,57**	25,97	25,48	–0,9	–9,3	50,02	24,91	1,35[1]	5,28	1939
	20,32	18,04	7,3	7,1	**Münchener R.v.NA ▲**		114,00	**113,30**	115,15	113,10	–0,6	+19,5	118,35	77,80	6,25[1]	5,52	1231
	10,49	17,40	8,3	7,6	**RWE Stä A ▲**		35,76	**35,49**	36,00	35,49	–0,5	+31,1	44,48	31,15	2,40[1]	3,92	4917
	60,99	44,73	15,1	12,7	**SAP ▲▼**		49,50	**49,66**	50,05	49,11	+0,3	+21,6	54,85	32,88	0,60[1]	1,21	4852
	65,04	58,89	10,7	9,6	**Siemens ▲▼**		72,94	**71,14**	72,65	70,96	–2,5	–3,8	99,07	62,13	3,00[1]	4,22	4255
	9,53	7,12	18,9	8,5	**Thyssen Krupp**		18,80	**18,89**	19,04	18,89	+2,9	+4,6	36,20	16,67	0,45[1]	4,43	2769
	22,37	18,90	7,1	6,6	**VW Vz ▲**		133,10	**131,50**	134,00	131,50	–1,2	+13,6	152,20	86,40	2,26[1]	1,74	1146
		12,5	10,6	**M-Dax**			10747,35	**10661,55**	10762,69	10623,24	–0,8	+19,8	11258,91	7636,63	297,73	2,79	49967
	0,83	0,59	8,4	6,9	**Aareal Bank**		14,27	**13,85**	14,35	13,75	–3,0	–1,0	24,75	9,01	0,00[1]	0,00	924
	1,82	1,36	10,5	9,4	**Aixtron**		10,22	**10,40**	10,48	10,36	–0,5	+31,1	22,23	7,20	0,20[1]	2,97	3020
	3,53	1,45	11,2	11,1	**Axel Springer NA**		36,19	**35,67**	36,55	35,51	–1,4	+7,4	39,87	24,44	1,60[1]	4,49	122
	0,92	0,36	14,4	12,6	**BayWa vink. NA**		27,81	**27,90**	27,92	27,62	+0,3	+2,2	33,50	23,51	0,50[1]	1,79	92
	3,22	2,68	13,7	12,6	**Bilfinger Berger**		71,17	**71,80**	72,00	69,79	+0,8	+24,9	72,00	50,47	2,00[1]	3,57	137
	3,01	1,67	18,2	16,2	**Boss Vz**		87,00	**87,24**	87,63	86,36	+0,3	+53,3	89,76	54,15	2,03[1]	2,33	176
	4,73	4,13	13,1	11,5	**Brenntag**		94,01	**92,95**	94,41	92,18	–1,1	+29,2	96,70	64,00	1,40[1]	1,51	174
	0,16	0,98	9,8	9,0	**Celesio**		17,90	**17,72**	17,94	17,68	–1,4	+3,9	17,65	9,18	0,50[1]	3,93	490
	13,93	5,53	9,0	6,7	**Continental**		70,34	**69,65**	70,84	69,16	–1,0	+44,8	77,63	38,50	0,00[1]	0,00	477
	1,37	1,17	19,6	16,8	**Deutsche Euroshop**		26,72	**26,60**	26,92	26,53	–0,4	+7,2	29,18	22,05	1,10[1]	4,14	215
	0,62	0,42	9,3	9,2	**Deutz**		5,15	**5,09**	5,16	5,07	–1,1	+23,8	7,32	3,19	0,00[1]	0,00	413
	1,42	0,72	23,6	19,2	**Douglas Hold.**		34,20	**34,39**	35,34	34,02	+0,5	+34,6	40,12	26,25	1,10[1]	3,14	87
	1,12	1,06	30,5	25,5	**Dt. Wohnen Inh.**		16,71	**16,98**	17,15	16,95	–1,7	+7,0	11,80	8,44	0,19[1]	1,77	280
	0,84	0,59	9,0	8,1	**Dürr**		48,90	**48,66**	49,43	48,59	–0,4	+43,2	49,90	22,04	0,30[1]	0,62	96
	25,06	12,44	11,1	9,7	**EADS (NL)**		30,92	**30,86**	31,06	30,50	–0,8	+29,4	32,45	18,12	0,26[1]	0,84	1172
	1,35	0,65	14,5	12,6	**ElringKlinger NA**		21,35	**21,25**	21,58	21,15	+0,5	+10,8	25,50	14,77	0,35[1]	1,65	179
	3,12	0,90	21,3	20,3	**Fielmann**		75,09	**74,32**	75,72	74,09	–1,0	+1,2	80,85	60,00	2,40[1]	3,23	55
	4,52	1,74	16,8	13,7	**Fraport**		59,49	**59,18**	59,87	58,68	+0,6	+29,4	58,83	39,03	2,25[1]	2,54	404
	1,54	1,54	15,8	14,8	**Fuchs Petrolub Vz.**		43,03	**43,42**	43,49	42,75	+0,9	+28,4	43,49	26,78	0,90[1]	2,07	188
	1,42	0,54	14,9	17,3	**Gagfah (L)**		6,38	**6,39**	6,39	6,30	+0,2	+60,8	6,55	3,43	0,10[1]	7,82	394
	4,29	4,29	12,3	11,2	**GEA Group**		26,10	**25,85**	26,36	25,73	–0,9	+24,2	28,83	15,01	0,40[1]	1,54	482
	1,12	1,12	14,8	13,3	**Gerresheimer**		36,43	**35,58**	36,67	35,43	–2,3	+10,5	37,76	27,75	0,50[1]	1,41	154
	1,45	0,77	18,3	15,4	**Gerry Weber**		31,73	**31,58**	31,91	31,33	–0,5	+34,0	32,87	16,86	0,55[1]	1,74	152
	0,89	0,69	12,5	10,2	**Hildesheimer**		15,20	**15,20**	15,29	14,75	–1,5	–0,8	17,70	8,44	0,00[1]	0,00	252
	1,01	0,95	12,1	11,5	**GSW Immobilien**		25,78	**24,60**	25,00	24,27	–4,6	+9,8	26,41	20,01	0,00[1]	0,00	63
	1,81	0,55	20,0	17,5	**Hamburger Hafen**		25,11	**24,96**	25,12	24,85	–0,6	+9,3	33,83	19,23	0,55[1]	2,20	82
	5,44	2,71	8,5	8,0	**Hann. Rückv.**		45,46	**45,18**	45,52	44,90	–0,3	+17,7	45,76	28,58	2,25[1]	5,00	268
	4,31	1,25	14,2	10,3	**Hochtief**		67,70	**64,35**	68,24	64,20	–4,0	+6,1	84,50	37,10	2,00[1]	4,51	169
	4,23	4,01	25,7	17,5	**Kabel Deutschland**		47,72	**47,80**	48,25	47,65	+0,2	+21,9	48,25	31,74	0,00[1]	0,00	320
	1,02	1,02	14,4	9,3	**Klöckner & Co. SE NA**		10,37	**10,19**	10,42	10,04	–1,7	+2,7	22,40	9,27	0,20[1]	2,68	827
	1,11	0,49	10,8	10,3	**Kontron**		5,27	**5,36**	5,39	5,27	+0,6	+55,5	5,39	3,13	0,04[1]	0,75	1786
	0,55	0,42	13,6	11,7	**KUKA**		16,31	**16,31**	16,49	16,12	±0,0	+15,4	22,35	12,10	0,00[1]	0,00	77
	5,14	4,88	8,9	7,4	**Lanxess**		60,96	**61,78**	62,34	60,60	+1,3	+54,5	64,08	31,34	0,70[1]	1,13	650
	1,29	1,29	8,4	7,8	**Leoni NA**		30,79	**30,36**	30,96	30,11	–1,4	+52,9	42,96	20,51	0,70[1]	1,78	246
	3,21	3,13	15,4	13,9	**MTU Aero Engines**		62,90	**61,78**	62,95	61,65	–1,8	+25,0	63,15	40,01	1,10[1]	1,78	180
	2,06	1,55	9,1	8,3	**ProS.Sat.1 Media Vz**		18,93	**18,65**	19,15	18,78	–0,4	+33,5	21,00	10,00	1,14[1]	4,65	158
	4,08	0,98	16,5	14,1	**Rational**		272,25	**275,00**	276,00	273,00	+1,0	+27,0	289,00	189,00	3,80[1]	0,67	16
	2,15	0,61	23,8	21,2	**Rational**		189,60	**188,80**	192,45	185,70	–0,4	+12,2	193,90	135,00	9,00[1]	4,77	17
	1,75	1,69	5,7	5,1	**Rheinmetall**		44,88	**44,16**	45,24	43,99	+1,6	+29,0	64,74	30,00	1,50[1]	3,40	193
	2,01	1,76	14,3	11,7	**Rhön Klinikum SA**		14,77	**14,77**	14,92	14,52	–1,4	+1,1	18,08	13,50	0,37[1]	2,54	716
	2,39	1,52	12,6	8,5	**Salzgitter**		40,58	**39,82**	40,75	39,67	–1,9	+3,1	55,00	32,43	0,32[1]	3,80	395
	2,40	0,96	26,7	18,8	**SGL Carbon SE**		35,19	**34,15**	34,99	33,14	–3,0	–10,4	48,26	29,25	0,00[1]	0,00	133
	1,53	0,76	7,4	6,8	**Sky Deutschland**		3,79	**3,76**	3,86	3,75	–0,8	+52,9	4,29	2,96	0,00[1]	0,00	3431
	1,41	1,41	8,7	7,5	**Stada vink. NA**		24,05	**23,94**	24,25	23,65	–0,4	+24,4	31,23	14,06	0,37[1]	1,55	223
	4,52	1,53	12,0	13,2	**Südzucker**		23,74	**23,85**	24,14	23,78	+0,5	–3,3	26,18	19,16	0,55[1]	2,31	253
	7,58	2,42	13,2	12,3	**Symrise**		27,79	**27,81**	27,94	27,71	+0,1	+24,2	28,00	22,77	0,50[1]	1,79	661
	1,33	0,73	9,3	7,1	**TUI**		5,32	**5,30**	5,38	5,26	–0,4	+10,4	8,68	3,11	0,00[1]	0,00	1607
	1,02	0,39	19,1	15,6	**Vossloh**		77,41	**76,60**	77,44	76,18	–1,0	+3,4	99,30	62,76	2,50[1]	3,26	43
	3,10	0,89	24,1	18,9	**Wacker Chemie**		59,41	**59,47**	60,25	59,21	+0,1	+74,1	174,30	56,87	3,20[1]	5,39	267
	0,99	0,89	8,8	7,7	**Wincor Nixdorf**		30,36	**29,85**	30,31	29,62	–1,7	–13,6	57,21	29,62	1,70[1]	3,76	403
		15,9	13,6	**Tec-Dax**			786,72	**783,04**	786,73	779,31	–0,5	+14,3	940,04	616,87	15,27	1,95	9457
	0,24	0,20	12,5	10,2	**ADVA Optical Netw.**		5,15	**5,15**	5,18	5,10	–0,4	+22,1	5,69	2,88	0,00[1]	0,00	157
	1,29	1,28	136,2	27,8	**Aixtron**		14,03	**13,62**	13,85	13,36	–3,0	+38,2	29,84	8,34	0,00[1]	4,41	1125
	0,96	0,85	11,0	9,0	**Bertrandt**		68,40	**68,26**	69,00	68,00	–0,3	+14,3	69,00	39,03	2,30[1]	3,35	58
	0,71	0,46	9,4	8,8	**Bechtle**		34,01	**33,82**	34,50	33,17	–0,6	+29,1	34,80	22,50	0,75[1]	2,22	59
	1,65	0,58	22,5	20,3	**Carl-Zeiss Med.**		20,00	**20,29**	20,35	19,89	+1,5	+24,3	20,35	12,36	0,30[1]	1,48	72
	0,15	0,08	7,1	6,4	**Centrotec Sust.**		7,17	**7,17**	7,19	7,11	+0,4	+44,4	7,19	3,93	0,00[1]	0,00	696
	1,21	1,07	17,2	14,3	**Dialog Semic. (GB)**		17,66	**17,71**	17,89	17,59	+0,3	+40,7	18,84	9,82	0,00[1]	0,00	1107
	0,52	0,52	10,7	9,3	**Drägerwerk Vz**		83,45	**81,56**	83,00	80,50	–2,3	+30,1	90,00	60,44	1,19[1]	1,46	44
	0,14	0,14	8,6	7,6	**Duerr**		41,50	**41,50**	41,90	41,50	–0,5	+25,1	42,00	25,50	0,50[1]	3,44	229
	0,14	0,14	8,6	7,6	**Euromicron**		21,30	**21,47**	21,50	21,30	+0,8	+34,8	23,50	14,89	1,06[1]	4,92	37
	0,31	0,23	32,3	21,5	**Evotec**		2,58	**2,58**	2,62	2,56	+0,2	+10,6	3,19	1,58	0,00[1]	0,00	496
	1,64	1,29	9,9	8,9	**Fraport NA**		59,24	**59,18**	59,87	58,68	+0,6	+29,4	58,83	39,03	2,25[1]	2,54	404
	0,11	0,11	22,3	10,1	**Gigaset**		2,28	**2,23**	2,30	2,18	–2,3	–9,6	4,64	2,09	0,00[1]	0,00	614
	0,34	0,26	14,6	12,7	**Jenoptik**		6,05	**5,99**	6,08	5,95	–1,0	+31,2	6,65	3,91	0,00[1]	0,00	137
	0,33	0,27	11,0	9,3	**Kontron**		5,36	**5,36**	5,39	5,27	+0,6	+55,5	5,39	3,13	0,04[1]	0,75	1786
	0,54	0,44	165,3	165,3	**Morphosys**		20,98	**21,50**	21,75	20,88	+2,5	+22,6	21,88	14,65	0,00[1]	0,00	99
	0,30	0,23	69,1	23,0	**Nordex**		4,15	**4,15**	4,18	4,00	–0,2	+5,0	7,50	3,43	0,00[1]	0,00	264
	0,87	0,87	17,3	14,3	**Pfeiffer Vacuum**		87,23	**88,15**	88,20	87,00	+1,0	+6,4	94,55	56,33	2,00[1]	2,30	43
	0,25	0,19	22,4	15,8	**PSI NA**		16,03	**16,10**	16,25	16,01	+0,4	+9,4	23,05	13,38	0,23[1]	1,43	54
	2,79	2,79	15,0	13,3	**Qiagen (NL)**		11,82	**11,88**	11,94	11,72	+0,6	+11,5	14,97	9,07	0,00[1]	0,00	521
	0,27	0,16	11,5	8,5	**QSC**		2,01	**1,95**	2,00	1,94	–3,2	–5,7	3,28	1,87	0,00[1]	0,00	442
	0,12	0,12	33,9	21,6	**Singulus**		2,43	**2,36**	2,45	2,34	–2,2	+17,0	4,67	1,88	0,00[1]	0,00	1227
	1,11	0,32	13,7	13,0	**SMA Solar Techn.**		31,96	**32,13**	32,37	31,42	+0,5	–25,6	81,50	29,15	3,00[1]	9,34	126
	2,24	1,59	10,6	9,4	**Software**		25,69	**25,76**	26,02	25,61	+0,3	–9,8	44,50	21,54	0,43[1]	1,68	418
	0,19	0,14	6,1	21,2	**Solarworld**		1,90	**1,75**	1,96	1,75	–7,9	–44,9	4,68	1,68	0,00[1]	0,00	1491
	0,42	0,24	21,3	17,2	**Stratec Biomed.**		33,23	**35,57**	36,00	32,85	+7,1	+12,0	36,00	24,80	0,50[1]	1,41	14
	0,20	0,20	20,9	11,6	**Süss Microtec**		10,31	**10,23**	10,50	10,14	+0,8	+81,8	11,95	5,44	0,00[1]	0,00	99
	2,99	1,34	13,9	12,3	**United Internet**		14,19	**14,11**	14,36	14,06	–1,9	+0,8	14,94	10,36	0,44[1]	3,11	381
	1,60	1,47	18,7	17,4	**Wirecard**		14,27	**14,25**	14,33	14,09	–0,1	+14,7	15,03	9,43	0,10[1]	0,70	1081
	0,31	0,21	31,6	25,6	**Xing**		58,50	**56,25**	58,28	54,70	–3,8	+37,0	66,00	38,95	0,00[1]	0,00	134

Aktien-Indizes

52 Wochen Tief	Vergleich	Hoch	52 Wochen Tief	Hoch	Tief	17.4. Schluss	18.4. Schluss	Veränd. in % 17.4. 30.12.
Deutsche Indizes								
			1716,77	1131,03	**FA.Z.**	1512,38	**1497,99**	–0,95 +13,7
			836,41	411,74	**FA.Z.Banken**	628,38	**616,34**	–1,9 +19,6
			17295,73	10469,71	**FA.Z.-Versicherungen**	15694,06	**15572,15**	–0,78 +15,8
			3998,22	2780,67	**FA.Z.-IT und Elektronik**	3546,58	**3509,08**	–1,1 –0,4
			3189,37	1974,59	**FA.Z.-Bau und Immobilien**	2746,47	**2691,49**	–2,0 +14,0
			2146,88	1482,51	**FA.Z.-Chemie und Pharma**	2011,25	**2011,25**	±0,0 +10,2
			1117,42	700,72	**FA.Z.-Versorger, Telekom.**	901,93	**891,83**	–1,1 +5,5
			3871,39	1891,48	**FA.Z. Auto- und Zulieferind.**	2880,97	**2852,48**	–0,99 +26,3
			5237,41	3434,52	**FA.Z.-Maschinenbau**	4437,64	**4423,01**	–0,33 +16,2
			1612,00	653,87	**FA.Z.-Grundstoffe**	1049,58	**1058,09**	+0,81 +3,1
			1302,67	836,99	**FA.Z.-Handel und Verkehr**	1068,76	**1056,34**	–1,2 +11,9
			1009,82	597,76	**FA.Z.-Konsumgüter**	903,00	**894,34**	–0,96 +13,9
			1021,06	609,76	**FA.Z.-Erneuerb. Energien**	328,14	**325,53**	–0,80 +29,6
			393,08	264,61	**FA.Z.-Performance**	342,55	**339,33**	–0,94 +13,4
			94,76	64,42	**Late 30 (Xetra)**	76,98	**74,15**	–3,7 +6,1
			125,12	87,12	**FTSE 100 (London)**	104,57	**102,87**	–1,6 –4,2
			7600,41	4965,80	**Dax 30**	6801,00	**6732,03**	–1,0 +14,1
			11258,91	7636,63	**M-Dax**	10747,35	**10661,55**	–0,8 +19,8
			940,04	616,87	**Tec-Dax**	786,72	**783,04**	–0,47 +14,3
			3859,83	2555,61	**H-Dax**	3481,61	**3447,55**	–0,98 +14,7
			5633,70	4169,01	**S-Dax**	5067,55	**5024,40**	–0,33 +5,0
			667,98	444,13	**C-Dax**	601,43	**595,76**	–0,94 +14,4
			7529,69	5044,75	**Late Dax**	6803,77	**6744,92**	–0,86 +15,2
			11201,38	7788,33	**Late M-Dax**	10701,75	**10667,82**	–0,32 +19,5
			933,03	625,36	**Late Tec - Dax**	786,02	**782,73**	–0,42 +15,2
			5601,04	4123,27	**Late S - Dax**	5067,83	**5062,31**	–0,11 +16,4
			47,30	14,89	**V - Dax**	22,40	**21,35**	–4,69 –2,0
			187,46	122,52	**DivDax (Perf.)**	168,96	**167,02**	–1,14 +9,3
			2823,63	1884,71	**Prime-All-Share**	2561,29	**2537,41**	–0,93 +14,7
			1112,32	744,04	**CDAX (Perf.)**	961,80	**952,80**	–0,93 +14,6
			3756,68	2617,13	**Classic-All-Share**	3516,26	**3495,16**	–0,58 +15,9
			996,15	674,90	**Midcap Market**	933,36	**926,54**	–0,73 +18,8
			1868,08	1185,85	**SDAX (Perf.)**	1705,85	**1693,70**	–0,71 +14,5
Europäische Indizes								
			3029,68	1935,39	**Euro Stoxx 50** (Europa)	2687,05	**2637,84**	–1,7 +9,49
			2674,55	1983,56	**Stoxx Europe 50** (Europa)	2427,91	**2417,80**	–0,42 –0,2
			295,01	194,63	**Euro Stoxx** (Europa)	267,36	**233,95**	–1,6 +3,6
			285,18	209,20	**Stoxx Europe 600** (Europa)	259,45	**257,71**	–0,67 +5,4
			1164,05	864,99	**Stoxx 600** (Europa)	1059,67	**1051,31**	–0,79 +5,3
			732,74	514,11	**Euronext 100** (Europa)	623,83	**616,35**	–1,2 +4,0
			363,31	256,36	**AEX Index** (Amsterdam)	313,18	**309,99**	–1,0 –0,79
			1448,08	827,71	**Bel 20** (Brüssel)	1220,98	**1220,98**	±0,0 +6,0
			7572,71	4880,28	**OMX Index** (Helsinki)	5666,12	**5605,58**	–1,1 +0,5
			50294,47	41158,49	**OMX 30 Index** (Stockholm)	47560,58	**47560,58**	±0,0 +6,0
			471,50	328,94	**OMXC 20 Ind.** (Kopenhagen)	461,00	**460,74**	–0,06 +18,2
			2837,48	2033,92	**PSI-GENERAL** (Lissabon)	2268,10	**2268,21**	–1,1 –3,7
			6100,73	4791,01	**PTSE 100** (Irland)	5766,95	**5766,95**	±0,0 +6,0
			10928,20	7079,20	**IBEX 35** (Madrid)	7373,30	**7079,20**	–4,0 –17,4
			22575,34	13114,95	**FTSE MIB** (Mailand)	14942,05	**14580,15**	–2,4 –3,4
			2073,42	1272,74	**RTS Index** (Moskau)	1585,49	**1580,80**	–0,3 +0,0
			4137,97	2693,21	**CAC 40** (Paris)	3292,51	**3240,29**	–1,6 +2,5
			375,43	262,14	**All-Sh. Pricelnd.** (Stockholm)	333,51	**327,72**	–1,7 +7,0
			50294,47	35348,98	**WIG Index** (Warschau)	40077,89	**40026,80**	–0,13 +7,8
			2882,91	1637,89	**ATX Index** (Wien)	2073,78	**2045,55**	–1,4 +8,1
			6004,55	4695,31	**SMI** (Zürich)	6200,27	**6173,35**	–0,43 +4,0
Übersee Indizes								
			13297,11	10404,57	**Dow Jones** (New York)	13115,54	**13053,10**	–0,48 +6,8
			2795,35	2034,92	**Nasdaq 100** (Nasdaq)	2723,58	**2713,58**	–0,37 +19,1
			3139,97	2299,88	**Nasdaq Com.** (Nasdaq)	3042,82	**3042,82**	±0,0 +19,6
			1422,38	1074,77	**S & P 500** (New York)	1390,78	**1385,60**	–0,37 +10,2
			68969,00	47793,00	**Bovespa** (Sao Paolo)	62698,00	**62674,16**	–0,04 +10,4
			19942,72	13166,40	**Mexiko SE** (Mexiko)	19258,00	**19212,46**	–0,24 +6,7
			14089,10	10848,19	**TSE Comp. Ind.** (Toronto)	12136,94	**12101,40**	–0,29 +1,2
			1214,31	843,69	**IPC** (Mexiko)	1170,23	**1168,05**	–0,67 +13,9
			24260,77	16170,33	**Hang Seng** (Hongkong)	20562,31	**20562,31**	±0,0 +6,0
			4232,61	3217,95	**Jakarta SE** (Jakarta)	4157,37	**4166,24**	+0,21 +9,0
			38479,74	30127,01	**JSE Indust.

Zinsen, Renditen, Terminkontrakte und Indizes

Benchmark-Anleihen

Laufzeit	17.04. Rendite	18.04. Rendite	18.04. Kurs	30.12.11 Rendite
Deutschland				
2 Jahre	0,15	0,14	100,205	0,16
5 Jahre	0,70	0,68	100,345	0,76
10 Jahre	1,67	1,64	103,235	1,84
30 Jahre	2,42	2,38	118,577	2,37
Frankreich				
2 Jahre	0,60	0,61	103,228	0,74
5 Jahre	1,88	1,88	99,392	2,32
10 Jahre	2,92	2,93	102,593	3,15
30 Jahre	3,80	3,80	112,196	3,66
Großbritannien				
2 Jahre	0,42	0,46	103,347	0,33
5 Jahre	0,97	1,04	100,345	0,88
10 Jahre	2,10	2,14	116,450	1,97
30 Jahre	3,31	3,33	122,401	3,05
Japan				
2 Jahre	0,12	0,12	99,9625	0,14
5 Jahre	0,30	0,30	100,365	0,32
10 Jahre	0,94	0,94	100,5085	0,99
30 Jahre	1,90	1,90	101,891	1,91
USA				
2 Jahre	0,27	0,28	99,95	0,24
5 Jahre	0,86	0,85	100,72	0,84
10 Jahre	2,00	1,98	100,18	1,88
30 Jahre	3,15	3,13	99,91	2,90

Terminkontrakte

	17.04.12 Schluss	18.04.12 Verlauf
Euro-Bund-Future	140,03	140,40
Euro-Bobl-Future	124,76	124,90
DAX-Future	6802,00	6751,00
S&P500-Future	1384,10	1382,30

Umsätze der deutschen Börse

	Kurswert in Mio. Euro	Xetra	Anteil in % Parkett	Ffm
	16.04.	17.04.		
Aktien im Dax 30	3166	3675	98,43	0,67
Aktien im M-Dax	405	501	57,16	1,53
Aktien im Tec-Dax	104	103	95,25	2,29

Terminmarkt (Stand: 18.25 Uhr) Put-Call-Ratio: 1,21
Aktienoptionen Put: 1498530 Call: 1243577

Rex-Renten-Indizes

	17.04.12 Schluss	18.04.12 Verlauf	17.04.12 Veränderung
Gesamt	132,0676	132,0403	1,3179
Performance	427,6837	427,6189	1,3179

Swaps

in Prozent	17.04.	18.04.
Eonia		
1 Woche	0,332	0,335
2 Monate	0,339	0,343
3 Monate	0,335	0,336
6 Monate	0,326	0,328
12 Monate	0,331	0,331

Quelle: DZ Bank AG

Geldmarktsätze unter Banken

Euribor neu		Tagesgeld: Euro Overnight Index Average (Eonia)		% (Vortag: 0,349 %)	
Prozent	**17.04.12**	**18.04.12**		**17.04.12**	**18.04.12**
1 Monat	0,40800	0,40800	5 Monate	0,94800	0,94400
2 Monate	0,54000	0,54000	6 Monate	1,04100	1,03800
3 Monate	0,74600	0,74100	7 Monate	1,10900	1,10200
4 Monate	0,85700	0,85400	8 Monate	1,16700	1,16100
			9 Monate	1,21700	1,21100
			10 Monate	1,26100	1,25600
			11 Monate	1,31800	1,31200
			12 Monate	1,37200	1,36400

Intern. Warenmärkte

Titel	Veränd.	Proz.

Dow Jones-UBS Spot
CRB Futures,
S&P GSCI Index (Spot)
Moody's-Index
FTSE Gold (London)
American Gold Bugs (HUI)
Gold, London ($/Unze)
Gold-Unze (New York)

Münzen, Barren

Schalterpreise in Euro	17.04.2012 Ankauf	Verkauf	16.04.2012 Ankauf	Verkauf
Barrengold 1kg	40037,29	40759,10	40150,82	40865,44
Barrengold 10g	394,17	429,99	395,31	431,05
1/1 Nugget/Maple/Krüger	1239,39	1309,75	1243,04	1313,40
1/2 Britannia/Eagle/Philh.	613,64	682,26	615,40	684,03
1/4 Nugget/Maple/Krüger	304,32	349,41	305,20	350,31
1/10 Nugget/Maple/Krüger	118,43	148,23	118,78	148,60
1/10 Britannia/Eagle/Philh.	112,83	133,08	113,17	133,49
1/2 Britannia/Eagle/Philh.	613,64	682,26	615,40	684,03
1/4 Britannia/Eagle/Philh.	304,32	349,41	305,20	350,31
1/10 Britannia/Eagle/Philh.	118,43	148,23	118,78	148,60
20-Mark-Stücke	287,16	383,48	287,99	384,47
Vreneli	222,70	257,00	223,36	257,66
Sovereign (neu)	281,58	324,90	282,39	325,74
10 Francs	129,59	151,70	129,98	152,16
20 Pesos Mexiko	579,20	652,25	571,92	654,04
Barrensilber 1kg	736,98	994,17	744,95	1003,52
Platin Kolsk	1134,61	–	1147,42	–

Stand 11.30 Uhr Quelle: Deutsche Bank

Internationale Devisenmärkte

Devisenkurse für 1 Euro					Notenpreise für 1 Euro aus Sicht der Bank	
Interbankenkurse (18 Uhr)		EZB Banken			Ankauf	Verkauf
Land	17.04.12	18.04.12	Währung	Euro-FX		
Australien	1,2313	1,2315	1,3093	1,3076	Ann. Dollar *	1,2432	1,3742
Brasilien	2,4151	2,4167	2,5698		Austr. Dollar	1,1607	1,2707
Bulgarien	1,9558	1,9558			Brasi. Real *	1,6445	1,8045
Dänemark	7,4539	7,4528	7,9293	0,8183	Brit. Pfund	0,7794	0,852
Estland	15,6466				Bulg. Lew *	1,7311	2,1712
Großbritannien	0,8264	0,8284	0,8804		Chilen. Peso *	530,21	598,21
Hongkong	9,6433	9,6433	10,2577		Dän. Krone *	7,0961	7,8461
Indien	74,4300	74,4300	79,1700	7,5418	Hongk. Dollar *	8,8292	10,0292
Island	167,9300	168,0900	178,7900		Indische Rupie	53,1874	60,4873
Japan	106,6700	106,7000	106,6400	106,4000	Israel. Schekel	4,6445	5,2445
Kanada	1,2998	1,3004	1,2960	1,2948	Japan. Yen	101,120	115,120
Lettland	0,7483	0,7521	0,7958		Kan. Dollar *	1,2236	1,3756
Litauen			3,4528		Kroat. Kuna	6,0858	6,9154
Neuseeland			1,6268		Lett. Lats *	0,6135	0,7739
Norwegen			7,5494	7,5418	Lit. Litas *	3,4528	3,4528
Polen	4,1811	4,1803	4,4780		Mex. Peso *	16,0314	18,0314
Rumänien			4,3788		Rumä. Leu *	4,2788	4,5788
Russland			38,670		Russ.Rubel	32,9034	35,7109
Schweden	8,8453	8,8483	9,3500	8,8499	Schw. Kron. *	8,4092	9,5592
Schweiz	1,2005	1,2023	1,2033	1,2024	Schw. Franken *	1,1626	1,2441
Singapur	1,5388	1,5418	1,6381		Sing. Dollar *	1,4522	1,8922
Slowakei	30,1260	30,1260			Südaf. Rand *	8,4296	12,8286
Südkorea	1,4997	1,5000	1,5900		Taiwan Dollar	29,7414	49,2274
Tschechien	40,444	40,514	40,392		Thail. Baht *	33,0187	51,0187
Türkei	2,3454	2,3496	2,4856		Tsch. Krone *	21,033	27,433
Ungarn	297,000	297,200	296,840		Türk. Lira *	2,1908	2,4908
USA	1,3211	1,3215	1,3993	1,3076	Ungar. Forint *	244,770	374,770

* Interbankenkurse der Commerzbank, Notenpreise der Deutschen Bank

Renditen/Kreditzinsen

Umlaufsrendite der Bundesanleihen

18.04.2012 (17.04.12)	1,41 % (1,43 %)
3 bis 5 Jahre	0,48 % (0,48 %)
5 bis 8 Jahre	1,04 % (1,05 %)
8 bis 15 Jahre	1,56 % (1,57 %)
15 bis 30 Jahre	2,40 % (2,42 %)

Bundesschatzbriefe

Ausgabe 2012/3, Zinssatzfall in Prozent jährlich, in Klammern Zinsentwicklung für die jeweilige Besitzdauer:
Ausgabe 2012/3 (Typ A) - 0,10 (0,10) - 0,10 (0,10) - 0,10 (0,10) - 0,75 (0,75) - 0,75 (0,75) - 1,25 (0,40) - 1,25 (0,40) - 1,75 (0,75) Ausgabe 2012/4 (Typ B) - 0,10 (0,10) - 0,10 (0,10) - 0,10 (0,10) - 0,75 (0,26) - 1,25 (0,46) - 1,75 (0,67) - 1,75 (0,83)

Finanzierungsausschüsse des Bundes

1 Jahr Zinssatz: 0,05 %	Rendite: 0,05 %
2 Jahre Zinssatz: 0,10 %	Rendite: 0,10 %
Tagesanleihe des Bundes (Preis 100,87):	**0,29 %**
Sparbriefe (3 Mon. Kündigungsfr.): ca.	**0,64 %**
Sparbriefe mit Laufzeit von 4 Jahren:	**2,21 %***
Private Dispositionsrendite etwa	**11,20 %***
Ratenkredite bei 5 Jahren Laufzeit:	
bis 5 000 Euro, effektiv etwa	7,03 %*
bis 10 000 Euro, effektiv etwa	6,90 %*

Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke (effektiv, 100 % Auszahlung); Fest 5 Jahre 2,44 %; Fest 10 Jahre 2,98 %; * ungefähr Zinssätze sind institutsabhängig

Zinsen für Bundesanleihen

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
17.04.2012	0,72	0,87	1,05	1,31	1,57	1,79	1,98	2,15	2,28	2,41
16.04.2012	0,70	0,85	1,02	1,28	1,53	1,75	1,95	2,11	2,25	2,37

F.A.Z.-Renten-Reihe

Restlaufzeit*)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Öffentliche Anleihen										
Hoch 52 Wochen	1,81	2,19	2,52	2,84	3,01	3,24	3,33	3,41	3,45	3,60
Tief 52 Wochen	0,32	0,36	0,45	0,85	1,00	1,23	1,49	1,58	1,62	1,74
16.04.2012	0,36	0,48	0,85	1,00	1,25	1,49	1,61	1,72	2,12	1,93
17.04.2012	0,35	0,50	0,87	1,02	1,26	1,58	1,58	1,75	2,14	1,96
18.04.2012	0,35	0,50	0,87	1,02	1,25	1,57	1,57	1,75	2,13	1,96
Hypothekenpfandbriefe und öffentlichen Pfandbriefe										
Hoch 52 Wochen	2,44	2,68	3,10	3,26	3,44	3,67	3,74	3,81	3,77	3,96
Tief 52 Wochen	0,34	0,36	0,50	1,04	2,04	2,36	2,22	2,56	2,47	2,72
16.04.2012	1,04	1,25	1,50	1,86	2,04	2,36	2,24	2,58	2,47	2,72
17.04.2012	1,06	1,26	1,51	1,87	2,05	2,37	2,25	2,56	2,48	2,73
18.04.2012	1,06	1,26	1,51	1,87	2,05	2,37	2,25	2,56	2,48	2,73

**) In Jahren. Die in die Berechnung einbezogenen Papiere haben Restlaufzeiten von einem halben Jahr weniger bis zu sechs Monaten mehr als die angegebenen vollen Jahre. – Berechnung vom 31. Oktober 1995 an mit Stückzinsen.*

Ezb-Daten

EZB-Zinsen (ab 28.12.2011)

Spitzenrefinanzierung	1,75 %
Einlagefazilität	0,25 %
Hauptrefi.	1,00 %
Mindestreserve (Verzinsung)	**1,00 %**
Hauptrefinanzierungsgeschäft (Refis)	
1 Tage (fällig 25.04.) 1,00 %; 91 Tage (fällig 26.04.) - %; 28 Tage (fällig 09.05.) 1,00 %; 91 Tage (fällig 31.05.) - %	
Wachstum Euro-Geldmenge M 3	
03/2012	2,80 %
3 Monats Durchschnitt 02/2012-02/2012	2,30 %
Referenzwert für das Geldmengenwachstum der 3 Monats-Jahresrate	2,80 %
Notenumlauf im Euro-Raum	
zum 13.04.2012: 874 Milliarden Euro.	
Euro-Inflationsrate	**2,70 %**

Leitzinsen im Ausland

Dänemark 0,75 % (Diskont); Großbritannien 0,50 % (Repo-Satz); Japan 0,82 % (Diskont); Kanada 1,00 % (Diskont); Norwegen 1,50 % (Deposite Rate); Schweiz 0,11 % (Libor CHF 3M); Schweden 1,50 % (Pensionssatz); USA 0,25 % (Federal Fund Rate).

Stand 18.25 Uhr; Laufzeit in Jahren

Geldmarkt

Euribor	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
17.04.2012	0,408	0,746	1,039	1,372
18.04.2012	0,408	0,741	1,038	1,364

Libor	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
17.04.2012	0,474	0,722	1,009	1,324
18.04.2012	0,474	0,722	1,009	1,324

Libor	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
17.04.2012	0,300	0,465	0,650	0,965
18.04.2012	0,300	0,465	0,650	0,965

Euribor	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
17.04.2012	0,408	0,746	1,039	1,372
18.04.2012	0,408	0,741	1,038	1,364

New Yorker Geldmarkt

Diskontsätze für Schatzwechsel in %	**17.04.**
90 Tage 0,06 - 0,05; 180 Tage 0,0825 - 0,0725	
Certificates of Deposit (ab 100.000 Dollar)	
1 Mon. 0,18 %; 3 Mon. 0,25 %; 6 Mon. 0,38 %	
USA-Inflation	**3,25 %**
Commercial Papers in % (Händler)	
30 Tage 0,15; 60 Tage 0,20; 90 Tage 0,27	

Leitzinsen im Ausland

Dänemark 0,75 % (Diskont); Großbritannien 0,50 % (Repo-Satz); Japan 0,82 % (Diskont); Kanada 1,00 % (Diskont); Norwegen 1,50 % (Deposite Rate); Schweiz 0,11 % (Libor CHF 3M); Schweden 1,50 % (Pensionssatz); USA 0,25 % (Federal Fund Rate).

Anleihen Deutscher und Ausländischer Schuldner

Bundesanleihen

Zins	Laufzeit	Zins-termin	18.04. 18.25 h	18.04. Rend.
6,25	86(16)	20.6.	122,13	0,6049
6,625	86(16)	20.9.	121,60	0,6427
5,625	97(27)	4.7.	153,73	2,2780
4,75	98(28)	4.7.	147,89	2,4451
4,75	98(28)	4.7.	131,59	2,3772
5,5	00(31)	4.1.	154,70	2,6151
5,5	00(31)	4.1.	145,49	2,4404
6,25	00(30)	4.1.	164,75	2,6662
4,5	03(13)	4.1.	103,145	0,0407
4,25	03(13)	4.7.	102,995	0,0491
3,75	03(13)	4.7.	104,405	0,0921
4,25	03(14)	4.1.	107,05	0,1109
3,75	04(15)	4.1.	107,39	0,1258
4,25	04/15	4.1.	109,52	0,2168
4,25	05(15)	4.7.	109,405	0,2974
3,75	05(15)	4.7.	109,405	0,2974
1,684	Inflat. 06/16	15.4.	110,96	
4,25	06(16)	4.7.	112,43	0,5216
3,75	06/16	4.1.	114,395	0,6346
4,25	07(17)	4.7.	114,395	0,6346
4,25	07/17	4.7.	117,74	0,7606
4,25	08(18)	4.7.	117,355	0,8483
4,25	08/18	4.7.	119,615	0,9763
4,75	08/40	4.7.	147,59	2,4058
4,25	09(19)	4.7.	120,995	1,0139
3,5	09/19	4.7.	115,89	1,1855
1,851	Inflat. 09/20	15.4.	114,24	1,2954
3,25	10(20)	4.7.	112,995	1,2163
1,5	09/12 A-T-S	21.9.	100,393	0,5560
1,5	09/12 A-T-S	21.9.	100,393	0,5560
2,5	10/12	4.1.	100,345	0,2225
3,25	10/42	4.7.	118,39	2,3879
3,25	10/42	4.7.	118,39	2,3879
2,5	10/21	4.1.	108,34	1,4715
2,25	11/21	4.7.	114,35	1,5632
2,25	11/21	4.7.	114,35	1,5632
2	11/22	4.1.	102,98	1,6640
1,75	Inflat. 11/21	12/23	15.4.	111,75
1,75	12/22	4.7.	99,96	1,7542

Schatzanweisungen

3,5	10/12	15.6.	100,065	0,0742
0,75	10/12	14.9.	100,28	0,0496
	10/12	14.12.	100,662	0,0457
4,5	03/13	4.1.	103,145	0,0407
4,25	03/13	4.7.	103,145	0,0407
3,75	03/13	4.7.	104,405	0,0921
4,25	03/14	4.1.	107,05	0,1109
3,75	04/15	4.1.	107,39	0,1258
4,25	04/15	4.1.	109,52	0,2168
1,684	Inflat. 06/16	15.4.	110,96	
4,25	06/16	4.7.	112,43	0,5216
3,75	06/16	4.1.	114,395	0,6346
4,25	07/17	4.7.	114,395	0,6346
4,25	07/17	4.7.	117,74	0,7606
4,25	08/18	4.7.	117,355	0,8483
4,25	08/18	4.7.	119,615	0,9763
4,75	08/40	4.7.	147,59	2,4058
4,25	09(19)	4.7.	120,995	1,0139
3,5	09/19	4.7.	115,89	1,1855
1,851	Inflat. 09/20	15.4.	114,24	1,2954
3,25	10(20)	4.7.	112,995	1,2163
1,5	09/12 A-T-S	21.9.	100,393	0,5560
1,5	09/12 A-T-S	21.9.	100,393	0,5560
2,5	10/12	4.1.	100,345	0,2225
3,25	10/42	4.7.	118,39	2,3879
3,25	10/42	4.7.	118,39	2,3879
2,5	10/21	4.1.	108,34	1,4715
2,25	11/21	4.7.	114,35	1,5632
2,25	11/21	4.7.	114,35	1,5632
2	11/22	4.1.	102,98	1,6640
1,75	Inflat. 11/21	12/23	15.4.	111,75
1,75	12/22	4.7.	99,96	1,7542

Länderanleihen

Bundesländer				
3,5	03/13	2.4.	104,43	0,5605
4,25	4a/98/13	29.4.	104,67 G	0,6347
3,625	29a/03/13	29.4.	104,67 G	0,6347
4,25	24a/06/12	29.6.	100,69	0,0849
4,3	25a/06/13	17.10.	104,53	0,6846
4,25	26a/07/17	4.7.	105,85	0,8356
4,25	27a/07/17	13.4.	113,02	1,5160
4,25	28a/08/18	27.8.	107,65	1,0263
4,125	29a/08/15	30.1.	108,43	1,0293
4,25	30a/09/19	24.9.	108,82	1,2634
3,25	31c/09/14	29.4.	104,80 G	0,8634
2,625	32a/10/20	10.11.	103,13	1,6263
2,625	33c/10/16	18.3.	105,21	1,2512
2,625	34a/11/21	16.12.	104,58	1,4990
1,875	35c/10/15	1.10.	102,44	1,1478
2,25	36a/11/21	16.12.	102,44	1,4990
2,25	37a/11/16	17.5.	106,58	1,3299
2,375	38a/11/21	21.9.	104,48	1,5033
2,125	39a/11/21	26.1.	100,66	1,4747
Berlin				
3	11/16	29.3.	106,47 G	1,3351
Brandenburg				
3	03/13	20.2.	102,87	0,5370
3,5	11/21	15.6.	109,74	2,3063
Hessen				
4,5	02/13	4.1.	102,79	0,5241
4,3	03/13	10.3.	108,34	1,0528
4,25	04/14	7.4.	106,07	0,9690
Sachsen-Anhalt				
6,3	97/17	11.12.	119,33	
4,25	04/15	28.2.	106,25	0,8398

Bundesobligationen

2,485	Inflat. 07/13	15.4.	103,715	
4,25	S.151 07/12	12.10.	102,05	0,0614
4,25	S.152 08/13	4.10.	103,343	0,0813
4,5	S.153 08/13	11.10.	105,668	0,1267
2,25	S.154 09/14	4.4.	104,185	0,1270
2,5	S.155 09/14	10.10.	105,73	0,1750
3,25	S.156 09/14	12.12.	106,43	0,3257
2,5	S.157 10/15	10.4.	105,875	0,2630
2,5	S.158 10/15	10.4.	104,815	0,2630
2,5	S.159 11/16	26.2.	105,98	0,4303
2,5	S.160 11/16	8.4.	104,945	0,4686
2,5	S.161 11/16	14.10.	102,855	0,6023
2,5	S.162 12/17	10.2.	100,295	0,6855

Ausländische Schuldner

Zins	Laufzeit	Zins-termin	18.04. 18.25 h	18.04. Rend.
A				
4,25	ABN Amro Bk. 07/17	4.3.	110,70 G	1,9230 AAA
6	Aegon 06/16	21.7.	108,99	2,0080 AAA
	Aegon 06/11unb.	21.7.	82,09	
6,25	Aegon 09/39	29.4.	100,00	6,7660 A3
4,5	Air Berlin 11/16	19.5.	98,75	5,1195
8,25	Air Berlin 11/18	19.4.	94,00	9,9260
11,50	Air Berlin 11/14	1.6.	102,50	11,1220
6,375	Alcatel 04/14	7.4.	101,969 G	5,2900
6,625	Allianz Fin. 02/12	25.11.	102,57	0,3460 A
6,5	Allianz Fin. 02/25	13.1.	104,75	5,9530 A+
3,5	Allianz Fin. 10/15	3.3.	96,60	
4,125	Alstom S.A. 10/17	1.2.	104,95	2,9970 Baa3
5,875	Anglo American 08/15	17.4.	109,665	2,4850 BBB+
4,5	Anglo Am.Fin. 10/20	17.4.	102,15 G	4,2060 BBB+
9,375	ArcelorMittal 08/18	3.6.	117,55	4,5960 Ba3
6,125	ArcelorMittal 09/39	1.6.	97,75	6,3360 Ba3
5,87	Argentinien 93/23	31.3.	58,00	13,6820 Ca
8,28	Argentinien 99/33	31.12.	58,00	
11,75	Argentinien 95/26	31.1.	20,25	
7,82	Argentinien 96/26	31.12.	58,00	
4,191	Argentinien 05/35	15.12.	9,95	
8,3	Argentinien 09/19	31.12.	58,00	10,8100
6	Asfinag 03/13	23.12.	107,27	1,5620 A+
9,75	Austral.Mng.F. 08/15	30.6.	6,00	
6,25	Autoroutes 07/17	4.7.	116,45	3,2880 AA+
6,25	Autoroutes 07/22	4.7.	116,45	3,6620 BBB+
4	Axa 01/13	18.6.	105,201 G	1,4460 A
B				
6,375	B.A.T. Int. Fin. 08/15	12.3.	111,89	1,6300 BBB+
4,875	BAT Intl.Fin. 10/21	24.2.	109,60	3,5140 BBB+
4,625	Bank Amerika 03/17	7.2.	94,85	5,8800 BBB+
4,5	Bank of Ireland 09/13	5.7.	99,50	2,5000 BBB+
6,25	Banq.Cent.Tunis. 03/13	20.2.	101,37	4,5300 BBB
5	BASF Fin. Eur. 07/14	26.9.	109,26	1,1200 A+
4,625	BASF Fin. Eur. 08/16	26.9.	111,16	1,9200 A+
3,5	BASF Fin. Eur. 09/16	9.9.	111,64	1,3120 A+
4,25	BASF Fin. Eur. 10/22	8.3.	111,64	3,0260 A+
4,5	Belgien 06/22	28.3.	104,84	3,4170 Aa1
4,25	Belgien 10/41	28.3.	97,50	4,3960 Aa1
3,5	Belgien 11/26	28.3.	109,05	3,6590
4,875	BMW Fin. 07/17	18.6.	117,36	3,5740 A+
4,875	BMW Fin. 07/12	18.10.	101,90	0,9900 A
4,875	BMW Fin. 08/18	18.6.	120,25	3,9220 A+
3,875	BMW Fin. 10/17	18.1.	108,00	2,0850 A+
3,875	BMW Fin. 10/19	14.1.	104,50	2,5140 A
6,5	BNP Par. Cap. 08/12	16.5.	100,25	0,4000 A+
6,576	BNP Par. Fortis 06/16	16.2.	105,32	4,8130 A
4,25	BNP Paribas 10/17	13.1.	104,64	2,9400 A+
11,00	Brasilien 97/17	26.6.	139,325	2,7510 BBB
8,5	Brasilien 06/16	5.1.	124,50	2,8000 BBB
3,25	Brasilien 12/16	16.1.	100,00	2,9000 BBB
7,5	Bulgarien 03/13	15.1.	104,19 G	1,7180 BBB
C				
6,25	C de St.-Gobain 09/14	28.7.	113,40	1,2500 BBB+
4,375	Cais. d'Amort. 06/21	25.10.	109,20	3,1850 AAA
4,25	Cargill Inc. 08/13	23.5.	114,23	1,2340 A
3,625	Carrefour 05/13	6.5.	101,65	2,0100 BBB
4,5	Celsio Fin. 10/17	28.4.	101,20	4,2590
6,625	Cell.C (PTY) 05/12	1.7.	99,00	14,2110 B-
6,125	Centrica 07/13	10.5.	104,25	1,2000 A-
5,25	Cie Fin. Foncier 06/55	25.4.	89,89 G	4,4030 AAA
6,12	CIF Euromort. 03/13	6.12.	105,29	1,2170 Aaa
4,5	Citigroup 08/13	3.12.	104,49	1,2490 A+
6,4	Citigroup 08/17	27.3.	103,81 G	2,2290 A+
4,5	Coca-Cola 10/15	22.1.	107,80	1,2490 AA-
6,5	Confi Gummi 10/16	15.7.	104,585	5,1990 B+
8,5	Confi-Gummi 10/15	15.7.	109,00	5,4990 B+
D				
6,25	Daimler Int.Fin. 08/15	8.9.	114,58 G	1,6570 A2
6,375	Daimler Int.Fin. 08/18	8.9.	120,00 G	2,8310 A2
6,213	Daiml.Northfin. 06/13	21.3.	102,948	1,1260 A
4,5	Danone 10/17	1.2.	109,00 G	2,8000 A3
6,25	Dt. Bahn Fin. 01/13	28.11.	106,61	0,8660 AA
5,375	Dt. Bahn Fin. 02/12	31.7.	101,24	0,8830 AA
5,375	Dt. Bahn Fin. 03/13	14.5.	105,10	0,8830 AA
6,5	Dt. Bahn Fin. 03/15	8.7.	109,38	1,2540 AA
5,375	Dt. Bahn Fin. 04/14	18.1.	107,68	1,0210 AA
6,125	Dt. Bahn Fin. 09/17	16.10.	109,33	1,8220 AA+
4,75	Dt. Bahn Fin. 10/21	9.2.	109,60	3,2660 AA+
4,11	Dt. Bahn Fin. 10/26	4.11.	107,18	2,5870 AA+
3,125	Dt. Bahn Fin. 10/19	24.11.	105,00	2,1660 AA+
3,25	Dt. Bank 09/13	20.8.	103,27	2,2870 A+
4,5	Dt. Bank 04/14	31.1.	105,25	2,7600 BBB+
5,25	Dt. Bank C.F. 09/Sunb.	30.3.	103,25	
4,25	Dt. Post Fin. 02/12	4.10.	101,68	1,3870 BBB+
4,25	Dt. Post Fin. 03/13	20.1.	102,95	1,2540 BBB+
6,625	Dt. Telekom Fin. 02/12	29.5.	100,65	1,8920 BBB+
6,625	Dt. Telekom Fin. 03/13	29.3.	104,49	1,8920 BBB+
5,75	Dt. Telekom Fin. 03/18	29.3.	122,70

Name | Whrg. | Ausg. | Rücknr. | Zweg. | Aktg. Ausg.

* Preise vom Vortag/letzt verfügbar 18.04.12

Investmentfonds

Japan Adv. Fd – A ..... JPY 17968.00 17972.00 0.00 16.64
Japan EUR ..... JPY 1.04 0.99 0.00 17.05
Japan Sm. Comp. ..... JPY 954.30 906.70 0.00 -23.63
Japan Value ..... JPY 21.36 20.29 0.00 58.14
Latin America Fund ..... EUR 46.80 44.47 0.00 76.25
Malaysia Fund ..... EUR 49.26 46.80 0.01 64.76
Monegà Euro Bd ..... EUR 20.31 20.31 0.00 -14.50
Monegà Euro Fd ..... EUR 22.08 22.08 0.00 16.91
Monegà Global Fd ..... EUR 26.13 26.13 0.00 18.66
Nordic Fund ..... SEK 616.49 585.70 0.00 54.48
Pacific Fund ..... EUR 21.27 20.21 0.00 -3.04
Port.Sal. Gr.Aine ..... USD 18.29 17.38 0.00 27.62
Port.Sal. Growth ..... EUR 14.15 13.44 0.00 23.33
Port.Sal. Value Gr. ..... EUR 9.90 9.41 0.00 12.89
Short Term Bond A ..... EUR 24.31 23.49 0.72 0.00
Singapore Fund ..... EUR 50.63 48.10 0.00 -2.05
South Eu. As. Eur. ..... EUR 5.20 4.94 0.00 59.06
Sterling Select Fd ..... GBP 0.32 0.31 0.00 -6.25
Switzerland Fund ..... CHF 36.90 35.06 0.00 28.63
Taiwan Fund ..... EUR 8.37 7.95 0.00 10.26
Target Fund Euro ..... EUR 21.69 20.60 0.00 -3.13
Target 2015 Euro ..... EUR 27.98 27.03 0.36 22.12
Target 2020 Euro ..... EUR 30.55 29.52 0.40 23.33
Target 2025 Euro ..... EUR 24.47 23.64 0.10 15.61
Target 2030 Euro ..... EUR 24.51 23.68 0.32 15.61
Thailand Fund ..... EUR 41.88 39.79 0.10 75.24
United Kingdom ..... GBP 1.95 1.85 0.00 34.01
US Dollar Bond ..... USD 6.98 6.75 0.00 -15.02
US High Yield Fund ..... USD 12.47 12.05 0.64 0.68
World Fund ..... EUR 10.87 10.33 0.00 23.99

first private
Investment Management

Flossbach von Storch
www.fvsag.com +49 221 33 88 290

Aktien Global F ..... EUR 158.57 151.02 0.00 1.08
Aktien Global I ..... EUR 156.80 149.33 0.00 57.85
Aktien Global P ..... EUR 125.55 119.57 0.00 0.81
Ausgewogen F ..... EUR 122.42 116.59 2.21 3.45
Ausgewogen I ..... EUR 119.36 113.68 1.90 3.45
Bond Diversifik I ..... EUR 113.36 110.06 4.44 0.00
Bond Diversifik P ..... EUR 112.96 109.67 4.11 0.00
Bond Global F ..... EUR 111.20 107.96 3.90 0.00
Bond Opport. F ..... EUR 111.70 108.45 1.83 0.00
Defensiv F ..... EUR 117.68 112.08 2.30 -6.13
Defensiv I ..... EUR 117.68 112.08 2.30 -6.13
Fundament F ..... EUR 116.14 110.61 0.00 -9.23
Fundament P ..... EUR 104.78 99.79 0.00 -9.18
Gloh Opportunit I ..... EUR 170.13 162.03 0.00 56.66
Gloh Opportunit P ..... EUR 157.09 149.61 0.00 56.66
Multiple Opp. F ..... EUR 175.74 167.37 0.22 14.90
Multiple Opp. R ..... EUR 147.78 140.74 0.00 14.90
Stiftung ..... EUR 102.93 101.91 2.78 -1.15
Wachstum F ..... EUR 122.61 116.77 0.00 -9.23
Wachstum R ..... EUR 118.65 113.00 1.15 4.39
Wandelanl Global F ..... EUR 143.57 136.73 6.01 0.70
Wandelanl Global I ..... EUR 144.97 138.07 6.07 0.70
Wandelanl Global P ..... EUR 125.70 119.71 7.62 0.00

Fonds Direkt Skew
Skyline Dynamik ..... EUR 124.15 118.24 0.00 49.60
Skyline Klassik ..... EUR 115.12 110.69 0.00 11.20
Nik.Bet.GI.AT(EUR) ..... EUR 96.12 91.54 0.00 12.11

FRANKFURT-TRUST
INVESTMENT GMBH
www.frankfurt-trust.de Tel.: 069/92050-200

AL FT Chance ..... EUR 50.28 47.89 0.00 0.00
AL FT Stabilität ..... EUR 55.12 53.00 0.00 0.00
AL FT Wachstum ..... EUR 53.55 51.03 0.00 0.00
ATS balance ..... EUR 43.92 42.23 0.00 48.52
ATS defensiv ..... EUR 47.64 46.02 0.00 48.52
ATS dynamic ..... EUR 42.08 40.08 0.00 79.22
AW Glob.Inv.Basic+ ..... EUR 36.42 34.68 0.00 0.00
AW Global Dynamic+ ..... EUR 35.08 33.41 0.00 0.00
Basis-Fonds I ..... EUR 138.00 138.00 2.02 0.00
BHF-Tot. Return FT ..... EUR 58.85 57.14 0.00 -6.61
EDG Abs.Ret.Strat. ..... EUR 96.11 93.31 0.01 -1.73
ETHNOS Global ..... EUR 54.18 51.60 0.00 -2.85
FMM-Funds ..... EUR 366.81 349.34 1.97 11.93
FT Accudiv ..... EUR 50.86 48.44 0.00 -2.85
FT Accudiv Dist ..... EUR 50.29 50.29 0.35 0.00
FT Accudiv Ertrag ..... EUR 71.23 67.84 0.00 -2.85
FT Accudiv Plus ..... EUR 295.52 257.79 0.08 0.00
FT Dollarbond ..... USD 70.87 70.87 0.00 0.00
FT Fest Eur. High Div. ..... EUR 46.02 43.83 0.00 -5.13
FT Fest Euroinvest. M. ..... EUR 52.47 50.94 0.00 -7.70
FT EuroZins ..... EUR 25.84 25.84 0.00 0.00
FT Europa Dynamik I. ..... EUR 53.12 53.12 0.00 -7.87
FT Europa Dynamik P. ..... EUR 177.21 168.77 0.00 -7.87
FT EuroRendite ..... EUR 54.40 52.82 0.00 0.00
FT EuroZins K. ..... EUR 111.94 110.83 0.12 0.00
FT Fleetboard Clas. ..... EUR 113.57 107.98 0.00 -6.61
FT Fleetmod Profi ..... EUR 42.72 40.69 0.00 -4.08
FT Frankfurter Eff. ..... EUR 154.30 146.95 0.00 -15.15
FT GlobalDynamik ..... EUR 33.78 32.17 0.00 -144.16
FT Global Wachst. ..... EUR 56.19 53.51 0.00 11.53
FT Gl.Infra.Eu Div I ..... EUR 60.01 60.01 0.00 16.84
FT Gl.Infra.Eu Div P ..... EUR 62.02 59.07 0.00 15.40
FT InterSpezial ..... EUR 29.92 28.78 0.00 -20.74
FT Navigator Sust. ..... EUR 51.16 49.67 0.39 0.00
FT Navigator Zins ..... EUR 51.88 51.88 0.00 0.00
FT Navigator 25 ..... EUR 54.65 52.80 0.43 0.00
FT Navigator 50 ..... EUR 61.19 58.64 0.00 0.00
FT Navigator 70 ..... EUR 58.39 53.96 0.00 0.00
FT New Generation ..... EUR 19.28 18.36 0.00 -80.53
FT Nordwest-Fonds ..... EUR 115.37 109.88 0.00 16.07
FT Rentefix Profi ..... EUR 47.22 46.69 0.00 -4.08
FT Rentefix Spezial ..... EUR 55.43 54.81 0.00 -4.08
HL Medizintherm. FT ..... EUR 44.81 43.93 0.21 -32.24
HL Spezialfonds FT ..... EUR 49.44 48.49 0.23 -32.24
Klawitter-Trading ..... EUR 27.15 25.86 0.00 -1.15
Portf. Opportunity ..... EUR 51.24 48.80 0.18 -68.80
PVAMSolvoPortfolio ..... EUR 49.44 48.85 0.00 -2.85
Rl Value Portfolio ..... EUR 44.92 42.78 0.00 0.00
Sükt Globalfonds ..... EUR 53.33 51.27 0.00 -2.85
SchäPfer Gbl Conf ..... EUR 60.91 58.01 0.05 0.00
SchmidtSpezialFd ..... EUR 49.44 48.85 0.00 -2.85
Substanz-Fonds ..... EUR 146.31 134.57 0.76 19.87
Unternehmer Werte ..... EUR 47.17 44.92 0.00 -10.33
Vermögen Fonds ..... EUR 551.82 533.75 2.63 -2.85
WPFonds Aggressiven ..... EUR 44.80 44.80 0.07 0.00

FRANKFURT-TRUST Investment Luxemburg AG

FT ABS.-Fonds ..... EUR 38.90 38.90 32.91 0.00 -20.34
FT Em.Cons.Dem P ..... EUR 81.52 58.59 0.00 14.02
FT EmergingArabia ..... EUR 31.49 29.90 0.00 -47.93
FT EmergingIndia ..... EUR 49.65 47.29 0.00 -3.97
FT EuroCorporates ..... EUR 56.76 55.11 1.80 0.00
FT Europa Inv. ..... EUR 150.51 146.12 0.00 -7.87
Nik.Bet.GI.AT(EUR) ..... EUR 96.12 91.54 0.00 12.11
Nik.Bet.GI.AT(USD) ..... EUR 94.21 89.72 0.00 16.07
FT-Rendite Plus ..... EUR 65.96 65.63 0.38 0.00
SMS Ars selecta ..... EUR 42.43 40.80 0.00 -2.75

FRANKLIN TEMPLETON INVESTMENTS
Tel. 0800 / 073 80 02
www.franklintempleton.de
info@franklintempleton.de

FRK.E.SM.C.Gr. A a ..... EUR 20.73 19.64 0.00 48.32
FRK.GI.Fo.Sto.A d ..... EUR 8.02 7.60 0.07 4.25
FRK.Gold&Nat.Res A ..... EUR 9.39 8.81 0.11 -2.13
FRK.India Fd. A d ..... EUR 32.20 30.51 0.00 40.26
FRK.Mid.Cap.Gr. A d ..... EUR 37.39 35.42 0.00 -1.37
TEM Asian Gr. A d ..... EUR 24.90 23.59 0.00 57.46
TEM East Europe A ..... EUR 23.72 22.47 0.00 -16.54
TEM Em.Mkts Mid A d ..... EUR 10.75 10.43 0.00 4.55
TEM Front.Mkts A a ..... EUR 16.34 15.48 0.00 33.70
TEM Gl.Bd. A ..... EUR 10.74 10.74 0.00 -2.05
TEM Gl.Tot.Ret.Ahd ..... EUR 11.28 10.94 0.00 0.51
TEM Growth(Euro) A ..... EUR 19.41 18.40 0.00 -2.57
TEM Growth(Eur) Ad ..... EUR 11.00 10.42 0.00 -2.77
TEM Growth(Y) Ad ..... EUR 18.73 17.65 0.00 -40.49

Franklin Templeton Strat. All. Funds
FRK Cons. Fund A a ..... EUR 11.98 11.62 0.03 1.19

ETT GMBH
Tel. 0800/0 38 83 88
www.ett.de

Galileo China Reg. ..... USD* n.v. 4.45 n.v. n.v.
Galileo Japan ..... EUR n.v. 57.01 n.v. n.v.
Glb.Nat.Res.Fd Reg ..... EUR* n.v. 1.91 n.v. n.v.

GAMAX
Tel. Deutschland: 0800/0 10 71 07
Tel. International: 00498090611 230
www.gamax.lu

F.-Junior A ..... EUR 9.04 8.52 n. 27.47
F.-Junior B ..... EUR 7.35 7.35 n. 27.47
F.-Junior C ..... EUR 8.08 8.08 n. 27.47
F.-Maxi-Bond A ..... EUR 6.55 6.17 0.08 -0.02
F.-Maxi-Bond B ..... EUR 5.46 5.46 0.08 -0.02
F.-Maxi-Bond C ..... EUR 9.82 9.82 0.11 -0.02
F.-Top 100 A ..... EUR 7.45 7.02 n. 9.87
F.-Top 100 B ..... EUR 5.93 5.93 n. 5.00
F.-Top 100 C ..... EUR 5.84 5.84 n. 3.80
MetFd Asien Inhaml. ..... EUR 11.93 11.25 n. 36.96
MetFd Asien Inhaml. ..... EUR 7.19 7.19 n. 34.52
MetFd Asien Inhaml. ..... EUR 6.87 6.87 n. 34.04

GEBSER & PARTNER
VERMÖGENSVERWALTER
Tel. 069-96360-0 · www.gp-ag.de

G&P-FE.GI.Mi.Bal. ..... EUR 11.54 10.99 0.00 0.54
G&P- Flex VV Bal. ..... EUR 947.23 902.12 0.00 -0.01
G&P- Flex VV Feb.R. ..... EUR 47.66 46.27 0.00 -0.10
G&P Inv.Strukturfd ..... EUR 9.21 8.77 0.00 -0.22
G&P- Univ.Aktien A ..... EUR 52.68 50.17 0.02 -125.20

GENERALI Investments
Tel: 01801 / 16 36 16
www.generali.de

AktivMix Ertrag ..... EUR 57.13 55.47 0.32 -2.16
AktivMix Vario Sel. ..... EUR 56.83 55.17 0.27 -3.35
Balance ..... EUR 52.52 52.52 0.00 9.13
C.-E.Corp.Bonds D ..... EUR* n.v. 191.05 n.v. n.v.
C.-E.Europ.Equit D ..... EUR* n.v. 191.05 n.v. n.v.
Cap.Mkt Strategie ..... EUR 93.79 91.05 0.00 -1.96
Dynamik ..... EUR 43.76 43.76 0.15 -4.21
Dynamik Europa ..... EUR 43.91 43.91 -8.34 8.26
Dynamik Global ..... EUR 39.58 39.58 0.81 8.26
GarantT 10€ ..... EUR n.v. 108.64 n.v. n.v.
GarantT 3 ..... EUR n.v. 105.37 n.v. n.v.
GarantT 3 05€ ..... EUR n.v. 108.28 n.v. n.v.
GarantT 4 05€ ..... EUR n.v. 108.28 n.v. n.v.
GarantT 5 05€ ..... EUR n.v. 97.96 n.v. n.v.
Goldtrend Fonds ..... EUR 60.21 60.21 0.28 0.00
German Equities DK ..... EUR n.v. 84.34 n.v. n.v.
GI.Multi Utilit.DK ..... EUR n.v. 155.47 n.v. n.v.
Wachstum ..... EUR 48.72 48.72 0.00 16.26

Gothaer
Asset Management

investments@goam.de
Gothaer Cont Bal. ..... EUR 118.28 113.72 1.38 10.64
Gothaer Cont Wachst. ..... EUR 112.15 108.80 0.96 -0.15

Name | Whrg. | Ausg. | Rücknr. | Zweg. | Aktg. Ausg.

* Preise vom Vortag/letzt verfügbar 18.04.12

Gothaer Cont.Ert. ..... EUR 113.72 110.40 1.72 5.45
Gothaer Euro-Cashfd. ..... EUR 105.29 105.29 1.65 -0.04
Gothaer Europ.Aktien ..... EUR 53.52 51.46 0.78 0.00
Gothaer Global ..... EUR 58.98 58.71 0.12 -7.08

Griffin Umbrella Fund plc
Euro Europ. Value Fd ..... EUR n.v. 393.57 0.00 12.51
Eastern European A ..... EUR 509.65 485.38 0.00 23.58
Eastern European B ..... EUR n.v. 194.47 0.00 23.58
European Opport. A ..... EUR 134.09 127.70 0.00 27.58
European Opport. B ..... EUR 132.82 126.50 0.00 27.58
Ottoman Fund ..... EUR n.v. 116.86 0.00 25.58

Gutmann Kapitalgesellschaft
PRIME Val Growth T ..... EUR 118.35 112.70 0.17 6.30
PRIME Value Select T ..... EUR 137.20 130.60 0.59 -19.34

HANSAINVEST
4G-SMART POWER ..... EUR 48.69 46.37 0.00 15.54
Aktiv Con Prof.QI ..... EUR 56.57 53.62 0.00 -15.02
Aktiv Conservativ ..... EUR 38.89 36.79 0.00 -0.25
Active DSC Ret T ..... EUR 36.57 34.66 0.00 -0.85
ARTUS Corp.Bd ..... EUR 72.65 69.19 1.57 -0.06
ARTUS Europa Core ..... EUR 47.88 45.60 0.00 -0.15
ARTUS GlobRentenW ..... EUR 45.05 43.74 0.00 5.92
ARTUS Mittelstand ..... EUR 40.97 39.02 0.00 -19.30
ARTUS Welt Core ..... EUR 41.88 39.79 0.10 75.24
Global Flexible ..... EUR 98.48 97.91 0.00 -0.10
C-Quad.ARTS TRF A ..... EUR 96.71 92.10 0.00 -1.38
DBR Bd Select ..... EUR 113.25 109.90 0.00 -0.01
DBR Bd7 Devisen ..... EUR 94.08 91.34 0.00 0.00
DBR Bd7 Optimix ..... EUR 115.13 109.65 0.62 -14.82
DBR Bd7 Wertsicher ..... EUR 113.35 109.95 0.00 -0.01
DBR Substanz ..... EUR 109.62 104.40 0.62 0.00
EURO ZINS PLUS ..... EUR 95.88 95.88 0.00 1.15
HANSA DAP ..... EUR 31.12 29.64 0.00 -86.61
HANSAAktien ..... EUR 40.04 38.13 0.01 -34.51
HANSAAktien ..... EUR 57.86 56.06 0.00 -46.32
HANSAAktien ..... EUR 39.94 38.72 0.00 -0.08
HANSAConstro A ..... EUR 54.05 51.48 0.47 -3.31
HANSAConstro B ..... EUR 39.90 38.00 0.34 -2.44
HANSAeuropa ..... EUR 34.34 32.70 0.00 -91.56
HANSAgarant ..... EUR 113.25 109.90 0.00 -0.01
HANSAgeldmarkt ..... EUR 50.55 50.30 0.25 0.00
HANSAglobal USD ..... USD 89.76 85.35 4.04 3.86
HANSAglobal ..... EUR 49.39 46.98 0.00 -0.08
HANSAinternet ..... EUR 12.92 19.25 0.42 0.00
HANSAmobil ..... EUR 23.63 22.48 0.00 -0.08
HANSArenten ..... EUR 29.30 27.90 0.00 -29.94
HANSAsmart Select ..... EUR 29.30 27.90 0.00 -29.94
HANSAtronics ..... EUR 24.92 24.67 0.12 0.00
IH Topselect D ..... EUR 42.01 40.01 0.03 -7.65
IH Topselect W ..... EUR 41.50 39.52 0.03 -7.65
IH JortGlobal DAP ..... EUR 59.68 57.79 0.00 -3.20
IHEmMktsEur Europa ..... EUR 13.06 12.90 0.00 -0.15
Konz. privat ..... EUR 42.34 41.51 0.14 -20.49
MAXX Wm-Select ..... EUR 16.27 15.50 0.07 -118.87
SI Best Select ..... EUR 81.66 77.77 0.00 -4.55
SIGMA II RMAS H ..... EUR 9.71 9.43 0.04 -1.72
SIGMA II RMAS Sel ..... EUR 8.83 8.41 0.04 -1.72
SI Safeinvest ..... EUR 81.67 76.48 0.00 -0.39
SMARTINVEST Classic I ..... EUR 84.00 83.00 0.00 4.82

HANSAINVEST LUX S.A.
HALuxNr.9 Strateg. ..... EUR 102.00 99.03 -11.49 1.30
Interbond ..... EUR 94.55 91.89 0.00 2.39

HAUCK & AUFHÄUSER
PRIVATBANKIERS
www.hal.lu

Fairseastman Cast. ..... EUR 84.53 82.87 0.48 -7.86
HAA Lux Wandel ..... EUR 68.17 66.18 0.00 5.66
HAA Lux Wandel P ..... EUR 32.03 30.51 0.00 -2.85
HAG Eq.Val. Inv.B ..... EUR 31.88 29.94 0.00 21.45
HAG Eq.Val. Inv.P ..... EUR 54.44 53.90 0.00 -17.40
HAG MB Max Global ..... EUR 54.12 51.54 0.00 11.27
HAG MB Max Value ..... EUR 103.73 98.79 0.00 23.64
HAG MB S Plus ..... EUR 98.36 93.68 0.00 10.92
HAG Return Global ..... EUR 169.22 169.22 0.00 17.87
HAG Return Value ..... EUR 175.72 166.90 0.00 43.63
HAG Unitern.Ids I B ..... EUR 92.40 88.00 0.00 -8.50

KanAm Grund
Tel. 069-71 04 11 0
info@kanam-grund.de
www.kanam-grund.de

grundinvestFonds ..... EUR 54.32 51.49 0.00 -0.47
GS-grundinvest Fd. ..... EUR 5.62 5.33 0.00 0.00

KAS Investment Servicing GmbH
Comfortinvest ..... EUR 42.22 40.21 0.07 21.85
Comfortinvest P ..... EUR 46.54 44.32 0.06 -2.45
Comfortinvest Spez. ..... EUR 58.56 54.91 0.00 -2.45
FM Core Ind.Select ..... EUR 58.40 56.15 0.00 3.53
Genesin Inv Rel Sel. ..... EUR 99.41 97.46 -4.68 -0.02
HSG FM Global Alloc ..... EUR 19.95 18.05 0.00 -0.03
HSG FM Global 60 ..... EUR 104.26 101.22 0.55 5.36
Multimanager 1 ..... EUR 59.46 57.17 0.42 10.40
Multimanager 2 ..... EUR 59.00 57.20 0.42 10.40
Multimanager 3 ..... EUR 59.46 57.17 0.42 10.40
Multimanager 4 ..... EUR 59.46 57.17 0.42 10.40
Multimanager S ..... EUR 47.74 45.47 0.00 15.47
Sydbank Aktie ..... EUR 47.54 45.29 0.00 -4.54
Sydbank VK Klass ..... EUR 46.40 44.19 0.00 7.40

LBB-INVEST
Das Ertragsausgleichsverfahren im Sinne des § 9 Satz 2 InvStG wird angewendet.
Best-Inv. Bd Sel. ..... EUR 47.54 46.16 0.56 0.03
Best-INVEST 30 ..... EUR 46.27 44.92 0.48 7.44
Best-INVEST 50 ..... EUR 43.98 42.49 0.33 11.47
Best-INVEST 70 ..... EUR 41.72 40.06 0.29 6.42
Euro-K INVEST ..... EUR 34.67 34.67 0.02 0.00
Europa-Invest ..... EUR 46.98 44.74 0.00 -52.85
EuroRent-Invest ..... EUR 45.45 44.13 0.76 0.00
Global Challenges ..... EUR 43.33 42.45 0.07 -2.52
Ge East Invest. ..... EUR 81.20 77.33 0.08 48.32
Rappler Em. Mkts ..... EUR 38.63 36.79 0.00 26.18
Rappler Europe ..... EUR 22.42 21.35 0.00 -35.02
Umgrv.-Ams.-Sys. ..... EUR 84.00 80.00 0.00 -0.29
Umgrv.-Asien-Sys. ..... EUR 83.25 79.24 0.00 -0.29
Umgrv.-Europa-Syst. ..... EUR 45.85 43.67 0.00 32.05
Umgrv.-Syst.-Invest ..... EUR 87.01 82.87 0.00 -29.22
Umgrv.-Welt-Invest ..... EUR 46.98 44.74 0.00 -52.85
Multicinvo.-Invest ..... EUR 35.50 34.27 0.49 0.00
PEP Classic ..... EUR 76.12 71.81 0.00 -5.21
PEP Erfrag ..... EUR 52.74 50.71 1.25 0.45
WMM-Multifonds ..... EUR 47.32 45.82 0.00 1.98
Stratego Chance ..... EUR 29.07 27.82 0.43 4.71
Stratego Erfrag ..... EUR 30.02 29.15 0.11 -0.18
Stratego Ertrag ..... EUR 29.00 27.09 -0.14 -1.73
Stratego Konservativ ..... EUR 29.88 28.87 0.04 1.69
Stratego Wachstum ..... EUR 29.92 28.75 0.11 -0.18
TopPortfolio-Invest ..... EUR 34.26 32.63 0.00 -42.83
Wachstumsfonds ..... EUR 23.98 21.04 -109.73 -27.58
WeltMap-Invest ..... EUR 44.49 42.78 1.95 -13.50
Weltzins-INVEST ..... EUR 32.28 31.34 1.98 0.00

LBBW Asset Management
Tel. 0711/229 10 - 310
www.bbw-an.de

Akt. Deutschland ..... EUR* 130.45 114.71 0.00 6.90
Akt. Dyn. Europa ..... EUR 15.29 14.56 0.00 -112.50
Akt. SAM Global ..... EUR 20.39 19.07 0.00 -31.80
Aktien Europa ..... EUR 39.32 35.07 0.00 -37.49
Bk. Ver. Eurob. R ..... EUR 101.30 99.29 0.00 -24.52
Bk. Ver. Eurot. RT ..... EUR 24.78 23.60 0.00 -6.25
Europa Select Plus ..... EUR 19.38 18.68 0.00 -23.08
FF Kontinent. Akt. ..... EUR 49.06 45.87 0.00 -5.47
FF Rendita ..... EUR 51.71 49.96 0.67 -1.13
FF Wachstum ..... EUR 43.40 41.99 0.00 -5.47
Garantie Welt 2012 ..... EUR 49.44 100.96 0.00 0.00
Gemeinwohl Fonds ..... EUR 27.09 25.81 0.00 -1.74
Global Warming ..... EUR 27.57 26.26 0.00 5.54
H&A Fonds Select ..... EUR 21.58 20.56 0.00 -4.83
Konsum Ost Europa ..... EUR 39.54 33.33 0.00 -0.45
Multi Global ..... EUR 88.79 86.30 0.00 -5.93
Nachh. Aktien R ..... EUR 62.29 59.28 0.00 -5.47
RentaMax R ..... EUR 65.77 63.55 1.29 0.00
Renten Euro Plus ..... EUR 31.26 31.26 0.21 0.00
Renten Global ..... EUR 31.26 31.26 0.21 0.00
Rohstoffe & Ress. ..... EUR 30.20 28.76 0.11 -20.16
Rohstoffe A. ..... EUR 46.29 44.07 0.00 -20.16
RR Rentenstrategie ..... EUR 14.15 13.02 -2.35 -0.11
Sachwerte Deutschl. ..... EUR 53.09 52.47 0.00 -0.14
SWV Dachfd Str.Ins. ..... EUR 50.60 49.52 0.23 -122.46
SWV Dachfonds Bas. ..... EUR 55.71 53.06 0.29 -2.63
SWV Dachfonds D.-t.-E. ..... EUR 50.09 52.47 0.00 -0.14
SWV Europa-Fonds ..... EUR 46.46 44.27 0.10 -21.02
SWV Global-Fonds ..... EUR 47.53 45.27 0.00 -21.02
SWV Immofonds ..... EUR 52.55 50.53 1.61 -1.98
SWV Intern.Rentenfd ..... EUR 48.19 46.52 -6.16 -73.36
SWV Qua.Sel.Ak.Eu ..... EUR 27.46 26.18 -1.42 -73.36
SWV Qua.Sel.Ak.Welt ..... EUR 46.76 44.53 0.00 -1.74
SWV Rentenfonds ..... EUR 55.08 53.48 0.23 -2.63
SWV Total Return R ..... EUR 55.39 53.78 -0.31 -4.54
Zumnie Deep Value ..... EUR 119.24 116.90 0.00 -0.14
Zyklus Strategie R ..... EUR 44.01 41.91 0.05 -35.49

LEGG MASON
GLOBAL ASSET MANAGEMENT

Legg Mason Dublin Funds
BM AsPac Eq. Et ..... USD* n.v. 105.35 n.v. -0.66
BM AsPac Eq. Inc ..... USD* n.v. 78.78 n.v. -0.66
BM Euro Eq A ..... EUR* n.v. 64.94 n.v. -0.15
BM Global Eq A ..... EUR* n.v. 99.63 n.v. 0.91
BM InfraLead Eq A ..... EUR* n.v. 99.63 n.v. 0.91
BM GI Fi In Aa(G) ..... EUR* n.v. 130.25 n.v. n.v.
BM GS US Eq A ..... EUR* n.v. 106.04 n.v. 0.18
BM GS US Eq Inc ..... EUR* n.v. 106.04 n.v. 0.18
BM GS US Eq Inc ..... EUR* n.v. 106.04 n.v. 0.18
BM GS US Eq Inc ..... EUR* n.v. 106.04 n.v. 0.18
BM Growth Fd A1 ..... EUR* n.v. 109.05 n.v. 0.14
BM Growth Fd A2 ..... EUR* n.v. 69.01 n.v. -0.46
BM Growth Fd A3 ..... EUR* n.v. 69.01 n.v. -0.46
CM Value ..... AT* n.v. 60.54 n.v. -0.57
CM Growth Fd A1 ..... EUR* n.v. 76.46 n.v. -0.52
LMHK China A ..... EUR* n.v. 96.55 n.v. 0.06
Permal GI Alts A ..... EUR* n.v. 101.40 n.v. 0.15
Perm GI Opp Fd Cl A ..... USD* n.v. 101.40 n.v. 0.15
Roy Smaller Co A ..... EUR* n.v. 109.93 n.v. 0.20
Roy Smaller Co A ..... USD* n.v. 109.93 n.v. 0.20
Royce Eu Sm Comp A ..... EUR* n.v. 119.80 n.v. 0.15
Royce Eu Sm Comp A ..... USD* n.v. 119.75 n.v. 0.15
RA Brazil Equity A ..... EUR* n.v. 81.05 n.v. -0.18
WA Dvrfd Sr Aa(MD) ..... USD* n.v. 96.95 0.00 n.v.
WA Dvrfd Sr Aa(MD) ..... EUR* n.v. 96.95 0.00 n.v.
WA Em Mkt Bd Aa(MD) ..... USD* n.v. 109.73 0.13 n.v.
WA Em Mkt Bd Aa(MD) ..... EUR* n.v. 109.73 0.13 n.v.
WA GBCShp A1 ..... EUR* n.v. 111.62 0.39 n.v.
WA GI Core Plus Bd A ..... USD* n.v. 102.39 1.59 n.v.
WA GI Core Plus Bd A ..... EUR* n.v. 102.39 1.59 n.v.
WA GI Credit A ..... EUR* n.v. 102.46 n.v. n.v.
WA GI Inf Aa(Q) ..... USD* n.v. 97.38 n.v. n.v.
WA GI Infl-Link A ..... EUR* n.v. 107.41 4.44 n.v.
WA GI Mf Bd Aa(M) ..... EUR* n.v. 101.99 n.v. n.v.
WA Inf Mgt Aa(Q) ..... EUR* n.v. 116.73 10.38 n.v.
WA US Adj Rate Aa ..... EUR* n.v. 96.93 n.v. n.v.
WA US Core Bd Aa(D) ..... EUR* n.v. 99.68 1858.00 n.v.
WA US Cor+ Bd Aa(D) ..... EUR* n.v. 108.15 0.21 n.v.
WA US Mbs Aa(D) ..... EUR* n.v. 1.00 0.00 n.v.
WA US MBld Aa(D) ..... EUR* n.v. 101.99 1.62 n.v.
WA US STGov Aa(D) ..... EUR* n.v. n.v. n.v. n.v.

Legg Mason Luxemburg Funds

Asset Allocation Funds
Global Opportunities ..... EUR* 125.50 120.67 0.44 18.19
MM Conservative AA ..... EUR* 121.88 117.76 0.51 14.14
MM Conservative AA ..... USD* 125.43 121.19 0.53 10.43
MM Performance AA ..... EUR* 128.16 122.64 0.53 22.73
Equity Funds
Emerging Mkts Eq AI ..... USD* 327.81 312.01 0.00 -48.35
Euroland Equity AI ..... EUR* 96.38 91.79 0.00 -19.75
Euroland Cash AI ..... EUR* 135.74 135.74 0.35 n.v.
Euroland Cash AI (D) ..... EUR* 104.01 104.01 0.27 n.v.
Weitere Anteilsklassen und Fonds unter www.LeggMason.lu

LEHNER INVESTMENTS

MultiLeadersFund R ..... EUR* 101.25 96.20 0.24 15.00

Lehman Brothers-GLG Partners
GLG Balanced FoL ..... EUR* 122.96 122.96 0.00 18.69
GLG Cap Appreciat. ..... USD* 145.60 145.60 0.00 78.63
GLG European Eq. ..... USD* n.v. 192.13 n.v. 0.00
GLG Glob.Convert. ..... EUR* n.v. 197.45 n.v. 0.00
Performance D ..... EUR* n.v. 176.56 n.v. 0.00

LERNER INVESTMENTS
Tel. 07131/2709-0
www.lerner-investments.de

Stabilität Ausschütt ..... EUR 101.25 99.20 0.24 15.00
Stabilität Wachstum ..... EUR 101.25 96.20 0.24 15.00
Stabilität Gold/Rsrce ..... EUR 51.36 48.91 0.00 -115.50
Stabilität Stabilvest ..... EUR 52.00 49.52 0.00 -93.30
TOMAC-OFFENSIV ..... EUR 33.84 32.23 0.00 38.20
Türkei 75 + ... EUR 98.30 92.60 0.13 42.78
WA Dvrfd Sr Aa(MD) ..... EUR 32.43 31.79 0.00 3.85

JOHANNES-FUEHR.com

Telefon 069-27136980
Führ-Corp.Bond-LBB ..... EUR 33.42 32.45 0.57 0.00
Führ-Corp.Bond-LBB ..... EUR 84.78 82.34 1.49 -0.04
J.Führ-Ult.Rente ..... EUR 41.73 42.86 0.70 -0.04
J. Führ Opt.Strat.M ..... EUR 58.04 53.12 0.65 0.77
J.F.Rentier M 2013 ..... EUR 106.22 104.14 0.62 0.00
JF-Mittelst.Rent P ..... EUR 36.14 35.09 0.40 0.00

J.P.Morgan
Asset Management
www.jpmam.de

JF India Aded. ..... USD* 69.76 66.11 n.v. 49.72
JPM Eur Eq Aide A ..... EUR* 44.85 42.50 n.v. 54.69
JPM Eur Eq Aide D ..... EUR* 44.85 42.50 n.v. 54.69
JPM EmMktDbt Ainc h ..... EUR* n.v. 8.96 9.52 5.57 n.v.
JPM EmMktLcDbt A ..... EUR* n.v. 14.45 13.96 0.84 -0.06
JPM EmMktLcDbt D ..... EUR* n.v. 11.13 10.75 0.29 -0.60
JPM EmMktScDp A ..... EUR* n.v. 8.03 7.61 n.v. -4.22
JPM Eu Dyn Eq Aacc ..... EUR* 1040.71 1040.71 0.00 -15.57
JPM Europe Dyn A dist ..... GBP* 12.21 11.57 n.v. 37.57
JPM Europe Dyn A dist ..... EUR* 13.81 13.08 n.v. 37.57
JPM Gl Dy Op Alds ..... USD* 14.87 14.09 n.v. 29.34
JPM GI Focus Aids ..... USD* 39.97 37.86 n.v. 39.84
JPM Highbrd. SI Mt N A ..... EUR* 111.54 105.70 n.v. n.v.
JPM Inc. Opp. A dis ..... EUR* 131.65 127.18 1.14 0.25
JPM US Sel Eq A dis ..... USD* 127.42 120.74 n.v. 39.84

Telefon (0251) 702 49
www.lvm.de

LVM VERSICHERUNG

OKOWORLD
0800 1 50 99 99 ● www.oekoworld.de

PIONEER
Investments
Telefon 0800/0381 1928

PICTET
1805
Nach Auskunft des Emittenten wurde das Ertragsausgleichsverfahren für die u.g. Fonds angewendet.
Pictet-Absolute Ret-P g ..... USD* 402.30 390.58 5.48 0.00
Pictet-ST Bd-P g ..... USD* 101.35 98.40 0.54 0.00
Pictet-ST Bd-R g ..... USD* 117.65 114.22 1.36 0.00
Pictet-ST Bd-R P g ..... USD* 101.35 98.40 0.54 0.00
Pictet-ST Bd-R P g ..... EUR* 92.49 89.80 1.49 -0.03
Pictet-ST Bd-R P g ..... EUR* 101.35 98.40 0.54 0.00
Pictet-ST Bd-R P g ..... EUR* 134.62 128.21 1.89 -0.03
Pictet-ST Bd-R P g ..... EUR

Kenia Trials in Oregon

Merkwürdige Olympiaqualifikation

mr. BERLIN. Die Jagd nach dem Geld geht auch und gerade in Kenia zu Lasten der olympischen Bahnwettbewerbe. Zu sogenannten Mini-Trials, bei denen sich die fünfzehn besten 10 000-Meter-Läufer des Landes für die Olympiaausscheidung qualifizieren sollten, erschien am Dienstag in Nairobi nicht einmal die Hälfte der Kandidaten. Cheftrainer Julius Kirwa beklagte, dass zahlreiche Athleten es vorzögen, bei Marathonläufen und anderen Straßenrennen im Ausland anzutreten. Von 31 kenianischen Läufern, die die Olympianorm von 27:45 Minuten erfüllt haben, traten lediglich 13 an. Sie dürfen nun in ein mehrwöchiges Trainingslager in Eldoret einrücken, an dessen Ende der gemeinsame Flug nach Amerika steht. Dort soll bei dem zur Diamond League gehörenden Sportfest Prefontain Classics in Eugene/Oregon die kenianische Olympiaqualifikation für London ausgetragen werden. Die drei siegreichen Läufer sollen danach ihre Olympiavorbereitung im Trainingslager Eldoret fortsetzen.

Auch dieses aufwendige und autoritär durchgesetzte Verfahren dürfte einige Spitzenläufer von der Teilnahme abgehalten haben. Leonard Komon jedenfalls, Weltrekordhalter über 10 und 15 Kilometer Straßenlauf, der kenianische Meister Peter Kirui, Junioren-Weltmeister im Cross, Geoffrey Kipsang, und der in Japan lebende Martin Mathathi, Dritter der WM von Daegu 2011, verzichteten neben anderen auf den Lauf am Dienstag im Nationalstadion der kenianischen Hauptstadt Nairobi.

Kipchoge Keino, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees

Foto dpa

Moses Masai, der wegen einer Hüftverletzung drei Jahre hatte pausieren müssen, gewann das Rennen in 28:10,3 Minuten vor Eliud Kipchoge, dem 5000-Meter-Weltmeister von Paris 2003 und Silbermedaillengewinner von Peking 2008 (28:11,0), sowie Mark Kiptoo (28:17,4). Bei der Weltmeisterschaft 2009 in Berlin war er Dritter über 10 000 Meter. Die Abwanderung der Konkurrenz zu Straßenrennen erklärte er am Dienstag mit dem Mangel an Bahnrennen. Micah Kogo, der Olympia-Dritte von Peking, wurde, obwohl er als Sechster ins Ziel kam, ausgeschlossen; er hat die Norm nicht erfüllt.

Der Verband Athletic Kenya hatte geplant, auch die Olympiaqualifikation über 5000 Meter in Amerika auszutragen. Das hatte öffentliche Empörung ausgelöst und Widerspruch von Regierung und Nationalem Olympischem Komitee. „Die Olympiasiege über 5000 und 10 000 Meter sind für Kenia besonders wichtig“, sagt Kirwa. Aber seit John Ngugi 1988 in Seoul und seit Naftali Temu 1968 in Mexico City ist kein Kenianer mehr Olympiasieger auf einer dieser Strecken geworden. Die frühe Qualifikation in Amerika solle, so argumentierten Kirwa und Verbandspräsident Isaiah Kiplagag, eine längere und ungestörte Vorbereitungszeit ermöglichen. Der Verband setzte sich allerdings dem Verdacht aus, aus finanziellen Gründen das Rennen nahe am Sitz des Sportartikelherstellers Nike aufzuwerten. Kipchoge Keino, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, drohte damit, die Vorstellungen des Verbandes zu ignorieren und diejenigen Athleten zu nominieren, die die kenianische Meisterschaft später im Juni gewinnen. Daraufhin beschränkte der Verband sich auf die 10 000 Meter.

Sport in Ergebnissen

Handball, Bundesliga, Männer, 29. Spieltag: HSV Hamburg – TBV Lemgo 31:30.
Tabellenspitze: 1. THW Kiel 54:0 Pkt., 2. SG Flensburg-Handewitt 45:11, 3. HSV Hamburg 45:13, 4. Füchse Berlin 44:12, 5. Rhein-Neckar Löwen 39:15.

Tennis, ATP World Tour Masters in Monte Carlo (2,43 Mio. Euro/Sand), 1. Runde: Kukuschkin (Kasachstan) – Mayer (Bayreuth) 3:6, 6:1, 6:3.
2. Runde: Tsonga (Frankreich) – Kohlschreiber (Augsburg) 6:2, 6:4.

Volleyball, Bundesliga, Männer, Meisterschaftsrunde, Playoff (Best of 5), Finale, 4. Spieltag: Berlin Volleys – Generali Haching 3:0 (25:22, 25:20, 25:16) (Stand: 2:2).

Sport live im Fernsehen

KABEL1: 20.50 Uhr: Fußball, Europa League, Halbfinale, Hinspiele: Atletico Madrid – FC Valencia und Sporting Lissabon – Athletic Bilbao (Konferenzschaltung).

EUROSPORT: 14.30 Uhr: Rad, Italienrundfahrt, dritte Etappe von Molina di Ledro nach Fai della Paganella.

SPORT1: 21 Uhr: Darts, Premier League in Bournemouth.

(Durch kurzfristige Absagen oder Verschiebungen können sich Übertragungszeiten ändern.)

Die Lokomotive der Liga

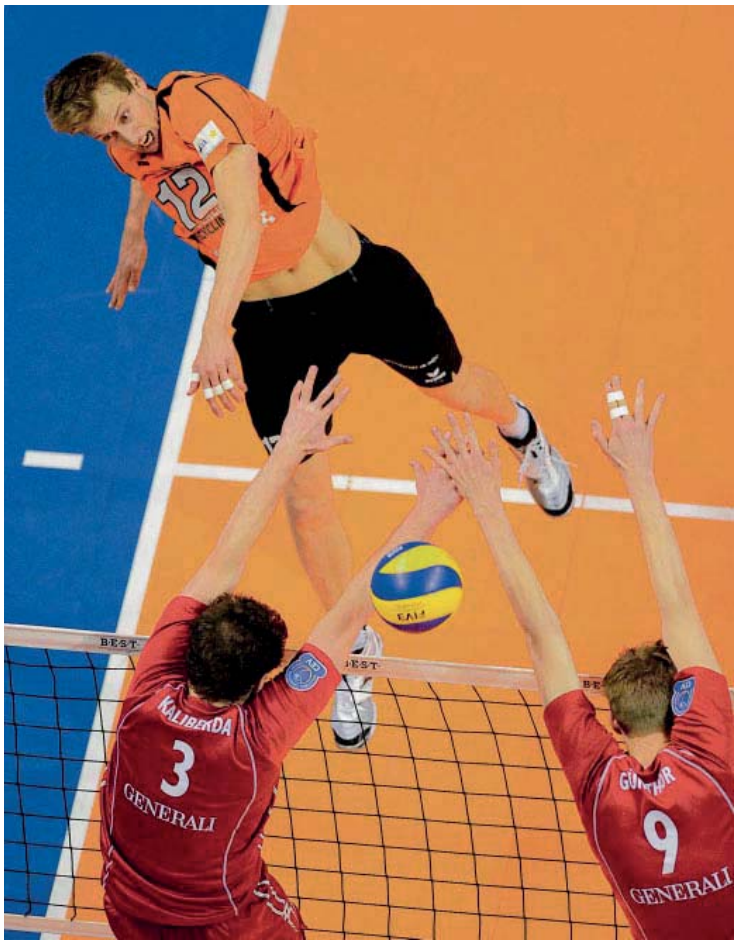
Zuschauerkrösus sind die Berlin Recycling Volleys schon, jetzt wollen sie am Sonntag im entscheidenden Spiel bei Generali Haching auch deutscher Meister werden.

Von Michael Reinsch

BERLIN. Das war freundlich von Paul Carroll. Als wollte er seinen fast 7400 Berliner Zuschauern ermöglichen, in einer der vielen Gaststätten von Prenzlauer Berg noch den Sieg der Bayern über Real Madrid im Fernsehen zu verfolgen, verwandelte der Australier am Dienstagabend schon nach 73 Minuten den ersten Matchball der Berlin Recycling Volleys mit einem As – da war das Spiel in München gerade angepfiffen worden. Mit dem schnellen Erfolg über Generali Haching in drei Sätzen (25:22, 25:20, 25:16), ihrem zweiten Sieg in der Finalserie um die deutsche Meisterschaft, haben die Berliner Volleyballspieler in ihrem letzten Heimspiel der Saison einen Besucherrekord aufgestellt, furios den Schlussakkord in eigener Halle gesetzt und auch noch ein Entscheidungsspiel um den Titel erzwungen.

Wenn aber am Sonntag zum ersten Mal seit acht Jahren der Titel ohne die Beteiligung von Serienmeister Friedrichshafen vergeben wird – die Berliner warfen ihn im Halbfinale aus dem Wettbewerb –, werden die Beteiligten weitgehend unter sich sein. Mehr als 1500 Zuschauer passen nicht in die Halle der Hachinger. In Berliner Zeitungen wird das Gebäude, das die Bayern selbst „Sportarena“ nennen, als so etwas wie eine gehobene Schulsporthalle beschrieben. „Das ist gar nicht schlecht dort“, widerspricht Carroll. „Es herrscht eine sehr dichte Atmosphäre. Du spürst das Spielfeld vibrieren.“

Die größere Bühne in der Hauptstadt war allerdings einer der Gründe für Carroll, gemeinsam mit seinen Mannschaftskameraden Tomas Kmet und Roko Sikiric zum Beginn dieser Saison von Unterhaching im Landkreis München nach Berlin zu wechseln. „Ich hatte mit Haching in der Schmeling-Halle gespielt. Das war ein unglaubliches Erlebnis“, erinnert er sich. „Als Kaweh mir versprach, dass wir jedes Heimspiel dort spielen würden, war ich überzeugt.“ Kaweh Niroomand ist der Manager der Berliner und gerade dabei, Volleyball aus dem Dunstkreis der Schulsporthallen in die Arenen zumindest der deutschen Sportwelt zu holen. „Anfang der Saison hatte ich bei jedem Heimspiel eine Gänsehaut“, schwärmt denn auch der Berliner Außenangreifer Scott Touzinsky vom Wechsel vor das große Publikum. „So etwas gibt es in ganz Amerika nicht, bestenfalls auf Hawaii.“ Mittelangreifer Felix Fischer, ein waschechter Berliner, staunt immer noch über den gesellschaftlichen Aufstieg seiner Sportart in der Hauptstadt. „Wir werden hier unterstützt, als wären wir die Füchse, Alba oder die Eisbären“, sagte er am Dienstagabend in Anspielung auf die Lokalrivalen von Handball, Basketball und Eishockey. „Wäre schön, wenn auch andere Klubs sich das mal trauen würden und in eine größere Halle gingen.“ Das ist auch das Mantra von Niroomand. Er versteht seinen Klub als Zugmaschine der Liga, und das Bild bemühte er auch am Dienstagabend. „Die Lokomotive hat heute Abend ein paar Schippen Kohle nachgelegt“, sagte er nach dem Volldampf-Sieg seines Teams. „Egal ob wir am Sonntag Meister werden oder nicht: Das Optimum ist erreicht.“



Immer feste druff: *Der Berliner Paul Carroll durchbricht den Hachinger Block.* Foto camera4

Beim Finalgegner jedenfalls zeigte das Wirkung. Zwar nahm Hachings Trainer Mihai Paduretu im dritten Satz seinen Diagonalangreifer Christian Dünnes vom Feld – nicht um das Spiel für die Fußballfans zu beschleunigen, sondern um seinen wichtigsten Spieler vor der entscheidenden fünften Partie zu schonen. Doch Manager Josef Köck räumt freimütig ein, dass er für Topspiele schon über den Wechsel in die Olympiahalle von 1972, die mit 10 000 Plätzen eigentlich zu groß ist, oder in die kleinere, frisch renovierte Rudi-Sedlmayer-Halle der Basketballspieler von Bayern München, den Audi-Dome, verhandele. „Wir überlegen, in eine neue Halle zu ziehen“, sagte er in Berlin. „Entscheidend ist, was unsere Sponsoren sagen.“ „Am Anfang sind sie vielleicht wegen der Show gekommen“, beschreibt der Berliner Trainer Mark Lebedew die Entwicklung seines Publikums. „Jetzt wissen sie, wie Volleyball geht. Es wäre schön für unseren Sport, wenn alle zehn Bundesligaklubs in Hallen spielen könnten wie wir.“ Nicht nur Publikumserfolg, auch Titel scheint er der Konkurrenz zu gönnen. „Beide Mannschaften haben die Meisterschaft verdient“, sagte er am Dienstag. Doch wie jeder einzelne Spieler seiner Mannschaft und wie Manager Niroomand wird auch Lebedew sich mit der erfolgreichen Saison nicht zufriedengeben, sondern um den Sieg im letzten Saisonspiel kämpfen. Felix Fischer sagt es so: „Für eine richtig erfolgreiche Saison fehlt noch die Meisterschale.“

Boxen auf Kufen

In den Play-offs der NHL wird mehr wild geprügelt als gekonnt gespielt – und die Fernseh-Einschaltquote steigt

wos. FRANKFURT. Die Fäuste fliegen, und die Verantwortlichen reiben sich heimlich die Hände. Geboten wurde über weite Strecken Boxen auf Kufen statt Eishockey. Die National Hockey League (NHL), die ansonsten im Kampf um die Gunst von Fans gegen die Konkurrenten Football, Baseball und Basketball chancenlos ist, konnte stolz verkünden, dass die Einschaltquoten in den Vereinigten Staaten um 50 Prozent, in Kanada, im Mutterland des Sports, immerhin noch um 30 Prozent gestiegen seien. Erstmals seit vielen, vielen Jahren ist Eishockey in den Vereinigten Staaten wieder ein Gesprächsthema. Das dritte Spiel des Viertelfinals der Eastern Conference zwischen den Pittsburgh Penguins und den Philadelphia Flyers am Sonntag, das vom zweiten Drittel an mehr einer Veranstaltung der Worldwide Wrestling Entertainment (WWE) der Profi-Catcher glich, vermeldete gar die besten TV-Zuschauerzahlen, die ein NHL-Spiel mit Ausnahme der Finalspiele um den Stanley Cup in den vergangenen zehn Jahren anlockte. Mit insgesamt 158 Strafminuten wies die „Schlacht von Pennsylvania“ noch eine andere Bestmarke auf.

Doch während bei der WWE vorzügliche Schauspieler am Werk sind, war es den Rabauken auf Eis bitter ernst. Sie scheuten nicht einmal vor dem Risiko zurück, den Gegner schwer zu verletzen. Pittsburghs Arron Asham rammte Brayden Schenn mit einem „Cross-Check“ den Schläger an die Kehle und prügelte auf den fallenden Flyer-Spieler ein – ohne die Handschuhe abzulegen. Blanke Fäuste sind die Bedingung, dass bei den Pugilismus-Einlagen der NHL die Schiedsrichter so lange tatenlos zuschauen, bis einer oder beide Streithähne auf dem Eis liegen.

Dass immer mehr Sportfreunde in Nordamerika den rauhen Männersport im Fernsehen verfolgen, lässt sich mit einer einfachen Zahl erklären. Während es im Vorjahr bei den Play-offs insgesamt nur zwölf Faustkämpfe auf Eis gab, schlugen die Akteure schon am ersten Play-off-Wochenende elf Mal aufeinander ein. Und das vielleicht Erstaunlichste daran: Nicht nur die in der NHL „Enforcer“ oder „Goons“ genannten Raufbolde, deren Hauptaufgabe es ist, die Gegner mit roher Gewalt einzuschüchtern, gaben jegliche Zurückhaltung im Kampf Mann gegen Mann auf. Auch Stars wie Sidney Crosby, der erst seit Mitte März nach einer insgesamt rund 14 Monate währenden Zwangspause wegen zahlreicher Gehirnerschütterungen wieder als Kapitän im Team der Pittsburgh Penguins steht, mischten kräftig mit. Im Lokalderby lieferte sich der Superstar mit Claude Giroux von den Flyers ein intensives Handgemenge.

Die Verantwortlichen der Liga, die wie im Football wegen der zunehmenden Zahl der Kopfverletzungen alarmiert sind, reagieren auf die Keilereien mit Strafen, die eher als Ermunterung zu weiteren handfesten Auseinandersetzungen denn als Abschreckung gelten dürfen. So wurde Rauhbein Asham für seinen Cross-Check an die Kehle nur für vier Spiele gesperrt, andere Kollegen kamen noch viel glimpflicher davon – selbst bei groben Unsportlichkeiten wie der von Shea Weber von den Nashville Predators, der seinen Gegner Henrik Zetterberg von den Detroit Red Wings mit dem Gesicht gewaltsam gegen die zum Zuschauerschutz aufgebauten Glasscheiben über der Bande drückte. Er bekam nur eine Geldstrafe von 2500 Dollar aufgebrummt.

Immer feste druff: *Play-off-Time in der NHL* Foto Reuters

Für die Strafzumessung ist Bredan Shanahan zuständig. Der ehemalige kanadische Profi trägt offiziell den Titel des „Vice President Player Safety“, ist also dafür verantwortlich, dass die Spieler bei Ausübung ihres Berufs keine schweren Schäden davontragen. Doch der Mann weiß, dass Eishockey ohne Schlägereien nicht denkbar ist – im Gegensatz zu den europäischen Ligen oder dem olympischen Eishockeyturnier, in denen solche Anleihen aus Kampfsportarten streng geahndet werden. Warum Prügeleinlagen zur NHL gehören, dafür haben Sporthistoriker zwei Erklärungen: Einmal gab es in den Anfängen des Eishockeys Mitte des 19. Jahrhunderts nur wenige Regeln, was dazu führte, dass Meinungsverschiedenheiten mit den Fäusten ausgefochten wurden. Eine andere Theorie postuliert, dass die allgemeine Gesetzlosigkeit im ländlichen Kanada dieser Zeit dazu verleitete, dass jeder sein Recht mit den Fäusten zu erzwingen suchte.

Schlüssige Erklärungen, doch wer das heutige Gewaltphänomen erklären will, muss sich nur ein Bild vor Augen führen. Als am Ende des Spiels zwischen den San Jose Sharks und den St. Louis Blues beide Teams in voller Mannschaftsstärke aufeinander eindroschen, riss es die Fans von den Sitzen. Fast alle 10 000 Besucher feuerten die Teams stehend mit einer Begeisterung an, die sie in keiner Phase der Partie gezeigt hatten.

Rodriguez gewinnt den Flèche Wallone

HUY (dpa). Der spanische Radprofi Joaquin Rodriguez vom Team Katusha hat den Flèche Wallone gewonnen. Der Kletterspezialist aus der russischen Equipe des deutschen Teamchefs Hans-Michael Holczer setzte sich am Mittwoch dank eines unwiderstehlichen Antritts an der berüchtigten Mauer von Huy durch. Er verwies Michael Albasini aus der Schweiz (GreenEdge) und den belgischen Vorjahressieger Philippe Gilbert (BMC) mit vier Sekunden Abstand auf die Plätze zwei und drei und kam so zu seinen ersten Erfolg bei einem der wichtigsten Eintagesrennen.

Zwei Tage nach dem Epo-Dopingfall von Denis Galimsjanow sorgte der 32 Jahre alte Rodriguez damit zumindest für sportlich positive Schlagzeilen im russischen Elite-Team. „Ich liebe diesen Klassiker“, sagte er. Rodriguez gehört nun auch am Sonntag bei Lüttich-Bastogne-Lüttich, dem ältesten Radklassiker der Welt, zu den Favoriten.

Deutsche Fahrer spielten beim Ausgang des Rennens keine Rolle. Der bis dato einzige Flèche-Gewinner aus Deutschland war 1988 Rolf Gölz.

Lemke unterstützt saudische Frauen

oni. FRANKFURT. Der Druck auf die Regierung und Sportführung von Saudi-Arabien, doch noch eine Frau in die Olympiamannschaft des Landes aufzunehmen, nimmt zu. Wilfried Lemke, der UN-Sonderberater für Sport, hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) in seinen Appellen an den Ölstaat bestärkt, seine unerbittliche Haltung gegenüber Frauensport zu revidieren. „Die UN unterstützen es – und ich hoffe es persönlich –, dass jedes Nationale Olympische Komitee, Saudi-Arabien eingeschlossen, mindestens eine oder zwei Frauen nach London schicken wird“, sagte Lemke am Rande sportpolitischer Sitzungen in Moskau. Lemke kündigte an, er wolle mit Prinz Nawaf Bin Faisal, IOC-Mitglied, Chef des saudischen NOK und Sportminister des Landes, sprechen und dabei die Position des IOC bekräftigen.

Saudi-Arabien ist das letzte Land der Erde, das es ablehnt, Athletinnen nach London zu entsenden. Die harte Haltung bekräftigte Bin Faisal persönlich bei einer Pressekonferenz Anfang April. „Wenn das IOC nach einer offiziellen Bestätigung gesucht hat, dass Saudi-Arabien Frauen im Sport diskriminiert, hat sie der zuständige Minister gerade gegeben“, sagte dazu Christoph Wilcke, Nahost-Experte der Menschenrechts-Organisation Human Rights Watch. Prinz Nawaf steht mit seiner Ansage im Widerspruch zum IOC-Grundgesetz, zur Olympischen Charta, deren Einhaltung er bei seiner Aufnahme 2002 unter Eid geschworen hat. Dort wird Geschlechter-Diskriminierung abgelehnt.

Sport in Kürze

Profi begeht Selbstmord

Der südkoreanische Fußball wird von einem weiteren Todesfall im Zusammenhang mit einem Wettskandal erschüttert. Am Wochenende wurde die Leiche des früheren Profispielers Lee Kyung Hwan in der Nähe seiner Wohnung gefunden, wie ein Beamter der Polizeibehörde bestätigte. Lee habe Suizid begangen. Es sei ein Abschiedsbrief gefunden worden. Lee war von der südkoreanischen Fußball-Liga wegen seiner Verwicklung in den Wettskandal lebenslang gesperrt worden. Ein Gericht hatte ihn zudem zu einer Geldstrafe verurteilt. (dpa)

Delpierre geht zu Hoffenheim

Matthieu Delpierre verstärkt von der kommenden Saison an die Abwehr des Fußball-Bundesligaklubs 1899 Hoffenheim. Der 30 Jahre alte Franzose kommt im Sommer ablösefrei vom VfB Stuttgart und erhält einen Vertrag bis zum 30. Juni 2014. (dpa)

10,76 Millionen sehen Bayern

Die Liveübertragung des 2:1-Hinspielsiegs von Bayern München gegen Real Madrid im Halbfinale der Champions League haben im Fernsehen durchschnittlich 10,76 Millionen Fußballfans verfolgt. Damit erreichte der Privatsender Sat 1 einen Marktanteil von 33,8 Prozent. Das ist nach eigenen Angaben Saisonrekord. (dpa)

DEG fehlen 240 000 Euro

Die in einer Finanzkrise steckende Düsseldorfer EG muss weiter um den Verbleib in der Deutschen Eishockey Liga (DEL) bangen. Trotz intensiver Sponsorensuche gibt es im Saisonetat 2012/13 noch eine Lücke von 240 000 Euro. Nach dem Rückzug des Hauptsponsors konnten durch neue Partner bisher rund 2,1 Millionen Euro eingenommen werden. Bis zum 15. Mai muss der Klub einen abgesicherten Etat bei der DEL einreichen. (dpa)

Ein Fest der Körpersprache: *Die Bayern demonstrieren nach Ribérys Führungstreffer Einigkeit und Machtanspruch.* Foto AFP

Fressen oder gefressen werden

Die Bayern haben im ersten Akt gegen Madrid den größeren Hunger auf Erfolg und erzwingen kurz vor Toresschluss mit dem Vorschlaghammer das 2:1. Den Münchnern kommt vor dem Rückspiel nun der Terminplan entgegen: Real wird zwischendurch im „Clásico" noch bis zum Letzten gefordert.

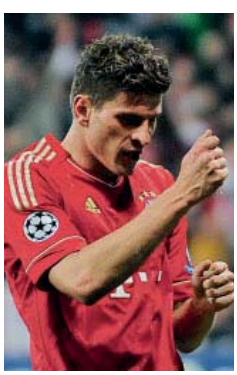
Von Christian Eichler

MÜNCHEN. Ein Tor sagt mehr als 856 Worte (die Wortzahl dieses Artikels). Manchmal ist es die Art und Weise, wie es fällt, manchmal der Zeitpunkt. Am Dienstag um 22.32 Uhr war es beides. 66 000 Zuschauer gerieten aus dem Häuschen. Worüber? Nicht über ein individuelles Kunststück oder eine brillante Kombination. Das wäre auch nichts Neues gewesen, nur der Beweis von etwas, das sie schon kannten. Denn Traumtore verraten nur das Können einer Mannschaft. Nur Tore, die anders fallen, schmucklos, nach langem Anrennen, erzwungen, nicht erspielt, ins Netz gewurstelt oder gewuchtet, aber nicht gezaubert, und all das noch in der letzten Minute, nur solche Tore zeigen mehr: den Charakter einer Mannschaft.

Mario Gomez wollte dieses Tor, wollte es so sehr, dass er seinen ganzen Körper hineinwarf und hinterher gar nicht genau sagen konnte, „mit welchem Körperteil ich den Ball dann getroffen habe". Es war, halb stolpernd, halb stochernd, irgendetwas in Kniehöhe – und völlig egal. Ohne Chance, das Tor des Monats zu sein, war es bisher das Tor des Jahres des FC Bayern. Es zeigte den Unterschied zu den Bayern des Louis van Gaal, der Tore am liebsten „kreieren" ließ und deshalb mit dem Torerzwinger Gomez nicht viel anfangen konnte.

Nun stehen sie nur noch einen Schritt vor dem, was sie unter van Gaal schon erreichten, dem Finale der Champions League. Das 2:1 gegen Real Madrid war auch ein Treffer der Arbeitsmoral – etwas, das Gomez vom Torjägerkollegen Cristiano Ronaldo unterschied. Der Portugiese, der in der spanischen Liga alle Rekorde bricht, fiel in München offensiv nur einmal auf: Als er nach erst kläglichem Abschluss im Nachsetzen Mesut Özil den Ausgleich in der 53. Minute vorlegte. Defensiv war Ronaldo nicht zu sehen, während Gomez auch nach hinten rackerte und mehrfach dem wichtigsten Aufbauspieler von Real, Xabi Alonso, den Ball stahl. Die spanische Zeitung „As" feierte ihn als „Vorschlaghammer" des Spiels: „Seine Besessenheit wurde in der 90. Minute prämiert."

Gomez war beispielhaft für das, was Trainer Jupp Heynckes vom Team verlangt hatte: „Leidenschaft, Gier, Hunger auf Erfolg." Kapitän Philipp Lahm, der das Siegtor vorbereitet hatte, formulierte es kriegerischer: „Wir wollten eine Schlacht liefern, und das haben wir getan." Kein Wunder, dass José Mourinho eher von einem „hässlichen Spiel" sprach. Der Real-Trainer meinte damit nicht den bösen Tritt seines Spielers Marcelo, den der schwache Schiedsrichter Howard Webb mit Gelb davonkommen ließ (dafür hatte der Engländer den Bayern beim Führungstor von Franck Ribéry nach 17 Minuten die Gnade gewährt, Luiz Gustavos Abseitsstellung nicht zu ahnden). Mourinho meinte vielmehr, dass beide Teams spielerisch unter ihren Möglichkeiten blieben. Ein Manko war das nur aus Sicht des Verlierers. Der neutrale Zuschauer, der Bayern-Anhänger sowieso, sah dagegen, wie faszinierend auch Spiele sein können, bei denen zwei der technisch weltbesten Teams einander zum großen Teil auf die Sekundärtugenden des Fußballs reduzieren: auf Rennen, Rackern, Leidenschaft, Leidensbereitschaft.



Torerzwinger Mario Gomez Foto dpa

Die Madrilenen meldeten sich von diesem Teil der Arbeit zu früh ab. Sie schalteten nach ihrem Minimalziel, dem Auswärtstor, auf Sparprogramm. Das hing wohl damit zusammen, dass ihnen am Samstag ein für sie noch wichtigeres Spiel bevorsteht, der „Clásico" beim FC Barcelona. Endlich, nach zwölf Spielen im Dreibis Vier-Tage-Takt, ist der Kalender der Freund der Bayern. Zum Ligaspiel in Bremen, nach Verlust der Titelchance belanglos, können sie mit einer besseren B-Auswahl reisen. Real dagegen ist nach Schrumpfen seines Vorsprungs von zehn auf vier Punkte im spanischen Titel-Duell bis zum Letzten gefordert.

Real aber glaubt an seine Reserven. „Wir sehen uns in München wieder", sagte Özil und dachte ans Endspiel. Er betonte die Heimstärke seiner Elf, die im Bernabéu-Stadion in dieser Saison nur gegen Barcelona verlor und in 25 Spielen 94 Tore schoss. In München verloren zu haben sei „keine Schande", fand Mourinho. Und sah sein Team „in einer guten Position, das Finale zu erreichen." In einer nun wohl noch besseren sind die Bayern, die sich aber bemühten, über die emotionale Wirkung des späten Siegtores nicht die reale Gefahr zu vergessen. Gomez wie Müller nannten das 2:1 ein „gefährliches Ergebnis". Es könnte dazu verleiten, ein 0:0 verwalten zu wollen. Das wäre bei nun 158 Saisontoren von Real (Einstellung des Klubrekords von 1960) ein sehr kühner Plan.

Schon gibt es reichlich Münchner Wettervorhersagen für die Madrid-Reise in einer Woche. Manuel Neuer erwartet ein „heißes Spiel", Holger Badstuber einen „heißen Tanz" und Thomas Müller „einen anderen Wind". Einen stürmischen vermutlich. „Real ist ein Gegner, den man nicht kleinreden muss", fand Gomez. „Mourinho hat aus vielen Individualisten eine Mannschaft geformt. Das haben sie heute nicht gezeigt. Das war unser Verdienst." Die Dekollektivierung der Königlichen muss aber ein zweites Mal gelingen, um daraus Kapital zu schlagen.

Die Königsklasse kurz vor der Krönung, da heißt es nur noch: Fressen oder gefressen werden. Keine Zeit für vegetarischen Fußball. „Madrid ist gefährlich", fand Müller. „So ist das halt im Halbfinale. Da gibt's keine Gurken mehr." Aber: „Man hat gesehen, dass wir gebissen haben." Vor allem tat das Mario Gomez, der sanfte Torjäger. Nach dem Treffer zeigte er, als Gruß ans Heimatland seines Vaters, den Torero-Jubel – den er sich zuletzt, um jeden Anschein von Selbstdarstellung zu meiden, gespart hatte. Minuten später war er aber schon wieder ganz der Mannschaftsmensch und stille Mahner. Gefragt zum Traum vom Finale, sagte er allen, worum es geht: „Wir müssen arbeiten, nicht träumen."

Ein Jahr der Geschenke

Von Peter Penders

Wie viele Tage dauert es noch, bis die Olympischen Spiele beginnen? Fragen dieser Art stellen ja eigentlich nur kleinere Kinder, aber da geht es in der Regel immer nur um Weihnachten und noch spezieller eigentlich nur um die besonderen Gaben. Was London und die Olympischen Spiele angeht, soll sich nun gleich eine ganze Generation beschenkt fühlen. Organisationschef Sebastian Coe stellte am Mittwoch, 100 Tage vor der Eröffnungsfeier, die ganze Veranstaltung unter das Motto „inspire a generation" – 13 000 Kinder in Großbritannien nehmen aus Anlass der Spiele an einem Programm teil, das ihnen Zugang zum Sport ermöglichen soll. Abgesehen davon, dass man dies ohne Olympia vermutlich günstiger hätte haben können – was bleibt wohl, wenn die Flamme wieder aus ist?

Vermutlich die Erinnerung an die größte Show der Welt – völlig unbritisch haben die Engländer bei ihrer 100-Tages-Feier nämlich nicht sehr viel Understatement an den Tag gelegt und gleich eine Neuerung eingeführt: Ganz früher war es stets dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees vorbehalten, nach den Spielen immer von den besten Spielen überhaupt zu sprechen, und als das aus vielerlei Gründen nicht mehr haltbar war, kamen wie zuletzt die „interessantesten Spiele" heraus. Diesmal aber sagt Coe schon jetzt, dass die Stimmung ganz anders und natürlich besser ist als sonst: Denn noch nie zuvor hätten Athleten überall in der Welt Olympischen Spielen mit solcher Spannung und solch hohen Erwartungen entgegengesehen, und die Umfrage, in der diese Werte unter den mehr als 10 000 Athleten dieser Spiele und den vielen vergangener Spiele ermittelt worden sind, hätte man doch noch zu gerne gesehen.

99 Tage nun also noch bis London, bis sich nicht nur die Jugend der Welt in London trifft, doch wer schon jetzt nervös auf den Abreißkalender schaut, hat ja vielleicht auch ganz andere Sportfeste im Sinn. Nur noch 50 Tage vergehen nämlich noch, ehe der Ball das erste Mal bei der Europameisterschaft in der Ukraine und Polen rollt, und das wird ganz sicher nicht die beste EM aller Zeiten, aber vielleicht die interessanteste, und das nicht nur in sportlicher Hinsicht. In Dortmund dagegen können sie voller Ungeduld die Tage schon an einer Hand abzählen, bis sie vermutlich wieder die Meisterschale hochhalten dürfen – zweimal werden sie noch wach, dann ist wahrscheinlich wieder Meistertag in der ganzen Stadt. Auch die Bayern haben ihr persönliches Lieblingsdatum – das aus aktuellem Anlass seit einer Woche noch wichtiger geworden ist, als es ohnehin schon immer war – seit langem im Blick: Bis zum Endspiel der Champions League im eigenen Stadion sind es nun noch 30 Tage. Könnte sicher für manchen das größte Finale überhaupt werden, viel größer als London 2012, und selbst die Frage nach der größten Show der Welt würde sich im Erfolgsfall Bayern-Präsident Uli Hoeneß dann ganz gewiss nicht stellen. Bis zum größten Fest allerdings dauert es in jedem Fall noch: Erst in 249 Tagen ist wieder Bescherung, auch wenn sich mancher schon vorher beschenkt fühlen wird.

Pressestimmen zum Spiel

Real stolpert in der Hölle von München

■ El País (Spanien): „Real spekulierte auf ein Remis und wurde dafür bestraft. Beide Teams zwängten die Partie in ein taktisches Korsett."

■ El Mundo (Spanien): „Wieder einmal stolpert Real Madrid in der Hölle von München. Immer diese Deutschen! Dabei trägt der Schütze des Siegtores der Bayern einen spanischen Namen: Gómez."

■ Marca (Spanien): „Özils Tor kann Gold wert sein. Real hat gute Chancen, zum Finale nach München zurückzukehren."

■ As (Spanien): „Real kann in München einfach nicht gewinnen, auch wenn Augenthaler, Hoeneß und Rummenigge längst nicht mehr spielen. Die alten Schreckgespenster haben zwar Haare verloren, nicht aber ihre Wirkung auf die Madrilenen."

■ The Guardian (England): „Es war ein Spiel zwischen zwei Größen des europäischen Fußballs, aber es hatte eine Rohheit und einen Wettstreit in sich, die jeden an die Rivalität zwischen diesen Clubs erinnerten."

■ La Gazzetta dello Sport (Italien): „Bayern reale. Mou zittert. Das Gomez-Tor lässt Real erstarren."

■ Tuttosport (Italien): „Ribéry und Gomez – oh weh, Mourinho."

■ L'Équipe (Frankreich): „Von einem explosiven Ribéry angetrieben, haben die Deutschen die spanische Armada zum Kentern gebracht. "

Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes, zur Fernsehdominanz des Fußballs

„Wir wünschen uns einen Phoenix-Kanal für Sport"

Der Rekorderlös für die Fußball-Bundesliga beim Verkauf der TV-Rechte signalisiert eine Ausbreitung dieser Sportart. Gegen die Dominanz kämpft der DOSB nicht an. Er sucht Nähe und Nischen.

Der Fußball jubelt angesichts der Rekordeinnahmen beim Verkauf der Fernsehrechte. Jubelt der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) auch?

Da haben sich zwei Interessenten im Preis gegenseitig hochgeschaukelt, und so hat die Liga ein herausragendes Ergebnis erzielt. In den vergangenen Jahren hat sich der Fußball mit dem Sport insgesamt sehr solidarisch gezeigt. Er hat uns zum Beispiel bei der Olympiabewerbung tatkräftig unterstützt, bei den Verhandlungen um die Sportwetten agieren wir gemeinsam. Es gibt einen vertrauensvollen Austausch.

Sehen Sie nicht die Gefahr, dass sich die Präsenz des Profi-Fußballs zu Lasten der Sportarten, die der DOSB vertritt, noch erhöht?

Das ist keine zwangsläufige Folge dieses Abschlusses. Soweit ich weiß, verändern sich die Sendezeiten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nicht, auch Sky überträgt genauso wie bisher auch.

Die weitgehend durch Gebühren finanzierten Sender ARD und ZDF geben zwar nicht wesentlich mehr aus für die Bundesligarechte, zahlen aber für ihr Fußballprogramm in den nächsten Jahren mit dem Pokalwettbewerb, Champions League und WM etwa eine Milliarde Euro. Erfüllen diese Anstalten ihren Auftrag, die Gesellschaft und damit auch den Sport in diesem Land angemessen abzubilden?

ARD und ZDF haben auch die Fernsehrechte an den Olympischen Sommerspielen 2016 erworben. Die Fußball-Formate bei diesen Anstalten sehe ich eher als Businesscenter an. Sie werden versuchen, die Kosten zu refinanzieren. Das darf aber sicher nicht auf Kosten des übrigen Sports gehen. Uns geht es darum, dass die Balance gehalten wird.

Das heißt, Sie sind zufrieden mit dem Status quo?

Nein, wir diskutieren seit langem intensiv mit den Sendern, DOSB-Präsident Thomas Bach und ich haben mit den Sportchefs der ARD ein langes Gespräch geführt, das hoffentlich Resultate zeigen wird. Unsere Forderungen sind realistisch, es geht uns nicht um Live-Übertragungen deutscher Meisterschaften zur Primetime …

Sondern?

Zum Beispiel wünschen wir uns in den Formaten Sportschau und Aktuelles Sportstudio einen regelmäßigen Block, in dem wenigstens über die wichtigsten Ergebnisse aus anderen Sportarten berichtet wird. Wenn deutsche Sportler Weltmeister geworden sind, dann sollte man das in den öffentlich-rechtlichen Sendern sehen.

Fordert einen Sport-Kanal: DOSB-Generaldirektor **Michael Vesper**

Foto dpa

Das reicht Ihnen?

Nein, wir sind dafür, die Sportsendungen in den dritten Programmen sonntags und montags auch während der Fußball-Pausen im Sommer weiter zu zeigen, statt ihren Sendeplatz anderweitig zu vergeben. Wir haben mehrere Ansätze.

Welche?

Es gibt die Idee, ähnlich wie im Winter, Sommersport-Wochenenden zu kreieren. Also etwa Weltcup-Veranstaltungen oder Europameisterschaften in den Wassersportarten an einem Samstag und Sonntag, sagen wir im Schwimmen, Rudern und Kanu, zu organisieren. So ähnlich funktioniert es im Wintersport. Aber das ist auch für die Verbände schwierig. Gelegentlich ist der eine oder andere Spitzenverband nicht beweglich genug.

Die Sender argumentieren, viele Versuche, anderen Sport zu zeigen, etwa Basketball oder Handball, seien gescheitert, weil die Bürger gar nicht einschalteten.

Zumindest ist das in einigen Fällen nicht ganz von der Hand zu weisen. Das Finale der Tischtennis-Mannschafts-WM in Dortmund haben im Westdeutschen Rundfunk leider nur 120 000 Zuschauer verfolgt. Allerdings müssen die Sender Interesse an den Sportarten auch längerfristig aufbauen, es reicht nicht, hier und da mal ein Highlight zu zeigen.

In Österreich gibt es einen öffentlich-rechtlichen Sportkanal. Wäre das ein Modell für Deutschland?

Ja, wir fordern, eine Art Phoenix-Kanal für Sport einzuführen. Die Argumente sind ausgetauscht. Aber es gibt einige Punkte, die einen Fortschritt in dieser Frage verhindern, etwa das Europarecht. Manche befürchten, so ein Kanal werde dann für die vierte und fünfte Liga des Fußballs genutzt. Wir sind trotzdem dafür.

Die Fragen stellte **Anno Hecker.**

Champions League in Kürze

■ **Halbfinale, Hinspiel**

Bayern München – Real Madrid 2:1

Bayern München: Neuer – Lahm, Boateng, Badstuber, Alaba – Luiz Gustavo, Schweinsteiger (63. Thomas Müller) – Robben, Kroos, Ribéry – Gomez.

Real Madrid: Casillas – Arbeloa, Sergio Ramos, Pepe, Fabio Coentrao – Khedira, Xabi Alonso – Cristiano Ronaldo, Özil (69. Marcelo), di Maria (80. Granero) – Benzema (84. Higuain).

Tore: 1:0 Ribéry (17.), 1:1 Özil (53.), 2:1 Gomez (90.).

Zuschauer: 66 000 (ausverkauft).

Schiedsrichter: Webb (England).

Champions League Halbfinale

Bayern München – Real Madrid	2:1
FC Chelsea – FC Barcelona	Mi., 20.45 Uhr

Rückspiele: 24.4. (Barcelona – Chelsea) und 25.4. (Madrid – München)

Europa League Halbfinale

Atletico Madrid – FC Valencia	Do., 21.05 Uhr
Sporting Lissabon – Athl. Bilbao	Do., 21.05 Uhr

Rückspiele: 26.4., 20.45 Uhr

Suppenküchen für den Mittelstand

Spaniens Wirtschaftsaussichten sind verheerend, das Vertrauen der Finanzmärkte schwindet. Nun strebt die Klasse der „neuen Armen“ verzweifelt nach Sichtbarkeit.

MADRID, im April

Maribel ist nicht die Ausnahme, sondern eine von vielen. Die einunddreißigjährige Bolivianerin lebt in Ciudad Real, einer Provinzhauptstadt in Kastilien-La Mancha, weil ihr Madrid zu teuer wurde. Zunächst hatte ihr Mann noch Arbeit auf dem Bau, aber dann war das zu Ende. Ciudad Real ist berüchtigt für eine spektakuläre Investitionsruine, einen Großflughafen, der ursprünglich „Aeropuerto Don Quijote“ heißen sollte und 2008 wegen zu geringer Auslastung wieder geschlossen wurde. Windmühlen und spanische Hirngespinste, dafür ist der Ritter von der traurigen Gestalt die passende Allegorie.

Seit drei Jahren lebt die fünfköpfige Familie von einer Halbtagsstelle. Für zwanzig Wochenstunden Putzen bekommt Maribel dreihundert Euro im Monat. Genauso viel kostet die Miete der Dreizimmerwohnung. Der Rest? „Dreimal in der Woche“ sagt Maribel, „gehe ich zu Kirchen und Klöstern, um Essen abzuholen.“ Die Tüten würden immer leichter, fügt sie hinzu. Früher gab es Öl, Reis, Brot und Milch, jetzt oft nur Milch mit billigen Keksen. Wäsche wird unter armen Familien getauscht und getragen, wo sie passt. Immerhin, Maribels älteste Kinder, dreizehn und sechs Jahre, bekommen in der Schule Frühstück und Mittagessen. Dennoch: Die Familie rutscht ins Nichts. Anders als ihre fünf Brüder, die nach Bolivien zurückgekehrt sind, will Maribel bleiben. „Hier gibt es den Park – und die Schule.“

Was früher die Armen betraf, erreicht längst den Mittelstand. Ende 2011 war die spanische Arbeitslosenquote von 23 Prozent die höchste in der Europäischen Union. Sechs Jahre zuvor lag Spanien beim europäischen Durchschnitt von neun Prozent. Was seitdem geschehen ist, gleicht der Chronik eines angekündigten Todes. Die hausgemachte Überhitzung des Immobilienmarkts verband sich mit einer importierten Finanzkrise und nationaler Schlamperei. Fast alle leben auf Pump – die Haushalte, die Kommunen, die Regionen, der Staat. Jetzt wird das Minus fieberhaft hin und her geschoben und landet bei den Schwächsten. Seit 2007 verlieren die Menschen ihre Jobs, ihre Wohnungen, ihren Status. Den Nachkommen bleibt kaum etwas außer miserablen Aussichten. Und die Finanzmärkte bezweifeln weiter, dass die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Europäischen Union auf den Füßen bleibt.

Kürzlich veröffentlichte die Zeitung „El País“ eine Serie über die Veränderungen im Land. Dreißigjährige mit Universitätsabschluss begnügen sich mit Stellen, für die sie siebenhundert Euro monatlich bekommen. Sechzig Prozent der jungen Leute wollen Beamte werden, weil sie sich nach Sicherheit sehnen. Die Stadtzeitungen annoncieren kostenlose Konzerte und Ausstellungen, verraten, wo man billig Urlaub machen und für ein paar Euro essen kann. „Die neuen Armen“, so nennt man eine spanische Mittelklasse, die es nicht nur schlechter haben wird als ihre Eltern, sondern von Fall zu Fall zur Emigration gezwungen ist wie ihre Großeltern gegen Ende der Franco-Diktatur. Eine Erholung der spanischen Wirtschaft ist auf Jahre hinaus nicht in Sicht, und was zurzeit an Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich über Spanien hereinbricht, wird den Schaden zementieren.

„Unsere Gesellschaft lässt sich seit jeher nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten“, sagt Francisco Lorenzo, Verfasser der jüngsten Armutsstudie „Ausschluss und soziale Entwicklung“ der Caritas. „Wir investieren in das, was sich lohnt, und kappen das andere. Dabei haben wir die Armen und die Kinder vergessen.“ Lorenzos Studie zeichnet ein grausiges Bild. Fast sechshunderttausend Haushalte haben keine Einkünfte mehr, nicht einmal Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe. Soziale Ungleichheit ist messbar; in Spanien ist sie dreimal so groß wie in Deutschland.

Kümmerte sich die Hilfsorganisation der katholischen Kirche 2007 um vierhunderttausend Menschen, war es 2010 schon fast eine Million. Sechzigtausend Freiwillige stehen Bedürftigen bei, gehe es um Essen, Wohnungsnot oder unbezahlte Rechnungen. „Wenn aber die Ungleichheit weiter zunimmt“, sagt Lorenzo, „droht die Gesellschaft auseinanderzubrechen.“ In Toledo unterhält die Caritas zwei Suppenküchen, eine in der Altstadt. Inmitten der berühmten Baudenkmäler, die Ströme von Touristen anziehen, wuchert die Armut. „Früher kamen nur Immigranten“, sagt die Leiterin Eva Alonso. „Jetzt kommen Bürger Toledos in unsere Speiseräume. Beim ersten Mal sprechen wir mit ihnen, um zu erfahren, ob sie ein Anrecht darauf haben. Wir haben nur zehn Essensplätze.“

Was sich denn noch verändert habe gegenüber früher? „Manche, die hierherkommen, schämen sich so sehr, dass sie nicht bleiben wollen. Sie nehmen das Essen in Koch, Gastronomieberater und Autor in Madrid. 2009 gründete der Fünfunddreißigjährige das Online-Portal www.acabaconlacrisis.es. Der Name bedeutet so viel wie „Mach Schluss mit der Krise“ – eine Aufforderung, der immer mehr Menschen folgen. Hier sollen sich alle treffen, die Hilfe brauchen und Hilfe geben können, es gibt eine Tauschbörse, Online-Therapie und Gesprächsforen, um die Isolation der neuen Armen zu durchbrechen. „Indem ich das Wohl des anderen suche“, so das Motto, „entdecke ich das eigene.“ Die praktische Lebenshilfe geht bis zu dem Tipp, drei Wochen lang nicht zu jammern, sondern sich Mut zuzusprechen.

„Es gibt keinen Grund“, sagt Cambra, „warum Spanien so teuren Strom haben muss. Warum wir unseren Wohnraum kaufen, statt zu mieten, und uns lebenslang verschulden. Oder warum Firmenkantinen täglich ein paar hundert Essen wegwerfen.“ Für ihn liegt so vieles im Argen, dass eine Neuorientierung der Gesellschaft nötig wäre, weit über jede Protestbewegung hinaus. Seine Website, die eher handgestrickt wirkt, aber zweihunderttausend Klicks im Monat erreicht, will Solidarität und positives Denken vermitteln: „Angst blockiert die Menschen. Manche verschweigen, dass sie sich keine Kleidung kaufen können. Für solche Fälle ist unsere Seite da. Hier kann man ohne Scham von sich selbst sprechen.“

Wir bitten Cambra, uns Helfer vorzustellen, Privatpersonen, die sich um andere kümmern. So lernen wir in einem Madrider Café Cristina kennen, eine neununddreißigjährige Frau, die zwei kleine Kinder hat und in der aeronautischen Industrie arbeitet. „Es war vor vier oder fünf Monaten“, erzählt sie. „Im Radio sprachen sie von der Not, die viele Menschen leiden. Und ich dachte: Das ist mein Land? Das soll Spanien sein? Ich konnte es nicht fassen. Und ich beschloss, etwas zu tun.“ Seitdem nimmt Cristina über Cambras Website Verbindung mit Armen auf, fragt sie, was sie am dringendsten brauchen, schickt ihnen Kleidung und Spielzeug. Sie achtet die Privatsphäre und gibt auch von sich selbst nicht zu viel preis. Gesehen hat sie bisher kaum jemanden derer, denen sie hilft. Nur einmal wollte sie eine Ausnahme machen. „Brenda, eine sehr große Kolumbianerin, war schwanger und konnte sich keine Umstandskleidung leisten. Da haben wir uns verabredet und sind zusammen einkaufen gegangen.“

Einige Tage später sprechen wir mit einer zweiten Helferin. Auch sie heißt Cristina, hat einen zwanzig Monate alten Sohn und wurde durch Cambras Website angeregt. Im März hat sie vier Pakete im Wert von je fünfzig, sechzig Euro abgeschickt, nach Andalusien, Asturien oder Madrid. Wenn sie ihren Sohn anschaue, sagt sie, ertrage sie den Gedanken nicht, dass es Kinder ohne Wäsche und Spielzeug gebe. In der ersten Aprilwoche schickte sie zwei weitere Pakete. „Das könnte eine Sucht werden“, warnen wir. Cristina lacht verlegen. „Unser Land hat sich verändert. Heute hast du vielleicht alles, was du brauchst. Und morgen stürzt du ins Nichts.“

Da die europäischen Partner und die Finanzmärkte Spanien zu harten Kürzungen in allen Bereichen zwingen, ist vom Staat vorerst kaum etwas zu erwarten. Die Steueramnestie, die die Rajoy-Regierung kürzlich verkündete, wirkt auf die Armen wie ein Fußtritt: Man muss nur in großem Stil Steuern hinterziehen, dann kommt man beim Nachmelden versteckter Einkünfte mit zehn Prozent davon; der Staat als Geldwäscher, kein kleines Einkommen könnte darauf hoffen. Allenfalls die Preise steigen. Strom ist gerade um sieben Prozent teurer geworden, die Zehnerkarte für Madrids Metro um mehr als zwanzig Prozent.

Wie also halten die Menschen durch? Dank der spezifisch spanischen Mischung aus Familiensolidarität, Erfindungsreichtum und Schattenwirtschaft. Verließen junge Leute schon früher nur ungern das Elternhaus – Wohngemeinschaften sind selten und nur in Großstädten zu finden –, ziehen inzwischen Paare von Mitte dreißig in die elterliche Wohnung zurück. Die unausweichlichen Konflikte werden ausgehalten, es gibt keine andere Wahl.

Auch die ältere Generation ist von der Krise betroffen. „Viele Familien“, sagt Francisco Lorenzo von der Caritas, „holen die Großeltern aus dem Altersheim und pflegen sie selbst, statt viel Geld für Betreuung zu bezahlen.“ Der wahre Anker sind die Frauen. Das scheint einer südländischen Tradition zu entsprechen, doch hinter dem alten Rollenklischee verbirgt sich mehr: Die Spanierinnen verbinden heute wie selbstverständlich Beruf und Familie, betreuen die junge und die alte Generation, springen ein, wenn erforderlich, und liefern emotionalen Rückhalt. „Wenn die Frauen nicht wären“, sagt Francisco Lorenzo, „würden wir die Krise nicht durchstehen.“ PAUL INGENDAAY

Barcelonas Innenstadt: Während unsereins noch an hinreißende Neubauten denkt, sehen die Bürger hinter den Kulissen die zunehmende Verslumung. Foto Flonline

Späti

In der Geschichte der Weltrevolution hat der Berliner Spätkauf, liebevoll „Späti“ genannt, bislang keine große Rolle gespielt. Zwar widersetzen sich die kleinen Läden, die am Abend öffnen und am Morgen schließen, den üblichen Öffnungszeiten; aber das ist kein Akt des Widerstands, sondern vom Ordnungsamt genehmigt. Der „Späti“ vollbringt eine Dienstleistung an Menschen, die lange schlafen möchten oder denen zu spät einfällt, woran sie früher hätten denken sollen, und das sind in dieser Stadt einige. Er ist daher eher ein Zeichen fröhlicher Gemütlichkeit als verbissenen Klassenkampfes, was vielleicht erklärt, warum es gerade in Prenzlauer Berg so viele „Spätis“ gibt. Dass ausgerechnet diese einmal als Gefahr für die öffentliche Ordnung angesehen werden könnten, haben ihre Betreiber sicher nicht für möglich gehalten, bis sie vom Ordnungsamt vor Tagen eines Besseren belehrt und aufgefordert wurden, ihren Laden am 1. Mai dichtzumachen. Es bestehe, so hieß es, der Verdacht, dass sich an diesem Tag Randalierer in den Läden Dosen und Flaschen kauften, um sie später auf die Polizei zu werfen. Diese Maßnahme wird dem innerstädtischen Frieden sicher nützen und ist in Berlin inzwischen erprobt. So haben die Besitzer teurer Limousinen so bekannter Marken wie Volkswagen, Opel oder Fiat bereits gute Erfahrungen damit gemacht, ihre Autos nachts weit außerhalb des Stadtgebietes zu parken und nicht etwa direkt vor ihrer jeweiligen Haustür, wo die Gefahr besteht, dass sie von sogenannten Hassbrennern angezündet und niedergebrannt werden. Auch die New Yorker Guggenheim Stiftung hat eingesehen, dass sie ihr Denklabor besser nicht auf einer Brache in Kreuzberg errichtet, wo es durch Grillfreunde versehentlich beschädigt werden könnte. Freunde teuren Wohnens wissen schon seit Jahren, wie es ist, auf die höher gelegenen Dachgeschosse ausweichen zu müssen, um sich mit den Menschen auf der Straße nicht ins Gehege zu kommen. Wenn es in Berlin dennoch zu Auseinandersetzungen zwischen den Schichten kam, lag das meistens daran, dass sie noch nicht sauber voneinander geschieden waren. Inzwischen zeigt die von Bürgern und Randalierern eingeübte Methode aber immer bessere Wirkung, so dass sich die Lage in der Stadt bald beruhigen sollte. Es ist eben alles eine Frage der Sortierung oder, wie im Fall der „Spätis“, des Sortiments. jau

Dieter Bartetzko

Männerpreis der „Emma“

Dieter Bartetzko, Redakteur im Feuilleton dieser Zeitung, erhält für seinen Artikel „Ganz Paris träumt Caterina“, ein Porträt der Sängerin Caterina Valente zu deren achtzigstem Geburtstag, den Männerpreis der Zeitschrift „Emma“. Die Auszeichnung ist eine Kategorie des JournalistInnenpreises. Ihn erhielt Kerstin Kullmann für ihre „Spiegel“-Reportage über Machtstrategien moderner Politikerinnen. F.A.Z.

Bergbau – wozu?

Wechsel im Bochumer Museum

Am Deutschen Bergbau-Museum endet eine Ära: Der Kunsthistoriker Rainer Slotta, Leiter seit fünfundzwanzig Jahren, geht in den Ruhestand. Es übernimmt sein Stellvertreter Stefan Brüggerhoff. Der promovierte Chemiker war für die Bereiche Denkmalschutz und Materialkunde zuständig. Mit der Schau „Bergbau heute – wozu?“ setzt er gleich einen neuen Akzent. aro.

Das letzte Gefecht hat schon begonnen

Amazon und China revolutionieren den Buchmarkt : Die Londoner Buchmesse sieht den schlechten neuen Zeiten entgegen

LONDON, 18. April

An diesem Bild kommt keiner vorbei. Es dominiert den Messestand des Verlags Little, Brown und zeigt die berühmteste Autorin der Welt, die sich anschickt einen neuen Roman zu veröffentlichen. J.K. Rowling steht da, darunter der Buchtitel „The Casual Vacancy“. Das Porträt im Stil eines Renaissancefürsten zeigt eine dünne blonde Frau, deren Dekolleté eine massive dreifache Kette schmückt, die in goldenen Viertelkreisen auf mittige Kugeln zuläuft; an der linken Hand ein doppeltes Ringband mit Edelstein. Die Fingernägel sind im French-Look lackiert, die Manschetten der Bluse umgeklappt. Alles erdfarben Ton in Ton, in einer perfekten Balance kühler Eleganz. Hier thront die Königin des globalen Buchmarkts, aber ein wirkliches Messethema ist ihr Buch dennoch nicht.

Das ist den neuesten Entwicklungen rund um Amazon und den angeblichen Preisabsprachen in Sachen E-Book vorbehalten (F.A.Z. vom 13. April). Keiner, der dazu nicht eine Meinung hätte, von apokalyptisch bis achselzuckend. Der Selbstvertrauensverlust der Branche ist immens, und so war die Podiumsfrage, ob die Branche im Jahr 2012 noch über ein nachhaltiges und zukunftsweisendes Geschäftsmodell verfüge, mehr als bloße Rhetorik. Eine Runde von Spitzenvertretern der Industrie gab darauf unterschiedliche, aber zunächst vertraute Antworten – näher an den Kunden, der Kunde entscheidet, gib dem Kunden, was der Kunde will – bis Richard Charkin (Bloomsbury-Verlag) den Audible-Gründer Donald Katz frontal anging. Der rauflustige Büchermann warf dem wendigen Gründer des weltgrößten Hörbuchportals vor, er habe das jahrhundertealte Geschäftsmodell zwischen Autor und Verleger nachhaltig untergraben. Katz giftete bemüht höflich zurück, er befriedige nur auf direktem Wege die Kundenwünsche – wie könne ein Verlag es wagen, sich zwischen den Kunden und den Autor zu stellen?

Charkin hatte in seinem Statement behauptet, heute dominierten Algorithmen das Geschäft, früher seien es auch schon mal Alkorhythmen gewesen. Er spielte damit auf eine sagenumwobene Zeit der Verlegerei an, in der mit Bauchgefühl und Buchpreisbindung gewirtschaftet wurde. Diese Ära liegt im Vereinigten Königreich gerade einmal zwei Jahrzehnte zurück. Ein typischer Vertreter der neuen Generation ist etwa Edward Wilson von der Londoner Literaturagentur Johnson & Alcock. Als die Buchpreisbindung abgeschafft wurde, war er zehn Jahre alt; seit fünf Jahren ist der dreißigjährige Dynamiker im Buchgeschäft. Geradezu schwärmerisch beschreibt er die vielen neuen Chancen des Digitalzeitalters. Dass ein „Mommy Porn“ wie E.L. James' Sadomaso-Roman „Fifty Shades of Grey“ sich als E-Book durchsetzt und dann für einen siebenstelligen Betrag von Random House Amerika gekauft wird, um als Buch verlegt zu werden, findet er umwerfend: „Das Buchgeschäft ist endlich ein Geschäft wie jedes andere auch“, sagt Wilson. Man müsse einfach härter arbeiten, früher hätten die Verleger dreistündige Mittagessen für normal gehalten.

Die Normalität des Jahres 2012 sieht weniger märchenhaft aus. Der kleinteilige Buchmarkt versucht im Schlagschatten der vier Riesen Amazon, Apple, Google und Microsoft sein Habitat zu retten. Diese Firmen haben nicht nur einen totalitären Anspruch in der Kundenbindung angemeldet – sie sind auch dabei, ihn umzusetzen. Und es geht ihnen um viel mehr als nur um die Optimierung von Profiten. Dass ein gutes Geschäft immer eines ist, in der die Gegenseite auch noch Luft zum Atmen hat, scheint so einem Hausverstand geschuldet, der Welt- vor Geldanschauung setzte.

Seit sich das amerikanische Justizministerium und in seinem Kielwasser der Brüsseler Wettbewerbskommissar so intensiv um die Buchbranche bemüht, – eine im weltwirtschaftlichen Maßstab winzige Branche –, reiben sich viele Marktteilnehmer irritiert die Augen. Die Billionen-Bankrotteure der Wall Street haben dort weniger Interesse hervorgerufen. „Collusion“ ist das Wort der Stunde: „geheimes oder betrügerisches Verhalten, Verdunklung eines Sachverhalts, abgekartete Sache, Schwindel“. Das ist der Vorhalt der Behörden gegenüber den Verlagen. In Deutschland richtet er sich an die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, zu deren Imperium auch der amerikanische Verlag Macmillan gehört. Weil sich Macmillan, wie berichtet, im E-Book-Verfahren einem Vergleich verweigert, braucht Holding-Geschäftsführer Rüdiger Salat derzeit anwaltliche Begleitung bei Terminen, wenn er sich nicht dem Verdacht der Preisabsprache ausliefern will. Das sind Methoden, die in der Buchbranche bislang unüblich waren – und die der verbreiteten Stimmung, man befinde sich in einem letzten Abwehrkampf, Zunder geben. „Die deutschen Verleger sind die Letzten, die die Fahne hochhalten“, sagt Hans-Peter Übleis, Chef der zu Holtzbrinck gehörenden Verlagsgruppe Droemer Knaur.

Dabei gibt es noch einen weiteren Schauplatz, den deutsche Verlage beobachten sollten. Wer sich der Buchmesse von der Station West Brompton her nähert, könnte meinen, das Ausstellungsgelände in Earls Court sei in die Hände der Chinesen gefallen: Eine einsame rote Fahne weht über dem Eingang, so, als hätte China London besetzt. In der Tat ist der Auftritt des Gastlandes opulenter als alle seine Vorgänger; dreitausend Mann hoch ist die chinesische Delegation erschienen. Der Protest des dissidenten Autors Bei Ling gegen die angeblich ungehemmte wirtschaftliche Zusammenarbeit ist verhallt. Die Wirtschaftsmacht China zeigt hier nicht nur, wo und wie für die Welt gedruckt wird, sondern dass sich dort auch ein riesiger Lesermarkt auftut.

Währenddessen ist der englische Markt weiter in solider Katerstimmung. Es gibt ein verspätetes Erwachen in Sachen Qualität. Nachdem seit Jahr und Tag die Lektoratsabteilungen zu Verladestationen degradiert und das Kerngeschäft an die Agenturen verwiesen wurde, waren bei einigen Diskussionsrunden Worte der Reue zu vernehmen. „Es wird noch immer das Buch eingekauft, mit dem man am wenigsten Arbeit hat“, klagte die unlängst ins Agentur-Fach gewechselte langjährige Lektorin Rebecca Carter. Und im Übersetzer-Zentrum waren gar Selbstanklagen über die Beschränktheit der englischsprachigen Welt zu vernehmen, die sich freiwillig so viele wichtige Bücher entgehen lasse. Aber auch hier ist mit AmazonCrossing, der neuen Übersetzungsabteilung, wieder ein Großer zur Stelle. Auch Selbstverlags-Plattformen schießen weiter aus dem Boden, als wäre der Menschheit damit gedient, dass noch mehr nichtlektorierte Bücher das Licht der Welt erblickten. Leben kann davon ohnehin niemand; der amerikanische Durchschnittsautor erzielt im Jahr derzeit sechstausend Dollar, in England sieht es genau so mau aus.

„Die aktuelle Idee, Bücher hinter eine Glasscheibe zu stecken“, so George Lossius von der Firma Publishing Technology, „wird in fünf bis sieben Jahren nicht mehr funktionieren.“ Der technologische Wandel werde sich weiter beschleunigen, die Verleger hätten auf ihn bisher viel zu ängstlich reagiert. Sie starrten auf Amazon wie auf einen Todesstern. Wo und wie aber sich die Branche mit Zuversicht versorgen könnte, war in London nicht wirklich auszumachen. Richard Charkin illustrierte die Lage mit seinem Blackberry. Wenn er in einer Mail „colluding“ – die Verlaufsform von „to collude“ (unter einer Decke stecken) – eingibt, streikt das Rechtschreibprogramm und fragt, ob „colliding“ gemeint sei. HANNES HINTERMEIER

Heute

Der Gefühlsmensch
Rahel Varnhagen litt zeitlebens am „Ungraziösen“ ihrer Person. Umso geschmeidiger hat sie geschrieben, wie die sechsbändige Ausgabe ihrer Briefe belegt. **Seite 28**

Mein Herz so weiß
Mal ist Gerhard Schröder das Vorbild, mal ist es Angela Merkel. In Frankreich entsteht allmählich der Eindruck, ganz Deutschland wähle Sarkozy. **Seite 29**

Die sterblich Verliebten
Mehr Regisseurinnen, mehr ästhetischer Wagemut, mehr Humor im Umgang selbst mit der Kurdenfrage: das Filmfestival von Istanbul wird erwachsen. **Kino 31**

Dein Gesicht morgen
Am Ende war es die Quote: Die Intendanten der ARD haben entschieden, die Talkshow „Gottschalk Live“ mit Beginn der Sommerpause zu beenden. **Medien 33**

Kritik in Kürze

Liebe ohne Risiko

Ein Risiko ist Andrea De Carlo in seinem sechzehnten Roman nicht eingegangen. Und so behandelt der bald sechzig Jahre alte italienische Bestsellerautor wieder sein Lebensthema: die Liebe in heutigen Zeiten. Vom Verfasser so einflussreicher Bücher wie „Creamtrain“ und „Vögel in Käfigen und Volieren“ sind auch die Schauplätze Mailand und Ligurien längst erprobt. Bemerkenswert ist der Umfang von fast 650 Seiten. Wie der italienische Originaltitel „Leielui“ schon verrät, geht es um eine Frau und einen Mann: um die romantische Clare Moletto, eine Amerikanerin, die es nach Italien verschlagen hat, und um Daniel Deserti, einen zynischen Schriftsteller, dem der Stoff ausgegangen ist. Beide schleppen reichlich Beziehungs-Vorgeschichten mit sich rum: Clare war mit Alberto und Luigi zusammen und ist derzeit mit Stefano, einem spießigen Anwalt, liiert. Daniel, der zweimal verheiratet war, hat zwei bei der Mutter in England lebende Kinder. Zur ersten Begegnung kommt es bei einem Zusammenstoß bei Regen, den der betrunkene Daniel mit seinem Jaguar XJS Cabrio verursacht. Die Abstoßung auf den ersten Blick beruht auf Gegenseitigkeit. Doch nach einigen, etwas arg konstruierten Zufällen finden sie am Meer zueinander. Dass die beiden ihre erste Nacht erst in der Mitte des Buchs miteinander verbringen, zeigt indes schon, wie diskursiv der Autor – bis hier schildert er die Geschichte doppelperspektivisch aus ihrer und seiner Sicht – Amors Wirken umkreist. (*Andrea De Carlo: „Sie und Er“. Roman*. Aus dem Italienischen übersetzt von Maja Pflug. Diogenes Verlag, Zürich 2012. 642 S., geb., 22,90 €.) reh

Leben mit Büchern

Sie war die Grande Dame ihres Fachs: Ruth Liepman, deren Ehemann das zweite „n“ seines Nachnamens im amerikanischen Exil gelassen hatte, woher auch die Idee stammte, in Deutschland eine Literaturagentur zu gründen. Hunderte Persönlichkeiten gaben sich in ihrem literarischen Eheanbahnungsinstitut das Jawort. In ihren vor mehr als achtzehn Jahren von Helge Malchow aufgezeichneten, jetzt neu aufgelegten Erinnerungen schildert die jüdische Arzttochter ihren abenteuerlichen Lebensweg vom kommunistischen Aufbruch in Hamburg über das niederländische und schweizerische Exil, den dort organisierten Widerstand, die Reintegration in die deutsche Nachkriegsgesellschaft bis schließlich zu der Übersiedelung nach Zürich, wo die kinderlos gebliebene Liepman bis zu ihrem Tod 2001 in einer Art literaturbetrieblichen Kommune lebte. Dieses Buch ist nicht nur ein Glückskfall für all jene, die sich für Exilbiographien interessieren, sondern auch für Kenner der Branche. Bei Salinger beispielsweise hätten die literarische Qualität und der „neue frische Ton“ überzeugt, heißt es lapidar. „Wenn ich heute, mit fast 84 Jahren, mein Leben mit etwas Abstand betrachte, dann sehe ich, wie oft ich in fast ausweglosen Situationen steckte … Und ich frage mich, wieso ich in all diesen Situationen nie endgültig verzweifelt bin.“ Wer sich vom Draufgängertum dieser Heldin anstecken lässt, versteht warum. Ruth Liepman liebte Menschen und Bücher – und sie wurde von beiden heftig zurückgeliebt. (*Ruth Liepman: „Vielleicht ist Glück nicht nur Zufall“. Erzählte Erinnerungen*. Verlag Silke Weniger, Gräfelfing 2011. 171 S., geb., 18,90 €.) teut

Angeln ohne Schein

Als Thomas sie verlässt, beschließt Monique, von nun an Fische zu retten. Nun ist der Zustand der Fischbestände tatsächlich beklagenswert. Doch dass eine Schriftstellerin ihr Leben dem Schutz der Tiere verschreibt, ist überraschend. Monique ist allerdings zu erschöpft, um zu hinterfragen, ob sie nicht ihr eigenes Elend auf eine Spezies projiziert, die schlecht widersprechen kann. Thomas ist weg, es geht ihr dreckig, aber sie ist der Meinung, darüber in Rekordzeit hinwegzukommen. So zeugt es von feinem Humor, dass die Autorin Annelies Verbeke ihrer Protagonistin ausgerechnet den Nachnamen Champagne gibt. Denn wenn Monique etwas mit Champagner zu tun hat, dann nur in Bezug auf ihre stetige Katerstimmung. Doch dann findet Monique dank einer Verwechselung eine neue Freundin – und eine Weile sieht es so aus, als könnte alles gut werden. „Fische retten“ ist ein liebenswert verschrobener Roman. Verbeke bezaubert mit herrlichen Beschreibungen. Ausdauernd schwelgt sie in freundlichen Lästereien, die Andreas Gressmann geschickt übersetzt hat. So durchzieht den Roman ein feiner Witz, ohne den er wohl das allzu triste Psychogramm einer verzweifelten Frau geworden wäre. Doch Verbeke hält die Balance zwischen Moniques Trauer und der schwer realisierbaren Überzeugung, dass der Mensch auch solche Situationen besser mit Humor nehmen sollte. Im Zweifelsfall hilft auch Fatalismus. Denn darüber zu diskutieren, ob Fische Schmerz empfinden können, während der eigene einem schier das Herz zerreißt, hilft nicht weiter – das lernt selbst die Verdrängungskünstlerin Monique Champagne. (*Annelies Verbeke: „Fische retten“. Roman*. Aus dem Niederländischen von Andreas Gressmann. Mare Verlag, Hamburg 2011, 187 S., geb., 18,– €.) bähr

Literatur

Rebellisches Herz: Rahel Varnhagen (1771 bis 1833) Zeichnung von Rainer Ehrt/AKG

Eine Frau von verblüffender Modernität

Auf frischen, abstrakten Wegen: Endlich liegt die Korrespondent von Rahel Varnhagen vor. Die Briefe zeigen die Schriftstellerin und Salonnière als Frau, die sich selbstverwirklichte – zu einer Zeit, als es das Wort noch nicht gab.

Eine wunderbare Neuausgabe der Briefe Rahel von Varnhagens verwirklicht einen Plan, der vor hundertfünfzig Jahren stockte. Sie bietet nun die Gelegenheit, sich mit einem der eigenartigsten und wichtigsten Werke der Goethezeit auseinanderzusetzen. Es ist nicht einfach, sich diesem Œuvre zu nähern. Die immer noch bedeutendste Studie über Rahel von Varnhagen, die von Hannah Arendt (1959), enthält schneidend Ablehnendes; das ist die Reaktion einer deutschjüdischen Emigrantin auf das, was ihr als das Illusionäre, Inszenierte am Leben der Jüdin Rahel in Deutschland erschien. Und doch erkennt man ihre tiefe Sympathie für das „rebellische Herz“. Auch wegen dieser tief in die deutsche Geschichte hinabführenden Widersprüchlichkeit verdienen die Briefe größte Aufmerksamkeit. Doch lohnen die sechs Bände die begeisterte Mühe des genauen, schweifenden, blätternden, hin und her gehenden Lesens vor allem deswegen, weil man hier einer unerhört radikalen Konstruktion von Subjektivität begegnet.

Rahel Levin, eine Berlinerin, wurde 1771 in die Kaufmannsfamilie Levin geboren; 1810 nahm sie den Namen Rahel Robert an. Ihre hohe Bildung war autodidaktisch, ihr erster Salon in der bescheidenen elterlichen Wohnung in der Jägerstraße hatte eine singuläre, den Hof und das Bürgertum einen historischen Augenblick lang wie mühelos vereinende Ausstrahlungskraft – seit 1790 verkehrten hier Prinz Louis Ferdinand, Friedrich Schlegel, die Brüder Humboldt, Gentz, Brentano, Jean Paul und viele andere. Mit dem Tod von Louis Ferdinand 1806 in der Schlacht bei Saalfeld (vier Tage vor Jena und Auerstedt) kommt das Ende dieses ersten Salons; die Katastrophe des alten Preußens beendet auch die hier herrschende Aufbruchstimmung.

Rahel Varnhagen litt zeit ihres Lebens an dem, was sie als das „Ungraziöse“ ihrer Person empfand. Grillparzer beschrieb den ersten Eindruck seiner Begegnung 1826 mit den Worten: „die alternde, vielleicht nie hübsche, von Krankheit zusammengekrümmte, etwas einer Fee, um nicht zu sagen einer Hexe ähnliche Frau“ – und war doch sogleich von ihr bezaubert. Sie wollte frei leben. Nach zwei unglücklichen, grausam endenden Liebschaften heiratete sie 1814 den Schriftsteller und Diplomaten Karl August Varnhagen von Ense: eine Verbindung auf der Grundlage großer Zuneigung, aber ohne Liebe Rahels – und der ungewöhnliche Fall der Heirat eines wesentlich jüngeren Mannes mit einer Älteren, die er in schwärmerischer Verehrung umsorgte. Ein recht typischer Bericht, den Therese Schlesinger über einen Abend bei Mendelssohns hinterlassen hat, schildert den Auftritt des Ehepaars: „Dann trat der verehrerische Gatte hinter ihren Stuhl und zog leise sein Taschenbuch hervor, um jede ihrer Reden gleich niederzuschreiben.“ Nichts ist leichter, als die wunderlichen Züge dieses Zusammenlebens spöttisch auszustellen, doch hat dies alles – der zweite Salon seit 1820, die Goethebegeisterung, die Freundschaften, für die der Goethesche Schlüsselbegriff der „Gleichgesinnten“ gilt – auch einen großen, auf dem Hintergrund der scheiternden politischen Hoffnungen fast tragischen Ernst. Ein heute zur Phrase verkommenes Wort wie „Selbstverwirklichung“ hatte in diesem Leben noch seine ganze verzweifelte Würde. Sie starb 1833; die Grabstätte liegt auf dem Friedhof der Dreifaltigkeitsgemeinde, einem der berühmten „Friedhöfe vor dem Hallischen Tor“. Ihre Briefe erschienen zuerst im Todesjahr als Privatdruck des Gatten: „Rahel. Ein Buch des Andenkens für ihre Freunde“, dann in einer erweiterten Ausgabe in drei Bänden 1834. Bis zu seinem Tode 1858 plante Varnhagen eine erweiterte dritte Ausgabe, die nicht mehr zustande kam – unter anderem wegen der veränderten politischen Stimmung. Die politische Brisanz der von den Varnhagens repräsentierten kritisch-bürgerlichen Geselligkeitskultur zeigt sich an dem Umstand, dass Ludmilla Assing, die Nichte Varnhagens, die den Nachlass erbte und 1861 die Tagebücher des Onkels herausgab, daraufhin wegen Majestätsbeleidigung verfolgt wurde und nach Italien fliehen musste. Varnhagen wie Rahel hatten an den später, 1848, niedergeschlagenen Forderungen festgehalten.

Rahel Levin Varnhagen: „Rahel. Ein Buch des Andenkens für ihre Freunde“.

Hrsg. Barbara Hahn. Essay von Brigitte Kronauer. Wallstein Verlag, Göttingen 2011. 6 Bd., zs. 3310 S., geb., 69.- €.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Hoffnung auf eine Emanzipation der Juden. Das „deutsch-jüdische Gespräch“, gegen dessen Beschwörung sich Gershom Scholem 1964 mit solcher Schärfe wandte, hätte vielleicht als eines der wenigen genuinen Belegstücke Rahels ersten Salon vorzuweisen; dann wird das Verhältnis zusehends hässlicher. „Denk dir, dass einem hier die Domestiken erzählen, zwei Juden hätten hier! die Brunnen vergiftet“, schreibt sie am 13. August 1831 während der Berliner Choleraepidemie an den Bruder Ludwig Robert; es ist nicht ihr einziges Zeugnis für den immer bedrohlicher und infamer werdenden Antisemitismus, das sie registriert. Und die empörte Betonung des „hier“, in Berlin, zeigt, wie sie zunehmend an der eigenen Begeisterung für die friderizianische Toleranz des alten Preußens und für das Gleichberechtigungsversprechen der Hardenbergschen Reformen irre wird.

Varnhagens Plan der erweiterten Ausgabe blieb unausgeführt, bis er nun mit dieser sechsbändigen Edition, in der jahrelange Arbeit steckt, verwirklicht wurde. Das Material, das Varnhagen für die dritte Ausgabe gesammelt hatte, kam mit seiner ganzen umfangreichen und kostbaren Autographensammlung an die Preußische Staatsbibliothek, wurde im Zweiten Weltkrieg ausgelagert und befindet sich heute mit vielen anderen Kostbarkeiten des Hauses in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau. Dass bisher alle Versuche gescheitert sind, Polen zu einer Rückgabe des Bestands zu bewegen, ist vor dem Hintergrund der Erinnerung an die nationalsozialistischen Anstrengungen, Polen als Kulturnation systematisch auszulöschen, nicht ganz unbegreiflich. Dass die Forschung in Krakau schon seit längerem keinen Hindernissen mehr begegnet, beweist diese Ausgabe.

Keineswegs sind alle Briefe von gleichem Rang, aber nahezu alle sind von bemerkenswerter emotionaler Strategie der Freundschaft durchdrungen, die einer Haltung entspringt und auf eine Lebensform zielt. Der Leser erkennt eine couragierte, sehnsüchtige Subjektivität, erfährt das „zuckende Linienspiel“ ihrer Rede (mit Uwe Schweikerts schöner Formulierung), ihre erstaunliche Offenheit, auch im Erotischen, ihre Originalität „auf frischen, kleinen, abstrakten Wegen“ (an Astolphe de Custine, 24. August 1816), ihre Eigenart, die sich um den Mangel eines großen Stils nicht bekümmert. Was sie einmal zu Karl Gustav von Brinckmann sagte, zeigt diesen Mangel als Stolz: „Ich bin keine Schriftstellerin, und wozu? Wer meine Abkürzungen … nicht versteht, meine Kreuz- und Querssprünge nicht mag, für den spreche und schreibe ich eben nicht. Meine Briefe, oder Zettelchen an Sie, und wirkliche Vertraute, sind nur – ein Stückchen Leben mit Euch; Papier und Federn sind nur ein Reisebehelf, damit wir schneller zusammenkommen. Dann plaudern wir bei verschlossenen Türen.“

Robert Minder schrieb vor Jahrzehnten, dass in Frankreich solche Briefe längst im Bewusstsein der Nation lebendig wären, „in Deutschland kennt sie nur ein versprengtes Häuflein von Literaturfreunden“. Die Diagnose trifft immer noch zu, trotz der bedeutenden Ausgaben der einzelnen Briefwechsel durch Friedhelm Kemp. Wird diese glanzvolle Edition daran etwas ändern? Die Voraussetzungen sind gegeben. Im ersten Band findet sich ein kluges Vorwort voll kritischer Sympathie von Brigitte Kronauer, der sechste Band enthält Darlegungen der Herausgeberin Barbara Hahn sowie Schlüsseldokumente, ein Verzeichnis der Korrespondenten, oft mit ausführlichen biographischen Angaben, Abbildungen, Briefverzeichnis und Register. Die Stiftung Wüstenrot hat das monumentale Unternehmen zusammen mit der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung ermöglicht; es ist nach den Werkausgaben von Peter Altenberg, August von Knigge und Oskar Loerke die vierte Edition, die aus dieser Zusammenarbeit entstanden ist. Noch mehr als im Falle Altenberg kann man bei diesem Ineditum des neunzehnten Jahrhunderts von einer genuinen philologischen Bereicherung des Literaturkanons sprechen. Das große Werk sollte gelesen werden: damit sich seine verblüffende Modernität erweisen kann.

Das Motto, das den drei Ausgaben vorangestellt ist, stammt aus dem wohl größten Briefroman der deutschen Literatur, Hölderlins „Hyperion“. Es lautet: „Still und bewegt“. In diesem lakonischen Zitat muss man eine ungeheure Spannung der Gefühlszustände entziffern, des gegensätzlich Wünschbaren. JOACHIM KALKA

Schallplatten und Phono

Kühl, klar, entschlossen

Der junge polnische Pianist Rafał Blechacz lässt es langsam angehen mit seiner Karriere. Seit er 2005 den Chopin-Wettbewerb gewann, hat er erst vier Platten veröffentlicht. Und ist gereift, wie sein neues Album mit Werken von Debussy und Szymanowski beweist.

Durchzug einer Kaltfront. Ungemütlich, aber frisch: Die Luft wird klar, die Fernsicht gut, das Licht wechselt in scharfen Kontrasten. Mit der Meteorologie als Metapher kann man sich der neuen CD des fünfundzwanzigjährigen polnischen Pianisten Rafał Blechacz sprachlich vielleicht am besten nähern. Es sind ein Schwung und eine Entschiedenheit, eine Kraft in seinen Debussy- und Szymanowski-Interpretationen, dass man dies als eine neue Qualität in der Entwicklung dieses jungen Chopin-Preisträgers des Jahres 2005 begreifen muss.

Damals bekam er einen Vertrag bei der Deutschen Grammophon. Sein letztes Album mit den beiden Klavierkonzerten von Frédéric Chopin (DG 477 8088/Universal) erschien im Chopin-Jahr 2010, die Aufnahme zeichnete sich durch Sorgfalt und Sensibilität aus. Steht aber, im Vergleich zu dem neuen Auftritt, doch etwas schüchtern da.

Zurückhaltend war Blechacz wirklich in den vergangenen Jahren, auch im Konzertleben machte er sich rar, ganz so, als folgte er Rainer Maria Rilke, der in seinen „Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge“ riet, dem Ruhm zu misstrauen: „Junger Mensch irgendwo, in dem etwas aufsteigt, was ihn erschauern macht, nütz es, dass dich keiner kennt … Bitte keinen, dass er von dir spräche, nicht einmal verächtlich. Und wenn die Zeit geht und du merkst, wie dein Name herumkommt unter den Leuten, nimm ihn nicht ernster als alles, was du in ihrem Munde findest.“

Ähnlich Maurizio Pollini, der nach seinem Sieg beim Chopin-Wettbewerb 1960 erst einmal abtauchte, scheute auch Rafał Blechacz davor zurück, durch alle Türen zu gehen, die ihm plötzlich nach seinem Warschauer Erfolg offen standen. Er blieb in seiner kleinen Heimatstadt Nakło nad Notecią, nordwestlich von Bydgoszcz in Pommern-Kujawien, „irgendwo“, wie Rilke sagen würde, jedenfalls nicht in den Musikzentren der Welt. Und dort spielte er von Zeit zu Zeit sonntags zur Messe die Orgel. Was aber für eine glänzende Schule das Orgelspielen für einen Pianisten sein kann, wie vorteilhaft die Erfahrungen mit dem einen Instrument auf die Behandlung des anderen durchschlagen, das hört man nun seinem neuen Album an.

Von der Orgel überträgt Blechacz eine exzellente Fingertechnik auf das Klavier, die ihm ein strenges Legato ohne den Einsatz des Nachhallpedals ermöglicht. Von der Orgel her kommt aber auch das architektonische Verständnis der Musik: Man muss sich vorab einen genauen Plan machen, wie man ein Stück unterteilt, um in Farbe und Lautstärke die Register zu disponieren. Der Spontaneität sind hier womöglich strengere Grenzen gesetzt als auf dem Klavier, wo man Augenblickslaunen folgen kann.

Die Suite „Pour le piano“ von Claude Debussy folgt in ihren Spielfiguren und Formen der Musik für Tasteninstrumente des achtzehnten Jahrhunderts. Blechacz wechselt hier klar konturiert die Register. Er beginnt das Prélude laut, ohne Pedal, in ratterndem Non-legato. Wie durch einen Manualtausch bricht dann die Musik ab dem sechsten Takt ins Leise um; das Nachhallpedal legt einen Dunst über die Linien; zugleich aber klingt das tiefe A der Kontra-Oktave deutlich durch den Wirbel der Oberstimmen hindurch, als würde es mit den Füßen auf der Orgel gehalten. Weitere Beispiele ließen sich benennen, in der Sarabande etwa oder in der abschließenden Toccata. Sie belegen vor allem eines: Rafał Blechacz hat nicht nur eine brillante Technik, einen Sinn für Farben. Er hat darüber hinaus einen klaren Sinn für formale Disposition und für entschiedene Phrasierung.

Nun geht diese Freude am Klaren und Entschlossenen manchmal mit ihm durch. Der Titel des Triptychons „Estampes“ bedeutet zwar wörtlich „Stiche“ oder „Holzschnitte“, was bedeuten mag, dass Debussy auf scharfe Linien großen Wert legte. Doch über der Habanera des „Abends in Grenada“ steht auch: „Langsam beginnen mit einem nonchalant-graziösen Rhythmus.“ Weitere Anweisungen Debussys zielen auf den Gegensatz zwischen freiem Tempo und streng rhythmisiertem Spiel. Blechacz lässt diesen Gegensatz kaum entstehen, Nonchalance ist seine Sache nicht.

Selbst in der Leichtigkeit liebt er eine klare Kante, die exakte rhythmische Definition. Ob er wohl weiß, dass Debussys Stück „L'Isle joyeuse“ sich mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auf das Gemälde „Einschiffung nach Kythera“ des Rokoko-Malers Antoine Watteau bezieht? Man glaubt es kaum, wenn man Blechacz zuhört! Statt einer von Putten und Rosen umkränzten erotischen Luftigkeit geht eine harte Motorik durch sein Klavierspiel, die mehr nach Futurismus als nach Galanterie klingt.

Claude Debussy: Pour le piano, Estampes, L'Isle joyeuse; Karol Szymanowski: Préludium und Fuge cis-Moll, Sonate c-Moll op. 8. Rafał Blechacz.

Deutsche Grammophon 477 9548 (Universal).

Wie sehr sich Blechacz dennoch auf diesen Tonfall versteht, beweist er mit zartem Spieldosenbimmeln im Menuett der Sonate Nr. 1 op. 8 von Karol Szymanowski, das sich auf gekonnte Weise in den Neo-Rokoko-Diskurs der europäischen Belle Époque einmischt, wie er damals von Edvard Grieg, Jules Massenet, Peter Tschaikowsky, Benjamin Godard oder auch Szymanowskis Landsmann Ignacy Jan Paderewski in Opern, Suiten oder Salonminiaturen gepflegt wurde.

Diese großartige Sonate ist interessant, weil sie zeigt, was der junge Szymanowski sich um 1900 alles zu eigen gemacht hat: Skrjabins expressive Unrast im Kopfsatz, die retrospektive Genreästhetik im Menuett, die Grübelei deutscher Spätromantik im Adagio und in der Finalfuge. Hier wie auch in Szymanowskis Präludium und Fuge cis-Moll offenbart Rafał Blechacz ein Verständnis von Kontrapunkt, das über die Gleichzeitigkeit unabhängiger Stimmen hinausgeht.

Diese Linien reagieren gestisch aufeinander. Sie formulieren Einwände, sie bedrängen sich wechselseitig, sie wenden sich einander sehnsuchtsvoll zu, bis daraus, am Ende der Sonate, schäumend und stammelnd wie im Spätwerk Ludwig van Beethovens eine Apotheose emporwächst. In dieser gestischen Flexibilität zeigt sich einmal mehr, dass Rafał Blechacz die ureigenen Möglichkeiten des Klaviers souverän beherrscht. JAN BRACHMANN

Spiel's noch einmal: Rafał Blechacz während einer Probe Foto Felix Broede

Wer Schwedenkrimis, Schwedenknäcke und Schwedens Weizenfelder schätzt, wird auf Anhieb in John Pawsons 2005 gebautem „Haus Baron" das Schwedenhaus schlechthin erkennen. Foto Jens Weber

Luxus der Leere: Der Superminimalist John Pawson im Münchner Architekturmuseum

Wer meint, der Minimalismus Schweizer Prägung lasse sich nicht übertreffen, den belehren die Bauten von John Pawson eines anderen. Kompromisslos wie kein zweiter Europäer fröhnt der britische Architekt gestalterischer Einfachheit. 1949 geboren, gründete der Quereinsteiger nach abgebrochenem Studium 1981 sein Büro in London. Die Wurzeln seiner Philosophie der radikalen Reduktion liegen zum einen in der Verehrung der traditionellen japanischen Kultur, die Pawson während eines mehrjährigen Aufenthalts in Japan kennenlernte. Sie verband sich bald mit der Bewunderung für die Architekten Mies van der Rohe und Luis Barragán sowie die Künstler Donald Judd und Dan Flavin. Gern zitiert Pawson die Maxime Judds: „Minimalismus ist der einfache Ausdruck eines komplexen Gedankens."

Die schöne dreiteilige Ausstellung im Architekturmuseum der TU München, seine erste im deutschsprachigen Raum, wurde vom Büro Pawson selbst entworfen. In ihrer stringenten Klarheit entspricht sie den Bauten und Projekten, die mit Fotos und Modellen, jedoch ohne einen einzigen Plan gezeigt werden. Die Schau gilt aber nicht seinem gesamten Schaffen, wie schon fälschlich berichtet wurde. Vielmehr präsentiert sie Ausschnitte. Es fehlen etwa die Calvin-Klein-Läden, durch die Pawson zunächst Aufsehen erregte.

Der abgedunkelte erste Raum der Münchner Präsentation wirkt mit grauen Wänden feierlich, fast sakral. Exemplarisch für das überschaubare, aber exquisite Werk von Pawson werden vier Bauten aus dem letzten Jahrzehnt vorgestellt: sein eigenes Haus in London (ein umgebautes Reihenhaus des neunzehnten Jahrhunderts), das Haus Baron im südlichen Schweden, die Fußgängerbrücke Sackler Crossing im Botanischen Garten von London sowie das Kloster Nový Dvůr in Böhmen. Ergänzt durch jeweils zwei Materialstudien aus Stein, Holz oder Metall, die man sogar berühren darf, bezeugen diese Bauten auch Pawsons sensibles Eingehen auf die städtische oder ländliche Umgebung.

Der Um- beziehungsweise Neubau des böhmischen Klosters, ursprünglich eine Filiation französischer Zisterzienser, war für Pawson eine besondere Herausforderung. Als erster Klosterneubau in der Tschechischen Republik nach fünfzig Jahren, liegt es einsam in der Landschaft östlich von Marienbad. Nur das einstige Herrenhaus blieb vom historischen Bestand erhalten, alle anderen Gebäude wurden und werden neu errichtet. Vor allem auf Pawsons hohen schmucklosen Kirchenraum trifft zu, was Winfried Nerdinger im Katalog an dem Architekten rühmt: „Die Gestaltung eines Minimums, das eine maximale Fülle an Klarheit und Reinheit liefert."

Diese Reinheit verströmt in der Mitte der Ausstellung eine Installation im Maßstab eins zu eins – ein eigens angefertigter ovaler Meditationsraum, in dem Sitzgelegenheiten die Besucher zum Innehalten animieren und der allein durch Form und Lichtführung fasziniert. Es folgen paarweise Projektionen – Pawsons eigenen Fotografien von Gebäuden und Landschaften, die in Form eines „Bildtagebuchs" seine Inspirationsquellen und Vorbilder sowie deren architektonische Umsetzung dokumentieren. Weil er sich für einen „schlechten Zeichner" hält, erarbeitet Pawson seine Entwürfe vorzugsweise mit Fotos und Modellen.

So erhaben der Eingangsraum, so sachlich der letzte: Auf zwei langen, mit grauem Filz überzogenen Tischen sind wie in einem Showroom weitere 36 Modelle arrangiert, die zwei Schwerpunkte des Büros Pawson zeigen: Wohnhäuser, darunter viele nicht ausgeführte, und Sakralbauten. Als Vorschau ist auch das Modell der barocken Augsburger Moritzkirche zu sehen, die Pawson im Sinne seines Luxus der Leere umgestalten wird – sein erster Auftrag in Deutschland.

Dass für den minimalistischen Architekten alles Architektur ist, ob der Bau eines Hauses oder der Entwurf eines Bestecks, beweisen am Ende der Ausstellung seine noblen Designobjekte, etwa ein Kerzenhalter oder ein Tablett.

Baukulturell sind Pawsons Arbeiten eine herausragende, fast einzigartige Leistung; auch ein wohltuender Kontrast zur aufgeregten Event-Architektur der Gegenwart. Wie wohl kein Zweiter beherrscht er die Kunst des Weglassens. Welche gestalterische Kraft dies erfordert, fasst Winfried Nerdinger zusammen: „Je klarer der Raum, desto größer die Anstrengung."

Die Aufträge für den Superminimalisten blieben bis heute Sonderfälle – überwiegend Villen. Weder mit Wohnungsbaugesellschaften noch mit Investoren von Bürohäusern musste sich Pawson herumschlagen. Das schmälert die Bedeutung seines Werks nicht im Geringsten, zeigt aber dessen Grenzen. WOLFGANG JEAN STOCK

John Pawson. Architekturmuseum der TU München in der Pinakothek der Moderne. Bis zum 20. Mai. Der Katalog (Verlag Walther König) kostet 24 Euro.

Ein Leben in zwei Teilen

Seine Geschichte erzählt der Film „Ziemlich beste Freunde": Ein Mittagessen mit Philippe Pozzo di Borgo im marokkanischen Essaouira.

Von Martin Mosebach

ESSAOUIRA, im April

In der römischen Antike gab es kopflose Gewandstatuen, in die die realistischen Porträtköpfe der jeweiligen Herrscher eingesetzt werden konnten. Comte Philippe Pozzo di Borgo gleicht einer solchen zusammengesetzten Figur: Sein Gesicht ist lebhaft, lächelnd, amüsiert, von höchster Geistesgegenwart; sein Körper unter braunem Plaid liegt in totenhafter Unbeweglichkeit in dem raffiniert konstruierten Rollstuhl; nur durch eine der großen auf den Lehnen wie festgewachsen ruhenden Hände lief während unserer Unterhaltung einmal ein Zittern, als hätte sie einen leichten Stromstoß empfangen. Seine marokkanische Ehefrau, einer alten Politikerfamilie aus Marrakesch entstammend, zerlegt für ihn eine Seezunge so akkurat, als schneide sie ein Buch auf. Das Paar ist aufeinander eingespielt; es entsteht nicht der Eindruck, er werde von ihr gefüttert, ihre Hände sind die seinen.

Vor dem Mittagessen war er in der Messe, es ist Palmsonntag, auf seinem Schoß liegt ein geweihter Palmzweig. Der Priester in der kleinen Kirche aus Kolonialzeiten sei achtundvierzig Jahre Einsiedler gewesen, in der Wüste an der Grenze zu Algerien, dafür jetzt umso mitteilsamer, ein verrückter Mann – „Im Winter, wenn die Touristen weg sind, bin ich oft mit ihm allein". Die Unterhaltung ist so sprunghaft, wie es sich für ein schönes Tischgespräch gehört. Belastendes klingt nur in flüchtiger Andeutung an, so wenn er von seinem Leben in Paris und den Erfahrungen mit Deutschen erzählt und hinzufügt: „Das war davor" – vor dem schlimmen Unfall, der ihn in den Rollstuhl gebannt hat. „Ich teile mein Leben in zwei Teile. Damals hatten wir einen deutschen Untermieter, den besten Untermieter aller Zeiten, ein Modemacher war das" – Karl Lagerfeld hatte ein Stockwerk im Palais der Familie gemietet – „der mir gute Ratschläge für die deutsche Literatur gegeben hat, der Mann war sehr belesen, ich verdanke ihm den ‚Zauberberg', na, das war kein Geheimtipp, aber ich bin ihm trotzdem dankbar." Die Deutschen hätten überhaupt einen großen Anteil an der Entstehung des Familienvermögens.

Der berühmte Korse Pozzo di Borgo, der Napoleon hasste, ging im ersten Kaiserreich nach Russland und spielte dann auf dem Wiener Kongress eine gewichtige Rolle. „Er war korrupt und nahm von den deutschen Fürsten, die bei der Neuordnung Deutschlands begünstigt werden wollten, enorme Summen, allerdings nicht soviel wie Talleyrand, der nach heutigen Begriffen Hunderte von Millionen einstecken und trotzdem tat, was er für richtig hielt – das war dann noch einmal ein anderes Format."

Immerhin, für Marcel Proust bestimme sich der Rang einer Familie danach, ob ihr Wappen in der großen Fensterrose von Amiens vorkomme, aber sein Ahn werde in „Krieg und Frieden" erwähnt, das sei doch eigentlich etwas Ähnliches. Bei diesen Worten sah er unversehens wie auf einer Ingres-Porträt-Zeichnung aus, der Typus der Restaurationszeit war da, vielleicht weil man sich diesen über dem Körper schwebenden Kopf auch in ganz anderen Bezügen denken konnte.

ANZEIGE

Wenn der Pfeil der Existenz sein Ziel erreicht: das Leben.
André Masson wird vertreten durch
DIE GALERIE
Frankfurt am Main · www.die-galerie.com

Eine Dame trat an unseren Tisch, eine Bekannte, ich stand auf, aber Pozzo di Borgo sagte mit gespielter Verzweiflung: „Bitte bleiben Sie sitzen, ich finde das unfair." Als die Dame verschwunden war, bemerkte er, es gebe eine Reihe von Frauen, die sich sehr freundlich um ihn bemühten, er fürchte aber manchmal, es sei nicht er, sondern der Rollstuhl, in den sie verliebt seien. Er liebte das Gelächter, das Interesse in Frankreich und Deutschland an seiner Person und seinem Schicksal habe nur mit dem Film zu tun, er sei schließlich kein Schriftsteller. Oder vielleicht doch? Immerhin hat er ein drittes Buch begonnen; in den langen Nachtstunden, in denen er im Dunkeln liegt, um seine Frau nicht zu stören, formuliert er die Sätze und behält sie im Gedächtnis, bis morgens die Sekretärin kommt. „Sie meinen, ab dem dritten Buch ist man Schriftsteller? Ich werde allerdings jetzt schon so behandelt: ich wurde neulich mit Stéphane Hessel eingeladen, der wirklich ein *homme de lettres* ist und auswendig das Gedicht L'espoir von Baudelaire rezitierte, danach sollte ich auch etwas aufsagen – mein Bild von der Hoffnung ist ein etwas anderes als das von Baudelaire, ich habe den Leuten also ein kleines Stück aus dem ‚Tor zum Geheimnis der Hoffnung' von Péguy zu hören gegeben, das mussten sie schlucken." Ich freute mich, dieses herrliche lange Gedicht zu kennen, das die Deutschen trotz der kongenialen Übersetzung von Hans Urs von Balthasar noch kaum wahrgenommen haben, er bewunderte Péguy, das aber wohl auch in Frankreich vom Fernsehpublikum mit Verblüffung gehört wurde.

Das Sprechen über Schriftsteller gab mir plötzlich den Einfall, nach einem literarischen Modell für Pozzo di Borgos Buch Ausschau zu halten – könne man nicht sagen, die Geschichte vom Herrn und vom Diener, von der Abhängigkeit des Herrn vom Diener, von der Vitalität des Dieners, die dem Herrn zu leben hilft, folge dem Vorbild von Diderots „Jacques le fataliste"? Und sei es nicht ein seltsamer Zufall, dass der Fatalismus des jansenistischen Jacques und der des muslimischen Bellou, weit entfernt davon, die Initiative zu lähmen, zu einem Überschuss an Lebensmut führten? „Und die Impertinenz des Dieners nicht zu vergessen!" Der Gedanke, in Diderots Gesellschaft geraten zu sein, erheitert ihn sehr. „Aber es gibt einen wichtigen Unterschied: Jacques le fataliste ist Literatur, und mein Buch ist keine Literatur."

In der Atmosphäre der Leichtigkeit, die den unbeweglichen Mann umgibt, wäre es nicht überraschend, wenn der elegant zerbeulte englische Hut durch die Luft geflogen wäre, um gehorsam auf seinem Kopf zu landen, aber es ist seine Frau, die ihm die ganze Zeit lächelnd zugehört hat und mit der er bei jedem Wort mit den Augen verbunden war, die ihm den Hut aufsetzt. Mit einem kleinen Korkmundstück vor seinen Lippen lenkt er zentimetergenau sein Gefährt aus dem Restaurant, durch das Spalier der Kellner, von denen er jeden mit Namen kennt.

Der Schriftsteller **Martin Mosebach**, geboren 1951 in Frankfurt, veröffentlichte zuletzt den Essayband „Als noch das Reisen noch geholfen hat – Von Büchern und Orten".

Und was machen sie bei Regen?

Bella Italia 3: Die Sonnenbrille / Von Rainer Meyer

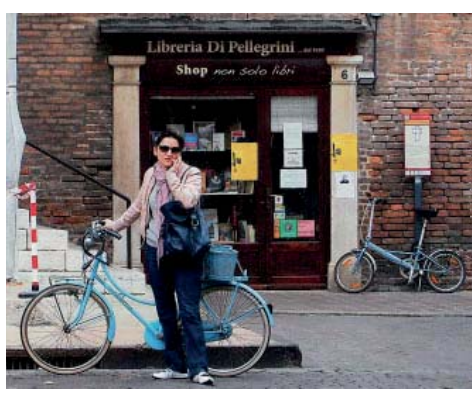
Das Rad ist himmelblau. Dafür ist der Himmel knallgrau in allen Schattierungen, und die meisten sind sehr düster. Italien erlebt eine entsetzlich kalte Osterzeit, und die Einheimischen demonstrieren, wie auf dem Bild zu sehen ist, mit Schals, über die Handgelenke gezogenen Pullovern und Socken, die in festen Schuhen stecken. Der Finanzskandal der Lega Nord, die Benzinpreise, das alles ist nicht so schlimm wie die Ungerechtigkeit, auf dem Markt vom Signore Giornalista vom Giornale Generalmente da Francoforte zu hören, dass in Berlino jetzt die Sonne scheint. Die weniger schönen Seiten des schönsten Landes der Welt sind nun mal leichter zu ertragen, wenn sich darüber der blaueste Himmel wölbt. Die Italiener sind so wütend, manche haben sogar einen Schirm mitgebracht. Und Sakkos mit blauen Einstecktüchern aus Seide. Und natürlich die Sonnenbrillen.

Es weiß natürlich auch jeder, es sagen alle, es wird allgemein beklagt, dass dieses Wochenende ruiniert ist. Keine Picknicks drüben beim Ruderclub, keine Ausflüge an den Mincio, und am Sonntag wird man sich in der Innenstadt in den Arkaden drängeln, während es davor schüttet, und schnell die letzten reduzierten Winterschuhe erwerben. Niemand wird eine Sonnenbrille benötigen, man wird sich zitternd in den Cafés drängen und froh sein, dass die Markisen das Elend dieses dreisten Himmels verdecken wie die Sonnenbrillen die missmutigen Blicke.

Nun wird der deutsche Betrachter vielleicht denken, dass sie halt so sind und dass man hier jene kognitive Dissonanz betrachten kann, die in Italien allenthalben zu bemerken ist. Es regnet, aber sie tragen trotzdem Sonnenbrillen. Sie sind reizend und wählen jemanden wie Berlusconi. Sie sind stilsicher und wollen monströse Autos aus Deutschland. Sie haben die schönsten Innenstädte der Welt und davor die scheußlichsten Einkaufsviertel, mit denen das Land zubetoniert wird.

Aber ganz so einfach ist es nicht: Das allerscheußlichste und gleichzeitig erfreulichste Stück Ekelbeton der ganzen Region ist der wegen Erfolglosigkeit geschlossene, sehr deutsche Lidl in Roverbella. Und die Sonnenbrille bei schlechtem Wetter ist kein Ausdruck von Ignoranz. Wo denken Sie hin! Und selbst, wenn es Ignoranz wäre, so ist das doch ein katholisches Land, und deshalb weiß man sich bei menschlichen Schwächen zu helfen: Dann macht man halt eine Tugend daraus. Eine besondere italienische Tugend mit dem Namen „Sprezzatura".

Sprezzatura ist ein Lieblingsbegriff des aus Mantua stammenden Autors Baldassare Castiglione, der in der Renaissance schriftlich niederlegte, wie der Mann sich am Hofe zu verhalten habe: Kurz gesagt, ist es seine erste Pflicht, auch bei schweren Aufgaben und unschönen Ereignissen stets mit beiläufiger Eleganz so zu erscheinen, als könnte das Leben nicht schöner und leichter sein. Nie jammern und keuchen! Es ist nicht nur die natürliche Eleganz, sondern die Kunst, die natürliche Eleganz immer mit sich herumzutragen, egal, wie schlimm das Umfeld mit seinen Wirtschaftskrisen und Skandalen auch sein mag. Man soll immer so wirken, als könnte einen kein Wässerchen trüben. Und natürlich auch kein Regenwetter. Überhaupt, welcher Regen? Man hat eine Sonnenbrille dabei, man trägt sie, also kann es gar nicht regnen, sonst würde man keine Sonnenbrille tragen. Die paar Wolken, die gehen wieder, der Signore Giornalista sollte besser den Einheimischen glauben und nicht dem Regenradar im Internet, es werde bald wieder besser. Sicher. Aber ja! Es ist Italien. Es ist schön hier, es muss einfach so sein. Golden wie die Tortelli vom Markt wird wieder das Zentralgestirn vom Himmel funkeln. Es wird in den Augen stechen, wenn man keine Sonnenbrille hat. Das ist hier immer so. Sagt der Einheimische und lächelt hinter dunklen Gläsern.



Wetterfest mit Sonnenbrille Foto Rainer Meyer

(Weshalb der darauf im sintflutartigen Regenguss nach Hause radelnde Signore Giornalista auch gut beraten gewesen wäre, nach dem Markt in Mantua gleich hinüber in die Via Peschiera Nummer 10 zu gehen. Dort ist das Geschäft „La vie en rose", das neben historischem Modeschmuck auch eine gute Auswahl enorm stilsicherer Sonnenbrillen bietet, mit denen die Heimfahrt zwar immer noch sehr nass, aber wenigstens eleganter gewesen wäre.)

Rainer Meyer ist unter dem Namen **Don Alphonso** einer der bekanntesten deutschen Blogger. Er reist derzeit wieder durch Italien.

Brennende Kunst

Italienisches Museum protestiert

Mit dem Verbrennen von Gemälden macht ein privates Museum für zeitgenössische Kunst in Süditalien auf seine finanzielle Notlage aufmerksam. Ein Acrylbild der französischen Künstlerin Séverine Bourguignon war das erste Werk, das Museumsdirektor Antonio Manfredi am vergangenen Dienstagabend in der Mittelstadt Casoria in Kampanien anzündete. Er sprach dabei von einem „Opfer zum Wohle von Kunst und Kultur". Das 2005 gegründete Museum habe zwei Jahre der Drohungen und des Vandalismus hinter sich – Reaktionen auf Ausstellungen zur Mafia, zur Immigration, zu Zensur und Pädophilie. „Ohne Investitionen ist es besser, die Kunstwerke zu zerstören", bilanzierte nun Direktor Manfredi. „Die tausend internationalen Kunstwerke unserer zeitgenössischen Sammlung", so der Direktor weiter, „würden sowieso wegen der Gleichgültigkeit der Institutionen vor der Zerstörung stehen." Mit diesem herben Kommentar verband er die Erklärung, dass er mehr als zwei Jahre lang vergeblich bei zahlreichen nationalen und europäischen Kulturinstitutionen um Hilfe gebeten habe.

Die Malerin des Bildes, das eine rosa Blume zeigte und bis zu 10000 Euro wert gewesen sein soll, war während der Verbrennung über Skype zugeschaltet. Sie nannte das Geschehen eine notwendige politische Aktion. Nach diesem in jeder Hinsicht flammenden Auftakt sollen nun wöchentlich drei Werke verbrannt werden. Antonio Manfredi und seine Kuratoren haben dafür ein Dutzend Werke internationaler Künstler ausgesucht, darunter eines der Deutschen Astrid Stöfhas. Alle Künstler seien während der Aktion anwesend oder via Internet dabei. Man mache weiter, bis dem Museum Hilfe zugesagt werde, hieß es abschließend. dpa/F.A.Z.

Säbelrasseln

Kölner Opernintendant droht

Am Montagabend beschloss der Hauptausschuss des Kölner Rats, dass die Oper der Stadt einen Kassenkredit von bis zu sechs Millionen Euro aufnehmen darf, um die Spielzeit 2012/13 wie geplant durchführen zu können. Allerdings mit der Einschränkung, der Intendant möge „nachvollziehbare Einsparpotentiale" sowie Möglichkeiten aufzeigen, „den Kredit mittelfristig zurückzuführen": eine finanz- wie kulturpolitisch riskante Entscheidung, die bislang in Deutschland ohne Vorbild ist. Am Dienstagabend erklärte Opernchef Uwe Eric Laufenberg, durch die Beschlüsse stehe die Absage der nächsten Spielzeit im Raum: „Köln wäre die erste deutsche Stadt, die seit 1943/44 eine komplette Theatersaison absagt." Geht's nicht ein wenig kleiner? Laufenberg pocht auf seinen Vertrag, der ihm ein künstlerisches Budget von 10,5 Millionen Euro zusichert; aber er repräsentiert auch die Stadt. Nicht nur die Unterfinanzierung, auch solche Drohgebärden schaden dem Ansehen der Oper. Noch ist Säbelrasseln keine musikalische Gattung. aro.

Alles im Blick: der kurze Weg von der Freundin zur Kollegin, zur Mitgefangenen Foto NFP / Filmwelt

Gefrorenes Lächeln

Bertrand Bonellos „Haus der Sünde" erzählt vom Untergang des klassischen Bordells

Zu dem „geschlossenen Haus" mit dem Namen „L'Apollonide" haben im Jahr 1899 nur betuchte Herren Zutritt. Sie suchen hier die Gesellschaft von jungen Frauen, die ihrerseits dieses Haus selten verlassen, denn alles in ihrem Leben dreht sich um die Abende und Nächte, wenn im „Apollonide" eine Atmosphäre wie in einem Salon herrscht. Einem allerdings, in dem es auf all das nicht ankommt, was anderswo die Atmosphäre vergiftet: gesellschaftlichen Ehrgeiz, Prätention von Geist, Politik. Im „Haus der Sünde", wie der deutsche Verleih gegen die Intention des Regisseurs Bertrand Bonello dessen neuen Film „L'Apollonide. Souvenirs de la maison close" betitelt hat, geht es gerade nicht um Verstöße gegen Moral und Anstand. Es geht um einen Raum der Autonomie (der englische Verleihtitel „House of Tolerance" ist hier viel treffender), für den die Mädchen allerdings einen hohen Preis zu zahlen haben.

„Haus der Sünde" zeigt die Innenwelt dieses weiblich bestimmten Reichs der Sinnlichkeit. Die Männer kommen nur episodisch zur Geltung, doch macht Bonello in einer der ersten Szenen deutlich, dass sie allein es sind, die hier das Heft in der Hand haben. Die Autonomie, um die sich vor allem die unternehmerisch dem Haus vorstehende Madame Marie-France (Noémie Lvovsky) bemüht, steht unter dem Druck jener Geschäfte draußen, von denen hier beiläufig auch die Rede ist. Sie führen dazu, dass die Miete für das „Apollonide" womöglich bald unbezahlbar sein wird. Unter diesem Vorbehalt steht die Erzählung, die schon damit und nicht erst aus unserer fernen Zukunft als „Erinnerung" ausgewiesen ist, als Einblick in etwas, was sich gerade überlebt.

Eine ganze Reihe von Frauen lässt Bonello aus dem Ensemble hervortreten: Die Algerierin Samira verweist auf die orientalisierenden Phantasien, die mit der Prostitution im neunzehnten Jahrhundert häufig einhergingen. Für die sechzehnjährige Pauline aus der Provinz ist das Bordell die einzige Möglichkeit, eine eigenständige Existenz zu gewinnen, die sie allerdings sofort wieder verliert, weil das „geschlossene Haus" auch eine interne Ökonomie hat, die auf Schulden bei der Madame beruht.

Die Mädchen verkaufen sich also gleichermaßen an die Männer wie an ihre Arbeitgeberin. Dafür bekommen sie einen Lebensbereich auf Zeit, aus dem sie im Idealfall weggeheiratet werden. In einer Szene spielt Bonello auch auf das vergleichbare Phänomen der Geishas an, wie es etwa Kenji Mizoguchi in „Gion Bayashi" geschildert hat – eine weibliche Lebensform, die anachronistisch zu werden beginnt und deren einziger Ausweg eine legitimierende Heirat ist. Die Alternativen sind Armut und Einsamkeit.

Die wichtigste Figur in „Haus der Sünde" ist Madeleine (Alice Barnole), die „Frau, die lacht". Diese Bezeichnung bezieht sich auf eine Entstellung, die ihr ein Mann zugefügt hat und die als fast schon zu konkretes Symbol für die Arbeit der Mädchen gelten mag. Die gute Miene, die sie zum Spiel machen müssen, wird im Gesicht von Madeleine zur Fratze, aber gerade die Entstellung wird zum zusätzlichen erotischen Reiz. Die Ambivalenz, die dieser Figur eignet, vermag Bonello nicht ganz durchzuhalten. Aber meist gelingt es ihm, für dies heikle Sujet die richtigen Formen zu finden, in einer Darstellung, die nicht den sexuellen Verkehr in den Mittelpunkt rückt, sondern den im „Apollonide" stark ritualisierten gesellschaftlichen Verkehr, der ihn umgibt.

Wie schon in seinem Film „Le pornographe", in dem es um einen Blick auf den pornographischen Blick ging, schaut Bonello auch hier auf eine historische Ausprägung von Sexualität. Die „Frau, die lacht" entspricht dabei Fiktionen, die sich die Epoche selbst erfand, allen voran Zolas Nana. Aber es ist bezeichnend für „Haus der Sünde", dass es Bonello um einen Ensemble-Effekt geht. Die vielen Frauen, denen man hier beim Umkleiden, bei der Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten, beim Waschen, beim Tratsch und einander trösten zusieht, stehen für eine prekäre Lebensform, in der sich die „natürlichen" Geschlechterverhältnisse manifestieren, gegen die Bonello in fast allen seinen Filmen aufbegehrt hat. Vor diesem Hintergrund ist nun auch „Haus der Sünde" zu sehen, ein nur bei oberflächlichem Hinsehen plüschiges Drama nicht so sehr der Dekadenz, sondern der Dependenz. BERT REBHANDL

Ziemlich viele neue beste Freunde

Solch eine große Rolle spielte Deutschland in einem französischen Wahlkampf noch nie. Das hat mit der Euro-Krise zu tun, aber auch mit der frischen Einsicht, aufeinander angewiesen zu sein.

Immerhin hat ihn keiner einen neuen Pétain genannt. Dass allerdings der Name Sarkozy für den permanenten Pétainismus in der französischen Gesellschaft stehen soll, hat der marxistische Philosoph Alain Badiou schon im Titel eines Pamphlets unterstellt. Das war kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten, im Jahre 2007. Diese Amtszeit hat Emmanuel Todd auf die Formel „Von der Unterwerfung bei Bush zu jener bei Merkel" gebracht. Und die deutsche Politik in Europa auf den Begriff „1940 ohne Wehrmacht".

Noch im letzten Jahr war in Paris die Verstimmung über die Haltung Deutschlands in der Finanz- und Euro-Krise beträchtlich. Auch weil es nicht am Feldzug gegen Gaddafi teilgenommen und den Atomausstieg beschlossen hatte. Die Meinungsumfragen verhießen dem Herausforderer François Hollande in der Stichwahl einen Sieg mit siebzig Prozent der Stimmen. Doch in der Krise fasste Sarkozy Fuß und eilte von Gipfel zu Gipfel. Nicht ohne Berechtigung sah er sich als Retter Europas und des Euros. Hollande hingegen tingelte durch die Provinz und hatte für Europa auch kein Rezept. Weil Deutschland nicht auf die Linie Sarkozys – und der anderen europäischen Staaten – einschwenkte, mobilisierten Frankreichs Sozialisten die antideutschen Klischees und schürten die historischen Ängste.

Das sind Methoden, deren sich die Kommunisten bedienten und von denen sich die Sozialisten seit Mitterrand distanzierten. Dem Präsidenten wurde wegen „Merkozy" ein „Geist von München" vorgeworfen und eine „Vichy-Mentalität" unterstellt: „Die Frage des deutschen Nationalismus muss neu gestellt werden", Merkel wurde mit Bismarck gleichgesetzt. Die Vorwürfe irritierten auch die SPD, Hollande reiste zur Schadensbegrenzung nach Berlin und erklärte das Kapitel für geschlossen. Die Beziehungen sind inzwischen so normal, dass sich der Rückgriff auf die antideutschen Klischees als Eigentor erwiesen hatte. Geschickt kehrte Sarkozy die Situation um und unterstellte die Deutschfeindlichkeit, auf die er 2007 durchaus gesetzt hatte, dem Gegner – mit Erfolg: Diese erste Runde ging an Sarkozy, der seine Kandidatur noch gar nicht erklärt hatte. Allerdings hat er den Vorteil wieder aus der Hand gegeben.

Deutschland blieb während Wochen im Zentrum der Wahlkampagne, die sich um das „deutsche Modell" drehte. Der „Figaro", der den Einfluss der deutschen Moden – zum Beispiel bei der Wahl der Autos – kritisiert und beschrieben hatte, wie „Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Erfolge sein Recht durchsetzt", schlug im Rahmen seiner einseitigen Berichterstattung für Sarkozy immer deutschfreundlichere Töne an. Frankreichs „Kader wählen Merkel" fasste er die Resultate einer Umfrage zusammen.

Deutschland kehrt zurück

In ihrem Frühjahrsheft bilanziert die von Raymond Aron begründete Zeitschrift „Commentaire" aus Anlass des Buchs „France Allemagne: l'heure de vérité" von Bernard de Montferrand, der bis vor kurzem Botschafter in Berlin war, und Jean-Louis Thériot sehr nüchtern die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Aber auch die französischen Stärken – die globalisierten Konzerne – und die deutschen Schwächen: Demographie und zunehmende Ungleichheit. In Deutschland gibt es pro tausend Einwohner fünfzig, in Frankreich neunzig Beamte. „Nach vielen Desillusionen der letzten Monate", schreibt „Commentaire", „kehrt die deutsche Frage mit Wucht in unsere Debatten und, mehr noch, in unser kollektives Unterbewusstsein zurück."

Zahlreiche Episoden des Wahlkampfs, in dem regelmäßig historische Reminiszenzen instrumentalisiert werden, illustrieren den Befund. Nach den Äußerungen von Innenminister Claude Guéant über die Zivilisationen, die nicht alle gleich seien, kam es im Parlament zu seinem Streit über den Nationalsozialismus und die Konzentrationslager. Die Regierung verließ den Saal – zum ersten Mal seit der Dreyfus-Affäre. In einer späteren Phase brachte Sarkozy die unselige Epoche der „Epurations" in die Diskussion, die nach dem Krieg zehntausend Opfer gefordert hatte: Holland als Sieger würde eine Neuauflage der „Säuberungen" inszenieren.

Dass Deutschland inzwischen sehr viel weniger als die Franzosen in seiner Vergangenheit gefangen ist, stellt Jean-Pierre Gougeon in „France-Allemagne: une union menacée?" fest. Nur noch 18 Prozent der Deutschen halten Frankreich für den besten Freund. Vor zehn Jahren waren es vierzig, im Wahljahr 2007 29 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist in Frankreich die Zahl der Studenten, die Deutschlehrer werden wollen, von tausend auf weniger als 500 gesunken.

Sarkozy und der deutsche Kärcher

Durchaus aus Protest gegen den Präsidenten sind die miteinander verheirateten Schriftsteller Marie NDiaye und Jean-Yves Cendrey von Paris nach Berlin gezogen, „die hassenswerteste Stadt ist heute einer der liebenswürdigsten der Welt". Cendrey hat nach „Honecker 21" einen Roman über das Leben der aus der DDR stammenden Kornelia Sumpf geschrieben, die in den Gefängnissen als Übersetzerin arbeitet. Sie lebte mit ihrem behinderten Vater, der bei der Stasi arbeitete. In „Libération", die Cendrey porträtierte, schilderte er die klamme „Freude der Deutschen, wenn der Präsident des stets so stolzen Frankreich der deutschen Kanzlerin den Honig ums Maul schmiert". Cendrey verwendet eine Redewendung, die man auch mit Stiefellecken übersetzen könnte.

Noch war Sarkozy nicht offizieller Kandidat, als aus dem Kanzleramt die Meldung kam, Angela Merkel werde bei mindestens einem Meeting in Frankreich auftreten.

Zuvor hatte der „Figaro" ihren Vorgänger interviewt und Schröder als mutigen Kanzler der Agenda 2010 präsentiert, der wiederum Sarkozys Reformen lobte. Auf sein Vorbild stützte sich Sarkozy im Kampf gegen den Sozialisten Hollande, der auch bei den Genossen in Berlin Zweifel auslöste. In Frankreich entstand der Eindruck, dass ganz Deutschland Sarkozy wählt. Doch einen Schock löste erst der „Spiegel" aus, der berichtete, die europäischen Regierungschefs hätten einen Boykott von François Hollande beschlossen.

Das Doppelinterview von Sigmar Gabriel und Hollande in „Libération" und dieser Zeitung war die Antwort (F.A.Z. vom 26. März 2012). Die Ankündigung, über den Fiskalpakt neu verhandeln zu wollen, hat Sarkozy in Zugzwang gebracht: Mit einem Angriff auf das Abkommen von Schengen versuchte er den Gegner zu überholen. Er bekam umgehend Schützenhilfe von Innenminister Hans-Peter Friedrich. „Ich schließe mich diesem Befund ausdrücklich an", schrieb Friedrich im „Figaro".

Die Zeitung, die wie keine andere Sarkozy unterstützte, war auch bemüht, das ideologische Feld für die deutsche Einmischung zu bereinigen. Nach der Wahl des neuen Bundespräsidenten reihte Alexandre Adler Joachim Gauck in die Tradition „der protestantischen Pastoren à la Bonhoeffer und Niemöller … Eine solche Wahl bedeutet in diesem Jahr der Gnade 2012 nichts weniger, als dass Deutschland die Gespenster seiner Vergangenheit endgültig ins Meer geworfen hat." Von Frankreich kann man das am Ende dieses Wahlkampfs noch immer nicht sagen. Die Präsenz von Deutschland im französischen Wahlkampf hat letztlich zu einer antieuropäischen Konkurrenz der Kandidaten geführt. Sarkozy wollte Merkel dann doch nicht an seiner Seite und lud sie wieder aus. Inzwischen stellt man sich auch in Berlin auf einen Sieg seines Gegners ein. Klaus Harpprecht allerdings, in Frankreich wahlberechtigter deutscher Sozialdemokrat und Publizist, einst Redenschreiber von Willy Brandt, misstraut noch immer der Haltung seines französischen Genossen: Er wird nicht Hollande, sondern Sarkozy wählen. JÜRG ALTWEGG

Küsschen links, Küsschen rechts: Nicolas Sarkozy und Angela Merkel Foto dapd

Ahoi, wir entern jetzt die Diskotheken!

Ist die Vielfalt der Musik in Deutschland bedroht? Veranstalter und Musiker stellen sich gegen die Gema

Anfang der Woche gab die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte – kurz: Gema – bekannt, sie habe mit einem Antrag beim Deutschen Patent- und Markenamt ein Schiedsverfahren in die Wege geleitet, nachdem die Verhandlungen mit der Bundesvereinigung der Musikveranstalter erfolglos geblieben waren. Seither hat der Protest gegen die Anfang April von der Gema angekündigte Tarifreform ein Ausmaß erreicht, das selbst angesichts der stets hitzig geführten Gema-Streitigkeiten außergewöhnlich erscheint. Innerhalb von zwei Wochen hat eine Internetpetition an den Deutschen Bundestag bereits mehr als dreißigtausend Unterstützer gefunden. Ihr drastischer Titel: „Musiker und Veranstalter – Sklaven der Gema".

Die neuen Vergütungssätze im Bereich der Veranstaltungen mit Livemusik oder Tonträgerwiedergabe sollen laut der Gema eigentlich zu einer „Vereinfachung der Tariflandschaft" und obendrein zu einer „deutlichen Entlastung kleinerer Veranstaltungen" führen und zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Die Bundesvereinigung der Musikveranstalter indes, der nun ein zäher Rechtsstreit droht, hatte bereits unmittelbar nach Abschluss der Verhandlungen heftig gegen die Unangemessenheit der geplanten Tarifpolitik protestiert. Betreiber von Liveclubs und Diskotheken, Tanzlokalen, Kleinkunstbühnen und Varietétheatern, Gastronomen sowie Veranstalter von Bällen, Galas oder Straßenfesten, die von den geplanten Tariferhöhungen betroffen wären, befürchten eine Explosion der Gema-Abgaben um zum Teil mehrere hundert bis zu über tausend Prozent; manche unter ihnen sehen gar ihre Existenz bedroht.

Für Stephan Büttner, den Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Musikveranstalter und des Bundesverbandes deutscher Discotheken und Tanzbetriebe, liegt die Crux darin, dass die bislang sehr differenzierte, in elf Tarife unterteilte Gebührenordnung durch nur zwei Tarife ersetzt werden soll. Diese würden ausschließlich nach der Größe der Veranstaltungsräume und der Höhe des Eintritts bemessen. „Dass die Gema dies jetzt mit dem Argument verkauft, die neue Tarifstruktur sei einfacher und ausgewogener, ist unredlich", empört sich Büttner. Tatsächlich werde mit der Reduzierung die aktuell bestehende Einzelfallgerechtigkeit verlorengehen. Dass die Vergünstigungen hingegen nur verhältnismäßig wenige Veranstaltungen betreffen – nämlich jene mit geringen Raumgrößen und Eintrittspreisen zwischen zwei und acht Euro –, verschweige die Gema, so Büttner, der sich angesichts des anstehenden Schiedsverfahrens Unterstützung nicht nur aus der Politik erhofft, sondern auch vom Deutschen Patent- und Markenamt, der obersten Aufsichtsbehörde der Gema.

Michael Russ, der Präsident des Verbandes der Deutschen Konzertdirektionen, hat einen vergleichbaren Rechtsstreit mit der Gema im Jahr 2009 bereits verloren: Tarifsteigerungen von bis zu vierhundert Prozent im Bereich der U-Musik-Veranstaltungen waren die Folge; die Erhöhung von Ticketpreisen ist seitdem für viele Veranstalter unumgänglich. Russ, auch selbst Veranstalter von Clubkonzerten, sieht die Position der Gema entsprechend kritisch: „Man kann der Gema den Vorwurf nicht ersparen, hier maßlos zu agieren. Zahlreiche Nischenkulturen unseres Musiklebens sind in Gefahr." Nur der E-Musik-Bereich – die Konzerte der sogenannten ernsten Musik – ist von Tariferhöhungen bislang verschont geblieben. Die dortigen Vergütungssätze, so Russ, seien seit Jahrzehnten „konstant und einigermaßen vertretbar".

Noch ist nicht abzusehen, ob die geplante Tarifreform, die nach Meinung von Stephan Büttner „zu einer Verarmung der Veranstaltungskultur in Deutschland führen würde", eine breite Diskussion auch in der Politik auslösen wird. Die Piratenpartei, die auf ihrem Landesparteitag in München Ende März ein Positionspapier zur „Förderung einer grundlegenden Reform der Gema" verabschiedet hatte – das blieb von der Gema bislang unkommentiert –, reagierte am vergangenen Samstag auf die angekündigten Tariferhöhungen der Gema mit einer kurzen Stellungnahme. Sie kritisierte darin „die geplanten massiven Verteuerungen als einen Schritt in die verkehrte Richtung, der die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft hemmt und noch mehr Ungerechtigkeit bei der Verteilung und im Wettbewerb der Veranstaltungen schafft, die gerade in der heutigen Zeit eine wichtige Einnahmequelle von Musikern sind".

In die gleiche Richtung zielen die meisten Beiträge auf den Diskussionsplattformen im Internet. Kritiker der Tarifreform werfen der Gema „Verhinderung von Musik", gar „Musikpiraterie" vor und prognostizieren eine Entwicklung, an deren Ende die Gema sich selbst ins eigene Fleisch schneiden würde: „Die Tariferhöhungen der Gema schaden nicht nur den Diskotheken, sondern in letzter Konsequenz auch den Künstlern und somit auch der Institution an sich", heißt es in einem Kommentar auf der Online-Plattform „Openpetition". Ein anderer User bringt seine Meinung so auf den Punkt: „Es hat schon seinen Grund, dass ich als Musiker nicht Mitglied der Gema, sondern der Piraten bin!" RAFAEL RENNICKE

Wir trauern um Herrn

Dr. Nikolaus Maus

*16. März 1910 †10. April 2012

Herr Dr. Maus war vom 14.6.1960 bis zum 19.6.1969 Vorstandsvorsitzender der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft. Am 15.6.1971 wurde er von der Mitgliederversammlung wegen seines außerordentlichen Engagements zum Ehrenmitglied ernannt.

Seine Tätigkeit war getragen von hohem Einsatz und einer großen sozialpolitischen Verantwortung.

In dankbarer Erinnerung
Aufsichtsrat und Vorstand

Pensionskasse
für die Deutsche Wirtschaft VVaG
Duisburg

Türkische Filmfrauen vor!

Von der Geschlechter- bis zur Kurdenfrage: Beim Filmfestival von Istanbul zeigt das türkische Kino mit erfreulichen Arbeiten, dass es oft klüger ist als die Gesellschaft, in der es entsteht.

ISTANBUL im April

Nicht lächeln bitte!“, gebietet der Fotograf. Wir sehen nur das Antlitz der jungen Frau im Objektiv, vor einer hellen, gesichtslosen Wand. Sie heißt Mina, es soll ihr Visumsfoto werden. Und vielleicht liegt es ja schon an diesem Bild, an dem zu gleichmäßig blassen, ausdrucksarmen Licht und der irgendwie spröden Atmosphäre, dass es den ganzen Film über nichts werden wird mit der Ausreise nach Amerika. Sie hofft sehr darauf, denn sie ist jung und sehnt sich nach etwas anderem als ihrem bisherigen Leben. Einem Neuanfang nach der Scheidung vom ungeliebten Mann. Immerhin ein neuer Job ist dann drin in einem Café, wo sie anderen, nicht minder Bedürftigen das Glück aus dem Kaffeesatz liest.

„Present Tense“, Belmin Sölyemez' elegisch erzähltes, sehr geglücktes Spielfilmdebüt im Wettbewerb des Internationalen Filmfestivals von Istanbul, das am Sonntag zu Ende ging, steht gleich für mehrere Tendenzen, die in den allein 40 türkischen Filmen sichtbar wurden: Noch nie gab es so viele Filmemacherinnen im Programm. Damit einher geht ein erkennbar stärkeres Interesse an Frauenfiguren. Hier ist es mit Mina eine junge, ganz der Moderne zugewandte Figur, durchaus repräsentativ für das urbane, bildungsbürgerliche Publikum, dem man auf dem Festival begegnet. Zugleich lebt sie in prekären Verhältnissen: arbeitslos, unglücklich und als frisch Geschiedene allein gelassen von einer Gesellschaft, die sich zurzeit eher rückwärts orientiert. Die jüngeren türkischen Filmemacher blicken auf ihre Heimat in ausdrucksstarken, kräftigen Bildern, selbst wenn die Filme ansonsten missglückt sind, und schauen auch dann nicht weg, wenn es unbequem wird. So griff gleich eine Handvoll Filme die offene Kurdenfrage auf. Sogar zum Komödienstoff taugte dieses Sujet überraschenderweise: Murat Saracoglus „In Flames“ erzählt von einem Feuerwehrmann von der Schwarzmeerküste. Er soll aus dem kurdischen Dyabakir einen Feuerwehrwagen holen, ein Geschenk des dortigen Bürgermeisters. Mit dem rotlackierten Fahrzeug, auf dem dick noch der Name der Kurdenmetropole steht, fährt er dann durch die halbe Türkei, begegnet den Vorurteilen der anderen und legt die eigenen ab. Saracoglu, der auch das Drehbuch schrieb, hat einen Weg gefunden, um das Plädoyer für Verständigung und Großherzigkeit in eine amüsante Form zu gießen, eine clevere Balance zwischen schlichteren und hintergründigen Witzen, von denen manche genau betrachtet dann gar nicht so sehr zum Lachen sind: Dauernd wird der Wagen von einer paranoiden Armee angehalten, irgendwann kommt gar ein Bombenentschärfungsteam und sperrt einen ganz Platz ab, um das kurz geparkte Fahrzeug zu untersuchen.

Um die Macht der Paranoia, der Väter und der Tradition ging es auch in Emin Alpers „Beyond the Hill“, dem hintergründigsten, facettenreichsten und reifsten Film im türkischen Wettbewerb, der vollkommen zu Recht neben dem Hauptpreis auch noch den Preis der internationalen Filmkritik (Fipresci) sowie den fürs beste Drehbuch erhielt. Gezeigt wird eine archaische Männergesellschaft, irgendwo in der Türkei. Drei Generationen, ein Vater, zwei Söhne, drei Enkel, lauter *Inglourious Basterds* im Hier und Jetzt, in einem Niemandsland jenseits unseres Alltags. Sie leben mit der Natur, mit den Tieren, zwischen Fluss und Wäldern, in einem Tal inmitten einer atemberaubend wilden Berglandschaft – und mit „den anderen“, den unsichtbaren Feinden hinter den Bergen. Die Geschichte beginnt sehr ruhig und konzentriert, ganz in der Tradition jener „Neuen Welle“ des türkischen Kinos, für die Namen wie Nuri Bilge Ceylan (zuletzt „Once Upon a Time in Anatolia“), Reha Erdem („Five Times“) und Semih Kaplanoglu („Honig“) stehen. Im Laufe des Films nimmt sie dann aber zunehmend Fahrt und Spannung auf, wird immer schneller und dichter. Fortwährend wechselt die Blickrichtung. Man lernt die einzelnen Personen kennen, zugleich die innere Dynamik der drei Generationen mit starken Vätern und Söhnen, die nicht so wollen, wie sie sollen – Alpers Familienaufstellung mit filmischen Mitteln besitzt zugleich eine surreale Ebene aus offenkundigen Halluzinationen und Projektionen. Auch die Kamera selbst wirkt mitunter wie ein Besucher aus einer anderen Welt, ein Voyeur, der versteckt, von außen dem Treiben zusieht. So verbindet „Beyond the Hill“ Phantastik, Sinn für Irrsinn und ironischen Humor mit einem soziologischen Blick auf die türkische Gegenwartsgesellschaft und deren inhärente Gewalt.

In Emin Alpers „Beyond the Hill“ taucht das türkische Kino erfrischt aus seinen Genres auf. Foto Berlinale

Die bekannten Gegensatzpaare des türkischen Kinos – Väter versus Söhne; Stadt versus Land; Tradition versus Moderne — wurden auch in anderen Filmen mit frischem Leben und Bildern erfüllt: Caner Erzincans „Snake“ erzählt vom zurückgebliebenen Grenzland des türkischen Ostens, wo die Menschen vom Schmuggel leben oder vom Sammeln von Schnecken. Der Held ist ein etwas träger Schlangenfänger, der von Zahnschmerzen geplagt wird, und sich völlig unglücklich in die schöne Zahnärztin in der Provinzstadt verliebt. Um diesen Kern herum wird die Szenerie des Dorfes entfaltet, in dem sechs Zehnjährige um ein Mädchen werben, ein Kapitalist die Bauern ausbeutet, wilde Pferde in den Bergen leben, und sich regelmäßig eine Schlange durch die Gegend ringelt. Gegenüber diesem Film, der Ernstes mit gescheiter Leichtigkeit verhandelte, blieb Tayfur Ardins „The Trace“ in bedeutungsschwerer Tristesse stecken: Schöne Landschaftsbilder rahmten eine Story, die lebende Kurden, untote Armenier und eine unbeerdigte Mutter verknüpfte und daher wie gemacht war für den masochistischen Teil des typischen westlichen Festivalpublikums – linkes Blut-und-Boden-Kino.

Dass sich auch ältere Republiken schwer tun, mit vergangenen Sünden ins Reine zu kommen, belegten in diesem Jahr gleich mehrere Beiträge des gewohnt starken französischen Kinos. Neben Vincents Garenqs Todesstrafenmelo „Présumé coupable“ muss man zwei ausgezeichnete Beiträge besonders herausheben: Da ist zum einen der neue Film von Matthieu Kassowitz: „L'Ordre et la Morale“ („Rebellion“) ist ein hitzig inszenierter Politthriller, der auf einer historischen Episode beruht: 1988, kurz vor der Wahl zwischen Mitterrand und Chirac nahmen Unabhängigkeitsaktivisten in Neukaledonien ein paar Geiseln. Die Armee beendete die Sache blutig. Wie brutal und verbrecherisch auch demokratisch gewählte Regierungen agieren, wenn man sie nur lässt, zeigt auch Yasmina Adis Dokumentarfilm „Ici on noie les Algériens“ („Hier ertränkt man Algerier“): Adi erzählt die erschütternde Geschichte eines der dunkelsten Ereignisse der französischen Nachkriegsgeschichte – der Ertränkung von bis zu 200 algerischen Demonstranten am 17. Oktober 1961 in der Pariser Seine – und das skandalöse Totschweigen dieses Massakers bis in die heutigen Tage.

Beide Filme zeigen passend zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen die Wirklichkeit hinter idyllischen Multikulti-märchen à la „Ziemlich beste Freunde“: Es ist die Mehrheitsgesellschaft, die ihre Machtposition nicht preisgeben und in der Integrationsdebatte keine Kompromisse machen will. RÜDIGER SUCHSLAND

Kollaps im Museum

Filmfest Dresden auf neuen Wegen

Mit einer Preissumme von insgesamt 64 000 Euro ist das gestern eröffnete Filmfest Dresden eines der höchstdotierten deutschen Foren für Kurzfilme. Bis zum Sonntag läuft noch der Wettbewerb um den Goldenen Reiter. Doch diesmal kooperiert das Festival auch mit den Staatlichen Kunstsammlungen und zieht ins Museum ein: Heute Abend wird im Lichthof des Albertinums eine Serie von zwölf Kurzfilmen gezeigt, die jeweils nach einem Lied der im vergangenen Jahr erschienenen Platte „Collapse Into Now“ der amerikanischen Rockgruppe R.E.M. entstanden sind. Für diesen filmischen Reigen wurden unter anderen die Künstlerin Sophie Calle, der Schauspieler James Franco sowie die Dokumentarfilmlegende Albert Maysles als Regisseure gewonnen, und bei einem Film führt Michael Stipe, der Sänger von R.E.M., Regie. Ergänzend wird im Albertinum eine Kabinettausstellung mit Porträtfotos gezeigt, die der niederländische Fotograf Anton Corbijn von R.E.M. angefertigt hat. Die Band hatte sich im vergangenen Jahr aufgelöst. F.A.Z.

Neu im Kino

Anton Corbijn Inside Out – Dokumentation von Klaartje Quirijns über den Starfotografen.

Chronicle: Wozu bist Du fähig – Josh Trank inszeniert jugendlichen Superheroismus vom Feinsten.

Das Haus Anubis: Pfad der 7 Sünden – Ringe, Portale, Ritter, Mysterien und dergleichen, Spielleitung: Jorkos Damen.

Einmal ist keinmal – Julie Anne Robinson wirft Katherine Heigl in einen Kriminalfall.

Haus der Sünde – Bertrand Bonello mit Kunstfilmabsichten im Pariser Edelbordell (Kritik auf Seite 30).

Im Reich der Raubkatzen – Afrikanische Löwen, auf Deutsch leider ohne die Kommentarstimme von Samuel L. Jackson.

My Week with Marilyn – Simon Curtis baut eine Bühne für Michelle Williams (F.A.Z. von gestern).

Sing your Song – Harry Belafontes Leben, von und mit ihm selbst.

Sohnemänner – Humoriger Generationenzwist von Ingo Haeb.

Traumfabrik Kabul – Sebastian Heidinger begleitet eine afghanische Polizistin, die fürs Filmemachen lebt.

Der letzte Satz

Die Bilder kehren zurück. Ich versuche zu verstehen, wie wir dahin gekommen sind.

L'Ordre et la Morale, 2011. Regie und Drehbuch: Mathieu Kassovitz

Aktuell im Kino

My week with Marilyn

AACHEN: Eden Palast
BERLIN: Astor, Blauer Stern, Capitol Dahlem, CinemaxX Potsdamer Platz, CineStar Sony Center (OV), CineStar Cubix, Delphi, Eva, filmkunst 66 (OmU), fsk (OmU), Hackesche Höfe (OmU), International (dt + OmU), Kulturbrauerei, Odeon (OmU), Toni, UCI Colosseum, Yorck
BOCHUM: Casablanca, UCI
BONN: Kinopolis, Stern
BREMEN: CinemaxX, Schauburg
DARMSTADT: Rex
DÜSSELDORF: CineStar, UCI, Monopol
ESSEN: CinemaxX, Eulenspiegel
FRANKFURT: Cinema, Metropolis, Eldorado, Harmonie
FREIBURG: Harmonie
HAMBURG: Abaton (OmU), Holi, Koralle, Streit's (OV), Zeise
HANNOVER: CinemaxX Nicolaistraße, Hochhaus Kino
HEIDELBERG: Gloria
HEILBRONN: Universum
KARLSRUHE: Schauburg, Filmpalast ZKM
KIEL: Metro
KÖLN: Cinedom, Cinenova, Residenz, Weißhaus
MANNHEIM: CinemaxX, Atlantis
MÜNCHEN: Arri, Atelier (OmU), Cadillac, Cinema (OV), City, Kino Solln, Münchner Freiheit, Rio
NÜRNBERG: Cinecitta
ROSTOCK: CineStar
STUTTGART: CinemaxX Liederhalle, Gloria
TÜBINGEN: Arsenal
WIESBADEN: Thalia
WUPPERTAL: CinemaxX

Monsieur Lazhar

AACHEN: Apollo
AUGSBURG: Savoy
BAMBERG: Lichtspiel
BERLIN: CinemaxX Potsdamer Platz, Filmtheater am Friedrichshain, FSK (OmU), Neue Kant Kinos, Off
BIELEFELD: Kamera
BOCHUM: Union
BONN: Neue Filmbühne
BREMEN: Schauburg
DARMSTADT: Rex
DÜSSELDORF: Bambi
DRESDEN: Kiff, Programmkino Ost, Schauburg
ESSEN: Astra
FRANKFURT: Cinema
FREIBURG: Harmonie
HALLE: Lux
HAMBURG: Holi, Koralle
HANNOVER: Kino am Raschplatz
IMMENSTADT: Union Filmtheater
KASSEL: Filmladen
KIEL: KoKi in der Pumpe
KÖLN: Cinenova, Filmpalette
LEIPZIG: Passage
LÜNEBURG: Scala
MAINZ: Capitol
MANNHEIM: Odeon
MARBURG: Kammer
MÜNCHEN: Münchner Freiheit, Atelier (+OmU), Neues Arena
MÜNSTER: Cinema
NÜRNBERG: Metropolis
OLDENBURG: Black Box
POTSDAM: Potsdam
REGENSBURG: Wintergarten
ROSTOCK: Lichtspieltheater Wundervoll
SAARBRÜCKEN: Kamera
STUTTGART: Atelier am Bollwerk
TÜBINGEN: Museum
ULM: Mephisto
WUPPERTAL: Cinema

Die Königin und der Leibarzt

AACHEN: Apollo
BERLIN: Blauer Stern, CinemaxX Potsdamer Platz, Filmtheater am Friedrichshain, Kant Kinos, Kino in der Kulturbrauerei, Passage, Union Filmtheater
BIELEFELD: Kamera
BONN: Rex Kino
BREMEN: Cinema Ostertor
DRESDEN: Kino in der Fabrik, Programmkino Ost
DUISBURG: Filmforum
DÜSSELDORF: Bambi
ESSEN: Lichtburg
FRANKFURT: Cinema
FREIBURG: Friedrichsbau Apollo
HAMBURG: Abaton, Koralle, Passage, Zeise
HALLE: Lux-Kino
HANNOVER: Hochhaus Lichtspiele
HEIDELBERG: Die Kamera
KARLSRUHE: Schauburg
KIEL: Studio Filmtheater
KÖLN: Cinenova, Odeon
LEIPZIG: Passage
MAINZ: Capitol
MANNHEIM: Cineplex, Odeon
MÜNCHEN: City, Neues Monopol, Münchner Freiheit
NÜRNBERG: Cinecitta, Metropolis
OLDENBURG: Casablanca
OSNABRÜCK: Cinema Arthouse
POTSDAM: Thalia
REGENSBURG: Garbo
STUTTGART: Delphi
WUPPERTAL: Cinema

Und wenn wir alle zusammenziehen

AACHEN: Apollo
ASCHAFFENBURG: Casino
AUGSBURG: Thalia
BERLIN: Cinema Paris, FAF, International, Kulturbrauerei, Yorck, Eva, Bundesplatz, Capitol Dahlem, Hackesche Höfe (OmU)
BIELEFELD: Neue Kamera
BONN: Rex-Kino
BREMEN: Gondel
BREMERHAVEN: Passage
DARMSTADT: Rex
DRESDEN: Programmkino Ost, Kiff
DÜSSELDORF: Atelier
ERLANGEN: Lamm
ESSEN: Filmstudio
FRANKFURT: Cinema
FREIBURG: Kandelhof
HALLE/SAALE: Bel Etage
HAMBURG: Abaton, Zeise, Passage
HANNOVER: Kino am Raschplatz
HEIDELBERG: Kamera
JENA: Schillerhof
KARLSRUHE: Schauburg
KASSEL: Bali
KIEL: Traumkino
KÖLN: Cinenova, Weißhaus, Odeon
LEIPZIG: Passage
LÜNEBURG: Scala
MAINZ: Residenz
MANNHEIM: Atlantis, Cineplex
MÜNCHEN: City, Kino Solln, Isabella, Neues Arena, Theatiner (OmU)
MÜNSTER: Schloß-Theater
NÜRNBERG: Metropolis, Casablanca (OmU)
OLDENBURG: Casablanca
OSNABRÜCK: Cinema Arthouse
POTSDAM: Thalia
STUTTGART: Delphi
TÜBINGEN: Arsenal
WIESBADEN: Apollo

Haus der Sünde

BERLIN: CinemaxX Potsdamer Platz, Cineplex Titania, Kant Kino
DRESDEN: Cineplex
DÜSSELDORF: Bambi
FRANKFURT/MAIN: Orfeo
FREIBURG: Wiedemann
HAMBURG: Passage, Studio
MANNHEIM: Cineplex
MÜNCHEN: Münchner Freiheit, Neues Arena
NÜRNBERG: Cinecitta

Die bundesweite Rubrik für Filme, Kino und Premieren.

Am Donnerstag in der F.A.Z. und am Sonntag in der Sonntagszeitung.

Wir beraten Sie gerne: Telefon (069) 75 91-33 44

Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neue Sachbücher

Staaten vor dem Strafgerichtshof

Winke an die Richter in Den Haag: Helmut P. Aust buchstabiert die Verantwortung von Staaten für Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Handlungen.

In Wirklichkeit jagen Staaten im Rudel, doch möchten sie lieber als Einzeljäger wahrgenommen werden", bemerkte vor einigen Jahren James Crawford, Sonderberichterstatter für Staatenverantwortlichkeit der UN-Völkerrechtskommission. Crawfords Beobachtung macht deutlich, warum die Verantwortlichkeit von Staaten für Beihilfe zu Völkerrechtsverletzungen immer noch zahlreiche Fragen aufwirft. Verstärkt ins öffentliche Bewusstsein rückten fragwürdige Unterstützungshandlungen, als mit der Aufarbeitung der politisch-militärischen Reaktionen auf „9/11" begonnen wurde. Vor allem der von Präsident Bush initiierte Irak-Krieg, den Dutzende von Staaten in unterschiedlichem Maße unterstützten, sowie das Vorgehen gegen Terrorismusverdächtige, etwa deren Transfer zu Verhören in sogenannte Folterstaaten, haben die Aufmerksamkeit für die Verantwortlichkeit von Staaten für Hilfsleistungen zu Völkerrechtsverletzungen geschärft. Höchste Zeit also, dieses grundlegende Thema der Völkerrechtsordnung rechtswissenschaftlich aufzuarbeiten.

Einen entscheidenden Beitrag dazu hat der Völkerrechtler Helmut Philipp Aust von der Humboldt-Universität zu Berlin geleistet. Mit seinem Buch „Complicity and the Law of State Responsibility" zur Idee und Bedeutung, zu Voraussetzungen, Rechtsfolgen und Problemen der Beihilfe zu Völkerrechtsdelikten hat Aust die erste englischsprachige Monographie zur Haftung von Staaten für die Unterstützung völkerrechtswidrigen Tuns vorgelegt.

Im Zentrum der Arbeit steht Artikel 16 des Entwurfs der Völkerrechtskommission von 2001, in dem die Verantwortlichkeit von Staaten für „Hilfe oder Unterstützung bei der Begehung eines völkerrechtswidrigen Handelns" geregelt ist. Geschichte, Inhalt, Struktur, und völkerrechtlicher Kontext der Norm werden vom Autor umfassend und präzise analysiert. Dazu gehören auch die Konflikte zwischen Recht, Moral und Politik, die Entstehungsgeschichte und Auslegung der Beihilfevorschrift prägen. Aust bezieht dabei die Position eines sorgfältig abwägenden Pragmatikers, der völkerrechtliche Defizite klar benennt, aber wohltuend auf moralischen Rigorismus verzichtet.

Insgesamt zeichnet sich das Buch durch hohen Praxisbezug aus. Anhand einer umfangreichen Sammlung von Fällen zum Vorwurf der Beihilfe demonstriert Aust nüchtern und sachlich, wie weit und vielfältig das Spektrum der Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidrige Hilfsleistungen ist: Von der Unterstützung unzulässiger militärischer Gewalt, etwa durch Erlaubnis zur Nutzung von Luftstützpunkten oder Gewährung von Überflugrechten, über die Mitwirkung von Drittstaaten an der Auslieferung verdächtiger Straftäter wie im Fall des Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber, bis zu Fällen kontroverser ökonomischer Aktivitäten, zum Beispiel durch Gewährung von Kreditbürgschaften, mit denen zunächst auch Österreich, die Schweiz und Deutschland das türkische Ilisu-Staudammprojekt unterstützten.

Austs Überblick macht fast beiläufig deutlich, dass Deutschland in vielfältigen Konstellationen mit Vorwürfen der Beihilfe zu Völkerrechtsdelikten konfrontiert worden ist. Anderen westlichen Staaten ergeht es ähnlich. Umso mehr fällt auf, mit welcher Beharrlichkeit gerade Deutschland während der jahrelangen Vorarbeiten zu Artikel 16 der Ansicht widersprach, dass die geplante Beihilferegelung eine Norm des Völkergewohnheitsrechts sei. Die jeweilige deutsche Regierung nahm damit nicht nur international eine Außenseiterposition ein, ihre Haltung widersprach auch der völkergewohnheitsrechtlichen Lesart des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts. Dass Artikel 16 Völkergewohnheitsrecht entspreche, wurde schließlich auch vom Internationalen Gerichtshof in seinem wegweisenden Urteil zum Massaker von Srebrenica bestätigt. Der Haager Richterspruch von 2007 ließ allerdings zahlreiche Fragen zur Beihilfe offen. Umstritten ist vor allem, inwieweit die Verantwortlichkeit eines Staats wegen Unterstützung von Völkerrechtsverletzungen an subjektive Voraussetzungen gebunden ist.

Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand des Völkerrechts hält Aust Vorsatz als Bindeglied zwischen der unterstützenden Tätigkeit und dem völkerrechtswidrigen Handeln für unverzichtbar. Der Autor distanziert sich damit von manchen progressiven Völkerrechtlern und Menschenrechtsaktivisten, die befürchten, dass Staaten sich allzu leicht ihrer Verantwortung entziehen könnten und Artikel 16 eine stumpfe Waffe im Kampf gegen Völkerrechtsverletzungen zu werden drohe, wenn man die Beihilfeverantwortlichkeit an den Nachweis von Vorsatz knüpfe.

Aust entgegnet darauf, dass die Völkerrechtsordnung nicht notwendigerweise gestärkt werde, wenn man den Kreis der Mitverantwortlichen für völkerrechtswidrige Akte so weit ziehe, dass selbst Staaten haften müssten, denen ein entsprechender Vorsatz nicht nachzuweisen sei. Vielmehr sei zu befürchten, dass sich Regierungen dann aus Sorge vor möglichen negativen Konsequenzen insgesamt weniger kooperationswillig zeigten. Durch neuen Isolationismus sei der Entwicklung internationaler Beziehungen jedoch gewiss nicht gedient. Seine pragamatische Argumentationslinie untermauert der Autor historisch-teleologisch, indem er die Befürworter einer extensiven Interpretation von Artikel 16 immer wieder daran erinnert, dass die Beihilfenorm an Verhalten anknüpfe, das für sich genommen rechtmäßig sei und erst im Zusammenhang mit der völkerrechtswidrigen Haupttat seinen Unrechtscharakter bekomme.

Beisetzung von Opfern des Massakers an bosnischen Muslimen in Srebrenica: Der Haager Richterspruch im Jahr 2007 über den Genozid war wegweisend, ließ aber viele Fragen zur Beihilfe von Staaten offen. Foto dpa

Aber welchem Nutzen kann Artikel 16 bei restriktiver Interpretation überhaupt haben? Ein „gewisses Gefühl der Entäuschung" könne schon aufkommen, räumt Aust ein, zumal der Internationale Gerichtshof sich in wichtigen Fällen zum Vorwurf der Beihilfe für unzuständig erklärt habe. Und zwar unter Hinweis auf das Konsensprinzip, wonach Drittstaaten nicht ohne ihre Zustimmung in Verfahren hineingezogen werden sollen. Kritisch bemerkt Aust zu dieser Haager Rechtsprechung, dass die Normierung gesteigerter staatlicher Mitverantwortlichkeit für völkerrechtswidriges Handeln auch prozessrechtlich flankiert werden müsse. Fehle es an Durchsetzungsmechanismen, drohe eine „Glaubwürdigkeitslücke".

Bleibt es also beim bloßen Lippenbekenntnis, wenn Artikel 16 Verantwortlichkeit für Beihilfe zu völkerrechtswidrigem Handeln statuiert? Diese pessimistische Interpretation greife zu kurz, legt Aust in einem breiten Streifzug durch das Völkerrecht dar, auf dem er Ausschau hält nach Normen und Konzepten zur Stärkung und Ergänzung von Artikel 16. Fündig wird er unter anderem im System kollektiver Sicherheit, im humanitären Völkerrecht sowie in den Vereinbarungen zum Schutz der Menschenrechte, wo der Autor Regelungen wie die Verpflichtung zur Verhütung von Völkermord oder das völkerrechtliche Ausweisungs- und Zurückweisungsverbot zum Schutz von Flüchtlingen (Non-Refoulement-Prinzip) als denkbare „funktionelle Äquivalente" zum Beihilfeverbot identifiziert. Durch diese Vernetzung von Normen öffnet und schärft Aust den Blick dafür, wie das Prinzip der Staatenverantwortlichkeit bereits mit relativ bescheidenen Mitteln gestärkt werden könnte, indem Staaten bei sich anbahnenden Krisen frühzeitig überprüfen, ob sie womöglich im Begriff sind, völkerrechtswidriges Handeln zu unterstützen. Freimütig gesteht der Autor freilich zu, dass die Praxis vielfach anders aussieht. Um das Potential des Beihilfekonzepts zur Stärkung der Staatenverantwortlichkeit auszuschöpfen, so der Autor, müssten zunächst einmal Entscheidungsträger und Juristen, die mit Völkerrechtsfragen befasst seien, den entsprechenden Normen mehr Aufmerksamkeit schenken. Eine profunde und zugleich griffige Anleitung dazu gibt Helmut Aust ihnen mit seinem Buch an die Hand. KATJA GELINSKY

Helmut Philipp Aust: „Complicity and the Law of State Responsibility".

Cambridge University Press, Cambridge 2011. 520 S., geb., 104,43 €.

Wer Holz hackt, kann auch Latein lernen

Nach der Gartenarbeit ein paar Seiten Vergil: Tom Hodgkinson singt ein eigenwilliges Lob auf das Landleben

Tom Hodgkinson gehört zu den liebenswerten Käuzen, die in England besonders gut gedeihen, während sie auf dem Kontinent weitgehend ausgestorben sind. Sie provozieren gern mit originellen Ansichten, die meist einen realistischen Kern von Wahrheit enthalten und zum Nachdenken anregen. Zurück zur Natur! Schön wär's ja. Die Maxime wird immer wieder in vielen Variationen durchgespielt, oft theoretisch abgesichert, kapitalismuskritisch und mit den neuesten ökologischen Erkenntnissen ausstaffiert.

So bitterernst nimmt sich unser britischer Autor nicht; ihm sitzt stets auch der Schalk im Nacken. So dürfen wir, ohne ihn zu beleidigen, über sein Loblied des einfachen Lebens auf dem Lande auch schmunzeln und uns an seinen Erfahrungen auf einem zweihundert Jahre alten gepachteten Hof in Devon erfreuen. Sie bestehen vorwiegend aus Lesefrüchten. Fleißig hat er studiert, wie Griechen und Römer ihre Gärten anlegten, welche Gebräuche im Mittelalter gepflegt wurden, wie sie damals gefeiert haben und was leider alles verlorengegangen ist. Mit ihm auf die „Schöne alte Welt" verklärt zurückzublicken ist für Hodgkinsons Leser auch dann ein Vergnügen, wenn Zweifel an seinen Methoden der Bodenbearbeitung angebracht sind.

Mit seinem ersten Buch „Anleitung zum Müssiggang" hat er Furore gemacht. „The Idler" („Die Müssiggänger") heißt seine Zeitschrift für Gleichgesinnte. Seit immerhin zehn Jahren erprobt er nun – zwar selbstbestimmt, doch wohl keineswegs als Müßiggänger – die Existenz eines Selbstversorgers mit Frau und zwei Kindern im Exmoor, drei Stunden von London entfernt. Mitfühlend nehmen wir teil an schönen Erwartungen wie an herben Enttäuschungen. Wenn Schnecken über Nacht Salat und andere Pflanzen bis auf die Strünke abgefressen haben, können wir die Wut des Gärtners verstehen. Ob der Stolz auf die reiche Ernte von Pastinaken (auch als Viehfutter zu verwenden) den Ärger aufwiegt, wagen wir zu bezweifeln? Hasserfüllt beschimpft er Supermärkte, Fernsehen, die Maschinenwelt und träge Freunde. Die Moderne betrachtet er argwöhnisch als Feind alles Individuellen. Bescheiden und zugleich anspruchsvoll, was die wahren Werte des Lebens betrifft, das ist seine Maxime.

Tom Hodgkinson: „Schöne alte Welt". Ein praktischer Leitfaden für das Leben auf dem Lande.

Aus dem Englischen von Anita Krätzer. Rogner & Bernhard Verlag, Berlin 2011. 352 S., geb., 19,95 €.

Trotz der Warnung eines Idlers, „work kills", ist für Hodgkinson Gartenarbeit ganz und gar nicht verpönt, sie ist eben lebenswichtig, und zudem muss niemand dabei verdummen, lässt sie sich doch wunderbar mit Lateinlernen verbinden. Latein hat der junge Tom auf einer der teuersten und besten Privatschulen Englands gelernt. Es fällt ihm nicht schwer, seine Kenntnisse beim Hacken und Harken aufzufrischen und abends vor dem Kamin mit der Lektüre von Plinius dem Älteren, Palladius oder Vergil zu vertiefen. Er zitiert gern im Original, was sie über Ackerbau und Viehzucht zu sagen haben, liefert aber nachsichtig auch gleich die Übersetzung, wohl wissend, dass er sonst viele seiner Leser verlieren würde. Ein bisschen Bildungsprotzerei zwischen Hühnerstall und Kartoffelfurchen macht sich gut. Latein schärfe den Verstand, versichert Hodgkinson, und immunisiere zugleich gegen „die Manipulation der Werbeleute". Diese Zeitgenossen zählen neben den Schnecken zu seinen schlimmsten Feinden, dagegen sind Regenwürmer und mittelalterliche Ratgeber wie Thomas Tusser, der Anleitungen für den Landbau in Versen schrieb, seine besten Freunde.

Der Müßiggangapostel zitiert überhaupt sehr gern. Die langen Winterabende verbringt er mit gründlicher Lektüre. Was man im Mittelalter schon über natürliche Düngung wusste, hat Rudolf Steiner nur wieder ausgegraben. (Das nützliche Torf-Plumsklo als Ergänzung zu Hühnermist ist aber wohl doch nicht allgemein zu empfehlen.) Kunstdünger ist selbstverständlich verpönt. Als „radikaler Tory" möchte Hodgkinson verstanden wissen. Ein radikaler Traditionalist hackt sein Holz selbst, kocht Marmelade, bäckt Brot und mästet und schlachtet sein eigenes Schwein. Er stellt auch seine eigenen alkoholischen Getränke her und spart dabei eine Menge Geld. Die notwendige Arbeit stets genießen, das mag nicht immer gelingen, doch nur so lassen sich die Gegensätze zwischen Schuften und Müßiggang in Einklang bringen.

Gelegentlich scheint einem solchen Radikalen im Exmoor dann doch das Leben eines Lohnsklaven in der Stadt „ungemein verlockend". „Den eigenen Ansprüchen entsprechend zu leben", sei mitunter schwierig, gibt er zu. Doch da hat er bereits eine Alternative gefunden: Mitten in London hat er ein Kulturzentrum mit Bibliothek und einem alternativen Café eröffnet, in dem er weiterhin seine Thesen bei selbstgebrautem Bier und anderen Köstlichkeiten verbreiten kann. Außerdem kann man dort Kurse für Latein, Sticken und mittelalterliche Musik belegen. Ein einfallsreicher Tausendsassa. So sieht er auch aus, wie er da in Cordhosen und verdreckten Gummistiefeln auf der Schwelle seines Granithauses hockt.

Sein Buch ist wohl kaum als „Ein praktischer Leitfaden für das Leben auf dem Lande" zu bezeichnen, doch amüsant, kulturgeschichtlich hochinteressant und herrlich versnobt sind die zwölf Kapitel allemal. In jedem Monat ist an erster Stelle ein Befehl zu befolgen. „Hacke Holz", heißt er im Januar, „Mähe die Wiese" im Juli und nichts weiter als „Feiere" im Dezember. Als Beispiel für ausgiebiges Feiern beschreibt er ein zwölfgängiges Festmahl, bei dem zwischen den Gerichten (mit Messer und Fingern zu essen) Gaukler, Tänzer und Sänger auftreten und Schalmeien das Ende des Schlemmens anzeigen. MARIA FRISÉ

Briefe an die Herausgeber

Von Indianern, der Kavallerie und Untertanen

Zu „Hopp Schwiiz!", „Schmutzige Wäsche", „Inbegriff der Hochnäsigkeit" (F.A.Z. vom 2. April): Vorletzte Woche überholte uns, meine Frau und mich, auf der Autobahn im Allgäu die Polizei mit Blaulicht und bog unmittelbar vor uns ein. „Follow me" meinte uns, und wir folgten auf einen Ausstellplatz. Es war die deutsche Zoll- beziehungsweise Finanzpolizei. Als Indianer wussten wir nun, dass die Kavallerie durchaus auch ausritt. Sie durchsuchten uns auf Identität, Sachen und Bargeld. Wir hatten unsere Identität, sonst weder das eine noch das andere in dem Maße, in dem es nicht erlaubt gewesen wäre. Dann ließen sie uns wieder, freundlich, weiterfahren. Es war durchaus rechtens.

Glücklicherweise wurde nicht auch schon die Presse vorinformiert, um uns im Fall der Fälle berühmt zu machen. Als wir dann in München waren, erzählte uns ein Freund, der einen kleinen Handwerksbetrieb führt, dass er mit Steuerzahlungen im Rückstand gewesen sei und vier Wochen nach Zahlungsfälligkeit seine geschäftlichen und privaten Bankkonten einfach gepfändet worden seien. Das sei rechtens gewesen. In derselben Woche erhielten wir vom Finanzamt Zürich die Rechnung für die Direkte Bundessteuer. Die Einschätzung beruhte auf dem beruflichen Einkommen des Vorjahrs und betrug das Mehrfache des Betrags, den wir aufgrund des realen Einkommens nun infolge der Verrentung zu versteuern haben. Ein Anruf bei der Steuerbehörde genügte, wir gaben aufgrund unserer eigenen Einschätzung den ungefähren, deutlich niedrigeren Steuerbetrag an und erhielten vier Tage später die neue, um ein vielfaches kleinere Rechnung. Das ist rechtens.

Andere Länder, andere Sitten. Oder: Es gibt ein Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat und ein Verhältnis des Staates zu seinen Untertanen. Beim ersten ist die Souveränität beim Staatsbürger, beim zweiten beim Staatsbeamten. Beim ersten erklärt der Bürger dem Staat sein Einkommen, beim zweiten wird ihm die Steuer vom Lohn, noch bevor er ihn sieht, abgezogen. Beim ersten ist die Basis Zutrauen, beim zweiten Misstrauen. Die Entrüstung über die Ermittlung gegen deutsche Steuerfahnder durch die Schweizer Justiz und die Blockade bei der Lösung des Steuerstreits durch die SPD-regierten Bundesländer zeigt wieder einmal, dass auf dem Weg zur politischen Macht, beim Geld und bei der nationalen Ehre die gegenseitige Anerkennung verschiedener Rechtstraditionen sowie Anstand, Höflichkeit und Freundschaft aufhören. Leider. Schade.

DR. ALFONS LENHERR, ZÜRICH

Genugtuung für ehrliche Steuerzahler

Zu Ihren Berichten zum Thema Steuerabkommen mit der Schweiz: Wenn man die Verzinsung einer Anlage in der Schweiz mit zum Beispiel vier Prozent zugrunde legt, errechnet sich für zehn Jahre ein steuerpflichtiger Ertrag von vierzig. Bei den deutschen Steuersätzen der letzten zehn Jahre (49,6/44,3/26,4 Prozent gleich im Durchschnitt 38,2 Prozent) hätte sich eine Steuer von etwas mehr als 15 Prozent der Geldanlage ergeben.

Das Abkommen sieht demgegenüber Steuersätze von 21 bis 41 Prozent vor. Daher wird auch bereits darauf hingewiesen, dass das Abkommen in vielen Fällen teurer wird als eine herkömmliche Selbstanzeige. Insofern ist dieses Abkommen keine Offerte für jeden ehrlichen Steuerzahler, wie Sigmar Gabriel meint, sondern eher im Gegenteil eine Genugtuung für jeden ehrlichen Steuerzahler. Es ist immer wieder erstaunlich zu sehen, wie komplizierte Sachverhalte nicht einfach und verständlich dargestellt beziehungsweise aus ideologischer Uneinsichtigkeit falsch interpretiert werden.

DR. EBERHARD MAYER-WEGELIN, BAD HOMBURG

Aus Kaliningrad

Dem Brief von Leser Lothar Groppe „Podolski und Kant – Deutsche, Polen und Russen" (F.A.Z. vom 4. April) stimme ich gerne zu, wenn er russische Studenten aus Kaliningrad zitiert, die erklären, sie seien keine Russen – sie seien Königsberger. Mir ist auch aufgefallen, dass das russische Fernsehen RTR Planeta (und andere) bei der Wettervorhersage die gesamte Karte der riesigen Russischen Föderation zeigt, jedoch selten die Region Kaliningrad einblendet. Ob diese Unterlassung eine Botschaft transportiert, das kann man nur mutmaßen.

DR. MED. KARL BORDE, OBERKIRCH

2012, nicht 1900

Zum Leserbrief von Reymar von Wedel „Um des Amtes willen: Die Ehe ist keine Privatsache" (F.A.Z. vom 8. April): In der Argumentation des Lesers von Wedel werden juristische Aspekte mit moralischen/ethischen Überlegungen verwechselt. Dennoch würde ich seine Gedanken aufgreifen und den Gesetzgeber auffordern wollen, die antiquierten Formulierungen des BGB an die Lebensrealität der deutschen Gesellschaft anzupassen. Wir befinden uns im Jahr 2012 und nicht im Jahr 1900, als das BGB in Kraft trat.

PETER SEIDL, BERLIN

Kollektivschuldthesen „entlasten" die Täter

Auf die beiden am 5. April in der F.A.Z. veröffentlichten Kritiken zu meinem Leserbrief vom 2. April möchte ich gerne antworten: Ralph Giordano möge berücksichtigen, dass ich – hinsichtlich der Zeit vor 1968 – nicht von einer wünschenswerten oder gar optimalen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur schrieb, sondern von einer „ernsthaften" – und dabei bleibe ich, zumal ich Adenauers Versuch einer – auch finanziellen – Wiedergutmachung gegenüber Israel erwähnt hatte, wohingegen die Achtundsechzigerrevolte insoweit aus „Sprücheklopferei" bestand (oft noch dazu antizionistisch geprägt).

Ich erinnere zudem an die faktenstarken Bücher von Nahum Goldmann, Gründer und von 1949 bis 1978 Präsident des Jüdischen Weltkongresses; darin äußert sich Goldmann insgesamt positiv über Nachkriegsdeutschland und würdigt besonders Adenauers Israel-Politik. Überdies habe ich keineswegs eine „Kollektivunschuld" vertreten, nur weil ich differenzierte „zwischen Tyrannei einerseits und dem unterdrückten Volk andererseits, das größtenteils selber unter dieser Diktatur zu leiden hatte". Giordano erwähnt sodann „die bis auf eine Minderheit führerbesoffenen Deutschen", wie er sie „damals erlebt" habe. Dies war sicher regional sehr verschieden, wie die Wahlergebnisse ausweisen, wonach etwa in katholischen Gegenden durchgängig weniger NSDAP gewählt wurde als anderswo. Bei der letzten freien Reichstagswahl am 6. November 1932 erreichte die NSDAP 33,1 Prozent, also ein Drittel – nach „führerbesoffenen Deutschen bis auf eine Minderheit" sieht das nicht aus. – Zudem hatte Hitler die Reichspräsidentenwahl vom April 1932 verloren; wiedergewählt wurde Reichspräsident Paul von Hindenburg, für den auch Parteien der Mitte (zum Beispiel das Zentrum) und die SPD geschlossen eintraten, um Hitler zu verhindern, was insoweit auch gelang.

Giordano möge außerdem bedenken, dass die von mir kritisierten Achtundsechziger oft sehr israelfeindlich agitierten bis hin zur RAF als einem radikalen Ausläufer, wobei sich diese antizionistischen Terroristen zum Teil in PLO-Kampflagern des Südlibanon ausbilden ließen.

Dazu kommt – darauf hat auch Hannah Arendt besorgt hingewiesen –, dass durch Kollektivschuldthesen wirkliche Täter scheinbar „entlastet" werden, da sie im „Meer" der vermeintlich „Kollektivschuldigen" nicht mehr auffallen. Denn wenn alle schuld sind, fällt persönliche Schuld kaum noch ins Gewicht. Daher sind derartige Theorien für die tatsächlich Verantwortlichen geradezu bequem und scheinbar entlastend.

Was den Leserbrief von Andreas Püttmann betrifft, so schreibt er: „Eine katholische Publizistin sollte etwas mit ‚Stellvertretung' und ‚gemeinschaftlicher Sühne' anzufangen wissen." – Ich kann vor allem mit dem vierten Gebot (das Juden und Christen gemeinsam schätzen) etwas anfangen: „Du sollst Vater und Mutter ehren."

Ich halte es überdies für abwegig, den in der Kreuzestheologie verwendeten Begriff der „Stellvertretung" auf die politische Ebene zu übertragen, denn dadurch wird die persönliche Verantwortung wirklicher Täter vernebelt und durch „gemeinschaftliche Sühne" weitgehend nivelliert. Dass es für uns Deutsche freilich ein zukunftsorientiertes Verantwortungsbewusstsein geben soll, steht außer Zweifel – das gilt vor allem für eine wohlwollende Haltung gegenüber Israel (wobei Wohlwollen nicht Kritiklosigkeit bedeuten muss).

Obwohl der Verweis auf persönliche Erfahrungen wenig zu einer allgemeinen Analyse beiträgt, berichte ich nun – wie Püttmann – auch kurz von meinen Vorfahren: Mein Großvater Alois Küble war ein einfacher Kleinbauer im oberschwäbischen Bergatreute, der eine Anti-NS-Kundgebung organisierte und mit KZ bedroht wurde. Doch die katholische Gemeinde stand fast geschlossen hinter ihm, so dass die Nazibonzen ihre Ankündigung nicht wahr machten. Nach dem Krieg wurde er von der französischen Besatzungsmacht als Bürgermeister von Bergatreute eingesetzt und später von der Bevölkerung durch Wahl in diesem Amt bestätigt.

Mein Vater Anton Küble kam 1944 mit 16 Jahren ins Ulmer Gefängnis, weil er sich weigerte, in die Waffen-SS einzutreten (so „freiwillig" war mitunter die Waffen-SS in den letzten Kriegsjahren). – Mein Großonkel, der bekannte Jesuitenpater und Schriftsteller Dr. Philipp Küble SJ, veröffentlichte 1946 ein aufrüttelndes Buch mit dem Titel: „Die Konzentrationslager – eine Gewissensfrage an das deutsche Volk und die Welt".

In meiner Herkunftsfamilie wurden Kollektivschuldthesen stets abgelehnt – nicht obwohl, sondern gerade weil sie von tapferen und kernkatholischen NS-Gegnern geprägt war.

FELIZITAS KÜBLE, MÜNSTER

Habt keine Angst

Norwegens Medien suchen nach dem richtigen Umgang mit dem Prozess gegen Anders Breivik. Am besten sind die Kindernachrichten.

Womöglich hat der Mann recht: Sie hätten Anders Breiviks Selbstinszenierung vor Gericht zeigen sollen, live und trotz aller Kopfschmerzen, dem narzisstischen Massenmörder die erhoffte Aufmerksamkeit zu verschaffen. „Ich bezweifle, dass er auf diesem Wege viele Anhänger finden wird“, sagte der Sozialanthropologe Thomas Hylland Eriksen, der in der norwegischen Öffentlichkeit eine prominente Rolle spielt, am Dienstag zu Reportern: „Gebt ihm allen Raum, den er will. Das ist ein Impfstoff gegen derartige Ideen.“

Und so sieht es auch die Online-Ausgabe von „Verdens Gang“, die mit diesen Sätzen abermals die Forderung nach uneingeschränkter Berichterstattung betonte – verbunden mit einem Link auf jene Internetseite, auf der die Gerichtsstenographen der Boulevardzeitung die Verhandlung protokollieren: „Wir Reporter im Gericht erleben seine Demaskierung. Mir erscheint er als erbärmliche Gestalt, aber diesen Eindruck bekommst du nicht, wenn man nur den Text liest.“

Doch die Frage, wie viel Raum Breiviks Gesicht und seinen Worten in der Öffentlichkeit zugestanden werden sollte, ist in Norwegen in den ersten Tagen des Prozesses noch immer so umstritten wie in den ersten Wochen nach dem Anschlag, als einige Supermärkte dazu übergingen, Titelseiten mit Breiviks Konterfei in ihrem Zeitungskiosk umzudrehen. Immer wieder ist in privaten Gesprächen von den „nützlichen Idioten“ die Rede, den Journalisten, die schon Breiviks Manifest („Ich habe wohl vor allem Wikipedia verwendet“, sagte Breivik vor Gericht, „die englischen Beiträge sind unglaublich umfangreich“) weltweit bekannt machten. Dass diese Stimmen nun nicht leiser werden, da Breivik vor Gericht steht, versteht sich von selbst.

Offenbar ist es mit dem Vertrauen in die klassische Presse nicht mehr weit her. Zwei von drei Norwegern hatten den Umfang der Berichterstattung schon in der Woche vor Prozessbeginn satt. Und sie fühlen sich natürlich bestätigt, seit die ersten Bilder des Prozesses in Fernsehen und auf die Online-Seiten gehoben wurden. „Jetzt live!“ schrie es den Besuchern von „Dagbladet.no“ entgegen, „Breivik hat zu weinen begonnen!“ Darüber Werbung für den Kampf gegen Zellulitis. Wie soll man diesen Skeptikern erklären, dass es vielleicht gut gewesen wäre, Breiviks Erklärung am Dienstag, ja überhaupt wesentlich mehr von seinen Auftritten vor Gericht live zu senden?

Doch auch jene, die für eine umfangreiche, in Bild und Ton uneingeschränkte Berichterstattung werben, verschaffen sich nun wieder Gehör. Bei der Kriegsberichterstattung, erläutern sie, könne man auch nicht einfach weniger berichten, nur weil die Kriegsmüdigkeit einsetze; die Berichterstattung bleibe ja von zentraler Bedeutung. Und muss man nicht gerade dann, wenn einige Medien ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind und den Blick auf die Selbstdemaskierung des Täters verstellen, auf die volle Transparenz setzen? So fragte es der Rechtsprofessor Ørnulf Rasmussen.

Er lebt in einem Land aus Glas, das auf sein Transparenz-Prinzip stolz ist und selbst die individuellen Schlüsseldaten der Einkommensteuer veröffentlicht. Sie werden von den Medien Jahr für Jahr ins Internet gestellt, per Mausklick kann man sie durchsuchen.

Die gute Nachricht ist: Trotz einiger Ausreißer pendelte sich die norwegische Prozessberichterstattung in Sachen Breivik auf einer Linie ein, die sich wider Erwarten sehen lassen kann. Offenbar hat man (okay, Boulevard bleibt Boulevard) über die Herausforderung zumindest nachgedacht – schon der vielen internationalen Kollegen in Oslo wegen, denen man sich als ebenso ausgefuchste wie avantgardistische Profi-Truppe präsentieren möchte. Womit wir wieder bei dem wären, was die norwegische Mentalität ausmacht. Auch die eines Killers wie Anders Behring Breivik.

Besonders ambitioniert präsentieren sich die Medienhäuser online. Zwar kann man darüber streiten, wie sinnvoll die tickerhafte Live-Berichterstattung aus dem Gerichtssaal ist, zu der man ob des verwehrten Zugangs zur Live-Kamera greift. Doch NRK etwa unternimmt alles, um sich irgendwie abzusichern: Links auf dem Schirm wachsen die Ticker-Einträge, als könne man der Reclam-Ausgabe eines zeitgenössischen Dramas bei der Entstehung zuschauen. Rechts nehmen zahllose Zuschauer die Möglichkeit wahr, sich mit den NRK-Journalisten und ihren Studiogästen, Psychologen, Rhetorik- und Politik-Experten ohne jede Scheu auszutauschen. Zudem bietet man Hintergrundinfos und aktuelle Interviews und das, was die Kameras zeigen dürfen – und wenn es zwei weitere Experten sind, die das Geschehen im Ticker ebenfalls kommentieren und kritisch einzuordnen versuchen. Das ist so multimedial, dass einem der Kopf raucht.

Ebenso beeindruckend ist die Selbstverständlichkeit, mit der sich die preisgekrönten NRK-Kindernachrichten dem Thema widmen. „Die Eltern im Land sind uns für diese kindgerechte Aufbereitung wirklich dankbar“, sagt „Supernytt“ -Redaktionsleiterin Live Kaldestad. Ein Täter, der Jugendliche massenhaft in einem Ferienlager ermordet? Die Geschichte sei überall. „Und Kinder sprechen über solche Dinge in der Regel bloß bruchstückhaft, um das Gehörte dann im Kopf per Phantasie zu vervollständigen. Das schafft Ängste. Deshalb ist es wichtig, alles zu erklären.“

Ein Bericht, der das Verfahren erläutert: „Was ist Strafe?“ Ein Interview mit dem Verteidiger: „Alle müssen einen Verteidiger haben, so dass wir sicher sein können, dass niemand eine Strafe bekommt, die er nicht verdient.“ Eine Runde, der man per E-Mail selbst die „Warum“-Frage stellen konnte. Dazu das Gespräch mit der Schwester eines Opfers und mit einem Polizisten, der im Interview vor dem Gerichtsgebäude Tinghuset erklärt: „Die Polizei passt gut auf ihn auf.“ Das sind die Geschichten, die auf der Online-Seite von „Supernytt“ zu sehen sind.

Habt keine Angst, sagen die Beiträge allesamt, die Demokratie kann das, wir werden auch das zu bewältigen wissen. So gut und knapp müsste man das manchmal auch den Erwachsenen erklären können. MATTHIAS HANNEMANN

Experiment gewagt, Experiment gescheitert: Thomas Gottschalks Vorabendsendung im Ersten endet am 7. Juni. Foto dapd

Es gibt kein langes Leben im kurzen

Vorzeitiger Dienstschluss: Die ARD beendet „Gottschalk Live“ schon im Juni

Am Dienstag hat Thomas Gottschalk noch Witze gemacht und auf seine eigene Lage versteckt hingewiesen, auch wenn es um den Papst ging. Dass Benedikt XVI. gerade den 85. Geburtstag gefeiert habe, zeige, „dass Gott denen ein langes Leben schenkt, an denen er seine Freude hat“. Andererseits gelte, da auch Margot Honecker fünfundachtzig wird: „dass Gott die Dinge nicht so eng sieht“. Die ARD aber sieht die Dinge eng. Am Mittwoch haben die Intendanten bei einer Schaltkonferenz beschlossen, dass mit „Gottschalk live“ schon am 7. Juni Schluss ist. Der Vertrag, den die ARD mit Gottschalk geschlossen hat, sah vor, dass man im April, also nach vier Monaten, Bilanz ziehe und – falls diese negativ ausfiele – das vorzeitige Ende kommen könne. Da Gottschalk relativ konstant bei einer Einschaltquote von fünf Prozent verweilt und man auf das Doppelte gehofft hatte, war der *worst case* da.

Besonders stark gemacht für Gottschalk hatte sich die ARD-Vorsitzende Monika Piel. Man wolle nun „in aller Ruhe gemeinsam über eine Zusammenarbeit in anderer Form nachdenken“, sagte sie. Es sei bedauerlich, dass „Gottschalk Live“ beim „Publikum nicht den Zuspruch gefunden hat, den wir diesem Format alle gewünscht haben. Es war ein Experiment, auf das sich Thomas Gottschalk mit seiner ganzen Persönlichkeit eingelassen hat.“

Das allerdings kann man von der ARD in toto nicht behaupten. Insofern ist das „wir“, von dem Monika Piel spricht, Ausdruck von Wunschdenken. Gottschalk hatte in der ARD von Beginn an mehr Skeptiker denn Befürworter hinter sich. Vor allem von Volker Herres, dem Direktor des ersten Programms, ist bekannt, dass er Gottschalks Quoten mit brennender Ungeduld verfolgte. Am vergangenen Wochenende wurde eine Quotenaufrechnung nach außen gespielt, die darauf hindeutete, dass Gottschalk das Vorabendprogramm, den Vorlauf zur „Tagesschau“, ja das Abschneiden des Ersten insgesamt beeinträchtige. Und schon vorher hatte es – wie in der ARD üblich – missdienliche Hinweise gegeben. Gottschalk indes versuchte einen Neustart, bekam mit Markus Peichl einen erfahrenen Redaktionschef, wechselte die Studiodekoration, lud Zuschauer ein, war gar nicht mehr live, sondern aufgezeichnet, damit die Werbepausen, die er regelmäßig versemmelte, endlich passten und – fasste inhaltlich langsam Fuß. Doch nun ergeht es ihm trotzdem wie dem Kollegen Harald Schmidt bei Sat.1 – er muss gehen, bevor er beweisen kann, dass es mit ihm am schönsten ist. Das Frühjahr 2012 geht als Herbst der Patriarchen des deutschen Fernsehens in die Annalen ein.

Man kann sicherlich Fehler bei Gottschalk und seiner jungen, hochmotivierten Truppe finden, doch grundlegend lag von Beginn an der Hase bei den Intendanten im falschen Pfeffer. Die Skepsis, dass eine solche Gesprächssendung im Vorabendprogramm das Richtige sei, war berechtigt, wurde aber eher hinter vorgehaltener Hand geäußert. Dafür wurde über Gottschalks frühes Ende schon vor der Zeit spekuliert, als es im vergangenen Monat hieß, die Sache sei besiegelt. Das sorgte für Schlagzeilen, tat aber weder Gottschalk noch der ARD gut, die sich darauf versteht, auch bei schlechten Nachrichten noch schlechter dazustehen als nötig. Jetzt wird es spannend sein, zu sehen, ob das erste Programm ohne Gottschalk plötzlich als Gewinner dasteht und – wer sich das dann wieder zurechnet. Mit Gottschalk – den Eindruck darf man haben – ließen einige auch ganz gern die ARD-Vorsitzende Monika Piel vor die Wand laufen.

Harald Schmidt macht über seinen vorzeitigen Dienstschluss bei Sat.1 längst nur noch gallige Witze. Das dürfte Thomas Gottschalks Stil nicht sein, der sogar Verständnis für den Schritt der ARD bekundet: Er nehme die „Entscheidung der Intendanten mit Bedauern zur Kenntnis, habe aber volles Verständnis dafür“. Er sei sich des Risikos bewusst gewesen. „Über das Schicksal eines Fernsehmoderators entscheidet das Publikum.“ Vielleicht hat Frank Elstner, der heute siebzig wird, eine Idee für seinen „Wetten, dass ..?-Nachfolger Gottschalk. Der dürfte am Dienstag schon gewusst haben, was auf ihn zukommt. „Begrüßen Sie den Gipfelstürmer des Vorabends im Ersten“, wurde er angekündigt. Der Applaus im kleinen Studio war frenetisch. Vielleicht saß da auch Gottschalks Redaktion. Er jedenfalls wolle sich nun „über die Dinge des Lebens unterhalten“, sagte der Entertainer. Das muss er bald woanders tun. MICHAEL HANFELD

Ich denke an die Opfer

„Panorama“ spricht mit Eltern der NSU-Terroristen

Das Politmagazin „Panorama“ wirft heute Abend einen Blick in den Abgrund – in die Welt der drei Rechtsterroristen Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos, die im Laufe von vierzehn Jahren zehn Menschen ermordet, zwei Brandanschläge verübt und eine Serie von Banküberfällen begangen haben sollen. Abgetaucht, den Ermittlern aus dem Blick geraten, gaben sich die drei vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ nach außen hin als Musterbürger. Beate Zschäpe liebte ihre Katzen, kochte, sang dem Dönerbudenbesitzer von nebenan ein Ständchen und hielt beim Griechen ein Schwätzchen zum Ouzo. Uwe Mundlos war ein fanatischer Sportler und Uwe Böhnhardt ein großer Junge. So kam er jedenfalls seinen Eltern vor, mit denen die „Panorama“-Macher ins Gespräch gekommen sind. „Er war unser Jüngster, Kleinster, das Nesthäkchen. Er war unser Liebling, wenn Sie so wollen“, sagt Brigitte Böhnhardt.

Das Gespräch mit Böhnhardts Eltern, das die ARD um Mitternacht in voller Länge zeigt, ist erschütternd, zeigt es doch die Ohnmacht der nächsten Anverwandten, die ihrem Sohn offenbar zugetan waren und dessen Einstieg ins rechte Abseits zu verhindern trachteten, nun aber feststellen müssen, dass sie über Jahre getäuscht wurden. Sie verabredeten sich zu Geheimtreffen mit den Abgetauchten, brachten Rezepte für Plätzchen mit, die der Sohn so gern aß. Vier Jahre lang ging das so, von 1998 bis 2002, dann riss der Kontakt endgültig ab, da hatte das NSU-Trio mit dem Morden schon begonnen. Erst am 4. November 2011 hörten die Eltern Böhnhardt wieder etwas, Beate Zschäpe meldete sich am Telefon – ihre beiden Kumpane hatten sich gerade in die Luft gesprengt.

Man kann den Mut der Eltern Uwe Böhnhardts, vor die Kamera zu treten, nur bewundern. Sie wissen, dass man die Untaten ihres Sohnes und seiner zwei Mitäter nicht erklären kann und dass sie den Hinterbliebenen der Opfer nichts zurückgeben können. Verzeihen? „Das kann man nicht verzeihen“, sagt Brigitte Böhnhardt. miha.

Panorama läuft heute um 21.45 Uhr im Ersten. Das Interview **Das kann man nicht verzeihen** folgt um Mitternacht.

Früh vollendet und immer unverstellt

„Wetten, dass . .?“ ist nur eine seiner vielen Ideen: Frank Elstner zum Siebzigsten

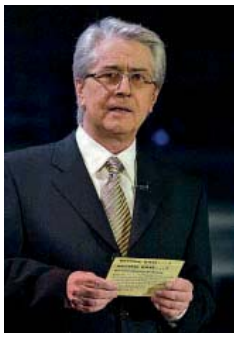
Die Geschichte, wie Deutschlands erfolgreichste Fernsehshow entstand, dürfte zu den am häufigsten zitierten Anekdoten der Branche zählen. Es war nachts um drei, als sich Frank Elstner an den Küchentisch setzte und seine Idee aufschrieb: Unbekannte zeigen einen nicht für möglich gehaltenen Trick, Prominente schauen ihnen dabei zu und tippen, wie es ausgeht. So entstand die Show „Wetten, dass ..?“, Am 14. Februar 1981 ging Elstner damit im ZDF an den Start, am 4. April 1987 moderierte er zum letzten Mal, da war er auf dem Höhepunkt seiner Karriere. Die Show aber endete – vorerst – im Jahr 2011 mit der Demission Thomas Gottschalks. Die Karrieren beider Entertainer scheinen daran gebunden. Wobei Frank Elstner seine zweite, besser gesagt dritte Karriere im Fernsehen längst gefunden hat, als Moderator, Produzent und unentwegter Ideengeber, während Thomas Gottschalk seinen neuen Platz noch sucht.

Nicht ganz so bekannt wie die Geschichte mit dem Küchentisch dürfte sein, dass sich Frank Elstner, dessen Familie am Ende des Zweiten Weltkriegs aus dem heutigen Tschechien floh, seinen Vornamen bei seinem älteren Stiefbruder ausgeliehen hat. Geboren als Tim Maria Franz Elstner am 19. April 1942 im oberösterreichischen Linz, später aufgewachsen in Baden-Baden, erschien ihm der Rufname „Tim“ nicht passend, als er mit einundzwanzig Jahren als Moderator zu Radio Luxemburg ging. Von nun an war er „Frank“ (später der „liebe Frank“) und als solcher bald die beliebteste Stimme des Privathörfunks, er stieg auf bis zum Programmdirektor des deutschen RTL-Radios. Diese seine erste Karriere gerät leicht in Vergessenheit, doch schon in den siebziger Jahren erkannte das öffentlich-rechtliche Fernsehen Talente bei den Privaten (die erst 1984 mit dem Fernsehen kamen). Und so ging Elstner schon 1974 mit der SWF-Quizshow „Die Montagsmaler“ auf Sendung. Bei Radio Luxemburg machte er noch bis 1982 weiter. Dann gründete er seine eigene Produktionsfirma und machte fortan alles gleichzeitig – moderieren und produzieren, bei ARD, ZDF und RTL.

So hoch wie vor fünfundzwanzig Jahren mit dem Straßenfeger „Wetten, dass ..?“ sollte er nie mehr steigen, doch bremsten auch Niederlagen, wie etwa mit der Show „Nase vorn“ im ZDF, ihn nicht. Unaufhörlich produzierte er Ideen, mal für sich, mal für andere, einige Engagements und Shows waren langlebig („Verstehen Sie Spaß?“ in der ARD, „Jeopardy“ bei RTL), andere sind vergessen („Air-T-L“), einige gibt es bis heute („Die Show der großen Naturwunder“), und einen Stammplatz, auf dem er sicher sitzt, hat Elstner auch: Seit dem Jahr 2000 präsentiert er im heutigen SWR-Fernsehen samstags die „Menschen der Woche“ und führt persönliche Gespräche jenseits der Aufgeregtheiten, die bei anderen Trumpf sind, auch jedweder Pomp ist ihm fremd.

Hier wie bei seinen Quizsendungen geht es Elstner um diejenigen, für die er Programm macht. Vor ihm war keiner auf die Idee gekommen, Otto Normalverbraucher in den Mittelpunkt zu stellen und im Fernsehen zu fünfzehn Minuten Ruhm im Sinne Andy Warhols zu verhelfen. Doch nach oder neben ihm betreibt das auch nur noch einer, allerdings nicht mit einer selbsterdachten Show: Günther Jauch bei „Wer wird Millionär?“.

Als er vor fünfundzwanzig Jahren als Moderator bei „Wetten, dass ..?“ ging, wurde Elstner gefragt, warum um Gottes willen er denn aufhöre. Später musste der Frühvollendete (vor allem nach Flops) sich immer wieder mal die Frage anhören, warum er denn nicht (endlich) aufhöre. Für ihn und sein Publikum, das seine unverstellte Menschlichkeit schätzt, stellt sich die Frage nicht. Schon gar nicht zum siebzigsten Geburtstag, den Frank Elstner heute feiert. miha.



Frank Elstner Foto Sven Simon

Dunkle Pfade, Schatten und Licht,
alles ist Gnade, fürchte Dich nicht!

Gott, unser Vater, Herr über Leben und Tod,
hat meinen geliebten Mann, unseren Vater, Schwiegervater und Großvater

Ehren- und Devotions-Großkreuz des Souveränen Malteser Ritterordens

Maximilian Dietrich Graf von Landsberg-Velen und Gemen

geboren am 17. Dezember 1925 in Wocklum

Ehrenpräsident des Malteser Hilfsdienstes
Ehrenpräsident der Deutschen Reiterlichen Vereinigung
Ehrenvizepräsident der Fédération Equestre Internationale
Ehrenmitglied des Deutschen Olympischen Sportbundes
Ehrenbürger der Stadt Balve
Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland,
Komtur mit Stern des päpstlichen Ritterordens vom Heiligen Gregor dem Großen,
Komtur des päpstlichen St. Sylvesterordens,
Inhaber des Großkreuzes ‚Pro Merito Melitensi‘ des Verdienstordens des Souveränen Malteser Ritterordens,
Träger des Olympischen Ordens vom Internationalen Olympischen Komitee
und weiterer hoher in- und ausländischer Auszeichnungen

am 15. April 2012 zu sich heimgerufen.

Monika Gräfin von Landsberg-Velen, geb. Gräfin von Westphalen zu Fürstenberg

Barbara Gräfin von Brühl, geb. Reichsfreiin von Landsberg-Velen
Mauritius Graf von Brühl
Wenzel, Maya, Leonie

Rosalie Reichsfreiin von Landsberg-Velen
Madeleine, Louisanne

Veronika Böckenförde, geb. Reichsfreiin von Landsberg-Velen
Björn Böckenförde
Ferdinand, Nikolaus, Tatiana

Maria-Theresia von Spallart, geb. Reichsfreiin von Landsberg-Velen
Hubert von Spallart
Anton, Elena, Louis

Jakob Reichsfreiherr von Landsberg-Velen

Das Requiem findet am Samstag, dem 28. April 2012, um 11.30 Uhr im Springstadion Wocklum statt.
Anschließend erfolgt die Beisetzung auf dem Familienfriedhof Wocklum.

D-58802 Balve – Schloß Wocklum

Anstelle von Kränzen und Blumen wird um eine Spende (Stichwort: Landsberg) gebeten für die
Deutsche Hospitalité Notre Dame de Lourdes e.V. (Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, Kto.-Nr. 0824 810 463)
oder das Kuratorium für Therapeutisches Reiten e.V. (Spark. Münsterland Ost, BLZ 400 501 50, Kto.-Nr. 11 726)

Fernsehen am Donnerstag

Aktualisiertes und ausgewähltes Programm

www.faz.net/tv

ARD

5.30 Morgenmagazin **9.05** Rote Rosen **10.03** Brisant **10.30** Der Wettbewerb. Dt./Österr. Drama, 2011 **12.00** Tagesschau **12.15** ARD-Buffet. Vincent Klink bereitet heute zu: Tafelspitz mit Kräutersauce und Bouillonkartoffeln **13.00** Mittagsmagazin. U.a.: Betreuungsgeld – Was sagt die Landbevölkerung zur sogenannten „Herdprämie"? / Blackout – Was passiert, wenn plötzlich das Licht ausgeht? / Pizza-WM – Die Besten der Welt kämpfen um den Titel **14.00** Tagesschau **14.10** Rote Rosen **15.00** Tagesschau **15.10** Sturm der Liebe **16.00** Tagesschau **16.10** Leopard, Seebär & Co. **17.00** Tagesschau **17.15** Brisant **17.50** Verbotene Liebe **18.30** Heiter bis tödlich – Alles Klara **19.20** Gottschalk Live **19.50** Wetter **19.55** Börse

20.00 Tagesschau
20.15 Die beliebtesten Komiker-Duos der Deutschen Mitwirkende: Matze Knop, Bülent Ceylan, Olaf Schubert, Markus Maria Profitlich, Désirée Nick, Nia Künzer u.a.
21.45 Panorama
Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds": Vom Nesthäkchen zum Terrorist – Die Verzweiflung der Eltern Böhnhardt
22.15 Tagesthemen
22.45 Beckmann Der Prozess gegen Anders Behring Breivik – gibt es eine gerechte Strafe für einen Massenmörder? Zu Gast: Gisela Friedrichsen, Erik Fosnes Hansen, Dr. Heinrich Gehrke, Prof. Frank Urbaniok, Gisela Mayer
0.00 Das kann man nicht verzeihen Interview mit den Eltern des Zwickauer Terroristen Böhnhardt
0.30 Nachtmagazin
0.50 Die schwarze Windmühle Engl. Agentenfilm, 1974

ZDF

5.30 ZDF-Morgenmagazin **9.00** heute **9.05** Volle Kanne – Service täglich. U.a.: Kinder und Medien / Rosenkohl in Mandel-Käsesoße – Kochen mit Armin Roßmeier / Angina Pectoris / Kübelpflanzen / Im Gespräch: Komapatientin Yuliya bringt gesundes Kind zur Welt / Zeitsprung: Frank Elstner wird 70 **10.30** Die Rosenheim-Cops **11.15** SOKO Wismar **12.00** heute **12.10** drehscheibe Deutschland **13.00** ZDF-Mittagsmagazin **14.00** heute – in Deutschland **14.15** Die Küchenschlacht **15.00** heute **15.05** Topfgeldjäger **16.00** heute – in Europa **16.10** Die Rettungsflieger **17.00** heute **17.10** hallo deutschland **17.45** Leute heute **18.00** SOKO Stuttgart **19.00** heute **19.20** Wetter **19.25** Notruf Hafenkante

20.15 Idiotentest
Dt. Komödie mit Mariele Millowitsch, Susanna Simon. Regie: Thomas Nennstiel, 2012
In einer Fahrschule treffen drei unterschiedliche Frauen verschiedenen Alters für den so genannten „Idiotentest" aufeinander: Annette, Katja und Isabel. Eine Freundschaft entsteht daraus.
21.45 heute-journal
22.15 maybrit illner Parteien-Schreck auf Erfolgskurs – warum sind die Piraten so populär?
Zu Gast: Marina Weisband, Klaus Wowereit, Patrick Döring, Robert Habeck, Hans-Ulrich Jörges, Anke Domscheit-Berg
23.15 Markus Lanz
Zu Gast: Karl Lagerfeld
0.30 heute nacht
0.45 Magnum Der verschwundene Bräutigam / Robin Masters in Gefahr. Actionserie
2.20 Idiotentest Dt. Komödie, 2012

ARTE

7.00 Mit Schirm, Charme und Melone **7.55** Was Du nicht siehst **8.25** X:enius **8.50** Es war einmal eine Insel: Te Henua e Noho **9.30** Mit Schirm, Charme und Melone **10.40** Die Wundermaschine von Antikythera. Franz./GR/Engl. Dokumentarfilm, 2012 **11.55** Manege frei für Familie Pauwels **12.50** Journal **13.00** X:enius **13.25** Legendäre Raddampfer (4/5) **14.10** Leonardo da Vinci **15.05** Der Lehrling. Franz. Drama, 2008 **16.30** Madagaskar – Ein Reisetagebuch. Franz. Kurzfilm, 2010 **16.40** Mare TV (4/5). Danziger Bucht **17.30** Was Du nicht siehst. Äthiopien **17.55** X:enius **18.25** Frankreich – Wild und schön (4/10) **19.10** Journal **19.30** Frankreich – Wild und schön (9/10). Das Burgund, der Reichtum der Hecken

20.15 East West 101 (1/6)
Schuss in den Rücken. Krimiserie Mit Don Hany, William McInnes
21.05 East West 101 (2/6)
Tod auf dem Abstellgleis
22.00 Tauchgang in die Vergangenheit Archäologie in 3D
22.50 Pommes und Palaver Belgische Impressionen Franz./Belg. Dokufilm, 2009
Fritkout sind aus dem Städtebild Belgiens nicht wegzudenken, doch sie haben zwei mächtige Feinde: die Städteplaner der großen Städte, denen sie ein unästhetischer Dorn im Auge sind, und die EU-Gesetzgeber, die die Hygiene der Fritkots bemängeln.
23.50 28 Minuten
0.25 Kommissar Winter
1.25 Kommissar Winter
2.25 Das geheime Leben der Worte Span. Drama mit Sarah Polley Regie: Isabel Coixet, 2005

3SAT

7.30 Alpenpanorama **9.05** Kulturzeit **9.45** nano **10.15** Kölner Treff. Zu Gast: Ulrich Matthes, Atze Schröder, Walter Kreye, Kim Fisher, Lea Ackermann, Tommy Krappweis **11.45** Schauplatz Gericht. Reingelegt? **12.20** Streifzug durch Mallorca: Höhlen und Fincas **12.30** Zapp. U.a.: Breiviks Inszenierung: Geben die Medien ihm eine Bühne? **13.00** ZIB **13.15** Ganz oben – Von Älplern, Viechern und Grenzgängern **14.00** Matterhorn Magie. Leben am Viertausender **14.50** Wohnungen der Götter (1-5/5). Dokumentationsreihe **18.30** nano. Hoffnung – Bewegung bekämpft Alzheimersymptome / Brasilien will Regenwaldvernichtung erleichtern **19.00** heute **19.20** Kulturzeit. Wie gefährlich sind die Salafisten in Deutschland?

20.00 Tagesschau
20.15 Ausgebrannt – vom Ende der Glühbirne Dokumentation von Alexandra Pfeil
21.00 scobel: Fortschritt – Immer gut? Zu Gast: Dietmar Dath (Autor), Paul Freiherr von Hoyningen-Huene (Philosoph, Harald Welzer (Sozialwissenschaftler)
22.00 ZIB 2
22.25 Morgen H/Rumän./Franz. Drama mit András Hatházi, Yilmaz Yalcin Regie: Marian Crisan, 2010
0.05 10 vor 10
0.35 Rundschau Neue Mission für die Grünen / Kein Platz für Demente / Wohltäter Bill Gates
1.20 Windschief und wetterfest Reportage. Wie Matin Horat weltberühmt wurde
1.40 Hessenreporter Auf dem Papageienhof
2.10 Schweizweit Moderation: Nina Brunner
2.40 Reisezeit – Zypern

RTL

5.35 Explosiv – Das Magazin **6.00** Punkt 6 **7.30** Alles was zählt **8.00** Unter uns **8.30** Gute Zeiten, schlechte Zeiten **9.00** Punkt 9 **9.30** Mitten im Leben! **10.30** Mitten im Leben! **11.30** Unsere erste gemeinsame Wohnung **12.00** Punkt 12 – Das RTL-Mittagsjournal **14.00** Mitten im Leben! **15.00** Verdachtsfälle **16.00** Familien im Brennpunkt **17.00** Betrugsfälle **17.30** Unter uns. Unterhaltungsserie **18.00** Explosiv – Das Magazin **18.30** Exclusiv – Das Star-Magazin **18.45** Aktuell **19.03** Wetter **19.05** Alles was zählt. Unterhaltungsserie **19.40** Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Lilly will sich von ihrem Kummer ablenken. John ist immer noch sauer auf Leon und macht seinem Ärger Luft. Philip zieht die Blicke seiner Professorin auf sich.

20.15 Alarm für Cobra 11 – Die Autobahnpolizei Schlangennest. Der Menschenhändler Vlad Markovic ist auf der Flucht und kann schließlich nach einer spektakulären Verfolgungsjagd von Ben und Jenny gestellt werden. Während der Überführung ins Gefängnis, wird der Transport aber von Markovics Männern überfallen.
21.15 Bones – Die Knochenjägerin Ihr Auftritt, Walter Sherman! Krimiserie
22.15 CSI: Den Tätern auf der Spur Gloria. Krimiserie
23.10 CSI: Den Tätern auf der Spur Bullen kommen teuer. Krimiserie
0.00 RTL Nachtjournal
0.27 RTL Nachtjournal – Das Wetter
0.30 Bones – Die Knochenjägerin
1.20 CSI: Den Tätern auf der Spur
3.00 Alarm für Cobra 11
3.55 RTL Nachtjournal
4.40 Verdachtsfälle

SAT.1

5.05 Lenßen **5.30** Frühstücksfernsehen **10.10** Lenßen & Partner **10.30** Lenßen & Partner **11.00** Richterin Barbara Salesch **12.00** Richter Alexander Hold **13.00** Britt **14.00** Zwei bei Kallwass **15.00** Familien-Fälle **16.00** Richter Alexander Hold. Die Zustellerin Erika Lindner soll sich an den Paketen vergriffen haben, die sie ausliefern musste. Hat die schüchterne Frau wirklich gestohlen? **17.00** Niedrig und Kuhnt – Kommissare ermitteln. Der stille Zeuge **17.30** Niedrig und Kuhnt – Kommissare ermitteln. Willenlos **18.00** Pures Leben – Mitten in Deutschland. Heirate ich einen Snob? **18.30** Lenßen. Teenager am Abgrund **19.00** K 11 – Kommissare im Einsatz. Die Prophezeihung **19.30** K 11 – Kommissare im Einsatz. Zahltag

20.00 SAT.1 Nachrichten
20.15 Criminal Minds Kampf ums Überleben. Krimiserie. Das BAU-Team untersucht in San Francisco eine Mordserie. Mehrere Obdachlose wurden getötet. Die Spezialisten kooperieren mit einer anderen Einheit der BAU, die einen ähnlichen Fall bearbeitet.
21.15 Criminal Minds Santa Muerte. Krimiserie
22.15 Navy CIS: L.A. Herz und Verstand. Krimiserie
23.15 Die Harald Schmidt Show Zu Gast: Monika Gruber (Kabarettistin und Schauspielerin), Jack White (Songwriter, Sänger und Gitarrist)
0.15 Criminal Minds
1.10 Criminal Minds
1.50 Navy CIS: L.A.
2.35 Familien-Fälle
3.20 Zwei bei Kallwass
4.10 Pures Leben – Mitten in Deutschland

Pro Sieben

8.05 Malcolm mittendrin **9.00** The Big Bang Theory **9.55** Scrubs – Die Anfänger **11.10** How I Met Your Mother **12.25** Malcolm mittendrin **13.20** The Big Bang Theory **14.15** Scrubs – Die Anfänger **15.35** How I Met Your Mother **17.00** taff **18.00** Newstime **18.10** Die Simpsons **19.05** Galileo **20.15** Germany's next Topmodel – by Heidi Klum **22.30** red! Stars, Lifestyle & More **23.30** TV total **0.30** Broken Comedy **1.00** Broken Comedy **1.30** Quatsch Comedy Club **2.00** Quatsch Comedy Club **2.25** talk talk talk – Die Late Show

Phoenix

8.15 Facebook **9.00** Vor Ort **9.10** BON(N) Jour mit Börse **9.30** Tagesgespäch **10.00** Vor Ort **10.15** Rede von Bundespräsident Joachim Gauck vor dem Landtag von Baden-Württemberg **11.00** Wirtschaftsinstitute präsentieren Frühjahrsprognose **12.00** Thema **13.15** Ganz besonders normal **14.00** Vor Ort **15.00** Thema **16.15** Vor Ort **16.30** Pressekonferenz zum Breivik-Prozess **17.15** China-Autos **17.45** Vor Ort **18.00** Muschel-Roulette **19.15** Facebook **20.00** Tagesschau **20.15** AutoLegenden **21.00** AutoLegenden **21.45** heute-journal **22.15** Phoenix-Runde **23.00** Der Tag **0.00** Phoenix-Runde **0.45** Hatschepsut **1.25** Der Knochenjäger

Tele 5

8.00 Homeshopping **12.30** Mutant X **13.20** Stargate **14.15** Star Trek – Das nächste Jahrhundert **16.10** Mutant X **17.10** Stargate **18.10** Star Trek – Das nächste Jahrhundert **22.15** Stargate Atlantis **23.10** Akte X – Die unheimlichen Fälle des FBI **0.00** Steven liebt Kino! **0.30** Star Trek – Das nächste Jahrhundert **1.30** Stargate Atlantis **2.20** Akte X

KIKA

7.50 Zoés Zauberschrank **8.00** Sesamstraße **8.25** Golo, der Gartenzwerg **8.50** Mama Mirabelle's Tierkino **9.00** kleiner Roter Traktor **9.20** JoNaLu **9.45** Ene Mene Bu **9.55** Au Schwarte! **10.18** Kikaninchen **10.25** Clifford, der kleine rote Hund **10.50** Briefe von Felix **11.15** Der kleine Prinz **11.40** Flipper & Lopaka **12.05** Mona der Vampir **12.25** Die Wilden Kerle **12.55** Garfield **13.10** Hier ist Ian **13.55** Fluch des Falken **14.10** Schloss Einstein **15.00** Durch die Wildnis **15.25** Blue Water High **16.25** Sturmfrei **16.35** Die Schule der kleinen Vampire **17.10** Die Wilden Kerle **17.35** Flipper & Lopaka **18.00** Der kleine Nick **18.15** Briefe von Felix **18.40** Tom **18.50** Sandmännchen **19.00** Der kleine Prinz **19.25** pur+ **19.50** logo! **20.00** Kika live **20.10** Meine peinlichen Eltern

Hessen

7.45 Sturm der Liebe **8.35** maintower **9.00** hessenschau **9.30** Die Zehn Gebote **10.00** Videolexikon **10.15** In aller Freundschaft **11.00** Vom Tanzen besessen **11.25** Hessenreporter **11.55** Giraffe & Co. **12.45** In aller Freundschaft **13.30** Wandervolles Hessen **13.40** service: zuhause **14.05** Nürnberg – Geschichten aus der Südstadt **14.30** Wunderbare Wasserwege **15.15** Giganten in Gefahr – Kampf um die Wale **16.00** hallo hessen **16.45** hessenschau kompakt **17.00** hallo hessen **17.50** hessenschau kompakt **18.00** maintower **18.20** Brisant **18.50** service: gesundheit **19.15** alle wetter! **19.30** hessenschau **20.00** Tagesschau **20.15** Annas Erbe. Dt. Drama mit Jutta Speidel, 2011 **21.45** Einfach gesund! **22.30** hessenschau kompakt **22.45** Hauptsache Kultur **23.15** Ein Fall für Nadja **0.00** Familie Hesselbach **0.55** Annas Erbe. Dt. Drama mit Jutta Speidel, 2011 **2.25** Lindenstraße

NDR

8.10 Sturm der Liebe **9.00** Nordmagazin **9.30** Hamburg Journal **10.00** Schleswig-Holstein Magazin **10.30** buten un binnen Magazin **11.00** Hallo Niedersachsen **11.30** Expeditionen ins Tierreich **12.15** In aller Freundschaft **13.00** So ein Tag **13.30** Brisant **14.00** NDR aktuell **14.15** Bilderbuch Deutschland **15.00** NDR aktuell **15.15** Nosy Be – Madagaskars Parfuminsel **16.00** NDR aktuell **16.10** Mein Nachmittag **17.10** Pinguin, Löwe & Co. **18.00** Regional **18.15** Typisch! Hedda, die Marktfau **18.45** DAS! **19.30** Regional **20.00** Tagesschau **20.15** mareTV **21.00** mareTV **21.45** NDR aktuell **22.00** Schlaflos in Oldenburg. Dt. Liebesfilm mit Suzanne von Borsody, 2007 **23.30** Dennis & Jesko – Die Sketchköppe **0.00** Beckmann **1.15** Zapp **1.45** Visite

RBB

7.40 zibb **8.35** Die rbb Reporter **9.05** rbb Praxis **9.50** Heimatjournal **10.20** nano **10.50** Eco-Crimes **11.20** Sturm der Liebe **12.10** Rote Rosen **13.03** Schloss Einstein **13.28** In aller Freundschaft **14.15** Planet Wissen **15.15** Herrliches Hessen: Die „Weininsel" im Odenwald **16.05** ARD-Buffet **16.50** Kurz vor 5 **17.05** Giraffe, Erdmännchen & Co. **18.00** rbb um sechs – Das Ländermagazin **18.30** zibb **19.30** Abendschau/Brandenburg aktuell **20.00** Tagesschau **20.15** Eine Sennerin zum Verlieben. Dt. Heimatfilm mit Michaela May, 2010 **21.45** rbb aktuell **22.15** Stilbruch **22.45** Geh voran, Pionier! **23.30** Freundschaft! Die Freie Deutsche Jugend. Dt. Dokufilm, 2009 **1.00** Königliche Parks und Kleingartenparadiese **1.45** Abendschau/Brandenburg aktuell

WDR

8.20 Planet Wissen **9.20** Eins zu eins **9.45** hier und heute **10.00** Lokalzeit **10.30** Aktuelle Stunde **11.10** Elefant, Tiger & Co. **12.00** Eisbär, Affe & Co. **12.45** WDR aktuell **13.00** Servicezeit **13.30** In aller Freundschaft **14.15** Riskante Rezepte **15.00** Planet Wissen **16.00** WDR aktuell **16.15** daheim & unterwegs **18.05** hier und heute **18.20** Servicezeit **18.50** Aktuelle Stunde **19.30** Lokalzeit **20.00** Tagesschau **20.15** Tatort. Todesstrafe. Dt. Kriminalfilm mit Simone Thomalla, 2008 **21.45** WDR aktuell **22.00** frauTV **22.30** Menschen hautnah: Papa allein zu Haus **23.15** Die Jungs vom Bahnhof Zoo. Dt. Dokumentarfilm, 2011 **0.35** Filmtipp: „My Week With Marilyn" von Simon Curtis **0.45** Erlebnisreisen-Tipp **1.00** Domian

MDR

7.55 Sturm der Liebe **8.45** Brisant **9.15** Exakt **9.45** Exakt – Die Story **10.15** Die Spur der Schätze **10.48** Biwak **11.20** Tierisch, tierisch **11.45** MDR um zwölf **12.30** In aller Freundschaft **13.15** Geschichte Mitteldeutschlands – Das Magazin **13.45** Iss was?! **14.00** Dabei ab zwei **14.30** LexiTV **15.30** Mitteldeutsche Markenzeichen **16.00** Hier ab vier **16.30** Hier ab vier **17.00** Hier ab vier **17.40** Hier ab vier **18.00** MDR aktuell **18.20** Brisant **18.54** Sandmännchen **19.00** Länderzeit **19.30** MDR aktuell **19.50** Familie Zinke und die Oldtimer **20.15** Escher **21.00** Hauptsache gesund **21.45** MDR aktuell **22.05** artour **22.35** Nah dran **23.05** Lebensläufe **0.10** Ende vom Lied: Ochsenfurter Männerquartett. DDR. Drama mit Wolfgang Dehler, 1979 **1.30** Köpfchen, Kamerad. Dt. Drama mit Horst Kube, 1965

Südwest 3

8.00 SWR Landesschau BW **9.00** ARD-Buffet **9.45** Brisant **10.10** Rote Rosen **11.00** Sturm der Liebe **11.50** Nashorn, Zebra & Co. **12.45** In aller Freundschaft **13.30** Der Job seines Lebens. Dt. Komödie mit Wolfgang Stumph, 2003 **15.00** Planet Wissen **16.05** Kaffee oder Tee **18.00** Landesschau aktuell **18.15** Kuckuckuckl **18.45** Landesschau BW **19.45** Landesschau aktuell **20.00** Tagesschau **20.15** zur Sache BW! **21.00** Marktcheck **21.45** Landesschau aktuell **22.00** Odysso **22.30** Aenne Burda – eine Frau erobert die Welt **23.15** Nachtkultur **23.45** Literatur im Foyer **0.15** Allein in vier Wänden. Dt. Dokufilm, 2007 **1.40** Odysso

Bayern

7.30 Panoramabilder **9.00** Tele-Gym **9.15** Eisbär, Affe & Co **10.05** Sturm der Liebe **10.55** Rote Rosen **11.45** Verbotene Liebe **12.30** Dahoam is Dahoam **13.00** stationen.Dokumentation **13.45** Jetzt red i – Europa **14.30** Kunst & Krempel **15.00** Münchner Hinterhofgeschichten **15.30** Wir in Bayern **16.45** Rundschau **17.00** Die B2 – Von Mittenwald nach München **17.30** Regional **18.00** Abendschau **18.45** Rundschau **19.00** IaVita **19.45** Dahoam is Dahoam **20.15** quer **21.00** Rundschau-Magazin **21.15** Bergauf-Bergab **21.45** Sketche mit Herbert & Schnipsi **22.30** Capriccio **23.00** puzzle **23.30** Rundschau-Nacht **23.40** Br-Klassik: KlickKlack **0.10** on3-südwild **1.10** Dahoam **1.45** quer

RTL 2

8.10 Die Schnäppchenhäuser **9.10** Frauentausch **11.05** Family Stories **12.00** Berlin – Tag & Nacht **13.00** Privatdetektive im Einsatz **13.55** Still Standing **14.40** King Of Queens **15.20** Die Kochprofis – Einsatz am Herd **16.10** Der Trödeltrupp **17.00** Der Trödeltrupp **18.00** Privatdetektive im Einsatz **19.00** Berlin – Tag & Nacht **20.00** RTL II News **20.15** Die Kochprofis – Einsatz am Herd **21.15** Frauentausch **23.10** Exklusiv – Die Reportage **0.05** Exklusiv – Die Reportage **1.05** Dexter **2.05** Dexter

Super RTL

7.30 Caillou **8.00** Timmy das Schäfchen **8.20** Bob der Baumeister **8.30** Thomas & seine Freunde **8.40** Die Oktonauten **9.05** Chuggington **9.30** Caillou **9.55** Timmy das Schäfchen **10.20** Mister Maker **10.40** LazyTown – Los geht's **11.05** Typisch Andy! **11.30** Simsalabim Sabrina **12.00** Micky Maus Wunderhaus **12.25** Disney Jake und die Nimmerland Piraten **12.55** Disneys Gummibärenbande **13.20** Coop gegen Kat **13.45** Disney Phineas und Ferb **14.15** Disney Kick Buttowski **14.40** Cosmo & Wanda **15.05** Skunk Fu **15.35** A Kind of Magic **16.05** Sally Bollywood **16.35** Angelo! **17.05** Disney Kick Buttowski – Keiner kann alles! **17.35** Cosmo & Wanda **18.05** Coop gegen Kat **18.45** Disneys Tauschrausch **19.15** Phineas und Ferb **19.45** Disney Zeke und Luther **20.15** Upps! Die Recall-Show **22.10** Alles Atze **23.40** Golden Girls **0.20** Shop24Direct

Kabel 1

8.25 Ein Engel auf Erden **9.20** Charmed – Zauberhafte Hexen **10.10** Ghost Whisperer **11.10** Ein Engel auf Erden **13.05** Unsere kleine Farm **14.05** Ghost Whisperer – Stimmen aus dem Jenseits **15.50** Cold Case – Kein Opfer ist je vergessen **16.45** kabel eins news **16.55** Two and a Half Men **17.50** Abenteuer Leben – täglich Wissen **19.00** Achtung Kontrolle! Einsatz für die Ordnungshüter **20.50** Fußball **23.20** Starship Troopers 2 – Held der Föderation. Amerik. Sciencefictionfilm mit Richard Burgi, 2004 **0.55** Cyborg. Amerik. Actionfilm mit Jean-Claude Van Damme, 1989 **2.10** Circus. Amerik./Engl. Thriller mit John Hannah, 2000

Vox

7.40 Verklag mich doch! **9.40** mieten, kaufen, wohnen **11.55** Shopping Queen **13.05** Verklag mich doch! **15.00** Shopping Queen **16.05** Menschen, Tiere & Doktoren **18.00** mieten, kaufen, wohnen **19.00** Das perfekte Dinner im Schlafrock **20.00** Prominent! **20.15** X-Men. Amerik. Sci-Fi-Film mit Hugh Jackman, 2000 **22.10** Blade. Amerik. Actionthriller mit Wesley Snipes, 1998 **0.15** Nachrichten **0.35** X-Men. Amerik. Sci-Fi-Film, 2000 **2.15** Blade. Amerik. Actionthriller, 1998

BR-alpha

8.30 Knallhart am Stadtrand **9.00** Kunstraum **9.15** Grips Mathe **9.30** Orientierung – Das ORF-Religionsmagazin in BR-alpha **10.15** alpha-Centauri **10.30** Sehen statt Hören **11.00** Bremerhaven – Stadt am Meer **11.45** Blum und Blümchen **12.05** Tagesgespräch **13.00** alpha-Forum: Peter Claus Hartmann **13.45** Wie verbringt ihr eure Freizeit? **14.00** Miteinander macht's mehr Spaß **14.15** Topographie **15.00** Wissen macht Ah! **15.30** nano **16.00** alpha-Campus Vorlesung **16.30** on3-südwild **17.30** Schwaben & Altbayern aktuell **18.00** Telekolleg Mathematik **18.30** Die Tagesschau vor 25 Jahren **18.45** Rundschau **19.00** Existiert der Mond auch dann, wenn keiner hinsieht? **19.15** Charles Darwin **19.30** Junge Ideen für alte Menschen **19.55** Im Jahreskreis **20.15** Hafengeschichten **20.45** Schätze der Welt **21.00** alpha-Forum: Django Asül **21.45** Planet Wissen **22.45** Mathematik zum Anfassen **23.00** Topographie **23.45** freizeit **0.15** alpha-Forum: Kathrin Seyfahrt **1.00** Junge Ideen für alte Menschen **1.25** Im Jahreskreis

N24

Stündlich Nachrichten **12.45** Börse am Mittag **13.05** Autopsie XXL: Großkatzen **14.05** Zukunft ohne Menschen – Das Recht des Stärkeren **15.05** Wissen **16.05** Motor der Gesellschaft – Deutschland und das Öl **17.05** Weltmacht Öl – Die USA und der Nahe Osten **18.15** Börse am Abend **18.25** Wissen **19.05** Hitlers Machtergreifung **20.15** Die 900 Tage von Leningrad **21.10** Liebe, Sex und Nazis – Deutsche Besatzer in Frankreich **22.15** Kamikaze für den Kaiser **23.10** Studio Friedman **23.40** Zukunft ohne Menschen – Das Recht des Stärkeren **0.35** Die Piratenküste – Undercover in Somalia **1.35** Die 900 Tage von Leningrad

n-tv

Stündlich Nachrichten **7.35** Telebörse **12.30** News Spezial **13.10** Telebörse **13.30** News Spezial **14.10** Telebörse **14.30** News Spezial **15.20** Ratgeber – Geld **15.40** Telebörse **16.10** Miamis Super-Knast **17.05** Der Chinook **18.20** Telebörse **18.35** Ratgeber – Test **19.05** PS **20.10** Der Super-Apache **21.10** Marine One: Der Präsidenten-Shuttle **22.03** Die Eis-Piloten **22.45** Telebörse **23.05** Hells Angels – Engel der Gewalt **0.15** PS – Das Automagazin **1.10** Unter Wasser: Katastrophen aus dem Meer **1.50** Unter Wasser: Katastrophen aus dem Meer

CNN

8.00 World Report **9.00** World Sport **9.30** iReport for CNN **10.00** World Business Today **11.00** Amanpour **11.30** Aiming for Gold **12.00** World One **13.00** Piers Morgan Tonight **14.00** News Stream **15.00** World Business Today **16.00** International Desk **17.00** Global Exchange **17.45** Marketplace Middle East **18.00** World Sport **18.30** Aiming for Gold **19.00** International Desk **20.00** Quest Means Business **20.45** CNN Marketplace Europe **21.00** Amanpour **21.30** CNN NewsCenter **22.00** Connect the World **23.00** Amanpour **23.30** World Sport **0.00** Piers Morgan Tonight **1.00** World Report **2.00** Anderson Cooper 360

Arte, 20.15 Uhr, East West 101: *Kommissar Malik (D. Hany, r.) vom Spezialdezernat in Sydney ist als Muslim Vorurteilen ausgesetzt.* Foto Arte

Radio am Donnerstag

HÖRSPIEL

22.03 „Klangerzählen" – SWR 2
Von Johannes S. Sistermanns
Mit Jürgen Becker, Dieter Wellershoff u.a.
Komposition und Realisation: Johannes S. Sistermanns, ca. 57 Min.
23.00 „Der Joker" – WDR Eins Live
Von Markus Zusak
Mit Marc Hosemann, Florian Lukas u.a.
Regie: Susanne Krings, ca. 60 Min.

KLASSIK

20.03 Alte Musik – SWR 2
Unter dem goldenen Dachl
Musik am Innsbrucker Hof, ca. 57 Min.
20.04 Talente und Karrieren – RBB Kulturradio
Das Modigliani-Quartett, ca. 56 Min.
20.05 Zdenek Fibich: „Sárka" – NDR Kultur
Mit Oleksandr Pushniak, Arthur Shen, Leszek Wos u.a. Chor und Orchester des Staatstheaters Braunschweig, Ltg.: Sebastian Beckedorf, ca. 120 Min.
20.05 Kronberg Academy 2011 – HR 2
Violoncello? Wow!
Mischa Maisky, Violoncello; Lily Maisky, Klavier
Werke von Enrique Granados, Pablo de Sarasate, Isaac Albéniz, Gaspar Cassadó, Maurice Ravel, Manuel de Falla und Isaac Albéniz ca. 85 Min.

JAZZ, POP, ROCK

19.30 The Voice – RBB Kulturradio
Silje Nergaard, ca. 30 Min.
21.00 Jazz – MDR Figaro
Esbjörn Svensson Trio „301" / Lars Danielsson „Libretto", ca. 60 Min.

FEATURE & MAGAZIN

6.05 Mikado – HR 2
Darin: Deutsche Filme beim New York Tribeca-Festival
6.05 Mosaik – WDR 3
Darin: „Filter Bubble" – Wie wir im Internet entmündigt werden von Eli Pariser ca. 105 Min.
8.30 kulturWelt – BR 2
U.a.: Das Festival „Stimmen der Roma" in München / Die Kino-Dokumentation „Anton Corbijn – Inside Out" über den niederländischen Fotografen, ca. 30 Min.
9.07 Thema – DKultur
Das Urheberrecht geht jeden an – warum wir eine Kulturflatrate brauchen, ca. 13 Min.
10.05 Leute – SWR 1 BW
Gast: Stefan Mappus, Ex-Ministerpräsident ca. 115 Min.
10.05 Notizbuch – BR 2
Alle reden vom Wetter. Über die Arbeit der Meteorologen, ca. 115 Min.
10.10 Marktplatz – DLF Köln
Augen auf beim Brillenkauf, ca. 80 Min.
11.07 Thema – DKultur
Der Bluttest zur Früherkennung von Trisomie 21, ca. 13 Min.
11.55 Verbrauchertipp – DLF Köln
Billig tanken – lohnt sich der Umweg? ca. 5 Min.
12.05 Scala – WDR 5
Darin: Gelächter statt Angst. Junges politisches Theater in Moskau, ca. 55 Min.
12.05 Doppel-Kopf – HR 2
Am Tisch mit Ursula Heinzelmann, „Ernährungshistorikerin", ca. 50 Min.
13.07 Länderreport – DLF Köln
Familien unter Druck. Alltag im Frankfurter Speckgürtel, ca. 23 Min.
14.07 Thema – DKultur
Die erste deutsche Universalgeschichte verbotener Bücher, ca. 13 Min.
15.05 Fidelio – HR 2
17.10 Zu Gast: Der Sprachakrobat Philipp Scharri, ca. 10 Min.
15.05 LebensArt – WDR 5
Vom „Hölzchen aufs Stöckchen"? Wie man spontan miteinander ins Gespräch kommt ca. 55 Min.
15.07 Thema – DKultur
Wenn Firmen an Schulen gehen, ca. 13 Min.
16.10 Zu Gast – RBB Kulturradio
Der Dirigent Hans Graf, ca. 35 Min.
16.10 Büchermarkt – DLF Köln
U.a.: Manfred Flügge: „Stéphane Hessel – ein glücklicher Rebell", ca. 20 Min.
16.35 Forschung aktuell – DLF Köln
U.a.: Bericht von der Konferenz „Innovationsforum Sicherheitsforschung", ca. 25 Min.
17.05 Forum – SWR 2
Ausgegrenzt und abgeschoben – wie lassen sich Europas Roma integrieren?, ca. 45 Min.
17.35 Kultur heute – DLF Köln
Frank Castorf inszeniert „Amerika" nach dem Roman von Franz Kafka am Schauspiel Zürich, ca. 25 Min.
18.05 IQ – Wissenschaft und Forschung – BR 2
Zweite Erde. Leben auf fernen Planeten? ca. 25 Min.
18.05 Der Tag – HR 2
Déjà-vu? Der Zauber der Kopie, ca. 55 Min.
19.04 Kulturtermin – RBB Kulturradio
Die Welt will mich nicht mehr und weiß es nicht – Pier Paolo Pasolini, ca. 26 Min.
19.05 Zündfunk – BR 2
„Wir haben Euch was mitgebracht". Wie aus Hass-Briefen Gedichte werden, ca. 55 Min.
19.05 Politikum – WDR 5
Darin: Deutschland sollte in der Rüstungs- und Sicherheitspolitik stärker mit der Türkei zusammenarbeiten, ca. 25 Min.
19.20 Kontext – SWR 2
Hörerdiskussion: Wird Behinderung immer mehr zu einem Tabu?, ca. 40 Min.
19.30 Forschung und Gesellschaft – DKultur
Ein Gespräch mit dem Neurophysiologen Michael Brecht, ca. 30 Min.
20.03 radioThema – BR 2
Grimms Bilder. Von europäischen Mythen in deutschen Märchen, ca. 57 Min.
20.05 Stadtgespräch – WDR 5
Allein gegen Rechts?, ca. 55 Min.
20.10 Studiozeit – DLF Köln
U.a.: Der Streit um Zeitzeugen und Zeitzeugnissen aus der NS-Zeit, ca. 50 Min.
20.30 Das Forum / Redezeit – NDR Info
Was heißt hier zu alt? Wie wir Erfahrung und Können verschwenden, ca. 30 Min.
22.04 Perspektiven – RBB Kulturradio
Wieviel Individualität bleibt uns noch? ca. 56 Min.
23.05 Fazit – DKultur
U.a.: Mannheim „Avenue Q" – Premiere des New Yorker Erfolgsmusicals, ca. 55 Min.

LESUNG

9.05 Lesezeit – MDR Figaro
Wolfgang Herrndorf: „Tschick" (4/10) ca. 40 Min.
14.30 Lesung – RBB Kulturradio
James Joyce: Ulysses II. Nestor (2) / Ulysses III. Proteus (1), ca. 30 Min.
18.30 Lesebuch – NWRadio
Johann Gottfried Seume: „Spaziergang nach Syrakus" (4/16), ca. 30 Min.
22.05 Am Abend vorgelesen – NDR Kultur
Madame Jeanne-Marie Roland: „Briefe aus der Französischen Revolution" (1/2) ca. 30 Min.
23.05 WortLaut – WDR 3
Geheime Geschichten aus 1001

Verlagsbeilage

Frankfurter Allgemeine Zeitung

19. April 2012 | Nr. 92

INVESTMENTFONDS

GEMISCHTES BILD
Wie sich Absolute-Return-Produkte in der Finanzkrise bewährt haben: Andrej Brodnik von BlackRock im Interview. **S. B2**

KERN DER VORSORGE
Warum Investmentfonds eine zentrale Rolle in der Altersvorsorge spielen, erklärt Thomas Richter vom BVI. **S. B3**

ÖFFNUNG IM INSELREICH
Japan ein Jahr nach der Erdbeben- und Nuklearkatastrophe: Fondsmanager über die aktuelle Situation. **S. B8**

WEITERE THEMEN
Neue KAG-Strategien **S. B2**
Anleihestrategien **S. B4**
Schwellenländer **S. B5**
Mischfonds **S. B6**

Abschied vom Rendite-Tal

Viele Anleger suchen nur noch „garantiert sichere" Produkte. Damit nehmen sie sich die Chance auf gute Renditen. Die können sie insbesondere in Asien finden, das immer mehr zum Basisinvestment wird.

Wo scheint dem Anleger die Sonne? Angesichts von Euro- und Staatsschuldenkrise lohnt sich der Blick Richtung Asien. Denn – wie im Inneren dieser Äquatorialsonnenuhr am Frankfurter Mainufer vermerkt ist – erst der Schatten zeigt das Licht.

VON TOBIAS C. PROSS. Anlage-Notstand – dies ist ein Ausdruck, der in der öffentlichen Berichterstattung über die Kapitalanlage der Deutschen seit einiger Zeit mit schöner Regelmäßigkeit fällt. Der Grund: Die Bundesbürger verfügen über rekordhohe Bestände an Geldvermögen, die zu einem guten Teil zwar sehr sicher, dafür aber unrentabel angelegt sind. Dies ist vielen Anlegern auch durchaus bewusst. Die immer noch frische Erinnerung an drei starke Börseneinbrüche in der letzten Dekade lässt sie jedoch vielfach Abstand von Anlagen mit einem höheren Renditepotential nehmen. Ihr Dilemma: Einige Anlageformen, die früher als sicher galten, haben sich in der Finanzkrise als Verlustbringer erwiesen. Daher ziehen sich viele Anleger nun auf „garantiert sichere" Produkte zurück.

Diese Haltung ist zwar durchaus verständlich, aber nicht zielführend. Sie verstellt den Blick auf die Notwendigkeit zur Renditeerzielung – etwa im Rahmen der privaten Altersvorsorge. Darüber hinaus wird ignoriert, dass es im Gegenzug auch Anlagesegmente gibt, deren Rendite-Risiko-Profil sich in den letzten Jahren verbessert und im Vergleich zu einigen der vorherigen Verlustbringer als überlegen erwiesen hat.

Ein Beispiel hierfür ist die Anlageregion Asien. Innerhalb von zwölf Jahren hat sich dieser Kontinent vom Intensivpatienten zum Champion gewandelt. In den späten 90er Jahren noch Ausgangspunkt der Emerging-Markets-Krise, gelten die asiatischen Tigerstaaten heutzutage als ein Stützpfeiler von Weltwirtschaft und Finanzsystem. Mittlerweile erbringt die Region rund ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung und verfügt über etwa 40 Prozent der globalen Devisenreserven. Möglich wurde dieser Wieder-Aufstieg durch die fortschreitende Integration Chinas in die internationale Arbeitsteilung sowie dadurch, dass die Krisenstaaten von damals ihre Hausaufgaben gemacht haben. Somit waren sie in der Finanzkrise kaum anfällig.

In den Portfolien internationaler Anleger spiegelt sich der Bedeutungsgewinn Asiens bereits seit einiger Zeit dadurch wider, dass Aktien aus der Region beigemischt werden. Eine jüngere und ebenfalls sehr interessante Depot-Ergänzung mit alternativem Rendite-Risiko-Profil sind darüber hinaus asiatische Anleihen in lokaler Währung. Diese ermöglichen eine Partizipation am wirtschaftlichen Aufstieg der Region, ohne Aktienmarktrisiken einzugehen. In erster Linie kommen hierbei als Investment Staatsanleihen in Frage, darüber hinaus aber auch Unternehmensanleihen (Corporate Bonds), wenngleich der Markt für asiatische Corporate Bonds im Allgemeinen noch recht jung und klein ist.

Die Attraktivität des Segments asiatischer Lokalwährungsanleihen liegt zum einen darin begründet, dass die Staatsverschuldung in den Tigerstaaten im internationalen Vergleich sehr niedrig ist. Zusammen mit den angehäuften Devisenreserven – acht der zwölf Länder mit den weltweit höchsten Währungsreserven sind asiatische Staaten – hat dies dazu geführt, dass sich die Ratings dieser Länder in den vergangenen Jahren verbessert haben, während sich die Bonitätsnoten der Industrieländer im Schnitt verschlechterten. Mittlerweile besitzen die meisten der Tigerstaaten ein Investment-Grade-Rating. Anders als noch vor wenigen Jahren ist die Anlageklasse „Emerging Market Bond" damit heutzutage keinesfalls mehr automatisch gleichbedeutend mit der Einschätzung „riskant" – im Gegenteil.

Die zweite interessante Facette asiatischer Bonds ist die Tatsache, dass die Währungen dieser Länder im Zuge eines voranschreitenden wirtschaftlichen Aufholprozesses weiteres Aufwertungspotential besitzen. Dies gilt vor allem für China, das den Weg der kontrollierten Währungsaufwertung mittelfristig fortsetzen dürfte, aber auch für andere Länder der Region. Engagements in asiatischen Anleihen bieten somit zwei Renditequellen: Dies ist zum einen eine Verzinsung, die trotz der zuletzt beobachteten Ratingverbesserung im internationalen Vergleich immer noch attraktiv ist, zum anderen die Aussicht auf Währungsgewinne.

Es wird deutlich: Die Überwindung des Anlage-Notstandes macht ein Über-Bord-Werfen herkömmlicher Denkmuster und ein Schauen über den (deutschen) Tellerrand hinaus notwendig. Die Risiko-Schemata von vor der Finanzkrise stimmen nicht mehr mit den heutigen Gegebenheiten überein. Anleger sind daher gut beraten, den bislang häufig zu eng gezogenen Kreis ihrer Basisinvestments zu erweitern und auf Anlagesegmente guter Qualität außerhalb des Heimatmarktes beziehungsweise der westlichen Hemisphäre auszudehnen.

Tobias C. Pross, Sprecher der Geschäftsführung
Allianz Global Investors KAG, Frankfurt am Main

EDITORIAL

Ein altes Prinzip

Eintracht macht stark – so lautet der Name des ersten Gemeinschaftsvermögens überhaupt, das der niederländische Kaufmann Adriaan (auch: Abraham) van Ketwich 1774 auf den Weg brachte. Damit gilt van Ketwich als Vater der Investmentfondsidee. Seinen Geburtstag am 19. April nimmt die Fondsbranche zum Anlass, mit dem heutigen Tag den „Weltfondstag" ins Leben zu rufen und so Diskussionen um das Sparen mit Investmentfonds anzuregen. Denn was schon van Ketwich wollte, gilt heute immer noch als das Hauptziel von Investmentfonds: dem Wunsch vieler Investoren nach einer besseren Risikostreuung bei der Kapitalanlage nachzukommen.

Freilich haben sich die Rahmenbedingungen seit 1774 etwas verändert. So geht das Thema Geldanlage inzwischen nicht mehr nur wenige Vermögende an. Vielmehr sollte sich gerade vor dem Hintergrund der Altersvorsorge jeder damit beschäftigen, wie sie oder er am sinnvollsten einen Kapitalstock ansparen kann. Trotz des Vertrauensverlusts im Zuge der Finanzkrise gilt nämlich immer noch, dass die kapitalmarktorientierte Geldanlage gute Renditechancen bei hoher Flexibilität bietet – was man von vielen anderen Anlageformen nicht sagen kann. Allerdings haben die vergangenen Jahre auch deutlich gemacht, dass bei der Geldanlage ein blindes Vertrauen in eine gute Wertentwicklung von Aktien der falsche Weg ist. Damit wird das Investieren komplizierter und es ist um so wichtiger, sich mit dem Thema Geldanlage zu beschäftigen. Einen guten Anlass dafür bietet der Weltfondstag.

Alexander Schneider

Spektakulär entspannend.
DWS TRC Top Dividende - Fondsinnovation 2012 laut €uro.[1]

Diese Innovation sorgt für Entspannung: DWS TRC Top Dividende. Unser Aktienfondsklassiker mit einem starken Extra: dem DWS Trend- und Risikosystem (TRC). Damit können Sie an der Wertentwicklung unseres bewährten Top-Fonds partizipieren sowie Trends und Risiken im Blick behalten. Setzen auch Sie auf die Fondsinnovation des Jahres 2012[1] – den neuen DWS TRC Top Dividende.

» www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1.

DWS INVESTMENTS
Deutsche Bank Gruppe

*Die DWS/DB Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende Februar 2012. Den Verkaufsprospekt mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Kostenpauschale (p.a.): 1,5 % Das Sondervermögen weist aufgrund seiner Zusammensetzung/der vom Fondsmanagement verwendeten Techniken eine erhöhte Volatilität auf, d.h., die Anteilspreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume stärkeren Schwankungen nach unten oder nach oben unterworfen sein. Jeder TRC Fonds investiert dauerhaft mindestens 85% seines Vermögens in Anteile des jeweiligen Masterfonds. Bis zu 15% des Wertes jedes TRC Fonds dürfen in Derivate zur Absicherung investiert werden. Damit können bis zu 80% des Aktienmarktrisikos des jeweiligen Masterfonds abgesichert werden. Die TRC Fonds können eine andere Wertentwicklung erzielen als die Masterfonds. [1] Quelle: €uro, 02/2012

Partnerwahl mit Verstand

Viele Fondsanbieter sind dabei, sich und ihre Vertriebsansätze gründlich zu durchleuchten und zum Teil strategisch komplett neu auszurichten. Dabei werden sich mittelfristig drei grundsätzliche Typen von Kapitalanlagegesellschaften herausbilden.

VON JENS BAUMGARTEN UND JÖRG GUTSCHE.

Private Vorsorge und Geldanlage sind in Anbetracht schwächelnder öffentlicher Haushalte, einer alternden Bevölkerung sowie einer steigenden Inflationsgefahr bei historisch niedrigen Zinsen so wichtig wie nie zuvor. Gleichzeitig werden die damit verbundenen Anlageentscheidungen für uns alle immer schwieriger, weil die Anzahl an verfügbaren Anlageinstrumenten und anlagerelevanten Ländern sowie die Schwankungen an den Kapitalmärkten in den letzten Jahren stark zugenommen haben.

Kaum ein Anleger kann hoffen, diese Herausforderung ohne die Hilfe von starken Partnern wie etwa Kapitalanlagegesellschaften zu meistern, da er ohne die Nutzung von Fonds oder strukturierten Produkten sein Vermögen nicht ausreichend breit zu streuen vermag. Viele Privatanleger sehen sich daher derzeit in einem Dilemma: Einerseits bedürfen sie einer besseren Unterstützung denn je, andererseits ist ihr Vertrauen in viele Anbieter weiterhin belastet. Allzu sehr ist bei vielen der Eindruck entstanden, der Finanzdienstleistungsbranche sei vor allem an ihrem eigenen Wohl gelegen und nicht so sehr an dem ihrer Kunden.

Der Gesetzgeber hat die Branche aufgrund ebendieses Eindrucks in den letzten Jahren mit einer wahren Flut neuer Regularien überzogen, die das Geschäftsmodell vieler Anbieter teilweise substantiell berühren. Im Fokus stehen dabei vor allem die Vertriebsstrukturen, welche lange darauf abzielten, Fonds über mehr oder weniger transparente Provisionszahlungen an Vertriebspartner an den Mann zu bringen, anstatt durch gute Produkte, attraktive Preise und eine starke Marke eine aktive Nachfrage zu wecken.

Eines haben die mitunter zu Recht umstrittenen gesetzlichen Neuerungen zumindest schon erreicht: Viele Anbieter sind dabei, sich und ihre Vertriebsansätze gründlich zu durchleuchten und zum Teil strategisch komplett neu auszurichten. In der Folge werden sich viele Anbieter künftig weitaus stärker am Endanleger ausrichten müssen; eine ausschließliche Fokussierung auf die Vertriebspartner wird nur noch in Ausnahmefällen zielführend sein. Nach unserer Einschätzung werden sich mittelfristig drei grundsätzliche Typen von Kapitalanlagegesellschaften herausbilden:

Eine erste Gruppe werden sogenannte „preisorientierte Exzellenzmarken" darstellen, die durch einfache Produkte, schlanke Kostenstrukturen, niedrige Preise und hohe Volumina, aber gleichzeitig auch starke Marken gekennzeichnet sind. Eine typische Umsetzungsform ist die weitgehende Beschränkung der Produktpalette auf passiv gemanagte ETFs oder auch auf Ansätze, die auf der zunehmenden Automatisierung des Fondsmanagements durch computergestützte Analyse- und Entscheidungsalgorithmen beruhen.

Als zweite Gruppe werden sich „qualitätsorientierte Exzellenzmarken" etablieren, die auf differenzierte Produkte mit echten Mehrwerten für die Kunden setzen. Diese Mehrwerte werden im Regelfall durch einen eindeutigen Fokus auf solche Anlagefelder erbracht, in denen die Kapitalanlagegesellschaft besondere Kompetenzen vorweisen und somit auf eine dauerhaft überdurchschnittliche Performance der eigenen Fonds hoffen kann. Aber nicht nur Performance schafft Mehrwert. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, hergebrachte Produkte in eine innovative Kundenerfahrung einzubetten, z. B. mit Mitteln des Web 2.0 oder des mobilen Internets. Erste erfolgreiche Ansätze beobachten wir derzeit in den Vereinigten Staaten; etablierte deutsche Kapitalanlagegesellschaften haben diesen Weg bislang hingegen noch nicht beschritten.

Die dritte und in vielen europäischen Märkten derzeit stärkste Gruppe bilden schließlich solche Kapitalanlagegesellschaften, die meist durch Kapitalverflechtung eine enge Bindung zu einem Vertriebskanal aufweisen und somit auch in absehbarer Zukunft weiterhin als „vertriebsorientierte Machtmarken" agieren können. Dabei werden diese Gesellschaften versuchen, ihre Produkte und Beratungskonzepte optimal an die Kundenstruktur ihres Vertriebskanals anzupassen und als Vollsortimenter kaum Lücken lassen, durch die starke spezialisierte Wettbewerber Zugang zu ihren Endkunden erhalten können.

Offensichtlich sprechen die drei dargelegten Marktstrategien prinzipiell Kunden mit unterschiedlichen Präferenzen und Kompetenzen an. Zudem resultieren sie in Angeboten, die eine unterschiedliche Eignung für die verschiedenen Elemente einer gesamthaften Anlagestrategie aufweisen. Für Anleger ist es daher wichtig, den Charakter einer Kapitalanlagegesellschaft genau zu verstehen, um sich nicht von vorneherein in die falschen Hände zu begeben.

Jens Baumgarten ist Gesellschafter und Managing Partner von Simon-Kucher & Partners in New York, Dr. Jörg Gutsche ist Director des Kompetenzzentrums für Banken im Bonner Büro von Simon-Kucher & Partners.

Und ewig lockt der Mittelstand

Mittelstandsanleihen bieten verlockend hohe Renditen. Doch die höhere Renditechance wird mit einem höheren Risiko erkauft – und bei manchen Papieren stehen Chance und Risiko nicht mehr in einem gesunden Verhältnis.

VON JOHANNES FÜHR.

Anleihen von inhabergeführten und mittelständischen Unternehmen sind das Wachstumssegment im Eurorentenmarkt. Mit ihnen hat sich eine neue Gruppe von Schuldnern etabliert, die in einer Niedrigzinsphase, in der als sicher geltende deutsche Bundesanleihen zwischen 0,5 Prozent und 2 Prozent rentieren, dem Investor attraktive Renditen bieten. Solide Mittelständler bieten einen Zinsaufschlag von 300 bis 700 Basispunkten bei einer Bonität von BBB bis B- gegenüber Bundesanleihen und hochwertigen Unternehmensanleihen der Großkonzerne.

Höhere Kupons zahlen diese Firmen, weil sie zum einen häufig erstmals am Rentenmarkt auftreten, als Neulinge also noch nicht über eine Bonitätshistorie mit planmäßig gelaufener Zins- und Tilgungszahlung verfügen. Zum anderen sind es auch kleinere und unbekannte Firmen mit wenig erprobten Geschäftsfeldern – hier ist Vorsicht angesagt.

Zu unterscheiden sind zwei Arten von mittelständischen Anleihen. Zur einen Abteilung zählen die „klassischen Anleihen" des gehobenen Mittelstands wie etwa Bosch, Haniel und Stada. Diese Unternehmen sind meist bereits viele Jahre am Kapitalmarkt aktiv und haben in der Regel Emissionsvolumina von mehreren hundert Millionen Euro. Die andere und neue Gruppe setzt sich aus den „neuen mittelständischen Anleihen" zusammen, die über die Emissionsplattformen der Regionalbörsen begeben werden. Typischerweise liegt die Emissionsrendite bei diesen Emissionsdebütanten im aktuellen Umfeld zwischen 6,5 und 9,25 Prozent, die Laufzeit liegt zwischen drei und sieben Jahren, das Rating zwischen BBB+ und B-.

Vorteile für Emittent und Anleger

Für Unternehmen lohnt sich trotz der recht hohen Kupons oft die Ausgabe einer Anleihe: Weil die Banken auch aufgrund der erhöhten Eigenkapitalvorschriften durch Basel II und III ihre Kreditvergabe kürzen, verringern sie damit die Abhängigkeit von der Kreditfinanzierung. Neben dem Bankkredit stehen also mit erhöhtem Eigenkapital und der Anleiheemission weitere Finanzierungsmittel für

> *Einige Emittenten sind auch kleinere und unbekannte Firmen mit wenig erprobten Geschäftsfeldern – hier ist Vorsicht angesagt.*

Neuinvestitionen und Wachstum zur Verfügung, die eine wichtige Voraussetzung dafür sind, dass sich das Unternehmensrating verbessern kann. Die resultierende positive Bonitätsentwicklung schlägt sich auf die Anleihenkurse nieder, die unter Umständen sprunghaft steigen können.

Anleger haben Vorteile, weil sie renditestarke Alternativen zu mageren Zinsen auf dem Tagesgeldkonto erhalten. Die Investition in Mittelständler bietet zudem zusätzliche Stabilität: Mittelständische Unternehmen haben mehrheitlich die Tendenz, sich weniger stark zu verschulden. Sie wachsen in der Regel lieber organisch als durch Unternehmenszukäufe. Auch wirtschaften sie nachhaltiger und sind auf Langfristigkeit angelegt. Die Geschäftspolitik ist risikoärmer, zumal der mittelständische Unternehmer häufig mit seinem eigenen Kapital im Unternehmen engagiert ist. Viele renommierte Mittelständler verzeichnen ein kräftiges Wachstum, das auf die Fokussierung auf bestimmte Kernkompetenzen zurückzuführen ist, mit denen sie sich erfolgreich im internationalen Wettbewerb behaupten.

Bonität ist entscheidend

Der Vorteil bei der Bewertung von Unternehmen ist, dass ihre Bilanzen transparenter sind als die Haushaltspläne von Staaten. Deshalb ist auch die Bonität von Unternehmen leichter einzuschätzen als die von Staaten. Für die Steuerung eines Rentenportfolios ist das Bonitätsmanagement entscheidend. Für den Portfoliomanager heißt das: Er investiert in Unternehmen mit guter Qualität oder mit einem positiven Bonitätsausblick, um so an einer positiven Kursentwicklung der Anleihe zu partizipieren. Umgekehrt vermeidet er Anleihen von Unternehmen, bei denen er eine Verschlechterung der Bonität erwartet. Für die Bonitätsüberwachung ist eine permanente Kontrolle der Geschäftsdaten und Geschäftsaussichten daher unerlässlich.

Die richtige Auswahl und Analyse der Emittenten sowie eine möglichst breite Diversifizierung eines Mittelstandsanleihen-Portfolios sind entscheidend für den Erfolg in dieser Anlageklasse. Mit einem breit diversifizierten Depot lässt sich dies optimal darstellen.

Johannes Führ, Vorsitzender des Advisory Boards der Johannes Führ Asset Management GmbH, Frankfurt am Main

DIE AUSZEICHNUNG KOMMT AUS DEUTSCHLAND. DIE PERFORMANCE AUS DER GANZEN WELT.

ZUM DRITTEN MAL IN FOLGE FONDSGESELLSCHAFT DES JAHRES.
Das ist vor uns noch niemandem gelungen. Weltweite Expertise zahlt sich eben aus: Von globalen Renten bis Emerging Markets – vor allem die Wertentwicklung unserer international investierenden Fonds erzielte Top-Bewertungen. Also, die Jury haben wir schon mal überzeugt. Profitieren auch Sie von der 60-jährigen Erfahrung einer global führenden Fondsgesellschaft.

FRANKLIN TEMPLETON
INVESTMENTS

Informieren Sie sich jetzt über die mit einer Anlage in unsere Fonds verbundenen Chancen und Risiken: franklintempleton.de Verkaufsprospekte und weitere Unterlagen erhalten Sie kostenlos bei Ihrem Berater oder bei der Franklin Templeton Investment Services GmbH, Postfach 11 18 03, 60053 Frankfurt a. M., Mainzer Landstraße 16, 60325 Frankfurt a. M., Tel. 08 00/0 73 80 01, Fax +49(0)69/27 22 3-120.

INTERVIEW *mit Andrej Brodnik*

„Das Bild ist gemischt"

Andrej Brodnik, Leiter des Retailgeschäfts von BlackRock in Deutschland, Österreich und Osteuropa, über Absolute-Return-Produkte in der Finanzkrise.

Herr Brodnik, eine absolute Rendite unabhängig von der Entwicklung an den Märkten zu erzielen und dabei mehr zu verdienen als mit Geldmarktinvestments – das klang schon immer wie der Traum eines Anlegers. Doch die erste Generation der Absolute-Return-Fonds konnte in der Finanzkrise ihr Produktversprechen oft nicht einhalten. Haben die Anbieter den Mund zu voll genommen?

Zumindest hat die Strategie vieler Anbieter damals nicht wie geplant funktioniert, das stimmt. Man muss den Fondsmanagern allerdings zugestehen, dass sie auch recht wenige Freiheiten hatten. Auf fallende Kurse zu setzen war beispielsweise nicht erlaubt. Man versuchte, durch das flexible Umschichten in Anlageklassen einen absoluten Ertrag zu erzielen. Diese Strategie geht aber bei großen Kapitalmarktkrisen häufig kurzfristig nicht auf, da in solchen Situationen fast alle Anlageklassen unter die Räder kommen.

Die europäische Richtlinie für Fondsinvestments UCITS bietet in ihrer aktuellen Version den Fondsanbietern größere Freiheiten in der Anlage. Wie hat sich das auf Absolute-Return-Produkte ausgewirkt?

Prinzipiell sehr positiv: Mit Hilfe der Neuerungen der UCITS-III-Richtlinie konnten erstmals klassische Hedgefonds-Strategien mittels einer genau definierten und einheitlichen Regulierung, Liquiditätsstandards und hoher Transparenz in Publikumsfonds implementiert werden. Für die neue Generation der Absolute-Return-Fonds zählt also das Argument des zu geringen Freiheitsgrades nicht mehr.

Haben sich diese „Absolute Return 2.0"-Produkte in der schwierigen Marktlage 2011 bewährt?

Wie so oft ist das Bild gemischt. Zwar schlugen laut einer Studie des Analysehauses Absolut Research UCITS-III-konforme Absolute-Return-Fonds im vergangenen Jahr Dax und Euro Stoxx 50 deutlich – die Indizes verloren 13 Prozent beziehungsweise 15 Prozent. Allerdings konnten sie mit einem Minus von durchschnittlich 4,5 Prozent keinen positiven Ertrag erzielen und somit die Verluste an den Aktienmärkten lediglich abfedern. Aber es gab im vergangenen Jahr auch eine Reihe von Absolute-Return-Fonds, die eine positive Rendite erzielt und damit einen wertvollen Beitrag zur Portfoliodiversifizierung geleistet haben. Um solche Fonds nicht erst im Nachhinein identifizieren zu können, sollten Anleger vor der Investitionsentscheidung die Absolute-Return-Fonds einem sorgfältigen Produktcheck unterziehen.

> *Absolute-Return-Fonds müssen nicht zwingend hochkomplex sein.*

Sind diese Produkte – die ja dem Sicherheitsbedürfnis vieler Anleger zumindest vom Anspruch her gerecht werden – ein Basisprodukt für Privatanleger oder eher zur Ergänzung eines Portfolios gedacht?

Wir leben in einer neuen Anlagewelt. Die Zinsen sind niedrig und die Kapitalmärkte sind volatil. Die Anleger benötigen deshalb flexiblere und breiter diversifizierte Portfolios. Absolute-Return-Strategien sollten deshalb als wichtiger Portfoliobaustein genutzt werden.

Immer wieder hört man den Anlegerratschlag „Kaufe nur Produkte, die du auch verstehst". Sind Fonds, die unter anderem Hedgefonds-Strategien in der Anlage nutzen, nur etwas für Spezialisten?

Nein, entscheidend ist für den Privatanleger, ob er die Strategie hinter dem Fonds versteht. Absolute-Return-Fonds müssen nicht zwingend hochkomplex sein. Und es ist die Aufgabe der Berater und der Assetmanager, den Anlegern die Strategie der Fonds zu erklären. Gelingt ihnen das nicht, sollten die Anleger den Fonds auch nicht kaufen.

Worauf sollten private, aber auch institutionelle Anleger grundsätzlich achten, wenn sie einen Absolute-Return-Fonds in Betracht ziehen?

Wichtig ist ein ausführlicher Produktcheck. Wie hat sich der Fonds in der Vergangenheit geschlagen? Welche Strategie verfolgt der Fondsmanager? Verstehe ich diese Strategie? Und ganz wichtig: Wie ist es um die Risikomanagementkultur des Assetmanagers bestellt? Absolute Return-Fonds, die diesen Produktcheck bestehen, bieten den Investoren zwar keine Garantie auf den gewünschten Anlageerfolg, aber seine Eintrittswahrscheinlichkeit steigt deutlich.

Die sogenannten vermögensverwaltenden Fonds haben in den vergangenen Jahren einen Aufschwung erfahren und wollen Ähnliches wie Absolute-Return-Produkte erreichen: Kapitalerhalt in schwierigen Zeiten, Teilhabe, wenn es an den Märkten aufwärtsgeht. Wie ist dieses Konzept von Absolute Return abzugrenzen?

Beide Fondskategorien verfolgen grundsätzlich dasselbe Ziel. Allerdings sollte die Volatilität eines Absolute-Return-Fonds deutlich unter der eines vermögensverwaltenden Fonds liegen.

Noch eine Frage zum deutschen Fondsmarkt: Wie stellt sich die Vertriebssituation aktuell aus Sicht eines unabhängigen Assetmanagers dar? Hat das Thema „unabhängige Beratung" – Open Architecture – in den Banken noch Konjunktur?

Wir haben in der Regel bei den Banken eine „Guided Architecture". Das bedeutet, dass die Bank sehr sorgfältig eine begrenzte Anzahl von Assetmanagern mit sehr gutem Track-Record auswählt und in den aktiven Vertrieb aufnimmt. Ich sehe zurzeit nicht, dass sich an diesem Modell etwas ändert.

Die Fragen stellte Alexander Schneider.

INTERVIEW *mit Thomas Richter*

„Investmentfonds sind der Kern der Altersvorsorge“

Immer weniger Einzahler, immer mehr ältere Menschen – die strukturellen Probleme der Altersvorsorge sind seit langem bekannt. Doch die private Vorsorge hat sich noch immer nicht auf breiter Front durchgesetzt. Wir sprachen darüber mit Thomas Richter, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Investment und Asset Management (BVI).

Herr Richter, „Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen“ lautet ein bekanntes deutsches Sprichwort. Bei der privaten Vorsorge allerdings scheinen viele Bürger umgekehrt zu handeln. Waltet hier das Prinzip Hoffnung?

Nein. Die Leute wissen mittlerweile, dass es eine Versorgungslücke gibt. Nur noch wenige glauben, dass die Rente sicher ist. Nach einer Forsa-Umfrage machen sich über die Hälfte der Befragten Sorgen, dass sie im Alter einen geringeren Lebensstandard haben als heute. Neun von zehn erwarten in den nächsten Jahren eine Zunahme der Altersarmut.

Doch offenbar fällt es vielen schwer, das Problembewusstsein in konkrete Handlungen zu übersetzen.

Da haben Sie leider recht. Ein Beispiel: Seit zehn Jahren haben Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch darauf, Teile ihres Bruttogehaltes in eine betriebliche Vorsorge einzuzahlen. Doch verfügt bislang erst jeder zweite Beschäftigte in Deutschland über Rentenansprüche aus der betrieblichen Vorsorge. Heute kommen nur 8 Prozent der gesamten Altersbezüge aus der betrieblichen Altersvorsorge, weitere 11 Prozent speisen sich aus der privaten Vorsorge.

Wie wollen Sie das ändern?

Die sich umkehrende Alterspyramide erfordert grundlegende Veränderungen. Denn die gesetzliche Rente wird als Finanzierungsquelle an Bedeutung verlieren. Fonds bieten Lösungen für die private wie auch die betriebliche Altersvorsorge. Anders als die gesetzliche Rente beruht die Vorsorge mit Fonds nicht auf einer Umlagefinanzierung, sondern ist kapitalgedeckt. Die Versorgung im Alter wächst mit dem Volumen der individuellen Einzahlungen und der erwirtschafteten Rendite. Dies entlastet die Solidargemeinschaft, und der Umfang der Versorgung kann auf die individuellen Ansprüche zugeschnitten werden. Daher dürfte die Bedeutung von Fondssparplänen für die Altersvorsorge weiter wachsen.

Sparpläne wirken aber angesichts einer Rendite der Bundesanleihen von 2 Prozent und steigenden Inflationsraten nicht sonderlich attraktiv.

Das ist richtig. Damit langfristig ein angemessenes Vermögen für den Ruhestand gebildet werden kann, muss in Substanzwerte investiert werden. Anleger, die beispielsweise in den vergangenen 30 Jahren monatlich 200 Euro in Aktienfonds mit Schwerpunkt Deutschland eingezahlt haben, konnten ein Vorsorgevermögen von rund 190.000 Euro aufbauen. Trotz der Baisse nach der Jahrtausendwende und der Finanzkrise entspricht dies einer Rendite von jährlich fast 6 Prozent. Hierbei sind alle Kosten des Fonds sowie der maximale Ausgabeaufschlag bereits berücksichtigt. Wird dieses Vermögen im Ruhestand über die nächsten 25 Jahre mit Kapitalverzehr und einer unterstellten jährlichen Wertentwicklung von 3 Prozent aufgebraucht, so erhält der Ruheständler zusätzlich zur gesetzlichen Rente monatlich fast 900 Euro.

Können denn heutzutage mit weitgehend risikolosen Anlagen, wie sie ein Rentner braucht, überhaupt 3 Prozent Rendite erwirtschaftet werden?

3 Prozent sind möglich, allerdings geht das nicht ohne Aktien. Daneben gibt es erstklassige Unternehmensanleihen und Anleihen aus den dynamischen Schwellenländern, die höhere Zinsen als Bundesanleihen bieten.

Dass Sie Investmentfonds als wichtigen Baustein der Altersvorsorge sehen, ist verständlich. Doch die Rückflüsse bei den Publikumsfonds in den vergangenen Jahren sprechen eine andere Sprache. Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?

Unsere Branche bietet viel mehr als nur Sparpläne mit Publikumsfonds. Viele Produkte, die letztlich der Altersvorsorge der Bevölkerung dienen, haben „Asset Management inside“. Das zeigen die anhaltend kräftigen Zuflüsse bei den Spezialfonds. Von den insgesamt von unserer Branche verwalteten rund 1,8 Billionen Euro entfällt mit 1,1 Billionen das Gros auf institutionelle Anleger. Das sind Versicherungen, Altersvorsorgeeinrichtungen, Stiftungen, Kirchen, Unternehmen und andere. Die bedeutendsten Investoren bei den Spezialfonds sind die Altersvorsorgeanbieter. Sie stehen für rund zwei Drittel des Spezialfondsvermögens und wissen die gesetzlich streng regulierten Investmentfonds mit ihrem Insolvenzschutz sehr zu schätzen.

Bei den Privatanlegern scheinen aber diese Vorteile nicht so richtig anzukommen.

Ich drücke das lieber so aus: Die Investmentbranche hat bei der privaten Altersvorsorge, also beim direkten Zugang zum Anleger, noch Potential. Deshalb engagieren wir uns für die Gleichberechtigung der verschiedenen Anlageformen.

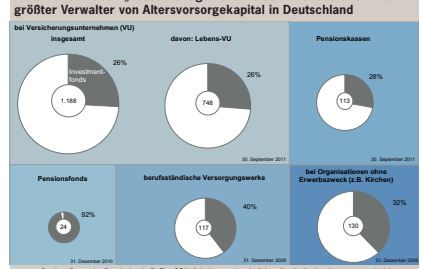
Wo konkret fühlen Sie sich denn ungerecht behandelt?

Langfristiges Sparen sollte generell günstiger besteuert werden als kurzfristige Spekulation. Konkret sollten für die Altersvorsorge eingesetzte Fondssparpläne mit Lebensversicherungen gleichgestellt werden. Ein stärkerer Wettbewerb zwischen Fonds- und Versicherungslösungen würde die Kosten reduzieren, die Effizienz steigern und das Versorgungsniveau der Bürger verbessern. Investmentfonds sind insolvenzsicher und damit für die Vorsorge geradezu prädestiniert.

Und in der betrieblichen Vorsorge?

Die bislang erzielte Durchdringung dürfte weder den politischen Entscheidungsträgern genügen, noch leistet sie bisher den erforderlichen Beitrag für die Altersvorsorge der Bevölkerung. Zusammen mit der Förderung der betrieblichen Altersvorsorge müssen den finanzierenden Unternehmen praktikable Lösungsmöglichkeiten geboten werden, die deren wirtschaftliche Entwicklung nicht hemmen. Dabei können Fonds eine wichtige Rolle einnehmen.

Viele Hüllen haben „Asset Management inside“ – Fondsbranche ist größter Verwalter von Altersvorsorgekapital in Deutschland



Quellen: Deutsche Bundesbank, BaFin, GDV, Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen

Angabe im Innenring: Geldvermögen in Mrd. Euro

Wie könnte das aussehen?

Zum Beispiel wird den Contractual Trust Agreements (CTAs) künftig eine noch stärkere Rolle zukommen. Bei diesem Treuhandmodell überträgt das Unternehmen, das seinen Mitarbeitern eine betriebliche Altersvorsorge zugesagt hat, die bis dahin dafür in die Bilanz eingestellten Deckungsmittel auf das CTA. Die Pensionsverpflichtungen werden also aus der eigenen Bilanz ausgegliedert. Das zumeist von Kapitalanlagegesellschaften treuhänderisch verwaltete Vermögen ist somit ausschließlich für die Pensionsverpflichtungen zu verwenden. Für große Unternehmen ist es sinnvoll, ein eigenes CTA zu gründen. Mit sogenannten Gruppen-CTAs kann auch der Mittelstand bedient werden. Dass so der betrieblichen Vorsorge eine deutlich stärkere Rolle zukommt, ist auch aus gesellschaftlicher Sicht wünschenswert.

Die Fragen stellte Alexander Schneider.

STANDPUNKT *von Bernulph von Crailsheim und Michael Hofmann*

Kein großer Wurf

Der Bericht zur Neukonzeption des Investmentsteuerrechts erntet Kritik. Zu hoffen ist, dass die Arbeitsgruppe ihren Ansatz noch einmal grundlegend überdenkt.

VON BERNULPH VON CRAILSHEIM UND MICHAEL HOFMANN. Mit dem Ziel, ein „einfaches und aufkommenssicheres Investmentbesteuerungssystem“ zu entwickeln, hat die Finanzministerkonferenz im vergangenen Jahr eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt. Am 24. Februar 2012 hat diese nun ihren überarbeiteten zweiten Entwurf eines Berichts zur „Neukonzeption der Investmentbesteuerung“ vorgestellt. Der Bericht sieht einen umfassenden Systemwechsel für die Besteuerung von Publikums-Investmentfonds vor, der in vielen Fällen zu einer Benachteiligung von Fondsinvestitionen gegenüber Direktinvestitionen führen würde.

Das geltende Investmentsteuerrecht beruht auf dem Grundsatz der sogenannten steuerlichen Transparenz. Danach sollen Anleger ihre Fondserträge so versteuern, als ob sie diese unmittelbar selbst erzielen würden. Inländische Fonds sind deshalb steuerbefreit. Die Anleger hingegen werden grundsätzlich sowohl bei der Ausschüttung als auch bei der Thesaurierung des Fonds besteuert. Allerdings bleiben bestimmte Veräußerungs- sowie Termingeschäftsgewinne, die thesauriert werden, zunächst steuerlich unberücksichtigt (Fondsprivileg). Sie werden erst bei Rückgabe oder Veräußerung der Fondsanteile versteuert. Steuerlich erfasste Erträge unterliegen bei Privatanlegern der Abgeltungsteuer. Bei betrieblichen Anlegern gilt unter bestimmten Voraussetzungen das Teileinkünfteverfahren, beziehungsweise es sind Dividenden und Gewinne aus der Veräußerung von Kapitalgesellschaftsbeteiligungen steuerbefreit.

Mit Hinweis darauf, dass die Steuereinnahmen zeitweise erheblich gemindert würden, verwirft die Arbeitsgruppe leider die einfachste Umsetzung eines Systemwechsels, nämlich eine reine Cashflow-Besteuerung auf Anlegerebene. Dagegen werden zur Neukonzeption der Investmentbesteuerung zwei parallele Besteuerungssysteme vorgeschlagen: ein neues „intransparentes Regime“ sowie ein weitgehend „transparentes Regime“ mit Thesaurierungsbegünstigung.

Das transparente Regime soll nur ausnahmsweise dann anwendbar sein, wenn sich an dem Fonds maximal 100 Anleger beteiligen dürfen, die keine natürlichen Personen sind, und wenn der Fonds seine Anteilseigner kennt. Transparente Fonds sollen weitgehend wie bisher besteuert werden.

Idee des intransparenten Regimes, das den Regelfall darstellen soll, ist es, die Erträge dann zu erfassen, wenn sie dem Anleger zufließen (Cashflow-Prinzip). Allerdings soll während der Haltedauer des Investmentanteils eine Art Mindestbesteuerung vorgenommen werden, indem eine sogenannte Vorabpauschale erhoben wird, die wiederum einer Steuerstundung entgegenwirkt. Überdies sollen inländische Investmentvermögen mit ihren inländischen Dividendenerträgen sowie mit Einkünften aus Inlandsimmobilien künftig zwar der Körperschaftsteuer, nicht jedoch der Gewerbesteuer unterliegen.

Zahlreiche Nachteile

Die Vorabpauschale soll dann greifen, wenn in einem Veranlagungszeitraum die Ausschüttungen des Fonds die Höhe einer risikolosen Marktverzinsung nicht erreichen. Die risikolose Marktverzinsung wird dabei anhand des Basiszinses im Sinne des Bewertungsgesetzes berechnet, der für das Jahr 2012 2,44 Prozent beträgt. Um die auf Fondsebene anfallenden Kosten zu berücksichtigen, werden 80 Prozent des Basiszinses angesetzt. Die tatsächlichen Ausschüttungen mindern die Vorabpauschale. Zudem wird die Vorabpauschale auf die tatsächliche Wertsteigerung des Fondsanteils im Veranlagungszeitraum begrenzt, um zu vermeiden, dass der Fonds zeitweise übermäßig besteuert wird. Somit würde eine Vorabpauschale nicht angesetzt, wenn der Rücknahmepreis eines Fondsanteils nicht gestiegen ist. Bereits versteuerte Vorabpauschalen mindern gegebenenfalls anfallende Gewinne aus der Veräußerung der Fondsanteile beziehungsweise erhöhen einen Verlust aus deren Veräußerung.

Bei Privatanlegern unterlägen nach dem neuen Konzept laufende Erträge aus Investmentvermögen und Gewinne aus der Rückgabe beziehungsweise Veräußerung von Investmentanteilen der Abgeltungsteuer. Bei betrieblichen Anlegern führten die erfassten Erträge und Gewinne zu Betriebseinnahmen. Sie unterlägen also der Einkommen- oder Körperschaftsteuer, ohne dass das sogenannte Teileinkünfte- oder Nulleinkünfteverfahren berücksichtigt würde.

Im Hinblick auf die steuerliche Vorbelastung von Inlandsdividenden und Einkünften aus Inlandsimmobilien sieht der Bericht für Aktien- und Immobilienfonds, die Aktien- beziehungsweise Immobilienanteile von jeweils mindestens 51 Prozent voraussetzen, eine sogenannte Aktien- oder Immobilienteilfreistellung auf Anlegerebene vor.

Die beabsichtigte Neukonzeption bringt zahlreiche Nachteile: Die Besteuerung von Dividenden auf Fonds- und auf Anlegerebene führt zunächst zu einer deutlichen Benachteiligung einer Fondsanlage im Vergleich zu einer Direktanlage. Dies gilt insbesondere für Mischfonds, die häufig nicht in den Genuss der Aktien- oder Immobilienfreistellung kämen. Die Einführung der Vorabpauschale führte zudem zu einer Besteuerung nicht realisierter Wertsteigerungen – und somit zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Fonds. Nach den vorgeschlagenen Änderungen unterläge auch nicht mehr jeder Fonds, der dem Investmentgesetz entspricht, dem Investmentsteuergesetz. Damit fielen gegebenenfalls selbst Publikumsfonds in das allgemeine Besteuerungsregime zurück, was zu erheblichen Mehrbelastungen der Anleger führen könnte. Eine betriebliche Altersvorsorge über Fonds würde im Vergleich zu einer Direktanlage unattraktiv, weil Dividenden mit 15 Prozent bereits auf Fondsebene besteuert würden und weil die Fondserträge für Zwecke der Zinsschranke unberücksichtigt blieben. Letztlich würden auch steuerbefreite Anleger, zum Beispiel steuerbefreite Pensionskassen, durch die Besteuerung von Dividendenerträgen auf Fondsebene künftig deutlich mehr belastet.

Es bleibt zu hoffen, dass die Arbeitsgruppe ihren Ansatz zur Neukonzeption der Investmentbesteuerung durch zwei parallele Besteuerungssysteme noch einmal grundlegend überdenkt.

Dr. Bernulph von Crailsheim ist Partner bei Dewey & LeBoeuf LLP in Frankfurt am Main, Dr. Michael Hofmann ist Rechtsanwalt der Kanzlei.

INTERVIEW *mit Steve Triantafilidis*

„Immaterielle Faktoren haben direkten Einfluss“

Steve Triantafilidis, Leiter Global Equities bei Vontobel Asset Management, über das Anlagethema Nachhaltigkeit in einem instabilen Umfeld

Herr Triantafilidis, in seinem Buch „Der schwarze Schwan“ hat Nassim Taleb über seltene Extremrisiken geschrieben, die gerne von den Menschen ausgeblendet werden. Seit der Finanzkrise gab es jedoch mit der Ölpest im Golf von Mexiko, den Unruhen in Nordafrika und dem Erdbeben in Japan innerhalb kurzer Zeit weitere Ausnahmeereignisse. Wie sehen Sie die Zukunft der Aktienanlage in einem solch instabilen Umfeld?

Wir sind überzeugt, dass finanzieller Erfolg und verantwortliches Handeln Hand in Hand gehen. Langfristig orientierte Anleger verstehen, dass es, um ein Investment gesamtheitlich zu bewerten, mehr braucht, als nur kurzfristig orientierte Geschäftsberichte zu analysieren. Für uns ist ein Aktienkauf gleichbedeutend mit dem Teilbesitz der Gesellschaft. Somit sind immaterielle Werte wie beispielsweise das Qualitätsmanagement, die Reputation, das soziale wie auch das intellektuelle Kapital sowie das ökologische Verhalten Faktoren, die einen direkten Einfluss auf die Gesamtentwicklung respektive das Potential der Unternehmung haben; und das sowohl unter stabilen als auch unter schwer vorhersagbaren Marktbedingungen. Wir haben zudem erkannt, dass uns Nachhaltigkeitskriterien wirkungsvoll unterstützen, wenn es darum geht, Chancen und Risiken zu erkennen. So hat beispielsweise die Kreditkrise aufgezeigt, welche Risiken es birgt, wenn man die Nachhaltigkeit in Bezug auf die Themen Corporate Governance und Vergütung nicht in Betracht zieht – und welche hohen sozialen Kosten daraus entstehen können, wenn einige Institutionen, die über den Status „too big to fail“ verfügen, staatliche Unterstützung benötigen.

Spielen denn diese Kriterien aus Anlegersicht wirklich eine wichtige Rolle?

Ja, denn beispielsweise ist die Vernachlässigung von Umweltrisiken oder Mitarbeiterrechten schlecht für das Image und möglicherweise auch für den Aktienkurs. Die Bedeutung von nachhaltigem Wirtschaften ist bei Investoren und Unternehmen daher mittlerweile breit verankert. Es gibt viele Beispiele für Unternehmen, die in jüngster Zeit Nachhaltigkeitsaspekten mehr Gewicht einräumen – auf Druck der Kunden oder der Öffentlichkeit. So hat beispielsweise der Apple-Zulieferer Foxconn angesichts unhaltbarer Zustände in seinen chinesischen Fabriken die Arbeitsbedingungen geändert. Für besonders repetitive Arbeiten sollen nun vermehrt Roboter zum Einsatz kommen.

Solche Kriterien sind doch viel mehr Auslegungssache als traditionelle Finanzkennzahlen.

Die Kriterien sind ja nicht willkürlich gewählt. Als Grundgerüst für die Integration von Nachhaltigkeit ins Anlagegeschäft für verantwortungsbewusstes Anlegen dienen uns die sechs Grundsätze der Vereinten Nationen, die sogenannten UN Principles for Responsible Investment (UN PRI). Von den Unterzeichnern der UN PRI wird erwartet, dass sie die drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologische, Soziale und Governance-Faktoren (ESG) – zunehmend in ihr Anlagegeschäft integrieren. So sollen sie einerseits die ESG-Kriterien in die Analyse- und Entscheidungsprozesse mit einbeziehen und andererseits auf eine hohe Nachhaltigkeitstransparenz bei denjenigen Unternehmen hinwirken, in die sie investieren. Gleichzeitig sollen die Investmentgesellschaften aber auch die Akzeptanz und Umsetzung in der Investmentbranche vorantreiben.

Dennoch: Weiche Faktoren wie eine verantwortungsvolle Betriebsführung lassen sich nur schwierig bei der Titelauswahl berücksichtigen.

Harte Kennzahlen wie Umsatz- und Gewinnentwicklung sind sicherlich einfacher zu beobachten. Doch die Integration von Finanz- und Nachhaltigkeitsanalyse bietet eine mögliche Lösung. Denn bislang gehen viele Anbieter bei der Verwaltung nachhaltiger Anlagen nach bewährten Mustern vor, indem sie den sogenannten Best-in-Class-Ansatz oder aber Ausschlusskriterien anwenden. Dabei investieren sie eher mechanistisch in diejenigen Unternehmen, die innerhalb ihrer Branche ökologische, soziale oder ethische Standards am besten umsetzen. In einem integrierten Ansatz können jedoch die Finanz- und Nachhaltigkeitsaspekte ebenbürtig behandelt werden: Durch die enge Zusammenarbeit von Sektoranalysten und Nachhaltigkeitsexperten lassen sich die Leistungen der Unternehmen in den Bereichen Ökologisches, Soziales und Governance sehr früh berücksichtigen.

Wie sieht das bei Ihnen konkret aus?

Die Titelauswahl erfolgt bei einem Integrationsansatz in mehreren Schritten: Das weltweite Anlage-Universum umfasst rund 15 000 Unternehmen. Dieser Kreis der Kandidaten wird auf der Basis von quantitativen Informationen zu Marktkapitalisierung und Liquidität auf rund 2000 Unternehmen eingeengt. Es folgt eine Auswertung nach Kriterien wie Cashflow, Bewertung oder speziellen Themen wie soziale Netzwerke, demographische Entwicklungen sowie Urbanisierung. Für potentiell interessante Unternehmen wird in der Folge eine fundierte Analyse mit einer Beurteilung des Geschäftsmodells unter besonderer Berücksichtigung der Nachhaltigkeitschancen und -risiken erstellt, die schließlich in rund 40 Neuempfehlungen pro Jahr mündet.

Und daraus wählt der Fondsmanager dann aus?

Richtig. Als Grundlage dienen dafür sogenannte Sektorpapiere, die von den Nachhaltigkeitsspezialisten und den Finanzanalysten in Zusammenarbeit erstellt werden. Darin werden die Chancen und Risiken im Nachhaltigkeitsbereich aufgezeigt, neun Mindestkriterien – je drei für die drei Bereiche Umwelt, Soziales und Governance – festgelegt, der Umgang mit kritischen Themen sowie die Formulierung von Fragen an die Unternehmen definiert. Anschließend wird bewertet, ob und wie gut ein Unternehmen, das in die engere Wahl gekommen ist, die Kriterien erfüllt.

Wie gewichten Sie die Kriterien?

Die neun Mindestkriterien für die weitere Titelauswahl sind für alle Sektoren gleich definiert, variieren aber je nach Branche. Für den Bereich Umwelt (Erfüllung von Umweltstandards, Verringerung von Emissionen, Einfluss der Produkte auf die Umwelt) und für den Bereich Governance (Unabhängigkeit des Aufsichtsrats, Aktionärsrechte, Entlohnung des Managements) gelten über sämtliche Sektoren hinweg die gleichen Standards. Im Bereich Soziales sind die Kriterien für Beschäftigte überall gleich, wogegen die Kriterien für Gesundheit und Sicherheit sowie die Beziehungen mit Anspruchsgruppen für jeden Sektor anders festgelegt sind. Zudem kann die Gewichtung der neun Kriterien von Branche zu Branche variieren. Die Beurteilung des Geschäftsmodells unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitschancen respektive -risiken erfolgt somit sehr differenziert. Deshalb können Portfolios von verschiedenen Anbietern je nach Analysemethode ganz unterschiedlich ausfallen, obwohl sie über den gemeinsamen Nenner „Nachhaltigkeit“ verfügen.

Wie können Sie angesichts dieser Vielschichtigkeit den Überblick behalten?

Nachhaltigkeitsleistungen lassen sich manchmal recht einfach überprüfen. So sollten die Unternehmen etwa über ein Umweltleitbild verfügen, bei der Produktion Umweltgesichtspunkte berücksichtigen und bestrebt sein, Energie zu sparen und Abfälle zu verwerten. Als Entscheidungsgrundlage dienen neben öffentlichen Reports auch Berichte verschiedener ESG-Research-Anbieter sowie regelmäßige persönliche Kontakte mit dem Unternehmen.

Inwiefern hat sich Nachhaltigkeit schon bei den Anlegern durchgesetzt?

Nachhaltige Anlagen erfreuen sich bei Investoren zunehmender Beliebtheit: Gemäß dem Forum Nachhaltige Geldanlagen betrug das entsprechende Volumen in diesen Ländern im Jahr 2010 rund 51,9 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Plus von 37 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine Vielzahl von befragten Finanzdienstleistern in den deutschsprachigen Ländern geht von einem weiteren Wachstum in den kommenden drei Jahren aus.

Und die Frage aller Anlegerfragen: Lohnt sich Nachhaltigkeit auch finanziell?

Ja. Wir sind der festen Überzeugung, dass Investitionen in Gesellschaften, die nachhaltig arbeiten, nicht nur für deren Geschäftsgang einen guten Schutz bieten, sondern auch für Investoren zu höheren Renditen führen. Dies, während sich die Gefahren gleichzeitig minimieren.

Die Fragen stellte Alexander Schneider.

FT Emerging ConsumerDemand

Profitieren Sie vom Konsum-Boom in den Emerging Markets

Die künftigen Lokomotiven der Weltwirtschaft sind die Emerging Markets. Schon heute erwirtschaften sie ein Drittel des weltweiten Sozialprodukts. Tendenz steigend. Mehr Wachstum bedeutet mehr Wohlstand, eine rasant zunehmende Mittelschicht und damit mehr Konsum.

Mit dem neu aufgelegten **FT Emerging ConsumerDemand** setzen Sie auf das Wachstum und die steigende Konsumnachfrage in den Schwellenländern. Der Fonds legt sowohl in Konsumwerte aus den Emerging Markets als auch in Unternehmen aus den Industrieländern an, die einen bedeutenden Anteil ihres Umsatzes in den Emerging Markets erzielen. Zusätzlicher Vorteil, gerade in der heutigen Zeit: Konsumwerte schwanken erfahrungsgemäß weniger stark als der breite Markt.

Damit bietet Ihnen der FT Emerging ConsumerDemand einen idealen Einstieg in die Wachstumsmärkte der Zukunft.

Mehr Informationen zum Fonds, eine Erläuterung der Vorteile und Risiken sowie die aktuellen Verkaufsprospekte erhalten Sie bei Ihrem Berater oder unter „www.frankfurt-trust.de“.

WELTFONDSTAG
www.nur-fuer-alle.de/weltfondstag
19. APRIL 2012
Gewinnen Sie Fondssparpläne im Gesamtwert von 12.000 Euro.
Jetzt unter www.frankfurt-trust.de
Wir verlosen zehn Fondssparpläne im FT Emerging ConsumerDemand. Die Gewinner erhalten ein Jahr lang jeden Monat Fondsanteile im Gegenwert von 100 Euro.

FRANKFURT-TRUST
ASSET MANAGEMENT

Chancen am Rande

Es gibt weiterhin Anleihen mit großem Aufwertungspotential. Diese sind allerdings riskanter, daher sollte man breit streuen.

VON EMMANUEL PETIT UND OLIVER ROLL.

Die Bewegungen an den Anleihemärkten im vergangenen Jahr waren ziemlich ausgeprägt. Das lag unter anderem an den Unsicherheiten über die weltweite volkswirtschaftliche Entwicklung, der Staatsschulden- und/oder Euro-Krisen, der Liquiditätskrise und gestiegenen regulatorischen Anforderungen – und führte zu einem deutlichen Anstieg der Renditen von Unternehmensanleihen. Ebenso sind die Risikoaufschläge für Staatsanleihen vermeintlich unsicherer Schuldner dramatisch nach oben gegangen. Auf der anderen Seite sind die Anleiherenditen von Staaten, die als sehr sicher wahrgenommen werden, auf historische Tiefststände gesunken. Dieses Auf und Ab hat gerade in der zweiten Jahreshälfte 2011 zu starken Belastungen an den Kapitalmärkten geführt.

Seit die Europäische Zentralbank Anfang Dezember 2011 begonnen hat, eine etwas lockerere Geldpolitik durchzuführen, hat sich die Situation vollständig verändert. Euro-Staatsanleihen, Unternehmensanleihen und Aktien haben sich deutlich erholt. Der wichtigste Grund dafür dürfte sein, dass die Wahrscheinlichkeit eines Zerfalls der Eurozone merklich zurückgegangen ist. Aus der Sicht der Anleger dürften vor allem die langfristigen Refinanzierungsmaßnahmen der EZB (LTRO), Maßnahmen europäischer Regierungen zur Eindämmung der Neuverschuldung sowie deren Entschlossenheit, die Eurozone erhalten zu wollen, entscheidend gewesen sein. Alle diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, das Anlegervertrauen zu stärken.

Über diesen psychologischen Effekten auf die Anleihenmärkte sollte aber nicht vergessen werden, dass es auch handfeste fundamentale Gründe gibt, die zur Erholung der Märkte beigetragen haben. So steht die Weltwirtschaft aktuell besser da, als noch vor einigen Monaten zu befürchten war. Auch die Unternehmen – insbesondere im Finanzsektor – zeigen insgesamt solidere Fundamentaldaten. Als Ergebnis haben sich einige Unternehmensanleihen in der Erholungsphase besonders gut entwickelt, insbesondere jene von Unternehmen aus der Euro-Peripherie sowie von Unternehmen im Finanzsektor. Trotz der sehr erfreulichen Entwicklung dieser Anleihen seit Jahresbeginn bieten die aktuellen Risikoaufschläge (Spreads) exzellente Investmentchancen. Diese sind im historischen Vergleich immer noch hoch. Zugleich sind die Ausfallraten bei Unternehmensanleihen aktuell sehr niedrig. Die Fundamentaldaten sehen ebenfalls sehr gut aus. Außerhalb des Finanzsektors konnten Unternehmen ihre Verschuldungsquoten in den vergangenen Jahren auf absolute Tiefststände nach unten fahren. Auf der anderen Seite haben viele Banken ihre Bilanzen im Zuge neuer regulatorischer Anforderungen deutlich gestärkt. Zugleich konnten diese durch die LTROs ihre Liquiditätssituation deutlich verbessern. Kurzum: Von einem Anstieg der Ausfallraten in naher Zukunft ist nicht auszugehen.

Unternehmensanleihen aus der Euro-Peripherie bieten Potential – wenn man die Risiken im Griff hat.

Wer heute im Anleihenmarkt investieren will, sollte dabei zwei Kategorien von Unternehmensanleihen unterscheiden: Auf der einen Seite stehen jene, die mehr oder weniger unbeschadet durch die Finanzkrise gekommen sind. Deren Risikoaufschläge haben sich wieder nahe den Tiefstständen eingependelt, die 2008 vor Ausbruch der Finanzkrise zu sehen waren. Auf der anderen Seite stehen jene Anleihen, die sich noch immer in der Erholung befinden und weiterhin großes Aufwertungspotential bieten. Dazu gehören Anleihen von Unternehmen aus peripheren Euro-Staaten und Finanztitel, die sich gerade einmal von den Verlusten im zweiten Halbjahr 2011 erholen konnten.

Diese zweite Kategorie von Anleihen bietet das bessere Renditepotential – und die Chancen lassen sich über eine Übergewichtung des Kreditrisikos erzielen. Zu bevorzugen sind dabei Marktsegmente, die den Anleger für das eingegangene Ausfallrisiko optimal entschädigen und ein möglichst asymmetrisches Rendite-Risiko-Profil bieten. Dazu zählen aktuell vor allem Anleihen von Finanztiteln mit einer mutigen Allokation auch unterhalb der Top-Senioritäten sowie Anleihen von Unternehmen aus der Euro-Peripherie. Dagegen ist es angebracht, das Zinsrisiko zu reduzieren und die Duration eher kurz zu halten, da sich die Renditen sicherer Staatsanleihen bereits an ihren historischen Tiefständen bewegen und außerdem noch unterhalb aktueller Inflationsraten liegen. Um das Risiko einer solchen Strategie zu reduzieren, ist weiterhin eine starke Streuung des Anlagekapitals über Emittenten und Anleihen hinweg zu empfehlen.

Emmanuel Petit ist Head of Fixed Income bei Rothschild & Cie Gestion und managed dort die Corporates-Strategie;
Dr. Oliver Roll ist Geschäftsführer der max. xs financial services AG, die Rothschild & Cie Gestion in Deutschland vertritt.

ROTHSCHILD & CIE

Aktien- und Anleihenspezialist mit Geschichte

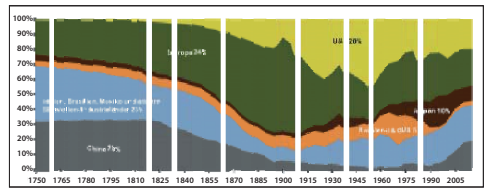
Der französische Fondsanbieter Rothschild & Cie Gestion ist seit 30 Jahren am Markt tätig. Zu den Schwerpunkten des mehrfach ausgezeichneten Hauses gehören unter anderem europäische Aktien und das Anleihenmanagement. Ebenso wie weitere Finanzdienstleister, die den Namen Rothschild tragen, führt der Asset Manager seine Geschichte bis auf Mayer Amschel Rothschild zurück, der gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Frankfurt am Main ins Bankgeschäft einstieg und rasch europaweit tätig wurde.

Zurück an den Stammplatz

Obwohl Emerging-Market-Fonds im vergangenen Jahr weltweit die stärksten Kapitalabflüsse seit drei Jahren verzeichneten, bleibt die Wachstumsstory intakt. Denn die Schwellenländer erobern sich nach und nach ihren Platz in der Weltwirtschaft zurück.

DIE VERSCHIEBUNG DER GLOBALEN PRODUKTION IST IN VOLLEM GANGE

Anteil an der globalen Produktion, 1750–2010



Quelle: Morgan Stanley Research

VON TILMANN GALLER. Das Rezept ist verlockend: Langfristiges Wachstum vereint mit attraktiven Bewertungen und einem Schuss Liquidität. So in etwa lassen sich Investments in Aktien aus den Schwellenländern beschreiben. Doch nicht immer gelingt dem Barkeeper die Mischung. Das verdeutlicht der Blick auf die Wertentwicklung des vergangenen Jahres: Während die langfristigen Aussichten für Aktien aus den Schwellenländern nach wie vor attraktiv erscheinen, verlor die Anlageklasse 2011 mehr als 18 Prozent (MSCI Emerging Markets auf Dollar-Basis). Zum Vergleich: Aktien aus Europa gaben 10,5 Prozent nach.

Für Anleger in Schwellenländeraktien war 2011 demnach kein gutes Jahr. Trotz des überlegenen Wachstums sind Investitionen in Schwellenländer eben immer noch mit Risiken verbunden. So verzeichneten Emerging-Market-Fonds im vergangenen Jahr weltweit die stärksten Kapitalabflüsse seit drei Jahren. Angst vor Inflation und einem Export der europäischen Bankenkrise sowie Konjunktursorgen insbesondere in China belasteten die Anlegerstimmung. Für eine realistische Einschätzung der Chancen im Jahr 2012 lohnt es sich, die Situation etwas näher zu betrachten.

Steigende Inflation und restriktive Notenbankpolitik

Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der Inflation: Aufgrund von Wachstumsdynamik und Arbeitskräftemangel ist die Inflationsgefahr in den Schwellenländern strukturell höher als in der industrialisierten Welt. Die Preise kletterten hier in den vergangenen zwei Jahren deutlich stärker als von den jeweiligen Zentralbanken gewünscht. So stieg die durchschnittliche Inflationsrate bis Oktober 2011 auf mehr als sechs Prozent. Zahlreiche Zentralbanken erhöhten daraufhin die Leitzinsen oder verschärften – wie in China – massiv die Mindestreserveanforderungen. Niedrigzins- und expansive Geldpolitik angesichts steigender Inflation in Indien und der Türkei fanden keine Zustimmung und führten zu starken Kursverlusten an den Aktien- und Devisenmärkten. Mittlerweile hat der Preisauftrieb seinen Scheitelpunkt überschritten und sinkt seit November 2011. Die Konsequenz für die Notenbanken: Sie haben inzwischen begonnen, ihre Leitzinsen zu senken. Wir erwarten, dass sich dieser Trend über das Jahr fortsetzen wird – ein willkommener Rückenwind für den Aktienmarkt.

China: Wachstumstrend intakt – Immobilienpreise unter Beobachtung

Das Land der Mitte bietet weiterhin ein attraktives Investitionsumfeld. Eventuelle Gefahren bergen hier primär die steigenden Immobilienpreise, die zu einem steigenden Kreditwachstum führen. Doch auch hier hat die Notenbank die Zügel fest im Griff und bekämpft die Situation mit restriktiven Maßnahmen. Die aktuellen geldpolitischen Rahmenbedingungen in China sind die restriktivsten aller großen Volkswirtschaften weltweit und könnten eine harte Landung auslösen. Zurzeit erzielt China aber weiterhin moderate Wachstumsraten. Bei einem prognostizierten Zuwachs von 7,5 Prozent bestehen noch Chancen für eine weiche Landung. Trotz eines stellenweise überhitzten Immobilienmarktes sind die Aussichten für Aktien daher gerade nach den Kursrückgängen im vergangenen Jahr wieder gut.

> *Die Binnenwirtschaft wird das Wachstum antreiben.*

Großereignisse in Brasilien beleben wirtschaftliche Aktivitäten

In Südamerika hat insbesondere Brasilien großes Potential. Die 2014 stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft wirft ihre Schatten voraus. Und auch die darauf folgende Olympiade 2016 erfordert mannigfaltige Vorbereitungen. Riesige Infrastrukturprojekte werden durchgeführt, um bei den Besuchern einen bestmöglichen Eindruck zu hinterlassen. Von diesen Maßnahmen profitieren nicht nur die Sportbegeisterten, sondern insbesondere die lokalen Wirtschaftsunternehmen. Darüber hinaus sind Aktien von Unternehmen aus Brasilien mit einem Kurs-Buchwert-Verhältnis von 1,5 attraktiv bewertet.

Indien: Rückkehr zum Wachstum nach Ende der Straffungspolitik?

Ein weiteres Highlight unter den Emerging Markets ist Indien. Der Subkontinent sollte 2012 den Turnaround schaffen und auf einen soliden Wachstumspfad zurückfinden. Die indische Notenbank hat ihre Straffungsmaßnahmen vorerst beendet, aber es ist noch zu früh, um endgültig Entwarnung zu geben. Erfreulicherweise scheint die Inflation ihren Höhepunkt erreicht zu haben, so dass diese in den kommenden Monaten weiter zurückgehen könnte. Auch die aktuell für indische Verhältnisse schwache Konjunktur sollte sich im Verlauf des Jahres wieder erholen.

Insgesamt erscheinen die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) nach einer Phase der unterdurchschnittlichen Entwicklung aus taktischer Sicht attraktiv. Und auch die Sorge, dass die Bankenkrise aus Europa auf die Emerging Markets überschwappt, erscheint größtenteils unberechtigt. Der Grund: Westliche Banken sind mit der Kreditvergabe in den Schwellenländern nur in einem verhältnismäßig geringen Umfang engagiert. Eine Kreditklemme und damit eine Unterversorgung der Wirtschaftsunternehmen mit Liquidität sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Verschiebung der wirtschaftlichen Aktivitäten schreitet voran

Berechnungen des IWF zeigen, dass zukünftiges Wachstum hauptsächlich in den Schwellenländern erzielt wird. Und in der Weltwirtschaft gab es langfristig immer wieder strukturelle Verschiebungen (siehe Grafik). China und weitere Schwellenländer holen sich ihren Platz in der Weltwirtschaft zurück, den sie durch die industrielle Revolution verloren hatten. Während in den vergangenen Jahren insbesondere die Investitionstätigkeit das Wachstum definierte, sehen wir in den nächsten zehn Jahren die Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Aktivitäten als den großen Wachstumstreiber.

Attraktive Nische: Kleine und mittelgroße Unternehmen

Insgesamt stellen Wachstumsregionen einen fruchtbaren Nährboden für innovative und neue Unternehmen dar. Kein Wunder also, dass immer mehr Unternehmensgründungen in den Emerging Markets zu finden sind und immer mehr aussichtsreiche Unternehmen aus den Schwellenländern kommen. Die Unternehmenskennzahlen zeigen, dass die Aktiengesellschaften aus den Regionen ihre Hausarbeiten gemacht haben. Die Eigenkapitalrentabilität ist heute höher als in zahlreichen Industrienationen. Auch die Gewinndynamik, über die Schwellenländer-Unternehmen verfügen, ist deutlich attraktiver. Hier hat die Entkopplung bereits eingesetzt und sollte sich mittel- bis langfristig auch an den Kursentwicklungen widerspiegeln.

Kurzfristig jedoch können sich die Schwellenländeraktien nicht von der Kursentwicklung der Industrienationen entkoppeln. Die Korrelation mit den Aktienmärkten der Industrieländer ist mit rund 0,85 sehr hoch und eine Risikoreduktion durch regionale Diversifikation nur eingeschränkt möglich. Aber die große Rezession von 2008 hat gezeigt, dass die Unternehmen aus den Schwellenländern sich schneller von den weltwirtschaftlichen Rückschlägen erholten. Solange das fundamentale Wachstum weiterhin dynamisch bleibt und der Waren- und Kapitalverkehr weltweit frei sind, ergeben sich für Investoren insbesondere bei Kursverlusten wie 2008 oder 2011 attraktive Kaufgelegenheiten.

Tilmann Galler, Client Portfolio Manager bei JP Morgan Asset Management in Frankfurt am Main

SCHWELLENLÄNDER

Ein Muss für jedes diversifizierte Portfolio

Die Schwellenländer sind seit Jahren auf der Überholspur unterwegs, auch für dieses Jahr wird diesen Märkten ein Wachstum von 4 bis 6 Prozent vorausgesagt. Noch vielversprechender der stehen die aufstrebenden Märkte bei wichtigen Fundamentaldaten wie Verschuldung und Leistungsbilanzsaldo da. Vom Infrastrukturausbau bis zum Konsum bleibt das Aufholpotential enorm; eine junge und zunehmend wohlhabende Bevölkerung sorgt für binnenwirtschaftliche Dynamik. Zum weltweiten BIP tragen die Schwellenländer kaufkraftadjustiert bereits über 49 Prozent bei, ihr Gewicht im MSCI All Countries Index beträgt aber noch unter 15 Prozent. Eine weitere Verlagerung der Kapitalflüsse scheint vorprogrammiert.

Und doch gelten Schwellenländer nach wie vor als risikobehaftete Anlageklasse. Durchaus zu Recht, wenn man sich die historische Aktienmarktentwicklung anschaut: Kurskapriolen sind keine Seltenheit, auf zwei- oder dreistellige Kursgewinne kann im nächsten Jahr schon der Absturz folgen. Wenn die Risikoaversion zunimmt, werden die Emerging Markets zumeist überdurchschnittlich abgestraft. Wer dann nicht rechtzeitig aussteigt, kann lange brauchen, um seine Verluste wieder aufzuholen. Das verlangt nach aktivem Management. Dazu eignen sich flexible Investmentstrategien. Als erfolgreich hat sich hier die aktive Steuerung der Aktienquote mittels börsengehandelter Indexfonds (ETFs) erwiesen. So können nachhaltige Aufwärtstrends über Aktien-ETFs gezielt genutzt, das Risiko starker Kursverluste in Baissephasen aber durch zeitnahe und kostengünstige Umschichtungen in risikoarme Anlageklassen wie Geldmarkt-ETFs deutlich reduziert werden.

Markus Kaiser, Geschäftsführer und Fondsmanager des ETF-Dachfonds Emerging Markets Plus Money, Veritas Investment GmbH, Frankfurt am Main

Auf die Unterschiede kommt es an

Auch wenn Anleihen aus Afrika immer noch einen gewissen Exotenstatus haben, lohnt ein Blick auf Schwellenländer wie Moçambique und Sambia.

VON MORTEN BUGGE. Das vergangene Jahr hat auf eindrucksvolle Weise gezeigt, dass eine Anlage in Staatsanleihen risikobehaftet ist und Risiko nicht auf Staatsanleihen von Schwellenländern begrenzt ist. Zu Unrecht werden diese Anleihen oft noch mit Argwohn behandelt, denn viele der Emerging Markets stehen heute in Bezug auf Wirtschaftswachstum, Kreditwürdigkeit und Bevölkerungsentwicklung besser da als so manche Industrienation.

Brasilien beispielsweise hat inzwischen ein besseres Rating als seine ehemalige Kolonialmacht Portugal. Das südamerikanische Land und die anderen drei großen Entwicklungsländer im Club der „BRIC"-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) dienen heute als Blaupause für Länder, die diese Entwicklung noch vor sich haben. Denn viele Schwellenländer, auch und gerade in Afrika, stehen heute vor einer ähnlichen Entwicklung wie diese vier Riesen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.

Obwohl Afrika in der Wahrnehmung noch zu oft als ein von Bürgerkriegen, Armut und Hunger heimgesuchter Kontinent wahrgenommen wird, sind die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die dort in den vergangenen Jahren stattgefunden haben, beeindruckend. So betrug das Wirtschaftswachstum in den 30 Ländern südlich der Sahara zwischen 1998 und 2008 im Schnitt 4,7 Prozent jährlich. Das liegt vor allem an mehr ausländischen Direktinvestitionen und zunehmendem Handel mit Ländern wie China, Indien und der Türkei. Deren Engagement ist nicht selbstlos: Sie brauchen für ihr Wirtschaftswachstum riesige Mengen an Rohstoffen, von denen viele in Afrika zu finden sind. Doch wenn es um Investitionen auf dem Schwarzen Kontinent geht, ist eine differenzierte Betrachtung wichtig. Und wer sich in Afrika engagieren möchte, der sollte die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern genau kennen.

Nicht länger das Herz der Finsternis: Die Volkswirtschaften Afrikas locken immer mehr Investoren.

Mehr als Rohstoffe und Ackerflächen

Zum Beispiel Moçambique und Zimbabwe: Beide Länder weisen Gemeinsamkeiten auf, doch bei der Bewältigung ihrer Probleme gehen sie unterschiedliche Wege. So gilt Moçambique als hoffnungsvoller Kandidat. Dafür sprechen zum einen seine großen, noch unerschlossenen Vorräte an Kohle, Gas, Mineralien und Diamanten sowie die weiten landwirtschaftlich ungenutzten Flächen – fünf Prozent der gesamten, weltweit zugänglichen Agrarflächen! Zum anderen ist die Regierung Moçambique offensichtlich auf dem richtigen Weg, um notwendige Reformen umzusetzen. Diese Erwartungen spiegeln sich in den Staatsanleihen Moçambique mit einer attraktiven Verzinsung zwischen 14 und 16 Prozent wider.

Auch Zimbabwe hat große Rohstoffreserven: ein Achtel des weltweiten Platin-Aufkommens, ein Viertel der globalen Diamanten sowie riesige Vorräte an Kohle, Methangas und Nickel. Doch politisch bleibt Zimbabwe unberechenbar. Auch nach seinem Rücktritt als Diktator 2008 beherrscht Robert Mugabe das Land. Seit zwei Jahren wird Zimbabwe von politischen Richtungskämpfen hin- und hergerissen; die Bevölkerung leidet unter Armut, Gewalt und fehlender Meinungsfreiheit. Für Investoren bleiben verlässliche Entscheidungen unmöglich – und Investitionen nicht zu empfehlen.

Afrikanische Länder wie Moçambique sind exemplarisch für eine neue Generation von Schwellenländern, den sogenannten „Frontier Markets": Sie sind (politisch) riskanter als die bekannteren Emerging Markets, bieten aber höhere Renditechancen. Gemeinsam mit klassischen Schwellenländern sind sie bereits zu einer interessanten Alternative für Anleger geworden: Seit der Jahrtausendwende ist die Nachfrage, abgesehen von 2008, jedes Jahr gestiegen; allein 2010 flossen Anleihen aus Schwellenländern rund 80 Milliarden US-Dollar zu.

Hohes Inlandswachstum, niedrige Staatsverschuldung, reich an Rohstoffen – die Kennzeichen erfolgreicher afrikanischer Frontier Markets ähneln sich. Viele Industrienationen wären froh, sie hätten solche Faktoren vorzuweisen.

Morten Bugge, Chief Investment Officer des dänischen Schwellenländerspezialisten Global Evolution, Kolding (Dänemark)

INTERVIEW *mit Dr. Wolfgang Leoni*

„Anleger müssen Alternativen suchen“

Dr. Wolfgang Leoni, Chief Investment Officer bei Sal. Oppenheim, über neue Anlagestrategien und die Rolle von Mischfonds

Herr Dr. Leoni, früher hieß es für Anleger: Investiere in Aktien und lass das Geld nur lang genug liegen – dann wirst du schon verdienen. Die vergangenen Jahre scheinen gezeigt zu haben, dass diese Regel nicht mehr gilt. Glauben Sie das auch?

Eine einfache Buy-and-Hold-Strategie ist nicht mehr gewinnbringend. Denn in den kommenden Jahren dürfte an den Aktienmärkten eine hohe Volatilität vorherrschen. Auch an den Rentenmärkten hat sich die Situation geändert: Bei dem derzeitigen extrem niedrigen Zinsniveau kann sich der fallende Zinstrend nicht nachhaltig fortsetzen, und somit ist eine Kauf-und-Halte-Strategie auch am Rentenmarkt weitaus weniger erfolgversprechend. In einem derartigen Marktumfeld muss sich der Anleger zwangsläufig nach Alternativen umsehen. Eine davon heißt Absolute Return.

Mittel der Wahl angesichts stark schwankender Kurse waren häufig Mischfonds, um so Chancen in unterschiedlichen Märkten wahrzunehmen oder auch mal ganz in Cash zu gehen. Wird dieser Trend anhalten?

Mischfonds haben einen entscheidenden Vorteil: Durch Investitionen in eine Vielzahl unterschiedlicher, möglichst niedrig korrelierter Märkte erreicht man einen hohen Grad der Diversifikation. Aktive Mischfonds bieten dem Anleger eine elegante Lösung, weshalb sich aus unserer Sicht der Trend zu diesen Konzepten zukünftig eher noch verstärken wird.

Mischfonds, gelegentlich auch unter dem Begriff „vermögensverwaltende Fonds“, versprechen eine einfache Lösung aus einer Hand für die komplexe Herausforderung der individuellen Geldanlage. Können diese Produkte tatsächlich umfassend Anlegerbedürfnisse abdecken?

Ein ausgewogen konzipiertes Mischfondskonzept kann in der Vermögensverwaltung ein wichtiger Baustein der Gesamtallokation sein. Mischfonds bieten durch Anlagen in unterschiedliche Assetklassen und Märkte die Möglichkeit, eine weitgehend marktunabhängige Strategie hinzuzufügen oder sie sogar zum Kerninvestment zu machen. Idealerweise wird bei einem Mischfondskonzept in jeder Marktphase eine positive Rendite generiert. Dies wirkt in einem Gesamtvermögenskonzept volatilitätsreduzierend und kompensiert mögliche Verluste in Einzelmärkten.

Sie haben kürzlich mit dem SOP MultiAssetAllokation einen Mischfonds gestartet, der selbstbewusst verkündet „Investieren ohne Kompromisse“. Was genau ist damit gemeint?

Das Konzept basiert auf einem strukturierten, regelgebundenen Investmentprozess, den wir sehr diszipliniert umsetzen. Dabei liefern unsere proprietären quantitativen Prognosemodelle kurzfristige Richtungsvorhersagen für jeden der von uns betrachteten 14 Märkte aus den Assetklassen Aktien, Renten und Rohstoffe. Diese Richtungsprognosen setzen wir dann konsequent einmal monatlich in taktische Long- oder Short-Positionierung um.

Ohne Kompromisse – das klingt aber auch so, als ob es für Anleger teuer werden könnte, falls das Fondsmanagement sich irrt.

Risikomanagement wird in unserem Fonds ganz großgeschrieben. Es gibt zwei unterschiedliche Arten des Risikos, die wir im Rahmen dieses Konzeptes kontrollieren: Einerseits das Prognoserisiko, da kein Prognosemodell der Welt hundertprozentige Sicherheit bietet und natürlich das Risiko eines Fehlsignals besteht. Wir minimieren das Auftreten von Fehlsignalen, indem wir mehrere Prognosemodelle pro Markt berechnen. Andererseits müssen auch die Marktrisiken der einzelnen Assetklassen kontrolliert werden. Letzteres wird zum Beispiel auf täglicher Basis anhand von „Value-at-Risk“-gestützten Berechnungen der Einzelbausteine im Fonds evaluiert. Werden bestimmte Grenzen durchbrochen, schließen wir das betroffene Investment sofort und halten das entsprechende Portfoliogewicht bis zur Generierung des nächsten Prognosesignals in Kasse.

Einige quantitative Anlageansätze hatten in der Finanzkrise Schwierigkeiten, weil die Modelle nicht stimmten. Haben die Finanzmathematiker nachgearbeitet?

Es gibt eine ganze Bandbreite unterschiedlichster Investmentkonzepte, die alle unter dem Begriff „quantitativ“ zusammengefasst werden. Man muss allerdings innerhalb dieser Gruppe stark differenzieren. Uns ist bei der Entwicklung wichtig, dass die Modelle fundamentaldatenbasiert konstruiert sind. Wir sehen darin einen effizienten Weg, die tägliche Datenflut zu verarbeiten und emotionslos zu bewerten. Durch dieses Vorgehen ist es uns möglich, typische Fehler des Behavioral Finance zu vermeiden. Im Grunde ist ein quantitativer Ansatz, wie wir ihn verfolgen, eine Formalisierung dessen, was ein sogenannter klassischer Manager, der sich an Unternehmenskennzahlen oder makroökonomischen Daten orientiert, auch macht. Probleme mit unseren Quant-Ansätzen hatten wir während der Finanz- und Schuldenkrise nicht. Im Gegenteil, die Performance war sehr gut.

In der Portfoliokonstruktion nutzen Sie unter anderem Exchange Traded Funds (ETF), Exchange Traded Commodities (ETC) und Exchange Traded Notes (ETN) – Instrumente, die von Aufsichtsbehörden immer kritischer beurteilt werden. Wie sehen Sie diese Diskussion?

Die von uns verwendeten Instrumente werden sehr sorgfältig ausgewählt. Für uns steht im Fokus, dass wir auch in Stressphasen jederzeit handeln können. Das ist ein wichtiges Abgrenzungsmerkmal unseres Publikumsfonds gegenüber zum Beispiel Hedgefonds. Wir bedienen uns nur solcher Instrumente, die keine derivative Komponente beinhalten, also unterliegende Indizes eins zu eins abbilden. Außerdem achten wir auf die Besicherungsmechanismen, um das Risiko eines Ausfalls jederzeit so gering wie möglich zu halten.

Sal. Oppenheim gehört mittlerweile zur Deutsche Bank Gruppe. Stammen Anlageinstrumente wie ETN oder ETC nun ausschließlich aus dem Hause Deutsche Bank?

Wir betrachten ein großes Universum verschiedener Emittenten und selektieren diejenigen Instrumente, die für den Fonds unter Kostengesichtspunkten und Risikoüberlegungen vorteilhaft sind. Die Deutsche Bank mit ihrer Produktgruppe db X-trackers gehört auch zu dem von uns verwendeten Instrumentenuniversum, jedoch durchlaufen die Produkte identische Qualitätskontrollen wie alle anderen Mitbewerber.

Die Fragen stellte Alexander Schneider.

Eine Frage des Prinzips

Hilft es wirklich, das Investmentvermögen auf unterschiedliche Assetklassen breit zu streuen? Dieses Prinzip ist im Zuge der Finanzkrise angezweifelt worden.

VON PETER SIGG. Seit Markowitz wissen wir, dass sich das Risiko der Kapitalanlage durch die Verteilung der Assets auf möglichst unkorrelierte Anlageklassen verringern lässt. Die Korrelation gibt Auskunft, inwieweit die Entwicklung von zwei verschiedenen Vermögenswerten statistisch zusammenhängt. Als niedrig korreliert gelten Anlageklassen mit einem Wert von null oder darunter. Bei einem Wert von +1 weisen Anlageklassen hingegen einen starken Gleichlauf auf. Aufgrund ihrer geringen Korrelation galten Rohstoffwerte lange Zeit als überlegenes Diversifikationsinstrument. Ein Blick auf die Korrelations-Parameter von 1991 bis 2010 macht dies deutlich: Im langfristigen Durchschnitt lag die Korrelation von Rohstoffen zu US-Aktien bei 0,26, zu Aktien Europa bei 0,18, zu Renten USA bei 0,40, zu Renten Europa bei 0,03 und zum Geldmarkt sogar bei -0,08.

Finanzkrise als Korrelationsverstärker

Im Zuge der letzten Finanzkrise stiegen die Korrelationswerte der meisten Vermögenswerte an. Das galt mit Ausnahme von Gold auch für die Anlageklasse der Rohstoffe. Die Anleger mussten die Erfahrung machen, dass die Effekte der Diversifikation selbst unter Einbeziehung von Rohstoffen in Phasen extremer Marktbewegungen nur eingeschränkt wirken. Vor diesem Hintergrund das Prinzip der Diversifikation über Bord zu werfen, wäre allerdings wenig hilfreich. Denn nach wie vor leistet die Streuung des Vermögens über unterschiedliche Assets grundsätzlich und langfristig einen nützlichen Beitrag im Rahmen der strategischen Asset-Allokation.

Dies gilt auch für die Beimischung von Rohstoffwerten. Wie sich deren Einsatz auf das Risiko/Renditeprofil eines Gesamtportfolios auswirkt, hängt stark davon ab, in welche Rohstoffe investiert wird. Hier steht dem Anleger von Gold, Silber und Platin über Öl, Erdgas sowie Mais, Soja oder Kaffee eine Vielzahl von Optionen zur Verfügung, deren Wertentwicklung am Markt von unterschiedlichen Faktoren abhängt. Die Kunst der Diversifikation über Rohstoffe besteht also zu einem Gutteil darin, die Investments in diese Anlageklasse selbst breit zu streuen, so dass deren Korrelation untereinander möglichst gering ausfällt. Aktiv gemanagte Rohstofffonds, die in der Lage sind, schnell und flexibel auf die Veränderungen an den Rohstoffmärkten zu reagieren, erweisen sich vor diesem Hintergrund als eine gute Möglichkeit, die Diversifikation über Rohstoffe umzusetzen.

Rohstoffe bieten Inflationsschutz

Neben ihrer Funktion als Diversifikationstreiber können Rohstoffinvestments auch als Inflationsschutz für das Portfolio der Anleger wirken. Dieser Aspekt wird vor allem in dem Moment an Bedeutung gewinnen, wenn die gegenwärtig zu beobachtende, extreme Ausweitung der Geldmenge auf eine konjunkturelle Wiederbelebung der Weltwirtschaft trifft. Gewinnt die Wirtschaft wieder an Fahrt, wird die Nachfrage der Industrie nach Rohstoffen steigen und deren Preis nach oben treiben. Auch andere Waren und Dienstleistungen werden sich im Zuge einer konjunkturellen Aufschwungbewegung verteuern und somit die Geldentwertung vorantreiben.

Die negativen Auswirkungen einer solchen Entwicklung auf die realen Renditen insbesondere von Zinspapieren lassen sich über Rohstoffinvestments teilweise kompensieren. So waren in der Vergangenheit in Phasen steigender Inflationsraten neben Edelmetallen vor allem Energierohstoffe gefragt. Auch andere Rohstoffe wie Gold oder Silber verzeichneten Wertzuwächse in Phasen der Inflation. Insgesamt wiesen Rohstoffe in Phasen der Inflation bisher eine positive Korrelation zur Entwicklung der Preisindizes auf. Vieles spricht dafür, dass dieser Mechanismus auch künftig Bestand haben wird.

Peter Sigg, Leiter des Bereichs Rohstoffinvestments bei der LGT Capital Management, Pfäffikon (Schweiz)

Des einen Schwäche…

… ist des anderen Stärke: Schuldenkrise und die Politik des leichten Geldes lasten auf den Reservewährungen US-Dollar, Euro, britisches Pfund und Yen. Anleger müssen sich neu orientieren, wenn sie ein stabiles Investment für ihr Kapital suchen – und kaufen verstärkt Staatsanleihen kleinerer Industriestaaten.

VON SIMON FOSTER. Euro, Dollar, Yen und Pfund sind die traditionellen Reservewährungen – sie dominieren den internationalen Währungsumsatz und machen den Löwenanteil des Währungsengagements internationaler Anleger aus. Daran wird sich auch so bald nichts ändern. Was sich aber verändert hat, ist die Risikowahrnehmung der Investoren beim Blick auf diese Währungen.

Die Reservewährungen sind im Zuge der Finanz- und Eurokrise verletzbar geworden. So verfolgen die Politiker vieler großer Industriestaaten geldpolitische Ansätze – zum Beispiel Zinssenkungen oder die Ausweitung der Geldmenge –, die in der Regel mit einer Währungsabschwächung einhergehen. Verstärkt wird diese Situation dadurch, dass viele Staaten in zunehmendem Maße abhängig sind von ihren Exportsektoren, um Wachstum und Beschäftigung stabil zu halten. Schwächere Währungen sind in Zeiten, in denen die Binnennachfrage deutlich nachgelassen hat, ein probates Mittel zum Ankurbeln der Exporte. All diese Maßnahmen führen dazu, dass Anleger nicht mehr ohne weiteres in diesen Währungsräumen ihren Wunsch nach hoher Liquidität, ausreichender Diversifikation und erstklassiger Bonität über Investments in entsprechende Staatsanleihen abdecken können. Vielmehr bedeutet diese Situation für Währungsinvestoren ein höheres Risiko.

Wo sind „sichere Häfen“?

Anleger sind daher auf der Suche nach Alternativen, um ihre Risiken im Währungsbereich besser zu streuen. Als Investitionsziel haben sie kleinere Industrieländer mit soliden Staatsfinanzen ausgemacht. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise sind die Kreditratings stark in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Ratings allein reichen aber als Entscheidungsgrundlage für oder gegen ein Investment in einen „sicheren Hafen“ nicht aus. Investoren sollten bei der Analyse weitere Parameter untersuchen und in ihre Bewertung mit einbeziehen: Das sind neben dem Verschuldungsgrad des Staats auch die Verschuldung des Finanzsektors sowie der privaten Haushalte, der aktuelle Leistungsbilanzüberschuss beziehungsweise das -defizit, und die Wachstumsrate. Besonders wichtig sind die Liquidität der jeweiligen Landeswährung sowie die Liquidität des Marktes für kurzlaufende Anleihen, der sich derzeit besonders für Währungsinvestments eignet.

Die genannten Parameter erfüllen derzeit vor allem Australien, Schweden, Kanada, Norwegen, Singapur, die Schweiz sowie Neuseeland, und sind deshalb bevorzugte Ziele für Währungsinvestoren. Die Folge: Die Länder erleben zum Teil ganz erhebliche Mittelzuflüsse, was die Landeswährungen aber auch unter massiven Aufwertungsdruck bringt – die Schweizer Nationalbank musste im vergangenen Jahr sogar die Notbremse ziehen und verteidigt seitdem eine Obergrenze des Schweizer Franken gegenüber dem Euro.

Auch die anderen kleineren, fiskalisch soliden Industriestaaten haben zuletzt Mittelzuflüsse gehabt, die aber nicht so dramatisch waren wie in der Schweiz.

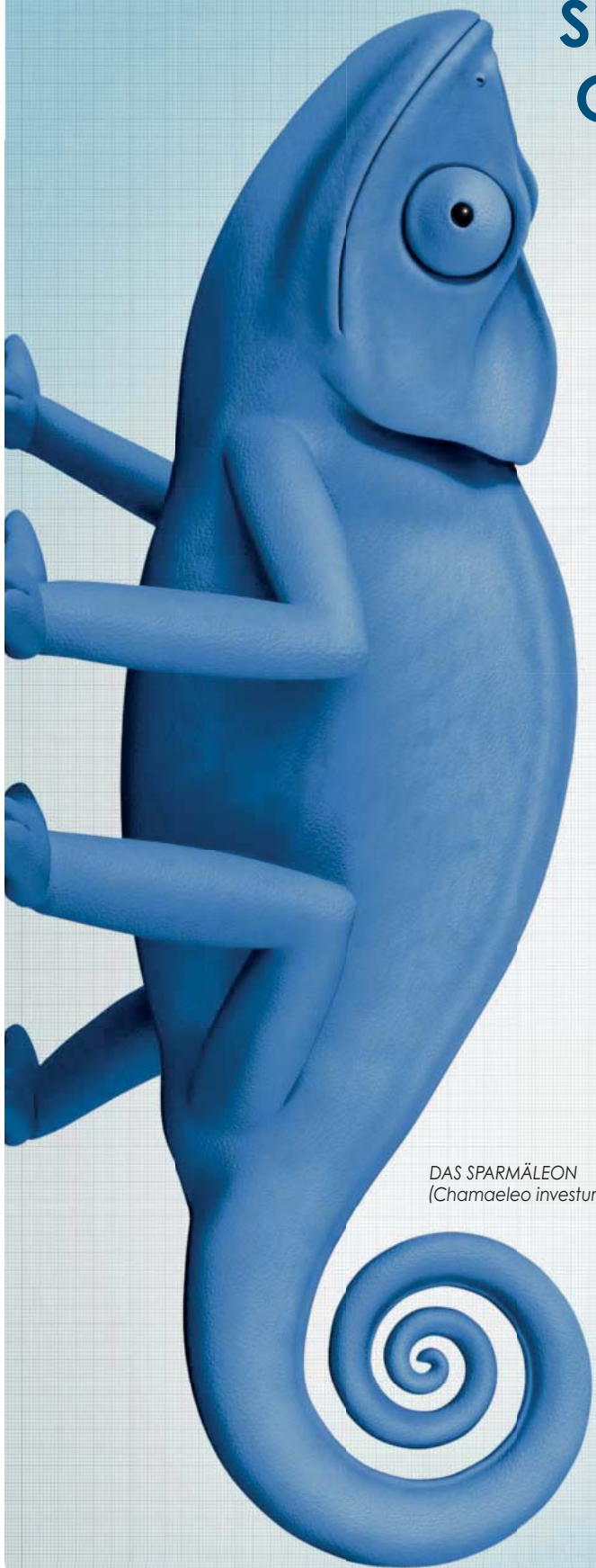
Wir gehen davon aus, dass der Mittelzufluss in diese Länder auch in Zukunft andauern wird, in dem Maße, in dem die weiterhin ungelösten Probleme der Schuldenkrise auf den großen Industriestaaten und damit auch auf den jeweiligen Währungen lasten. Dabei kann es auch zu Übertreibungen kommen, wie ein Blick in historische Zeitreihen belegt: Sie zeigen, dass Währungen auch über längere Zeiträume von ihrem theoretischen fairen Wert abweichen können, etwa durch geldpolitische Eingriffe wie die der Schweizer Nationalbank. Allerdings zeigt die Geschichte auch, dass diese Abweichungen nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten sind.

Auch dies sollten Investoren berücksichtigen, wenn sie auf der Suche nach stabilen Investments kleinere Währungsräume ansteuern. Entsprechend ausgerichtete Investmentfonds bieten Anlegern einen leichten und effizienten Zugang zu diesen Märkten.

Simon Foster ist Anleihenexperte bei UBS Global Asset Management und Mitglied des Portfoliomanagement-Teams des UBS Currency Diversifier Funds, London

Klein, aber stark: Die norwegische Krone lockt Investoren.

HEUTE ERLEBT IHR GELD SEIN BLAUES WUNDER! ODER SEIN GRÜNES, GELBES, ROTES …



DAS SPARMÄLEON
(Chamaeleo investum flexus)

Am 19. April ist Weltfondstag!

Keine andere Geldanlage lässt sich so perfekt ans Leben anpassen wie Fonds. Egal, was Sie vorhaben, wie viel Sie investieren wollen und ob Ihnen die Renditechance oder die Sicherheit wichtiger ist: Sie finden immer ein passendes Fondsprodukt.

Informieren Sie sich jetzt – am Weltfondstag:
www.nur-fuer-alle.de/weltfondstag

INVESTMENTFONDS. NUR FÜR ALLE.
Eine Initiative der Fondsgesellschaften – Partner im BVI

DAS FONDSGESPRÄCH *mit Shogo Maeda*

Öffnung im Inselreich

Wie Japan ein Jahr nach der Erdbeben- und Nuklearkatastrophe dasteht – ein Gespräch mit dem Leiter des japanischen Aktienteams von Schroders, Shogo Maeda.

Shogo Maeda

VON ALEXANDER SCHNEIDER. Es ist etwas mehr als ein Jahr her, da sahen Fernsehzuschauer weltweit schreckliche Bilder aus Japan: Eine riesige Flutwelle erfasste den Nordosten der Hauptinsel Honshu, mehr als 16 000 Menschen starben bei diesem Tsunami, den ein Erdbeben der Stärke 9,0 vor der Küste ausgelöst hatte – das viertstärkste je gemessene Beben. Zu spüren waren die Erdstöße auch in der Hauptstadt Tokio gut 370 Kilometer vom Epizentrum entfernt. Shogo Maeda erinnert sich noch genau: „Es war ungefähr zehn Minuten vor Börsenschluss, als wir das Schwanken bemerkten. Bei uns war es nicht so stark, und als wir nach dem Beben nach draußen schauten, sah es erst einmal nicht schlimm aus: Alle Gebäude schienen unbeschädigt", berichtet der Fondsmanager, der das japanische Aktienteam des britischen Asset Managers Schroders leitet. Das ganze Ausmaß der Katastrophe war für ihn und sein 16-köpfiges Team – das im 21. Stock eines neuen Bürogebäudes im Zentrum Tokios sitzt – zunächst nicht ersichtlich. Er selbst kam um 2 Uhr morgens zu Fuß zu Hause an, einige Kollegen konnten in einem Hotel übernachten, das sich direkt im Bürogebäude befindet.

Die kommenden Tage allerdings kam nach und nach nicht nur das Ausmaß der menschlichen Tragödie ans Licht, sondern die Nuklearkatastrophe in Fukushima verschärfte die Situation noch weiter – Maeda und sein Team mussten angesichts einer unklaren Informationslage planen, ab wann sie die Mitarbeiter auffordern würden, das Büro zu evakuieren. „Glücklicherweise aber war das letztlich nicht nötig, denn die Radioaktivität blieb auf die weitere Umgebung des Kernkraftwerks beschränkt", so Maeda.

In dieser turbulenten Phase, die zunächst zu einem steilen Absturz der Kurse an der Börse in Tokio führte, musste Maedas Team aber auch geschäftliche Entscheidungen treffen. „Ein starkes Erdbeben war an sich nichts wirklich Neues für uns, das kommt in Japan ja immer mal wieder vor. Wir haben in den Tagen nach dem Beben einige überverkaufte Titel erworben, besonders von kleineren Unternehmen, deren Bewertung nichts mehr mit den Fundamentaldaten zu tun hatte. Zugleich haben wir uns von solchen Aktien getrennt, bei denen viele Investoren von außerhalb dachten, dass sie vom Wiederaufbau nach dem Beben profitieren würden", berichtet der 55-jährige Aktienexperte.

Mit anderen Worten: Erfahrung im lokalen Markt war in dieser Situation besonders wichtig. Und geschadet hat es wohl auch nicht, dass Maedas Team sich bei der Analyse unter anderem auf den Small- und Midcap-Bereich, also kleinere und mittlere Unternehmen, konzentriert. Denn insbesondere hier sieht Maeda für aktive Manager die Möglichkeit, von Ineffizienzen im japanischen Aktienmarkt zu profitieren – und war damit in der Vergangenheit auch ziemlich erfolgreich: Im Vergleich mit anderen japanischen Aktienfonds war der Schroder ISF Japanese Equity in den letzten drei Jahren jeweils im ersten Quartil, der Wertzuwachs in den vergangenen drei Jahren lag bei insgesamt 31,8 Prozent, womit der Vergleichsindex um rund das Doppelte übertroffen wurde.

Gut zwölf Monate später sieht Maeda, der seit 2006 für Schroders arbeitet, eine Normalisierung in der japanischen Wirtschaft angekommen. „Die Erdbebenkatastrophe und die Überflutungen in Thailand, wo viele wichtige Zulieferer der japanischen Industrie sitzen, sind nun überstanden", sagt der Fondsmanager. „Hinzu kommt aus Investorensicht: Der Aktienmarkt ist weiterhin sehr attraktiv bewertet, sowohl im historischen Vergleich als auch relativ zu anderen Regionen." So waren die Auswirkungen des Erdbebens auf die Ertragsstärke japanischer Unternehmen geringer als zunächst befürchtet – tatsächlich verfügen die Firmen heute über mehr freien Cashflow als je zuvor. Dieser wird vor allem zum Schuldenabbau, aber auch für Aktienrückkaufprogramme eingesetzt. Fusionen und Übernahmen – M&A – hätten zwar zugenommen, führt Maeda aus, aber hier würde er gerne noch mehr Aktivitäten sehen. „Japanische Unternehmen sind bei M&A noch zurückhaltend. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sie in der Vergangenheit häufig schlechte Erfahrungen mit Übernahmen gemacht haben. Das hatte vor allem zwei Gründe: Japanische Manager haben Schwierigkeiten mit Mitarbeitern, die nicht aus Japan stammen. Und japanische Unternehmen haben insgesamt wenig Erfahrung im M&A-Geschäft."

Ein Bild aus dem traditionellen Japan: Dieser Gang aus Torii markiert die Grenze zwischen Profanem und Sakralem.

Weiterhin unklar ist die Situation im Energiebereich, denn fast alle Kernkraftwerke wurden in Folge der Katastrophe abgeschaltet, obwohl sie immerhin rund 30 Prozent der Energie in Japan lieferten. Die Unternehmen hätten sich etwa durch andere Arbeitszeiten darauf eingestellt, den Energieverbrauch zu Spitzenzeiten zu reduzieren, auch wenn der vergangene Sommer „sehr schwierig" gewesen sei, berichtet Shogo Maeda. Auch würden energieeffiziente Produkte im Privatbereich mehr denn je nachgefragt. „Doch mit einem Ausstieg aus der Kernenergie wie in Deutschland rechne ich nicht", sagt Maeda. „Japan hat den Ölschock der 1970er Jahre noch in zu lebhafter Erinnerung."

Zur Belebung des japanischen Aktienmarkts hat in den vergangenen Monaten die Entwicklung des Yen beigetragen. Denn für viele Beobachter überraschend schwächte er sich gegenüber den wichtigen Leitwährungen Euro und US-Dollar ab. „Auch wenn das von Entwicklungen in Europa und den USA abhängt: Wir denken, es ist sehr gut möglich, dass es bei der Währungsentwicklung eine echte Trendwende gibt", sagt Shogo Maeda. „Und das hilft den japanischen Unternehmen und damit dem japanischen Aktienmarkt sehr." Für europäische Anleger, die in den vergangenen 20 Jahren nicht unbedingt die besten Erfahrungen mit japanischen Aktien gemacht haben, hat der Fondsmanager eine klare Botschaft: „Von 1990 bis 2003 haben wir eine lange Phase der Abwertung durchgemacht. Doch seit 2003 entwickelt sich der japanische Markt mehr oder weniger normal. Heute zeigen wichtige Kennzahlen, dass viele Unternehmen unterbewertet sind. Und: Japanische Unternehmen haben sich stärker aufgestellt und stellen sich viel mehr als früher auf ein Wachstum außerhalb des Heimatmarktes ein."

Auch hierzu hat Shogo Maeda einige interessante Beobachtungen. So erwirtschaften japanische Unternehmen – abgesehen vom Finanzsektor – inzwischen gut 30 Prozent ihrer Gewinne in anderen asiatischen Ländern, insbesondere in China und Asean-Staaten wie Thailand und Indonesien. Dieser Prozess der Diversifizierung ist laut Maeda unumkehrbar. Und immer mehr Firmen erkennen nun, dass sie nicht mehr wie früher japanische Manager einsetzen sollten, um die ausländischen Niederlassungen zu führen. „Der Wandel hat zwar gerade erst begonnen, und japanische Unternehmen haben hier im Vergleich mit Europa noch viel Nachholbedarf. Doch es gibt Anzeichen für Veränderungen. So berichtet eine gerade veröffentlichte Studie: Rund 60 Prozent der börsennotierten Gesellschaften versuchen ausländische Berufsanfänger zu rekrutieren, die ihren Studienabschluss an japanischen Universitäten tätigen." Es scheint also, als würde es der Inselstaat, der erst ab etwa 1870 die Feudalzeit hinter sich ließ, mit der zunehmenden Öffnung nach außen ernst meinen – eine spannende Entwicklung für die Wirtschaft und damit auch für Investoren.

Alexander Schneider, Redakteur, F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, Frankfurt am Main

Der Fonds für aussichtsreiche deutsche Aktien

Der Pioneer Investments German Equity investiert in starke deutsche Unternehmen, die sich auch in stürmischen Zeiten behaupten können. Er legt in erfolgreiche Großkonzerne und in mittelständische Firmen an – ein Konzept, das sich über 20 Jahre lang bewährt hat. Nicht umsonst ist der Fonds Sieger bei den Feri EuroRating Awards 2012 und wurde beim Deutschen Fondspreis 2012 mit „Herausragend" ausgezeichnet.

★★★★ Morningstar Rating™ Gesamt

Sieger-Fonds beim Feri EuroRating Awards 2012

Ausgezeichnet mit „Herausragend" beim Deutschen Fondspreis 2012

Jetzt QR-Code scannen und mehr erfahren.

Erfahren Sie mehr: 0800.888.1928
www.pioneerinvestments.de

PIONEER Investments®

WKN 975230 | ISIN DE0009752303. Der Anruf ist in Deutschland gebührenfrei. Stand 03/2012. Deutscher Fondspreis 2012, Kategorie Aktienfonds Deutschland: 74 Fonds im Test. Morningstar-Ratings: Copyright © 2011 Morningstar UK Limited, alle Rechte vorbehalten. Die Informationen zu den Morningstar-Ratings dürfen nicht vervielfältigt oder verteilt werden, und es kann keine Garantie übernommen werden, dass sie richtig, vollständig oder aktuell sind. Weder Morningstar noch seine Content Provider sind für Schäden oder Verluste verantwortlich, die aus der Verwendung dieser Informationen resultieren. Auflegende Fondsgesellschaft: Pioneer Investments Kapitalanlagegesellschaft mbH. Der für den Anteilsverkauf maßgebliche Verkaufsprospekt und die wesentlichen Anlegerinformationen sind in Deutschland kostenlos als Druckschrift erhältlich bei der Pioneer Investments Kapitalanlagegesellschaft mbH, Apianstraße 16-20, 85774 Unterföhring. Diese Anzeige stellt kein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Anteilen in Ländern dar, in denen ein solches Angebot nicht rechtmäßig wäre. Pioneer Investments ist ein Markenname der Unternehmensgruppe Pioneer Global AssetManagement S.p.A.

Beeindruckendes Comeback

Japan ein Jahr nach Fukushima: Die Wirtschaft hat sich rasch erholt, viele Unternehmen haben hart an ihrer Effizienz gearbeitet. Doch Anleger lassen den Markt überwiegend links liegen – zu Unrecht.

VON ERNST GLANZMANN. Die Tragödie von Fukushima hat zu einem volkswirtschaftlichen Verlust von mehr als 200 Milliarden US-Dollar geführt und gilt damit als die bislang teuerste Naturkatastrophe. Beeindruckend ist jedoch, wie schnell sich Japans Wirtschaft von den Ereignissen im März 2011 erholt hat. Innerhalb eines Jahres konnten die meisten Unternehmen ihre Produktion wieder hochfahren, so dass die Gewinne heute wieder auf einem ähnlichen Niveau wie vor dem Erdbeben liegen. Einige internationale Firmen wiesen gar die besten Jahreszahlen ihrer Geschichte aus. Dennoch sind viele Anleger verunsichert: Japan droht eine unverändert träge Entwicklung, weil die wirtschaftlichen Eckdaten des Landes nicht gerade viel versprechend sind.

Allerdings reflektiert das Bruttoinlandsprodukt eines Landes nicht zwingend die Gesundheit und Wachstumsmöglichkeiten einzelner Unternehmen, deren Aktien an den Landesbörsen gehandelt werden. Japan mag zwar unter einer alternden Bevölkerung und hohen Schulden leiden, aber auf Unternehmensstufe sind die Gewinnaussichten für viele japanische Firmen vielversprechend. Auch die Zahl der Kapitalmaßnahmen dürfte weiter zunehmen. So verdoppelte sich allein im letzten Jahr die Anzahl der Aktienrückkäufe, und die Dividendenzahlungen blieben trotz temporär sinkender Gewinne stabil. Zudem wird überschüssiges Kapital vermehrt an die Aktionäre ausgeschüttet. All dies wirkt sich für Aktienanleger positiv aus.

Robuster Auslandsmarkt – lethargischer Heimmarkt

Grundsätzlich muss man in Japan klar zwischen Unternehmen unterscheiden, die im lethargischen Heimmarkt gefangen sind, und den globalen Playern, die größtenteils im Ausland aktiv sind. Viele der international tätigen Firmen haben gelernt, Innovationen voranzutreiben und ihr Geschäftsmodell dahingehend anzupassen, dass sie das höhere Wachstumspotential in anderen Märken erschließen können. Und der Weg ist nicht weit: Der Archipel ist umgeben von Wachstumsmärkten. Bereits heute gehen rund 50 Prozent der Exporte nach Asien. Zudem erzielt die Fertigungsindustrie 58 Prozent der fast zur Hälfte im Ausland anfallenden Konzernumsätze in dieser Region. Damit ist Japan besser positioniert als beispielsweise Europa oder die Vereinigten Staaten. Diese internationalen Unternehmen beherrschen Japans Aktienmärkte, spielen aber in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt eine untergeordnete Rolle.

> *Grundsätzlich muss man in Japan klar zwischen Unternehmen unterscheiden, die im lethargischen Heimmarkt gefangen sind, und den globalen Playern, die größtenteils im Ausland aktiv sind.*

Auf der anderen Seite ist ein Großteil der japanischen Firmen stark von der Binnennachfrage abhängig. Eigentlich wäre es für sie dringend notwendig, ihre Geschäftsmodelle neu zu definieren. Bisher hielten sich Restrukturierungsansätze jedoch in Grenzen. Aus makroökonomischer Sicht wird Japans Wirtschaft von diesen inlandsorientierten Branchen bestimmt. Der Dienstleistungssektor ist für knapp 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verantwortlich. Aus diesem Grund dürfte das BIP-Wachstum gedämpft bleiben.

Mehr Klarheit im zweiten Quartal

Was die Bewertungen betrifft, hat der japanische Markt stärker als andere Märkte korrigiert. Noch vor wenigen Wochen lagen die Kurse auf historischen Tiefeständen. Mittlerweile haben sich die wirtschaftlichen Daten verbessert, so dass ein derart negatives Bild nicht mehr gerechtfertigt ist. Interessant wird die kommende Berichtsperiode: Das Erdbeben von Tohoku und die Überflutungen in Thailand haben die Unternehmensresultate vorübergehend verzerrt. Erst die nächsten Quartalszahlen werden für Investoren wieder mehr Klarheit bringen. Bereits jetzt steht fest, dass viele japanische Unternehmen in den letzten zwölf Monaten hart an ihrer Effizienz gearbeitet haben – und dies wissen Anleger zunehmend zu schätzen.

All diese Entwicklungen zeigen, dass Anleger den japanischen Markt derzeit zu Unrecht links liegen lassen. Die einzigen Fallen, die es zu vermeiden gilt, sind Top-down-Anlagen in Indizes, die auch strukturell schwache Unternehmen umfassen. Zudem sind Kenntnisse über die Besonderheiten des Marktes sowie eine aktive Titelselektion unabdingbar.

Ernst Glanzmann, Fondsmanager des Julius Bär Japan Stock Fund bei Swiss & Global Asset Management in Zürich

IMPRESSUM

Investmentfonds
Verlagsbeilage
Frankfurter Allgemeine Zeitung
© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
Hellerhofstraße 2–4
60327 Frankfurt am Main, 2012
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:
Alexander Schneider
redaktion@faz-institut.de
F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH
Mainzer Landstraße 199
60326 Frankfurt am Main

Verantwortlich für Anzeigen:
Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer);
für Anzeigenproduktion: Stephan Puls

Layout:
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH,
Creative Solutions, Frankfurt am Main

Weitere Detailangaben siehe Politik, Seite 4

Verwendete Fotos:
picture alliance/Jan Haas (Titel),
thinkstockphoto.com (Seite B4, B5, B6, B8)

Die Space Ranger siegen
Wer kennt noch Micky Maus? Unsere Kinder jedenfalls nicht. Im Disneyland Paris haben sie trotzdem Spaß. **Seite 2**

Die Seepferdchen gehen
Das traditionelle Peking verschwindet in beängstigendem Tempo – ein letzter Besuch im Hinterhofidyll. **Seite 3**

Die Prinzen kommen
Bald werden Kate und William in den Kensington Palace einziehen. Wir besichtigen ihn schon einmal. **Seite 5**

Die Himmelsstürmer stürzen
Zerfällt das Matterhorn? Oder bröckelt nur sein Mythos? Aufregung um den Berg der Berge. **Seite 8**

Bier macht farbenblind: *Nachts auf der Long Street feiert die Jugend über alle Rassenschranken hinweg.* Foto Andrea Diener

Am Kap

■ **Unterkunft:** Empfehlenswert ist beispielsweise das altehrwürdige Mount Nelson Hotel, zentral gelegen mit großem Park. Das Planet Restaurant sollte man ebensowenig versäumen wie die Tea Time. Telefon: 00 27 / 21 / 4 83 1000, E-Mail: reservations@mountnelson.co.za, Informationen im Internet unter www.mountnelson.co.za. Das Hotel vermittelt auch den Kontakt zum Nahrungssammler Charles Standing.

■ **Reisezeit:** Momentan ist in Südafrika Herbst, im Juni beginnt der Winter mit Niederschlägen. Ab Oktober wird es wieder Frühling.

Fleischhügel am Tafelberg

Seit fast zwanzig Jahren ist die Apartheid in Südafrika Geschichte. Doch immer noch prägt sie eine Stadt wie Kapstadt: Innen ist sie weiß, außen schwarz und oft genug noch ein Provisorium. Beim Essen, Trinken und Tanzen aber kommen sich alle näher. *Von Andrea Diener*

Schon mittags ist es voll unter dem großen Wellblechdach, Plastikstuhlbeine verkanten sich, alles drängt sich um die Tische, darauf stehen mitgebrachte Flaschen mit Saft, Bier, Wein und Jack Daniels. Vor der rotgestrichenen Ziegelwand links sitzen einheimische Großfamilien, vor dem orangefarbenen Sichtschutz rechts, durch den von außen neugierige Straßenjungs blinzeln, reichen sich Australierinnen Zigaretten herum. Auf halbem Weg zum Grill steht der DJ hinter seinem Pult und geht langsam zu Tanzbarem über, aber es ist noch früh, und nur ein paar bezopfte Mädchen wippen mit den Kleidchen.

Zur Mittagszeit ist Essen noch wichtiger als Trinken und Tanzen. Auf Papptellern liegen Fleischberge, denen mit mitgebrachtem Plastikbesteck zu Leibe gerückt werden muss oder gleich mit den Fingern. Seinen Namen trägt dieser Laden ja nicht umsonst: „Mzoli's Meat". Hier gibt es Fleisch, ein ganzes großes Alutablett voll für umgerechnet etwa 35 Euro, ein paar Alibistückchen Brot in einer Schüssel und sonst nichts. Gar nichts. Einst war „Mzoli's" eine Metzgerei, inzwischen ist es der beliebteste Treffpunkt im Township, und zwar für alle: für Familien, für Jugendliche, für Township-Bewohner, für weiße Innenstädter und für Touristen.

Das Township heißt Guguletu; aus dem Xhosa übersetzt bedeutet das so viel wie „Unser Stolz". Guguletu ist Heimat für 330 000 Einwohner, liegt etwa fünfzehn Kilometer vom Stadtkern entfernt in den Cape Flats an der Klipfontein Road und ist eine für Township-Verhältnisse vergleichsweise geordnete Angelegenheit. Es gibt hier kleine steinerne Häuser mit Vorgärten, fließendem Wasser und Stromanschluss. Die Bewohner geben sich sichtlich Mühe, sich angenehm einzurichten, haben alte, schmiedeeiserne Gitter verbaut, die Mauern farbenfroh angestrichen und Bougainvilleen gepflanzt. An der Hauptstraße reihen sich Handyläden, Lebensmittelgeschäfte, Beauty-Salons mit selbstgemalten Schildern. Die Straßen sind asphaltiert, haben aber, wie in allen Townships, keine Namen, nur Nummern.

Das ist, wie so vieles hier in Kapstadt, ein Erbe aus den Jahrzehnten der Apartheid, während deren feinsäuberlich unterschieden wurde zwischen Weißen, Farbigen, Schwarzen und Indern. Städtisches Wohngebiet war grundsätzlich den Weißen vorbehalten, die Ansiedlung schwarzer Arbeitskräfte nur in provisorischen Unterkünften geduldet, die durch Pufferzonen abgetrennt sein sollten. Und nichts sollte den Township-Bewohnern das Leben in irgendeiner Weise angenehm machen, nichts sollte ihre Anwesenheit legitimieren, nicht einmal eine offizielle Adresse. Das war vor zwanzig Jahren. Einen Namen haben die Straßen noch immer nicht bekommen, weiß der Himmel warum.

Es ist schwer, ein Bild von Kapstadt zu bekommen, man muss zu viele Gegensätze zusammendenken. Man muss Guguletu ebenso berücksichtigen wie die Wellblechhütten entlang der Ausfallstraßen, in denen sich vor allem Arbeiter aus weiter entfernten Landesteilen angesiedelt haben, wo sie ein Haus haben, aber keine Arbeit, während sie in Kapstadt eher eine Stelle bekommen können, aber keine Unterkunft. Man muss die hübschen Villengegenden an den Hügeln einberechnen, in denen die übliche globale Villenviertelklientel wohnt und Villenviertelbeschäftigungen nachgeht, und den Strand, an dem Männer mit weiß bemalten Gesichtern Stammestänze vor den Straßencafés aufführen, wenn sie nicht irgendwas mit Glasperlen verkaufen. Hinter jedem Hügel sieht es anders aus, und Kapstadt hat viele Hügel. Hinter jedem Hügel herrscht zudem ein anderes Mikroklima, es ist mild oder stürmisch oder trocken und sandig.

Und dann gibt es natürlich die Innenstadt im Talkessel direkt zu Füßen des Tafelbergs. Quer durch das Zentrum führt die Long Street, die Hauptstraße Kapstadts, bis ganz hinunter zum Hafen. Cafés, Boutiquen und massenhaft Backpacker-Hostels voll von europäischem, amerikanischem, australischem Jungvolk auf Selbsterfahrungsreise, das sich nachts im „Irish Pub" trifft, weil der am längsten geöffnet hat, und tagsüber irgendwo Trommelworkshops absolviert.

Man kann es ihnen nicht verdenken, denn das Leben ist günstig hier, und es gibt alles, was man zum gepflegten Abhängen zwischen Jugend und Erwachsensein braucht. Es gibt im internationalen Ethnostil eingerichtete Bars, guten Espresso und eine kleine, nach gar nichts aussehende Burger-Braterei, in der wunderbare afrikanische Gospelmusik läuft und man für wenig Geld den besten Burger bekommt, den man je gegessen haben wird.

Der Kern der Stadt fühlt sich nach Urlaub an, nach Ferien für immer. Auch Afrika, wie man es sich vorstellt, ist woanders. Hier in der Innenstadt dominiert die weiße Bevölkerung, die Häuser sind drei, vier Stockwerke hoch, sehr viktorianisch, und alle haben schmiedeeiserne Balkone im ersten Stock, auf denen in den milden Herbstnächten das Leben tobt.

Erst mit dem Sonnenuntergang vermischt sich alles, Schwarze, Farbige, Inder, Touristen, alles feiert und trinkt und tanzt und belagert die Straße, dass kaum ein Durchkommen ist für die vielen Taxis. Es gibt schwarze Bars wie das „Marvel" mit Bildschirmen, auf denen schwarze Fußballspieler der Bundesliga in Dauerschleife Torerfolge feiern – der FSV Mainz! Hier in Kapstadt! – und den „Irish Pub", in dem die Flugbegleiterin mit dem Steward tanzt. Und es gibt Neugier aufeinander, man durchmischt sich, spricht sich an, wird niemals schräg angeschaut oder muss sich fehl am Platze fühlen. Die nächtliche Long Street ist kein leiser, aber ein friedlicher Ort.

In den Seitenstraßen warten märkteweise buntgekleidete Souvenirhändler auf Kunden für buntbemalte Holzmasken, buntbemalte Straußeneier, buntbemalte Tücher und anderes buntbemaltes Kunsthandwerk. Die Anwesenheit von Coloured People geht immer mit sehr vielen Farben einher, wenn man nicht gerade im Pan-African Market beim Kunsthändler ein halbwegs authentisches Stück erwirbt. Zwischen mattem Holz und weißgekalktem Holz und sehr wenig Farbe steht er, der Kunsthändler, und freut sich einen Ast ab, hier eine Frankfurterin zu treffen, denn da wohne er ja auch, in Sachsenhausen, der Liebe wegen, wenn er nicht gerade Masken importiert oder in Europa bei Sammlern verkauft. Schöne Stadt, Frankfurt, ja. Und als Kameruner habe er ja ohnehin eine Affinität zu Deutschland, das Schulwesen, die alten Eisenbahnen, alles deutsch, und alles: immer noch in Benutzung, nach hundert Jahren, toll.

Seltsam fühlt man sich da, angesichts dieser Bewunderung längst historischer Technik, die zufällig aus dem Land kommt, aus dem man auch kommt. Aber warum geht in diesem Afrika alles so langsam, warum dauert alles so lange? Zwanzig Jahre, hundert Jahre, das ist hier nichts. Und so beschließt man, diesen Kameruner einfach als Frankfurter wahrzunehmen, als Nachbar, schaut einmal großzügig über eigene Befindlichkeiten und die Kontinente und die Vergangenheit und sogar den Main hinweg und tauscht Mail-Adressen aus.

Charles Standing ist eigentlich Bühnentechniker und Inhaber einer Firma für Spezialeffekte, aber jeder Beruf wird irgendwann langweilig, sagt er. Und kochen ist viel interessanter, oder eigentlich Essen sammeln, und zwar in der Stadt. „Urban food foraging" nennt er das. Er weiß, welche Quelle perfektes Trinkwasser liefert und welche Kräuter man hineingibt, um das Wasser zu aromatisieren. Er weiß, wo man am Strand Miesmuscheln findet und welcher Baum Maronen trägt, und er nimmt gern Gäste mit auf seine Sammeltouren.

Zu Hause bei ihm kocht allerdings die Haushälterin, eine ältere Dame, die in einem der angenehmeren Townships wohnt, „a lovely community", sagt Charles, und tatsächlich ist der Zusammenhalt in den ärmeren Wohngegenden sehr hoch. Niemals, sagt er, würde seine Haushälterin mit ihm tauschen wollen, aber natürlich wünschen sich alle eine Verbesserung der Lebensqualität, saubereres Wasser, funktionierende Elektrizität. Und natürlich ist Bildung ein Problem, die Arbeitslosigkeit, die zu Kriminalität führt und dazu, dass Jugendliche sich in Banden organisieren. Ein Paradies ist keine der Townships.

Seit einiger Zeit sammelt Charles die Gerichte seiner Köchin für ein Kochbuch, typische Township-Küche, mit viel Reis, Bohnen, würziger Soße. Es gibt mittlerweile ein wachsendes Interesse der weißen

Fortsetzung auf Seite 3

FAMILIENURLAUB

Foto Pudenz

Der Bär ist los

Was den Menschen vom Bären unterscheidet, ist der Umstand, dass der Mensch eher dazu neigt, beim Futter auf die Herkunft und die Verträglichkeit für seine Verdauungsorgane zu achten. Dem Bären sind solche Feinheiten unwichtig. Passt es ins Beuteschema, wird es gefressen. Das trägt wohl auch dazu bei, dass die Menschen im sonst so friedlichen Südtiroler Ultental beunruhigt sind. Die Bauern ärgern sich, die Eltern sorgen sich. Denn das Tal bekommt immer wieder Besuch aus dem benachbarten Trentino – Braunbären, die auf Wanderschaft sind. Und das sorgt für Streit zwischen Bauern, Jägern und Naturschützern. Einer der Bären hat den schnöden Namen M13, zeigt kaum Scheu vor Häusern und Menschen, ist derzeit Richtung Norden unterwegs und wandelt so auf den Spuren seines Kollegen JJ1, den wir alle als Bruno kennen. Es ist also nicht auszuschließen, dass Bruno 2 demnächst, angelockt vom Duft von Weißwurst und Leberkäse, durch bayerische Gefilde streifen wird.

Ob das gut ist, wenn Meister Petz von Alm zu Alm wandert, darüber gehen die Meinungen auseinander. Für bergwandernde Familien mag das nicht gerade eine wünschenswerte Perspektive sein, wenn ein gar nicht scheuer Bär aus dem Dickicht gekrochen kommt, weil er den Schokoriegel der Kinder wittert. Ob der seltene Besucher andererseits Tierliebhaber anlockt und die Nächtigungszahlen in den Bergdörfern hebt, ist auch nicht sicher. Es wird womöglich wieder arg gestritten werden, wenn M13 das Bayernland bereichert. Aber vielleicht wird es gar nicht so schlimm. Kürzlich war rund um Bayrischzell und Oberaudorf ein Wolf unterwegs, der sich nicht gerade als Vegetarier zeigte. Einem Schafzüchter am Thiersee hat er angeblich von seinen 47 Tieren nur zwanzig übrig gelassen. Anders als bei Bruno hat sich das Problem recht diskret gelöst. Plötzlich war der Wolf verschwunden, und keiner wusste, wohin. Es interessierte auch niemanden, was wohl auch damit zu tun hat, dass die Menschen in jungen Jahren gerne mit Plüschbären spielen, aber Plüschwölfe eher wenig gefragt sind.

Wer demnächst in bärenaffinen bayerischen Regionen mit Kind und Kegel wandern will, sollte sich über die bärigen Eventualitäten informieren, im Zweifelsfall Schokolade und Honigsemmel zuhause lassen und lieber eine Flinte mitnehmen. Der Bär selbst weiß ja gar nicht, was ihn da erwartet. Er kommt aus Gegenden im Trentino, in denen die Zivilisation eher spärlich ist. Und plötzlich entdeckt er dann die Bergwelt Tirols und Bayerns, in der alle hundert Meter ein Wanderweg und eine Hütte auftauchen, am Wochenende ganze Völkerwanderungen mit gut gewürzten Brotzeiten im Rucksack unterwegs sind und sich auf den Tischen vor den Hütten Speckbrote und Kaiserschmarrn stapeln. Überall riecht es nach Essen und sind Menschen um ihn herum, die ihn mit Handys filmen und fotografieren. Vielleicht ist das ja auch zu viel Aufmerksamkeit für Bruno 2, und er schleicht sich von ganz alleine. geo

Wir wollten Micky Maus besuchen. Zwei Tage in ihrem Park bei Paris, zwei Nächte in ihrem Hotel direkt am Park. Die Kinder würden jubeln, dachte ich. Aber sie fragten bloß: Wer ist Micky Maus? Ganz offensichtlich war es Zeit für diese Reise. Dann begann ich noch einmal von vorne: Kinder, wir fahren zu Space Ranger Buzz Lightyear. Jetzt ging immerhin ein wahrnehmbares Lächeln über ihre Gesichter.

Disney hat sich verändert. Seit einigen Jahren erfindet Disney sich neu, könnte man sagen. Man kann aber auch sagen, dass Disney auf dem besten Weg sei, seine eigenen Figuren abzuschaffen und in der Welt von Pixar aufzugehen, dem kleinen Unternehmen mit den großen Ideen und der wirtschaftlich erfolgreicheren Phantasie. Vor ein paar Jahren hat Disney das Trickfilmstudio durch einen Aktientausch übernommen; gerade noch rechtzeitig. Denn Kinder im Vor- und Grundschulalter scheinen heute viel eher mit den Autos, Fischen und Ratten der Pixar-Gruppe vertraut zu sein als mit den Mäusen, Enten und Hunden von Walt Disney, die mindestens über zwei Generationen hinweg gleichermaßen Symbol für Kinderunterhaltung wie für Amerika waren. Ein Besuch in Disneyland bei Los Angeles oder Disney World in Orlando war ja immer so etwas wie eine Wallfahrt – ein Eindruck, der durch die lange Anreise, die langen Schlangen vor den Attraktionen und den Erwerb der Devotionalien unterstrichen wurde. Außerdem gibt es täglich Prozessionen der berühmten und weniger berühmten Figuren durch die Parks, dort allerdings Parade genannt.

Als wir am Nachmittag Marne-la-Vallée erreichten, lag eine dichte Wolkendecke schwer über dem Vergnügungspark. Nicht die beste Einstimmung auf eine Welt, deren Sonne tief in die Herzen dringen soll. Aber keine schlechte Voraussetzung, um zügig zu den Attraktionen zu gelangen. Jeweils schneller, als man „Disney's Once Upon a Dream Parade" sagen kann, saßen wir in einem kleinen Boot und schipperten an den wüsten Gelagen in Piratennestern vorbei, flogen mit Peter Pan über das nächtliche London, tauchten in die Geisterwelt von Phantom Manor ein und infizierten uns bei der musikalischen Kreuzfahrt rund um die Kinderwelt mit einem Ohrwurm, der erst im Laufe des späteren Abend davonkriechen würde. Einmal durften wir sogar in unserem Wägelchen eine zweite Runde drehen, weil niemand sonst anstand. Und als sich Punkt fünf am Nachmittag die Tore im Fantasyland öffneten und sich die „Once Upon a Dream Parade" auf den Weg zur Main Street U.S.A. machte, standen wir direkt an der Bordsteinkante. Keiner verstellte uns den Blick, niemand schubste uns von hinten – so leer war es. Tapfer führte Micky Maus in der Uniform eines Zirkusdirektors den Umzug an. „Schaut", sagten wir zu unseren Kindern, „da ist sie!" Die Kinder hörten nicht einmal zu.

Den Jubel erhielten tatsächlich eher die, für die im Park auf bunten Plakaten als die neue Generation geworben wird: die Pixar-Figuren also, von denen wir die Hälfte noch nie in unserem Leben gesehen hatten – vorneweg allerdings Space Ranger Buzz Lightyear. Mit drei Teilen „Toy Story" hatten wir uns zumindest auf diese Begegnung gründlich vorbereitet und kannten neben dem Weltraumpolizisten sowie der Cowboypuppe Woody auch das ganze andere Spielzeugarsenal des kleinen Jungen Andy, das in dessen Abwesenheit ein eigenes Leben führt, samt aller Höhen, Tiefen und Abenteuer, die ein Leben eben bereithält.

Der erste Teil der Trilogie kam 1995 in die Kinos und ist längst ein Klassiker – nicht nur wegen der beeindruckenden Computertechnik, sondern auch, weil er eine wunderbare Geschichte erzählt. Vor allem jedoch ist der Film ein Geniestreich des Merchandising. Denn es muss nicht erst umständlich aus Filmfiguren Spielzeug entworfen werden – das Spielzeug ist ja schon da. Wie gut das bei den Kleinen funktioniert und mit welcher Hingabe sie das verfolgen, erlebten wir an einem der vielen Stände im Park: Unserem Sohn kullerten die Tränen über die Wangen, weil nicht ein einziger Kunde an der Auslage stand. „Der arme Verkäufer", schluchzte er.

Zwanzig Jahre ist es her, dass Disneyland bei Paris eröffnet wurde. Es war viel die Rede damals vom Ausverkauf der Kultur. Und davon, dass das Konzept in Europa nicht funktionieren werde und die Besucher ganz bestimmt ausblieben. Aber mittlerweile wurde der Park nach eigenen Angaben sogar zum meistbesuchten Kurzreiseziel des Kontinents. Kontinuierlich wurde er ausgebaut. Mal um eine Achterbahn quer durchs Universum, mal um das riesige Gelände des Walt Disney Studios Park, der wiederum ständig neue Attraktionen erhält – vor zwei Jahren zum Beispiel, rechtzeitig zum dritten Teil der Kinoserie, das „Toy Story Playland". Es ist ein winziges Segment mit drei, vier Fahrgeschäften, um die auf keinem Rummelplatz der Welt viel Aufsehens gemacht würde. Man fährt in bunten Wägelchen hoch und runter oder im Kreis herum. Aber hier zählt nicht der Effekt der Geschwindigkeit, es zählen die Bilder, die Figuren – die Kulissen. Sie sind die Unterhaltung des Parks. Und sie erledigen ihren Auftrag so gut, dass man sich an Tagen mit großen Besucherzahlen stundenlang zu ihren Füßen artig in die Schlangen stellt, ohne je zu murren. Es ist ein Pop-Art-Erlebnis, ein Besuch in einer Kinder-Surrealismus-Welt, deren Reiz sich kaum entfaltet, wenn man allzu zielgerichtet auf die Wägelchen zulaufen kann. Die Kinder waren froh, als sie sich für die „Stunt Show Spectacular" fast eine Stunde lang hinsetzen konnten, und verfolgten staunend die Verfolgungsjagden aufgemotzter Sportwagen über eine mediterran anmutende Hafenanlage. Dann wollten sie zurück ins Hotel, um dort mit ihren Star-Wars-Raumschiffen aus Legosteinen zu spielen.

Vor dem breiten Eingang des Hotelrestaurants hatten sich zu dieser Zeit die Einwohner Entenhausens versammelt und ließen sich mit den jungen Gästen fotografieren. Manche Kinder hatten kleine Notizbücher dabei, die es im Hotel zu kaufen gibt, und sammelten Autogramme von den als Donald, Pluto und Micky Maus verkleideten Parkangestellten. Unsere Kinder interessierte das nicht, und für die Erinnerungsfotos mussten sie förmlich zu den Figuren geschoben werden. Das hat man nun davon, wenn man seinen Kindern nicht verbietet, Comics zu lesen. Aber es ist ja viel schlimmer: Es gibt gar keine Micky-Maus-Heftchen mehr.

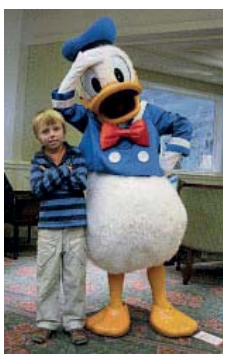
Die Kinder gingen aufs Zimmer und spielten mit Lego, und ich spielte mit dem Gedanken, in die Bar zu gehen. Aber dann zog es mich in den Souvenirladen, den ich mit einer riesigen Buzz-Lightyear-Figur verließ. Sie blinkt und redet und sagt Sätze wie „Bis in die Unendlichkeit und noch viel weiter". Als ich damit ins Hotelzimmer kam, nickte mein Sohn anerkennend. Dann baute er weiter.

Disneyland Paris besteht aus zwei Parks mit sieben Hotels in unterschiedlichen Kategorien. Die Eintrittspreise beginnen bei 55 Euro. Über Arrangements informiert die Homepage www.disneylandparis.de.

Ruhm der Neuen: *Woody, Buzz Lightyear und andere Gesellen aus „Toy Story" bei der täglichen Parade* Fotos Freddy Langer

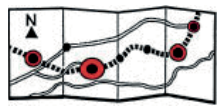
Ratten statt Mäuse *Von Freddy Langer*

Wie voll muss ein Vergnügungspark sein, damit ein Besuch ein Vergnügen wird? Unterwegs im Disneyland Paris.



Treffen mit Fremden: *Wer sind Sie, und warum wollen meine Eltern dieses Bild?*

Wegweiser



Kindern gute Ernährung schmackhaft zu machen ist das Ziel der Hotelkette Fairmont. Seit kurzem bieten alle 95 Häuser des Unternehmens gesunde Kindergerichte an. Beliebte Klassiker wie Pizza, Spaghetti mit Fleischklößchen oder Schokoladen-Mousse wird es weiterhin geben, allerdings in gesünderen Varianten; so wird künftig verstärkt Vollkorn- statt Weizenmehl verwendet. Mit der neuen Speisekarte für Kinder knüpfen die Fairmont Hotels & Resorts an ihr bereits bestehendes „Lifestyle Cuisine Konzept" für Erwachsene an. Es konzentriert sich auf fettarme, vegetarische oder kohlenhydratarme Gerichte für Gäste, die auch unterwegs ihren Ernährungsstil konsequent beibehalten möchten. Für die Kinderteller hält sich Fairmont an die Ernährungsrichtlinien, die das Institute of Medicine of the National Academies festgelegt hat. Alle Köche berücksichtigen dieselben Parameter, kreieren aber je nach Land ihre ganz eigenen Gerichte mit heimischen Produkten. Fairmont gilt als einer der Pioniere in gesunder Kinderernährung. So führte des Fairmont Olympic Hotel in Seattle schon vor acht Jahren eine Speisekarte für Kinder komplett aus Bioprodukten ein. Weitere Informationen unter der kostenfreien Telefonnummer 08 00/1 81 14 62 oder unter www.fairmont.com. kn

Eine Schatzsuche im Topkapi-Palast gehört zu den Höhepunkten einer fünftägigen Familienstudienreise von Studiosus nach Istanbul, auf deren Programm auch ein Schnellkursus in Kalligraphie und eine Naschtour mit viel türkischem Honig auf dem Großen Basar stehen. Das Arrangement kostet inklusive Transfers, Übernachtungen im Vier-Sterne-Hotel, Halbpension und Reiseleitung ab 979 pro Kind und Erwachsenen im Doppelzimmer. Weitere Auskünfte telefonisch unter der Nummer 00 800/240 22 402 (gebührenfrei) oder unter www.studiosus.com. kn

Fußball spielen und Englisch lernen kann man in diesem Sommer im Feriendorf Hinsbeck. Das Fußballtraining wird ausschließlich auf Englisch von Trainern abgehalten, die in Amerika und England gespielt haben. Auch in der Freizeit sollen die Kinder Englisch reden. Die Camps finden von Anfang Juli bis Anfang August statt. Weitere Auskünfte: moritz@ferienfussball.de und 02 21/8 01 82 82. kn

ANZEIGE

ISBN 978-3-89843-211-5

Mitternachtssonne, wilde Natur, Inselromantik: Neun faszinierende Reiseberichte über den hohen Norden.

Norwegen – ein neues Hörbuch aus dem F.A.Z.-Archiv. Doppel-CD, ca. 2 Stunden Spieldauer, **19,90 €**

Bestellen Sie telefonisch* (069) 75 91-10 10, auf www.faz-hoerbuch.de oder im Buchhandel.

* normaler Festnetztarif

Frankfurter Allgemeine Archiv

EXKLUSIVE REISEN *Schätze der Ewigen Stadt*

ITALIEN

Fabrizia Rotoni

www.faz.net/exklusive-reisen

Streifzug durch die berühmtesten Museen und zu den einzigartigen Kunstschätzen Roms

Schon während des Altertums avancierte Rom zu einem bedeutenden politischen Zentrum und verkörperte im Mittelalter die Macht und Größe des Christentums. Immer wieder war es die Kunst, die die herausragende gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung der Stadt am Tiber über Jahrhunderte hinweg inszenierte und verkörperte. Bauwerke wie das Kolosseum, der Trevi Brunnen oder der Petersdom unterstreichen diese Symbiose bis heute. Doch nicht nur architektonisch nimmt die italienische Kapitale dabei eine Art Ausnahmestellung ein, wie diese außergewöhnliche Städtereise zeigen wird. Mit seinen berühmten Gemäldesammlungen und Designexponaten – unter anderem zu sehen in den weltbekannten Museen Galleria Borghese, den Vatikanischen Museen, der Galleria Nazionale d'Arte Moderna und im neuartigen MAXXI – verdient Rom zweifelsohne den Beinamen: Kunstmekka.

Eingeschlossene Leistungen
• Flug von Frankfurt nach Rom und zurück • 4 Ü/F in einem 5-Sterne-Hotel • Alle Transfers, Ausflüge, Führungen, Eintrittsgelder und Mahlzeiten lt. Programm • Begleitung durch einen deutschen Kunsthistoriker • Reiseleitung vor Ort u. v. m.

Reisetermin
18. BIS 22. OKTOBER 2012

Reisepreise pro Person
1.910 EUR im Doppelzimmer
2.545 EUR im DZ zur Alleinbenutzung

Reiseveranstalter TUI LT Special Tours GmbH, Bremen

Beratung und Buchung:
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr
und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

01805 – 01 11 87
(Dt. Inlandspreise: Festnetz 14 ct/Min., Mobilfunk max. 42 ct/Min.)
E-Mail: exklusive-reisen@tui-lt.de

Hapag-Lloyd Tours
Wachtstraße 17– 24,
28195 Bremen
Fax 0421 – 322 68 89

Der letzte Gang des Seepferdchens

Herr Wang ist ein guter Reiseführer. Er ist belesen, kennt Deutschland, spricht die Sprache Goethes und kann die Dinge kulturell einordnen. Er ist stolz auf sein Land, ohne dauernd mit den Superlativen der chinesischen Gegenwart zu prahlen. Stattdessen möchte er seine Gäste mit den Relikten chinesischer Tradition und Geschichte vertraut machen, die Pekings großen Sprung ins einundzwanzigste Jahrhundert überlebt haben. Aber das ist gar nicht so einfach. Deshalb gibt uns Herr Wang gleich zu Beginn einen wichtigen Hinweis fürs Manövrieren im alltäglichen Touristenstrom von Chinas Hauptstadt: „Wenn wir zu Fuß unterwegs sind, bitte immer auf meine gelbe Fahne achten." Das, so merken wir bald, ist keine peinliche Parodie auf asiatischen Reiseverhalten in Europa, sondern eine sinnvolle Maßnahme, um sich im Getümmel der Besuchermassen nicht zu verlieren. Denn jeden Tag werden allein durch den Kaiserpalast siebzigtausend Menschen geschleust, an manchen Tagen kommen sogar bis zu hunderfünfzigtausend.

Langsamen, aber stetigen Schrittes marschieren wir also im Schlepptau des Reiseführers durch die Hallen und Gemächer, die Höfe und Gärten des Palastes. Hin und wieder hält Herr Wang inne und gibt Erklärungen zur Geschichte der Dynastien, zur Bedeutung von Drachen und Phönix, zu Feng Shui und zur Harmonie der geistig-materiellen Kraftfelder von Yin und Yang. Und er deutet auf die unzähligen Ornamente, Figuren und Malereien, die Dächer, Wände, Fußböden und Türen des Palastes verzieren. Hier schauen wir besonders genau hin. Denn wie lange die Bauwerke den Durchmarsch der Besuchermassen noch aushalten können, ist ungewiss. Eine permanente Restaurierung der historischen Substanz ist unerlässlich, und unser Reiseführer schaut skeptisch in die Zukunft dieses einzigartigen historischen Erbes. Schon jetzt komme man mit der Restaurierung kaum noch nach, so dass Teile des Palastes geschlossen bleiben müssten. Liegt das an Geldmangel? Herr Wang lächelt: „Nein, Geld haben wir genug, aber es fehlt an qualifiziertem Personal." Junge chinesische Künstler interessierten sich kaum noch für die alten Techniken und widmeten sich lieber der zeitgenössischer Kunst.

Unter dieser Entwicklung leidet auch das klassische chinesische Kunsthandwerk des Jingtai Lan, in Europa als Cloisonné bekannt. Die ältesten Stücke stammen aus der Zeit der Yuan-Dynastie im vierzehnten Jahrhundert, ihre Blüte erlebte diese Email-Technik während der Ming-Dynastie Ende des fünfzehnten Jahrhunderts. Gefäße, Schmuckstücke oder kleine Plastiken aus Kupfer werden dabei vielfarbig glasiert und anschließend gebrannt. Früher hat man die Gegenstände ausschließlich für die königliche Familie hergestellt, weshalb die Manufakturen vorwiegend in Peking ansässig waren. Arbeitszeit und Kosten spielten keine Rolle, die Qualität erreichte höchstes Niveau. Noch während der Mao-Zeit war Cloisonné eines der wenigen Exportprodukte Chinas, in Zukunft aber könnte die industrielle Fertigung die traditionsreiche Kunst vollständig verdrängen. Denn dem Jingtai Lan gehen die Künstler aus.

Die kleine Manufaktur Huai Rou im gleichnamigen Pekinger Vorort ist einer der wenigen verbliebenen Betriebe, die ihre Objekte noch in mühevoller Handarbeit herstellen. Die Werkstatt liegt in einem grauen, einstöckigen Gebäude, das an eine heruntergekommene Fabrik erinnert. Im Hof streunen Hunde herum, und die Arbeitsbedingungen in den tristen Räumen stehen in frappierendem Gegensatz zur farbigen Pracht des Cloisonné. Hier halten derzeit noch zwanzig Frauen und Männer die künstlerische Tradition des Jingtai Lan aufrecht. Tief gebeugt sitzen sie über ihren Farbtöpfen und bemalen die unterschiedlichen Gegenstände. Mehr als hundert Farben aus Natursteinen, Pflanzen, Blüten und Metall stehen ihnen zur Verfügung. Im Gegensatz zur Werkstatt ist der Verkaufsraum aufs Feinste herausgeputzt. Hunderte von Vasen und Bechern, Schmuckstücken und Essstäbchen lagern in den Vitrinen und quellen über von den typischen Motiven des chinesischen Cloisonné: Menschen und Tierfiguren, Drachenköpfe, Blumenmuster, Symbole und Kalligraphie.

Vom Aussterben bedroht sind in Peking auch die traditionellen Apotheken. Tong Ren Tang an der Shanlan-Straße, eine der letzten ihrer Art, hat Herr Wang für uns aufgespürt. Sie ist nicht leicht zu finden, denn sie versteckt sich in den hinteren Räumen eines modernen Pharmaziegeschäfts. Zentrum eines solchen Ladens ist ein riesiger Apothekerschrank mit Dutzenden von Schubladen, in denen die wichtigsten Kräuter lagern, die dann nach den Rezepten der Ärzte gemischt werden. Daneben stehen Keramikdosen mit Knochen- und Hornmehl, Gewürzen, Blüten und Samen. Das Sortiment beruht auf den Prinzipien der traditionellen chinesischen Medizin, die im Land noch immer einen guten Ruf genießt. Das staatliche Heilkräuterforschungsinstitut umfasst dreizehn Abteilungen, sechs Krankenhäuser allein in Peking und einen botanischen Garten. Hier lernen angehende Ärzte, dass Vorbeugung das Grundprinzip alles medizinischen Denkens sein soll, wie sie die feinsten Störungen wahrnehmen können, bevor die eigentlichen Krankheitssymptome auftreten, und wie sie Abweichungen im Gleichgewicht von Yin und Yang mit Kräutern ausgleichen können.

Dennoch sind die alten Apotheken in der Stadt fast ausgestorben. Kaum jemand nimmt sich noch die Zeit, auf die Mischung durch den Apotheker zu warten und sie anschließend zuhause gemäß Rezept und Zeitplan aufzukochen und anzuwenden. Deshalb gibt es die Mittel der althergebrachten Medizin jetzt in modernen Märkten, eingeschweißt in höchst untraditionellen Fertigpackungen für den eiligen Konsum, und nur noch wenige ältere Herrschaften finden sich im pittoresken Hinterzimmer der Filiale von Tong Ren Tan ein.

Medizinische Vorbeugung geschieht auch durch Tai Chi, die klassische chinesische Kampfkunst, die heutzutage vor allem als meditatives Entspannungstraining genutzt wird. Herr Wang lässt seine Gruppe sehr früh am Morgen aufstehen, damit sie in dem langgestreckten Park an der Kaiserstadtmauer bei diesen typischen Freiübungen zusieht oder sogar mitmacht. In der Regel sind es Rentner, die sich hier in kleinen Gruppen versammeln und mit oder ohne Musik ihre Übungen absolvieren. Man sieht wenig junge Leute, doch Herr Wang versichert, dass die Grundschüler vor dem Unterricht Tai Chi praktizieren und dass das Schattenboxen auch in den Hochhauskolonien nicht an Popularität verloren habe. Dort sei es nur weniger sichtbar, weil sich die Menschen nicht in öffentlichen Parks, sondern in abgetrennten Gärten und Grünanlagen versammeln.

Beinahe unsichtbar hinter den internationalen Konsumpalästen der Einkaufsstraße Wangfujing ist auch der traditionelle Freiluftmarkt, der dort in einer schmalen Gasse überlebt hat. Es sei der letzte dieser Art im Zentrum Pekings, sagt Herr Wang. Straßenhändler bieten Souvenirs vom Stoffpanda über Buddha-Figuren und Mao-Bibeln bis zu Kalligraphien an. Dazu gibt es eine große Zahl von Garküchen und schlichten Restaurants, die vor den Augen der Passanten Nudelsuppen, Froschschenkel und Fleischspieße, marinierten Oktopus, gebratene Bananen und aufgespießte Käfer, Seepferdchen, Muscheln und Schnecken zubereiten. Während sich die eine Hälfte der Chinesen hier offenbar ganz selbstverständlich versorgt, sind diese leicht schmuddeligen Etablissements für andere bereits eine Art kurioser Jahrmarkt, der mindestens ein Dutzend Fotos wert ist.

Ein stetig schwindender Hort des herkömmlichen chinesischen Lebens sind die Hutongs, die engen Gassen und verwinkelten Wohnviertel nördlich der Verbotenen Stadt, die in der Kaiserzeit errichtet wurden. Einstöckige Häuser und Wohnungen mit wenigen Quadratmetern Wohnfläche sind hier die Regel, die Gemeinschaftstoilette befindet sich an der nächsten Straßenecke. Vor fünfundzwanzig Jahren bestand Peking noch zu neunzig Prozent aus diesen Gassen, inzwischen wurden die meisten abgerissen, vor allem während der Vorbereitung für die Olympischen Spiele 2008.

Nur wenige Hutongs wie das Gassengewirr in der Nähe des Trommelturms stehen unter Denkmalschutz. Aber auch ihnen steht der radikale Wandel der chinesischen Gesellschaft längst ins Gesicht geschrieben. An den wichtigsten Eingangstoren tummeln sich Souvenirhändler, Postkartenverkäufer und Anbieter gefälschter Uhren. Eine Phalanx von Rikschafahrern, die in- und ausländische Besucher durch das Viertel kutschieren wollen, wartet auf Kunden. Die Rikschas müssen sich mittlerweile zwischen einer ständig wachsenden Zahl von Autos hindurchzwängen, was vor wenigen Jahren, als das Fahrrad in den schmalen Durchfahrten noch das einzige Verkehrsmittel war, undenkbar gewesen wäre. Arme in primitiven Gebäuden und Neureiche in luxusrenovierten Häusern leben derzeit noch Tür an Tür in den Hutongs. Doch immer mehr Restaurants, Bars und Hotels eröffnen in den Gassen und verdrängen Schritt für Schritt die bisherigen Bewohner.

Unwillkürlich dringt man in den Hutongs ins Privatleben der Menschen ein, schaut manchmal sogar in deren Wohnzimmer und Küchen. Doch die nehmen es gelassen, sind den Trubel inzwischen wohl gewohnt und konzentrieren sich auf ihre Brettspiele, kochen im Freien, verkaufen Obst und Gemüse, schlafen im Sitzen oder werkeln an ihren Häusern. Wir besuchen die Familie Chang, die seit siebzig Jahren in einem besonders schönen und im Laufe der Zeit kaum veränderten Haus lebt. Im beschaulichen Innenhof tummeln sich Hunde und Katzen, ein Granatapfelbaum sorgt für etwas Grün. Auch diese Menschen lassen sich von den Besuchern in ihrem Alltagsgeschäft kaum stören. Sie scheinen in der Ruhe ihres althergebrachten Heimes abgekoppelt vom gesellschaftlichen Express der Millionen, in dem Peking dahinsaust.

Doch dieser Eindruck trügt. Das merken wir spätestens beim Auftauchen der dritten Touristengruppe, die sich hier zu einem Kurzbesuch einfindet. Familie Chang weiß sehr genau um die Besonderheit ihres Wohnsitzes und kassiert von den Besuchern einen entsprechenden Obolus. Zudem deutet Herr Wang an, welchen Wert die Grundstücke in den Hutongs inzwischen haben. Irgendwann, so schließen wir, wird auch diese Familie des Daseins ohne Heizung und eigene Toilette überdrüssig sein und entweder ihr Haus modernisieren oder es für ein Vermögen verkaufen. Und wieder wird ein Stück vom alten China unwiderruflich verlorengehen.

Der Pharmazeut ist ein Botaniker: *In den traditionellen Apotheken Pekings vertraut man auf Kräuter und Gewürze zur Heilung und Prävention.* Foto Volker Mehnert

Das traditionelle China verschwindet rasant, vor allem in Peking. Wer noch etwas davon erleben will, sollte sich sputen: Zu Besuch in Cloisonné-Werkstätten, Gewürzapotheken und Hinterhofidyllen.

Von Volker Mehnert

Informationen: Kulturreisen nach Peking und in andere chinesische Städte haben unter anderem die China-Spezialisten Caissa (Burchardstraße 21, 20095 Hamburg, Telefon: 040/32 33 22 10, www.caissa.de) und Gebeco (Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel, Telefon: 04 31/5 44 60, www.gebeco.de) im Programm. Die zwölftägige Tour „Impressionen Chinas" kostet bei Caissa ab 1799 Euro pro Person, das achttägige Arrangement „Kaiserstadt Beijing" bei Gebeco ab 795 Euro pro Person.

Fortsetzung von Seite 1

Barbecue in Kapstadt

Einwohner an der Kultur der Townships, es gibt geführte Touren, private Herbergen, Restaurants und auch Treffpunkte wie „Mzoli's Meat". Schön, dass es so etwas gibt, es sollte selbstverständlich sein, aber das ist es nicht. Nicht einmal, und das ist das Schlimmste, im eigenen Kopf.

Die Siedlungspolitik der Apartheid sollte auch im District Six verwirklicht werden. Das einst multikulturelle Hafenviertel mit Nachtleben und reicher Musikkultur wurde vom Ende der sechziger Jahre an nahezu vollständig zerstört, die Bevölkerung vertrieben, das Gelände zur „Whites-only Area" erklärt und mit dem schönen Namen „Zonnebloem" belegt. Sechzigtausend Einwohner wurden an den Rand der Stadt in die Cape Flats gedrängt, eine flache, sandige Gegend und gezwungenermaßen Heimat für alle, die in der Stadt unerwünscht waren. Und auch bei den Unerwünschten gab es mehrere Klassen: Die Farbigen, die muslimischen Kapmalaiien, ehemalige Sklaven der Niederländischen Ostindischen Kompanie, und die Inder wurden als Arbeitskräfte geduldet, die schwarzen Xhosa dagegen sollten nach dem Willen der Regierung zurück in die sogenannten Homelands, nach „Bantustan", kurz: in den Busch. Sie lebten selbst in den Townships als Illegale. Heute bilden sie dort die Bevölkerungsmehrheit, und isiXhosa mit seinen markanten Schnalzlauten ist die Hauptumgangssprache.

Doch internationaler Druck sorgte dafür, dass der Plan der Regierung nicht aufging. Kaum jemand wollte sich in Zonnebloem ansiedeln, die Grundstücke verkauften sich nicht. Niemand wollte freiwillig dort wohnen, wo zuvor Zehntausende gewaltsam vertrieben worden waren, und so war die größte und ehrgeizigste Umsiedlungsmaßnahme auch die letzte. Mit dem Ende der Apartheid sind einige der ehemaligen Bewohner zurückgekehrt, zuerst die Alten, inzwischen bekommen immer mehr Familien ihre Grundstücke zurückerstattet. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen, und wer weiß, ob er es jemals sein wird. Wer weiß, ob die Straßen jemals Namen bekommen nach den Jahrzehnten des Wahnsinns, man ist vielleicht viel zu ungeduldig.

Barbecue Township Style geht so: Man bekommt einen Tisch zugewiesen, oder einen Teil eines großen Tisches, dann geht man zu einer Art Kiosk und kauft das Fleisch. Es gibt Huhn, Teile von der halben Kuh, Teile vom halben Schwein und Würste, wunderbare, scharf gewürzte Bratwürste, die vermutlich die besten sein werden, die man je gegessen hat.

Das ganze Gemetzel trägt man durch den Hof vorbei an einer einfachen Spüle und stapelweise Feuerholz in die Küche, die etwas sehr Mittelalterliches hat. Sie besteht aus einem fensterlosen Raum mit schwarzgequalmten Wänden, daran ein Grillrost neben dem nächsten. Dort gibt man das Fleisch ab, lässt es fachgerecht grillen und holt es sich wieder, wenn es fertig ist. Fleisch, das darf man nicht vergessen, ist Luxus im Township. Fleisch in „Mzoli's"-Qualität ist ein Festmahl und braucht keine Beilagen, die hat man hier die ganze Woche über.

Zum Abend hin wird es immer voller werden. Die Familien werden nach Hause gehen, die Kinder ins Bett gebracht, da feiern die Jungen noch immer, alle, ob schwarz oder weiß, ob Tourist oder Einheimischer. Doch irgendwann wird der letzte Weiße „Mzoli's" verlassen, wird aus den Cape Flats über die Klipfontein Road zurückfahren in die Innenstadt oder in eines der Wohnviertel, in das ein Bewohner von Guguletu höchstens als Putzhilfe kommt. Bis zum nächsten Wochenende werden sich ihre Wege kaum kreuzen.

Erleben Sie Business Plus

Sie können jederzeit auf etwas anstoßen

BUSINESS PLUS

Alles in Business Plus wurde mit dem Ziel entwickelt, Exklusivität erlebbar und fühlbar zu machen. Vom Schlafsessel bis zum Touchscreen, vom exquisiten Wein aus unserer Bodega bis zum Besten aus unserer Küche. Business Plus zu genießen, bedeutet, so zu reisen, wie Sie es sich immer erträumt haben.

IBERIA

Bücher für die Reise

Die Sonne im Fragenkatalog

„Wie schön ist Panama?“ oder „Wer liegt vor Madagaskar?“ Dennis Gastmann reist „Mit 80 000 Fragen um die Welt“, die ihm Zuschauer der gleichnamigen NDR-Sendung auf den Weg gegeben haben. Der Reporter hat nun die Episoden zu einem Kompendium und Hinterfragekatalog von Bilderbuchklischees, Schlagern und Vorurteilen gebündelt. Er reibt das Klischee an der sozialen oder geopolitischen Realität und treibt es ad absurdum, wenn er etwa im Käsewunderland Holland die „Frau Antje“-Darstellerin angesichts des steigenden Meeresspiegels fragt, ob Holland in Not sei. Als „deutscher Alfons in Paris“ variiert er das Mireille-Mathieu-Paris bei einem Besuch im Swingerclub als die „Stadt der käuflichen Liebe“. Dabei greift er immer wieder zu kuriosen Zugängen und Aufhängern zur Erkundung der Volksseele. So fragt er in einem Kapitel, das sich auf die historischen Ursprünge als Sträflingskolonie der Briten bezieht, Passanten: „Verzeihung, sind Sie ein Verbrecher?“ Aber auch philosophischen Fragen wie „Wo endet Europa?“ oder „Was ist der amerikanische Traum?“ – Letzteren lässt er sich von einer Softpornodarstellerin („Sie müssen der amerikanische Traum sein!“) und einem Schönheitschirurgen erklären – widmet sich die erkenntnisgeleitete Weltreise. Die Quizfrage „Wie stirbt es sich in Texas?“, die auf die Praxis der Todesstrafe verweist, steht kontrapunktisch zum Kapitel „Ist Amerika noch eine Supermacht?“, in dem eine fast hundert Jahre alte Bürgerrechtlerin in der verfallenden Autostadt Detroit die Vision der Vereinigten Staaten als Supermacht der Nächstenliebe beschwört. Der Solidarität als Zärtlichkeit der Völker spürt das Buch auch in den Koka-Anbaugebieten Boliviens nach. Am Ende seiner Mission bleiben dem Autor zwar die Masterfragen „Wie lange muss man reisen, um endlich anzukommen?“ und „Wie lange muss man eigentlich fragen, bis man wirklich etwas weiß?“ – doch das Hinterfragen von Absurdistan, wenn er Grenzerfahrungen an der demilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea sammelt oder sich von einem Polizeichef durch ein Problemviertel Panamas führen lässt, ist ihm letztlich wichtiger. sg

„Mit 80 000 Fragen um die Welt“ von Dennis Gastmann. Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2011. 320 Seiten, zahlreiche Abbildungen. Gebunden, 16,95 Euro.

Die Sonne in der Kiste

Im Jahr 1512 berief Kaiser Maximilian I. den Reichstag nach Trier ein. Aus allen Teilen des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation begaben sich Kurfürsten, Fürsten und Vertreter der Reichsstädte an die Mosel. Der Kaiser selbst reiste mit dem Schiff an. Allein für die Strecke von Koblenz bis Trier brauchte Maximilian knapp eine Woche, bevor er im kurfürstlichen Palast abstieg. Über den Reichstag spricht heute außer einigen Fachleuten kaum noch jemand, über den Fund in den drei, im Altar des Doms eingemauerten Kisten, die auf Wunsch des Kaisers geöffnet wurden, spricht in unregelmäßigen Abständen ganz Trier, dazu die gesamte deutsche Presse, ja selbst die im benachbarten Lothringen und Luxemburg. Neben anderen Reliquien wurde 1512 die Tunika Christi, das Gewand, um das die Soldaten bei der Kreuzigung gelost hatten, also der Heilige Rock, wiederentdeckt. Maximilian wünschte, dass man den Fund anlässlich des Reichstags ausstelle. So geschah es. Und geschieht es seither, anfangs jährlich, später alle sieben Jahre, danach alle Jubeljahre, zuletzt 1996, als zur Heilig-Rock-Wallfahrt Hunderttausende von Gläubigen nach Trier pilgerten. 2012 wird der Heilige Rock, über dessen Echtheit man nichts Genaues weiß, erneut gewiesen, so der korrekte Terminus, exakt fünfhundert Jahre nach der ersten Weisung. Anlass genug für das wissenschaftliche Team der Universität und des Amtes für kirchliche Denkmalpflege Trier, einen historischen Kulturreiseführer durch Trier und Umgebung herauszugeben, der im Rahmen eines Projektseminars als Werk von zwanzig Autoren entstanden ist. Das wissenschaftlich fundierte, leicht verständliche Buch liegt nun vor. Der Reise nach Trier, wo die nächste Weisung auf die Wochen von Mitte April bis Mitte Mai anberaumt ist, darf man gut gewappnet entgegensehen. ksi

„Trier 1512 – Heiliger Rock 2012. Reisewege durch das historische Trier“, herausgegeben von Stefan Heinz, Andreas Tacke, Andreas Weiser. Michael Imhof Verlag, Petersberg 2011. 192 Seiten, 180 Abbildungen. Broschiert, 9,95 Euro.

Die Reisenden des U. Puder

Die Sonne auf der Wiese

Im Engadin bleibt man staunend vor vielen Bauernhäusern stehen. Sie sind ein beeindruckendes Beispiel dafür, dass ein Land keine feudalen Herrscher braucht, um der Nachwelt prächtige Architektur zu hinterlassen. Das vermochten auch die Bürger und Bauern der Schweiz – weil sie keine armen Untertanen waren.

Ihre Häuser aus dem fünfzehnten oder sechzehnten Jahrhundert wirken nicht bloß deshalb so stolz und manchmal geradezu herrschaftlich, weil sie großräumig und überdies kunstvoll verziert sind. Mit ihren kleinen und oft vergitterten Fenstern gleichen sie zudem Festungen, die den Unbilden der Witterung trotzen. Es wurde auch nicht geknausert bei den Inschriften in der Sgraffito-Technik (graffiare heißt kratzen), die die Nähe Italiens spürbar macht. Im virtuos verzierten Putz walten Witz und Weisheit. Erna Romeril hat mehr als hundertfünfzig solcher Inschriften fotografiert und aus dem Rätoromanischen in drei Sprachen (Deutsch, Englisch und Italienisch) übersetzen lassen. Es gibt religiöse Sentenzen, wie man sie aus anderen Regionen kennt, oder Wünsche und Ängste der Bauherren. Zahlreich sind auch lebenskluge Sprüche. „Humor im Haus ist wie Sonne auf der Wiese“, heißt es etwa auf einem Haus in Sent. Oder: „Die Straße teilt sich, halte inne, Fußgänger, und wähle die richtige Richtung.“ Und ein Bauherr aus Silvaplana ließ an die Wand schreiben: „Je steiler der Weg, desto süßer die Pause. Je nobler der Sünder, desto schöner die Sünden.“ Und ein anderer ließ in die Fassade kratzen: „Wenn du das Glück finden willst, dann warte nicht darauf, sondern gehe ihm entgegen.“ km.

„Engadiner Lebensweisheiten – Sgraffito-Inschriften an Engadiner Häusern“ von Erna Romeril. Baier-Verlag, Crailsheim 2011. 175 Seiten, zahlreiche Abbildungen. Gebunden, 19,90 Euro.

Die Sonne im Herzen

Es gibt nur wenige Bergbücher, in denen die Karibik eine Rolle spielt. Doch Geri Winkler sieht sich mehr als Reisenden denn als Bergsteiger. Lapidar schreibt er, angesichts der Frühlingsluft in der Großstadt „war es an der Zeit“, Reisepläne zu fassen: „Ein Siebentausender soll es diesen Sommer werden.“ Nach einer aufregenden Reise zum Elbrus bemerkt er über die anschließende Tour bloß: „Siebzehn Tage später stehe ich auf dem höchsten Punkt des Pik Lenin (7134 m).“ Winkler erzählt von Strandbars mit Reggae-Musik genauso wie vom Baden in warmen Quellen auf viertausend Meter Höhe – um sich für die Besteigung des Aconcagua zu akklimatisieren, eines der Seven Summits, der höchsten Berge aller Kontinente. Winkler hat sie alle bestiegen. Und immer auf eigene Weise. So hat er seine Tour auf den Everest am Toten Meer begonnen, am tiefsten Punkt der Welt. Und von dort fährt er mit dem Fahrrad. Denn, so Winkler, Bergsteigen sei für ihn nicht Ziel, sondern Teil des Reisens. Sein Buch versteht er nicht als Bergbuch, sondern als Reisebuch über jene Welten, in denen diese Gipfel stehen. Doch bewegt den Wiener noch etwas anderes: Winkler hat Diabetes, er muss täglich Insulin spritzen. Als er vor fast dreißig Jahren diese Diagnose erhielt, dachte er, alle Reiseträume begraben zu müssen. Dann stellte fest, dass er auch als Diabetiker auf abenteuerliche Touren nicht verzichten muss. Und nicht einmal eine Krebserkrankung konnte ihn bremsen. Nicht die letzten Schritte auf die höchsten Gipfel seien dabei die Herausforderung gewesen, sondern die ersten Schritte heraus aus der Komfortzone des Alltags. bär

„Sieben Welten – Seven Summits. Mein Weg zu den höchsten Gipfeln aller Kontinente“ von Geri Winkler. Tyrolia Verlag, Innsbruck 2011. 304 Seiten, zahlreiche Fotos. Gebunden, 24,95 Euro.

Verschiedene Reiseziele im Ausland

Unser Frühlingsangebot auf dem Fluss bis 31.05.2012
Bei Buchung bis 30.04. schenken wir Ihnen einen Strauß Frühlingsblumen!

RHÔNE
5 Tage Lyon – Avignon – Lyon mit der *Amadeus Symphony* inklusive Vollpension mit **bis zu 50% Rabatt** pro Person schon ab **299,-** €

DOURO
6 Tage Porto – Barca d'Alva – Porto mit der *Douro Queen* inklusive Vollpension und Ausflüge **mit 30% Rabatt** pro Person schon ab **699,-** €

UKRAINE
12 Tage Odessa – Jalta – Kiew mit der *Viking Lomonosov* inklusive Vollpension mit **bis zu 50% Rabatt** pro Person schon ab **750,-** €

RHEIN
8 Tage Amsterdam – Basel oder umgekehrt mit der *Amadeus Princess* inklusive Vollpension mit **bis zu 40% Rabatt** pro Person schon ab **875,-** €

VIKING FLUSSKREUZFAHRTEN *Entdecken und Wohlfühlen*

Beratung und Buchung im Reisebüro oder unter der kostenfreien Hotline 0 800 / 1 88 71 00-03
(Mo–Fr 8:00–18:00 Uhr; Sa 9:00–13:00 Uhr)
Das Angebot gilt nur bei Neubuchung vom 19.04.–31.05.2012. Weitere Angebotsdetails online auf: www.VikingFlusskreuzfahrten.de/fruehling. Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen von Viking Flusskreuzfahrten. Druckfehler und Änderungen vorbehalten.

Weitere Angebotsreisen auf: www.VikingFlusskreuzfahrten.de/fruehling

Karawane Reisen

Botswana Safari
Privatreise, täglicher Beginn
9 Tage Flugsafari ab/bis Frankfurt, Okavango Delta, 2 Camps, VP, DZ inkl. aller Aktivitäten und Getränke pro Person Sonderpreis ab € 3.999
Reisebeschreibung www.karawane.de webcode: 12090
www.karawane.de Karawane Reisen Ludwigsburg Tel. (0 71 41) 28 48 - 30

Der F.A.Z.-Reisemarkt

Großbritannien

www.countytravel.de 040/364520

Spanien

Mallorca-Fincas/Ferienhäuser Freie Termine Juli/August Tel. 02541/4991 od. **www.fincabalear.de**

Kanada

URLAUB in CANADA ....nur vom Spezialisten.... • BUS- BAHN- und SCHIFFSreisen • MIETWAGENRUNDreisen individuell • TREKKING und KANUreisen
TOUR CANADA Canada Spezialreisen GmbH Frankfurter Straße 15 D-61476 Kronberg/Taunus Telefon 0 61 73/94 04 55 • Fax 94 04 56 E-Mail: info@tourcanada.de Internet: www.tourcanada.de

USA

Florida - Ft. Myers Beach FeWo mit Pool, Tel. +49 6152/9614090

www.florida-villa.de Villa incl. Boot, Tel. 08661-8211

Ferien-Villa Florida, Tel.: 02244/ 9000060 www.villa-esprit.de

TOUR AMERICA Eibsenberg 32 · 65439 Flörsheim ☎ 06145/321707 **USA & CANADA** Reisen nach Maß vom Spezialisten • Flüge • Hotels Mietwagen • Wohnmobile • Rundreisen • Kreuzfahrten E-Mail: service@touramerica.de • www.touramerica.de

Italien

Toscana Weingut Florenznah, FH f. 2-6 Pers. Eigent. spricht deutsch. Von priv. Tel. 030-792 83 12

Südliche Toskana, Komf.-Whgn. + Haus (wg. Sturno Pfingsten frei), Pool, herrl. Aussichtslage, Meer 20 km, von Privat. Tel. 07541/35406 www.landgut-toskana.de

ComerSee.de Frühlingszauber Kleine & große Urlaubs-Paradiese in Toplagen, tw. Pool/Bikes **08178/9978787**

Sizilien – Sonne & Kultur Ferienhäuser, Villen, FeWo am Meer, Tel./Fax. 0039 0932 77 7909 e-mail: Sonnen@Tin.it - www.Fehaus.net

LAGO MAGGIORE: www.lago-reisen.de Private FeWos, Häuser & Villen mit Strand, Pool, Traumseesicht. Ab € 50,- / Tag. 0228 / 620 93 0

Griechenland

West-Peloponnes: Ferienhaus in einmaliger Lage am Meer, von Privat. Tel. 07121/29886

Österreich

Wien Zentrum - Bestlage, Dachterrassen-FeWo. Tel. 0043/1/3326565

Sizilien url.www.Villa-Carmela.de

Unesco-Welterbe Cilento/Südital.: Meer&Berge ☎ 0941/567 6460 **www.cilento-ferien.de**

Apulien/Ostuni, exkl. priv. Ferienhäuser/Landhs. + bezaub. DT-Whg. dir. am Meer. 0 81 24/5 22 22 **www.villen-apulien.de**

Sardinien Private Villa und kleinere Häuser am Meer. Costa Smeralda + Südostküste 0 89/8 12 05 00 Anfragen: **www.sardain.de**

Unsere Wetterfrösche sind für Sie im Einsatz.
Alle Wetterinformationen passend zur Reisezeit unter **www.faz.net/wetter**
Frankfurter Allgemeine FAZ.NET Dahinter steckt mehr.

Direkt Transfer vom Venedig Airport 30 Minuten ca ★★★★ **www.ermitageterme.it** Abano-Teolo, PD **0080015112006** Wählen Sie zum Nulltarif
Therme & Wellness - Medical Hotel® - Rehab & Fitness
7 TAGEN VP mit 5 Kuren, ab € 805,00
14 TAGEN VP mit 10 Kuren, ab € 1.510,00
HP 50,00 € pro Woche
(Kuren: Fangopackung, Ozon-Thermalbad & Massage; Preis pro Person)
Im Sondersaison 7 TAGEN VP mit 5 Kuren: ab € 685,00
7 Tagen VP mit Wellness oder Medical SPA Programm:
ANTISTRESS ab € 1.000,00 / PHYSIO ab € 1.100,00 / FIT ab € 1.150,00

Frankreich

INSEL OLERON www.sigrid-saupe.com

Provence bei Uzès, FeWos/FeHs auf altem Mas. T. 02254/6013029 **www.mas-laval.de**

Bei Nizza, FeWo o. kl. Haus, 1-A-Lage, Pool, Meerbl., von Privat. Tel. 0 72 66/666

Coquelicot Ferienhäuser Südfrankreich/Italien **www.coquelicot.com** - Tel. 06701/911035

Provence/Alpes - Hinterland Côte d'Azur Juli 2012 indiv. zu bewohn. Gästehaus 70 m² + Terr/Garten, 2 Pers., ruh. Höhenlage (600 m ü.M.), gepfl., schön/gut einge., Dorfrand, Fernblick, Mitbenutzg. Pool, Termine Juli noch offen. Kontakt priv. 06725/2387

CÔTE D'AZUR & BRETAGNE Freie Feriensuche & Preisvergleich für alle Schulferienmonate. Ferienkatalog. 08641/63081 • **www.rb-tours.de**

Côte d'Azur Komf. Ferienhaus mit Meerblick, Garagen, gr. Garten, absolut ruhig Frei: von 8/4. bis 23.8. und ab 8.9. **www.les-issambres.de** 00333898429/0173307/6430

Cannes, Appts. 2-3 Zi., Pool, Strandnähe **Le Cannet,** lux. Dorfhaus + Bastidem. Pool **Cap d'Antibes,** Villa m. Pool, Strandnähe www.perfect-home.de Ferienwhg./Villen

Südbretagne/La Baule - wunderschönes Landhaus, hochw. Ausstattung, malerischer Garten. Tel. 0177/6807318 www.landhaus-in-der-bretagne.de

Halbinsel St. Tropez, Gigaro-Strand, schönes Haus, Meersicht. Tel.: 00 41 / 44 381 65 25

Cote d'Azur Nizza/Vence Komfort Ferienhaus; SOMMERLÜCKEN günstig; ruhiges Oliven-Terrain; 4-8 Pers; Meer 15km, 0172.24 33 492

Côte d'Azur, LAVANDOU – Priv. verm. Villa, herrlicher Meerblick, 250 m Strand, Mai – Juni – Oktober: 530.– €/Woche Tel. 00 33 / 3 88 95 38 30 (19 – 22 Uhr) deutschspr.

Portugal

Erstklassiges Ambiente buchen.

Den perfekten Platz für Ihre Anzeige bietet die Kombischaltung in den Reiseteilen der F.A.Z. und F.A.S. Denn dem hochwertigen journalistischen Umfeld schenken über 2 Millionen* anspruchsvolle Leser ihr Vertrauen. Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon (069) 75 91-33 44 oder Fax (069) 75 91-80 89 24.

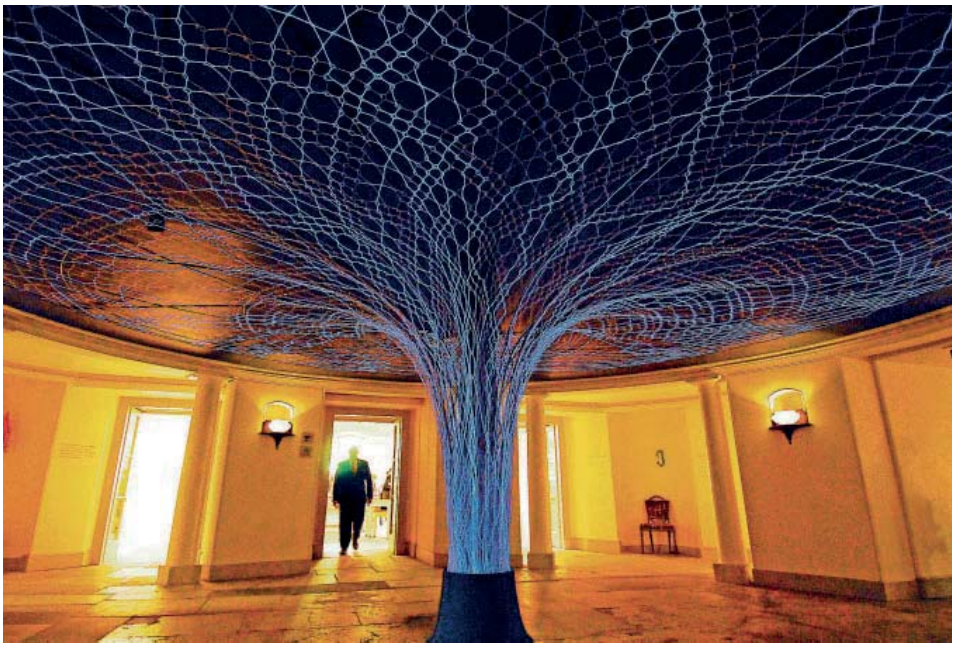
*Quelle: AWA 2011

Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Der F.A.Z.-Reisemarkt

Kann man in diesen Mauern froh werden?

Der Kensington Palace in London ist der Schicksalsort des britischen Königshauses. Jetzt ist er aufwendig umgestaltet worden und lässt die Besucher an Glück und Tragik der Häuser Stuart, Hannover und Windsor teilhaben.

Von Michael Bengel



Facelifting für das königliche Wohnheim: *Nicht nur Kate und William werden bald im Kensington Palace wohnen. Jede Menge Royals sind schon da.* Fotos Michael Bengel

Ein Kinderparadies sehe anders aus als dieser steingewordene Triumph des Rechtecks aus dunkelroten Ziegeln. Doch seit es amtlich ist, dass der Duke und die Duchess of Cambridge, geläufiger als William und Kate, im nächsten Jahr im Kensington Palace Wohnung nehmen werden, hat die Bemerkung des Diana-Biographen Andrew Morten von 1992 wieder Konjunktur. In diesen Korridoren, in diesen Innengärten, sogar auf diesem Dach, haben William und Harry als Kinder gespielt. Kinder ist ohnehin das Leitmotiv des Palastes, denn die vormals bürgerliche Kate soll sich ja keinem Missverständnis hingeben: Was man hier von ihr erwartet, ist eine Auffrischung des royalen Blutes.

Dabei werden William und Kate nur zwei Bewohner unter etlichen verdienten Royals sein, auch wenn ihr Apartment unter den zehn derzeit genutzten nicht zufällig als Nummer „1A“ gelistet ist: vier Stockwerke mit zwanzig Zimmern und eigenem Garten, vom gewöhnlichen Besucher vollständig abgeschirmt. Auch der Duke und die Duchess of Gloucester, auch Prince and Princess Michael of Kent und andere sind hier gemeldet. Eine Rückkehr in die alten Kinderzimmer wird der Umzug für den Prinzen indes nicht bedeuten: William und Kate werden weitab von Dianas alten Wohngemächern leben, in dem Trakt seiner Großtante Margaret, der seit ihrem Tod 2002 gelüftet worden ist.

Doch vor allem ist der Kensington-Palast mit einer stolzen Reihe toter Royals verbunden. Mit Diana selbstverständlich, für die auch heute vor dem Tor noch gelbe Rosen liegen und ein rotes Grablicht flimmert. Hier wartete sie im Sarg in der Nacht vor ihrer Beisetzung. Doch weitaus mehr noch ist dies der Palast Victorias, „Ihrer Majestät Victoria, durch Gottes Gnade Königin des Vereinigten Königsgramm: „A Palace for everyone!“ Betrat der gemeine Besucher den Palast, den die Queen persönlich vor kurzem eröffnet hat, bislang durch eine Art Hintereingang und von Norden her, so haben die Kuratoren nun gewissermaßen den Palast auf seine historische Ostachse ausgerichtet, die ein Gartenplan von 1736 zeigt. Sie haben die georgianische Fassadenerweiterung an der Ostseite um eine grüne Loggia aus ornamentalem Eisenguss bereichert, die jeder ohne weitere Beschilderung als Zugang begreift. Jetzt reicht die Sichtachse vom neuen Eingang, der per Widmungsschrift das diamantene Jubiläum und damit die Königin würdigt, über das Marmordenkmal ihrer Ururgroßmutter durch die freigelegten Gärten nach London hinein. „Wir mussten dafür Zäune, Büsche und sechzig Bäume entfernen“, sagt der Palastgärtner Todd Longstaff-Gowan. Kaum zu erahnen sind die Erdbewegungen: Der Niveauunterschied zwischen Denkmals- und Gebäudesockel, der bislang das Haus in einem quasinatürlichen Souterrain liegen ließ, wurde in eine sanfte Geländeterrasse verwandelt, die jedem Parkbesucher zur Einladung wird: Tritt ein und lerne zu begreifen, was dir die Krone wert ist!

So prunkvoll das Äußere ist, *so tragisch war oft das Leben im Kensington Palace.*

reichs von Großbritannien und Irland, Verteidigerin des Glaubens, Kaiserin von Indien“. Hier wurde sie geboren und getauft, 1819, Tochter des Herzogs von Kent, hier traf sie 1836 erstmals ihren Liebsten, Prinz Albert von Sachsen-Coburg-Gotha, hier wurde sie im Jahr darauf, am 20. Juni, gerade achtzehn Jahre alt, geweckt mit der Eröffnung, dass ihr Onkel tot sei – und sie von nun an Königin des Empire.

Auch wenn sie daraufhin gleich in den Buckingham-Palast hinüberwechselte: sie rettete den Kensington-Palast vor dem Verfall, und zwei Jahre nach ihrem diamantenen Kronjubiläum öffnete sie erstmals einige Räume des Palastes für die Öffentlichkeit. Da war es eine schöne Überlegung, dass nun, zum zweiten diamantenen Jubiläum eines englischen Herrschers überhaupt, die offensichtlichen Bezüge zwischen beiden Feiertagen der Krone herausgestrichen werden sollen. Dies umso mehr, als beide, Victoria und Elizabeth II., sich ähnlich große Verdienste um die Monarchie erworben haben: Victoria stellte den alten Respekt wieder her, den die letzten Hannoveraner, vor allem der Hallodri George IV., verspielt hatten; und auch Elizabeth hat in einer knochenharten, sechzigjährigen Dienstzeit die Monarchie durch alle leichtfertigen Anfechtungen der Gegenwart gesteuert, selbst durch die selbstgeschaffenen Probleme im Umgang mit der Schwiegertochter.

Was Victoria einst begonnen hatte, wird in diesem Jahr zum erklärten Programm: Herzog Carl Gregor zu Mecklenburg, ein Deutscher, hat einmal versucht, in einem ganzen Buch mit dem Titel „Erlebnis der Landschaft und adliges Landleben“ zu bestimmen, was den Geist eines Hauses bestimmt. Er kam kaum über einen Zirkelschluss hinaus: „Der Geist einer Familie ist das Produkt von Erbanlagen, bestimmten Eheverbindungen, pädagogischen Grundlinien, eines konstanten Milieus und der Pflege bestimmter Veranlagungen, die wiederum insgesamt den Geist eines Hauses prägen.“ Und es geht beim Haus nicht einfach nur um die Mauern. Der Herzog bemüht die Gesamtheit der Sinneswahrnehmungen, den Duft von Naphtalin, Zigarren, ledernen Tapeten, Holzwachs und Gewehröl.

In Kensington Palace allerdings ist mit der Nase von den Häusern Stuart, Hanover und Windsor nur wenig zu verspüren. Hier macht man sich ein Bild durch das Bewusstsein dessen, was in diesen Mauern geschehen ist – von Haupt- und Staatsaktionen über Kabalen und Lieben bis zu enttäuschten Hoffnungen und schwärzestem Geschick. Da ist, in einer Nische der Geschichte, Queen Anne, Nachfolgerin der beiden Begründer des Hauses, das sie gebraucht übernahmen, William III. und Mary II. Beide waren hier gestorben, sie an Pocken, er nach einem Sturz vom Pferd im Garten von Hampton Court Palace. Es ist ein Haus der Toten. Anne ist heute allenfalls bekannt durch ein bestimmtes klassizistisches Muster silberner Teekännchen, das nach ihr benannt ist, das sogenannte Queen Anne Pattern. Sie durchlebte siebzehn Schwangerschaften mit zwölf Totgeburten, von den fünf Lebendgeborenen schaffte nur der kleine William die ersten Jahre – hier, in diesem Haus.

Die Vertikalachse des Hauses im Untergeschoss, gleich zwischen Souvenirshop und Kasse, ist von den Restauratoren durch ein gewaltiges Netz umfangen worden, für dessen Maschen man sich von der „Royal Ceremonial Dress Collection“ hat inspirieren lassen, die hier zu Hause ist. Nun durchfährt unablässig ein Lichtgewitter aus bläulichen Blitzen den Raum und deutet so Entwicklungslinien an, die als Netz den Geist des Hauses prägen. Stiche an den Wänden weisen auf die Ausstellungen hin, die barocken Prunkgemächern ebenso gewidmet sind wie den „Modern Royals“ im königlichen Wohnheim, das Edward VIII. rüde als „Tantenhaufen“ bezeichnet hatte. Seine Duchesse of Windsor, Wallis Simpson, hätte sich nach seinem Tod in diesem Haufen sicher gut gemacht. Und hier findet, wer sie sucht, auch fünf Kleider von Diana und eine Wandtapete mit ihren bekanntesten Blicken und Posen.

Die Anfänge des Hauses und der letzten Stuarts sind einfallsreich erzählt. Da gibt es Schiffmasten, Buddelschiffe und Kofferdeckel, die per Scherenschnitt die Geschichte Revue passieren lassen. Besonders rührend wird Victorias Geschick geschildert. In diesen Mauern wuchs sie auf als eine Geisel der Überbemutterung. Auf dieser Treppe, über die wir steigen, traf sie, noch mit sechzehn Jahren, Albert, von dem sie sagte: „He has a beautiful nose and a very sweet mouth with fine teeth.“ In diesem Red Saloon besprach sie sich als frische Queen mit zweihundert erfahrenen Beratern, Männern allesamt, stilvoll in Trauer gewandet, denn noch war William IV. nicht einmal unter der Erde. Noch als Herrscherin des Empires war sie zugleich der Backfisch in der ersten Liebe. Die Kleider, die sie damals trug und die jetzt aufgeputzt in der Vitrine stehen, lassen ihre Zierlichkeit erkennen. Und dann der Raum, der ganz in schwarzen Faltenwurf gekleidet ist: In einer kleinen Vitrinen Walter Scotts „Peveril of the Peak“, ein Bürgerkriegsroman, aus dem sie ihrem Gatten vorgelesen hat bis an das Lesezeichen, als er starb. Es war der 14. Dezember 1861, und sie schrieb: „My life as a happy one is ended!“ Da war sie 42 Jahre alt und hatte noch vierzig zu leben, von nun an in Schwarz.

Dem ungleich schwereren Geschick Queen Annes kommt in den Königlichen Staatsgemächern Marys nur der Zeichentrickfilm bei: Auf eine Art von Bettenhimmel projiziert, sehen wir den kleinen wasserköpfigen William, ihr einzig überlebendes Kind, wachsen und zum Duke of Gloucester werden, die letzte Hoffnung seiner Mutter und der Stuarts – vom dänischen Vater geprügelt, weil er zurückgeblieben ist, vom Onkel und König mit sieben zum Träger des Hosenbandordens erklärt, weil er ein Kämpfer werden soll. Bei der Feier seines elften Geburtstags in Windsor Castle tanzt der kleine Gloucester sich zu Tode und stirbt sechs Tage später. Weiß Gott, ein Kinderparadies sieht anders aus.

Information: Der Kensington Palace ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 14,50 Pfund. Weitere Auskünfte unter www.hrp.org.uk.

Seit 1891, als Albert Ballin die Kreuzfahrt erfand, stehen wir für Luxusurlaub auf dem Wasser. So gilt auch unser heutiges Flaggschiff MS EUROPA, die „schönste Yacht der Welt", seit nunmehr 12 Jahren als weltbestes Kreuzfahrtschiff.* An Bord der EUROPA erwartet Sie – fernab aller Klischees – ein modernes Luxusresort auf Traumrouten rund um den Globus, mit einer preisgekrönten Küche, umfassenden Spa-, Fitness- und Unterhaltungsmöglichkeiten sowie einem Service, der unvergessliche Urlaubserinnerungen prägt.

* Lt. Berlitz Cruise Guide 2012.

Von Kiel nach Kiel
12.08. - 24.08.2012, 12 Tage
Reise EUR1218

Highlights: Ocean Sun Festival – das Klassikfestival mit internationalen Stars der Klassik auf hoher See, unter der Leitung von Andrew Litton • UNESCO-Weltkulturerbe: Bryggen, die Altstadt von Bergen • UNESCO-Weltnaturerbe: der Geirangerfjord • Die Lofoten und ihre malerischen Fischerstädtchen nördlich des Polarkreises[1] • Wanderung zum Storsaeter-Wasserfall[1]

pro Person ab **€ 5.552**
in einer Garantie-Zweibett-Außensuite[2]
individuelle An- und Abreise

Von Kiel nach Hamburg
28.08. - 09.09.2012, 12 Tage
Reise EUR1220

Highlights: UNESCO-Weltkulturerbe: Schloss Malbork in Danzig[1], die Altstädte von Visby und Tallinn[1] und das historische Zentrum von St. Petersburg[1] • Finnlands Hauptstadt Helsinki • Über Nacht im schönen Stockholm • Preisträger & Friends des ARD Musikwettbewerbs an Bord

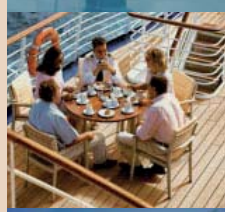
pro Person ab **€ 5.552**
in einer Garantie-Zweibett-Außensuite[2]
individuelle An- und Abreise

Persönliche Beratung und Buchung in Ihrem Lufthansa City Center:
Reisebüro Daniel Plum, Friedensstr. 22a, 41564 Kaarst
Ihr Ansprechpartner: Daniel Plum
Tel.: 02131 69061, E-Mail: d.plum@lcc-kaarst.de, www.kreuzfahrtundmehr.de

Exklusiv bei Buchung über dieses Reisebüro: € 150 p. P. Bordguthaben!

[1] Diese Arrangements sind nicht im Reisepreis enthalten.
[2] Preis gilt bei Doppelnutzung. Die Unterbringung erfolgt je nach Verfügbarkeit in einer Suite der Kategorie 1 - 7. Kontingent limitiert!

www.hlkf.de



NORWEGEN UND OSTSEE
MUSIKALISCHE SOMMERTRÄUME
MIT IHRER SCHÖNSTEN YACHT DER WELT
MS EUROPA

Hapag-Lloyd Kreuzfahrten
Große Momente. Ganz exklusiv.

Bodensee

Lindau, exkl. ****FeWo, Wohnen wie im Hotel,69 m², 69 €/Tag, www.schoengaertle.de Tel.08382/280494

Das Reiseblatt im Internet: www.faz.net/reise

Nordsee

Westerland-Sylt schöne FeWos im Reet-, Landhaus oder Zentrum. Tel.: 0 46 51/53 65, **www.sylt-blum.de**

Keitum/Sylt, Traumwhgn. dir. am Meer, herrl. Blick, exkl. Ausst., ruhig. Hunde erl., zu jeder Jahreszeit. Tel. 0173/3118787 **www.sylt-watthaus.de**

St. Peter-Ording, stilvolles Ambiente. Exkl. Reetdachkate mit Kamin und Klavier, paradies. Lage. Tel. 04862/8770

Nimm das Beste – und Du hast das Beste! **SYLT LUXUS** Exkl. Appartements in besten Lagen www.sylt-luxus.de Tel. 02 34/5 37 51

Sylt · Sonne · Strand · Meer
Fordern Sie unseren kostenl. Prospekt an ! www.gb-sylt.de
GB Appartement-Vermietung GmbH
Tel. 04651-7025 · Fax 6508

Geheimtip auf SYLT
WINTER- FRÜHJAHRSANGEBOTE
Persönlich geführtes Hotel unter Reet, »Oase der Ruhe & Entspannung«
Exklusive Suiten, Frühstücksbuffet, Schwimmbad, Sauna, Hotel-Service.
Lassen Sie sich verwöhnen!
CHRISTIAN FEW PARKRESIDENZ
Tel. 04651-97070
www.christianderVIII.de

Sauerland

Wellness im Südsauerland / Edersee

- 360° romantische Natur
- Nahe Edersee
- Premium-Wellness
- NEU: Yoga
- toskanischer, beheizter Außenpool
- eigene Pferdeboxen
- Golfen 22 km

www.hotelfreund.de
FREUND – DAS HOTEL UND SPA-RESORT
34516 Vöhl - Oberorke · Tel. 0 64 54 - 70 90

Bayern

Hochw. schönes App., 38 m², Terr., Gge., München, 3 Min. U-Bahn, 13 Min. Marienpl. Tel. 0173/6942145

Pfronten/Allgäu FeWos*** mit Bergblick 07151/9390090 · www.alpengarten.de

WELLNESS IN DER NEUMÜHLE
ERHOLUNG PUR
Genießen Sie die Zweisamkeit ganz neu.
Es sind die sorgfältig durchdachten Details, die unsere SPA-Suite so liebenswert und außergewöhnlich machen: leise Musik bei Kerzenschein, am offenen Kamin, zwei Ruheliegen, eigene Sauna, Mahagoni-Holzwanne, Erlebnisdusche und ein Flachbildfernseher.
ROMANTIK ZU ZWEIT
- 2 Übernachtungen mit Frühstück
- 1x Aperitif, 3-Gänge aus dem aktuellen Tagesmenü
- 1x Champagnerapéritif, 5-Gänge-Menü mit begleitenden Weinen
- jeweils Kaffee nach dem Essen
- 4 Stunden SPA-Suite für 2 Pers. inkl. einer Flasche Champagner und frischem Obst

– Terminierung bei Zimmerreservierung –
im Doppelzimmer: 740 €
Anreise beliebig
NEUMÜHLE ROMANTIK HOTEL
Romantik Hotel Neumühle · Neumühle 54 · 97797 Wartmannsroth
Telefon: 09732 803-0 · Fax: 09732 803-79
E-Mail: info@romantikhotel-neumuehle.de · www.romantikhotel-neumuehle.de

WIKING SYLT Appartementvermittlung
Steinmannstr. 7 | 25980 Westerland
Tel. 04651-83001 | Fax 28300
Jetzt Frühsommerrabatte buchen! gültig vom 30. April bis 01. Juli ab 10 ÜB 5% Rabatt, ab 14 ÜB 10% Rabatt ab 21 ÜB 15 % Rabatt a. d. Übernachtungspreis – begrenztes Kontingent –
Online buchen: www.wiking-sylt.de

Frühlingserwachen... Appartementvermietung **Flemming & Co.**
Andreas-Dirks-Str. 8 · 25980 Westerland · Tel. 0 46 51 - 59 55 und 77 00 · Fax 0 46 51 - 294 03
www.flemming-sylt.de

HOTEL STADT HAMBURG
- 45 Zimmer und 25 Suiten mit luxuriösen großen Bädern im ruhig gelegenen Gartenflügel
- Gemütliches Gourmet-Restaurant und mediterran-sonnengelbes Bistro
- Ganzjährig geöffnet – Tiefgarage
- In der Vorsaison reduzierte Preise und attraktive Beauty-, Gourmet- und Verwöhn-Arrangements

Großzügiger Wellness-Bereich in asiatischem Kolonialstil
QIARA SPA
Shiseido Beauty Farm
Carita Cabine de Beauté
Pool · Sauna · Dampfbad
Massagen · Solarium
Fitness
www.hotelstadthamburg.com
25980 Westerland/Sylt · Strandstr. 2 · Tel. 04651/858-0 · Fax 858-220

Reinhold Riel IMMOBILIEN
Über 500 Apartments & Häuser
Frischer Wind auf Sylt
14=11 | 10=8 | 7=6
Sparen Sie Tage mit unseren Sonderaktionen bis zum 28.04.2012
- Stichwort "Frischer Wind" -
Tel. 04651.88 98 40 · Fax 88 98 48
online buchen: **www.riel-sylt.de**

Hotel **Vier Jahreszeiten** & Appartement-Haus Rungholt
NATUR PUR !
„Anti-burn-out" bei uns 365 Tage im Jahr: Sonnenstrahlen wärmen das Gemüt, Meeresbrise erfrischt den Geist, Sand kribbelt unter den Füßen:
SYLT PUR !
Friedlich, strandnah, citynah – herzlich, fröhlich, geborgen
Johann-Möller-Str. 40, 25980 Westerland
Tel. 0 46 51 - 98 67-0, Fax -77
www.sylt-vier-jahreszeiten.de

Direkter Blick auf die Nordsee – in Westerland ganz vorn...
Friedrichstr. 43 · 25980 Sylt · Tel.: 0 46 51 - 85 50 · www.hotel-miramar.de
Miramar

HOTEL ROTH am Strande
gegenüber Kurmittelhaus u. neuem Freizeitbad „Sylter Welle" (Eintritt inkl.). Komfort-Zimmer u. Appartements z. gr. Teil mit Loggia u. Seeblick, Hotelrestaurant, umfangreiches Frühstücksbuffet, Bierstube, Hotelbar, Fahrräder, Tiefgarage, Sauna u. Massagen.
z. Zt. ab: 7 Ü/F p. P. €721,–* oder 7 Ü/HP p. P. €840,–* (kein EZ-Zuschlag)
1 Zi. App. (1-2 P) ab €78,–/ Tg., 2 Zi. App. (2-4 P) ab €172,–/ Tg.
Strandstraße 31, 25980 WESTERLAND / SYLT, Telefon 04651/92 30, Fax 50 95
Infoband über unsere aktuellen Angebote, Telefon 04651/92 32 83
info@hotel-roth.de · www.hotel-roth.de

www.sylt-hotels.com
L.A.CH. SCHULZ GmbH

www.rose-rose.de
Sylt Appartements
Rose & Rose, Stindeelke 2, 25980 Rantum
Kostenlose Servicenummer: 0800/767 38 63
Fax: 0 46 51 / 2 82 35, rose-ros@t-online.de

Strandhotel **Monbijou**
★★★★ mit fantastischem Meerblick.
Direkt am Erlebnisbad & Wellness Center.
7 Ü/F p. P. ab € 390,– im DZ
Westerland • www.hotel-monbijou.de
☎ 04651 / **99 10** • Telefax 27 870

Westerland TOP-Strandlage
App. 50 m², freier Meerblick, bei d. Seepromenaden-Übergang Brandenburger-Strand. Sehr gut ausgestattet. SW-Balkon, Fahrstuhl, PKW-Stellpl. Nähe Kurzentrum. **Frei: 20. – 29.5. und einige Hauptsaison-Termine.**
Tel. 040 - 536 52 45

– Ihr First Class Hotel in Westerland –
HOTEL ATLANTIC
Unter persönlicher Führung, exklusive Lage. Ruhig und sehr zentral, nur wenige Meter zum Hauptstrand und der Sylter Welle. Mit Restaurant, Haushar, großer Schwimmhalle (29° Wasser) und Whirlpool, Sauna, Solarium, Fitness, Massagen, Penthouse-Zimmer und Suiten mit Seesicht und Balkon. Große Dachterrasse mit Strandkörben und Seeblick. Alle Zimmer und Suiten mit Bad/DU, WC, Telefon, Farb-TV (Kabel + Premiere), Wandsafe, Radio, Minibar, Gourmet-Frühstücksbuffet, Fahrräder frei. Parkplätze. Restaurant (á la carte oder Menüs, HP-Buchung möglich).
Pauschal-Angebot SYLT »rundum« – erleben!
7 Übernachtungen mit Frühstücks-Buffet und Abendmenü (4 Gänge, wahlw. Fisch- od. Fleischspezialitäten) im Doppelzimmer mit allem Komfort, Fahrrad 7 Tage frei (inkl. Sylt-Wanderkarte), eine Teilmassage, 1 Fl. Sekt zur Begrüßung, tägl. Schwimmen u. Sauna frei, freier Eintritt in das Heimat-Museum, 1 Eintritt in die „Sylter Naturgewalten", Begrüßungscocktail an der Hausbar. Gültig vom 20.04. – 31.05. ab €819,– p.P., Sonderaktion: 20.04. – 15.05. ab €699,– p.P. EZ Zuschlag € 13,–/pro ÜN. Bitte beachten Sie auch unsere neuen Sommerangebote!
25980 Westerland/Sylt · Johann-Möller-Str. 30-32 · Tel. 0 46 51 / 98 80-0 · Fax 98 80 80

– Ihr neues 4-Sterne-Hotel im Herzen von Westerland –
HOTEL SYLTER SEEWOLF
Eröffnungs-Angebot »Sylt von seiner besten Seite«
7 Übernachtungen mit Frühstücks-Buffet und Abendmenü (5 Gänge) im Stand. Doppelzi. mit allem Komfort, 1 Fl. Sekt zur Begrüßung, 1 Wanderkarte, tägl. Schwimmen und Sauna im Hotel, 2 x Solarium, 1 Teilmassage, 1 x Sauerstoff-Inhalation, 1 x Inselrundfahrt oder Eintritt in die Naturgewalten Sylt, freier Eintritt ins Heimat-Museum, Begrüßungs-Cocktail und 1 Sylt-Präsent. Eröffnungs-Angebot: vom 20.04. – 30.05. ab € 899,– p.P. Sonderaktion: 20.04. – 15.05. ab € 799,– p.P. EZ-Plus: € 15,–/pro ÜN. Aktuelle neue Sommerangebote!
Zentral und ruhig gelegen (Kurzentrum direkt bei der Friedrichstraße am Strand und Kurpromenade/Muschelmuschel). Nur wenige Schritte zum Hauptstrand u. Wellenbad. Alle Zimmer u. Suiten mit neuem Bad/DU, WC, Telefon und (Highspeed-Internet) auf neuesten LG Flachbildfernsehern (Kabel-TV), Minibar, Wandsafe, Radio mit hauseigenem Relax-Programm. Auch Zimmer mit Balkon oder Zimmer mit frz. Balkon und Seeblick. Liegewiese mit Strandkörben. Großes Frühstücksbuffet. Massage im Haus, Hausdiener, Nachtportier, leistungsst. Leihfahrrad, Fitnessraum, Wasserschaukel, Kinderspielplatz, (Dampf- & Finnische) Sauna, Schwimmbad (28°) Kosmetikstudio, Solarium, Parkplatz, neues klimat. Restaurant, Raucherlounge, LIFT. Komplett MODERNISIERT + RENOVIERT!
25980 Westerland/Sylt • Böttcherstraße 13/14 • Tel. 0 46 51 / 80 10 • Fax 8 01 99

Testen Sie 2 Wochen die F.A.Z. frei Haus!
Jetzt anrufen: 0180 2 52 52*
* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.
Gratis! Frankfurter Allgemeine

Berlin

Mit dem Rad in 5 Tagen die Obstbaumblüte erleben. Radrundtour im Havelland inkl. Gepäcktransfer ab 335 €/Pers. Tel. 03322-25616 www.aktiv-reisen-bb.de Bei Buchung auf Codewort "HVL" 5% Rabatt

GOLD HOTEL BERLIN
3 Sterne, zentral, modern, ruhig
☎ 030/2933410 · **ÜF ab 59,–**
www.goldhotel.de

Ruhige, schöne 1 Zi., Fe-Whg., Prenzlauerberg/Mitte, Tel. 0160/96286453

Hotel am Luisenbad Berlin-Mitte
zentral + ruhig, geschl. P, EZ und DZ ab **49,– €*** m. DU/WC. Info 9 – 20 Uhr: **030/493 1074**
www.hotel-am-luisenbad.de *außer Messe+Großveranstst.

Aktuelles im Internet: www.faz.net

Ostsee

Timmendorfer Strand, Ferienhaus, exkl. Ausstattg/Lage, dir. a. Meer, bis 6 P., noch freie Sommertermine, nur NR, keine Tiere. Tel.: 040/51328461

Timmendorfer Strand, Komfort-FeWo, strandnah, großer Balkon. 04503/4207

Belleve ★★★★ **INSEL RÜGEN**
Neu ausgestattete FeWo's direkt am Strand, Balkone mit traumh. Meerblick, Sauna, Lift, Brötchenservice, W-Lan,.
Super-Sonder-Aktion im April und Mai 2012
18609 Ostseebad Binz, Strandpromenade 29
Tel.: 038393/3 21 43, Fax: -32745
E-Mail: ferien@binz-belleve.de
www.binz-belleve.de

INSEL USEDOM Komfort-FeWos von privat. TOPLAGE direkt an See und Golfplatz. 0172/6448558. www.villa-kaja-usedom.de

Himmelpfort
Direkt am See, Meckibg./Brdbg. Seeoplatte, traumhaft schöne FEWO, eigener Boots- und Badesteg, Segeln, Schwimmen + Paddeln direkt vor der Tür, Wandern+Radeln in unverfälschter Natur, Kultur: Schloß Rheinsberg und Thermalbad Templin in der Nähe. Berlin/Potsdam gut erreichbar, **von Privat**
0 52 42 / 94 490, **www.Ferien-in-Himmelpfort.de.**

Lange gesucht - das Beste gefunden!
Timmendorfer Strand, 50 m zur Ostsee! Schwimmbad 30°, Sauna, Massagen im Hs. Geheimtipp für kultivierte Gäste
Ruhig und äußerst gepflegt, 04503/8000
Prospekt! www.hotel-duenenhaus.de

Jederzeit und überall: FAZ.NET-Mobil
FAZ.NET liefert Nachrichten, Services und personalisierte Börsenfunktionen direkt auf Ihr Handy – mobil auf **www.faz.net**
Frankfurter Allgemeine FAZ.NET Dahinter steckt mehr.

Verschiedene Reiseziele im Inland

Weinfranken mit BIB Gourmand
Marktbreit am Main 3x Ü/F+Garage/2 Menüs/Wein 159 € ☎0 93 22/13 16 www.michelsstern.de

Der Recherchedienst der F.A.Z.: www.faz.net/archiv

Häcker's Fürstenhof Wellness & Spa Resort ★★★★★
Erleben Sie das Erwachen der Natur, tanken Sie Kraft und spüren Sie die Energie des Frühlings!
Aufgewacht! Der Frühling kommt!
4 Ü/Verwöhn-HP ab 529 € p.P./DZ (EZ ab 569 €)
inkl. reichhaltigem Frühstücksbuffet, 1x Kräuterstempelmassage – ein Genuss mit den Kräutern der Eifel, 1x Gesichts-Kurzbehandlung – frühlingsfrisch und vitalisierend, tägliche Nutzung des hauseigenen Glaubersalz-Thermalbades und der exklusiven Saunalandschaft „Palais Belle Époque"
Kurfürstenstr. 36, 56864 Bad Bertrich, Tel. 0 26 74 / 9 34-0, Fax 7 37
info@haeckers-fuerstenhof.com | **www.haeckers-fuerstenhof.com**

Unser Anzeigenberater für Reiseanzeigen in Niederbayern, Oberpfalz und Franken

Bayerische Reise- und Bäderwerbung GmbH
Streitbergstraße 38
81249 München
Telefon (089) 8 71 10 67
Telefax (089) 8 71 14 82
E-Mail: brbw.widl@t-online.de

Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Der F.A.Z.-Reisemarkt

Kurzpilgern zum Weltenherrscher

Ein Jakobsweg im Miniaturformat: Das Ensemble romanischer Kirchen im spanischen Pyrenäental von Boí lässt sich ganz entspannt erwandern. Nur Buße tut man dabei nicht.

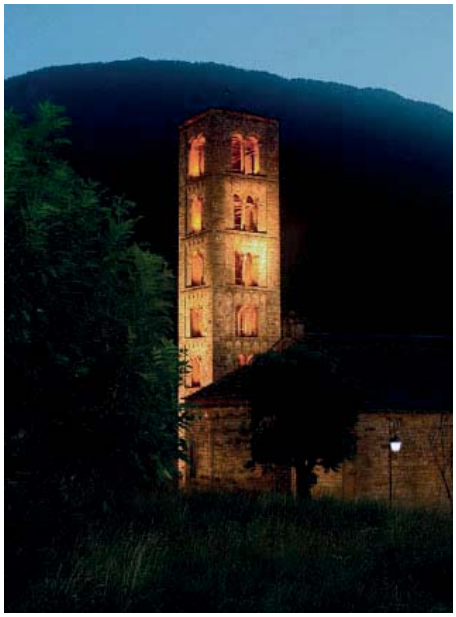
Von Rolf Neuhaus

Wie die Schäfchen des Herrn, so eng stehen die Kirchen beieinander, neun Welterbstücke auf engstem Raum. Das Vall de Boi ist nur zwanzig Kilometer lang, und sein Weltkulturerbe konzentriert sich auf die Hälfte dieser Ausdehnung. Man kann die Kirchen natürlich auch im Wagen abklappern. In einer halben Stunde ist man durch das Tal gefahren. An einem Vor- oder Nachmittag hat man alle Kirchen gesehen, auch von innen, Weltkultur im Schnelldurchgang. Doch es geht auch anders, in homöopathischen Dosen, in naheliegender, mittelalterlicher Gangart, zu Fuß. Auf alten Wegen, die jahrhundertelang von Mensch und Tier benutzt wurden, um auf Feld und Alm und von einem Dorf zum anderen zu gelangen, um das Vieh auf dem Jahrmarkt zu verkaufen oder auf dem Heiratsmarkt um eine Braut zu werben. Auf Wegen wie dem Cami de l'aigüa, dem Wasserweg am Fluss Noguera de Tor und seinen Pappeln und Weiden und stillen alten Armen entlang mit all den Wasservögeln. An Wiesen und Getreidefeldern, Feldsteinmauern und Felshängen vorbei und durch Eichen-, Buchen-, Tannenwälder. Und dann hebt sich ein hoher, schlanker Kirchturm aus einer mittelalterlich anmutenden Gruppe von Natursteinhäusern und Schieferdächern heraus, und man erreicht nach kurzer, alles andere als aufreibender Wanderung das Etappenziel und die vergangene Zeit.

Hauptziel ist der Weltenherrscher von Taüll, das Christusbild, das als eine der höchsten Ausdrucksformen romanischer Malerei und als Inbegriff romanischer Kunst in Katalonien gilt. Der Weg ist kein Pilgerweg im strengen Sinne. Es ist ein Weg ohne Pilgerausweis, Stempel und Pilgerurkunde, ohne Symbole wie Pilgerstab, Muschel oder Kalebasse, ohne religiöse Riten und ohne Heilserwartung. Es geht nicht um Buße und nicht um Vergebung, auch nicht um esoterische Egosuche, vielmehr um die Kunst und Architektur einer Epoche. Der „Christusweg" ist sozusagen ein weltlicher Pilgerweg zur Ästhetik der Romanik. Kein Leidens-, sondern ein Genussweg.

Dem kommt zustatten, dass der materielle Weg mit seinen kurzen Entfernungen und mäßigen Höhenunterschieden keine allzu hohen Ansprüche stellt. Der „Christusweg" verlangt dem säkularisierten Pilger keine sportlichen Leistungen ab. Eigentlich existiert er gar nicht, denn er ist als solcher weder markiert noch auf Karten verzeichnet. Doch kann man die einzelnen gekennzeichneten Wege zwischen den Dörfern miteinander verbinden, sogar zum Rundweg. Ein guter Einstiegspunkt ist die Pont de Sarais, die Brücke über den Fluss unterhalb von Cóll, einem fast verlassenen Weiler, der im Berg kleben geblieben ist. Als Erstes trifft man auf sein niedliches und doch imposantes Kirchlein, das aus heutiger Sicht für diesen Ort völlig überdimensioniert ist. Mit seinen Kapitellen am Portal, deren Figuren den Kampf zwischen Mensch und Tier, Gut und Böse darstellen, mit seinen steinernen Tauf-, Öl- und Weihwasserbecken im Innern und mit seiner Stille und Weltabgeschiedenheit versetzt es den Besucher sogleich ins Mittelalter.

Cardet ist das nächste winzige Dorf mit romanischer Perle, die dank zweier Besonderheiten glänzt: einer Glockenwand statt eines Glockenturms und einer zweistöckigen Apsis mit Krypta unter der Altarnische. Santa Maria de Cardet balanciert nämlich am Berghang, ihr Baumeister hat sich das Gefälle zunutze gemacht. Dann geht es hinunter zum Fluss, nach Barruera, dem geschäftigen Zentrum des Tals, von dem sich die Kirche Sant Feliu mit ihren zwei Apsiden abgesondert hat, als wollte sie sich dem neuzeitlichen Betrieb entziehen.



Leuchtturm des Glaubens in der Einsamkeit der Pyrenäen: *die Kirche von Sant Climent im Vall de Boi.* Foto Rolf Neuhaus

Erill la Vall trägt den Namen jener Feudalherren, die maßgeblich zum Ruhm des Vall de Boí beitrugen. Sie beteiligten sich zu Beginn des zwölften Jahrhunderts an Eroberungszügen gegen die Mauren und finanzierten aus der Kriegsbeute den Kirchenbau, was damals eine Methode war, Prestige und Macht zu gewinnen, geradeso, wie man heute ein Guggenheim-Museum in die Stadt pflanzt. Die Herren Erill engagierten Baumeister, Steinmetze und Freskenmaler aus dem Ursprungsgebiet der Romanik, der Lombardei, die mit ihrem modischen Stil das Vall de Boi architektonisch auf die Höhe der Zeit katapultierten – für einen Atemzug der Geschichte. Dank der Splendid Isolation des Tals, dieses kleinen Spalts im Massiv der Pyrenäen, überlebten die lokalen Kirchen die Jahrhunderte, bis sie im neunzehnten Jahrhundert wiederentdeckt und schließlich im Jahr 2000 von der Unesco in den Rang universellen Kulturguts erhoben wurden.

Der Kirchturm von Erill la Vall ist eine Ausgeburt des Größenwahns oder der Geltungssucht. Warum sonst sollte eine einschiffige Dorfkirche einen so hohen, sechsstöckigen Glockenturm bekommen, noch dazu mit zwanzig Zwillingsfenstern, die trotz aller eleganten Schlichtheit eine gewisse Koketterie verraten? Besteigt man ihn jedoch und schaut ins Land, auf Berg und Tal und Sant Joan de Boí mit seinem Kirchturm, so ahnt man, dass er nicht nur der akustischen Kommunikation mit den eigenen Pfarrkindern diente, sondern auch der visuellen mit den Nachbardörfern. Er war ebenfalls Wachturm, und seine Höhe, die ihn so schlank wie einen Kampanile oder ein Minarett aussehen lässt, verdankt sich seiner Funktion der Nachrichtenübermittlung. Bei Gefahr verständigte man sich tagsüber mit Hilfe von Spiegeln, nachts sandte man Fackelzeichen von Turm zu Turm.

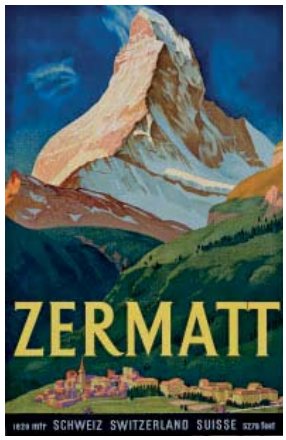
Die Gaukler, grotesken Fabelwesen und skurrilen Bestien an Wänden und Bögen des dreischiffigen Innern von Sant Joan de Boí versetzen einen in die mittelalterliche Phantasiewelt. Sant Joan ist die Kirche mit den meisten Fresken, einem bunten Bilderreigen wie in orthodoxen russischen Kirchen. So mögen alle Kirchen des Tals ursprünglich ausgesehen haben. Die Gläubigen sollten wohl mit eigenen Augen sehen, dass der Teufel in vielerlei Verkleidung auftritt und man nie glauben darf, was er einem einflüstert. Und wohin die Sünde führt. Heute sind es eher die Fresken, die dem Betrachter den Kopf verdrehen, so dass ihm fast schwindelt. Nach so viel Vorgaukelei und Schwindel tut das Laufen gut. Taüll ist zwar nur einen Kilometer weit entfernt, liegt jedoch knapp zweihundert Meter höher als Sant Joan de Boí. Wenn man schon nicht weit gehen muss, so darf man doch wenigstens hochsteigen. Das kühlt den Kopf, auch wenn man dabei ins Schwitzen kommt.

Bildlich ist es gleichfalls angemessen aufzusteigen nach Sant Climent de Taüll, diesem Prunkstück der katalanischen Romanik. Der Turm ist ein Wunder an Eleganz, er schwebt vor den gegenüberliegenden Bergwänden, hängt über dem Tal, über der Welt, die man nicht sieht, sozusagen über den Niederungen des Nichts. Das Gotteshaus, am Rande des Ortes, ist gleichsam entrückt, ein Himmelsschloss wie für Gott reserviert. Deshalb vielleicht bekam Taüll noch eine zweite Kirche, eine fürs Volk, Santa Maria mitten im Dorf, ebenfalls im Jahre des Herrn 1123, doch einen Tag später geweiht und ein Turmstockwerk kürzer.

Der Weltenherrscher thront im Innern Sant Climents übermenschengroß, umgeben von Engeln und Tierfiguren, die die Evangelisten repräsentieren, von der Muttergottes und Aposteln, Szenen aus Altem und Neuem Testament, Symbolen der Apokalypse. Majestätisch hebt der Pantokrator die rechte Hand zum Segen, während er in der linken das aufgeschlagene Weltenbuch mit dem Heilsversprechen „Ego sum lux mundi" hält, „Ich bin das Licht der Welt". Das Christusbild ist von einer Leuchtkraft, Ausdrucksstärke und Eindringlichkeit, dass man ganz ehrfürchtig und tatsächlich zum frommen Pilger werden kann. Doch der Christus ist nicht echt. Das Bild ist eine Reproduktion. In den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, als es in Spanien Mode geworden war, altes europäisches Kulturgut illegal nach Amerika zu verscherbeln, wurde es wie andere Fresken des Vall de Boi aus Sicherheitsgründen abgetragen und ins Museum für katalanische Kunst nach Barcelona geschafft.

Der „Christusweg" ist so etwas wie eine kunstsinnige Spielart des Pilgerwegs zum vermeintlichen Grab des Apostels Santiago. Ein Jakobsweg im Modelleisenbahnformat mit schmucken kleinen Bergdörfern und Kirchen, perfekt modelliert, im Maßstab eins zu einunddreißig, weil einunddreißig mal kürzer als der Jakobsweg, aber deswegen nicht weniger schön, vielmehr geradezu angenehm, ein Spaziergang, keine Knochentour. Erill entspricht dabei Burgos, Sant Joan de Boi ist León, Taüll Santiago de Compostela. Hinter Santiago liegen nur noch Finisterre, das Ende der Welt, und der tosende Atlantik. Hinter Taüll aber gibt es das Dörfchen Durro mit seinem romanischen Kirchenjuwel und der kleinen Plaça Major, auf der sich nachmittags die Großfamilie der Einheimischen gemütlich zum Bier zusammensetzt. Dann erst wogt der Ozean der Berge.

Informationen: Centre del Romànic de la Vall de Boí, Calle del Batalló 5, E-25528 Erill la Vall (Lleida), Telefon: 00 34/9 73/69 67 15, Internet: www.centre-romanic.com; Patronat de la Vall de Boí, Passeig Sant Feliu 43, E-25527 Barruera (Lleida), Telefon: 00 34/9 73/69 40 00, Internet: www.vallboi.com.



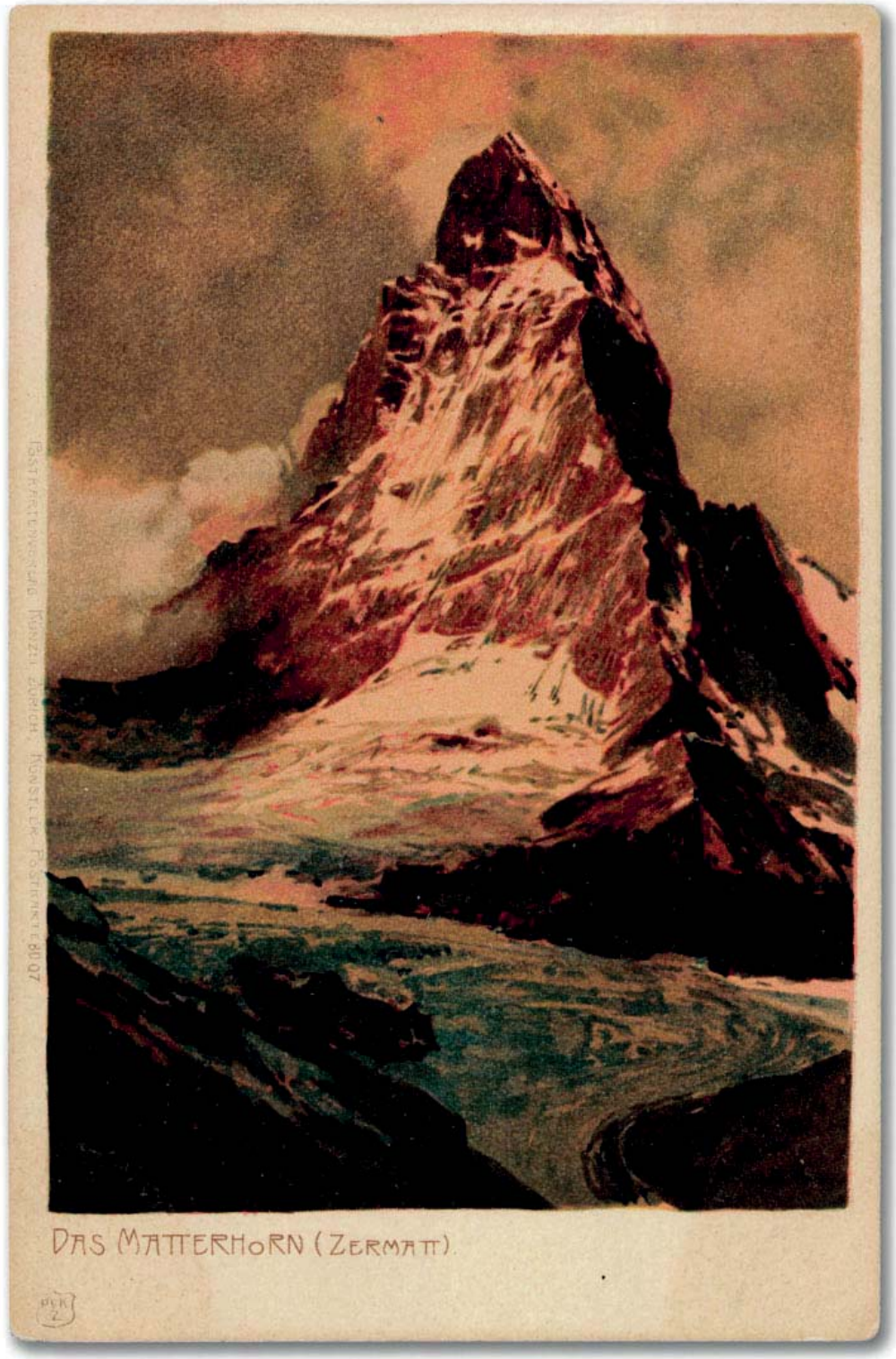
Föhn: *Werbeplakat für Zermatt* Foto Corbis

Nordwandblick: *Filmplakat, 1953* Foto bsd-photo-archiv

Ein Berg bröckelt ins Tal

Die Engländer haben den Bergtourismus erfunden. Nun haben englische Zeitungen sich darangemacht, ihn zu beenden – und kratzen am Mythos Matterhorn.

Von Jürg Altwegg



So schön, *dass man in der Schweiz selbst die Schokolade dem Matterhorn nachgeformt hat* Foto ddp

Vogelflug: *Reklame für Italien-Urlaub* Foto Bridgemanart

Am schnellsten und lautesten war wieder einmal die englische Boulevardpresse. „Das mächtige Matterhorn zerfällt in Stücke", verkündete die „Daily Mail". Das Echo kam aus Deutschland. „Das Matterhorn bröckelt auseinander", titelte „Bild" – und wusste auch, warum: „Das mächtige Matterhorn, einer der höchsten Berge Europas, zerfällt! Schuld ist die Klimaerwärmung. Auch andere Berge in den Alpen sind gefährdet." Droht zwischen Mont Blanc und Matterhorn der Domino-effekt?

Die Jahrhunderthitze des Jahres 2003 hatte den ewigen Schnee zum Schmelzen gebracht. Steine donnerten in die Täler. Aus dem Hörnligrat brach ein gewaltiger Gesteinsbrocken, fünfzig Bergsteigern wurde der Rückweg abgeschnitten. Hüttenwirt Kurt Lauber berichtet von der spektakulären Rettungsaktion in seinem eben erschienenen Buch „Der Wächter des Matterhorns". Von seiner Hörnlihütte aus erfolgt der Aufstieg. Die Felsen sind manchmal überhängend, nicht immer stabil und oft von Eis bedeckt. Es kommt zu Steinschlag.

Schon die Erstbesteigung des Matterhorns 1865 durch Edward Whymper vermittelte einen Vorgeschmack vom alpinen Gipfelzirkus, den sie begründete. „Rauf kamen die Engländer überraschend leicht", schrieb Christoph Zürcher in der „NZZ am Sonntag" nach seinem Selbstversuch vor fünf Jahren: „Oben auf dem Gipfel warfen sie triumphierend Steine auf die Italiener. Die hatten es am gleichen Tag von der anderen Seite her versucht. Sie wurden um ein paar Stunden geschlagen." Beim Abstieg aber verlor die siegreiche Seilschaft vier Männer. Der Schuh, mit dem einer ausgerutscht war, kann im Museum von Zermatt besichtigt werden. Der Pionier war etwa so gut ausgerüstet wie die berüchtigten „Japaner in Turnschuhen" am Mont Blanc.

„Das Matterhorn ist der Berg, den Bergsteiger belächeln und von dem die anderen reihenweise runterfallen", spottet die „NZZ am Sonntag". Mehr als fünfhundert Tote verzeichnet die Bilanz, mehr Opfer soll kein anderer Berg in der Welt gefordert haben. Eine Besteigung ist so riskant wie ein Jahr als amerikanischer Soldat im Irak, sagen die Statistiken. Dass man heute den Hubschrauber per Handy bestellen kann, hat den Leichtsinn nicht kleiner gemacht. Die Anrufe kommen gegen Abend. Gefährlicher als der Steinschlag ist die Selbstüberschätzung der Touristen, sagt Kurt Lauber aus Erfahrung. Die Gletscherspalten konservieren Dutzende von Leichen. Die Folgen der Stürze sind schauerlich, alles wird den Bergsteigern im schnellen Fall angeschlagen, aufgerissen, abgehackt. Rucksack, Helm, Glieder, Socken. „Ganz unten sind sie immer nackt." Wer von der Hütte aus mit dem Feldstecher in die Felswände blickt, hat gute Aussichten, einen Sturz mitzubekommen. Dann wollen unvermittelt alle anderen Seilschaften vom Helikopter eingesammelt werden.

Seit der Jahrhunderthitze wird der Berg wissenschaftlich beobachtet. Auf die Berichte der Forscher stützen sich die alarmierenden Medienberichte. „Ist man Engländer oder Deutscher, man könnte meinen, dass es das Matterhorn bald nicht mehr gibt", empörte sich der Schweizer „Blick". Die Klimaerwärmung führt zu einem Erhitzen der Felsen, es kommt zu Rissen und anschließend Felsabbrüchen. Es schmilzt auch mehr Wasser, das in den Klüften wieder gefriert – mit den gleichen Folgen. „Für Schweizer mit geologischer Grundbildung keine spektakuläre Erkenntnis." Doch angesichts der ausländischen Artikel haben auch sie ihre Gelassenheit verloren. Das Matterhorn ist nach dem Rütli das Kernstück der helvetischen Identität. Eine Nachbildung – inklusive Achterbahn – steht im kalifornischen Disneyland, dessen Rummel der Gipfeltourismus in Zermatt nicht ganz fremd ist. Der von der Klimakatastrophe verstärkte Steinschlag macht das Klettern gefährlicher. Nicht nur deshalb freilich geht die Zahl der Übernachtungen zurück, sondern weil der Kurs des Franken allmählich in hochalpine Gefilde steigt. Und auch die Schneegrenze steigt, die Reichweite der Kanonen ist beschränkt: Die Bahnen fürchten Einbußen, die Skilifte den Konkurs.

Noch aber steht der Zauberberg bei Zermatt, an dem kaum je besonnene Schweizer sterben. Gegenwärtig sind es vor allem Osteuropäer. Die Einheimischen empfinden die perfiden Berichte vom Zerfall des Matterhorns als Angriff auf ihr Selbstbewusstsein und ihr Geschäftsmodell. Die Engländer hatten den Bergtourismus erfunden; werden ihn nun ihre Zeitungen ruinieren? „Es reicht jetzt mit den Attacken an allen Fronten", schreit die Lausanner Zeitung „Le Matin": „Nach dem Bankgeheimnis wollen sie auch noch ein weiteres unserer Symbole bodigen. Nein! Unserem Matterhorn wird es nicht gehen wie der Sphinx von Gizeh, die ihre Nase verloren hat."